

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

IV - 2

Frankfurt, 12. Januar 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Gewerkschaften Amerikas unterstuetzen Verteidigungs- produktion - - - - - | 1 |
| Amerikanische Gewerkschaften helfen am Punkt-Vier- Programm mit - - - - - | 3 |
| Die Bedeutung der Lehrlings- und Berufsschulenaus- bildung fuer die Verteidigung Amerikas - - - - - | 5 |
| Zahl der weiblichen Arbeitskraefte in Amerika steigt | 8 |
| In England entscheiden die Bergleute selbst ueber ihre Zukunft - - - - - | 9 |
| Gerechtes Akkordsystem steigert Produktionsleistung | 11 |
| Meany zur Rolle des Rundfunk- und Fernsehwesens - - | 13 |
| Amerikanische Gewerkschaftsfuehrer unterstreichen die Bedeutung der Arbeiterbildung - - - - - | 14 |
| Ausbildungsinstitut fuer die wirtschaftliche Planung asiatischer Entwicklungsprojekte - - - - - | 15 |
| Indische Gewerkschaften erkennen die kommunistische Gefahr - - - - - | 16 |

GEWERKSCHAFTEN AMERIKAS UNTERSTUETZEN VERTEIDIGUNGSPRODUKTION

Die Nachrichten von der bejahenden Haltung der Gewerkschaftsbewegung einer gesteigerten Verteidigungsproduktion gegenueber und ihrer Bereitwilligkeit, notwendige Preis- und Lohnkontrollen zu akzeptieren, nehmen in der amerikanischen Gewerkschaftspresse einen breiten Raum ein.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung bekennt sich zu dem Motto des ersten Wirtschaftsberaters Praesident Trumans, Leon Keyserling: "Produktion, mehr Produktion und noch mehr Produktion."

Die Gewerkschaften haben ihre uneingeschraenkte Zusammenarbeit bei der Steigerung der Produktion zugesichert, damit Amerika und die ganze freie Welt gegen alle feindlichen Absichten gefeit sind. Noch bevor die Kommunisten die Republik Korea angegriffen hatten, war die Produktion in Amerika auf einen Hoechststand gestiegen, und das nationale Einkommen - einschliesslich der Lohnsumme - ging wie nie zuvor in die Hoehe.

Heute haben die Ausgaben der Unternehmer zur Ausdehnung ihrer Produktionskapazitaet eine Stufe erreicht, die ueber der des zweiten Weltkrieges und des Jahres 1948 liegt, als die Nachfrage nach Waren aller Art eine ungeheure Ausdehnung der Industrie erforderlich machte. Und jetzt wird diese vermehrte Nachfrage nach Waren fuer den Inlandbedarf noch durch die zwingende Notwendigkeit gesteigert, die freie Welt wirtschaftlich und militaerisch zu staerken, um den kommunistischen Imperialismus abwehren zu koennen. Auch diese Absicht hat die begeisterte Zustimmung der amerikanischen Gewerkschaften gefunden.

Diese rekordbrechende Ausdehnung der amerikanischen Produktivitaet schafft neue Arbeitsplaetze und stellt die Gewerkschaften auf Grund des sich hieraus ergebenden Mangels an Arbeitskraeften in eine guenstige Position. Die Gewerkschaften nutzen diese groessere Macht jedoch nicht dazu aus, um unberechtigte Forderungen zu stellen.

Nachdem Praesident Truman den nationalen Notstand erklart hatte, kamen etwa 10.000 Eisenbahner im Interesse der nationalen Verteidigung dem Ersuchen des Praesidenten nach, ihren Streik zu beenden.

Im August wurden die Bahnen von der Regierung uebernommen, um einen nationalen Streik der Gewerkschaft des Zugpersonals und der Zugfuehrer zu verhindern. Seit dieser Zeit arbeiten sie unter der Kontrolle der Regierung.

Die Gewerkschaften wuenschen fuer die Lagerarbeiter der Eisenbahn eine volle Verguetung fuer 48 Arbeitsstunden bei einer 40-Stunden-Woche und eine 20%ige Tariferhoehung fuer die Streckenarbeiter. Augenblicklich verdienen die Zugbegleiter durchschnittlich 1,58 Dollar in der Stunde und woechentlich 75 Dollar. Der durchschnittliche Wochenlohn aller Industriearbeiter belaeuft sich gegenwaertig auf 62 Dollar. Nach Ausbruch des Streiks der Eisenbahner wurden Tag und Nacht im Weissen Haus Besprechungen zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Gewerkschaften gefuehrt, an denen auch der Berater des Praesidenten, Dr. John R. Steelman, teilnahm. Man rechnete damals bereits mit einer raschen Beilegung des Streiks.

William Green, der Praesident der AFL, versprach, dass die acht Millionen Mitglieder dieses Gewerkschaftsbundes waehrend des Notstandes von Streiks absehen wuerden, wenn Praesident Truman sie darum ersuchte. Er fuegte hinzu, dass die Arbeiterschaft bereit sei, "mehr als die Haelfte des Weges" zu einer Vereinigung mit den Unternehmern und Farmern zurueckzulegen, um die Programme zur Steigerung der Ruestungsproduktion zu foerdern.

Green bestand jedoch darauf, dass eine "Gleichheit" zwischen Loehnen und Preisen hergestellt werden muesse, bevor irgendein Lohnstabilisierungsprogramm durchgefuehrt werden koenne.

Philip Murray, der Vorsitzende des CIO, versprach ebenfalls Hoechstproduktion zur Unterstuetzung Praesident Trumans und der Vereinten Nationen in dem gegenwaertigen Kampf zur Abwehr aller Aggressionen.

Der CIO-Vorsitzende fuehrte aus:

"Vor fuenf Jahren erst haben wir den Kampf um die Freiheit gegen die nazistischen und japanischen Imperialisten gewonnen. In diesem Kampf spielte die Produktivkraft der amerikanischen Industrie und der amerikanischen Arbeiter eine wesentliche Rolle.

"Heute werden wir wieder dafuer arbeiten, die freien Voelker und die freien Menschen vor dem Angriff des kommunistischen Imperialismus zu schuetzen. Die amerikanischen Arbeiter wissen, dass Kommunismus Sklavensarbeit bedeutet, die freien Gewerkschaften zerstoert und den Arbeitern das Recht nimmt, zu streiken. So wie Hitler schutzlose Voelker ueberfiel, sind es nun die Kommunisten, die nach Sued-Korea und Indo-China eindringen."

Der CIO-Vorsitzende brachte zum Ausdruck, dass die amerikanischen Arbeiter keineswegs ihre Handlungsfreiheit einbuessen, wenn sie die Regierung in dieser kritischen Zeit unterstuetzen. Sie werden auch in Zukunft verlangen, dass Ungerechtigkeiten in der Bezahlung korrigiert werden, und dass die Arbeiterschaft an der Formulierung und Verwaltung der Richtlinien und Programme in allen Behoerden der Regierung in groesserem Masse beteiligt wird. Sie werden fordern, dass die durch den Notstand auferlegten Lasten unter alle sozialen Gruppen gerecht verteilt werden.

"Wenn die amerikanischen Arbeiter ihre Unternehmer oder ihre Regierung kritisieren, dann glauben Sie nicht, dass Amerika uneinig ist. Unsere Demokratie ist stark, weil jeder Buerger das Recht hat, ohne Furcht zu sprechen, ueber oeffentliche Probleme zu diskutieren und abzustimmen. Die Freiheit schwaecht uns nicht. Sie verleiht uns Staerke, weil wir wissen, wofuer wir arbeiten und kaempfen. In diesen schweren Zeiten wird die hoehere Produktivkraft der amerikanischen Arbeiter zusammen mit dem Industriepotential der amerikanischen Industrie die notwendigen militaerischen und wirtschaftlichen Mittel wieder einmal produzieren, mit denen die freiheitsliebenden Voelker der ganzen Welt unterstuetzt werden. Um es erneut zu sagen: Wir werden stark und siegreich sein, weil wir fuer das Recht kaempfen."

Die Gewerkschaftsbewegung fordert nun energisch eine staendig groessere Beteiligung in allen Phasen der Mobilisierung der Hilfsquellen und Machtmittel Amerikas. Das Vereinigte Komitee fuer Arbeitsgesetzgebung, das sich aus Vertretern der AFL, der CIO und der selbstaendigen Gewerkschaften zusammensetzt, wurde zu dem Zweck gebildet, sich mit den Problemen der Mobilisierung zu befassen.

Program Service Section
Labor News Roundup # 75
12/20/50

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN HELFEN AM PUNKT-VIER-PROGRAMM MIT

Jacob S. Potofsky, der Vorsitzende der Vereinigten Bekleidungsarbeiter von Amerika (CIO), und Lewis G. Hines, der Sondervertreter der AFL, gehoeren zu den 12 Mitgliedern des neuen Beratungsausschusses fuer Internationale Entwicklungen, der von Praesident Truman ernannt worden war, um sich mit dem Punkt-Vier-Programm zur Entwicklung rueckstaendiger Gebiete als eines wichtigen Mittels zur endgueltigen Sicherung von Frieden, Wohlstand und Sicherheit in der Welt zu befassen.

Auf einer Konferenz mit Potofsky, Hines, dem Vorsitzenden Nelson A. Rockefeller und anderen Mitgliedern des Ausschusses erklarte Praesident Truman:

"Die Anregung zu wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt in den unterentwickelten Gebieten ist eines der wichtigsten Probleme, denen die freie Welt gegenuebersteht. Dies trifft besonders fuer jene asiatischen Laender zu, in denen die kommunistische Gefahr so gross ist.

"Die Staerkung der unterentwickelten Gebiete und die Staerkung der freien Voelker der ganzen Welt stehen in einem direkten Abhaengigkeitsverhaeltnis zueinander. Zwei Drittel der Weltbevoelkerung leben in diesen Gebieten. Sie leiden an Hunger, Krankheit, Unwissenheit und Armut. Diese Voelker haben bereits beschlossen, dass eine Wendung eintreten muss, komme, was da wolle."

Zu diesem Problem erklarte der Praesident ferner, dass seine Dringlichkeit in Anbetracht der chinesisch-kommunistischen Aggression in Korea verdoppelt sei.

"Es dreht sich jetzt um die Frage, aus welcher Richtung diese Wendung kommen soll -" fuehrte er aus, "ob sie sich ungeachtet der vielen Werte vollziehen soll, die dem freien Menschen teuer geworden sind, oder ob sie zu einer friedlicheren Welt in Wohlstand beitragen soll. Wir in den Vereinigten Staaten koennen ueber diese Frage nicht entscheiden: sie kann nur von den Bewohnern der unterentwickelten Gebiete selbst entschieden werden. Aber ich glaube, dass wir ihnen unsere Hilfe anbieten koennen, wenn sie darum kaempfen, dem Elend zu entinnen, und wir koennen ihnen auch den Weg zeigen, den andere zur Erringung der Freiheit, Menschenwuerde und Wohlfahrt gegangen sind."

Die Bedeutung der Worte des Praesidenten wurde in dem Bericht des Statistischen Bueros der Vereinten Nationen unterstrichen, in dem festgestellt wurde, dass die Produktion der 25 aermsten Laender der Welt mit der Haelfte der Weltbevoelkerung nur ein Zehntel aller Nationaleinkommen betraeft.

China hatte zum Beispiel ein Nationaleinkommen von nur 27 Dollar jaehrlich pro Kopf der Bevoelkerung; in Indien sind es 57 Dollar. Von allen industrialisierten und halbindustrialisierten Nationen der Erde hat, abgesehen von Polen, Russland das geringste Nationaleinkommen pro Kopf der Bevoelkerung (308 Dollar). Die Vereinigten Staaten stehen dank ihrer Massenproduktionsmaschinen und dank des Draengens der Gewerkschaften und anderer Gruppen nach gerechter Verteilung dessen, was produziert wird, mit 1.453 Dollar pro Kopf der Bevoelkerung an erster Stelle. Mit anderen Worten, das Durchschnittseinkommen der Amerikaner ist fuenfmal so hoch wie das der Durchschnittsrussen.

In einer Erklaerung des Jahreskongresses der CIO, auf dem dem Praesidenten die uneingeschraenkte Unterstuetzung dieser Organisation fuer das Punkt-Vier-Programm zugesprochen wurde, hiess es:

"Unser Export industrieller Methoden im Rahmen des Punkt-Vier-Programms bietet uns und unseren Freunden im Ausland groesste Vorteile, wenn Hand in Hand mit ihnen jene sozial- und arbeitspolitischen Methoden eingefuehrt werden, durch die das amerikanische Volk unser eigenes System der Lenkung und des Gleichgewichts unserer industriellen Zivilisation entwickelt hat."

Ebenso erklarte die AFL:

"Wir fordern, dass das Punkt-Vier-Programm so durchgef. * wird, dass es die Erziehung, die nationale Kultur, die Volksge-sundheit, die technische Ausbildung, Gerechtigkeit und Arbeitsnor-men foerdern kann. In allen Gebieten Asiens und Afrikas, die noch nicht ihre voellige Unabhaengigkeit erlangt haben, sollen Vertre-ter der eingeborenen Bevoelkerung das Recht haben mitzureden, und sie sollen in wirksamer Weise an der Planung und Durchfuehrung des Punkt-Vier-Programms beteiligt werden."

Program Services Section
Labor News Roundup # 73
XII/6/50

DIE BEDEUTUNG DER LEHRLINGS- UND BERUFSSCHULAUSSBILDUNG FUER DIE VERTEIDIGUNG AMERIKAS

(Auszuege aus einer Ansprache des Leiters des Bueros fuer Lehrlingswesen im U.S. Arbeitsministerium W. F. Patterson, die er auf dem Kongress der Vereinigung der amerikanischen Berufs-schullehrer hielt.)

Die Gruppe fuer Berufsschulung sowie die bundesstaatlichen und staatlichen Behoerden, die sich mit dem Lehrlingswesen befas-sen, haben in diesem Augenblick die schwerste Probe zu bestehen, der sie sich je gegenuebergestellt sahen. Im Zweiten Weltkrieg hatte Amerika mehrere Jahre zur Verfuegung, um seine militaerischen Kraefte zu organisieren und seine Wirtschafts- und Produk-tionsquellen zu mobilisieren. In der gegenwaertigen ungeklaerten Situation weiss niemand, ob ein Krieg in den naechsten Monaten oder Tagen oder eine Zeit kritischer Ungewissheit bevorsteht, die sich ueber 10 oder 15 Jahre erstrecken kann.

Jeder, der mit den Fragen der Ruestungsproduktion vertraut ist, weiss, dass die Schlagkraft einer militaerischen Streitmacht an der Front von einer ununterbrochenen Versorgung mit Industrie-produktion abhaengig ist: Waffen, Maschinen, Munition, Lebens-mittel, Bekleidung und anderem Kriegsmaterial. Um diesen Material-strom in Fluss halten zu koennen, ist eine Riesenzahl an Arbeits-kraeften notwendig, von der ein grosser Prozentsatz gelernte Facharbeiter sein muessen. Der Schluessel zum wirksamen Einsatz dieser Arbeitskraefte ist, wie allgemein bekannt, die Berufsschu-lung und Berufsausbildung. Wenn die Berufsausbildung in wirksa-mem Masse schnell und gruendlich durchgefuehrt werden soll, muessen alle die, die mit diesen beiden Gruppen verbunden sind, in genaue-r Kenntnis ihrer Funktionen, in enger Harmonie und Gleichschaltung aller Bemuehungen zusammenarbeiten - andernfalls wird es nicht ge-lingen, die schwere und dringende Aufgabe, die gestellt ist, zu loesen.

Es ist vielleicht angebracht, wenn kurz auf die Arbeit dieser beiden Gruppen in den vergangenen Jahrzehnten eingegangen wird.

Das Aufkommen des Fabriksystems und der Methoden der Massen-produktion hatten nicht unmittelbar eine Neuorientierung des Er-ziehungssystems zur Folge. Es dauerte in der Tat viele Jahrzehn-te, bevor im Erziehungssystem Beweise fuer die Notwendigkeit er-kenubar wurden, Maenner und Frauen durch eine entsprechende Aus-bildung auf ihre Arbeit in der Industrie vorzubereiten, so wie fuer akademische Berufe eine Ausbildung an einer Hochschule ebenso not-wendig wie selbstverstaendlich ist. Weitere Jahre vergingen, bevor

auf Grund dieser Erkenntnis Aenderungen in den Erziehungs- und Ausbildungsprogrammen vorgenommen wurden. Folglich hatten die Grundschulausbildung und die der hoeheren Schule fast ausschliesslich das Ziel, auf die Aufnahme in eine Hochschule vorzubereiten. In gewissem Grade sind sich die Erzieher noch immer nicht der Bedeutung der beruflichen Schulung innerhalb des allgemeinen Erziehungssystems bewusst. Die jetzige Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist ein Beweis fuer den Fortschritt auf dem Gebiet der Berufsschulung, fuer das Ausmass, in dem diese durchgefuehrt wird, und fuer die bedeutende Rolle, die sie auf erzieherischem Gebiet spielt.

Wie wertvoll die Berufsschulen fuer das allgemeine Lehrlingswesen sind, wurde bereits in einer Veroeffentlichung des Bundesstaatlichen Amtes fuer Berufsschulung mit dem Titel "Lehrlingsausbildung" vom Juni 1923 beschrieben. Man war sich im klaren darueber, dass, wenn das Lehrlingswesen seinen ihm gebuehrenden Platz einnehmen sollte, bestimmte Aspekte einer besonderen Betrachtung unterzogen werden mussten. Wenn mit genuegendem Nachdruck betont wird, dass der Lehrling ein im Arbeitsverhaeltnis stehender Arbeitnehmer ist, muss irgendeine Behoerde mit der besonderen Aufgabe betraut werden, ein diesem Zweck entsprechendes Programm zu entwickeln und zu foerdern. Dieser Notwendigkeit war man sich weitgehend bewusst, was zur Entstehung des heutigen Amtes fuer Lehrlingswesen fuehrte. Allen jenen, die auf dem Gebiet der Berufserziehung taetig sind und sich unablaessig fuer ein besseres gegenseitiges Verstaendnis der beiden Gruppen eingesetzt haben, muss eine besondere Anerkennung ausgesprochen werden: Dr. Stratton, John McCarthy, Clarence Greiber, Howard Campion, Walter Sahlin und viele andere, die nicht namentlich genannt werden koennen, die fortwaehrend mitgeholfen haben, das nationale Lehrlingsprogramm und seine Ideen und Ziele zu foerdern.

In einer Zeitspanne von mehr als 16 Jahren sind die beiden Gruppen zu der Erkenntnis gekommen, dass es nicht notwendig und nicht ratsam ist, Schwierigkeiten und Missverstaendnisse einfach zu ignorieren. Auch waere es unklug, nicht zugeben zu wollen, dass diese Missverstaendnisse fortbestehen, nur weil keine Versuche unternommen werden, sie in ehrlicher und offener Aussprache zu beseitigen.

Die Oeffentlichkeit wird sich daran erinnern, dass in der ersten Zeit des Bestehens der beiden Gruppen mit mehreren tuechtigen Fachleuten eine Vereinbarung ausgearbeitet wurde, in der die Funktionen der beiden Gruppen gemaess der Auffassung ueber die Stellung eines Lehrlings, ob Arbeitnehmer oder Schueler, festgelegt wurden. Dieses Dokument hat sich bei der Umgrenzung der beiderseitigen Taetigkeitsbereiche als ungeheuer wertvoll erwiesen.

Auch die oertlichen und staatlichen Behoerden fuer Berufsschulung, die staatlichen Lehrlingsaemter und die Mitglieder des Personalstabes, die mit der Aussenarbeit betraut sind, koennen nicht genug Anerkennung fuer die aussergewoehnliche Umsicht erfahren, mit der sie an gemeinsame Probleme herangingen, ihre Ansichten austauschten, wo es noetig war, konstruktive Kritik uebten, und in vielen Faellen Schwierigkeiten durch schriftliche Abmachungen beseitigten, in denen sie festlegten, in welcher Form zusammengearbeitet werden sollte. Noch in den letzten Jahren sind Beauftragte der Vereinigung der amerikanischen Berufsschullehrer in etwa sechs Faellen mit fuehrenden Mitgliedern des Amtes formell zusammengetreten, um die gegenseitigen Beziehungen zu eroertern und freundschaftliche und praktische Abmachungen ueber die beiderseitige Politik und die gemeinsame Arbeit zu treffen. Das Buero

fuer Lehrlingswesen ist immer stolz auf diese guten Beziehungen gewesen und bemueht sich, die getroffenen Abmachungen auch gewissenhaft einzuhalten.

Eines der Probleme, die beide Teile gemeinsam interessierten und bei zahlreichen Gelegenheiten besprochen wurden und fuer das die Berufsschullehrer ausschliesslich verantwortlich sind, ist die Berufsschulbildung fuer Lehrlinge. Die Schwierigkeiten sind durchaus bekannt, die die staatlichen und oertlichen Berufsschullehrer hatten, um genuegend Geldmittel fuer diesen Zweck zu bekommen. Niemals ist die Tatsache verkannt worden, dass die Berufsschulbildung ein notwendiger und grundlegender Bestandteil des Lehrlingswesens ist, und die Allgemeinheit ist ueberzeugt, dass ihre Bedeutung weit groesser ist, als die Zeit vermuten laesst, die man ihr im allgemeinen widmet. Wenn von der Berufsschulbildung gesprochen wird, muss darauf hingewiesen werden, dass ihr mehr Zeit gewidmet werden muesste. Es ist das Bestreben des Amtes, jedem Lehrling in den Vereinigten Staaten eine Berufsschulbildung zuteil werden zu lassen, die an Qualitaet und Quantitaet nichts zu wuenschen uebriglaesst. Dies war jedoch immer und muss auch immer eine Funktion der Berufsschulen sein. Der wertvolle Beitrag der Berufsschullehrer zum Lehrlingswesen wird in dieser Richtung trotz verwirrender und oft unueberwindlich erscheinender Schwierigkeiten stets geschaezt.

Es ist ein Glueck fuer die Vereinigten Staaten, dass sie heute ueber die Erfahrungen einer 16-jaehrigen Zusammenarbeit verfuegen, denn in dieser gefaehrlichen Situation von heute kommt es darauf an, noch enger als bisher zusammenzuarbeiten. Man muss alle Gefahren ins Auge fassen, die sich ergebenden Konsequenzen daraus ziehen und versuchen, entsprechend ausgerichtete wirksame Programme vorzubereiten. Wenn die USA in eine entscheidende Krise verwickelt werden, werden alle Kraefte bis zum Aeussersten angespannt werden muessen, um der Industrie zu helfen, dass sie die Arbeitskraefte zur Produktion der riesigen Mengen an Waren, die gebraucht werden, richtig einsetzt. In diesem Fall muss die gemeinsame Arbeitsgruppe, die bereits erwaeht wurde, aeusserst aktiv sein und sehr oft zusammentreten.

Wenn die USA in Kuerze einer umfassenden Krise gegenueberstehen sollten, werden die Probleme, die geloest werden muessen, sehr verschieden von denen sein, die vor 10 oder 15 Jahren bewaeltigt werden mussten.

Unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg verfuegten die Vereinigten Staaten ueber ein grosses Reservoir an Arbeitskraeften, die der Industrie zugefuehrt werden konnten. Es gab z.B. eine betraechtliche Zahl Arbeitsloser. Mehrere Millionen Frauen waren zuvor nie erwerbstaetig gewesen. Es gab ausserdem viele Personen, die auf Grund ihres Alters oder koerperlicher Maengel zwar nicht arbeiteten, aber doch bis zu einem gewissen Grade arbeitsfaehig waren. 100.000 dieser Leute wurden in Berufsschulen ausgebildet und daraufhin in Ruestungsfabriken beschaeftigt. Ohne diese Reserve waeren die Bemuehungen zur Steigerung der Ruestungsproduktion niemals so erfolgreich gewesen.

Heute verfuegen die USA nicht ueber diese umfangreichen Reserven. Eine Arbeitslosigkeit besteht praktisch nicht. Viele Frauen und Koerperbehinderte sind bereits laengst berufstaetig. Im uebrigen werden mehrere Millionen junger Leute dem Arbeitsmarkt entzogen, um bei den militaerischen Streitkraeften Maschinengewehre zu bedienen, Schiffe zu bemannen und Flugzeuge zu steuern.

Wenn die Produktionsleistung unter solchen Bedingungen gesteigert werden soll, gibt es keine andere Moeglichkeit, als die Faehigkeiten der bereits Beschaeftigten zu erhoehen.

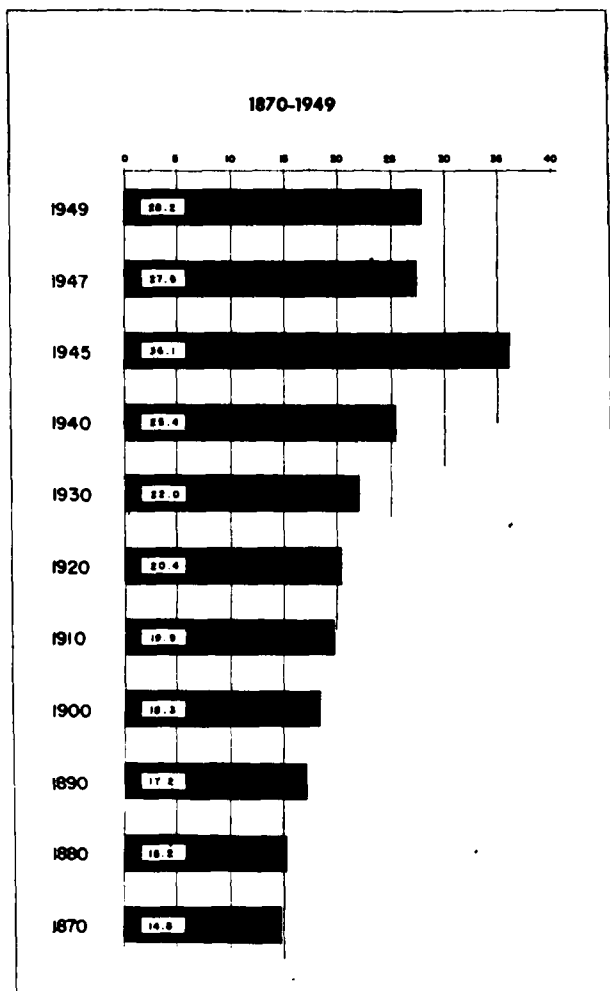
Dieses Problem der Berufsausbildung im Dienst der amerikanischen Industrie kann bearbeitet werden, ohne dass zu diesem Zwecke neue Behoerden gebildet werden. Seit dem 2. Weltkrieg haben sich die beiden Gruppen ausdruecklich und unbedingt an diesen Grundsatz gehalten. Es ist lediglich erforderlich, die Richtlinien so auszuarbeiten und die Taetigkeiten so zu lenken, dass ein derartiger Schritt nicht notwendig wird.

Die Maenner und Frauen, die auf diesen Gebieten taetig sind, sind sich bewusst, dass sie nicht nur einen Arbeitsplatz ausfuehlen, sondern dass sie gemeinsam ein Ziel erstreben. Sie wollen weiter arbeiten, wie sie es auch in der Vergangenheit getan haben, wobei folgende Ziele ihnen vorschweben moegen: Den nationalen Wohlstand zu foerdern, das wirtschaftliche Wohlergehen des amerikanischen Volkes zu verbessern und dem Lande eine unueberwindliche Verteidigung zur Verfuegung zu stellen.

U.S. Arbeitsministerium
12/1/50

ZAHL DER WEIBLICHEN ARBEITSKRAEFTE IN AMERIKA STEIGT

Prozentualer Anteil der weiblichen Arbeitskraefte an der Erwerbsbevoelkerung der Vereinigten Staaten in den Jahren 1870-1949



Dem statistischen Buero der Vereinigten Staaten zufolge hat sich die Zahl der weiblichen Bevoelkerung im Alter von ueber 14 Jahren in der Zeit von Oktober 1949 bis Oktober 1950 um 680.000 erhoehrt.

Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der erwerbstaetigen Frauen um 1.093.000 angestiegen, deren Zahl sich damit im Oktober 1950 auf insgesamt 18.668.000 belief. Die groesste Beschaeftigungszunahme in diesen 12 Monaten ist bei jenen Frauen zu verzeichnen, die in nichtlandwirtschaftlichen Industriezweigen beschaeftigt sind. Ihre Zahl steigerte sich um 599.000 insgesamt, damit haben die Frauen im Oktober 1950 die 16 1/2 Millionen Grenze ueberschritten. Die weiblichen Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, deren Zahl sich im Oktober 1950 auf insgesamt 1.902.000 belief, hatten seit dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme von 494.000 zu verzeichnen.

Die Zahl der berufstaetigen Frauen in den Vereinigten Staaten uebertrifft somit die Gesamtzahl der deutschen Berufstaetigen einschliesslich aller Arbeitslosen.

Labor Information Bulletin
XII/50

IN ENGLAND ENTSCHIEDEN DIE BERGLEUTE SELBST UEBER IHRE ZUKUNFT

Die Besprechungen ueber den englischen Fuenfzehnjahresplan werden von den Mitgliedern der Beratungsausschuesse der Kohlenbergwerke gefuehrt, die alle ein Exemplar dieses groessten Programms auf weite Sicht erhalten haben, das die britische Industrie je gekannt hat.

Die ersten Erklaerungen zu dem Programm wurden im November den Mitgliedern des Landes-Beratungskomitees von dem Vorsitzenden der obersten Kohlenbehoerde gegeben. Die gemeinsame Beratung wird fortgesetzt, und die Betriebsleiter und Arbeiter jeder Abteilung studieren die Einzelheiten, die von unmittelbarer Bedeutung fuer sie sind.

Die Bergarbeitergewerkschaft hat bereits offiziell dieses ausgeglichene Programm der Kapitalentwicklung gebilligt, das den Zweck hat, Arbeitskraefte, Geld und Maschinen so zu verwenden, dass die besten Ergebnisse erzielt werden koennen.

Wie ein Sprecher erklarte, waren sich die Bergarbeiter immer der Bedeutung der Herausstellung der Leistungsfahigkeit bewusst, und sehen nun eine Gelegenheit, ihre Hoffnungen zu verwirklichen. Der Plan kann jedoch nur gelingen, wenn er von der Industrie wohlmeinend mit allen Mitteln unterstuetzt wird.

Die Vorschlaege zu diesem Fuenfzehnjahresprogramm, das an sich nicht an feste Quoten gebunden ist, sehen eine Steigerung der jaehrlichen Kohlenfoerderung Englands um 36 Millionen Tonnen bei einer Senkung der Zahl der Bergarbeiter um 80.000 vor.

Es wird weniger Gruben geben, aber mehr Destillierwerke. Es werden sich groessere Stollen in den Gruben finden, zum Zerkleinern und Abtransport der Kohle wird weitgehend von elektrischer Energie Gebrauch gemacht werden. Den Bergarbeitern werden in groesserem Masse Badeeinrichtungen an den Ausgaengen der Gruben zur Verfuegung stehen, sie werden mit groesserer Sicherheit arbeiten, und man wird sich eingehender als bisher mit Wohlfahrts-einrichtungen fuer sie befassen.

Diese Aenderungen koennen nicht sofort vorgenommen werden; es kann bis zu zehn Jahren dauern, bis ein grosses, modernes Kohlenbergwerk in vollem Ausmass produzieren kann.

Weil eine groessere Mechanisierung hoeheren Ausstoss mit sich bringt, werden die Gesteungskosten fuer jede Tonne Kohle um sieben Schillinge fallen.

Nicht alle Gewinne werden in Form niedriger Preise der Oeffentlichkeit zufließen. Die Maenner, die im Bergbau arbeiten, werden besonders beruecksichtigt werden, da die oberste Kohlenbehoerde den Grundsatz akzeptiert hat, dass die Loehne im gleichen Masse erhoehrt werden, in dem die Produktionsleistung steigt.

Den Hauptanteil der Gesteungskosten fuer Kohle bilden die Loehne (nahezu zwei Drittel). Obwohl das Komitee sich nicht verpflichten wuerde, eine bestimmte Lohnpolitik zu betreiben, hat es beschlossen, bei der Errechnung der Gesteungskosten an Hand der Loehne drei Voraussetzungen zugrunde zu legen:

Die Unterschiede in den Lohnstarifen der einzelnen Gebiete werden ausgeglichen, die verschiedenen Lohnstufen werden jetzt bleiben, und die Loehne als Ganzes werden nur erhoehrt, wenn auch

die Produktionsleistung steigt, wobei jedes Gebiet mit Kohlevorkommen getrennt behandelt wird.

Die groesste Aufgabe wird es sein - dessen ist sich auch die Behoerde bewusst - die Belegschaftsstaerke der Bergwerke beizubehalten.

In vielen Faellen wird es schwierig sein, neue Arbeiter einzustellen. Die Behoerde rechnet damit, dass nur in wenigen Bezirken ueberzaehlige Bergarbeiter Schwierigkeiten haben werden, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Als ein Hauptproblem sieht man die Tatsache an, dass man im allgemeinen bestrebt ist, ueberzaehlige Arbeiter zu halten, anstatt sie zu veranlassen, in anderen Industrien Arbeit zu finden.

Die Gefahr einer weitverbreiteten Arbeitslosigkeit ist sehr gering. Allgemein gesprochen, wird Neuorganisation nichts weiter bedeuten als eine Reihe von Arbeitsplatzwechseln in andere Gruben. Fuer solche Wechsel ist den Arbeitern versprochen, dass ihnen alle interessierten Stellen der naechsten Umgebung beratend zur Seite stehen werden.

Die Kohlenbehoerde hat in ihren Richtlinien jede Rueckkehr zu jenen Tagen von vornherein ausgeschlossen, als die Bergwerke ueberbelegt waren und die Bergleute bei geringerer Nachfrage nach Kohle arbeitslos wurden. Dadurch, dass man die Arbeiter je nach den Schwankungen im Absatz zu Produktions- oder Ausbauarbeiten heranzieht, will man die Fuenftage-Woche beibehalten und eine stabile Beschaeftigtenziffer sichern.

Der Plan ist nicht unabaenderlich festgelegt, sondern er unterliegt fortwaehrenden Veraenderungen, da die Richtigkeit der Erwartungen staendig nachgeprueft wird.

Dadurch, dass man den Preis fuer jede Hauptkohlensorte in jedem Absatzgebiet so weit wie moeglich in Uebereinstimmung mit den Produktions- und Transportkosten festlegt, will die Behoerde da fuer sorgen, dass jede Verbrauchergruppe fuer die Kohle, die sie braucht, einen angemessenen Preis zahlt. Die Preise fuer die einzelnen Absatzgebiete werden jedoch nicht endgueltig festgelegt werden, sie werden aber mit den Veraenderungen in der Versorgung mit verschiedenen Kohlensorten und der Nachfrage schwanken. Andere Faktoren, die beruecksichtigt wurden, waren das erforderliche Kapital und natuerliche Hilfsquellen. Die Behoerde hofft, die noetigen Ausruestungen und Finanzmittel fuer ihre Projekte zu bekommen, zumal Untersuchungen ergeben haben, dass ein Mangel an Kohlevorkommen fuer viele Generationen unwahrscheinlich ist.

Eine Besorgnis erregende Tatsache ist jedoch, dass die beste und billigste Kohle bereits abgebaut ist, insbesondere jene Sorten, die sich zu Hartkoks fuer die Stahlindustrie verarbeiten lassen. Auf der anderen Seite hofft die Kohlenbehoerde, die Schwierigkeiten, die zur Zeit durch die Nachfrage der Verbraucher nach besonderen Kohlensorten entstanden sind, ueberwinden zu koennen. Unter anderem beabsichtigt man, durch eine Form der Preisregelung, eine bessere Verteilung der einzelnen Sorten und verbesserte Methoden beim Mischen der Kohle der gesamten Nachfrage gerecht werden zu koennen.

Das Programm der Neuorganisation enthaelt keine Angaben ueber die Gruben, die geschlossen oder wiederaufgebaut werden sollen. Diese Entscheidungen bleiben den oertlichen Betriebsleitungen ueberlassen, die fuer die Durchfuehrung der Einzelphasen des Planes verantwortlich sind.

Die oberste Kohlenbehoerde ist der Auffassung, dass sie bei der Ausarbeitung dieses Programms auf lange Sicht sich konservativ verhalten hat. Man erwartet von den Arbeitern in der Zukunft keine groesseren Anstrengungen als sie zur Zeit fuer ihre Arbeit aufwenden. Man hat sich auch nicht auf technische Erfindungen gestuetzt, die gerade im richtigen Augenblick zu Hilfe gekommen waeren.

Um noch weiterzugehen, erklart die Behoerde, sie habe in "einem Gemisch vernuenftiger Erwartung und hoffnungsvollen Denkens" gehandelt. Nachdem sich nun die Produktionsmoeglichkeiten und die Tendenzen in der Nachfrage klar abgezeichnet haben, kann der Plan abgeaendert werden. Er wird in jedem Falle staendigen Revisionen unterliegen.

Wie vorsichtig die Schaetzungen auch sein moegen, so hat die Kohlenbehoerde doch ein Problem in Angriff genommen, das unbedingt einer Loesung bedarf.

Jedes kleinere und einzelne Projekt zur Neuorganisierung und Modernisierung haette die Produktion nur auf den niedrigen Stand von 1945 herabgedrueckt. Und der Preis fuer Kohle, der in den letzten Jahren gesunken ist, wuerde erneut ansteigen, wie es 70 Jahre lang der Fall war. Innerhalb von fuenf Jahren haette er ohne einen derartigen Plan fuenfmal so hoch sein koennen.

Das Programm muss nun einer gruendlichen Untersuchung unterzogen wuerden, und zwar nicht nur von Persoenlichkeiten der Industrie, sondern auch von den Vertretern der Oeffentlichkeit in den Ausschuessen fuer Kohleverbraucher und dem Ministerium fuer Brennstoff und elektrische Energie. "Wir werden auch in Zukunft," erklarte der Vorsitzende der obersten Kohlenbehoerde, "uns nach neuen Ideen umsehen und solche Ideen begruessen, soweit es sich um gesunde und vernuenftige Vorschlaege handelt."

Labour
XII/50

GERECHTES AKKORDSYSTEM STEIGERT PRODUKTIONSLEISTUNG

Die Produktionsziffern der englischen Industrie gehen staendig in die Hoehe. Wie ist dies ohne zusaetzliche Arbeitskraefte und ohne schwerere Arbeit moeglich? Das Staatliche Buero fuer Wirtschaftsinformationen hat sich mit 107 Firmen in Verbindung gesetzt und hat drei eindeutige, aber keineswegs nagelneue Antworten auf diese Frage erhalten:

Gemeinsame Beratung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, gerechte Akkord-Systeme und Betriebsinformationen.

Die Untersuchungen haben dieses Buero zu einer grossen Zahl groesserer und kleinerer Betriebe gefuehrt. Ein Fuenftel der Betriebe zaehlen mehr als 1000 Arbeiter, ein Viertel weniger als 250. Auch die Art der Waren, die sie produzieren, ist sehr verschieden.

Unter Zuhilfenahme der Geschaefsbuecher der einzelnen Firmen ist eine Liste zusammengestellt worden, aus der zu ersehen ist, wie die Produktion gesteigert, die Gestehungskosten und Preise gesenkt und die Loehne der Arbeiter erhoehrt worden sind.

Diese Zusammenstellung ist sehr aufschlussreich. In 75 Firmen fuehren Vertreter der Unternehmer und Arbeiter gemeinsame Besprechungen. Gerechte Akkordsysteme spielen in 72 Faellen eine bedeutende Rolle, waehrend 45 Firmen ihre Produktionsziffern dadurch steigern, dass sie ihre Arbeiter ueber die Erzeugnisse des Betriebes, den Absatz, die Produktionsquoten, die Gestehungskosten und die bereits erzielten Erfolge eingehen unterrichten.

Viele Firmen bedienen sich dieser drei Methoden mit grossen Erfolg. Zwei Beispiele zeigen, wie fortschrittliche Unternehmer mit einsichtigen Arbeitern eintraechtlich zusammenarbeiten, um die Produktionsleistung zum Nutzen der Firma, ihrer Arbeitnehmer und ihrer Kunden zu steigern.

Die Technischen Werke in Leeds z.B. koennen von einer Produktivitaetssteigerung um 44% seit 1947 berichten. Der Mangel an Treibstoff, der in jenem Jahre geherrscht hat, ist fuer dieses Unternehmen zur Veranlassung geworden, seine 55 Kilowatt-Dieselgeneratoren zu normen. Das Erzeugnis der Firma ist ab heute geaendert, um eine guenstigere Verwendung des Rohmaterials zu gewaehrleisten, und um die Produktion des genormten Produktes zu beschleunigen, ist eine umwaelzende Neuordnung der Betriebsanlagen durchgefuehrt worden.

Fruerer sind spezialisierte Werkzeugmaschinen nur im beschaenkten Masse verwendet worden, um Einzelteile fuer eine Vielzahl von Maschinen herzustellen. Nach der Neuorganisation sind die Werkzeugmaschinen, in Gruppen geordnet aufgestellt, im voraus sorgfaeltig eingerichtet, damit die maschinelle Arbeit im ununterbrochenen Fließbandsystem ausgefuehrt werden kann. Die Arbeiter sind waehrend dieser Neuorganisation genauestens ueber die einzelnen Vorgaenge unterrichtet worden, ebenso sind die Plaene dem gemeinsamen Produktionsausschuss laufend vorgelegt worden. Auf diese Weise ist es moeglich gewesen, sich die Mitarbeit der Belegschaft bei dieser Neuorganisation zu sichern.

Und die Ergebnisse? Fuer die Verbraucher eine 25%ige Preissenkung, fuer den Unternehmer eine 10%ige Verminderung der Produktionskosten und fuer 1800 Arbeitnehmer eine Steigerung ihrer Loehne um durchschnittlich sechs Schillinge bis zu einem Pfund Sterling, wobei die Lohnverbesserungen im Rahmen des nationalen Lohngesetzes nicht beruecksichtigt sind.

Im Suedwesten Englands sehen wir das zweite Beispiel: In Avonmouth (Bristol) werden den Arbeitern fuer die Erzeugung von Zink, Schwefelsaeure und Industrie-Chemikalien Leistungspraemien gezahlt. Die Zinkproduktion hat sich seit dem Kriege um 20% und die der Schwefelsaeure um 25% gesteigert. Die Wochenloehne der Arbeiter sind dadurch um einen Betrag von dreissig Schillingen bis zu zwei Pfund Sterling in die Hoehe gegangen.

Die Leistungspraemien werden in den verschiedenen Industriezweigen nicht eher eingefuehrt, als bis in Sondersitzungen mit Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern alle Einzelheiten des Systems ausgearbeitet sind und eine Abmachung zustande gekommen ist, zu der sich 90% der 1500 Arbeiter dieses Betriebes bekannt haben. Leistungspraemien koennen auch in den Warenlagern gezahlt werden und sind selbst fuer die jungen Leute vorgesehen, die mit dem Fahrrad Botengaenge ausserhalb der Fabrik verrichten.

Praktisch ist jede Arbeit in diesen Betrieben vom Hofreiniger bis zum Reparieren der Pumpen und Wiederaufbauen der Retorten gebrueft und zeitlich bemessen worden. In allen Faellen ist es den

Arbeitern moeglich, sich an die Zeitnehmer zu wenden und eine Angleichung der Zeit zu erwirken, wenn dies erforderlich ist.

Fuer die Maschinentechner, Klempner, Maurer und andere Handwerker sind Akkordsysteme eingefuehrt worden, denen eine Untersuchung ausschlaggebender Leistungseinheiten zu Grunde liegt.

In jedem dieser Systeme ist der Vorarbeiter der wichtigste Mann. Er prueft die Zeiten, die fuer die Arbeitsgaenge gebraucht werden. Wenn die Ausfuehrung der Arbeit schlecht ist, kann er darauf bestehen, dass sie noch einmal verrichtet wird oder die Praemie nur fuer den Teil gezahlt wird, der zufriedenstellend ausfaellt. Der Vorarbeiter selbst arbeitet nach einem Leistungspraemien-System, das sich auf die Arbeitsleistung seiner Arbeiter gruendet.

Diese 105 Faelle, die man untersucht hat, sind ein klarer Beweis dafuer, dass die englische Industrie ueber ein grosses Mass an Erfahrung und Wissen verfuegt, das ausgewertet werden kann - wenn es die Unternehmer nicht fuer erniedrigend halten, mit den Vertretern ihrer Arbeiter neue Methoden zu besprechen, bevor die Fabriken in Betrieb gesetzt werden, und wenn die Arbeiter nicht zu misstrauisch oder zu konservativ sind, sich damit einverstanden zu erklaren, eine neue Idee auszuprobieren, nachdem sie sie sorgfaeltig geprueft haben.

Labour
6/50

MEANY ZUR ROLLE DES RUNDFUNK- UND FERNSEHWESENS

"Dieses neue und maechtige Beeinflussungsmittel darf nicht voellig der Industrie als Propagandawerkzeug zur Steigerung ihres Absatzes ueberlassen werden."

Dies sagte George Meany, der Hauptkassierer der AFL, vor der bundesstaatlichen Kommission fuer Rundfunk- und Fernsehwesen. Er schloss sich der Bitte einer Gruppe Erzieher an, dass ein gewisser Prozentsatz der Fernsehsendungen ausschliesslich fuer erzieherische Zwecke verwendet werden soll. "Wir wollen, dass unsere Kinder durch die Fernseheinrichtungen mehr lernen koennen als nur die Kenntnis einer ausgezeichneten Geschaeftsreklame."

"Die Regierung ist dem amerikanischen Volke sehr vieles schuldig. Sie sollte die Kinder der Nation und die Erwachsenen vor dem uebertriebenen Haendlergeist bewahren, dem sie zur Zeit ausgesetzt sind."

Meany stellte fest, dass die bestehenden Fernsehstationen es versaeumt haetten, sich zu einem Forum fuer die verschiedenen Meinungen zu den nationalen und internationalen Problemen zu entwickeln, und erklarte: "Die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, finden in dem Heilleben zahlloser amerikanischer Familien und den Erziehungsmoeglichkeiten der kommenden Generationen ihren Niederschlag."

Er wies ferner darauf hin, dass die amerikanische Arbeiterschaft das Erziehungswesen immer unterstuetzt hat, weil sie zu der Erkenntnis gekommen ist, dass "ein intelligentes Volk aufgeklart sein muss." Er betonte, dass es "die arbeitenden Maenner und Frauen Amerikas waren, die den Kampf fuer die Errichtung eines freien und oeffentlichen Schulsystems gefuehrt haben."

Die Gewerkschaften haben sich fuer der Oeffentlichkeit zugaengliche Hochschulen eingesetzt und sind heute an den Universitaeten und Volkshochschulen ausserordentlich interessiert.

Durch die Entwicklung des Rundfunks und des Fernsehwesens sind die Erziehungs- und Informationsmoeglichkeiten sehr stark ausgedehnt worden, man habe jedoch zur Foerderung der allgemeinen Erziehung und zur Propagierung sozialpolitischer Programme nur in beschraenktem Masse von den Rundfunk- und Fernseheinrichtungen Gebrauch gemacht, und "die Geschichte der letzten 25 Jahre hat gezeigt, dass der Rundfunk nicht die grosse erzieherische Rolle gespielt hat, die man von ihm erwartete."

"Die fortschrittliche amerikanische Arbeiterschaft ist der Auffassung, dass hoehere Loehne und bessere Arbeitsbedingungen, so lebenswichtig sie sind, weder das einzige Interesse der Arbeiter darstellen, noch die einzige Verantwortlichkeit sind, die die Unternehmer ihren Arbeitern gegenueber zu tragen haben. Die Gewerkschaften wie auch die Unternehmer vertreten die Auffassung, dass die Erziehung fuer den Arbeiter von vordringlicher Wichtigkeit ist. Ein aufgeklaerterer Arbeiter ist leistungsfaeiger. Er lernt in kuerzerer Zeit mehr, verrichtet seine Arbeit besser und steht innerhalb der Gemeinschaft auch nachdruecklicher seinen Mann."

Daily News Service
XII/6/50

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTSFUEHRER UNTERSTREICHEN DIE BEDEUTUNG DER ARBEITERBILDUNG

Bei der feierlichen Uebergabe des Samuel-Gompers-Gedaechtnisfonds an das Roosevelt-College in Chikago, der sich auf 100.000 Dollar belaeuft, erklaerten fuehrende Funktionaere der Gewerkschaften, der Fortschritt der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung haenge groesstenteils von der Ausbildung ab, die den Gewerkschaftsmitgliedern zuteil werde.

William Green, der Vorsitzende der AFL, fuehrte in diesem Zusammenhang aus: "Wir waren bisher vielleicht zu sehr geneigt, unseren Fortschritt nach den Mitgliederzahlen allein zu bemessen - d.h. eher nach quantitativen als nach qualitativen Normen Nur in dem Masse, in dem wir erziehen und auch werbend wirken, koennen wir die Gewissheit haben, dass die Struktur der organisierten Gewerkschaftsbewegung in Amerika erhalten bleibt und sich fortwaehrend verbessert."

Der Vorsitzende des CIO, Philip Murray, wies darauf hin, dass "unsere hoeheren Lehrinstitute bis vor kurzem noch der Gewerkschaftsbewegung gegenueber entweder unfreundlich oder irgendwie gleichgueltig eingestellt waren oder ihr sogar den Ruecken kehrten."

Im Roosevelt-College wird die Arbeiterbildung auf der gleichen Basis wie die Ausbildung in Kuensten und Wissenschaften betrieben. Sowohl Arbeitgeber als auch Gewerkschaften sind im Treuhaenderausschuss vertreten. Walter Reuther, der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft des CIO, und Morris Bialis von den Damenoberbekleidungsarbeitern der AFL sind Mitglieder dieses Ausschusses.

Weekly Labor News Digest
Vol. V - Nr. 51
XII/20/50

AUSBILDUNGSINSTITUT FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE PLANUNG ASIATISCHER ENTWICKLUNGSPROJEKTE

In Lahore (Pakistan) ist das erste regionale Schulungsprogramm für Volkswirtschaftler, Techniker und Verwaltungsbeamte angelaufen, die sich mit der Planung und Finanzierung landwirtschaftlicher Entwicklungsprogramme befassen. An dem Lehrgang nehmen mehr als 50 Regierungsbeamte aus vorderasiatischen Ländern und dem Fernen Osten teil. Es handelt sich um eines der ersten grösseren Schulungsprogramme, die durch das erweiterte technische Unterstützungsprogramm unter der Schirmherrschaft der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen und der Internationalen Bank für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Entwicklung ermöglicht wurden. Zweck dieses Lehrganges ist, die Beamten asiatischer Länder in der Vorbereitung wirtschaftlicher Entwicklungsprojekte zu unterrichten und ihre Fähigkeiten auf diesem Gebiet zu vervollkommen, damit derartige Projekte von den staatlichen Verwaltungsbehörden und den internationalen Finanz-Instituten besser bearbeitet werden können. Es ist oftmals von verschiedenen Finanzinstituten - wie z.B. der Internationalen Bank - darauf hingewiesen worden, dass schlecht ausgearbeitete Skizzen über wirtschaftliche Entwicklungsprojekte eine erhebliche Schwierigkeit für den wirtschaftlichen Fortschritt unterentwickelter Länder darstellen.

Der Lehrplan des Instituts umfasst folgende Gebiete:

- a) Die Auswirkung besonderer Projekte auf die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes und die Pläne für die zukünftige Entwicklung bestimmter Industriezweige und Projekte, bestehender und geplanter Absatzmöglichkeiten, Transportwesen, Kredit-Institute für die Landwirtschaft sowie Schulen und andere staatliche Einrichtungen.
- b) Voraussichtliche Kosten und Gewinne aus wirtschaftlichen Entwicklungsprojekten. Kostenvoranschläge für technische Pläne, Bau- und Arbeitsprojekte und technische Produktions-einrichtungen, das Studium landwirtschaftlicher Projekte unter Berücksichtigung der daraus entstehenden Einnahmen; zusammenfassende Finanzberichte über Ausgaben und Einnahmen.
- c) Besondere Probleme und die verschiedenen Arten der Entwicklungsprojekte. Künstliche Be- und Entwässerung, Flussregulierung, Bodenkultivierung, Vertriebs- und weiterverarbeitende Unternehmen, die kombinierte Ausbeute der natürlichen Hilfsquellen, Transport- und Informationswesen, Gesundheitsprobleme, agronomische Fragen in- und ausländischer Märkte zum Absatz der Erzeugnisse und die indirekte Auswirkung aller dieser Probleme auf die Staatseinnahmen.
- d) Organisation und Verwaltung der Projekte. Gerichtsbarkeit, Organisationsform, Machtbereich und Aufgaben, Personalpolitik, Überwachung und Rechnungsführung, Beziehungen zur Landwirtschaft und anderen Industrie-Zweigen, Auswahl und Ausbildung der Siedler, Vorarbeiter, Mechaniker, die Bearbeitung von Kolonisierungs- sowie Ein- und Auswanderungsproblemen.
- e) Finanzfragen. Direkte Rückerstattungen an die Farmer, Siedler und andere Personen, die Erzeugnisse oder Dienstleistungen in Anspruch genommen haben, direkte Projekteinnahmen in weichen und harten Währungen. Bedarf an inländischen und ausländischen Dienstleistungen und Materialien sowie Kapitalien für nationale und internationale Finanzierungen,

Finanzierungsmethoden eines Projektes und die Verwendung des zur Verfügung stehenden Kapitals.

f) Zusammenfassung aller Gesichtspunkte eines wirtschaftlichen Entwicklungsprojektes in einer Abhandlung, in der technische, verwaltungsmaessige und finanzielle Einzelheiten festgelegt sind.

Den Teilnehmern an diesen Lehrgaengen wird die Moeglichkeit geboten, besprochene Grundsätze und Methoden bei der Bearbeitung praktischer Entwicklungsprobleme und Projekte anzuwenden. Zusaetzlich zu den Informationen, die ueber ausgewaehlte Projekte anzuwenden. Zusaetzlich zu den Informationen, die ueber ausgewaehlte Projekte in Pakistan der Schule zur Verfügung stehen werden, erwartet man von den Lehrgangsteilnehmern aus anderen Laendern, dass sie moeglichst ausfuehrliche Informationen ueber eine oder mehrere Entwicklungsprojekte in ihrem eigenen Lande zu diesem Zwecke vorlegen.

Economic and Social Problems
in the United States
No. 10 Vol. 2
10/50

INDISCHE GEWERKSCHAFTEN ERKENNEN DIE KOMMUNISTISCHE GEFAHR

Hariharnath Shastri, der Generalsekretaer des Indischen Nationalen Gewerkschaftskongresses (INTUC) gab vor kurzem eine Erklaerung ab, in der er ausfuehrte:

"Die Kommunisten greifen unsere Unabhaengigkeit unmittelbar an; und das gleiche tun sie auf der ganzen Welt. Sie sind eine Gefahr fuer die ganze Welt.

"Amerika und England repraesentieren die demokratischen Kraefte. Einige sind der Auffassung, dass sie die kapitalistischen Kraefte repraesentieren. Das mag vor Jahren so gewesen sein; die Verhaeltnisse haben sich jedoch geaendert. Sie haben ihre imperialistischen Ansprueche laengst aufgegeben. Nun versuchen sie ihr Bestes, um die demokratischen Kraefte in der Welt zu staerken. Amerika wuenscht, seine Stellung in der gesamten Welt auf demokratischer Basis beizubehalten. In der Rede Praesident Trumans sind unlaengst die falschen Vorstellungen von angeblichen Machtanspruechen Amerikas zurueckgewiesen worden."

Generalsekretaer Shastri, der kuerzlich auf dem Kongress des INTUC von 2.000 Delegierten wiedergewaehlt worden war, fuhr fort: "Fuer England, Amerika und Indien besteht eine gemeinsame Gefahr, der wir ins Auge sehen muessen. Eine einzige Nation bedroht den Frieden der Welt. Diese Macht ist fuer England und Amerika weniger gefaehrlich als fuer Asien. Starke Nationen koennen sich selbst verteidigen, wir koennen es jedoch nicht."

Khandubhai Desai, der zum Vorsitzenden des INTUC wiedergewaehlt wurde, brachte die gleichen Ansichten zum Ausdruck.

In den vergangenen 18 Monaten sind 15 Gewerkschaften mit rund 100.000 Mitgliedern von insgesamt 1.434.000 aus dem INTUC ausgeschlossen worden, weil sie der von Moskau diktierten kommunistischen Linie folgten.

Program Services Section
Labour News Roundup # 73
XII/6/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 45

Frankfurt, 13. Januar 1950

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|----|
| Truman fuer weiteren sozialen Fortschritt - - - - - | 1 |
| Jugendschutz in U.S.A. - - - - - | 4 |
| Walter Reuther zur Deutschlandfrage - - - - - | 5 |
| Englische Schneider berichten ueber amerikanische Produktionsleistung - - - - - | 8 |
| Marshallplan Barometer - - - - - | 9 |
| Gewerkschaftsfunk eines New-Yorker Senders - - - - - | 10 |
| Moderner Stoerungssucher - - - - - | 11 |

TRUMAN FUER WEITEREN SOZIALEN FORTSCHRITT.

(WASHINGTON, 9. Januar) - In seiner heutigen Budgetbotschaft an den Kongress stellte Praesident Harry S. Truman fest, dass "wir mit Zuversicht der Zukunft entgegensehen koennen". Diese Botschaft enthaelt das finanzielle Programm zur Durchfuehrung der Plaene und Massnahmen, die der Praesident in seiner Botschaft ueber "die Lage in der Union" (State of the Union Message) vorige Woche vorge-schlagen hatte.

Fuer internationale Programme forderte der Praesident 4,7 Billionen Dollar. Er sagte, dass das Europa Hilfsprogramm 1951 mit einer Billion Dollar weniger finanziert werden koennte als im Jahre 1950, weil durch unsere Unterstuetzung der wirtschaftliche Wiederaufbau angekurbelt und gefoerdert worden sei. Dies haette eine Hebung des Lebensstandards und groessere politische Stabilitaet in Westeuropa zur Folge gehabt.

Der Praesident erinnerte den Kongress jedoch daran, dass noch grosse Hindernisse zu ueberwinden seien und die Gefahr einer Aggression noch immer bestehe. Die Laender Europas benoetigten nach diesem Kriege Rohstoffe und Waren, die zum groessten Teil nur von den Vereinigten Staaten geliefert werden koennten. Diese Laender seien jedoch nicht dazu in der Lage, die exportierten Gueter mit Waren oder Dienstleistungen zu bezahlen. "Wenn wir diesen Voelkern nur soviel lieferten, wie sie bezahlen koennen, dann wuerde ihr Lebensstandard rapide sinken und Unsicherheit und destruktivem wirtschaftlichem Nationalismus der Weg geebnet."

Der Praesident unterstrich von neuem die Notwendigkeit, den Welthandel auszudehnen, und er ersuchte den Kongress, die Charta der Internationalen Handelsorganisation zu akzeptieren und die dazu noetigen Gesetze zu erlassen. Er erklarte, "dass sowohl die Laender Europas als auch die uebrigen Nationen und das amerikanische Volk selbst weitsichtige und durchgreifende Massnahmen treffen muessen, um einen gesteigerten internationalen Waren- und Investitionsaustausch zu ermoeeglichen; allein auf dieser Basis koennten gesunde, internationale Wirtschaftsbeziehungen errichtet werden." Er fuegte hinzu, dass die im Budget geforderten Geldmittel, die zur Fortsetzung des europaeischen Hilfsprogramms noetig waeren, fuer den weiteren Fortschritt von ausschlaggebender Bedeutung seien.

Durch die Einschraenkung der Taetigkeiten der Internationalen Fluechtlingsorganisation (IRO) koennten die Zuwendungen der Vereinigten Staaten um 65% gekuerzt werden. Mr. Truman wiederholte jedoch seine Forderung, dass der Kongress das Gesetz fuer Fluechtlinge abaendern und die entsprechenden Geldmittel bewilligen moege.

Die Erfolge der technischen Unterstuetzung in den Republiken Amerikas und in Europa beweisen, dass das Punkt-Vier-Programm wertvoll und durchfuehrbar ist, sagte der Praesident. In seinem Haushaltsplan sind 25 Millionen Dollar vorgesehen, da sich die Vereinigten Staaten an dem Programm zur technischen Unterstuetzung beteiligen, das nun von den Vereinten Nationen bewilligt wurde. Er unterstrich die Notwendigkeit, Kapital in rueckstaendigen Gebieten zu investieren und einen Plan zu entwerfen, nach dem zur Foerderung von Investierungen die Export-Import Bank die Garantie fuer diese Kapitalanlagen uebernehmen soll. Bei Mangel an Privatkapital schlug er die Verwendung oeffentlicher Geldmittel vor.

Obwohl der Praesident die Notwendigkeit wirtschaftlicher Stabilitaet in anderen Laendern hervorhob, betonte er, dass es damit nicht genug sei. "Die wirtschaftliche Wiedergesundung ist Grundbedingung fuer die Erhaltung der Freiheit und Stabilitaet in Westeuropa und anderen Laendern, die fuer uns von lebenswichtiger Bedeutung sind; aber die wirtschaftliche Lebensfaehigkeit allein genuegt nicht, um sich vor Aggressionen schuetzen zu koennen. Eine starke militaerische Verteidigung ist notwendig. Ohne fremde Hilfe koennen diese Laender jedoch nicht eine allen Angriffen gewachsene Verteidigung aufbauen, ohne ihren Wiederaufbau dadurch beträchtlich zu verzoegern."

Fuer das gegenseitige Verteidigungsprogramm forderte Praesident Truman 1,1 Billionen Dollar fuer das Haushaltsjahr 1951. Er erklarte, dass diese Forderung die frueheren Schaetzungen weit uebertreffe, weil das neue Programm zur nationalen Verteidigung, wie es im Gesetz zur nationalen Sicherheit (National Security Act) niedergelegt ist, erst spaet gesetzlich genehmigt wurde. Mr. Truman empfahl Ausgaben in einer Hoehe von 13 Billionen Dollar, was den groessten Betrag in seinem Budget darstellt.

Fuer Soziale Sicherheit.

Der Praesident verlangte vom Kongress die Finanzierung des Programms der sozialen Sicherheit und erklarte, dass etwa 85% aller beschaeftigten Personen von diesem Plan erfasst wuerden. Damit wuerde die Notwendigkeit einer Unterstuetzung aus oeffentlichen Mitteln laufend reduziert. Vor allem muessen alle

Bauern, Lohnempfaenger und selbstaendigen Arbeiter erfasst werden. Die Unterstuetzungen muessen bedeutend hoeher und alle Personen auch gegen Arbeitsunfaehigkeit versichert sein. Er forderte aufs neue eine Gesetzgebung, die die bundesstaatliche Hilfe fuer oertliche Gesundheitsdienste steigern und fuer die medizinischen und verwandten Schulen finanzielle Unterstuetzung vorsehen soll, um die Ausbildung zusaetzlichen, medizinischen Personals zu foerdern. "Um eine Hauptluecke in unserem System der sozialen Sicherheit zu schliessen," sagte der Praesident, "empfehle ich nochmals dringend, ein vernuenftiges System fuer im voraus bezahlte Krankenversicherungsgelder gesetzlich festzulegen. Es muss in unser soziales Versicherungsprogramm miteinbezogen und in erster Linie von Arbeitgebern und Arbeitnehmers finanziert werden."

Mr. Truman erklarte, dass sich seine Forderungen fuer Zwecke der Sozialversicherung im Jahre 1951 auf schaeztungsweise 271 Millionen Dollar belaufen, die in Form von Zuschuessen den einzelnen Staaten zuzuleiten waeren.

Wohnungsbau.

Er betonte, dass es notwendig sei, mehr Wohnungen zu schaffen. Er forderte die bundesstaatliche Genehmigung von Unterstuetzungen fuer Genossenschaften und anderen Gesellschaften, die ohne Gewinn an Bau- und Wohnungsbauprojekten arbeiten. Er verlangte, dass die Bundesregierung fuer die technische Beratung der entstehenden Baugenossenschaften Sorge und die entsprechenden Massnahmen zu ihrer Finanzierung treffe. Mit dem vom Kongress im letzten Jahre verfolgten Grundsatz, "ein anstaendiges Heim und eine passende Umgebung fuer jede amerikanische Familie zu schaffen," sei ein guter Anfang gemacht worden. Wir muessten jedoch schnellstens daran gehen, diese Plaene zu verwirklichen. Er forderte fuer das gesamte Wohnungsbauprogramm, einschliesslich Gemeinde- und Reinigungsarbeiten, insgesamt 1,3 Billionen Dollar.

Bessere Schulausbildung.

Fuer erzieherische Zwecke in den verschiedenen Staaten belief sich die Forderung des Praesidenten fuer 1951 auf 434 Millionen Dollar gegenueber 125 Millionen fuer 1950. "Die Nation kann es sich nicht leisten, menschliche Faehigkeiten und Kraefte zu vergeuden, wie wir es augenblicklich tun," sagte er, "indem wir versaeumen, Millionen von Kindern in Grund- und hoeheren Schulen auszubilden und Hunderttausenden von jungen Menschen zu helfen, die durch eine bessere Schulausbildung vorwaertskommen koennten."

Hilfe fuer den Arbeiter.

Mit der Forderung von 243 Millionen Dollar fuer das Programm der Arbeit im Jahre 1951 fuehrte der Praesident aus: "Die Plaene der Bundesregierung auf dem Gebiet der Arbeit sind dazu bestimmt, den wirksamen Gebrauch unserer wichtigsten produktiven Kraft zu foerdern, der Leistung des amerikanischen Arbeiters, mit dem Endziel, eine hoehere Produktion und damit einen hoeheren Lebensstandard zu erreichen." Er sprach sich fuer die Beibehaltung eines freien Arbeitsvermittlungsdienstes fuer Industrie und Landwirtschaft aus, fuer eine Versicherung gegen den Totalverlust des Einkommens infolge zeitweiliger Arbeitslosigkeit, und fuer gerechte Normen der Arbeitszeit und -bedingungen, durch die ein Schlichtungsdienst bei industriellen Streitigkeiten und ein Mittel gegen ungerechte Arbeitsverfahren gewaehrleistet wuerde. Er fuegte dem Haushaltsplan eine Million Dollar zur Finanzierung der Kommission fuer gerechte Beschaeftigungsbedingungen bei, deren Schaffung er schon seit langem dem Kongress nahegelegt hatte. Er wiederholte seinen diesbezuglichen Vorschlag in der heutigen Botschaft. Ferner empfahl er, den Staaten Unterstuetzungen fuer Programme der industriellen Sicherheit zu gewaehren und wies darauf hin, dass die Bundesregierung und die Staaten jaehrlich Millionen von Dollar fuer verletzte Arbeiter ausgeben. "Allein unser gesunder Menschenverstand," sagte er, "muesste uns veranlassen, alles zur Verhinderung von Unfaellen zu tun."

Seine Forderung zur Erweiterung des Arbeitsministeriums durch den sogenannten "Labor Extension Service", durch den die gesunden Wechselbeziehungen Arbeitnehmer-Arbeitgeber gefoerdert werden sollen, schaezte er fuer das kommende Haushaltsjahr auf 3 Millionen Dollar.

..... und Bauern.

Der Praesident erklaerte, dass die Preisunterstuetzung fuer landwirtschaftliche Erzeugnisse ein wichtiger Faktor zur Verhinderung einer Nachkriegskrise der gesamten Wirtschaft gewesen sei, zu einer Zeit, als der Uebergang von der Kriegszur Friedensproduktion eine Preissenkung fuer landwirtschaftliche Produkte hervorgerufen hatte. Er nimmt jedoch an, dass eine Preisunterstuetzung fuer diese Waren im kommenden Jahre weniger notwendig sei und verminderte deshalb fuer 1951 die Budgetforderungen des Jahres 1950 um 465 Millionen Dollar. Es handelt sich hierbei jedoch nur um Schaezungen, da auch nur geschaezt werden kann, ob und wie weit eine Preisunterstuetzung notwendig sein wird. Er schlug vor, der "Commodity Credit Corporation" weitere Anleihen zu bewilligen, wenn sie diese fordern sollte. Die Erweiterung des Elektrifizierungssystems auf dem Lande wird nach seinen Schaezungen im Jahre 1951 Anleihen im Werte von 427 Millionen Dollar gegenueber 350 Millionen im Jahre 1950 erfordern. Der Praesident ersuchte ferner um die Bewilligung von 50 Millionen Dollar fuer das Programm zur Errichtung eines Telephonnetzes auf dem Lande und fuer die Bodenerhaltung und Flussregulierung schlug er eine Erhoehung der 64 Millionen Dollar fuer 1950 auf 68 Millionen fuer 1951 vor.

JUGENDSCHUTZ IN U.S.A.

WASHINGTON, 1. Dezember 1949 (US Information Service) - Auf der 16. Nationalkonferenz der Arbeitsgesetzgebung wurde heute beschlossen, das Gesetz ueber Kinderarbeit zu foerdern, das ohne Ausnahme fuer alle Minderjaehrigen, die Lohnempfaenger sind, Gueltigkeit hat. Es besagt, dass kein Jugendlicher beschaeftigt werden darf, der nicht aertzlich untersucht und fuer die betreffende Arbeit fuer tauglich befunden worden ist.

Vertreter aus 40 Staaten, dem Distrikt Columbia, aus Alaska, Hawaii und Porto-riko nehmen an dieser Konferenz teil, die hier die letzte ihrer 3-taegigen Sitzungen abhaelt.

Mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen fuer Minderjaehrige zu verbessern, billigte die Konferenz einstimmig die Entschliessung ihres Sonderausschusses fuer Kinderarbeit, die fuer jegliche Beschaeftigung waehrend der Schulzeit ein Mindestalter von 10 Jahren und fuer Beschaeftigung ausserhalb der Schulzeit ein Alter von mindestens 14 Jahren vorsieht. In Fertigungs-, mechanischen und solchen Betrieben, in denen am laufenden Band hergestellt wird, duerfen Jugendliche erst ab 16 Jahren beschaeftigt werden.

Minderjaehrige unter 18 Jahren duerfen hoechstens 8 Stunden pro Tag und 40 Stunden pro Woche arbeiten. Sie duerfen nicht laenger als 5 Stunden ununterbrochen ohne Mahlzeit oder Ruhepause beschaeftigt werden.

Die Entschliessung verbietet die Arbeit von Jugendlichen unter 16 Jahren zwischen sieben Uhr abends und sieben Uhr morgens, ausserdem untersagt sie Beschaeftigungen, die eine Gefahr fuer die Gesundheit, Moral oder die Sicherheit des Jugendlichen unter 18 Jahren darstellen. Die Konferenz nahm auch den Vorschlag ihres Ausschusses fuer Arbeiter ohne festen Wohnsitz an, der zum Zweck hat, die Arbeitsbedingungen und den Lebensstandard der Arbeiter zu verbessern, die saisonbedingte Beschaeftigungen, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelindustrie oder als Holzfaeller ausueben.

In einer Empfehlung der Konferenz wird ferner zum Ausdruck gebracht, dass diese Arbeiter durch staatliche Gesetze zur Regelung der Mindestloehne und Lohnzahlungen geschuetzt werden muessen, damit sie einen festen Lohn als Rueckhalt

haben, der auch nicht bis zum Ende der Saison einbehalten werden darf. Fuer Arbeiter ohne festen Wohnsitz strebt man ausserdem weitere Sicherheiten wie Arbeitslosenunterstuetzung, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und Gesundheits- und Wohlfahrtsdienste an.

Ein anderer Ausschuss der Konferenz (Ausschuss fuer industrielle Sicherheit und Gesundheit) hat die Vorschlaege der Praesidentenkonferenz ueber industrielle Sicherheit, die hier im Maerz dieses Jahres stattfand, wieder aufgegriffen, die besagen, dass Anstrengungen gemacht werden sollen, um die Zahl der Unfaelle in der Industrie der Vereinigten Staaten im Laufe der naechsten zwei oder drei Jahre um 1 Million zu reduzieren. Dieser Ausschuss rief die staatlichen und bundesstaatlichen Behoerden zur Zusammenarbeit auf, um durch die erforderliche Gesetzgebung oder Massnahmen dieses Ziel zu erreichen.

WALTER REUTHER ZUR DEUTSCHLANDFRAGE.

Der Vorsitzende des U.S. Automobil Arbeiter Verbandes Walter Reuther besuchte Berlin, als er gelegentlich der Gruendungskonferenz der neuen Gewerkschaftsinternationale in Europa weilte. In einem Radio Interview unterbreitete er seine Auffassungen der Berliner Arbeiterschaft. Da wir die Stellungnahme dieses jungen und bedeutenden amerikanischen Arbeiterfuehrers von allgemeinem Interesse halten, drucken wir sie nachstehend fuer unsere Leser ab.

Herz,
Ansager: Mr. Reuther, wir hoerten, dass Sie gerade am Kongress der freien Gewerkschaften in London teilgenommen haben und jetzt zu einem kurzen Besuch nach Deutschland gekommen sind, und nun sind Sie seit gestern Nachmittag in Berlin. Mr. Reuther, was ist der Zweck Ihres Berlin-Besuches?

Reuther: Ich wollte eine Gelegenheit haben, die Berliner UGO an der Arbeit zu sehen und kennenzulernen. Bei dieser Gelegenheit bin ich auch sehr erfreut, die Moeglichkeit zu haben, zu den Arbeitern der Sowjet-Zone zu sprechen. Leider ist aber mein Deutsch nicht so gut, dass ich alle Fragen hundertprozentig beantworten kann. Sie muessen deshalb mit dem Dolmetscher sprechen.

Herz: Mr. Reuther, wir freuen uns, dass Sie waehrend Ihres kurzen Aufenthaltes in Berlin Zeit gefunden haben, zu uns zu kommen, und dass Sie selbst gewuenscht haben, gerade von hier aus auch zu der Bevoelkerung in der sowjetischen Besatzungszone zu sprechen. Warum, Mr. Reuther, haben Sie gerade diesen Wunsch?

Reuther: Ich moechte zu der Bevoelkerung der Sowjet-Zone sprechen, weil ich sie der lebhaften Anteilnahme der maechtigen amerikanischen Gewerkschaften an ihrem Schicksal versichern moechte. Sie sollen wissen, dass wir mit ihnen und allen freien Laendern der Welt kaempfen werden, um sie endgueltig von der sowjetischen Diktatur zu befreien, damit sie der Dinge teilhaftig werden koennen, die das Glueck der freien Voelker ausmachen. Wir in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung sind uns darueber im klaren, dass jedermann nur frei sein kann, wenn alle Voelker der Erde frei sind. Und deshalb ist es mir ein Beduerfnis, mich an die Arbeiter der Sowjet-Zone zu wenden und Sie wissen zu lassen, dass wir mit ihnen kaempfen, und dass auch sie eines Tages ihre Freiheit wiedererlangen koennen.

Herz: Mr. Reuther, das ist eine sehr wichtige Feststellung, die unsere Hoerer in der Ostzone sehr begierig und sehr gerne hoeren werden. Sie kommen jetzt gerade aus England, von der Gruendungskonferenz des freien Weltgewerkschaftsbundes. Vielleicht koennen Sie ganz kurz unseren Hoerern sagen, wie es zu dieser neuen Gruendung kommen musste.

- Reuther: Der Londoner Gewerkschaftskongress setzt sich aus Vertretern von 83 Nationen der ganzen Welt zusammen. Diese freien Gewerkschafter sind gekommen, um einen neuen, freien, demokratischen Gewerkschaftsbund zu bilden, der alle freien Gewerkschaften der Welt miteinander in Verbindung bringt. Wir wollen gemeinsam kampf und arbeiten, um eine Welt zu schaffen, in der die freien Arbeiter ein besseres Leben fuhren koennen. Wir werden gegen die Kommunisten kampf, weil sie der Menschheit den Weg versperren, der zu Frieden und Freiheit in der Welt fuhrt. Angesichts der taeglichen Probleme der Arbeiter der ganzen Welt wird unser Kampf nicht negativ sondern positiv sein.
- Herz: Der neugegruendete freie Weltgewerkschaftsbund ist also gegenueber dem bisherigen kommunistischen Weltgewerkschaftsbund in einer aehnlichen Situation wie die Berliner Unabhaengige Gewerkschaftsorganisation, die UGO, gegenueber dem FDGB in der Ostzone und im Ostsektor Berlins. Es ist doch nun so, dass die UGO bereits in London auch anwesend gewesen ist, und dass ihre Arbeit aus diesem Grunde aus ihrer besonderen Erfahrung heraus vielleicht besonders zu begruessen waere.
- Reuther: Die freien Gewerkschaften der ganzen Welt sahen sich in ihrem Kampf gegen die kommunistische Sabotage den gleichen Grundproblemen gegenueber wie die UGO in Berlin, und wir Gewerkschafter Amerikas fuhren denselben Kampf gegen die Kommunisten, die immer wieder versucht haben, die Bemuehungen unserer Gewerkschaftsbewegung zur Unterstuetzung der Arbeiter zu sabotieren. Im Jahre 1946 haben die Arbeiter der "General Motors", des groessten Unternehmens Amerikas, in einem viermonatigen Streik um ihre Rechte gekaempft. Und waehrend wir gegen die "General Motors" kampf, sabotierten die Kommunisten innerhalb der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung diesen Streik. In den grossen Stahlstreiks setzten sich die Gewerkschaften der Stahlarbeiter kuerzlich mit der "United Steel Corporation", der "Bethlehem Steel Corporation" und anderen grossen Stahlunternehmen auseinander. Und wieder sabotierte die kommunistische Partei den Streik der Stahlarbeiter-Gewerkschaften gegen Wall Street und die Stahlkompanien. Deshalb koennen wir auch genau die Art von Kampf, den die UGO in Berlin zu fuhren hat. Und wir sind gluecklich, die drei Delegierten der UGO in dem neuen freien, demokratischen Gewerkschaftsbund in London begruessen zu koennen. Sie sitzen dort mit Gewerkschaftsvertretern aus der ganzen Welt und arbeiten zusammen an gemeinsamen Problemen und Rechten, die der fortschrittlichen Entwicklung in der Welt dienen.
- Herz: Ich sehe also, Mr. Reuther, dass in Amerika die Kommunisten genau die gleichen Methoden verfolgen, wie ueberall sonst auf der Welt, und ich sehe auch weiter, dass Sie sehr gut wissen, wie es in der Ostzone hier zugeht. Wird die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone denn allgemein so aufmerksam verfolgt?
- Reuther: Der Durchschnittsamerikaner weiss sehr viel von der Sowjet Zone und es liegt den amerikanischen Arbeitern sehr viel daran, dass die Arbeiter der Ostzone auf alle moegliche Art unterstuetzt werden, damit sie ihre Probleme loesen und eines Tages ihre Freiheit zurueckgewinnen koennen. Dann koennen sie mit den uebrigen freien, demokratischen Gewerkschaften am Frieden und der Sicherheit der Welt arbeiten.
- Herz: Sie sagen also, dass in Amerika die sowjetische Besatzungszone keineswegs abgeschrieben ist, Mr. Reuther. Leider besteht augenblicklich gar keine Moeglichkeit einer wirklichen Hilfe fuer die Bevoelkerung in

der sowjetischen Besatzungszone, wie es in Westdeutschland jetzt vor allem durch den Marshall Plan moeglich ist. Koennen Sie vielleicht in diesem Zusammenhang noch sagen, wie die amerikanischen Gewerkschaften zu diesem grossen Hilfsprogramm fuer Europa stehen?

Reuther: Die amerikanischen Gewerkschaften unterstuetzen den Marshall Plan, und es tut uns leid, dass wir diese Hilfe nicht auf die Sowjet Zone ausdehnen koennen, wo die Bevoelkerung unter Hunger und anderen Problemen zu leiden hat. Die Verantwortung hierfuer traegt die russische Regierung, die willkuerlich die Ostzone von der Hilfe abgeschnitten hat, die die amerikanischen Arbeiter und das amerikanische Volk der Sowjet Zone durch den Marshall Plan zu leisten imstande waeren, und die ihre Not lindern koennte. Ausserdem arbeiten wir in London mit Vertretern freier Exilgewerkschaftsgruppen der Sowjet Zone und der uebrigen Laender hinter dem Eisernen Vorhang zusammen, und wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um den Aufbau demokratischer und freier Gewerkschaftsgruppen in diesen Laendern zu foerdern und zu unterstuetzen, damit die Arbeiter hinter dem Eisernen Vorhang eines Tages befreit und in die Familie der freien Gewerkschaften der ganzen Welt aufgenommen werden koennen.

Herz: Nur noch eine Frage, Mr. Reuther: Die kommunistische Propaganda behauptet immer, die amerikanischen Gewerkschaften haben auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhaeltnisse Amerikas ueberhaupt keinen Einfluss. Sie kennen ja auch die Verhaeltnisse in der Sowjet Union aus eigener Anschauung. Wie ist es denn eigentlich mit der Einflussnahme und den Moeglichkeiten der sogenannten Gewerkschaften im Sowjetsystem, im Vergleich zu den Gewerkschaften in Amerika?

Reuther: Die Kommunisten propagieren in grosser Aufmachung die Einflussnahme der sowjetischen Gewerkschaften auf grundlegende Beschluesse der Regierung. Tatsache ist jedoch, dass sie ueberhaupt keine Moeglichkeit haben, ihren Einfluss bei wichtigen Entscheidungen geltend zu machen. Ich besitze mehr als nur theoretische Kenntnisse ueber die Sowjet Union und den Einfluss der Gewerkschaften. Ich habe fast zwei Jahre in einer russischen Automobilfabrik in Nischnij-Nowgorod gearbeitet, in der das Ford Modell A hergestellt wird. Und ich kenne genau den Einfluss und die Macht der russischen Gewerkschaften, die nichts mehr bedeuten als politische Betriebsorganisationen, mit deren Hilfe die Staatsbuerokratie, die der Kontrolle des Polit Bueros untersteht, die Beschluesse des Polit Bueros innerhalb der arbeitenden Klasse zur Ausfuehrung bringt. Wenn wir in Amerika unsere Loehne fuer zu niedrig halten, schalten sich die freien Gewerkschaften ein und wir koennen mit dem Unternehmer verhandeln. Wir koennen streiken, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. In der Sowjet Union sieht es ganz anders aus, denn die Gewerkschaften sind machtlos. Wenn in einer Fabrik, in der ich in Russland beschaeftigt war, der Parteisekretaer der Kommunistischen Partei, den Gewerkschaftssekretaer ersuchte, die Forderungen der Arbeiter rueckgaengig zu machen, beeilte sich der Gewerkschaftssekretaer, diesem Ersuchen unverzueglich nachzukommen. Denn die Gewerkschaften Russlands sind keine Gewerkschaften. Es sind staatliche Einrichtungen, denen die Durchfuehrung der buerokratischen Entschliessungen des Staates unter den Arbeitern obliegt, und ich kann nur sagen, dass die Kommunisten bewusst eine Propaganda treiben, die nur den Zweck hat, die arbeitende Klasse an der Nase herumzufuehren. Wenn Sie die russische Automobilfabrik kennenlernen koennten, in der ich gearbeitet habe, und wenn es Ihnen moeglich waere, die Satzungen und den Einfluss ihrer Gewerkschaften mit denen zu vergleichen, wie wir sie in Detroit, in den "General Motors", in den Chrysler Werken oder bei Ford vorfinden, dann koennten Sie diesen Unterschied wie zwischen Tag und Nacht sehen, den Unterschied zwischen den freien Arbeitern in Amerika, die wirkliche politische und wirtschaftliche Macht haben, und den Arbeitern der Sowjet Union, die sich der staatlichen Buerokratie zu fuegen haben, in der die Gewerkschaften

nichts mehr als Dekorationen sind, unfähig, den Einfluss des Arbeiters bei irgendeiner wichtigen Entscheidung geltend zu machen.

Herz: Herr Reuther, ich glaube angesichts des dichten Propagandaschleiers, den die kommunistische Propaganda dauernd ueber alle Gebiete legt, auf die sie Einfluss hat, war es sehr noetig, dass Sie das einmal gesagt haben, und ich bin sicher, dass Ihre Worte gerade die arbeitende Bevoelkerung in der Sowjet Zone sehr interessiert haben.

Reuther: Ich hoffe, dass ich eines Tages Gelegenheit finden werde, einer Gewerkschaftskonferenz beiwohnen zu koennen, in der ich zu den nun in der sowjetischen Zone lebenden Arbeitern sprechen kann. Im naechsten Sommer werden die Automobilarbeiter eine Tagung veranstalten, und wir hoffen, dort alle Automobilarbeiter der Welt vertreten zu sehen. Nichts waere uns lieber, als Vertreter von jenseits des Eisernen Vorhangs anzutreffen und ihnen die Unterschiede zwischen den Verhaeltnissen der freien Arbeiter diesseits des Eisernen Vorhangs und ihren eigenen vor Augen zu fuehren. Die Vertreter der Automobilarbeiter hinter dem Eisernen Vorhang werden jedoch im naechsten Sommer nicht zugegen sein, weil ihre Herren es ihnen nicht erlauben werden, und weil sie nicht Mitglieder freier Gewerkschaften sind.

Herz: Unsere Hoerer in der Ostzone werden sehr erfreut sein, Sie am Mikrophon kennengelernt zu haben. Mr. Reuther, haben Sie die Absicht, bald wieder einmal nach Deutschland zu kommen und dann direkt in der Sowjet Zone zu sprechen?

Reuther: Ich hoffe, im Fruehjahr 1950 wieder in Berlin zu sein, und wenn eine Moeglichkeit besteht, im befreiten Mitteldeutschland zu sprechen, werde ich es tun. Im Namen aller Arbeiter in den Vereinigten Staaten gruesse ich die Arbeiter in der Sowjetischen Zone.

ENGLISCHE SCHNEIDER BERICHTEN UEBER AMERIKANISCHE PRODUKTIONSLEISTUNG.

Die Produktionsleistung in vielen Herren-Bekleidungsfabriken der Vereinigten Staaten ist im allgemeinen hoeher als in der gleichen Industrie in England. Diese Feststellung wird in einem vorlaeufigen Bericht getroffen, der von der 8. englischen Productivity Team in Washington veroeffentlicht wurde. Diese Gruppe hatte die Vereinigten Staaten unter der Schirmherrschaft des Anglo-Amerikanischen Produktivitaetsrates, der Marshall Plan Verwaltung und der englischen Regierung zum Studieren der Produktivitaet besucht.

In dem Bericht werden als Ursachen fuer die Erfolge in der amerikanischen Produktionsleistung folgende Faktoren angefuehrt: hohe Akkordpraemien, die in gegenseitiger Vereinbarung von Gewerkschaften und Unternehmern festgesetzt werden, eine relativ grosse Anzahl erfahrener Arbeitskraefte, die Anwendung zusaetzlicher und zu besonderen Zwecken geeigneter Maschinen, der hoehere Grad der Standardisierung und die guten Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern.

Bei einer Pressekonferenz in New York gab spaeter ein Arbeitermitglied der Gruppe, Francis G. Mulligan, von Beruf Schneidereiuegler, einen zusaetzlichen Kommentar und erklarte, dass die amerikanischen Arbeiter mehr Minuten pro Stunde an der Arbeit sind als die Arbeiter Englands, weil sie wissen, dass Produktionssteigerung mehr Lohn bedeutet. Er sagte:

Wir wissen, dass Tausende von Arbeitern in der amerikanischen Bekleidungsindustrie von Uebersee in dieses Land kamen. Es lag ihnen daran, moeglichst schnell das Buergerrecht zu erwerben. Damit machten sie sich die amerikanischen

Ideen zu eigen und versuchten, als Ihre Mitbuerger zu denken und zu leben. Heute finden wir sie in anstaendigen Wohnungen in guten Vierteln ihrer Staedte und Gemeinden. Ihre Haeuser sind aussen und innen gut gepflegt. Sie besitzen moderne Kuechen mit elektrischen Kuehlschraenken und anderen Einrichtungen, die zu guten Lebensverhaeltnissen gehoeren. Sie haben eigene Wagen und genuegend Treibstoff und Freizeit, um zu reisen, wohin es ihnen beliebt.

"Die Kosten all dieser Dinge koennen nach Arbeitsstunden und Sonderleistungen berechnet werden, durch die eine Mehrproduktion von Bekleidungsstuecken und Einzelteilen fuer Herrenbekleidung ermoeeglicht wird. Alles was sich ein amerikanischer Arbeiter wuenscht, und was nach seinen Begriffen zum taeglichen Leben gehoert, kann er zu einem bestimmten Preis kaufen; deshalb arbeitet er lange und schwer genug, um in den Besitz dieser Ware gelangen zu koennen. Meiner Meinung nach ist dies eine bedeutende Ursache fuer die hohe Produktionsleistung hier in den Vereinigten Staaten."

Mulligan erklarte, dass er besonders von den ausgezeichneten Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern in den von der Gruppe besuchten Fabriken beeindruckt sei.

"Erst nach langem Kampf ist es den einzelnen Gruppen gelungen zu erkennen, dass sie gegenseitige Interessen haben. Und wenn eine neue Maschine eingesetzt wird, die mehr Bekleidungsstuecke herstellt, dann teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den zusaetzlichen Gewinn, der daraus entsteht.

"Es ist besonders bemerkenswert, dass festgesetzte Praemien fuer Stueckarbeit unbedingt eingehalten werden muessen. Auch wenn ein amerikanischer Arbeiter viel mehr produzieren kann, als man bei der Festsetzung der Tarife erwartet hatte, muss ihm dennoch der volle Betrag seines erworbenen Lohnes ausbezahlt werden. Praemien fuer Stueckarbeit koennen nicht ohne die Zustimmung der Gewerkschaft gekuerzt werden."

Mulligan erklarte, dass weder er noch andere Mitglieder der Gruppe den Eindruck haetten, man habe in der amerikanischen Herrenbekleidungsindustrie die Qualitaet zugunsten der Quantitaet vernachlaessigt. "Wir waren angenehm ueberrascht, feststellen zu koennen, dass trotz der Massenproduktion die Qualitaet ihrer Waren hinter der unsrigen nicht zuruecksteht," sagte er.

"Das handwerkliche Koennen ist bei Ihnen sehr gut. Die maschinelle Ausruestung Ihrer Betriebe ist, im ganzen gesehen, weit moderner als bei uns. Die Beaufsichtigung ist ausreichend. Das Ergebnis ist Bekleidung hoher Qualitaet, die wir, offen gesagt, hinter Ihrem System der Massenproduktion tragfertiger Kleidung nicht vermutet haetten."

ECA Labor Information
7. Dezember 1949

MARSHALLPLAN] BAROMETER.

Die Marshallplan Verwaltung gab bekannt, dass mehr als ein Fuenftel der im Monat Oktober fuer den europaeischen Wiederaufbau bewilligten Waren und Dienstleistungen Maschinen und Ausruestungen waren.

Der Gesamtwert der den 16 Marshall Plan Laendern Westeuropas im Monat Oktober zum Einkauf bewilligten Waren belief sich auf 109.200.000 Dollar, sodass die gesamten Bewilligungen bis zum 31. Oktober 7.085.400.000 Dollar ausmachten. Die bis zum 22. November genehmigten Waren haben einen Wert von 7.380.500.000 Dollar.

Die gesamten, fuer Oktober bewilligten Dollarbeträge setzen sich wie folgt zusammen: Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse 58.300.000 Dollar,

oder ungefaehr 53 %; gewerbliche Gueter 47.500.000 Dollar, oder nahezu 44 %; und Schiffsfrachten 3.300.000 Dollar, oder etwa 3 %.

Die zum Einkauf von Maschinen und Ausruestungen bewilligten Dollarbeträge im Oktober betragen 23.500.000 Dollar. Fast die Haelfte dieser Beträge, 11.400.000 Dollar, war fuer Frankreich bestimmt und folgendermassen verteilt: 3.200.000 Dollar fuer Industrie-Maschinen, einschliesslich Bueromaschinen; 2.200.000 Dollar fuer Bau- und Bergwerksausruestungen; 1.500.000 Dollar fuer landwirtschaftliche Zugmaschinen; 1.400.000 Dollar fuer Wasserkraftmaschinen und Turbinen; 1.200.000 Dollar fuer Werkzeugmaschinen; und der Rest fuer Metallbearbeitungs-Maschinen, elektrische Ausruestung, landwirtschaftliche Maschinen ausser Traktoren, Generatoren, Motore und Traktoren fuer nicht-landwirtschaftliche Zwecke.

Andere Laender, die im gleichen Monat Bewilligungen fuer Maschinen und Ausruestungen erhielten, waren: Belgien-Luxemburg mit 6.900.000 Dollar, davon 3 Millionen fuer Industrie-Maschinen; Norwegen mit 3.900.000 Dollar, hauptsaechlich fuer Industriemaschinen, Bau- und Bergwerksausruestungen und Italien mit 2,9 Millionen fuer Metallbearbeitungs-Maschinen, mit Ausnahme von Werkzeugmaschinen.

Die zweitgrosste Warengruppe bei den Oktober-Bewilligungen war Baumwolle, einschliesslich Rohbaumwolle, Baumwollabfall und Linters im Werte von insgesamt 20.900.000 Dollar. Hiervon erhielt England 15,2 Millionen Dollar. Ferner erhielten Einkaufsbewilligungen fuer Baumwolle: Belgien-Luxemburg, 3 Millionen Dollar, und Holland, 2.100.000 Dollar.

Weitere Gesamtbeträge an Gustern, die im Oktober bewilligt wurden, waren: 14.500.000 Dollar fuer Fleisch, von denen 12,2 Millionen auf England entfielen; 3.800.000 Dollar fuer Fette und Oele, davon 2,6 Millionen fuer Sojaeol, das an Westdeutschland geliefert wurde; 3,4 Millionen Dollar fuer Brotgetreide, davon 2,8 Millionen fuer Weizen fuer Norwegen; 4,5 Millionen Dollar fuer Rohoel und Petroleumerzeugnisse, davon 3,1 Millionen Dollar fuer Irland und 9,9 Millionen fuer Tabak, wovon 8,1 Millionen fuer England bestimmt waren.

ECA Information

GEWERKSCHAFTSFUNK KINES NEW-YORKER SENDERS.

Etwas Neuartiges auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Beziehungen zur Oeffentlichkeit hat in New-York seinen Anfang genommen. Jeden Abend um 6.15 Uhr wird der Oeffentlichkeit in einer Sendung einer kleinen Gruppe von Gewerkschaften (darunter auch der Bezirk 15 des Internationalen Metallarbeiter Verbandes) ueber die Rundfunkstation WFDR von gewerkschaftlichen Problemen und Taetigkeiten berichtet.

Joe Michaels, Nachrichtenredakteur des WFDR, hat die Leitung dieser Gewerkschaftssendung. Die Gewerkschaften greifen jede Woche ein Aufgabengbiet aus ihrem Taetigkeitsbereich heraus, wie zum Beispiel Beschwerdeverfahren, bezahlter Urlaub, schiedsrichterliche Schlichtung, Mitbestimmung, usw. An aufeinanderfolgenden Abenden berichten die einzelnen Gewerkschaften von ihrer Arbeit auf dem betreffenden Gebiet. In der ersten Woche war Beschwerdeverfahren Gegenstand der Sendungen.

Die Sendung des Internationalen Metallarbeiter Verbandes findet Mittwochs abends statt. Sie wird von Michaels mit folgenden Worten eroeffnet: "Hier ist Joe Michaels mit den Nachrichten, die Ihnen der Internationale Metallarbeiter Verband im Dienste fuer die Oeffentlichkeit uebermittelt. Dieser Verband ist eine anerkannte amerikanische Gewerkschaftsvereinigung, die sich fuer ein besseres Amerika einsetzt."

Nach den einleitenden Worten und dem geschaeftlichen Teil erklart der Ansager von WFDR, warum ein Arbeiter X auf seine Gewerkschaft angewiesen ist, wenn er eine Beschwerde durchbringen will:

"Unsere Grossvaeter arbeiteten gewoehnlich in kleinen Werkstaetten, in denen Jeder Jeden kannte. Wenn sie eine Beschwerde vorzubringen hatten, gaben sie diese ihrem Chef persoendlich. Die Zeiten haben sich jedoch geaendert..... Es ist heutzutage moeglich, dass der Mann oder die Frau in einem Betrieb niemals oder nur einmal im Jahr ihren Arbeitgeber sehen..... In solchen Faellen muessen sich die Gewerkschaften einschalten. Wie sie das tun, davon berichten wir in einem spaeteren Abschnitt unseres Programms."

Nach den Nachrichten erklart der Ansager Schritt fuer Schritt, wie der Bezirk 15 des Metallarbeiter Verbandes bei Beschwerden seiner Mitglieder in Gross New-York verfaehrt, und wie die gerechte Behandlung von Beschwerden nicht nur dem Gewerkschaftsmitglied, sondern auch dem Arbeitgeber und dem ganzen Volke dienlich ist.

Auf dieselbe Art und Weise berichteten in dieser ersten Woche die Gewerkschaften der Bueroangestellten des Einzelhandels, der Seefahrer u.a. ueber ihre Taetigkeiten, und warum sie sich mit den Beschwerden ihrer Mitglieder befassen.

"Wir konzentrieren uns auf das einfache ABC der Gewerkschaft, um das scheinbar nur sehr wenig Leute, die ausserhalb dieser Bewegung stehen, wissen," erklarte Hartley Samuels von WFDR gegenueber einem Vertreter dieser Zeitung. ("The MACHINIST"). "Wir glauben, dass die an diesen Sendungen beteiligten Gewerkschaften mithelfen, nicht nur ihre eigenen Beziehungen zur Oeffentlichkeit, sondern die der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu verbessern."

"The Machinist" (Woechoentliches
Organ des Internationalen
Metallarbeiter Verbandes)
8. Dezember 1949

MODERNER STOERUNGSSUCHER.

Russell Arthus Powles, Freileitungs-Obermonteur bei der Transformatorenstation Ipswich, hatte durch einen einstuendigen Flug zusammen mit einem Arbeiter der Detroit Edison Company in Detroit, Michigan, Gelegenheit, persoendlich die Arbeitsweise eines Stoerungssuchers kennenzulernen.

Mr. Powles hatte erfahren, dass diese Company in Detroit ein 2-Passagier Flugzeug einsetzt, um damit Freileitungsstoerungen oder -brueche zu suchen, monatliche Pruefungen vorzunehmen, zerbrochene Isolatoren oder andere Fehler festzustellen. Er aeusserte daraufhin den Wunsch, das Flugzeug bei der Arbeit sehen zu koennen. Die Company ermoeglichte es Mr. Powles, den Piloten auf einem seiner Stoerungssuchfluege zu begleiten.

"Bevor ich den Flug antrat, bezweifelte ich die Wirksamkeit dieser Methode, die, wenigstens fuer unsere Industrie, etwas ganz Neues darstellt," berichtete Mr. Powles, als er mit der Besuchergruppe in New York ankam, um von dort am 10. Dezember die Heimreise nach England anzutreten. "Nachdem ich jedoch einen Flug hinter mir habe, kann ich berichten, dass das Flugzeug tatsaechlich wirksam arbeitet. Es hatte sehr gute Ergebnisse zu verzeichnen."

Mr. Powles erklarte ferner, dass "der Bericht der Produktivitaetsgruppe, der zu Anfang naechsten Jahres erscheinen wird, Vorschlaege zur schnelleren

Behebung von Stoerungen an Freileitungen oder Ausruestung enthalten wird."

Die Besuchergruppe besteht aus 32 Mitgliedern, die aus der englischen Industrie der Stromerzeugung, Stromverteilung und Transmission kommen. Es ist das neunte Team, das auf Veranlassung der britischen Regierung, des Anglo-Amerikanischen Produktivitaetsausschusses und der Marshall Plan Verwaltung die Vereinigten Staaten besucht.

ECA Labor Information

- 12 -

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
NICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 46

Frankfurt, 20. Januar 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| Amerikanische Briefmarke zu Ehren Gompers' - - - - - | 1 |
| Hoehere Produktion durch hoehere Kaufkraft - - - - - | 2 |
| Macht und Fortschritt der daenischen Gewerkschaften - - | 3 |
| Vereinheitlichte statistische Methoden in Europa? - - - | 5 |
| Leon Jouhaux - - - - - | 7 |
| AFL warnt vor falschen Erklaerungen - - - - - | 12 |

AMERIKANISCHE BRIEFMARKE ZU EHREN GOMPERS'.

(Washington) - Der Generalpostmeister Jesse M. Donaldson hat die Herausgabe einer neuen 3 Cent-Briefmarke zur Erinnerung an den 100. Geburtstag Samuel Gompers', des Gruenders und ersten Praesidenten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, genehmigt.

Die Briefmarke wird zum erstenmal in Washington, D.C., verkauft werden, und zwar am 27. Januar 1950, dem 100. Jahrestag der Geburt Mr. Gompers' in London.

Ueber Groesse, Farbe und Aufdruck der Marke wird spaeter berichtet werden. Wahrscheinlich wird sie die Groesse der "beruehmten amerikanischen" Serien haben und Mr. Gompers' Portrait tragen.

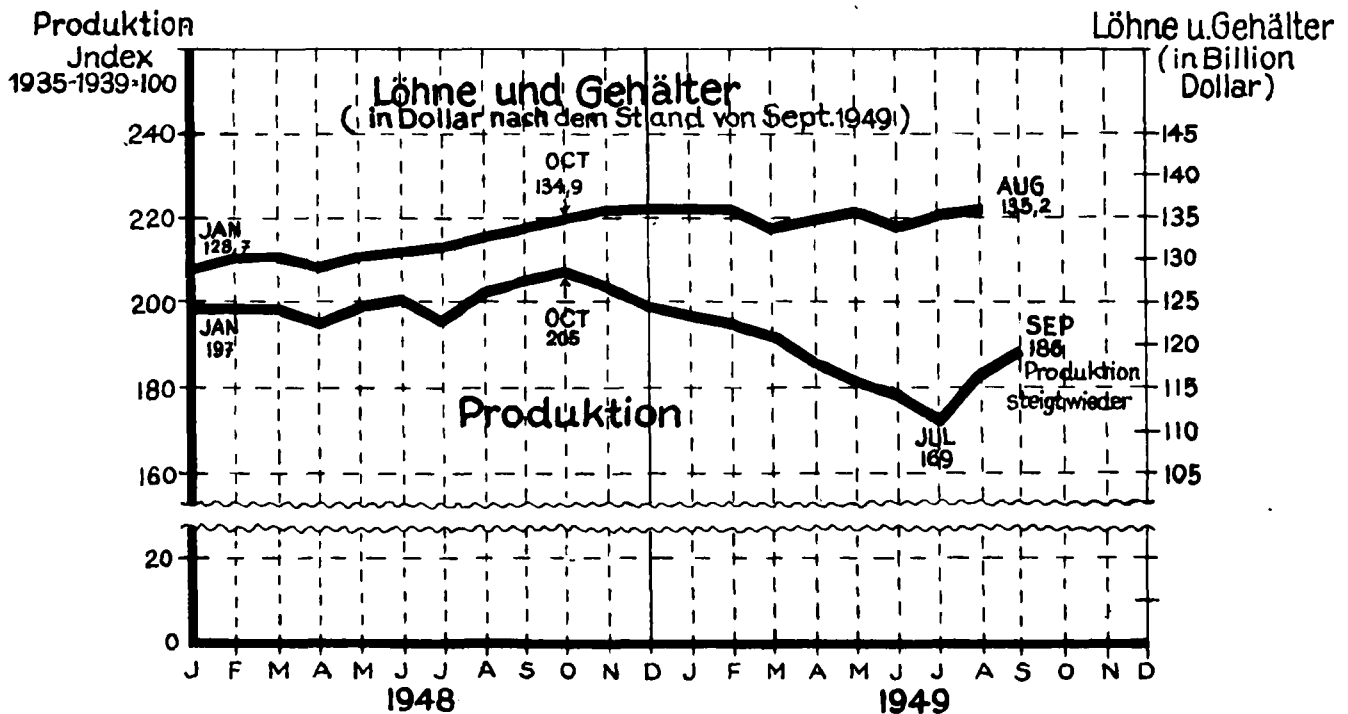
Die Herausgabe dieser Briefmarke wurde von dem Praesidenten der AFL William Green und dem Finanzsekretaer George Meany im Auftrag eines AFL Komitees veranlasst, das aus Anlass des 100. Geburtstages Gompers' gebildet wurde.

Praesident Truman unterstuetzte diese Foerderung, die eine von 400 Gesuchen fuer Erinnerungsbriefmarken fuer 1950 darstellt. Der Praesident war der Ansicht, dass, wenn nur eine Erinnerungsmarke in diesem Jahre herausgegeben wuerde, der Mann geehrt werden sollte, der die AFL gruendete, das dauerhafteste, aelteste und groesste nationale Gewerkschaftszentrum in der amerikanischen Geschichte.

Einzelheiten ueber den Verkauf am ersten Tage und die entsprechende Stempelung werden noch bekanntgegeben werden.

AFL Weekly News Service

HOEHERE PRODUKTION DURCH HOEHERE KAUFKRAFT.



Diese Skizze veranschaulicht einen bedeutenden Erfolg der Gewerkschaften.

Die Kaufkraft der Arbeiter Amerikas (obere Linie) konnte trotz des allgemeinen Geschäftezurückganges beibehalten werden. Die Gewerkschaften haben nicht nur Lohnkürzungen verhindert, sondern sie haben darüberhinaus Lohnerhöhungen erzielt, durch die das Gesamteinkommen der Arbeiter Amerikas um Hunderte von Millionen Dollars erhöht wurde. Während die Lebenshaltungskosten von September 1948 bis Februar 1949 niedriger wurden, stieg die Kaufkraft der Arbeiter leicht an.

Die Produktion (untere Linie) ging von Oktober 1948 bis Juli 1949 stark zurück, da die Verkaufsläden keine Aufträge mehr gaben, sondern zuerst die alten Bestände verkauften.

Die Arbeiter hatten jedoch Geld und kauften weiter, und durch diese starke Nachfrage nach Waren waren die Läden bald gezwungen, neue Waren von den Fabriken anzufordern. Die Produktion ist seit Juli stark angestiegen, und das Geschäft hat sich wieder erholt. Anfang Dezember waren fast alle Unternehmen, die geschlossen hatten, wieder in Betrieb.

In den ersten 10 Monaten von 1949 hat die AFL Lohn- und andere Forderungen für etwa 5 Millionen Arbeiter durchgesetzt und damit nicht nur zur Wohlfahrt der Arbeiter, sondern auch zur Wiederbelebung der Wirtschaft beigetragen. Ihre Arbeit ist also dem ganzen Lande zugute gekommen.

Artikel aus Labor's Monthly Survey,
erschieden in AFL Weekly News Service
2. Dezember 1949

MACHT UND FORTSCHRITT DER DAENISCHEN GEWERKSCHAFTEN.

Hiler Jensen, der Praesident des Daenischen Gewerkschaftsbundes, sprach als Gast vor dem 68. Gewerkschaftskongress der AFL. Wir geben hier wichtige Auszuege aus seiner Rede wieder.

Gegen Ende des Jahres 1948 umfasste der Daenische Gewerkschaftsbund 72 Gewerkschaften mit rund 625.000 Mitgliedern. Das heisst, jeder siebente Bewohner - vom Saeugling bis zum Greis - oder jeder Vierte im Alter von 18 bis zu 60 Jahren gehoeren dem Daenischen Gewerkschaftsbund an.

Gluecklicherweise ist unsere Bewegung niemals aus religioesen oder nationalen Gruenden aufgespalten gewesen. Wir sind uns bewusst, dass dies einer der Gruende war, weshalb die Deutschen waehrend der Besetzung Daenemarks von 1940 bis 1945 nicht mit Gewalt gegen die daenische Gewerkschaftsbewegung vorgegangen sind; ihre Waffen waren vielmehr List und Durchdringung, die ihren Zweck jedoch gaenzlich verfehlten.

In Norwegen war es anders, weil die Gewerkschaftsfuehrer wegen der offenen Feindseligkeiten in diesem Lande fliehen mussten; und die Nazis griffen die Gewerkschaftsbewegung heftig an. Schweden blieb ebenfalls von diesen Uebergriffen verschont.

Haben Macht und Einfluss der daenischen Gewerkschaftsbewegung zugenommen? Hat diese Bewegung eine Aenderung der wirtschaftlichen Bedingungen der arbeitenden Klasse bewirkt? Waehrend wir frueher nur unser Ziel darin sahen, die Ketten abzutun, die uns angelegt waren, koennen wir uns heute fragen, ob es tatsaechlich gelungen ist, - oder schon 1939 gelungen war, - wesentliche Verbesserungen unserer Lebensverhaeltnisse zu erzielen.

Auf dem daenischen Gewerkschaftskongress im Jahre 1937 fuehrte der damalige Arbeitsminister, Th. Stauning, in seiner Rede u.a. aus:

Der Lebensstandard der organisierten Arbeiter in Daenemark, gemessen an der Kaufkraft eines Stundenlohnes, duerfte von allgemeinem Interesse sein. So muss zum Beispiel ein Arbeiter fuer einen Anzug 70 Stunden arbeiten, fuer die Monatsmiete einer Wohnung etwa 40 Stunden, fuer ein Pfund Butter 1 Stunde, ein Pfund Zucker ungefaehr 4 Minuten und fuer ein Paar Schuhe rund 10 Stunden.

Was wir heute mit dem Erloes einer Arbeitsstunde an Butter oder Brot kaufen koennen, kostete im Jahre 1872 vier Stunden Arbeit. Ferner hinzuzufuegen sind die kuerzere Arbeitszeit und die soziale Gesetzgebung fuer Unfall-, Invaliden-, Sozial- und Arbeitslosenversicherung, fuer Kinderwohlfahrt, Unterstuetzung der Kinder von Witwen, der Blinden, Taubstummen, usw.

Gewerkschaften im Dienst des ganzen Volkes.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der arbeitenden Klasse kommt der gesamten daenischen Nation zugute.

Die daenischen Gewerkschaften haben tatsaechlich grosse soziale und nationale Aufgaben geloest.

Im Handwerk, der Industrie und teilweise auch im Handel und Transportwesen sind gemeinsame Produktionsausschuesse gebildet worden.

Unsere Zusammenarbeit mit Skandinavien hat sich als sehr wertvoll erwiesen. Wir stehen staendig in enger Verbindung mit den Gewerkschaftszentren Norwegens, Schwedens und Finnlands und unterhalten aehnliche Beziehungen zu dem islaendischen Nationalzentrum.

Wir sind mit dem Internationalen Arbeitsamt und seinen industriellen Ausschüssen eng verbunden und haben einen Vertreter in der dänischen Delegation, die an der Jahresversammlung der Vereinten Nationen teilnimmt.

Hinsichtlich der internationalen, gewerkschaftlichen Zusammenarbeit denken und empfinden die skandinavischen Gewerkschaften - und auch die der anderen demokratischen Länder Europas - genau wie sie. Es ist uns deshalb eine grosse Freude, in der im Entstehen begriffenen, neuen internationalen Gewerkschaftsorganisation mit allen bedeutenden Gewerkschaften Amerikas vereinigt sein zu können.

Die dänischen Gewerkschaften haben immer danach getrachtet, die Löhne zu verbessern, ohne sich jedoch auf ein bestimmtes Preisniveau festzulegen. Wir waren immer der Ansicht, dass uns in steigendem Masse unser Anteil an den angenehmen Dingen des täglichen Lebens gesichert werden muss. Wenn durch technischen Fortschritt materielle oder kulturelle Gewinne erzielt werden, - ob es sich um Fahrräder, Strassenbahnen, Autos, Telefon, Radio, Gruenanlagen, öffentliche Bäder, Schwimmbäder, bessere Häuser mit modernen Einrichtungen, Schulen, Bücher, Zeitungen, usw. handelt - dann verlangen wir unseren Anteil daran.

Stueckarbeit setzt sich durch.

Unternehmer und Arbeiter Dänemarks erkennen, dass Stueckarbeit bis zu einem gewissen Grade vorteilhaft ist, und die Hälfte aller Arbeiter in Dänemark werden heute ihrer Leistung entsprechend bezahlt. Der Arbeiter kann durch persönliche Anstrengung sein Einkommen erhöhen. Sie allein genügt jedoch nicht. Werkzeuge, Ausrüstungen und die Organisation der Werkstätten müssen modernisiert werden. Die dänischen Gewerkschaften haben schon immer die grosse Bedeutung dieser Forderung erkannt.

Wir waren stets an dem Verhältnis von Löhnen zu Preisen interessiert. Gegen Preissteigerungen sind wir deshalb besonders auf der Hut. Wir hätten gerne einen feststehenden Preisindex - oder einen fallenden; wenn die Produktionsleistung sich steigert, müssen auch die Löhne erhöht werden. Wir haben zwei Vertreter im Preis-Index-Ausschuss, der sich mit Fragen des Verbrauchs und der Kalkulation des Preisindexes befasst.

Eines der Ziele der dänischen Gewerkschaftsbewegung ist, dass die Gewinne gerecht verteilt werden. Wir sind deshalb lebhaft daran interessiert, dass unter unserem Einfluss sozialpolitische Massnahmen getroffen werden, denen alle Klassen unterworfen sind.

Die Gewerkschaftsbewegung kann ihre Probleme nicht allein lösen. Sie muss mit der Regierung zusammenarbeiten. Wir müssen uns die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung gewisser hilfebedürftiger Industrien vor Augen halten.

Viele Gewerkschaftler sind Mitglieder des dänischen Parlaments und beeinflussen die Gesetzgebung zugunsten der Arbeiter.

Wir sind stolz darauf, dass Ihr Praesident Franklin Roosevelt und andere Staatsmaenner in der Krisenzeit von 1930 die dänische Sozialgesetzgebung studiert haben, und dass viele unserer sozialen Grundsätze von Ihrem Lande uebernommen worden sind.

Die dänischen Arbeiter sind sich voll der Tatsache bewusst, dass hoehere Produktionsleistung fuer einen hoeheren und besseren Lebensstandard von ausschlaggebender Bedeutung ist. Wir haben schwer gearbeitet, um uns vom Krieg und seinen Folgen zu erholen, und die Produktionsleistung pro Mann und Stunde hat sich seit Kriegsende 1945 um 20% erhoeht. Sie hat damit trotz zahlreicher Schwierigkeiten den gleichen Stand wie vor dem Kriege erreicht.

Die Wiedergesundung unseres Landes ist durch die grosszuegige Hilfe, die uns die Vereinigten Staaten in Form des Marshall Planes zuteil werden lassen, aufs hoechste beschleunigt worden. In fuenf Jahren der Besetzung gingen unsere Vorraeete zur Neige und die verbrauchten Maschinen koennten nicht durch neue ersetzt werden. Dank dem Marshall Plan war es uns moeglich, die Luecke in unseren Vorraeeten wieder aufzufuellen und die maschinelle Ausruestung zu erneuern.

Der Hauptgrund unseres Besuches ist, von Ihnen zu lernen, wie Sie die Produktion planen und alle technischen Moeglichkeiten ausnutzen. Auch moechten wir herausfinden, welche Stellung der Mensch als Faktor in der hohen Produktivitaet in Amerika einnimmt.

Gewerkschaften Daenemarks und Marshall Plan.

Die daenische Gewerkschaftsbewegung setzt sich ueberall fuer eine wirksame Verwendung der Marshall Hilfe ein. Wir sind durch unsere Mitglieder bei allen Ausschuessen und Raeten vertreten, sei es in Kopenhagen oder Paris, und wir arbeiten auf's engste mit der daenischen Arbeiterregierung zusammen.

Die daenische Regierung wird weitgehendst von dem Mann auf der Strasse unterstuetzt, und ich moechte hinzufuegen, dass die Kommunisten heute kein Problem mehr fuer uns in Daenemark bedeuten. Wenn wir die Vollbeschaeftigung aufrecht erhalten koennen, dann sind wir der Ansicht, dass dieses Problem auch in Zukunft nicht mehr auftauchen wird. Der Kommunismus koennte nur dann zur Gefahr werden, wenn Arbeitslosigkeit unser Land bedrohen sollte.

Die Gewissheit, dass die Marshall Hilfe in ausreichendem Masse noch einige Jahre fortgesetzt wird, ist fuer unsere Zukunft wichtig. Die Kuerzung, die wohl das Ergebnis von Besprechungen im Kongress ist, wird in unserem Lande und in den uebrigen Teilnehmerstaaten fuehlbar werden; noch wichtiger ist jedoch wahrscheinlich, wie die Entwicklung der Dinge in der Zeit bis 1952 verlaufen wird. Wir waren sehr gluecklich, in Veroeffentlichungen verantwortlicher Gewerkschaftsfuehrer dieses Landes lesen zu koennen, dass die amerikanischen Arbeiter den Marshall Plan voll unterstuetzen und volles Verstaendnis fuer unsere Probleme haben.

Unsere kleine Gruppe ist hier, um zu lernen und Gedanken mit unseren amerikanischen Freunden auszutauschen, und wir sind dankbar, dass uns diese Gelegenheit dank Ihrer Hilfe und Gastfreundschaft geboten wurde.

Das, was Sie fuer ganz Europa getan haben und tun, - besonders fuer unser eigenes Land, - erfuellt uns mit Dankbarkeit. Dies ist ein sehr wichtiger Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Verstaendigung zwischen allen freien Voelkern. Der daenischen Gewerkschaftsbewegung war immer sehr viel an diesem gegenseitigen Verstehen gelegen.

International Free Trade Union News
Dezember 1949

VEREINHEITLICHE STATISTISCHE METHODEN IN EUROPA?

Die Marshall Plan Verwaltung gab heute bekannt, dass auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit ein neues Projekt in Angriff genommen worden ist, durch die die arbeitsstatistischen Methoden verbessert und ihre Vergleichbarkeit gefoerdert werden soll. Zu diesem Zwecke werden Vertreter von zehn Marshall-Plan-Laendern im Rahmen des Programms zur Technischen Unterstuetzung eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten unternehmen. Das Projekt ist von der Marshall Plan Verwaltung genehmigt worden und soll von der Organisation

fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECE) unterstuetzt werden. Dadurch wird europaeischen Statistikern die Moeglichkeit geboten, die Arbeitsmethoden des Statistischen Bueros im US Arbeitsministerium kennenzulernen. Sie werden Vorteile der amerikanischen Methode der Sammlung und Auswertung statistischer Angaben studieren. Hauptzweck ihrer Studie ist, die statistische Arbeit in den Marshall-Plan Laendern zu verbessern und das Berichterstatten zu Vergleichszwecken ueber Lebenshaltungskosten, Beschaeftigung, Arbeitslosigkeit, Loehne, Arbeitszeit und Produktionsleistung zu erleichtern.

Laut OECE wuerde durch dieses Projekt den Marshall-Plan-Laendern geholfen, ihre Wirtschaftsstatistiken zu vergleichen und ihre statistischen Untersuchungen besser auszuwerten, um die Ursachen der Schwankungen im Produktivitaetsstand der verschiedenen Nationen ermitteln zu koennen. Die Statistiker werden nach ihrer Rueckkehr nach Europa der OECE und ihren eigenen Regierungen Bericht erstatten.

Von zustaendigen Stellen der ECA wird erklart, dass in dem Antrag der OECE bezueglich dieses Projektes der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, dass sich die Marshall-Plan-Laender zu gesunden inter-europaeischen Wirtschaftsmethoden bekennen und sich dabei nicht von individuellen, nationalen Ueberlegungen leiten lassen moegen, die ihren Wiederaufbau nur verzoeagerten.

Voraussichtlich werden sich folgende Laender an dem Projekt beteiligen:

| | |
|----------------------------|------------|
| Oesterreich | Daenemark |
| Bundesrepublik Deutschland | Italien |
| Norwegen | England |
| Belgien | Frankreich |
| Schweden | Holland |

Die Statistiker, die die Vereinigten Staaten besuchen werden, werden in mindestens 3 Gruppen eingeteilt. Die erste Abordnung soll Ende dieses Monats und die beiden anderen Gruppen voraussichtlich im April und Juni in den Staaten ankommen. Der Aufenthalt jeder Gruppe wird 3 Monate dauern.

Folgende 11 Statistiker aus 4 Laendern bilden die erste Delegation:

England (5)

Dr. L. Rostas, Board of Trade, (Handelsministerium)

Dr. T. E. Easterfield, Department of Scientific and Industrial Research, (Amt fuer Wissenschaftliche und Industrielle Forschung)

A. M. Cassie, Electrical Research Association, (Gesellschaft fuer Elektrische Forschung)

A. D. Murray, Boot and Shoe Research Association, (Gesellschaft fuer Forschung in der Schuh- und Stiefelindustrie)

Mr. Norris, Ceramics Research Association, (Forschungsgesellschaft der Keramischen Industrie)

Schweden (3)

Marianne Kristina Gustavsson, Assistant to Office Chief of Swedish Royal Social Board, (Assistentin des Chefs des Koeniglichen Sozialrates von Schweden)

Erik Harald Ruist, Actuary in Swedish Institute for Industrial, Social and Economic Research, (Aktuar im Schwedischen Institut fuer Industrielle, Soziale und Wirtschaftliche Forschung)

Arne Gustav Henrikson, Business Economist with Confederation of Swedish Trade Unions, (Geschaefitsoekonomie im Schwedischen Gewerkschaftsbund)

Daenemark (2)

Flemming Otto Branth Claussen, Head Technical Department Federation of Danish Industries and Secretary Danish National Committee of Scientific Management, (Chef der Technischen Abteilung des Daenischen Industrieverbandes und Sekretaer des Daenischen Nationalkomitees fuer Wissenschaftliche Betriebsleitung)

Hans Niels Skade, Head of Section in Danish Statistical Department, (Leiter einer Unterabteilung des Statistischen Amtes in Daenemark)

Norwegen (1)

Sven Fredrik Brenna, Secretary Central Bureau of Statistics, (Sekretaer im Zentralbuero fuer Statistik)

Die Ausgaben der ECA fuer die erste Gruppe, einschliesslich Reise und Lebensunterhalt, belaufen sich schaezungsweise auf 14,500 Dollar.

Telegramm des U.S. Ausseministeriums
10. Januar 1950

LEON JOUHAUX.

Als Leon Jouhaux im Jahre 1945 von Buchenwald nach Frankreich zurueckkehrte, fand er ein Land vor, das dem Ruin nahestand, dessen Arbeiter fast am Verhungern waren, und dessen Gewerkschaften unter kommunistischem Einfluss standen. Die "schoenen Zeiten" der Kollaboration waren vorueber, und die Kommunisten hatten nach der Befreiung des Landes keine Zeit verloren, aus dem Untergrunde aufzutauchen; ihre Funktionaere gingen schleunigst daran, sich in den Reihen des franzoesischen Gewerkschaftsbundes (CGT) festzusetzen. Trotzdem uebernahm Leon Jouhaux, der alternde franzoesische Arbeiterfuehrer, wieder seine Stellung als Generalsekretaer der CGT, die er fast 40 Jahre lang innegehabt hatte. Und er ging an die Arbeit.

Wie so viele andere Gewerkschaftsfuehrer der demokratischen Laender hatte er gehofft, zum allgemeinen Wohl der Arbeiter ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten ermoeglichen zu koennen. Er wusste, dass ihm ein schwerer Kampf bevorstand. Die franzoesischen Arbeiter, die Soldat gewesen waren, fanden nicht die Vorrechte vor, die den amerikanischen Soldaten bei seiner Heimkehr erwarteten. Jenen waren Hunger und schwere Arbeit beschieden. Was die Kommunisten versprochen, klang den verzweifelten und hungrigen Menschen wie Musik in den Ohren. Die reaktionaeren Kraefte waren jedoch auf keinen Fall tot. Es war wichtig, die Arbeiterschaft zuerst zu einigen.

Jouhaux versuchte es zwei Jahre lang. Aber so wie Russland bei den Vereinten Nationen einen Plan nach dem andern durch sein Veto zum Scheitern brachte, so taten es auch seine franzoesischen Marionetten in der CGT. Jouhaux's Anhaenger hatten allmaehlich genug, und sie drohten damit, aus der CGT auszutreten. Er bat sie, zu warten und immer wieder nach einer Verstaendigung zu suchen.

Als der Ausseminister Marshall im Juni 1947 in der weitentfernten Harvard Universitaet in schlichten Worten von "einem Plan zur Unterstuetzung der Selbsthilfe Europas" sprach, erblickte Frankreich einen Hoffnungsstrahl hierin. Jouhaux und mit ihm viele andere Gewerkschaftsfuehrer Europas dankten Gott fuer diese Chance.

Er ging mit neuem Mut an die Arbeit, um die Arbeiterschaft auf einer Strasse zu vereinigen, die sie aus dem Unglueck herausfuehren sollte, und die man ihnen schon lange versprochen hatte. Die franzoesischen Kommunisten zoegerten und warteten auf die Weisungen Moskaus. Ihre Antwort auf dem Kongress der CGT im November lautete: "Nieder mit dem Marshall Plan!" "Ein Wall-Street Trick, um die ueberschuessigen Waren Amerikas loszuschlagen!" "Komplott des Grosskapitals zur Kolonisierung Frankreichs!"

Die franzoesischen Arbeiter waren verwirrt. "Was ist das: Marshall Plan?" fragten sie sich gegenseitig. Die Kommunisten waren in allen lokalen Gewerkschaften mit Antworten schnell zur Hand: "Es ist ein Plan, der Euch um Eure Arbeit bringt. Ein Plan, der unser Land mit amerikanischen Waren ueberschwemmen wird und Euch zu Sklaven der amerikanischen Geldgier macht."

Die Anhaenger Jouhaux's waren empoert. "Wir werden nur dann die Wahrheit durchsetzen koennen, wenn wir unsere eigene Gewerkschaft bilden," beteuerten sie. Wieder riet ihnen Jouhaux, sich zu gedulden.

"Wenn wir sie verlassen, gehen uns alle Vorteile einer Organisation verloren, die wir selbst aufgebaut haben," sagte er, "und wir muessen ganz von vorne anfangen; kein Buero, kein Finanzbuero, keine Zeitung, nichts. Es ist klueger, von innen her fuer die Wahrheit zu kaempfen."

Ende November kamen neue Befehle von Moskau: "Vollstaendiger nationaler Streik, bevor es zu spaet ist." Die franzoesischen Arbeiter wurden gezwungen, die Bergwerke, Eisenbahnen und die Industriebetriebe zu verlassen. Jouhaux fuegte sich in das Unabaenderliche. Als seine demokratischen Kollegen im Dezember beschlossen, "von ganz vorne wieder anzufangen" und einen franzoesischen Gewerkschaftsbund zu gruenden, der frei von kommunistischem Einfluss sein soll, schloss auch er sich ihnen an und wurde ihr Praesident.

Heute steht Leon Jouhaux mit 70 Jahren an der Spitze der jungen, aber wachsenden "CGT-Force Ouvrière". Um Jouhaux zu kennen, muss man die Geschichte der alten CGT kennen, denn die Geschehnisse beider sind in den Annalen der franzoesischen Gewerkschaftsbewegung unentwirrbar miteinander verflochten.

Jugendjahre.

"Der General", wie er schon Jahre lang von den ihn verehrenden franzoesischen Arbeitern genannt wird, wurde am 1. Juli 1879 in Paris geboren. Als Sohn einer grossen, armen Arbeiterfamilie wurde er schon in seiner Jugend mit den sozialen Ungerechtigkeiten vertraut. Als er zwolf Jahre alt war, traten die Arbeiter der Zuendholzfabrik in dem Vorort Aubervilliers, zu denen auch sein Vater, seine Schwester und sein Schwager gehoerten, in den Streik. Der kleine Leon war gezwungen, seine Studien aufzugeben und in einer anderen Fabrik zu arbeiten, um seiner Familie helfen zu koennen.

Jouhaux studierte des Nachts, bestand die Aufnahmepruefung einer der schwierigsten Ingenieurschulen und konnte schliesslich wieder zu seinen Buechern zurueckkehren. Seine Schullaufbahn verlief glaenzend. Seine Lehrer sahen fuer ihn eine grosse Zukunft als Ingenieur. Aber noch einmal, nach Ablauf von zwei Jahren, war er gezwungen, die Schule zu verlassen, um dieses Mal in der gleichen Fabrik zu arbeiten, in der auch seine Angehoerigen beschaeftigt waren.

Der junge Student las begierig alles, was in seinen Bereich kam. Er schloss sich Diskussionsgruppen an und befasste sich eingehend mit der Philosophie des kleinen Mannes. Seine Gewerkschaft war es jedoch, die ihm zum erstenmal wirklich Gelegenheit bot, seine Energie und sein schoepferisches Talent unter Beweis zu stellen. Als ein Sekretaer fuer den Ortsverband gesucht wurde, schlug Papa Jouhaux, ein Gewerkschafter mit Leib und Seele, seinen Sohn vor, der "auf der Schule gewesen war." Und so wurde Leon, - bereits Gewerkschaftsmitglied aber zum Funktionaer zu jung - mit 16 Jahren "halb-amtlicher" Protokollfuehrer bei Sitzungen.

Gruendung der CGT.

Im gleichen Jahre, 1895, wurde auf einer bedeutenden Tagung in Limoges, Frankreich, die CGT ins Leben gerufen. Franzoesische Gewerkschafter, die der nutzlosen Streiks muede geworden waren, beschlossen, sich in einer nationalen Union zusammenzuschliessen. Niemand konnte zu jenem Zeitpunkt ahnen, dass der Knabe von Aubervilliers zum Fuehrer und Beschuetzer dieser jungen Organisation im ganzen Verlaufe ihrer bewegten Entwicklung werden wuerde. Aber Leon Jouhaux trug bereits den Stempel eines Mannes, der dazu berufen ist, Menschen zu fuehren.

Als er von seinem 1-jaehrigen Militaerpflichtdienst zurueckkehrte, wurde er zum Sekretaeer des Nationalen Verbandes der Zuendholzmacher gewaehlt und wurde damit Mitglied des Nationalen Komitees der CGT. So entstand eine Verbindung, die in seinem Leben zu einem beherrschenden Faktor werden sollte.

Zu jener Zeit waren die Gewerkschaften auf der ganzen Welt im Anwachsen begriffen, und Regierungen und politische Parteien versuchten, diese wachsende Bedrohung ihrer Machtstellung im Zaume zu halten oder zu beseitigen. Im Jahre 1906 berief die franzoesische CGT eine denkwuerdige Sitzung in Amiens ein. Die Arbeiter stimmten dort fuer die beruehmte "Charta von Amiens", in der proklamiert wurde, dass die CGT sich auf keinerlei politische Beeinflussung oder Bevormundung einlassen wuerde. Dieses Prinzip bildete den Grundpfeiler der Politik der CGT, als Leon Jouhaux im Jahre 1908 zum erstermal zum nationalen Funktionaeer gewaehlt wurde. Es sollte den Kommunisten einen Strich durch ihre wiederholten Versuche machen, die CGT zu einem Werkzeug des Politbueros zu erniedrigen.

Jouhaux an der Spitze der CGT.

Nach einem Jahr als Finanzsekretaeer wurde Jouhaux zum Generalsekretaeer gewaehlt. Seine erste Amtszeit hatte seinen Anhaengern bewiesen, dass sie ihren Mann gefunden hatten. Fast vier Jahrzehnte lang wurde er Jahr fuer Jahr wiedergewahlt.

Von Anfang an war Jouhaux lebhaft an der internationalen Gewerkschaftsbewegung interessiert und wurde bald zu einem ihrer bedeutendsten Fuehrer. Im Verlauf des Krieges war er immer mehr davon ueberzeugt, dass ein gerechter Friede auch die endgueltigen Rechte der Gewerkschaften der ganzen Welt sichern musste. 1919 bot sich ihm die Moeglichkeit, seine Ueberzeugung in die Tat umzusetzen. Als Frankreichs Vertreter bei dem Sozial-Ausschuss des Friedensvertrages traf er mit dem letzten Samuel Gompers, dem Praesidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL zusammen. Diese beiden grossen Fuehrer, die einzigen Gewerkschaftsvertreter, die anwesend waren, waren gemeinsam bemueht, den beruehmten "Artikel 11" des Friedensvertrages, der zur internationalen Charta der Gewerkschaften werden sollte, zu inspirieren. Dieses grundlegende Dokument, das das Recht der arbeitenden Menschen enthaelt, sich zum Zwecke der Freiheit, des sozialen Fortschrittes und der Gerechtigkeit zusammenzuschliessen, bildete den Schluesselstein der Internationalen Arbeitsorganisation.

Als einer der Gruendungsvaeter der Internationalen Arbeitsorganisation begann Jouhaux seinen unaufhoerlichen Kampf fuer internationale Sozialgesetzgebung, um der Ausbeutung der Arbeiter ein Ende zu bereiten. Im Voelkerbund setzte er sich von neuem als Mitglied des wirtschaftlichen Beratungsausschusses fuer die Arbeiter ein, indem er sich bemuehte, internationale Plaene fuer oeffentliche Arbeiten zu entwerfen, um den Menschen in rueckstaendigen Gebieten Beschaeftigungsmoeglichkeiten zu verschaffen.

Im Kampf gegen Kommunismus

Die Zeit von 1920 brachte an der nationalen Front Streit und Unruhe mit sich. Von der Geburtsstunde der bolschewistischen Revolution an hatten die Kommunisten wie ein summendes Nest von Moskitos versucht, ihre Fuehler in den Gewerkschaftsreihen Frankreichs sowohl als auch in den uebrigen Laendern auszustrecken.

Mehrmals zerdrueckt und unfaeelig, in ihrem Mutterlande Blut zu saugen, flatterten die franzoesischen Kommunisten 1922 aus der CGT heraus, um sich der Roten Internationale Moskaus anzuschliessen.

Diese vielgepriesene Gewerkschaft gab bei der Loesung ihrer Probleme jedoch nur traurige Beweise ihrer Befaehigung. In ihren Tiraden vereinigt konnten die Kommunisten hoechstens versuchen, sich gegenseitig auszuschreien. Wieder und wieder baten sie den Exekutivrat der CGT, sie wieder in ihren Reihen als eine selbstaendige Gruppe aufzunehmen. Doch Jouhaux erklarte ihnen immer wieder, dass die CGT nicht nach der "Befehl-vom-Hauptquartier-Moskau" Theorie handeln wuerde, und dass nur die Lokalgewerkschaften Entschliessungen treffen koennten. Und wieder und wieder beriefen sich die Arbeiter auf ihren Gewerkschaftskongressen auf die "Charta von Amiens" und verweigerten den Kommunisten die Rueckkehr.

.....und Faschismus.

Im Jahre 1934 tauchte jedoch eine neue Gefahr auf - eine Gefahr, die den Bestand der franzoesischen Republik gefaehrdete. "Die Feuerkreuze" mit dem franzoesischen Faschisten, Colonel de la Roque, an der Spitze tauchten sozusagen ueber Nacht auf, um, wie sie offen zugaben, das Parlament zu stuerzen. Die Einigkeit der Arbeiterschaft wurde zur dringenden Notwendigkeit. In Frankreich und vielen anderen demokratischen Staaten erkannten Liberale und Kommunisten die Notwendigkeit, gemeinsam gegen die wachsende Gefahr des Faschismus Front zu machen. So nahm die CGT im September 1935 die Kommunisten wieder in ihre Reihen auf--- unter der Bedingung, dass sie sich den Anordnungen der CGT fuegten. Auf der Konvention von Toulouse im Maerz 1936 erhielten sie zwei von den 8 Sitzen im Exekutivrat dieser nationalen Koerperschaft. Einer ihrer beiden Mitglieder war Benoit Frachon, der heutige Sekretaer der kommunistischen CGT.

Bluetezeit.

Das folgende Jahr brachte den franzoesischen Arbeitern die Belohnung. Die faschistischen Bestrebungen wurden unterdrueckt, und an ihre Stelle trat die langerwartete Volksfront-Regierung unter der Fuehrung des Sozialisten Leon Blum. Dieser Zeitabschnitt war der Himmel auf Erden fuer die Arbeiter Frankreichs. Die seit langem erstrebten Reformen - freie Tarifverhandlungen, soziale Sicherheit, Krankheitsgelder - wurden endlich durchgefuehrt. Fast ueber Nacht wuchs die Mitgliederzahl der CGT von eineinhalb auf sechs Millionen an. Die langersehnte Vereinigung der liberalen Elemente im Interesse des kleinen Mannes schien zu guter Letzt in dem Kampf gegen den Faschismus zur Wirklichkeit geworden zu sein.

Der zweite Weltkrieg.

Da kam der Pakt Russlands mit Hitler und fuehrte einen vernichtenden Schlag gegen diese Einheit. Die franzoesischen Kommunisten, voellig unvorbereitet, stutzten. Einige traten voll Ueberdruss aus der Partei aus. Die anderen schlossen jedoch die Augen und wandelten tastend auf dem alten Wege weiter.

Von dem Augenblick an, als der Pakt im Jahre 1939 unterzeichnet wurde, bis zu seiner Rueckkehr aus deutscher Gefangenschaft, ungefaehr 8 Jahre spaeter, sah Jouhaux niemals Benoit Frachon. Die Kommunisten verschwanden von der Oberflaeche. Man drohte, diejenigen, die sich offen zum Verrat Moskaus bekannten, einzusperren, und so begnuegten sich die Kommunisten damit, Gruppen von Kollaboratoren in verborgenen Zusammenkuenften aufzuhetzen. Waehrend des schweren Jahres 1940 beschwatzten sie die franzoesischen Arbeiter, um sie dem faschistischen Joch gefueelig zu machen. Ihre Untergrundzeitung, "La Vie Ouvriere" war weitverbreitet und vielgelesen. Wie anders war die Melodie, die ein paar Monate spaeter gesungen werden sollte! Inzwischen hatte der Chef der Kollaboratoren, Marshall Petain, die CGT auf deutschen Befehl hin aufgeloeset. Die freie Gewerkschaftsbewegung ganz Frankreichs war damit gezwungen, zur Untergrundbewegung zu werden.

Tag und Nacht bei der Arbeit, organisierten Jouhaux und diejenigen, die ihm Beistand leisteten, von Anfang an den Widerstand. Im Juni 1941 brach Hitler in Russland ein, aber erst ein Jahr spaeter hoerten die im Kampfe stehenden Gewerkschafter wieder von den Kommunisten. Aber natuerlich noch nicht von Frachon. Er war sorgfaeltig verborgen, aber ein Bote ueberbrachte die Aufforderung zur "Einheit gegen den Faschismus". Vorhaben, die dem Wohle der Allgemeinheit dienen konnten, wurden durchgefuehrt, aber inzwischen hatte Jouhaux bereits den offenen Widerstand gegen die Deportation franzoesischer Arbeiter nach deutschen Arbeitslagern organisiert. Seinen Bemuehungen ist es zu verdanken, dass Geld erhoben wurde, um sie verstecken und fuer ihre Familien sorgen zu koennen. Das Ergebnis war, dass Leon Jouhaux nach wiederholten Verhaftungen mit etwa 15.000 demokratischen Fuehrern der CGT im Jahre 1943 nach Deutschland deportiert wurde. Die Kommunisten blieben zum groessten Teil im Land, um einen Untergundkrieg zu kaempfen - und um im richtigen Moment bereit zu sein, "zu uebernehmen".

Leon Jouhaux kaempft weiter.

Die Nachkriegsversuche, die Einigkeit der Arbeiterschaft trotz der kommunistischen Machenschaften zustandezubringen, ist ein Kapitel in der Geschichte der CGT, auf das Leon Jouhaux stolz ist. Nachdem er jede Moeglichkeit erschoepft hatte, ohne vor der kommunistischen Partei kapitulieren zu muessen, fing er im Alter von 70 Jahren als Fuehrer der Force Ouvrière von vorne an, er, der ein Leben lang gearbeitet hat. Diese Organisation ist noch klein, aber sie waechst. Und der Griff der kommunistischen Klauen um die organisierte franzoesische Arbeiterschaft beginnt sich zu loesen.

Dank ihrer Staerke spielt die Force Ouvrière bereits eine internationale Rolle. Leon Jouhaux ist Mitglied des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses des Marshall Planes. Dieses Komitee wurde 1948 in London gegrueudet und ist der Organisation fuer Europaeische Wirtschaftliche Zusammenarbeit angeschlossen, der Koerperschaft, die den Vermittler der Marshall-Plan-Laender im Europaeischen Wiederaufbau Programm darstellt. Ausserdem findet Jouhaux noch Zeit, als Praesident des Nationalen Wirtschaftsrates zu fungieren, eine Organisation, die sich aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzt und nach dem Kriege gegrueudet wurde, um die franzoesische Regierung in fast allen Angelegenheiten, die die nationale Wirtschaft betreffen, zu beraten.

Heute ist der Marshall Plan zur Wirklichkeit geworden, und, - was die Kommunisten befuerchteten, - Frankreich macht staendig Fortschritte im Wiederaufbau. Der franzoesische Arbeiter hat bis jetzt jedoch nur wenig Nutzen aus dieser Entwicklung gezogen. Ein Land kann nicht ueber Nacht aus wirtschaftlichem Ruin wiederaufgerichtet werden.

Waehrend Frankreich klugerweise versucht, den Wert der Rohstoffe anzuerkennen, die ihm von dem Marshall Plan geliefert werden, und die es benoetigt, um seine Industrien ueber Winter in Gang halten zu koennen, weiss der franzoesische Arbeiter nur, dass die Dinge zwar nicht ganz so schlecht wie im letzten Jahre liegen, er aber trotzdem immer noch arbeiten, und sogar noch schwerer arbeiten muss. Vielleicht wird er etwas Kohle fuer diesen Winter kaufen koennen, seine 40 Dollar pro Monat muessen jedoch stark gestreckt werden, um seine Familie ernaehren, bekleiden und sichern zu koennen. Was man auch alles vom Marshall Plan erzaehlen mag, der Arbeiter weiss nur, dass ihm niemand etwas gibt--dass er fuer jeden Franc arbeiten muss. Die Tatsache, dass das Material, mit dem er arbeitet, nur mit Geldern des Marshall Plans in seine Haende gelangt, ist fuer ihn nicht leicht zu verstehen. Und doch ist die Versorgung mit diesen Materialien, die auf eine andere Art nicht beschafft werden koennen, heute die Lebensader des wirtschaftlichen Lebens Frankreichs.

Es ist nicht leicht, dem franzoesischen Arbeiter seine Situation zu erklaren, besonders deshalb, weil die Kommunisten 3 Zeitungen haben und die Force

Ouvrière nur eine; ausserdem verfügen sie ueber einen grossen Verwaltungsapparat und genuegend Geldmittel, um eine grosse Zahl vollbeschaeftigter Organisatoren bezahlen zu koennen. Die Wahrheit wird sich jedoch zur Oberflaeche durchringen, weil Jouhau und die Force Ouvrière weiterkaempfen.

BCA Labor Information
14.12.1949

AFL WARNT VOR FALSCHEN ERKLAERUNGEN.

William Green, der Praesident der AFL, gab in Washington folgende Erklaerung ab: "Der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL unterstuetzt den Marshall Plan mit allen Mitteln und tut alles, was zum erfolgreichen Gelingen dieses Planes getan werden kann und muss.

"Wenn eine Wiederbelebung des Handels innerhalb eines vereinigten Europas zur Foerderung des Marshall Planes notwendig ist, dann ist die AFL bereit, alles zu tun, was in ihren Kraefte steht, um diesem Vorhaben zum Erfolg zu verhelfen. Ein Aufleben des Handels in einem vereinigten Europa haengt von vielen Dingen ab. Mit Verstaendnis und Planung muss diese Aufgabe in Angriff genommen werden. Es ist nicht gesagt, dass sich ein Programm in ungerechter Weise zum Nachteil irgendeiner Schicht der amerikanischen oder europaeischen Bevoelkerung auswirken muss.

"Und wenn eine Organisation das Recht hat, die Richtlinien, die die AFL befolgt, auszuarbeiten und zu gestalten, dann ist es die AFL selbst und keine andere Organisation. Ich hoffe, dass sich die Arbeiterschaft Europas nicht durch Verlautbarungen oder Entschliessungen verwirren laesst, die von irgendeiner anderen Organisation stammen koennten und Plaene, Richtlinien und Ziele der AFL betreffen.

"Der Amerikanische Gewerkschaftsbund ist der festen Ueberzeugung, dass Handelsbeziehungen zwischen den U.S.A. und anderen Laendern auf einer gesunden, freundschaftlichen und gut fundierten Grundlage basieren muessen. Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass man sich eingehend mit den bereitstehenden Handelsbeziehungen der verschiedenen Nationen der Welt befasst, die durch offene Aussprache und sorgfaeltige Forschung und Untersuchungen zustandegekommen sind.

Telegramm des US Aussenministeriums
vom 9. Januar 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757 .

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

MANPOWER-P.R.O.
OMGUS, Berlin-Dahlem,

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet.

Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II-47

Frankfurt, 27. Januar 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Deutsche Gewerkschaftler erleben Amerika - - - - - | 1 |
| Europa im 2. Marshallplanjahr - - - - - | 2 |
| Kommunistische Rechenmanöver - - - - - | 3 |
| Hollaendische Gewerkschafter besuchen die Vereinigten Staaten - - - - - | 4 |
| Die Verwendung des Reservefonds von 150 Mill. Dollar | 5 |
| Das Frauenbuero des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten von Nordamerika - - - - - | 6 |
| Produktionssteigerung in Europa- - - - - | 7 |
| Der Generalsekretär der Gewerkschaftsinternationale: J. H. Oldenbroek - - - - - | 8 |
| Hoffman: "Fuer hoeheren Lebensstandard" - - - - - | 10 |
| U.S. Gewerkschaft prophezeit dem neuen Weltgewerkschaftsbund eine grosse Zukunft - - - - - | 11 |

DEUTSCHE GEWERKSCHAFTLER ERLEBEN AMERIKA

New York -- (Amerika Dienst) -- Eine Gruppe deutscher Gewerkschaftler weilte unlaengst zu Studienzwecken in den U.S.A. und hatte Gelegenheit, den inzwischen abgeschlossenen Streik in der amerikanischen Stahlindustrie mitzuerleben. Die Gewerkschaftler hatten die Moeglichkeit, in einem der groessten Stahlbetriebe bei Pittsburgh festzustellen, wie die amerikanischen Arbeiter zu dem Streik standen. Einige von ihnen wohnten bei Arbeiterfamilien und konnten so die inneren Zusammenhaenge des Streiks kennenlernen. Sie alle waren sich darin einig, anzuerkennen, dass der amerikanische Arbeiter gewillt war, durchzuhalten, bis die durch die Gewerkschaften aufgestellten Forderungen, die sich vornehmlich mit der Frage der Pensionen befassten, durchgekaempft waren.

Frau Margarete Kaempel aus Karlsruhe erklarte, dass ihr besonders die Stellung der Frauen imponiert habe, die den Kampf der Maenner unterstuetzten, ja sogar bereit waren, selbst einzugreifen, und wenn noetig, Streikposten zu stehen.

Der Bezirksleiter fuer Chemie, Papier, Keramik in Wuerttemberg-Baden, Ernst Schwarz, berichtete, dass er vor vielen Geschaeften Streikposten mit Schildern gesehen habe, und unterstrich, dass gerade Frauen mit lauter Stimme die Parole des Streiks ausgerufen haben.

Der Streik, der darum ging, die arbeitenden Menschen im Alter oder bei Invalidität zu versorgen, wurde zu einer Zeit abgeschlossen, als die deutschen Gewerkschaftler noch im Lande weilten, und es erfüllte die Besucher mit grosser Freude, dass die Stahlindustrie die Forderungen der amerikanischen Gewerkschaften ohne Einschränkung erfüllte. Aus Unterredungen und aus den Mitteilungen der Presse erfuhren die deutschen Gäste Einzelheiten ueber diese Forderungen der Gewerkschaften und erhielten davon Kenntnis, dass jetzt die Mindestpension eines Stahlarbeiters insgesamt 100 Dollar monatlich betraegt, die sich aus staatlichen und privaten Mitteln zusammensetzen.

Eine Gewerkschaftsfuehrerin sprach dann darueber, dass in Amerika die Frau eine ganz andere Anerkennung findet als in Deutschland. "Die Frau in Deutschland muss bedeutend mehr leisten als ein Mann, ehe sie die gleiche Stellung bekleiden kann. In Amerika laesst der Mann die Frau viel eher mitkommen ..." Die Sprecherin berichtete von einem CIO-Kongress, auf dem verhaeltnismaessig viele Frauen als Delegierte zu finden waren, obgleich ihrer Meinung nach amerikanische Frauen in den Gewerkschaften als Funktionaere prozentual nicht zahlreicher vertreten seien als in Deutschland. Sie glaubte den Hauptgrund darin zu finden, dass die Erziehung der Frauen von Kind auf schon wesentlich anders ist als in Deutschland.

EUROPA IM 2. MARSHALLPLANJAHR

Westdeutschland auf den 3. Platz der ECA-Bewilligungsliste gerueckt

Washington -- (Amerika Dienst) -- Die von den westeuropaeischen Laendern waehrend des Jahres 1949 in Anspruch genommenen Marshallplangelder verteilen sich, wie aus einem von der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) veroeffentlichten Bericht, der mit dem 20. Dezember dieses Jahres abschliesst, hervorgeht, fast gleichmaessig auf industrielle Gueter sowie auf Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse.

| | | |
|--|------------------------------|----------------------------|
| | <u>1.1.49 bis 20.12.1949</u> | <u>3.4. bis 31.12.1948</u> |
| Industrielle Gueter | 1 810 072 000 Dollar | 1 908 000 000 Dollar |
| Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse | 1 767 233 000 Dollar | 1 799 000 000 Dollar |
| Schiffstransporte | 278 962 000 Dollar | 337 800 000 Dollar |
| Technische Hilfe | 10 982 000 Dollar | |
| Summe: | 3 867 249 000 Dollar | 4 044 800 000 Dollar |

In der Hoehe der zugeteilten Dollarbetrage war 1949 ein deutlicher Rueckgang gegenueber dem Jahre 1948 festzustellen, in dem die Zuwendungen sich auf einen Zeitraum von nur 9 Monaten, vom Beginn des Hilfsprogramms im April 1948 bis zum 31. Dezember, verteilten. Diese Massnahme beleuchtet ein grundlegendes Prinzip der Marshallplanhilfe, die Zuteilung von Geldern an die europaeischen Staaten mit der fortschreitenden Erholung ihrer Wirtschaft immer mehr herabzusetzen.

Grossbritannien, Frankreich, die Trizone und Italien erhielten 1949 die grossten Zuweisungen aus Marshallplanmitteln, waehrend die Trizone 1948 in der Reihenfolge an 4. Stelle hinter Italien rangierte. In den ersten 11 Monaten dieses Jahres standen bei den Zuteilungen von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen an erster Stelle:

| | |
|-----------------------------------|----------------------------------|
| Baumwolle mit | 490,9 Millionen Dollar und |
| Brotgetreide mit | 398,7 Millionen Dollar, waehrend |
| Maschinen und Maschinenteile mit | 397,7 Millionen Dollar und |
| Erdoeel u. Erdoeelkraftstoffe mit | 382,8 Millionen Dollar |

die Liste der industriellen Gueter anfuehrten.

Die grössten Zuteilungen zum Einkauf von Baumwolle erhielten Grossbritannien mit 146,3 Millionen Dollar und Frankreich mit 117,4 Millionen Dollar, während die Hälfte des freigegebenen Brotgetreides im Werte von 196,4 Millionen Dollar von Grossbritannien eingeführt wurde. Der Wert der Zuteilungen an Maschinen und Maschinenteilen betrug in Frankreich 117,3 Millionen Dollar, in Italien 57,4 Millionen Dollar, in Holland 44,6 Millionen Dollar und in Belgien und Luxemburg 42,4 Millionen Dollar. Grossbritannien erhielt Erdöl und Erdölerzeugnisse im Werte von 122,7 Millionen Dollar und Frankreich im Werte von 102,5 Millionen Dollar.

Nachstehende Tabelle bringt eine Zusammenstellung der Zuweisungen, die die einzelnen Staaten aus Mitteln des Marshallplanes erhielten.

| | <u>1949</u> | <u>1948</u> |
|-----------------------|----------------------------|----------------------------|
| | <u>1.1. bis 20.12.1949</u> | <u>3.4. bis 31.12.1948</u> |
| Grossbritannien | 1 112 182 000 Dollar | 1 093 400 000 Dollar |
| Frankreich | 733 556 000 Dollar | 951 000 000 Dollar |
| Deutschland, Trizone | 402 094 000 Dollar | 400 200 000 Dollar |
| Italien | 352 463 000 Dollar | 494 200 000 Dollar |
| Holland | 330 061 000 Dollar | 371 700 000 Dollar |
| Belgien und Luxemburg | 294 588 000 Dollar | 138 900 000 Dollar |
| Oesterreich | 152 218 000 Dollar | 212 500 000 Dollar |
| Griechenland | 119 450 000 Dollar | 145 700 000 Dollar |
| Norwegen | 87 915 000 Dollar | 68 000 000 Dollar |
| Daenemark | 77 883 000 Dollar | 91 100 000 Dollar |
| Schweden | 64 539 000 Dollar | 10 000 000 Dollar |
| Tuerkei | 61 976 000 Dollar | 1 700 000 Dollar |
| Irland | 59 420 000 Dollar | 51 600 000 Dollar |
| Triest | 13 111 000 Dollar | 9 500 000 Dollar |
| Island | 5 463 000 Dollar | 5 400 000 Dollar |

KOMMUNISTISCHE RECHENMANOEVER

Einar Nielsen, Vizepraesident des Daenischen Gewerkschaftsbundes, brandmarkte in einem Artikel, der am 27. Dezember 1949 im "Social-Demokraten" erschienen war, die kommunistische Methode, falsche statistische Angaben ueber Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftliche Faktoren zu veroeffentlichen, um das wirksame Zusammenarbeiten bei den Tagungen der Vereinten Nationen zu verzoeuern und zu sabotieren. Nielsen kehrte kuerzlich von einer Sitzung der Vereinten Nationen in New York zurueck, wo er als daenischer Delegierter in Ausschuessen taetig war, die sich mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen befassen.

Nielsen berichtete, wie daenische Kommunisten statistische Angaben geliefert hatten, die von sowjethoerigen Delegierten als Basis benutzt wurden, von der aus sie ihre Angriffe gegen die demokratischen Entwicklungen des Westens richteten.

Die ukrainische Abordnung zum Beispiel versuchte, den Marshall Plan als Ursache weitverbreiteter Arbeitslosigkeit hinzustellen und erklarte, dass von April 1948 bis Maerz 1949 die Erwerbslosenziffer um 90% angestiegen sei.

Nielsen nimmt hierzu folgendermassen Stellung: "Diese Behauptung ist ebenso richtig, wie es richtig ist zu sagen, dass ein kleines Kind, das seinen zweiten Zahn bekommen hat, die Zahl seiner Zaehne um 100% vermehrt hat. Es waere jedoch richtiger gewesen, wenn der Vertreter der Ukraine seinen Zuhoeern mitgeteilt haette, dass der Hundertsatz der Arbeitslosen im April 1948 2,6 und im Maerz 1949 4,7 betrug. Seine Darstellung haette besser der Wirklichkeit entsprochen, wenn er ausserdem zugegeben haette, dass im Monat April der Vorkriegsjahre von 1930 bis 1940 der Prozentsatz an Erwerbslosen niemals unter 10, sondern vielmehr des oeffteren nahe bei 20 gelegen hatte. Aber das waere natuerlich keine alarmierende Nachricht gewesen."

Nielsen hebt in seinen Berichten ueber den kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund und seine Versuche, die Arbeit der Vereinten Nationen zu beeinflussen, hervor, dass dieser von den Wortfuehrern der kommunistischen Partei in den verschiedenen Laendern und nicht von den Gewerkschaftsbewegungen informiert wird.

In einem Falle in Daenemark, sagte er, haette es sich herausgestellt, dass die Angaben einer kleinen kommunistischen Veroeffentlichung, "Ugens Ekko", vom 18. Februar 1949, entstammten. Diese Veroeffentlichung, die als Organ der Kommunistischen Partei fuer die daenische Insel Sjaelland diene, bestehe seit einiger Zeit nicht mehr, fuegte Nielsen hinzu.

"Wenn sich die Sowjets mehr an die Tatsachen hielten und dementsprechend handelten, koennten wir groessere Erfolge erzielen. Unter den jetzigen Verhaeltnissen muessen wir staendig gegen Anschuldigungen auf der Hut sein. ... Es ist natuerlich, dass unter solchen Umstaenden, in denen wir staendig vor falsche Beschuldigungen gestellt werden, unsere Arbeit in den Vereinten Nationen mehr Zeit in Anspruch nehmen muss. Sitzungen dehnen sich oft unendlich lange aus, und es gibt mehr solcher Versammlungen, als noetig waere. Es ist aber ebenso wahr, dass wir trotz alledem Erfolge in unserer Arbeit verzeichnen koennen."

ECA Labor Information
4. Januar 1950

HOLLAENDISCHE GEWERKSCHAFTER BESUCHEN DIE VEREINIGTEN STAATEN

Dreizehn hollaendische Gewerkschafter sprachen sich kuerzlich in New York mit Begeisterung fuer eine europaeische Wirtschaftseinheit aus, nachdem sie einen Monat lang amerikanische Produktivitaetsmethoden und Arbeitnehmer-Arbeitgeber Beziehungen studiert hatten.

Mit der Erklaerung, dass diese Einheit "fuer die Wohlfahrt Westeuropas von wesentlicher Bedeutung sei, fuegten die daenischen Gewerkschafter hinzu, dass ihr eigener Erfolg in der Zusammenfassung der Wirtschaften der Benelux-Staaten "ein Beweis fuer den hohen Grad an Zusammenarbeit sei, den die europaeischen Nationen erreichen koennten."

Zahlreiche Laender Europas "muessen Zoll- und andere Handelsschranken einschraenken oder beseitigen, um einen freieren Warenaustausch unter den einzelnen Laendern zu ermoeeglichen," sagte J.J. DeWit, Praesident der Katholischen Gewerkschaft der Buerceangestellten. Er betonte, dass die Marshall-Plan-Laender ihre Wirtschaften vereinigen muessten, weil "unsere Inlandmaerkte, getrennt voneinander, zu klein sind."

Roelf Hagoort Utrecht, Generalsekretaer der Christlichen Nationalgewerkschaft, gab zu, dass diese Aufgabe schwierig ist, dass aber "... unbedingt ein Weg gefunden werden muss, durch Beseitigung dieser Hindernisse einen einzigen Absatzmarkt fuer ganz Europa zu schaffen."

Ein anderer Sprecher, Jan J.A. Berger, Sekretaer in der Nationalen Hollaendischen Gewerkschaft, brachte zum Ausdruck, dass eine Massenproduktion in amerikanischem Sinne in Holland unmoeglich sei, "solange die Handelsbeschraenkungen unter den Laendern Europas nicht eingeschraenkt oder aufgehoben werden." Auch Dirk W. Ormel, von der Christlichen Nationalen Gewerkschaft in Amsterdam, erklarte, dass die europaeischen Maerkte erweitert werden muessten.

Die dreizehn hollaendischen Gewerkschaftsfuehrer, die Vertreter der Transport-, Textil-, Nahrungsmittel- und Bauarbeiter sind, trafen bei ihrem Besuch der Hauptindustriegebiete der Vereinigten Staaten mit Gewerkschaftsfuehrern des CIO in Detroit zusammen. Sie waren Mitglieder eines Team, die die Vereinigten Staaten im Rahmen des ECA-Programms zur Technischen Unterstuetzung bereiste. Ein Mitglied der Gruppe fuehrte aus, dass der Lebensstandard Hollands "dank der Marshall Plan Hilfe gehalten werden konnte, und wir hoffen, im Jahre 1952 auf unseren eigenen Fuessen stehen zu koennen." "Aber," fuegte er hinzu, "ohne den Marshall Plan haetten wir unter grosse wirtschaftlicher Unordnung zu leiden gehabt."

Infolge des wirtschaftlichen Fortschrittes in Holland haetten die Kommunisten dort einen grossen Teil ihres Gefolges verloren, sagte ein Mitglied der Team. Ein

anderer Gewerkschaftsfuehrer erklarte, dass die hollaendische Produktionsleistung dank des Marshall Planes den Vorkriegsstand um 30% uebertroffen habe. "Die Kommunisten koennen nur aus der Armut Nutzen ziehen. ... Deshalb bekaempfen sie den Marshall Plan. ... Dessenungeachtet unterstuetzt weitaus der gresste Teil der hollaendischen Arbeiter von ganzem Herzen das ECA Programm."

Im Verlaufe ihrer Reise durch die amerikanischen Industriezentren kamen die hollaendischen Gewerkschaftsfunktionaere auch nach dem grossen Stahlzentrum von Pittsburgh, Pa., wo kurz zuvor Verhandlungen ueber neue Vertraege zwischen dem Verband der Vereinigten Stahlarbeiter und den grossen Stahlfirmen stattgefunden hatten. Sie zeigten grosses Interesse fuer die Einzelheiten der Pensions- und Sozialversicherungsplaene, die den Arbeitern zugestanden wurden. Amerikanische Gewerkschaftsfunktionaere berichteten, dass die gesamten Kosten fuer die Pensionen von den Firmen getragen werden und im Sozialversicherungs-Programm Krankenhausaufenthalt und Krankengelder fuer die halbe Million Stahlarbeiter und ihre Angehoerigen vorgesehen sind.

Das hollaendische Team verweilte lange bei den Arbeitern der AFL und des CIO in den verschiedenen Werken, die sich nahe Pittsburgh ueber ein Gebiet von 100 Meilen erstrecken, man unterhielt sich mit dem Praesidenten der Stahlarbeiter, Philipp Murray, studierte Produktionsmethoden und besprach Organisation und Verhandlungsmethoden mit amerikanischen Gewerkschaftsfunktionaeren. Bei einem Besuch der "Tennessee Valley Authority" erfuhren die daenischen Gewerkschafter, dass starke Gewerkschaften der AFL dort alle Arbeitsprobleme ohne Arbeitseinstellungen geloest hatten, und dass die Betriebsleitung der TVA, obwohl sie in den Haenden der Regierung liegt, weder "von oben herab" noch willkuerlich gehandhabt wird.

Die hollaendischen Gewerkschafter, die den Hollaendischen Gewerkschaftsbund und zwei christliche Gewerkschaftsverbaende (alle nichtkommunistisch) vertreten, besuchten 35 Industrieunternehmen in den Vereinigten Staaten.

Jan Berger erzaehte vor seiner Abreise in New York Berichterstatlern, dass sie hinsichtlich der Produktivitaet viel gelernt haetten, und dass "unsere Inspektionsreise sich gelohnt hat." H.C. Kaper, von der Bauarbeiter-Gewerkschaft, erklarte dass sich alle Mitglieder der hollaendischen Gruppe nach ihrer Rueckkehr nach Holland fuer die wirtschaftliche Vereinigung Europas einsetzen wuerden.

ECA Labor Information

DIE VERWENDUNG DES RESERVEFONDS VON 150 MILLIONEN DOLLAR.

Die Marshall Plan Verwaltung gab am 18. Oktober bekannt, dass sie in der zweiten Haelfte des Haushaltjahres 1949/1950 weitere Geldmittel zur Verfuegung stellen werde; zugrundegelegt wird dieser Massnahme eine Studie ueber die gegenwaertige Wirtschaftslage in den ERP-Laendern und ueber deren Erfolg in dem wirksamen Gebrauch der Hilfe, um die Ziele des Wiederaufbau Programms erreichen zu koennen. Zu gleicher Zeit wurde von der Marshall Plan Verwaltung angekuendigt, dass ein Reservefonds von 150 Millionen Dollar bereitgestellt worden sei. Mit diesem Reservefonds muessten drei Aufgaben geloest werden:

1. Die schnellstmoegliche Liberalisierung des intereuropaeischen Handels und Zahlungsverkehrs durch Garantien gegen unvorhergesehene, mit der Liberalisierung verbundene Risiken zu foerdern.
2. Intereuropaeische Verbesserungsprojekte finanzieren zu helfen, die die nationalen Grenzen unberuecksichtigt lassen und deshalb von den einzelnen Laendern nicht uebernommen werden.
3. Projekte zu finanzieren, durch die Gebiete in Uebersee, die den Teilnehmerstaaten am Europaeischen Wiederaufbauprogramm gehoeren, entwickelt werden sollen.

Wie wir nun von der Organisation fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECE) erfahren, werden 10 Millionen Dollar aus diesem Reservefonds fuer die Finanzierung eines dringenden, internationalen Elektrizitaetsprogramms aufgewendet werden, in dem der Bau von Kraftwerken vorgesehen ist, die nicht in dem Lande liegen, das

ihr direkter Abnehmer ist. Es handelt sich hierbei um ein Notprogramm zur Errichtung von Waermekraftwerken, das in eineinhalb Jahren beendet sein soll.

Weitere 10 Millionen Dollar werden zur Foerderung der Entwicklung von Ueberseegebieten freigegeben.

Hinsichtlich der finanziellen Hilfe zur Liberalisierung des intereuropaeischen Handels beabsichtigt die Marshall Plan Verwaltung, die Bildung von Zollunionen anzuregen. In einer vor ein paar Tagen in Paris erschienenen Verlautbarung der ECA hies es, dass man regional Handelsgruppen wie Benelux und Fritalux zu unterstuetzen wuensche, aus denen sich unter Umstaenden Gebiete mit freiem Handelsverkehr entwickeln koennten. Dies wird bestimmt auch fuer "Uniscan" zutreffen, deren Ziel der freie Warenaustausch zwischen Grossbritannien und den skandinavischen Laendern ist. Die ECA erklarte sich dazu bereit, diese regionalen Handelsgruppen aus dem 150 Millionen Dollar Fonds finanziell zu unterstuetzen. Sie wird jedoch nur dann den Gesuchen um finanzielle Hilfe aus diesem Fonds stattgeben, wenn die betreffenden Nationen positive Leistungen vollbringen, wie zum Beispiel niedrigere Zoelle oder beachtlichen Fortschritt bei der Gestaltung eines freien Waren- und Zahlungsverkehrs.

DAS FRAUENBUERO DES ARBEITSMINISTERIUMS DER VEREINIGTEN STAATEN VON NORDAMERIKA

Die ersten Anfaenge

Das Frauenbuero wurde 1920 durch ein Sondergesetz des Kongresses geschaffen und seine Aufgaben wurden ebenfalls gesetzlich festgelegt. Es ist berechtigt, Grundsaeetze und Ausfuehrungsbestimmungen zu schaffen, die der Wohlfahrt der arbeitenden Frauen dienen, ihre Arbeitsbedingungen verbessern, ihre Arbeitsleistungen steigern und entlohnte Arbeitsmoeglichkeiten erweitern. Das Buero untersucht alle Probleme, die sich auf Frauenarbeit und auf Arbeitnehmerinnen beziehen und berichtet darueber dem Arbeitsminister. Sein Programm ist jeweils den veraenderten oekonomischen Bedingungen angepasst. Seine Taetigkeit basiert auch auf der Tatsache, dass die Situation der arbeitenden Frauen unloeslich mit der Wohlfahrt und mit der Weiterentwicklung der Nation verbunden ist. Das Buero arbeitet auf drei Hauptgebieten:

Statistische Erhebungen und Untersuchungen
Frauenarbeitsgesetzgebung und die Stellung der Frauen
im buergerlichen und politischen Leben
Besondere Aufgaben und Veroeffentlichungen
Internationale Zusammenarbeit

(Die internationalen Aufgaben des Bueros sind ein Teil des Programms der Zusammenarbeit der Regierung der Vereinigten Staaten mit anderen Staaten).

Arbeitsbereich

Das Buero vertritt die Interessen aller arbeitenden und arbeitssuchenden Frauen ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens oder ihres Ehestandes. Es beschaeftigt sich mit Frauen in allen Arten von Arbeitszweigen: Fabrikarbeit, Dienstleistungen, Hausarbeit, Landarbeit, Handel und Gewerbe und freie Berufe. Es beschaeftigt sich mit den Maedchen, die von der Schulbank her gerade ihre erste Arbeit angenommen haben und mit der aelteren Arbeiterin, sowie mit Frauen, die sowohl berufstaetig sind als auch einen Haushalt zu besorgen haben.

Erhebungen

Experten fuehren dauernd Nachforschungen und Erhebungen durch, um das Buero in der Aufstellung von Grundsaeetzen und Programmen zu unterstuetzen. Einige Untersuchungen haben das besondere Ziel, Aufklaerungen ueber Angebot und Nachfrage von Arbeiterinnen fuer bestimmte Berufe zu schaffen, andere betreffen Loehne und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Industrien. Aufstellungen ueber Gesundheitsfragen im Zusammenhang mit berufstaetigen Frauen, Berufsaenderungen, Methoden zur Festsetzung von Loehnen, die finanzielle Verantwortung der Frauen fuer den Familienunterhalt und ihre Teilnahme an der Gewerkschaftsarbeit werden ebenfalls zusammengestellt. Die Informationen auf denen sich Uebersichten und Berichte aufbauen, werden aus verschiedenen offiziellen Quellen zusammengetragen, von Arbeitsplaetzen wie Fabriken,

Bueros, Laeden, Waeschereien usw. und durch Interviews mit berufstaetigen Frauen. Eine andere wichtige Arbeit ist die Zusammenstellung und Analyse statistischen Materials ueber berufstaetige Frauen, das von Bundesbueros herausgegeben wird, wie z.B. dem Buero fuer Arbeitsstatistik, dem Buero fuer Volkszaehlung, dem U.S.-Arbeitsvermittlungsdienst und von den einzelnen staatlichen Arbeitsministerien.

Frauegesetzgebung und die Stellung der Frauen im buergerlichen und politischen Leben

Das Buero fuehrt nicht die Gesetze aus. Es macht jedoch gruendliche Studien bereits bestehender Gesetze und Ausfuehrungen und der Notwendigkeit, Gesetze zu schaffen, die sowohl den Arbeitsstandard der Frauen als auch ihre zivile und politische Rechtsstellung haben sollen. Um bei der Verbreitung fortschrittlicher Arbeitsgesetze fuer Frauen mitzuhelfen und eine bessere Anwendung solcher Gesetze zu erreichen verhandeln die Experten des Bueros mit verantwortlichen Vertretern der Arbeitsministerien, Gewerkschaften, Frauenorganisationen und Koerperschaften des Bundes. Das Buero analysiert und empfiehlt bestehende und geplante Arbeitsgesetze und Verordnungen, die auf die erwerbstaetigen Frauen Bezug haben. Hauptfragen, ueber die das Buero Material zusammenstellt und Anregungen gibt, sind Fragen der gleichen Bezahlung, der Mindestloehne, der Arbeitszeit und der Gesetze, die sich auf die politische und zivilrechtliche Stellung der Frauen beziehen.

Besondere Aufgaben und Veroeffentlichungen

Das Buero als die verantwortliche Regierungsstelle fuer das Studium, die Gewaehrleistung und die Foerderung der Interessen der Frauen auf den verschiedensten Gebieten der Beschaeftigung, schickt regelmaessig Informationen aller Art aus. Es funktioniert als technischer Ratgeber fuer alle jene, die sich mit den Fragen der wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung der Frauen beschaeftigen, wie z.B. Behoerden, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Arbeitgeber und die Oeffentlichkeit im allgemeinen. Internationale Organisationen wenden sich an das Buero um Rat in Angelegenheiten der Beschaeftigungstendenz und der rechtlichen Stellung der Frauen. Das Buero sendet Material an die Presse und an den Rundfunk. Seine veroeffentlichten Berichte ueber seine Untersuchungen, Arbeitsgesetze fuer Frauen, Rechtsstellung der Frauen usw. werden an die Interessentengruppen ausgeschickt.

Internationale Zusammenarbeit

Die internationale Abteilung des Frauenbueros arbeitet mit den Regierungsstellen der anderen Staaten, sowie mit allen Organisationen, die sich mit der Besserung der Bedingungen fuer arbeitende Frauen beschaeftigen, zusammen. Diese Arbeit wird durch einen Austausch von Informationen und Publikationen gefoerdert, durch Schulungskurse fuer leitende weibliche Angestellte der Arbeitsministerien und durch Hilfe und Unterstuetzung der Besucher, die von den verschiedenen Staaten kommen.

(Ausgabe Juni 1946 mit einigen Aenderungen)

Fuer Auskuenfte ueber die Arbeit und die Veroeffentlichungen des Frauenbueros wenden Sie sich an das
Frauenbuero (Women's Bureau)
U. S. Department of Labor
Washington 25, D. C.

PRODUKTIONSSTIEGERUNG IN EUROPA

Die Marshall Plan Verwaltung gab heute in ihrer November Ausgabe der "Recovery Guides" bekannt, dass, verglichen mit der entsprechenden Periode letzten Jahres, die Marshall-Plan-Laender im Sommer 1949 eine Steigerung der industriellen Produktion um 11% zu verzeichnen naetten.

"Westdeutschland und Griechenland zeigen besonders gute Ergebnisse im Vergleich zu 1948 naemlich 40 bzw. 30%," heisst es in dem Bericht. "In Daenemark erreichte der monatliche Produktionsindex im September einen neuen Nachkriegs-Hoechststand. Der uebliche, saisonbedingte Abstieg trat, wie erwartet, in den Sommermonaten ein.

Die Wiederaufbautendenz hielt jedoch unvermindert an. Aus allen wichtigen Sektoren des wirtschaftlichen Lebens wurden Erfolge gemeldet."

Die Preise im Gross- und Einzelhandel haetten den ganzen September hindurch nur geringe Schwankungen gezeigt, faehrt man in dem Bericht fort, und waehrend die Exporte maessig zurueckgingen, waere eine groessere Reduktion der Importe festzustellen, dem Ergebnis, dass die Teilnehmerstaaten ihre Handelsbilanz mit dem uebrigen Teil der Welt haetten verbessern koennen.

Angesichts der Abwertung ihrer Waehrungen gegen Ende September ist den ERP-Laendern nun die Moeglichkeit geboten, weitere Schritte zur Schaffung des Gleichgewichtes und des freien Warenaustausches im Welthandel zu unternehmen.

Diese Massnahmen werden in ihrer Form erheblich untereinander variieren, ihr gleiches Ziel muss jedoch sein:

Erstens - Rohstoffquellen und Produktion nicht auf die inlaendischen Maerkte zu beschraenken, sondern ihnen die Maerkte im Ausland wieder zu erschliessen, sie von den Gebieten mit unstabilen Waehrungen in diejenigen mit stabiler Waehrung zu verlagern und

Zweitens - den Welthandel von Zollschaenken, Beschraenkungen der Einfuhr, Kontrolle des Zahlungsverkehrs, der unterschiedlichen Behandlung bezueglich Preisfestsetzung und ungeeigneter Produktion zu befreien.

ECA Press Release
23. November 1949

DER GENERALSEKRETAER DER GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE: J. H. OLDENBROEK,

Als der Internationale Bund Freier Gewerkschaften im Dezember seine Gruendungskonferenz in London beschloss, schienen alle Delegierten von einer Idee beseelt zu sein. Sie hatten ein soziales und wirtschaftliches Programm vereinbart; sie hatten eine Verfassung entworfen und viele interessante und bedeutsame Reden gehoert.

Aber, wie viele von ihnen sagten, "nicht schoene Worte, sondern vernuenftiges, energisches Handeln werden dieser Organisation die Lebenskraft verleihen."

Zur Durchfuehrung der Entschliessungen der Konferenz waelten die Vertreter von ueber 50 Millionen, in freien Gewerkschaften organisierten Arbeitern einen Exekutiv-Ausschuss, in dem alle Teile der Welt vertreten sind. Einstimmig fiel ihre Wahl fuer einen Generalsekretaer auf Jacobus H. Oldenbroek.

J. H. Oldenbroek wurde 1897 in Holland als Sohn eines Zigarrenmachers geboren. Naetuerlich war sein Vater ein guter Gewerkschafter. Mit 14 Jahren trat Oldenbroek aus der Schule aus und hatte vier Jahre lang verschiedene Beschaeftigungen bei Amsterdamer Handelsfirmen.

Oldenbroek schloss sich bald darauf der Niederlaendischen Gewerkschaft der Handels- und Buero-Angestellten an und stuerzte sich mit ganzem Herzen in die organisatorische Arbeit, durch die die Amsterdamer Zweigstelle zur groessten lokalen Gewerkschaft in jenen Tagen wurde. Er wurde ehrenamtlicher Organisationssekretaer dieses Ortsverbandes und wirkte bei der Errichtung einer gewerkschaftseigenen Handels-Abendschule fuer Fortgeschrittene mit - eines der erfolgreichsten Unternehmen des Verbandes.

Inzwischen war Oldenbroek im Alter von 18 Jahren Vorstandsmitglied des Niederlaendischen Gewerkschaftsbundes geworden. Der damalige Finanzsekretaer war Edo Fimmen. Nach Beendigung des Ersten Weltkrieges betraute der Internationale Gewerkschaftsbund Fimmen mit der Stelle des Generalsekretaers und mit der schwierigen Aufgabe, das vom Krieg zerstoerte Gebilde wiederaufzubauen. Er nahm Oldenbroek mit sich in sein neues Amt.

Von 1919 bis 1923 war Fimmen Sekretar sowohl beim Internationalen Gewerkschaftsbund als auch dem Internationalen Transportarbeiter Verband (ITF). 1921 ernannte er Oldenbroek zum Geschaeftsfuehrer des ITF, und von dieser Zeit an bis zu seiner Wahl zum Generalsekretar des neuen freien Weltgewerkschaftsbundes diente er dem Internationalen Transportarbeiter Verband.

In den 20er Jahren widmete sich Oldenbroek neben seiner Taetigkeit als Geschaeftsfuehrer auch eingehend den Problemen der Seeleute und wurde Sekretar der Seeleute-Abteilung des ITF. 1938 wurde er zum stellvertretenden Generalsekretar des ITF gewaehlt, und als Fimmen 1942 starb, wurde er amtierender Generalsekretar. Auf dem ersten Nachkriegskongress des ITF im Jahre 1946 brachten die Delegierten ihre Anerkennung gegenueber Oldenbroek und seiner Taetigkeit als ihr Fuehrer zum Ausdruck, indem sie ihn zum Generalsekretar mit eigener Exekutivgewalt wahlten.

In der gespannten Zeit zwischen Hitlers Machtergreifung und dem Ausbruch des Krieges unternahm Oldenbroek haeufig heimliche Reisen nach Deutschland, um den Kontakt mit den dortigen Transportarbeitern aufrechtzuerhalten und ihre versteckten Organisationen zu unterstuetzen. Seine Freunde aus jenen gefaehrlichen Tagen, die den Nazismus ueberlebten, sind heute prominente Fuehrer in den bedeutenden Transportarbeiter Gewerkschaften des Nachkriegsdeutschland.

Als die Nazis ihren Krieg begannen, verlegte der ITF sein Hauptquartier nach London, und von dieser belagerten Stadt aus half er den Seeleuten der Gewerkschaft bei ihrer Flucht vor den Deutschen, um sich der alliierten Kriegsmarine zur Verfuegung stellen zu koennen. Oldenbroek selbst war Berater der alliierten Regierungen bei der Loesung ihrer seemaennischen Probleme, und man brachte ihm grosses Vertrauen entgegen. In Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm die Koenigliche Freiheitsmedaille von Koenig Georg dem Sechsten von England verliehen.

Waehrend der Kriegsjahre wurde Oldenbroek ausserdem als Delegierter der hollaendischen Arbeiterschaft zu den Internationalen Arbeitskonferenzen entsandt und in den Exekutivrat der Internationalen Arbeitsorganisation gewaehlt. 1945 gehoerte er zu den Delegierten der Internationalen Arbeitsorganisationen, als auf einer Tagung in San Franzisko die Vereinten Nationen gegruendet wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die meisten demokratischen Gewerkschafter gehofft, mit den Russen in einem Weltgewerkschaftsbund zusammenarbeiten zu koennen. Ein schlagender Beweis fuer die Redlichkeit der Russen und ihrer Verbuendeten im Weltgewerkschaftsbund wurde jedoch gegeben, als die Frage der Beziehungen des Weltgewerkschaftsbundes zu den internationalen Berufssekretariaten aufgeworfen wurde - zum ITF und anderen Organisationen, in denen Arbeiter nach ihrer Industriezugehoerigkeit ueber die nationalen Grenzen hinaus zusammengeschlossen sind. Oldenbroek war wie viele andere Fuehrer dieser Sekretariate bereit, mit dem Weltgewerkschaftsbund zusammenzuarbeiten, bestand jedoch darauf, dass ihren Organisationen die erforderliche Selbststaendigkeit innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung gewahrt bleibe - gerade so, wie jede Gewerkschaft auf ihre Rechte innerhalb des nationalen Verbandes, zu dem sie gehoert, besteht.

Bald wurde jedoch klar, dass die Kommunisten nicht die Absicht hatten, die Rechte der einzelnen Fachgruppen zu respektieren. Oldenbroek ging deshalb daran, den ITF zu staerken, seine Dienstleistungen fuer die Gewerkschaften der Seeleute, Eisenbahn- und anderer Transportarbeiter zu verbessern, und den kommunistischen Versuchen entgegenzuwirken, die darauf zielten, internationale, politische Streiks der Transportarbeiter heraufzubeschwoeren.

Der endgueltige Bruch zwischen der demokratischen Gewerkschaftsbewegung und den von den Russen beherrschten Gewerkschaften kam 1947 und 1948. Die Kommunisten gaben ihre Absicht zu erkennen, den Weltgewerkschaftsbund als ein Mittel zur Sabotage des fuer den europaeischen Wiederaufbau bestimmten Marshall Planes zu benutzen. Die demokratischen, europaeischen und amerikanischen Gewerkschaften im Weltgewerkschaftsbund schlossen sich mit ehrlich gesinnten Gewerkschaften zusammen, die niemals zum Weltgewerkschaftsbund gehoert hatten, um das Gewerkschaftliche Beratungskomitee im Europaeischen Wiederaufbau Programm zu bilden. Dann begannen sie, mit Gewerkschaften aus anderen Teilen der Welt in Verbindung zu treten und legten damit den Grundstock fuer den Internationalen Weltbund Freier Gewerkschaften.

In dieser schweren Zeit erfuellen die internationalen Berufssekretariate unter der Fuehrung von Leuten wie Oldenbroek nicht nur ihre eigenen fachlichen Funktionen, sondern sie setzten sich auch fuer den Fortbestand der gesamten demokratischen, internationalen Gewerkschaftsbewegung ein. Die Fuehrer der gewerkschaftlichen Zentren fanden eine staendig zunehmende, allgemeine Anerkennung fuer ihre Leistungen.

Es war deshalb ganz natuerlich, dass bei der Gruendung des neuen Internationalen Weltbundes Freier Gewerkschaften im Dezember vorigen Jahres die Wortfuehrer der Arbeiter aus mehr als 50 verschiedenen Laendern J. H. Oldenbroek, den befahigten und erfahrenen Fuehrer des Internationalen Transportarbeiter Verbandes baten, das Steuer der neuen Organisation in die Hand zu nehmen. Nicht nur seine Erfahrung im ITF und in der hollaendischen Gewerkschaftsbewegung sprachen fuer ihn, sondern auch die Tatsache, dass er die europaeischen Sprachen beherrscht und mit Gewerkschaftsfuehrern und Staatsmaennern aus der ganzen Welt persoenlich befreundet ist. Seine entschieden ablehnende Haltung dem Totalitarismus gegenueber, ob in faschistischer oder kommunistischer Form und die Hingabe, die er den demokratischen, gewerkschaftlichen Prinzipien entgegenbringt, geben die Garantie, dass der neue Weltgewerkschaftsbund nicht zum politischen Fussball wird. Seine Vergangenheit laesst keinen Zweifel darueber, dass der neue Weltbund Freier Gewerkschaften das Banner der freien Arbeiterschaft in die entferntesten Ecken der Erdkugel tragen wird, um bei der Organisation der Arbeiter in den rueckstaendigen Gebieten mitzuhelfen, den bestehenden Gewerkschaften die engere Zusammenarbeit zu erleichtern, und um den Lebensstandard der arbeitenden Menschen der ganzen Welt zu verbessern.

ECA Labor Information
16. Januar 1950

HOFFMAN: "FUER HOEHEREN LEBENSSTANDARD."

"Eine schnelle Hebung des europaeischen Lebensstandards ist heute das dringendste Problem der Marshall Plan Verwaltung," erklarte der Administrator der ECA, Paul G. Hoffman, in einem Jahresabschlussbericht ueber Marshall Plan Taetigkeiten.

Mit der Mahnung, "dass der europaeische Lebensstandard zu niedrig sei - zu niedrig fuer die Ansprueche der Europaeer und den Frieden der Welt," erklarte Mr. Hoffman weiter: "Solange der Lebensstandard nicht gehoben ist, wird es keine politische Stabilitaet in Europa geben."

Mr. Hoffman sagte, dass zur Hebung des Lebensstandards drei Dinge erforderlich seien: 1) groessere Produktionsleistung pro Mann und pro Stunde; 2) Vereinigung der Wirtschaften Europas zur Schaffung eines einzigen Verbrauchermarktes der europaeischen Industrie und Landwirtschaft und 3) gesteigerten Verkauf in den Dollargebieten.

Der ECA Administrator erklarte, dass der Marshall Plan nun "an erster Stelle der Tagesordnung stuende. ... Die Ernahrungslage der Menschen ist im allgemeinen besser geworden. Die Menschen in Europa schaffen und schaffen sogar schwer. Sie haben Arbeit. ... Die Produktion in Westeuropa liegt 50% hoeher als zu Beginn des Marshall Planes und 20% ueber dem Vorkriegsstand."

Im Gegensatz hierzu beschrieb Mr. Hoffman die Zustaende in Europa vor dem Inkrafttreten der Marshall Plan Hilfe. Er fuehrte aus: "Die Ernahrungslage war in vielen Laendern aeusserst unzureichend. Die Produktion blieb aus. ... Es herrschte Inflation in hoechstem Grad. ..."

Mr. Hoffman beschloss seine Rede mit der Feststellung, dass "ein bluehendes, gesichertes Europa und ein klug kooperierendes Amerika unerlaessliche Faktoren im Aufbau des Friedens seien."

ECA Labor Information
16. Januar 1950

U.S. GEWERKSCHAFT FREIHEIT DEM NEUEN WELTGEWERKSCHAFTSBUND EINE GROSSE ZUKUNFT

Welche Bedeutung hat der neue Internationale Weltbund Freier Gewerkschaften fuer die Arbeiter Amerikas und der Welt?

Eine besonders bezeichnende Antwort auf diese Frage gab in dieser Woche der Praesident der amerikanischen Gewerkschaft der Eisenbahn-Bueroangestellten, George H. Harrison, der zusammen mit anderen amerikanischen Gewerkschaftsfuehrern von der 14-taegigen Gruendungskonferenz des neuen Weltgewerkschaftsbundes in London zurueckkehrte.

"Ich denke, wir haben mit der Gruendung der neuen Organisation einen entscheidenden Schlag fuer die freie und demokratische Gewerkschaftsorganisation gefuehrt," erklaerte Harrison bei seinem Aufenthalt in New York einem Vertreter von "LABOR" gegenueber.

"Der neue Bund muss eine dynamische Kraft im Dienste der arbeitenden Bevoelkerung der ganzen Welt und ein Bollwerk gegen die weitere Ausdehnung des Kommunismus oder eines anderen Totalitarismus darstellen. Eine solche Organisation kann fuer die Arbeiter Amerikas und der anderen Laender von grossem Vorteil sein."

Harmonische Zusammenarbeit

Harrison war einer der beiden Praesidenten der Eisenbahn-Gewerkschaften, die an den Londoner Besprechungen teilnahmen. Der andere Praesident war Charles J. MacGowan von der Gewerkschaft der Kesselschmiede; letzterer kehrte nach seiner Landung in Gotham direkt nach Kansas City, Kan., dem Sitz seines Gewerkschaftsvorstandes zurueck. Die amerikanische Delegation setzte sich aus acht weiteren Gewerkschaftsfuehrern der AFL und zehn Fuehrern des CIO zusammen.

"Ungeachtet dessen, dass die Verhaeltnisse in den Laendern der einzelnen Teilnehmer ganz verschieden sein moegen, arbeiteten wir in London in ausgezeichnete Harmonie zusammen," sagte Harrison. "Wir wurden uns eigentlich ueber jede Frage einig."

Die Hoffnungen der Kommunisten, dass die Konferenz durch Streitigkeiten gestoert wuerde, wurden schnell zerstreut, erklaerte Harrison.

"Es war wirklich ein erhebender Anblick zu sehen, wie bei 260 Delegierten aus 53 Laendern der ganzen Welt ueber alle Fragen mit ganz geringfuegigen Ausnahmen voellige Uebereinstimmung bestand. Ich denke, dass dies eine Tatsache von vielversprechender Bedeutung fuer die neue Organisation ist.

Transportwesen stark vertreten

"LABOR" hat bereits frueher von den wichtigsten in den Verhandlungen erwaerterten Problemen berichtet, von der Wahl des Vorstandes, der Wahl Bruessels als dessen Sitz und von der Formulierung der Aufgaben des neuen Weltgewerkschaftsbundes.

"Besonders bezeichnend," sagte Harrison, "ist die Tatsache, dass wir die in der Weltgeschichte groesste Organisation freier Gewerkschaften gebildet haben. Sie stellt die Stimme von 50 Millionen arbeitenden Menschen dar, und wir sind der festen Ueberzeugung, dass sie laufend anwachsen wird."

Die Fuehrer der Eisenbahner- und anderer Transportarbeiter Gewerkschaften haetten in der Konferenz eine fuehrende Rolle gespielt, fuehrte Harrison aus. Mindestens 35 Delegierte waeren Gewerkschafter aus dem Transportwesen gewesen.

Es sei eine der groessten Aufgaben des neuen Weltgewerkschaftsbundes, fuegte Harrison hinzu, die freien, unabhaengigen Gewerkschaften in den Laendern aufbauen zu helfen, in denen die Arbeiterbewegung augenblicklich schwach sei - wie zum Beispiel in Latein-Amerika, dem Fernen Osten und Afrika. Erfolge in dieser Hinsicht wuerden mithelfen, der kommunistischen Ausdehnung einen Riegel vorzuschieben.

Erfolge der Labour Regierung

Wie sehen die Bedingungen in England unter der Labour Regierung aus? "Wir hatten zwischen den einzelnen Sitzungen nicht viel Gelegenheit, uns selbst ueber

die dortigen Verhaeltnisse zu informieren," gab Harrison zur Antwort. "Aber ich kann sagen, dass eine beachtliche Verbesserung seit zwei Jahren, als ich England zum letztenmal besuchte, eingetreten ist.

"Jeder hat Arbeit. Die Wohnungsnot ist durch Wohnungsbau gelindert worden. Die Bekleidungs- und Ernahrungslage haben sich etwas gebessert, und es gibt jetzt weitere soziale Einrichtungen, wie zum Beispiel kostenlose aertzliche Versorgung. Die Truemmer in den ausgebombten Bezirken sind beseitigt worden, und die durch den Krieg verursachten Verwuestungen sind weniger erkenntlich.

"Naturerlich liegt der Lebensstandard der Englaender unter dem der Amerikaner. Die Loehne sind viel niedriger. Die Lebensweise ist einfacher; aus dem einfachen Grund, weil England nicht ueber soviel Mittel verfuegt wie wir in Amerika."

Harrison berichtete, dass die Delegierten die in England uebliche einfache Kost hatten, obwohl sie in einem der ersten Londoner Hotels lebten - Suppe zum Fruehstueck und Fisch oder auch manchmal Huhn zu den anderen Mahlzeiten. Fleisch gab es fast ueberhaupt nicht; auch wurden keine frischen Eier serviert.

In einer Beziehung wenigstens stellte Harrison eine Aehnlichkeit zwischen England und den "Staaten" fest - "und zwar scheint die Presse in beiden Laendern gleich reaktionaeer zu sein."

"Die meisten Zeitungen", sagte er, "behaemmerten und beschmierten die Labour Regierung Tag fuer Tag, gerade so wie die Handelspresse in unserem Land auf der Truman Regierung herumdrischt. Sie vollfuehren sogar dasselbe unsinnige Geschrei ueber den "Wohlfahrtsstaat". Ich bezweifle jedoch, dass sich jemand von einer derartigen Propaganda beeinflussen laesst - in England sowohl wie hier bei uns."

LABOR

24. Dezember 1949

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II-48

Frankfurt, 3. Februar 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| Britischer, französischer oder deutscher Motor fuer ein internationales Automodell einer amerikanischen Firma - - - | 1 |
| Europäische Wirtschaftseinheit und Zollverbände - - - - - | 2 |
| Erwerbslosenversicherung und ihre Probleme in den U.S.A.- - - | 3 |
| Europas Vorstellungen vom amerikanischen Arbeiter beginnen sich zu ändern - - - - - | 4 |
| Internationaler Austausch - - - - - | 4 |
| Kranken- und Altersversicherung der amerikanischen Metallarbeiter - - - - - | 5 |
| Ernest Schwartztrauber: Ohne Gewerkschaften keine Demokratie - - - - - | 8 |
| Anteil der amerikanischen Frau am Wirtschaftsleben - - - - - | 9 |
| Beitrag von E.R.P.-Gegenwertfonds fuer Wohnungsbau in Westeuropa - - - - - | 10 |
| Daenische Gewerkschaften weisen Kommunisten zurecht - - - - - | 11 |
| U.S. Automobilarbeiter fuer Erschliessung unentwickelter Gebiete - - - - - | 12 |

BRITISCHER, FRANZOESISCHER ODER DEUTSCHER MOTOR FUER EIN INTERNATIONALES AUTOMODELL EINER AMERIKANISCHEN FIRMA

Britische Motore, Getriebekästen und Hinterachsen der Standard Motor Company in Coventry werden wahrscheinlich verwendet werden fuer ein neues internationales Kleinwagenmodell, welches die Nash Corporation in Detroit hofft, zum Preise von 1000 Dollar auf den Markt bringen zu koennen. Die Gesellschaft muss die Garantie eines Jahresverkaufs von 100.000 Wagen, und mehr als die Haelfte davon in den Vereinigten Staaten, haben, um diese Produktion in Angriff zu nehmen. Es gibt keinen amerikanischen Motor passender Groesse, aber er kann in England, oder auch in Frankreich, Italien und vielleicht Deutschland angekauft werden. Die Standard Motor Company sieht die Moeglichkeit, dass sie zur Lieferung von anfaenglich 1.000 Motoren und Getriebekästen pro Woche aufgefordert wird, welche im Bedarfsfalle auf 2.000 pro Woche erhoeht werden koennte. Befriedigende Abschluesse mit der Nash Corporation wuerden der Standard-Gesellschaft im ersten Jahr eine Einnahme von ungefaehr 10 Millionen Dollar ermoeeglichen.

Gewerkschaftliches Nachrichten-Bulletin
ueber den europäeischen Hilfsplan
1./15. Januar 1950

EUROPAEISCHE WIRTSCHAFTSEINHEIT UND ZOLLVERBAENDE

Ansicht des Norwegischen Gewerkschaftsbunds ueber eine Nordische Zollunion

Die Versuche zur grosseren Vereinheitlichung der westeuropaeischen Wirtschaft sind von Anfang an auf grosse Schwierigkeiten gestossen, da sie eine gegenseitige Anpassung der verschiedenen Volkswirtschaften erfordert. Sobald diese einmal erreicht ist, werden rationelle Produktion auf breiter Basis, Verringerung der Gesteungskosten und ein weites westeuropaeisches Marktgebiet die Wirtschaft Westeuropas stabilisieren und damit zur Prosperitaet und zur Hebung des Lebensstandards der Bevoelkerung beitragen. Die vielfaeltigen Probleme, die mit der wirtschaftlichen Vereinheitlichung verbunden sind, werfen bereits einen Schatten auf die ersten Versuche der O.E.E.C. auf dem Gebiet der westeuropaeischen Wirtschafts-Zusammenarbeit. Die Koordinierung der Investitionen in einigen bestimmten Schluesselindustrien, die freiere Gestaltung des Handels durch Verminderung der Handelschranken, die schliesslich auf ihre voellige Abschaffung hinzielt, und die Umwechselbarkeit der westeuropaeischen Waehrungen begegnen ernsthaften Einwaenden seitens einzelner Regierungen, die ihre nationalen Interessen verteidigen. Die E.C.A. verfolgt mit grossem Interesse jede weitere Entwicklung auf dem Wege zu einer staerkeren Vereinheitlichung der westeuropaeischen Wirtschaft und ermutigt die erneuten Schritte einiger E.R.P.-Laender, regionale Zollverbaende zu bilden, wie zum Beispiel Benelux und Fritalux (Finesbel) oder die Zusammenarbeit der skandinavischen Staaten, welche letztlich zu einer Zollunion fuehren soll.

Dieser Weg, durch die Bildung regionaler Handelsgruppen zur Wirtschaftseinheit zu gelangen, scheint indessen nicht leichter zu sein. Es stellen sich dieselben Probleme, wenn auch auf geographisch kleinerem Gebiet. Und von Seiten der Gewerkschaftsorganisationen wird hier dieselbe Wachsamkeit geboten sein wie in Bezug auf die Wirtschaftspolitik fuer ganz Westeuropa. Die Gewerkschaften werden sich mit allen diesen Problemen, und im besonderen mit denen, die ihre eigenen Interessen betreffen, befassen und sie in ihrer Bewegung diskutieren muessen.

Die Regierungen der skandinavischen Staaten hatten bereits Anfang 1948 eine engere Zusammenarbeit der nordischen Laender im Auge, als ein Sachverstaendigenkomitee der drei beteiligten Laender gebildet wurde, um die ganze Frage eingehend zu pruefen und einen Bericht darueber zu verfassen. Obgleich dieses Komitee bisher noch nicht zu irgendeinem abschliessenden Ergebnis gekommen ist, interessierte sich die oeffentliche Meinung von neuem fuer die Aussichten einer solchen Zusammenarbeit, nachdem Grossbritannien die Initiative ergriffen und die skandinavischen Laender aufgefordert hatte, ueber die Bildung einer regionalen Handelsgruppe zu verhandeln. Damit wurde auch das Interesse wieder wach, alle mit der nordischen Zusammenarbeit verbundenen Probleme gruendlich zu pruefen.

Dies rief besonders in Norwegen eine lebhaftige Diskussion hervor, aus der geschlossen werden kann, dass Norwegen einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit seinen Nachbarlaendern wohl zustimmt, der Bildung einer Zollunion jedoch ziemlich skeptisch gegenuebersteht. Waehrend es fuer wuensenswert gehalten wird, das Problem der Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet in Angriff zu nehmen, wird die Oeffnung der Grenzen fuer Freihandel und freien Arbeitsmarkt als Teil einer Wirtschaftspolitik auf weite Sicht angesehen, die noch lange und sorgfaeltige Ueberlegung erfordert. Gleichwohl findet die Zusammenarbeit auf Gebieten, wo neue Produktionszweige oder aber Erweiterungen der bestehenden Fabriken geplant sind, allgemeinere Zustimmung und stoesst nicht auf die Einwaende, welche gegen eine Zollunion angefuehrt werden, weil bei dieser eine nachteilige Konkurrenz zwischen den einzelnen Volkswirtschaften befuerchtet wird.

Der Norwegische Gewerkschaftsbund veroeffentlichte in der Dezemberrnummer seiner Zeitung seine Ansicht ueber eine Nordische Zollunion, und zwar in einem Artikel von Odd Goethe, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung. Der Hauptvorteil einer Zollunion ist die Erweiterung des Absatzgebiets fuer die Industrien der beteiligten Laender. Dies wieder fuehrt zu einer rationelleren Arbeitsteilung. Die Frage ist aber, ob die konkurrierenden Industrien wirklich konkurrieren oder ob sie Kartelle bilden und auf diese Weise in Wirklichkeit zu einer Teilung des Markts beitragen werden.

In Anbetracht ihrer Zweifel an freier Konkurrenz in einer Zollunion fragt sich die norwegische Gewerkschaftszentrale, ob diejenigen Unternehmungen, welche jetzt schon an fuehrender Stelle sind, bei freier Konkurrenz nicht den Vorzug geniessen und die Existenz der Industriebetriebe in den anderen Laendern gefaehrdet wuerden. Vom norwegischen Gesichtspunkt ist dies eine Frage von grosser Bedeutung, da die norwegischen Unternehmungen gegenueber den schwedischen und daenischen bereits jetzt im Rueckstand sind. Dies ist darauf zurueckzufuehren, dass Norwegen waehrend des Kriegs viel staerker zerstoert worden ist als Daenemark, waehrend Schweden ueberhaupt keine Kriegsschaeden erlitten hat. Hinzu kommt, dass die norwegische Wiederaufbaupolitik bezueglich der Investitionen den Exportindustrien den grossten Vorrang einraeumte, auf Kosten derjenigen Industrien, welche Gueter fuer den Inlandsmarkt herstellten und auf Grund der strengen Einfuhrkontrolle nur wenig Aussichten hatten, mit neuen Maschinen und Werkzeugen ausgeruestet zu werden. Diese Industrien werden deshalb noch einige Jahre lang nicht in der Lage sein, auf gleichem Fuss mit den anderen skandinavischen Laendern in Konkurrenz zu treten.

Im weiteren wies der Norwegische Gewerkschaftsbund darauf hin, dass eine unvermeidliche Folge der Zollunion ein gemeinsamer Arbeitsmarkt der skandinavischen Laender sein wuerde. Verhandlungen ueber diese Frage sind zwischen den skandinavischen Regierungen bereits aufgenommen worden und haben zur Aufstellung eines Abkommens ueber einen gemeinsamen Arbeitsmarkt gefuehrt. Dieses ist bis jetzt nur von Schweden und Daenemark gutgeheissen worden. Fuer Norwegen aber ist die Lage einigermassen schwierig. Im Jahre 1947 betrug die Zahl der in Schweden beschaeftigten norwegischen Arbeitskraefte 9.500, im Jahre 1949 waren es 13.751; 880 Norweger waren in Daenemark angestellt. Auf der anderen Seite hat Norwegen 111 Schweden und 1.350 Daenen die Arbeitserlaubnis erteilt. Zweifellos wuerde bei freiem Arbeitsmarkt eine grosse Anzahl von norwegischen und daenischen Arbeitskraeften versuchen, in Schweden Beschaeftigung zu finden. Dies wuerde aber ernste Rueckwirkungen auf den Wiederaufbau Norwegens haben, wo es schon jetzt an Arbeitskraeften fehlt.

Darueber hinaus ist es klar, dass ein freier Arbeitsmarkt nicht ohne Einfluss bleiben wuerde auf die Gewerkschaftspolitik der drei Laender, und somit auf ihre Lohn- und Steuerpolitik. Es besteht zwar eine enge Zusammenarbeit zwischen den skandinavischen Gewerkschaftsorganisationen; jedoch ist die Erweiterung dieser Zusammenarbeit zu einer Koordinierung ihrer Politik noch eine offene Frage, welche in den skandinavischen Gewerkschaftsbewegungen von der niedersten bis zur hoechsten Stufe noch eingehend eroertert werden muss. Endgueltige Beschluesse muessen von den Gewerkschaftskongressen der drei Laender getroffen werden.

Der Gesichtspunkt der daenischen Regierung, welcher dahingeht, zuerst eine Zollunion zu gruenden und spaeter die notwendigen Anpassungen vorzunehmen, wird seitens der skandinavischen Gewerkschaftsbewegung kaum Unterstuetzung finden.

Gewerkschaftliches Nachrichten-Bulletin
ueber den Europaeischen Hilfsplan
1./15. Januar 1950

ERWERBSLOSENVERSICHERUNG UND IHRE PROBLEME IN DEN U.S.A.

(Washington, 15. Januar 1950) - Arbeitsminister Maurice J. Tobin erklaerte heute in einer nationalen Rundfunksendung, dass vom Kongress in allen Staaten Mindestbeträge fuer Erwerbslosenunterstuetzungen festgesetzt und die jetzigen Unterstuetzungen erhoehrt werden muessen.

In einem Programm des Amerikanischen Rundfunk Forums sagte der Arbeitsminister: "Die Erwerbslosenversicherung in den einzelnen Staaten, die ein gesundes Prinzip und eine Hilfe fuer das Privatunternehmen darstellt, muss durch Festsetzung von Mindestunterstuetzungen durch den Kongress eine in allen 48 Staaten gleich wirksame, soziale Einrichtung sein.

"Es wird somit unmoeglich sein, dass einzelne Staaten mit niedrigeren Unterstuetzungssaetzen ihre Gesetze unveraendert lassen, ohne die Erhoehung der Lebenshaltungskosten zu beruecksichtigen, die seit der Entstehung dieses Gesetzes im Jahre 1935 eingetreten ist. Die Erhoehung der Lebens-

haltungskosten ist zum groessten Teil dem Umstand zuzuschreiben, dass man nach Beendigung des Krieges voreilig die Preiskontrolle aufgehoben hat.

*Mit dem neuen Gesetz wollte man im Jahre 1935 dem erwerbslosen Arbeiter etwa 50% seines Lohnes sichern. Zu demselben Zweck wird heute im Programm des Praesidenten vorgeschlagen, dem Erwerbslosen etwa 50% bis zu 30 Dollar pro Woche, zu zahlen. Auch wenn ein Arbeiter mehr als 60 Dollar pro Woche verdient, erhaelt er aus der Erwerbslosenversicherung nicht mehr als 30 Dollar woeentlich.

*Es gibt einen Staat, in dem man noch ein Unterstuetzungsmaximum von 15 Dollar pro Woche hat. Es stammt aus dem Jahre 1936, als in diesem Staat das erste Erwerbslosenversicherungs-Gesetz erlassen wurde. Diese Hoechstgrenze ist 14 Jahre lang unveraendert geblieben. Damit erhaelt der Durchschnittsarbeiter in jenem Staat eine Unterstuetzung, die, gemessen an den Lebenshaltungskosten aus dem Jahre 1939, einer Kaufkraft von 8.22 Dollar pro Woche entspricht.

*Nach vierzehn Jahren, in denen die einzelnen Staaten Erfahrungen sammeln konnten und Gelegenheit hatten, ausreichende Unterstuetzungen einzufuehren, ist es nun an der Zeit, dass die Bundesregierung zum Schutze der Wirtschaft und des Arbeiter Mindestbetrage der Erwerbslosenversicherung festsetzt.

EUROPAS VORSTELLUNGEN VOM AMERIKANISCHEN ARBEITER BEGINNEN SICH ZU AENDERN

Washington -- (Amerika Dienst) -- In einem Leitartikel befasst sich "Washington Post" mit der Beobachtung, dass die auf Grund der kommunistischen Propaganda in Europa herrschenden falschen Vorstellungen vom Lebensstandard des amerikanischen Arbeiters langsam einem wahrheitsgetreuen Bild zu weichen scheinen. Das Blatt schreibt u.a.:

*Es ist eine ausgesprochene Freude zu erfahren, dass die einflussreiche Zeitung der franzoesischen Sozialisten "Le populaire", die von dem ehemaligen Premierminister Leon Blum herausgegeben wird, kuerzlich geradezu ein Loblied der Lebensbedingungen des amerikanischen Arbeiters gesungen hat. Der amerikanische Durchschnittsarbeiter ist, "Le populaire" zufolge, der bestgenaehrte, bestangezogene und mit den meisten Annehmlichkeiten des taeglichen Lebens versorgte Arbeiter der Welt. Seine Kaufkraft sei tatsaechlich vier- bis fuenfmal groesser als die seines franzoesischen Kollegen. Die einzigen Schattenseiten seien die Wohnungsknappheit... und seine staendigen Zahlungsverpflichtungen auf Grund haeufiger Kreditkaeufer von Luxusartikeln wie Wagen, Kuehlschraenke, Waschmaschinen usw.

"Washington Post" faehrt nach einem Hinweis auf die Berechtigung dieser gelinden Kritik fort: "Die Franzosen wuerden vielleicht gern erfahren, dass der Kongress kuerzlich Wohnungsbaugesetze in Kraft gesetzt hat, die die Gestellung von Wohnraum auch fuer die niedrigeren Einkommensklassen ermoeglichen... Zu der Gewohnheit, auf Kredit zu kaufen, sollte man darauf hinweisen, dass auf diese Art die hohe Beschaeftigungsziffer beibehalten werden kann. Ohne Zweifel betrachtet der amerikanische Arbeiter auf Grund seines Lebensstandards Dinge als einfach zum taeglichen Leben gehoerig, die anderweitig als extravaganter Luxus angesehen werden."

INTERNATIONALER AUSTAUSCH

Schwedische Gewerkschaften treffen Vorbereitungen zum Besuch von 31 schwedischen Arbeitern in den Vereinigten Staaten und umgekehrt von 35 amerikanischen Arbeitern in Schweden. Zweck dieses gegenseitigen Besuches ist das Studium der Gewerkschaftsbewegungen und der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen in den beiden Laendern.

Das Projekt wurde von der Tageszeitung des Schwedischen Gewerkschaftsbundes, "Aftontidningen", angekuendigt. Dieser Austausch von Arbeitern, die aus den unteren Reihen der Gewerkschaftsbewegung kommen, wird von dem volkstuemlichen, woeentlichen Magazin "Folket i Bild" und von 31 sozialdemokratischen Tageszeitungen der Gewerkschaften Schwedens befuerwortet.

Obwohl voellig unabhaengig, haben diese Plaene fuer einen gegenseitigen Besuch doch grosse Aehnlichkeit mit den Austauschprojekten, die im Rahmen des ECA-Programms zur Technischen Unterstuetzung laufen. Unter dieser Phase des Marshall Planes werden Gewerkschafter, Techniker und Unternehmervvertretungen nach den Vereinigten Staaten

geschickt, um industrielle Methoden und Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen unter der gemeinsamen Schirmherrschaft der ECA und der am europaischen Wiederaufbauprogramm beteiligten Nationen zu studieren.

Waehrend an den meisten Projekten nur eine einzelne Nation beteiligt war, sind einige in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen der Organisation fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa und der Marshall Plan Verwaltung durchgefuehrt worden. Von besonderem Interesse fuer die Arbeiterbewegung ist das gegenwaertige, die Laender Europas umfassende Programm zur technischen Unterstuetzung, unter dem fuehrende Experten auf dem Gebiet der Statistik aus 10 Marshall Plan Laendern die Arbeitsmethoden des Statistischen Bueros im U.S.-Arbeitsministerium studieren werden.

ECA Labor Information
11. Januar 1950

KRANKEN- UND ALTERSVERSICHERUNG DER AMERIKANISCHEN METALLARBEITER

Welche soziales Fortschritte konnten die amerikanischen Stahlarbeiter und andere CIO Gewerkschaften (Automobil, Gummi u.a.) durch Kollektivverhandlungen erzielen? Die Vereinigten Bekleidungsarbeiter (Amalgamated Clothing Workers) uebernahmen die soziale Fuehrung vor ueber 20 Jahren, als es ihnen gelang, mit den Arbeitgebern Vereinbarungen zu treffen, die diese zur Finanzierung von Unterstuetzungsfonds veranlassten, mit dem Zweck, die Gewerkschaftsmitglieder vor wirtschaftlichen Unsicherheiten zu bewahren. Auch die Textilarbeiter Gewerkschaft konnte fuer die meisten ihrer Mitglieder Vertraege abschliessen, die Versicherungsbestimmungen enthielten. In ihren Einzelheiten sind die Plaene der Gewerkschaften sehr verschieden. Die im Oktober 1949 zwischen den Vereinigten Stahlarbeitern von Amerika und der Bethlehem Steel Company getroffenen Vereinbarungen koennen als typisches Beispiel fuer die gesamte Stahlindustrie gelten.

Dieser Vertrag besteht aus zwei Teilen: im ersten handelt es sich um Pensionen und Unterstuetzungen bei totaler Arbeitsunfaehigkeit, im zweiten um die Sozialversicherung im allgemeinen.

Im folgenden sind einige bezeichnende Bestimmungen des Pensionsprogramms wiedergegeben.

Die Pensionen werden ausschliesslich vom Unternehmer bezahlt. Die Arbeiter haben keinerlei Beitrage zu entrichten. Der Arbeiter ist nicht verpflichtet, mit 65 Jahren die Arbeit einzustellen, er kann auch ueber dieses Alter hinaus arbeiten, wenn er es wuenscht. Jedem Arbeiter mit 25 Dienstjahren wird eine Mindestpension von 100 Dollar, einschliesslich Altersrente, zugesichert. Wenn er bei Erreichen des pensionsfaehigen Alters laenger als 25 Jahre beschaeftigt ist, kann seine Pension hoeher sein. Hat er weniger als 25, aber nicht weniger als 15 Dienstjahre, so wird seine Pension entsprechend geringer sein. So wird zum Beispiel ein Arbeitnehmer, der sich mit 15 Dienstjahren im Alter von 65 Jahren pensionieren laesst, eine Mindestpension, einschliesslich Altersrente, von 60 Dollar monatlich beziehen. Fuer jedes zusaetzliche Dienstjahr erhoehrt sich die Pension monatlich um 4 Dollar. Mit anderen Worten, er erhaelt mit 16 Dienstjahren 64 Dollar, mit siebzehn 68 Dollar usw., bis zu 100 Dollar Pension bei 25 Dienstjahren.

In dem Vertrag der Bethlehem Steel Company wird festgelegt, dass die vor der Unterzeichnung des Vertrages pensionierten Arbeiter ebenfalls unter dessen Bestimmungen fallen. In den meisten der anderen Vertraege werden alle Arbeiter, die im Verlauf der verflossenen zwei Jahre pensioniert wurden, in dem neuen Programm beruecksichtigt.

Die in der Stahlindustrie abgeschlossenen Vertraege - der Bethlehem Plan ist ein typisches Beispiel - sehen Pensionen von mehr als 100 Dollar, einschliesslich Altersrente, vor. Folgende Berechnung liegt dabei zugrunde: Man ermittelt den Durchschnitt der Monateinkommen des Arbeiters waehrend der letzten zehn Jahre. 1% dieses Durchschnittsverdienstes, mit der Gesamtzahl der Jahre ununterbrochenen Dienstes vervielfachtigt, ergibt die zu zahlende Pension. Ein Beispiel: Angenommen,

das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters in den letzten zehn Jahren betrug 300 Dollar monatlich. 1% davon sind 3 Dollar. Wenn der Arbeiter 25 Dienstjahre abgeleistet hat, hat er Anspruch auf eine Pension von 75 Dollar pro Monat. Der Vertrag garantiert jedoch ein Minimum von 100 Dollar, und der Arbeiter erhaelt auch diesen Betrag. Nehmen wir nun an, ein Arbeiter mit demselben Durchschnittseinkommen ist seit 35 Jahren ununterbrochen beschaeftigt. Ihm steht demnach eine Pension von 1% von 300 Dollar - 3, multipliziert mit 35 - 105 Dollar, einschliesslich Altersrente, zu.

Die Pensionen sind auf Lebensdauer zu zahlen, auch wenn der Tarifvertrag nicht erneuert wird oder das Unternehmen zu bestehen aufhoert. Verschiedene Plaene sind ausgearbeitet worden, um den Pensionsberechtigten nach ihrer Pensionierung eine laufende Zahlung aus Fonds zu sichern, die mit genuegend Geldmitteln ausgestattet wurden. Der Vertrag sieht vor, dass ein Arbeiter, der durch irgendeinen Unfall, selbst einen Autounfall, dauernd erwerbsunfaehig ist, Anspruch auf eine Unterstuetzung hat, wenn er 15 oder mehr Jahre ununterbrochenbeschaeftigt gewesen ist. Dabei ist gleichgueltig, in welchem Alter die Erwerbsunfaehigkeit eintritt. Seine monatliche Unterstuetzung betraegt mindestens 50 Dollar, solange er noch nicht 65 Jahre alt ist. Mit Erreichen des 65. Lebensjahres gilt der Erwerbsunfaehige als regelrechter Pensionaer und faellt unter die Bestimmungen des entsprechenden Programms. Solange ein Arbeiter auf der Seniorenliste eines Unternehmens bleibt, zaehlen die Jahre fuer seinen Pensionsplan. Mit anderen Worten, seine Dienstjahre bei dem Unternehmen zaehlen ununterbrochen weiter, solange er auf dieser Liste gefuehrt wird. Das bedeutet, dass ein Arbeitnehmer unter gewissen Umstaenden in einem Jahr nur sechs oder gar nur drei Monate arbeitet, und seine Dienstzeit trotzdem nicht als unterbrochen gilt.

Bei der Ermittlung der durchschnittlichen monatlichen Unterstuetzung wird, wie bereits erwaeht, der Durchschnitt der Einkommen in den der Pensionierung vorangehenden zehn Jahren zugrundegelegt. Damit dieser Durchschnitt dem tatsaechlichen Verdienst so weit wie moeglich entspricht, auch wenn der Arbeiter nicht immer ununterbrochen gearbeitet hat, wird von vornherein ein Jahr der fehlenden Zeit nicht in Anrechnung gebracht.

Ein medizinischer Schiedsausschuss wird gebildet werden, der bestimmt, ob ein Arbeitnehmer dauernd erwerbsunfaehig ist und er deshalb Anspruch auf die entsprechende laufende Unterstuetzung hat. Zuerst wird er von dem Betriebsarzt untersucht, dann vom Gewerkschaftsarzt; und wenn keine uebereinstimmende Entscheidung getroffen wurde, zieht man einen dritten Arzt zu Rate, der von den beiden ersten ausgewaehlt wird. Unter Anwendung der ueblichen Beschwerde- und Schiedsverfahren werden Fragen geloeset, die die Begriffe "ununterbrochene Dienstzeit", "durchschnittliches Monatseinkommen", "Alter" und "unvermeidliche Ursache" der dauernden Erwerbsunfaehigkeit mit sich bringen koennen. Probleme, die in der Auslegung der Vertragsbestimmungen zur Durchfuehrung der Pensionsvorschriften entstehen, - ausser wenn es sich um dauernde Erwerbsunfaehigkeit handelt, - sollen von dem ueblichen Beschwerdekomitee bearbeitet werden und unterliegen der schiedsrichterlichen Entscheidung nach Massgabe des normalen Kollektivvertrages.

Sozialversicherungs-Programm

Fuer jeden Arbeitnehmer und jede gearbeitete Stunde werden insgesamt 5 Cents in einen Zentralfonds einbezahlt, um einen groesstmoeglichen Anteil am Sozialversicherungs-Programm zu erwerben. Im allgemeinen sind die Unternehmer mit zweieinhalb Cents an diesem Betrag beteiligt und die Arbeitnehmer mit den restlichen zweieinhalb Cents. Es ist noch nicht genau bestimmt, welche Anrechte an der Sozialversicherung mit den 5 Cents pro Arbeitsstunde und pro Arbeitnehmer erworben werden koennen, man ist im allgemeinen jedoch uebereingekommen, sieben verschiedene Versicherungsarten in ein oder der andern Form vorzusehen:

- (1) Lebensversicherung, solange der Arbeiter beschaeftigt ist,
- (2) eine "paid-up" Lebensversicherung nach der Pensionierung,
- (3) Kranken- und Unfallversicherung
- (4) Krankenversicherung fuer die Familie,
- (5) Mitterschaftsversorgung
- (6) Anspruch auf Krankenhausbehandlung und
- (7) Unfallschutz.

Man schätzt, dass in dem neuen Plan ein Lebensversicherungsbetrag in Höhe von mindestens 2000 Dollar und höchstens 4500 Dollar vorgesehen ist; der Durchschnittsbetrag fuer den Durchschnittsarbeiter beliefe sich demnach auf 3000 Dollar. Er kann hoeher oder niedriger sein, da er von vielen Faktoren abhaengt. Auch kann der durchschnittliche Betrag in verschiedenen Unternehmen verschieden sein, je nach der Zusammensetzung der Arbeitskraefte - Alter, Geschlecht, Dienstjahre, usw. Diese Form der Lebensversicherung ist in Kraft, solange der Arbeiter tatsaechlich beschaeftigt ist. Mit anderen Worten, es handelt sich um eine Lebensversicherung im Rahmen des Sozialversicherungsprogramms, die den Arbeiter mit etwa 3000 Dollar versichert.

Nachdem der Arbeiter pensioniert ist, seine Mindestpension von 100 Dollar pro Monat bezieht, und keine Praemien mehr in die Sozialversicherung zahlt, erhaelt er eine sogenannte "paid-up" Lebensversicherung in einer Hoehe von etwa 1250 - 1500 Dollar. Eine "paid-up" Lebensversicherung bietet zusaetzliche Sicherheit, und einer ihrer Vorzuege ist, dass die Sicherheit nach der Pensionierung des Arbeiters besteht.

Man hofft, dass ein Arbeiter 26 Dollar pro Woche fuer eine Dauer von 26 Wochen ausbezahlt bekommt, wenn er krank oder verletzt wird. (Einige Staaten haben bereits Kranken- und Unfallversicherungsprogramme, und in allen Staaten besteht irgendeine Form von Versicherung der Arbeiter.) Diese Faelle werden bei der Einfuehrung des neuen Programms beruecksichtigt werden. Unfall- und Krankengelder werden auch gezahlt, wenn die Krankheit oder der Unfall nicht unmittelbar durch die Arbeit bedingt sind. Der Schutz des Arbeiters gegen Unfall oder Krankheit, die in der Industrie entstanden sind, ist durch Gesetze gewaehrleistet. Nach den Bestimmungen des Sozialversicherungsprogramms ueber Unterstuetzungen bei Krankheit oder Unfall hat der Arbeiter 26 Wochen lang auf 26 Dollar pro Woche Anspruch.

Ausserdem hofft man, dass ein die gesamte Nation umfassendes Hospitalisierungsprogramm des Blauen Kreuzes durchgefuehrt werden kann, damit waere fuer den Arbeiter, seine Frau und seine Angehoerigen, einschliesslich unverheirateter Kinder bis zu 19 Jahre, im Krankheitsfalle fuer Behandlung in einem Krankenhaus gesorgt. Jede Krankenhausbehandlung, die nicht laenger als 70 Tage dauert, wird von der Versicherung finanziert.

Mitterschaftsversorgung ist auf 10 Tage begrenzt. Das neugeborene Kind wird solange betreut, wie sich die Mutter im Krankenhaus befindet. Anspruch auf diese Versorgung hat sowohl die Frau eines Arbeiters als auch die verheiratete, berufstaetige Frau.

Krankenhausgeld schliesst Bett-, Verpflegungs- und allgemeine Pflegekosten in halb-privaten Anstalten ein. Enthalten darin sind ferner Kosten fuer die Benutzung des Operations- und Entbindungsraumes, Narkose und Verbaende, Arzneien und Laboratoriumsuntersuchungen, die zur Behandlung des Patienten notwendig sind.

Im Falle einer Verletzung durch Unfall wird eine Notbehandlung in einem Krankenhaus innerhalb 24 Stunden nach dem Unfall garantiert.

Diese Sozialversicherungsprogramme treten am 1. Januar 1950 in Kraft und werden dem Arbeiter und seiner Familie einen sicheren Schutz bieten. Man ist eben dabei, die genauen Einzelheiten auszuarbeiten.

Wir gaben eine Beschreibung einiger Bestimmungen, die in den Vertraegen der Stahlarbeiter mit den groessten Stahlfirmen enthalten sind. Die Vereinbarungen, die die Vereinigten Automobilarbeiter mit den Ford-Werken bereits frueher treffen konnten, sind im Prinzip denen der Stahlindustrie aehnlich. Der Vertrag mit den Ford-Werken sieht eine monatliche Pension von 100 Dollar, einschliesslich Altersrente, vor, wenn der Arbeiter 65 Jahre alt ist und 30 Dienstjahre hat. Arbeiter, die mit 55 Jahren dauernd arbeitsunfaehig sind, erhalten eine laufende Unterstuetzung von 50 Dollar pro Monat, vorausgesetzt, dass sie 30 Jahre lang ununterbrochen beschaeftigt sind. Der Vertrag enthaelt ferner eine von dem Unternehmer finanzierte Krankenversicherung, die dem Arbeiter bei einer einzelnen Krankheit, die eine Aufnahme in ein Krankenhaus erforderlich macht, taeglich 4 Dollar bis zu einem Gesamtbetrag von 280 Dollar bezahlt.

Diese Leistungen stellen einen Zusatz zu den Unterstuetzungen des Blauen Kreuzes, Blauen Schildes und der Lebens-, Unfall- und Krankenversicherungen dar, die in dem bestehenden Versicherungsplan bereits Aufnahme gefunden haben. Hat der Arbeiter weniger als 30 Dienstjahre, dann wird seine Pension in entsprechendem Verhaeltnis reduziert, wie es in den Vertraegen der Stahlindustrie der Fall ist. Die Pensions- und Sozialversicherungsvertraege sowohl in der Stahl- als auch in der Automobilindustrie laufen fuer fuenf Jahre. Eine Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen ist in den Vertraegen der Stahlindustrie fuer den 1. November 1950 vorgesehen, mit dem Recht, am 31. Dezember 1950 zu streiken, wenn keine zufriedenstellenden Abmachungen getroffen wurden. Nach Verlauf von zwei Jahren kann das Unternehmen sein Recht geltend machen, Aenderungungen des Pensionsplanes vorzunehmen; zu gleicher Zeit kann die Gewerkschaft von ihrem Streikrecht Gebrauch machen. Wird nach zwei Jahren der Pensionsplan jedoch nicht abgeaendert, verlaengert sich seine Gueltigkeit bis zum 31. Oktober 1954.

Praesident Murray erklarte bei Verhandlungen, die er mit dem Lohnfestsetzungs-Komitee ueber die Vertraege in der Stahlindustrie fuehrte:

"Der Vertrag mit der Stahlindustrie ist einer der wichtigsten und weitreichendsten Erfolge, die unsere Gewerkschaft im Dienste des amerikanischen Volkes je erzielen konnte."

"Er bedeutet natuerlich einen Riesenschritt vorwaerts auf dem Wege, die Aelteren, Kranken und Arbeitsunfaehigen zu beschuetzen, die von der Stahlindustrie abhaengig sind. Aber es ist unmoeglich abzuschuetzen, was dieser Sieg fuer Millionen anderer bedeuten wird, die vielleicht seine Auswirkungen spueren und die Fruechte unserer Arbeit ernten werden."

Economic Outlook (CIO)
Dezember 1949

ERNEST SCHWARTZTRAUBER: OHNE GEWERKSCHAFTEN KEINE DEMOKRATIE

Ernest Schwartztrauber ist Direktor der beruehmten Universitaet der Schule fuer Arbeiter in Wisconsin, die kuerzlich ihr 25-jaehrigen Bestehen feierte. In den folgenden Auszuegen, die einer Broschuere ueber die Arbeit der Schule entnommen sind, bringt Schwartztrauber zum Ausdruck, dass sein Glaube in die Gewerkschaftsbewegung unerschuetterlich ist. Er spricht in Worten, die allen Gewerkschaeftern zu Herzen gehen muessen.

Demokratie und Totalitarismus der Rechten und Linken sind gegenwaertig in einen Kampf um Sein oder Nichtsein verwickelt. Mit der Demokratie werden all jene Elemente erhalten bleiben, die einen Teil ihrer Existenz bilden, und ohne die sie nicht lebensfaehig waere.

Die Gewerkschaftsbewegung ist eines jener Elemente; ohne sie waere die Demokratie mit einem Mann zu vergleichen, der nur ein Bein hat und mit einem gewandten und verschlagenen Riesen kaempfen muss. Die Gewerkschaftsbewegung, ebenso wie die Demokratie, ist jedoch nicht nur ein Begriff oder eine Idee; sie wird von Millionen von Menschen getragen, - von Arbeitern, die sich aus ihrem alten Stand, in dem sie nichts anderes als einfache Steinhauer oder Wassertraeger waren, zu einem Status emporgearbeitet haben, der ihnen die ihnen zukommende Teilhaberschaft an der demokratischen Gesellschaft zusammen mit den anderen Klassen sichert.

Wenn dem Arbeiter von der Industrie, in der er beschaeftigt ist, oder dem Buerger von der Gemeinde, in der er wohnt, seine demokratischen Rechte streitig gemacht werden, dann heisst das, dass die menschliche Persoenlichkeit dort ueberhaupt nicht zaehlt. Und im Kielwasser dieser Verweigerung fluessen all die anderen Kraefte, die ein demokratisches Staatsgebilde unterminieren.

Die demokratische Gewerkschaftsbewegung ist damit von lebenswichtiger Bedeutung fuer eine wahrhaft demokratische Gesellschaft. Ihr Vorhandensein und ihr staendiges Anwachsen garantieren, dass in dem demokratischen, politischen Staat sich kein auto-

kratisches, industrielles Gebilde entwickeln kann. Sie bieten mit die Gewaehr dafuer, dass jede Persoenlichkeit die Gelegenheit hat, sich ihren Faehigkeiten entsprechend voll zu entwickeln. Und das ist letzten Endes die sicherste Grundlage fuer die Demokratie.

"The Machinist"
Woechentliches Nachrichtenblatt des
Internationalen Metallarbeiterverbandes Amerikas
19. Januar 1950

ANTEIL DER AMERIKANISCHEN FRAU AM WIRTSCHAFTSLEBEN

Washington -- (Amerika Dienst) -- 18 Millionen Frauen - 28 Prozent der gesamten Arbeitskraefte der U.S.A. - sind heute, wie Frida S. Miller, die Leiterin des Bueros fuer Frauenarbeit im U.S.-Arbeitsministerium, vor kurzem berichtete, erwerbstaetig. In vielen lebenswichtigen Industrien und Gewerbezaeigen bilden Frauen die Mehrheit der Arbeiterschaft.

Der Anteil der weiblichen Negerbevoelkerung am amerikanischen Wirtschaftsleben betrug im Jahre 1947 2½ Millionen Negerinnen. Obwohl dafuer genaue Unterlagen noch nicht vorhanden sind, lassen, wie Miss Miller erkluert, die bisher vorliegenden Ziffern bereits erhebliche Veraenderungen seit dem Jahre 1940 erkennen. Dabei ist vor allem der verhaeltnismaessig geringe Prozentsatz der in der Landwirtschaft beschaeftigten Negerinnen - nur 7 Prozent im Jahre 1947 gegenueber 21 Prozent im Jahre 1940 - bemerkenswert.

Eine weitere Verschiebung ergab sich auch bei den Negerinnen, die als Hausgehilfinnen taetig sind. Waehrend 1940 noch ungefaehr 70 Prozent der Negerinnen, die nicht in der Landwirtschaft beschaeftigt waren, als Haushalthilfen Verdienst fanden, waren es 1947 nur etwa 50 Prozent.

Der Prozentsatz der Negerinnen, die als Bueriangestellte oder als Verkaeuerinnen taetig sind, hat sich in der gleichen Zeit mehr als verdreifacht; mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der Negerinnen, die als Fabrikarbeiterinnen, und nahezu verdoppelt jener, die als Schoenheitspfeleginnen und Koechinnen arbeiten.

FRANZOSEN STUDIERN AMERIKANISCHE PRODUKTIONSMETHODEN

Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich, die als Mitglieder einer Produktivitaets-Team ihren 5-woechigen Besuch in den Vereinigten Staaten gerade beendet haben, berichteten, dass amerikanische Produktionsmethoden auch in Frankreich mit Erfolg angewendet werden koennten.

Die franzoesische Team setzte sich aus Vertretern der Werkzeugmaschinenindustrie zusammen. Im Rahmen des unter der Schirmherrschaft der franzoesischen Regierung und der Marshall Plan Verwaltung stehenden Programms zur Technischen Unterstuetzung studierten sie Arbeitsmethoden des gleichen Industriezweiges in Amerika.

Die technische Leistungsfahigkeit amerikanischer Unternehmen erregte die Aufmerksamkeit des 28 Jahre alten Ingenieurs Jean Marie Gros Lambert, der Mitglied des Verbandes der Technischen Leiter (Confederation Generale des Cadres) ist. Auf die Unterschiede eingehend, die zwischen den amerikanischen und franzoesischen Methoden bestehen, fuehrte er aus:

*Massgebliche Faktoren der hohen Produktionsleistung in den Vereinigten Staaten sind u.a. die Gruppierung der Betriebsanlagen und das ein-Etage System. Dadurch wird ein reibungsloser Ablauf des Produktionsprozesses gewaehrleistet. Fuer jeden Mann und jede Maschine steht mehr Raum zur Verfuegung, und breite Passagen erleichtern den Transport von Material und Maschinen.

*Eine vorbildliche Gruppierung gleicher Maschinen vermeidet unnootige Bewegungen im Produktionsprozess und erspart Zeit und Instandhaltungskosten, indem man die Arbeit hochqualifizierter Facharbeiter, die zur Instandhaltung der Maschinen eingesetzt werden, lokalisiert. Fuer den Materialtransport bedient man sich in Amerika

weitgehendst mechanischer Hilfsmittel, wie Aufzuege, Kraene, gabelfoermige Heber und kleine Zugmaschinen. In Frankreich ist es nicht leicht, solche Ausruestungen zu beschaffen, und der fuer diese Einrichtungen erforderliche Raum ist ausserst begrenzt.

"Kleine, elektrisch oder mit Pressluft betriebene Handwerkzeuge sind in den amerikanischen Fabriken weitverbreitet und befinden sich in greifbarer Naehue des Arbeiters. Die Maschinen sind im allgemeinen ziemlich neu, und eine Maschine wird nur fuer einen Arbeitsgang verwendet. In Frankreich sind die Einrichtungen aelter, und man ist gezwungen, eine Maschine fuer mehrere Zwecke zu verwenden. Man verliert daher Zeit durch Umbau und Auswechseln von Maschinenteilen."

Georges Bonnet, ein 26 Jahre alter franzoesischer Fraeser, ist Mitglied der "Force Ouvriere" und gehoerte ebenfalls zur Produktivitaets-Team. Er schenkte dem in Amerika gebraeuchlichen Klassifizierungssystem besondere Beachtung und nahm dazu folgendermassen Stellung: "Es ist sehr interessant, sich mit den amerikanischen Systemen der Arbeitsbewertung und Klassifizierung nach Verdienst zu befassen. Sie koennten zum Teil auch in Frankreich angewendet werden. Die laufende Bewertung einzelner Arbeiter mit aehnlichen Beschaeftigungen in irgendeinem Betrieb und ein sehr einfaches Punktsystem zur Lohnfestsetzung sind vorteilhafter als das System, das man in Frankreich hat, wo sich die Hoehe der Loehne nach der Produktionsleistung des gesamten Unternehmens, manchmal sogar auf nationaler oder Industriebasis, richtet."

Louis Fahy, 37 Jahre alt, Vorarbeiter und Mitglied der Franzoesischen Foederation Christlicher Arbeiter (Confederation Francaise des Travailleurs Chretiens), befasste sich in seinem Kommentar mit der Produktionsleistung. Er wiess darauf hin, dass amerikanische Firmen mehrere Typen von Maschinen herstellen, waehrend ein Unternehmen in Frankreich das Bestreben hat, nur einen Typ zu produzieren, um die Nachfrage decken zu koennen, die auf dem inlaendischen Markt heute noch groesser ist als die Produktion. Er unterstrich die Tatsache, dass die "Produktion der franzoesischen Werkzeugmaschinen- und metallverarbeitenden Industrie den Vorkriegsstand bereits uebertroffen hat, obwohl dieser Industriezweig nur zu 75% wiederhergestellt ist." Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass diese erhoehte Produktionsleistung in Frankreich der groesseren Normung der hergestellten Maschinentypen zuzuschreiben sei.

ECA Labor Information
18. Januar 1950

BEITRAG VON E.R.P.-GEGENWERTFONDS FUER WOHNUNGSBAU IN WESTEUROPA

Im Rahmen des Marshallplans sind bis jetzt mehr als 100 Millionen Dollar in Gegenwartsfonds fuer den Wohnungsbau in Westeuropa freigegeben worden.

Unter dem E.C.A.-Programm sind bereits Neubauten von kleinen Haeusereinheiten in allen E.R.P.-Laendern begonnen worden. Diesen wurde ausserdem zusaetzliche Hilfe in Form von Baumataterialien zuteil, fuer welche die E.C.A. seit Beginn des Europaeischen Hilfsplans Ankaufsermaechtigungen erteilt hat. Die wichtigsten Posten dieses Beitrags sind bis jetzt Bauholz im Werte von 93 Millionen Dollar und nichteisenhaltige Metalle im Wert von 446 Millionen Dollar gewesen.

Die meisten der zur Zeit in Ausfuehrung begriffenen Wohnungsbauprojekte stehen in Verbindung mit industriellen Entwicklungsprogrammen. In Frankreich zum Beispiel hat die Freigabe von Gegenwartsfonds in Hoehe von mehr als 14 Millionen Dollar dazu gedient, den Neubau von 3.000 Haeusereinheiten in den Kohlengebieten in Lothringen und den Departementen Nord und Pas-de-Calais zu finanzieren. Ferner soll der Frankengegenwert von etwa 6 Millionen Dollar verwendet werden fuer Arbeiterwohnungen im Zusammenhang mit dem Sollac-Stahlprojekt in Lothringen. Weitere betraechtliche Summen werden dem Wohnungsbau fuer Bergleute der Pottaschegruben im Elsass dienen.

Es koennten noch zahlreiche andere Beispiele in verschiedenen E.R.P.-Laendern angefuehrt werden, u.a. das umfassende Wiederaufbauprojekt von Arbeiterwohnungen in den vom Kriege zerstoeerten Gebieten der Niederlande, der E.C.A.-Beitrag fuer einen ausgedehnten Wohnungsbauplan fuer italienische Arbeiter und grosse Wohnungsbauprojekte in ganz Westdeutschland.

Gewerkschaftliches Nachrichten-Bulletin ueber den Europaeischen Hilfsplan
1./15. Januar 1950

DAENISCHE GEWERKSCHAFTEN WEISEN KOMMUNISTEN ZURECHT

Hans Rasmussen, Praesident der Metallarbeiter Gewerkschaft, beschuldigte kuerzlich die Kommunisten Daenemarks, die zur Zeit gefuehrten Vertragsverhandlungen absichtlich stoeren und sabotieren zu wollen.

Rasmussen schreibt in einem Artikel, der in dem Organ seiner Gewerkschaft, "Der Metallarbeiter", veroeffentlicht wurde: "In den dreissig Jahren des Bestehens der Kommunistischen Partei Daenemarks ist es ihr niemals gelungen, etwas fuer die Arbeiterschaft zu tun."

Bezugnehmend auf die gegenwaertigen Versuche des Daenischen Gewerkschaftsbundes, durch Verhandlungen eine Erneuerung aller Arbeitsvertraege zu erwirken, unter deren Bestimmungen praktisch saemtliche Mitglieder des Gewerkschaftsbundes (600.000) fallen, fuehrte Rasmussen aus: "Die organisierten Arbeiter muessen sich darauf gefasst machen, dass die Wortfuehrer der Kommunistischen Partei allen Vorschlaegen zu einem Uebereinkommen ablehnend gegenueberstehen werden."

Rasmussen, einer der bedeutendsten Fuehrer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Daenemarks, brachte seinen Gewerkschaftsmitgliedern gegenueber ganz offen zum Ausdruck, dass "die Forderungen der Arbeiter nach ausreichenden Loehnen, kuerzerer Arbeitszeit und besseren Urlaubsbestimmungen nicht von den Kommunisten erfunden seien, obwohl sie dies beteuerten. Es sind die traditionellen Forderungen der Arbeiter, und die Gewerkschaften haben immer wieder versucht, sie zu verwirklichen, soweit dies nach den gegebenen Verhaeltnissen moeglich war."

Der Praesident der Metallarbeiter beschwerte sich ueber die Gewohnheit der Kommunisten, Arbeitsvertraege ausser acht zu lassen, wenn es ihren zersetzenden Absichten dienlich sei. In dieser Beziehung bestehe ein grosser Unterschied zwischen den daenischen und sowjetischen Kommunisten, die bei Nichtbeachtung der vertraglichen Verpflichtungen schwer bestraft wuerden. Er machte auf die Tatsache aufmerksam, dass der Sekretaer des sowjetischen Gewerkschafts-Zentralkomitees, Sjernik, den russischen Arbeitern gesagt hatte, "ein Vertrag sei ein regelrechtes Versprechen, und die Arbeiter haetten densel. Bedingungen unbedingt zu erfuellen."

Rasmussen legte ferner den Kommunisten zur Last, immer dann eine oppositionelle Haltung einzunehmen, wenn man bemueht sei, die Arbeiter zu einem Bleiben an ihrem Arbeitsplatz oder zu der Einhaltung einer Kuendigungsfrist von einem Monat anzuhalten. Er erklaerte: "In der Sowjetunion ist es kein Verbrechen, wenn die Gewerkschaft und die Regierung von dem Arbeiter verlangen, seine Beschaeftigung beizubehalten, denn, so sagen sie, nur dadurch kann die Produktion staendig verbessert werden."

"Sobald man jedoch in Daenemark diese Forderung aufstelle", sagte er, "verfolgen die Kommunisten nicht mehr diesen Grundsatz."

Labor Information
11. Januar 1950

U.S. AUTOMOBILARBEITER FUER ERSCHLIESSUNG UNENTWICKELTER GEBIETE

Die Vereinigten Automobilarbeiter, die groesste amerikanische Gewerkschaft und Fuersprecherin der Marshall Plan Hilfe, kuendigte kuerzlich an, dass sie mit allen Mitteln ein anderes internationales Wiederaufbau Projekt, naemlich Praesident Trumans Punkt-Vier-Programm, unterstuetzen wird.

In einer Rede vor dem Aussenpolitischen Ausschuss in den ersten Tagen der zweiten Sitzungsperiode des 81. Kongresses erklaerte Donald Montgomery, Direktor der Zentrale Washington der Automobilarbeiter Gewerkschaft: "Das Punkt-Vier-Programm ist ein Friedensbekenntnis. Es soll den Wert und die Staerke der Demokratie zum ersten Male vor Hunderten von Millionen Menschen der ganzen Welt unter Beweis stellen."

Mr. Montgomerys Erklaerung, die er im Namen einer halben Million organisierter Gewerkschaftsmitglieder der Vereinigten Automobilarbeiter abgab, ist eine neue Bereitschaftserklaerung der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen Amerikas, internationale Wiederaufbau- und Erschliessungs-Projekte zu unterstuetzen.

Mit dem Punkt-Vier-Programm stellen die Vereinigten Staaten sich zur Aufgabe, die technische Hilfe und industrielle Erfahrung auf unentwickelte und in der Industrie rueckstaendige Gebiete der Welt auszudehnen, mit dem Bestreben, den Lebensstandard der Bewohner jener Gebiete zu verbessern. Zu diesem Zweck muss Kapital investiert werden, um die Rohstoffquellen dieser Laender erschliessen zu koennen.

ECA Labor Information
19. Januar 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 49

Frankfurt, 10. Februar 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Veraenderung im Verhaeltnis der Ausgabeposten des Englaenders - - - - - | 1 |
| Entstehung und Entwicklung des internationalen Gewerkschaftswesens - - - - - | 2 |
| Robert Nathan: "Lebensstandard des amerikanischen Arbeiters kann und muss erweitert werden- - - - - | 4 |
| Arbeiter Israels studieren Produktionsmethoden im Ausland - - - - - | 5 |
| Lebenshaltungskosten in Polen - - - - - | 5 |
| Was ist falsch am Taft-Hartley Gesetz? - - - - - | 6 |
| Samuel Gompers' Lebensgeschichte - - - - - | 9 |
| Ein norwegisches Produktivitaets-Team besucht Amerika- | 10 |
| Hoher Warenverbrauch in Amerika- - - - - | 11 |

VERAENDERUNG IM VERHAELTNIS DER AUSGABEPOSTEN DES ENGLAENDERS

Die nachstehenden Indexziffern zeigen eine grosse Veraenderung im Verhaeltnis der Ausgabeposten der britischen Bevoelkerung. Die Posten, welche durch den Index 1914 nicht gedeckt waren, stellen hauptsaechlich Ausgaben fuer Kultur, Erziehung und Unterhaltung dar. Die geringere Verhaeltniszahl fuer Nahrungsmittelausgaben ist zurueckzufuehren auf das hoehere Einkommen der britischen Bevoelkerung seit 1914.

| | Index 1914 | Neuer Index auf der Basis der Preise vom Juni 1947 |
|--|------------|---|
| Lebensmittel..... | 60 | 35 |
| Miete und Gemeindesteuern..... | 16 | 9 |
| Kleidung..... | 12 | 9 |
| Licht und Heizung..... | 8 | 7 |
| Andere Posten im Index 1914..... | 4 | 16 |
| Im Index 1914 gedeckte Posten insgesamt.... | 100 | |
| Im Index 1914 nicht gedeckte Posten | — | 24 |
| Insgesamt..... | | 100 |

Mit den Augen eines Englaenders gesehen:

ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DES INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSWESENS

Als man vor 86 Jahren die erste Arbeiter-Internationale aus der Taufe hob, war dies der Initiative der englischen Gewerkschaften zu verdanken. 1863 kamen zwei Delegierte von Frankreich nach London, um von den englischen Gewerkschaften Hilfe fuer Polen zu erbitten. Nach einer erfolglosen Auflehnung gegen die Zarenherrschaft hatte die dortige Regierung drastische Unterdrueckungsmassnahmen ergriffen.

Auf einer Tagung in London am 28. September 1864 wurde formell die Internationale Arbeitervereinigung (International Association of Working Men) gegruendet.

In den folgenden 6 Jahren wurden Zweigstellen in fast allen europaeischen Laendern und in Vereinigten Staaten von Amerika errichtet. Die Verwaltung des I.A.W.M. lag in den Haenden eines Verwaltungsrates, der 55 Mitglieder zaehlte und seinen Sitz in London hatte. Diese Koerperschaft hatte jedoch nur wenig Kontrolle ueber die verschiedenen nationalen Zentren.

Im Jahre 1870 war Odger Praesident und Applegarth Vorsitzender dieses Verwaltungsrates. Dem Verband fehlte jedoch die allgemeine Unterstuetzung seitens der englischen Gewerkschaften, von denen viele fuer dessen politische Philosophie kein Interesse zeigten, ihr feindlich gegenueberstanden oder unschluessig zwischen dem Kommunismus von Marx und dem Anarchismus von Bakunin hin- und herschwanken.

Als auf dem Jahreskongress 1872 im Haag beschlossen wurde, den Sitz des Verwaltungsrates nach New York zu verlegen, konnte man im Grunde nicht mehr von einer Unterstuetzung der Organisation durch die englischen Gewerkschaften sprechen.

Im Jahre 1876 wurde die Assoziation in Philadelphia formell aufgeloeset.

Die im Jahre 1889 gegruendete Zweite Internationale hatte offensichtlich polititischen Charakter, obwohl sie teilweise von Gewerkschaften getragen wurde. Sie verfolgte in erster Linie sozialistische Ziele und machte es sich zur Aufgabe, anarchistische und andere Elemente auszuschliessen, die der parlamentarischen Demokratie feindlich gesinnt waren.

Aus dieser Organisation heraus wurde schliesslich die Internationale der Arbeiter und Sozialisten geboren (Labour and Socialist International), die von 1923 bis 1940 bestand.

Zuvor war jedoch auf Veranlassung des Britischen Gewerkschaftsbundes der Versuch gemacht worden, eine internationale Zusammenarbeit auf rein gewerkschaftlicher Basis zu verwirklichen.

1888 wurde vom parlamentarischen Ausschuss des Britischen Gewerkschaftsbundes eine internationale Gewerkschaftskonferenz nach London einberufen, an der 123 Delegierte teilnahmen, (davon waren 79 Englaender). Sie repraesentierten etwa 1.100.000 Gewerkschafter, darunter 850.000 englische. Die Gewerkschaften Deutschlands, Oesterreichs und Russlands waren von dem Britischen Gewerkschaftsbund nicht eingeladen worden, und in dieser Tatsache ist einer der Gruende fuer die Zwistigkeit zwischen den Delegationen des Kontinents und den meisten englischen Abordnungen zu suchen. Aus diesem Grunde kam auf dieser Konferenz auch keine Organisation zustande, und ein aenderer von den franzoesischen Gewerkschaften zwei Jahre spaeter unternommener Versuch, hatte ebensowenig Erfolg. Dann kam J. Jensen, der Praesident der Daenischen Gewerkschaften, im Jahre 1900 nach Glasgow, um an dem Kongress des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (General Federation of Trade Unions) teilzunehmen. Er besprach mit Isaac Mitchell, dem Sekretaeer dieses Bundes, die Notwendigkeit einer Gewerkschaftsinternationale. Das Ergebnis dieser Besprechungen war die internationale Gewerkschaftskonferenz in Kopenhagen im Jahre 1900.

Demit war ein wirklicher Anfang gemacht worden. Man beschloss in Kopenhagen, die naechste Konferenz zusammen mit dem Kongress des G.F.T.U. im darauffolgenden Jahr in Stuttgart abzuhalten. Es ist interessant festzustellen, dass die Einladung des deutschen Gewerkschaftszentrum an die anderen Organisationen die Bitte um Schweigen und Geheimhaltung vor der Konferenz enthielt, um nicht die "unwillkommene Aufmerksamkeit" der deutschen Polizeibehorden zu erregen.

Bis zum Jahre 1913 fanden regelmässig Kongresse der Internationale in den verschiedenen Laendern statt. In diesem Jahre beschloss die in Zuerich zusammentreffende Konferenz, die Bezeichnung "Internationaler Gewerkschaftsbund" (International Federation of Trade Unions) zu tragen. Bevor die neue Organisation wieder eine Konferenz abhalten konnte, war der Erste Weltkrieg ausgebrochen. Die Haltung der deutschen Gewerkschaften, die einen Angriffskrieg ihres Landes ohne Vorbehalt befuehrworteten, wirkte umsoemehr demoralisierend, als es das deutsche Gewerkschaftszentrum war, das man zum Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes erwaelit hatte.

Im Jahre 1917 beschloss der Britische Gewerkschaftsbund, sich nach dem Kriege fuer die Wiedergruendung internationaler Gewerkschaftsverbaende einzusetzen, und man traf mit dem G.F.T.U. eine Vereinbarung, wonach beide Organisationen in diesen Verbaenden gemeinsam vertreten sein sollten. Kurz vor Beendigung des Krieges unternahm man schon dahingehende Schritte. In Anbetracht der aussergewoehnlichen Lage konnte der erste Nachkriegskongress der Internationalen Gewerkschaften jedoch erst am 28. Juli 1919 in Amsterdam stattfinden. Dort begruendeten Delegierte aus 14 Laendern erneut den Internationalen Gewerkschaftsbund (IFTU).

Im Jahre 1922 gehoerten bereits 24 Laender dem IFTU an; mit Ausnahme von vier waren es europaeische Nationen. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL, der bis 1914 dem IFTU angehoert hatte, war ausgetreten und schloss sich ihm erst wieder 1937 an.

Durch den Faschismus in Italien und spaeter den Nationalsozialismus in Deutschland gingen der Organisation Millionen von Mitgliedern verloren. Die Mitgliederzahl des Internationalen Gewerkschaftsbundes fiel von 23 Millionen im Jahre 1921 auf 8 Millionen im Jahre 1934. 1937 war sie jedoch wieder auf 19½ Millionen angestiegen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung wurde durch die Gruendung der Roten Gewerkschaftsinternationale (Red International of Labor Unions), die nichts weiter als eine Filiale der Komintern darstellt, stark in Mitleidenschaft gezogen. Dessenungeachtet versuchte man, (hierbei spielt der Britische Gewerkschaftsbund eine hervorragende Rolle), eine Verstaendigung zustande zu bringen. Die Delegation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die 1937 Moskau besuchte, hatte in dieser Hinsicht jedoch nur wenig Erfolg.

Nachkriegsentwicklungen

Als Frankreich 1940 ueberrannt wurde, befand sich der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Paris. Mitglieder des Sekretariats konnten nach London entkommen, wo ihnen der Britische Gewerkschaftsbund Buerorraeume zur Verfuegung stellte. Waehrend des Krieges versammelten sie Gewerkschafter um sich, die es vorgezogen hatten, das von den Nazis besetzte Europa zu verlassen. Die Propagandataetigkeit wurde fortgesetzt. Dann erlebte der Weltgewerkschaftsbund (World Federation of Trade Unions) im Jahre 1945 seine Auferstehung.

Warum die Gewerkschaften Englands und der anderen Laender aus dem Weltgewerkschaftsbund austraten, um eine neue Gewerkschaftsinternationale zu bilden, die frei von kommunistischer Beherrschung und Bevormundung war, wurde bereits in Berichten geschildert, die dem Bridlington Kongress des Britischen Gewerkschaftsbundes im September 1949 vorgelegt wurden. Mit ueberwaelitgender Stimmenmehrheit wurde dort der Entschluss des Verwaltungsrates gutgeheissen.

"Labour"
Magazin des Britischen Gewerkschaftsbundes, Dezember 1949

ROBERT NATHAN: "LEBENSSTANDARD DES AMERIKANISCHEN ARBEITERS KANN UND MUSS
ERWEITERT WERDEN."

Wir geben Auszuege aus einer Rundfunkansprache des Volkswirtschaftlers Robert R. Nathan wieder, der jede Woche im Namen des CIO ueber die Rundfunkstation WCFM in Washington spricht.

In den vergangenen zwei Wochen haben Praesident Truman und seine Berater Dokumente veroeffentlicht, die wohl die wichtigsten wirtschaftlichen Feststellungen enthalten, die die Regierung je herausgegeben hat. Dazu gehoeren die Botschaften des Praesidenten ueber den Haushalt, die Wirtschaft und die allgemeine Lage in den Vereinigten Staaten, der Jahresbericht und der Rueckblick des Wirtschaftlichen Beratungsausschusses. In all dem werden die Vorgaenge der Vergangenheit beleuchtet, Schlussfolgerungen fuer die Gegenwart gezogen und Vorschlaege fuer die Zukunft gemacht.

Ein gemeinsames Thema laeuft wie ein Faden durch all diese Dokumente: Erweiterung und Fortschritt. Es wird darin wiederholt betont, dass wir die jetzige Produktion und die Lebensstandarde erweitern koennen und muessen, und dass diese Erweiterung allen Schichten unserer Gesellschaft zugute kommen muss.

Wenn man sich hoehere Produktionsziele fuer die Zukunft gesteckt hat, so war es nicht noetig, dunkle Zauberkuenste hierfuer in Anspruch zu nehmen. Man braucht nur die Vergangenheit zu studieren, um sich eine vernuenftige Basis schaffen zu koennen, von der aus man die Moeglichkeiten der kommenden Jahre ueberblicken kann. Das Neuartige liegt in der Tatsache, dass der Praesident dieser maechtigen Vereinigten Staaten die nationalen Ziele klar umrissen und erklaert hat, wie sie erreicht werden koennen.

Das Vertrauen in das System der freien Wirtschaft wird erneut zum Ausdruck gebracht. Das Anwachsen und die Entwicklung der Geschaefsttaetigkeit werden empfohlen. Man ruft zur Zusammenarbeit zwischen Geschaefft und Regierung auf. Man spricht Geschaefftsleuten, Arbeitern und Bauern fuer ihre groessere Einsicht und Zurueckhaltung in dem "sicheren Uebergang von der Inflation zur groesseren Stabilitaet," Anerkennung aus. So sieht Praesident Truman die Entwicklung im Jahre 1949.

Heisst das alles, dass die Regierung versucht, das Geschaefft mit freundlichen Worten und Schmeicheleien fuer politische Zwecke zu gewinnen? Ich denke nicht.

Umsichtige Fuehrer der Geschaefftswelt wissen, welche Gefahren mit einem rapiden Aufschwung oder Rueckgang verbunden sind. Sie sind sich darueber im klaren, dass arbeitslose Menschen arme Verbraucher sind. Die grosse Frage heisst hier jedoch: Was muss getan werden, um die Stabilitaet zu foedern, und wer muss es tun?

Ueber die Rolle, die der Regierung in dieser Aufgabe zufaellt, ist man sich keineswegs einig. Der Wirtschaftliche Beratungsausschuss haelt an seinem Standpunkt fest, dass die Regierung eine Umgebung schaffen muss, in der Geschaefftsleute, Arbeiter und Bauern an dem ununterbrochenen Fortschritt Anteil haben koennen.

Das bedeutet einfach, dass die Regierung die seit 15 Jahren bestehende Forderung der amerikanischen Oeffentlichkeit nicht uebergehen kann, - naemlich, dass sie sich einer wichtigen Verantwortung unterziehen muss und eine aktive Rolle in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu spielen hat.

Ausgedehnte Kapitalanlagen fuehren zur Erweiterung der Unternehmen und ihrer Ausruestung an Maschinen. Diese erhoelte Kapazitaet wird jedoch nur von Vorteil sein, wenn auch der Verbrauch eine entsprechende Steigerung erfahrt.

Das heisst mit anderen Worten, dass wir mit der Erhoehung unserer Produktionskapazitaet mehr und mehr verbrauchen muessen, wenn diese Kapazitaet voll und

laufend verwertet werden soll.

Der Wirtschaftliche Beratungsausschuss zieht hieraus natuerlich die Schlussfolgerung, dass es durch private und oeffentliche Bemuehungen gelingen muss, den Verbrauch zu steigern, der augenblicklich nicht hoch genug liegt, um die Vollbeschaeftigung gewaehrleisten zu koennen.

Wenn aber der Absatzmarkt nicht das absorbieren kann, was in unserer Industrie produziert werden kann, dann liegt das nicht an unserem Volk, weil es etwa nicht wuenscht, mehr zu verbrauchen. Es liegt vielmehr an der Kaufkraft und der Verteilung unseres Gesamtvermoegens. Ich bin gewiss, dass nur wenige unserer Zuhoeerer es als Haerte empfinden wuerden, groessere und bessere Wohnungen und mehr und bessere Kleidung und Nahrungsmittel zur Verfuegung zu haben. Es dreht sich um die Mittel, um das, was wir benoetigen und wuenschen, kaufen zu koennen.

Es scheint uns unsinnig, dass wir uns mit dem Krebsgang unserer Wirtschaft, mit Arbeitslosigkeit und geschlossenen Betrieben abfinden sollen, nur weil wir keine Politik treiben und Methoden ausarbeiten wollten, die eine ausreichende Kaufkraft gesichert haetten.

"The CIO News"
16. Januar 1949

ARBEITER ISRAELS STUDIEREN PRODUKTIONSMETHODEN IM AUSLAND

Eine Gruppe von 50 - 55 Arbeitern Israels wird ins Ausland geschickt werden, um in verschiedenen Industriestaaten Produktionsmethoden im Rahmen eines Programms zu studieren, das Histadrut, der Gewerkschaftsbund Juedischer Arbeiter in Israel, angekuendigt hat.

Die Arbeiterhochschule dieses Gewerkschaftsbundes gab im Dezember einen 10-taegigen Lehrgang, an dem nahezu 100 gelernte Fabrikarbeiter aus 75 Werkstaetten und Betrieben der Metall-, Textil-, Leder-, Druckerei-, Glas- und Nahrungsmittelindustrie teilnahmen. Dieser Lehrgang stellt einen Teil eines Programms dar, das vorsieht, in den Betrieben gemeinsame Produktionsausschuesse zu bilden und Arbeitervertretungen zum Studium von Produktivitaetsmethoden ins Ausland zu schicken.

Die Teilnehmer dieses Lehrgangs wurden von lokalen Gewerkschaftsvorstaenden und nationalen Gewerkschaften in Beratung mit dem Gewerkschaftsbund Histadrut ausgewaehlt. Nach Beendigung des Lehrgangs kehren sie zu ihren Arbeitsplaetzen zurueck, wo sie sich aktiv an der geplanten Bildung gemeinsamer Produktionsausschuesse beteiligen werden.

Spaeterhin wird man 50 - 55 dieser Lehrgangsteilnehmer aussuchen, die mit Arbeitervertretungen verschiedene Laender besuchen sollen, um dort mehrere Monate lang Erfahrungen sammeln und sich ausbilden zu koennen. In jedem Lande wird man es ihnen ermoeglichen, eine Zeitlang in solchen Betrieben praktisch arbeiten zu koennen, die ihren eigenen in Israel in Groesse und Art aehnlich sind.

"The CIO News"
6. Januar 1950

LEBENSHALTUNGSKOSTEN IN POLEN

Neuerlichen Schaetzungen ueber die Kosten der wichtigsten Nahrungsmittel in Polen zufolge muss man in Polen durchschnittlich drei- bis viermal so lange wie in Westeuropa arbeiten, um die notwendigen Lebensmittel kaufen zu koennen. Diese Angaben stammen von A. Skrodzi, einem ehemaligen polnischen Gewerkschaftsfunktionaer, der sich nun im Exil in Frankreich aufhaelt.

Unter Zugrundelegung einer vom zentralpolnischen statistischen Buero veroeffentlichten Preisliste und der offiziellen Durchschnittseinkommen in Polen ermittelte Mr. Skrodzi schaeztungsweise die Kaufkraft der Arbeiter in dieser Nation hinter dem Eisernen Vorhang. Sein Bericht wurde in einer neuere Ausgabe des

"Exilgewerkschafter" veroeffentlicht, eine Zeitung, die von einer Gruppe von Gewerkschaftern in Paris herausgegeben wird, die aus den kommunistisch beherrschten Laendern geflohen sind.

Ein Vergleich der Statistiken Mr. Skrodzisz ueber Polen und solcher aus westeuropaeischen Laendern, die von zuverlaessigen statistischen Dienststellen zusammengetragen wurden, weist eine grosse Unterschiedlichkeit in der Kaufkraft der Arbeiter dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs auf.

Einer kuerzlich in den freien Laendern durchgefuehrten Erhebung zufolge ueber die Kaufkraft fuer Lebensmittel, gemessen an dem Stundenlohn eines Arbeiters, stehen Australien und die Vereinigten Staaten an erster, bzw. zweiter Stelle. Frankreich hat die vierzehnte Stelle in dieser Liste inne.

Und trotzdem liegen die Verhaeltnisse fuer den franzoesischen Durchschnittsarbeiter weit besser als fuer den polnischen, wie die folgenden Vergleiche beweisen:

Um zwei Pfund Schweineschmalz kaufen zu koennen, muss der franzoesische Arbeiter zwei Stunden arbeiten gegenueber sieben Stunden, die der polnische Arbeiter zum Kauf dieser Ware benoetigt; fuer Margarine (2 Pfund) - in Frankreich 2½ Stunden, in Polen 6 Stunden; Zucker (2 Pfund) - in Frankreich 1 Stunde, in Polen 3 Stunden; Kaffee (2 Pfund) - in Frankreich 4, in Polen 22 Stunden; Fisch (2 Pfund) - in Frankreich 1½ Stunde, in Polen 6½ Stunden; Milch (1 Liter) - in Frankreich 22 Minuten, in Polen 50 Minuten; Eier (1 Dutzend) - in Frankreich 1 Stunde und 45 Minuten und in Polen 4 Stunden und 45 Minuten.

ECA Labor Information
30. Januar 1950

WAS IST FAISCH AM TAFT-HARTLEY GESETZ?

(Von Maurice J. Tobin, US Arbeitsminister)

Anmerkung des Herausgebers: Der folgende Artikel stellt eine Zusammenfassung der Erklaerung des US Arbeitsministers Tobin dar, die er mit Bezug auf das Taft-Hartley Gesetz vor dem Kongress abgegeben hat. Er soll eine Beantwortung der zahlreichen Anfragen sein, in denen man den Minister um seine gegenwaertige Stellungnahme zu diesem Gesetz und die Begrue ndung seiner Meinung gebeten hatte. Das Taft-Hartley-Gesetz bedeutet eine so wesentliche Verschlechterung der amerikanischen Arbeitsgesetzgebung, dass es nicht nur einen Entruestungssturm innerhalb der amerikanischen Arbeiterschaft hervorrief, sondern praktisch zur politischen Mobilisierung der fru eher politisch neutralen Gewerkschaften fuehrte. Seit der Verabschiedung des Taft-Hartley Gesetzes sind die beiden amerikanischen Gewerkschaftsbuende politisch ausserordentlich aktiv.

Wie ich bereits vor dem Kongress erklart habe, hat das Taft-Hartley Gesetz eine Einschraenkung des Rechtes der Arbeiter zur Folge gehabt, sich zu organisieren und Kollektivverhandlungen zu fuehren. Das Gesetz war das Ergebnis einer arbeiterfeindlichen Einstellung und Hysterie. Ich erinnere an Senator Aiken, der am 12. Mai 1947 vor dem Senat erklarte:

"Es ist erstaunlich, dass Mitglieder des Senats ihren Gleichmut bewahren koennen und nach bestem Gewissen fuer dieses Gesetz stimmen, nur weil sie der intensivsten, umfassendsten und boesartigsten Propaganda ausgesetzt waren, mit der man je einen Kongress beeinflusst hat.

"Ich spreche nicht von dem Propagandafeldzug der Gewerkschaften, obwohl ich auch davon nicht viel halte. Was ich meine, ist eine Propaganda, die wohl Millionen Dollar gekostet hat. Ich waere nicht ueberrascht, wenn sich die Gesamtkosten fuer diese Kampagne auf 100 Millionen Dollar beliefen. Im

Fruehjahr vorigen Jahres berichtete ich dem Senat, dass allein der Werbefeldzug im Maerz, den der Nationale Fabrikantenverband gegen die Arbeiterschaft gefuehrt hat, 2 Millionen Dollar kostete; und diese Behauptung hat man bis heute noch nicht widerlegen koennen, obwohl seitdem ein Jahr verstrichen ist."

Das Taft-Hartley Gesetz muss vom Kongress widerrufen werden. "The Christian Science Monitor" stellte in einem Leitartikel am 17. Januar 1949 fest:

"Seit der grossen Streikwelle und dem Entstehen des Taft-Hartley Gesetzes in den Jahren 1946 und 1947 ist viel Wasser ins Meer geflossen. Etliche, allgemeine Mitmassungen haben sich nicht erfuehlt. Es duerfte inzwischen eigentlich klar geworden sein, dass die grosse Masse der Arbeiter Amerikas wuenscht, Gewerkschaften anzugehoeren und zwar aus eigenem, freien Entschluss heraus; dass die Arbeiterschaft im allgemeinen ihren Fuehrern vorschreibt, was sie tun sollen, und sie unterstuetzt; und dass ferner die amerikanische Arbeiterschaft, mit ganz wenig Ausnahmen, politische Streiks oder kommunistische Machenschaften ebenso wenig liebt wie die Amerikaner im allgemeinen.

Wie wahr diese Feststellungen sind, beweisen die Ergebnisse der Arbeiterabstimmungen ueber das "union-shop" System (nach diesem System verpflichtet sich der Arbeitnehmer bei seiner Einstellung, der Gewerkschaft innerhalb einer bestimmten Frist beizutreten), die von dem Bundesausschuss fuer Arbeitsfragen (National Labor Relations Board) nach Inkrafttreten des Taft-Hartley Gesetzes durchgefuehrt wurden.

Dieses Gesetz hat Verwirrungen auf dem Gebiet der Wechselbeziehungen der Arbeiter zu den Gewerkschaften mit sich gebracht, es hat die Moeglichkeiten des Kollektivverhandelns begrenzt, die Regierung unnoetigerweise mit Arbeitsstreitigkeiten in Verbindung gebracht und die Rechte der Arbeiter beschnitten. Zu den grundlegenden Fehlern des Gesetzes zaehlen folgende:

1. Das Verbot der Wohlfahrtsvereinbarungen der Gewerkschaften, die sich seit mehr als hundert Jahren nutzbringend - sowohl fuer den Arbeiter als auch fuer den Unternehmer - erwiesen haben.
2. Die besondere Betonung, die in dem Gesetz auf die Anwendung von Verordnungen gelegt wird, um Arbeitsstreitigkeiten beizulegen.
3. Die Abtrennung des Bueros fuer Schlichtungswesen vom Arbeitsministerium.
4. Die unbeschraenkten Vollmachten, mit denen das Gesetz den Obersten Anwalt des Bundesausschusses fuer Arbeitsfragen ausgestattet hat, und die ihn, man koennte sagen, zu einem "Zaren der Arbeiterschaft" machen.
5. Die Bestimmung des Gesetzes, zahlreiche Wahlen durchzufuehren, die eine staendig ungeklaerte Situation in den Wechselbeziehungen Arbeitnehmer-Arbeitgeber schaffen.
6. Die Bezeichnung der friedlichen Streikposten als gesetzmaessig unzulassig.
7. Das Verbot, Beitraege fuer die Gewerkschaft vom Lohn abzuziehen.
8. Die Verweigerung des Wahlrechts fuer Leute, die sich in wirtschaftlichen Streiks befinden.
9. Das Recht der Arbeitgeber, Abstimmungen ueber Betriebsvertretungen zu beantragen.
10. Die den Kranken- und Wohlfahrtskassen auferlegten Einschraenkungen.
11. Die Moeglichkeit, die bundesstaatliche Gerichtsbarkeit aufzugeben, wenn die staatlichen Gesetze den Wohlfahrtsvereinbarungen der Gewerkschaften groessere Beschraenkungen auferlegen.

12. Das allgemeine Verbot politischer Zuwendungen und Ausgaben der Gewerkschaften.

13. Das Recht, Schadenersatzansprüche an die Gewerkschaften zu stellen.

14. Die unterschiedslose Achtung aller mittelbarer Boykotts, ob sie berechtigt sind oder nicht.

15. Die mandatmaessigen Verordnungen, die im Falle gewisser unfairer Methoden der Gewerkschaften erlassen werden koennen.

16. Die eingehenden, nicht zu umgehenden Untersuchungsverfahren, einschliesslich einer Wartezeit von 80 Tagen, die bei dringenden Streitfaellen durch Verordnung auferlegt werden; dazu das Verbot, Untersuchungsausschuesse hinzuziehen, die den Parteien helfen koennten, solche Streitigkeiten beizulegen.

In einem Leitartikel der "Business Week" vom 18. Dezember hiess es:

"Der grosse Fehler des Taft-Hartley Gesetzes ist, dass es zu weit ging. Es hat den Charakter eines Gesetzes verloren, das fuer sich beansprucht, nur zu ordnen und nicht zu zerstören.

"Bei einer Arbeitslosigkeit mehrerer Millionen und einer Regierung in Washington, die nicht fuer die Gewerkschaften eingestellt war, kann man sich vorstellen, dass dieses Gesetz die Gewerkschaftsbewegung haette zugrunde richten koennen.

"Die folgenden Bestimmungen des Taft-Hartley Gesetzes waren dazu angetan, diese Zerstörung zu bewerkstelligen: (1) durch Verordnungen kann es verhindert werden, Streikposten zu stellen; (2) die Arbeitnehmer koennen eine Abstimmung fuer oder gegen Kollektivverhandlungen verlangen; (3) Streikenden kann das Wahlrecht abgesprochen werden - damit zaehlen nur die Stimmen der Nichtstreikenden; und wenn (4) die Wahlen zuungunsten der Gewerkschaft ausfallen, muss die Regierung dieses Ergebnis fuer gueltig und gesetzlich erklären.

"Sobald ein Reservoir an ueberzaehligem Arbeitskraefte besteht, mit denen ein Arbeitgeber die Streikenden zumindest symbolisch ersetzen kann, koennen diese vier Bestimmungen, zusammen angewendet, vermutlich eine Gewerkschaft zugrunde richten.

"Indem das Gesetz soweit geht, macht es sich selber wertlos."

Das Taft-Hartley Gesetz ist auch aus einem anderen Grunde unwirksam. Man versuchte damit, Millionen von Arbeitern Verhaltensmassregeln aufzuzwingen, mit denen sie und Millionen ihrer amerikanischen Mitbuerger nicht einverstanden sind. Man liess ausser acht, dass die Arbeiter die ueberwaeltigende Mehrheit unseres Volkes ausmachen und das Rueckgraet der Nation darstellen. Die erdrueckende Mehrheit von 15 Millionen organisierter Arbeiter der Vereinigten Staaten wendet sich mit Entschiedenheit gegen das Taft-Hartley Gesetz. Ihre Auffassungen und Beduerfnisse koennen nicht einfach uebergangen werden. Wie Abraham Lincoln sagte: "Alles, was fuer die Arbeiterschaft von Nutzen ist, dient der gesamten Nation. Alles, was der Arbeiterschaft zum Nachteil gedeiht, ist Verrat. Zwischen diesen beiden ist kein Kompromiss moeglich."

Das Taft-Hartley Gesetz stellt eine ungesunde und zersetzende Macht dar. Die Aufhebung des Gesetzes wuerde die guten Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern foerdern.

Labor Press Service
U.S. Department of Labor
Woche des 12. Dezember 1949

SAMUEL GOMPERS' LEBENSGESCHICHTE

Wie nur wenigen Maennern war es Samuel Gompers vergoent, zu einer historischen Zeit einer Arme von Menschen auf einer bedeutsamen Strasse als leuchtendes Beispiel voranzuschreiten. Sein Banner wird nun von acht Millionen Arbeitern getragen und zieht die Blicke der gesamten Welt auf sich.

So sieht, kurz zusammengefasst, seine Lebensgeschichte aus:

Samuel Gompers erblickte am 27. Januar 1850 im Londoner Osten das Licht der Welt. Er war der Sohn des Solomon und der Sarah (Rood) Gompers, die beide aus Holland stammten. Seine Eltern und deren Vorfahren waren Arbeiter.

Nach einer Schulausbildung von nur vier Jahren war Samuel im Alter von 10 Jahren bereits gezwungen, die Buerden seiner Familie tragen zu helfen. Er erlernte das Schuhmacherhandwerk, ohne jedoch Gefallen an diesem Beruf zu finden. So wandte er sich dem Handwerk seines Vaters zu und wurde Zigarrenmacher. Als Gompers 13 Jahre alt war, wanderte seine Familie nach Amerika aus.

Nachdem der junge Mann das Zigarrenmacherhandwerk unter der Leitung seines Vaters erlernt hatte, wurde er Geselle und trat in die englischsprechende Zigarrenmachergewerkschaft der Stadt New York, die ehemalige Lokalgewerkschaft Nr. 15, ein.

Zuerst stark von der menschenfreundlichen Arbeit der Wohlfahrtsvereinigungen angezogen, widmete sich der junge Gompers den guten Werken der Logengesellschaften. Als er jedoch die konstruktiven Moeglichkeiten erkannt hatte, die ihm die Gewerkschaft boten, stellte er all seinen Eifer und seine Faehigkeiten in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung. Zuerst wurde er Fuehrer einer Lokalgewerkschaft und spielte dann in allen Arbeitsangelegenheiten der Stadt New York eine massgebliche Rolle.

Er arbeitete sich in seiner internationalen Berufsorganisation, der Internationalen Zigarrenmachergewerkschaft, empor und erwarb sich einen Ruf und ein Ansehen, die es ihm ermoelichten, an den allgemeinen Bemuehungen zur Gruendung eines nationalen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1881 mitzuarbeiten. Er betaetigte sich aktiv in dieser Organisation, war 3 Jahre Praesident und 2 Jahre Mitglied des gesetzgebenden Ausschusses. Nach der Verschmelzung des alten Bundes mit neuen Gewerkschaften, die den Namen American Federation of Labor trugen, war er staendig, mit Ausnahme des Jahres 1895, deren Praesident.

Samuel Gompers arbeitete bis zum Alter von 37 Jahren als Zigarrenmacher. All seine Freizeit widmete er der organisatorischen Arbeit und opferte sogar die wenigen Stunden seines Familienlebens, die den Arbeitern der damaligen Zeit zur Verfuegung standen. Er stand viele Jahre an der Spitze seiner internationalen Gewerkschaft. Trotz zahlreicher Gelegenheiten, politische Positionen zu bekleiden und sich an Unternehmen zu beteiligen, die ihn einen reichen Mann gemacht haetten, hielt Gompers an seinem Ideal fest, das darin bestand, das Leben des Arbeiters zu verbessern.

1886 wurde er zum einzigen, dauernd angestellten Vertreter des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL bestellt. Von dieser Zeit an war er unentwegt damit beschaeftigt, die Entwicklung einer wirtschaftlichen Arbeiterbewegung zu foerdern. Unter seiner zielbewussten, konstruktiven Fuehrung wurden wirkliche Erfolge erzielt.

Er erkannte, dass die wirtschaftliche Organisation allen Erfordernissen der Gewerkschaft gerecht werden koennte, und befuerwortete deshalb die Mobilisierung der wirtschaftlichen Kraefte der arbeitenden Klasse auf politisch neutraler Basis. Als Fuehrer einer aggressiven, politisch neutralen Arbeiterbewegung brachte er im Jahre 1906 bei den zustaeendigen politischen Fuehrern seine Beschwerden in Form eines Antrages vor.

Diese Politik wurde mit zunehmendem Erfolg weitergefuehrt, und der Kongress erliess wesentliche Arbeitsgesetze.

Samuel Gompers ist es hauptsaechlich zu verdanken, wenn dieses grundlegende Prinzip gesetzlich verankert wurde, das besagt, dass die menschliche Arbeit keine verkaeuflliche Ware ist.

Erfahrungsgemaess und aus Sympathie war Samuel Gompers Pazifist. Als im Jahre 1916 jedoch die Moeglichkeit eines Krieges auftauchte, war er mit einer der ersten, die ihrem Lande ihre volle Unterstuetzung versprachen, und zwar tat er dies in seinem eigenen Namen und im Namen der Organisation, deren Fuehrer er war.

Seinem Einfluss und seiner Entschlossenheit war es groesstenteils zu verdanken, dass die Arbeiterbewegung ungeschwaecht blieb trotz geschickter und verlockender Propaganda, die den Alliierten haette verderblich werden koennen. Die Arbeiterschaft stand hinter der Regierung, und unter der Fuehrung von Samuel Gompers gab sie ihr Bestes zum Wohle der Demokratie. Unter Einsatz seines eigenen Lebens unternahm er waehrend des Krieges mehrere Seereisen, um in einer gefaehrlichen Stunde die Arbeiter der alliierten Laender zusammenschliessen zu helfen.

Er wurde von Praesident Wilson zum Mitglied der Kommission fuer Internationale Arbeitsgesetzgebung bei der Friedenskonferenz in Versailles ernannt. Auf der ersten Tagung der Kommission wurde er einstimmig zum Praesidenten gewaehlt. Die Kommission entwarf die im Friedensvertrag festgelegte Charta fuer Arbeitsangelegenheiten, die den Arbeitern aller Laender gleiche Moeglichkeiten fuer bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen garantierte.

Im ersten Nachkriegsjahr half Gompers tatkraeftig mit, die Zeit der Arbeitslosigkeit und Unruhen zu ueberwinden, die ohne seine Unterstuetzung von aufkeimenden revolutionaeren Ideen gefeehrt worden waere, die zu jener Zeit die ganze Welt bedrohten.

Es gelang ihm, die Moral innerhalb seiner Organisation aufrechtzuerhalten und alle Anschlaege abzuwehren, die dazu bestimmt waren, die Gewerkschaftsbewegung im Verlaufe ihrer Neuordnung zu zerschlagen. Mit besonderem Interesse setzte er sich fuer eine Stabilisierung der Produktion ein, um somit den Arbeitern der ganzen Welt einen hoeheren Lebensstandard ermoeeglichen zu koennen.

Die internationalen Demonstrationen in El Paso, Juarez und Mexiko City, die die ganze Welt aufhorchen liessen, stellten eine Vollendung hoechsten Grades der Plaene und Tuetigkeiten Gompers dar, die sich ueber viele Jahre erstreckt hatten. Er half, einen mexikanischen Gewerkschaftsbund zu bilden und wohnte den Feierlichkeiten bei der ersten konstitutionellen Amtsuebernahme durch einen Praesidenten bei; und dieser Praesident war von den Arbeitern Mexikos gewaehlt worden.

Als Gompers am 13. Dezember 1924 starb, wurde er mitten aus seiner Arbeit herausgerissen. Er war gerade einstimmig zum Praesidenten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL und des Panamerikanischen Gewerkschaftsbundes, dessen Gruender er gewesen war, wiedergewaehlt worden. Seine letzten Worte galten der Republik, die ihm so sehr ans Herz gewachsen war:

"Gott segne unseren amerikanischen Staat. Moege er sich von Tag zu Tag zu groesserer Vollkommenheit entwickeln."

"American Federation of Labor"
Weekly News Service
3. Januar 1950

EINE NORWEGISCHE PRODUKTIVITAETS-TEAM BESUCHT AMERIKA

Norwegen hofft, durch groessere industrielle Leistungsfaeahigkeit und gesteigerte Produktionsleistung den herrschenden Mangel an Arbeitskraefte beheben zu koennen. Zu diesem Zweck bereitet man sich nun darauf vor, ein aus 14 Technikern, Arbeitervorgesetzten und Arbeitern bestehendes Team nach den Vereinigten Staaten zu schicken, um dort 6 Wochen lang Arbeitsmethoden in Maschinenwerkstaetten zu studieren.

Dieser von der Marshall-Plan-Verwaltung im Rahmen des Programms zur Technischen Unterstuetzung ermoeeglichte Besuch wird am 8. Februar beginnen. Die Mitglieder der Abordnung gehoeren der Schiffsbau- oder stahlerzeugenden Industrie Norwegens an.

Die Studien werden sich auf amerikanische Methoden zur Schaffung besserer Arbeitsbedingungen und auf verbesserte Betriebsleitungsmethoden in Maschinenwerkstaetten konzentrieren. Als die Arbeiterregierung Norwegens um die Genehmigung dieses Projektes ersuchte, wies sie darauf hin, dass ihre Bemuehungen zur Steigerung der allgemeinen Produktionsleistung Hand in Hand gingen mit dem Bestreben, die Leistungsfahigkeit jedes einzelnen Arbeiters zu erhoeen, und dass man hoffe, mit dieser groesseren Leistungsfahigkeit den besorgniserregenden Mangel an Arbeitskraefte beseitigen zu koennen.

Bevor die Delegation Norwegen verlaesst, sehen sich die einzelnen Mitglieder in zahlreichen norwegischen Betrieben um, um die in ihrem Lande angewendeten Methoden mit denen Amerikas vergleichen zu koennen. Die Delegierten wurden ausserdem ueber die Verhaeltnisse in den entsprechenden Industriezweigen in Kenntnis gesetzt und in Methoden unterrichtet, die es ihnen in wirksamer Weise ermoeeglichen sollen, den Arbeitern und Unternehmern nach Beendigung ihrer Reise die Ergebnisse ihrer Studien mitzuteilen.

ECA Labor Information
27. Januar 1950

HOHER WARENVERBRAUCH IN AMERIKA.

"Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten funktioniert am besten, wenn die Geschaeftsleute die Freise ihrer Produkte niedrig halten, um dadurch den Verbrauch zu steigern," erklarte der amerikanische Handelsminister Charles Sawyer in einer Ansprache, die er unlaengst vor einer Konvention von Geschaeftsleuten in Atlantic City, N.J., gehalten hat.

Durch die Erhoehung der Loehne und die Senkung der Preise in den Vereinigten Staaten im Jahre 1949 war dieses Jahr das beste, das der Durchschnittsverbraucher in der Wirtschaftsgeschichte Amerikas je erlebt hat, versicherte der Handelsminister. Bei niedrigen Preisen und hoeherem Verbrauch waere es den Verbrauchern moeglich gewesen, mit weniger Arbeit mehr Waren und Dienstleistungen kaufen zu koennen.

Mr. Sawyer berichtete, dass das allgemeine Preisniveau des Jahres 1949 gegenueber dem vorangehenden Jahr gesunken sei, was den Wert des Dollars fuer die Millionen amerikanischer Kaeufer erhoeht haette. Er fuegte hinzu: "Viel neue und verbesserte Erzeugnisse fanden zum ersten Mal den Weg zum Markt. Es bestand eine weit groessere Auswahl an Typen und Qualitaeten als je zuvor."

An Hand von Zahlen zeigte er, dass im Laufe der letzten zehn Jahre der Durchschnittsverbrauch zahlreicher Waren gestiegen ist und schloss mit den Worten: "Diese Art von Fortschritt ist fuer den Verbraucher von grosser Bedeutung."

ECA Labor Information
1. Februar 1950

GROESSERE SICHERHEIT DER ARBEITER IN ENGLAND GEFORDERT.

"Sicherheit der Arbeit fuehrt zu groesserer Produktionsleistung," erklarte G.P. Barnett, der Chef der Inspektionsabteilung, die in den Fabriken Englands Untersuchungen anstellt, in einem kuerzlich erschienenen Bericht ueber die Sicherheitsverhaeltnisse in den Betrieben Englands. Der Bericht zeigt, dass die Zahl der Betriebsunfaelle in dem Jahr, waehrend dessen die Untersuchungen durchgefuehrt wurden, um 2000 gesunken ist.

Mr. Barnett widerlegte die Behauptung, dass "die Beachtung der Sicherheitsmassregeln von der eigentlichen Produktion ablenkt." "Angesichts der Unfallstatistik ist diese Behauptung voellig unbegrundet," sagte er. "Abgesehen von dem Verlust an Arbeitskraefte n durch Unfaelle, hat man festgestellt, dass groessere Beachtung sicherer Arbeitsmethoden zu wirksamer Produktion fuehrt."

Der Inspektor berichtete, dass nennenswerte Fortschritte gemacht worden seien, indem die Zahl der Betriebsunfaelle zurueckgegangen und bessere Sicherheitsmassnahmen fuer die Arbeiter getroffen worden seien. Er wies jedoch darauf hin, dass noch viel getan werden muesse, um in den englischen Fabriken einen hohen Grad an Sicherheit und Sauberkeit zu erreichen. Maschinen verursachten noch zahlreiche Unfaelle.

Im Baugewerbe ereigneten sich noch zu viel Unfaelle, weil sich die Arbeiter unnoetigen Gefahren aussetzten, fuehrte Mr. Barnett weiter aus. Er schlug vor, die Arbeiten im Baugewerbe besser zu ueberwachen und die Arbeiter davon zu ueberzeugen, dass die Sicherheitsbestimmungen ihnen persoendlich zugute kommen... Deshalb sei es unumgaenglich, dass sie mithelfen wuerden, solche Massnahmen einzufuehren und sie zu befolgen.

Der Inspektor berichtete, dass man zahlreiche Firmen ueberzeugt oder gezwungen haette, ungeeignete oder gefaehrliche Fabrikgebäude zu raeumen, und dass man in den meisten Faellen andere Unternehmer gehindert haette, diese Gebaeude wieder zu beziehen. Ausserdem seien viele Fabriken neu angestrichen und ihre Beleuchtungseinrichtungen verbessert worden. Er bezeichnete zu grelles Licht oder mangelhafte Beleuchtung als die haeufigsten Misstaende, die man noch in vielen Werkstaetten antreffen koenne.

ECA Labor Information,
27. Januar 1950.

- 12 -

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 50

Frankfurt, 17. Februar 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|-----|
| Marshall Plan Komitee fuer Berlin - - - - - | 2 |
| Praesident Trumans neues Wohnungsbauprogramm - - - | 2 |
| Schwedischer Aufruf zum Exportieren - - - - - | 3 |
| Zempel und Werts in fuehrenden Positionen des Bueros fuer Internationale Arbeitsangelegenheiten - | 5 |
| Ein interessanter Briefwechsel - - - - - | 6 |
| AFL fuer Solidaritaet der Arbeiterschaft der ganzen Welt - - - - - | -11 |
| Unabhaengigkeit der Arbeitsrichter gefordert - - | -18 |

MARSHALL PLAN KOMITEE FUER BERLIN

(Berlin, 12. Januar 1950) - Howard P. Jones, Direktor der Wirtschaftsabteilung im Amt der Hohen Kommission in Berlin und Generalvertreter der Marshall Plan Verwaltung in Berlin, gab heute bekannt, dass ein Berliner Beratungsausschuss fuer den Marshall Plan gebildet wurde, der sich aus 12 Mitgliedern zusammensetzt.

Die zwei wichtigsten Aufgaben dieses Komitees werden sein:

(1) Ein Programm fuer langfristige Kapitalinvestierungen fuer Berlin zu entwerfen, das die Stadt in das gesamteuropaeische Marshall Hilfsprogramm einbeziehen soll.

(2) Den amerikanischen Oberkommandierenden in Berlin, Generalmajor D. Taylor, und Mr. Jones beratend zur Seite zu stehen.

Das Komitee setzt sich aus Vertretungen der verschiedenen, mit der Marshall Hilfe in Verbindung stehenden Gruppen Berlins zusammen, das heisst, Vertretern der Gross- und Klein-Industrie, des Handels, der Arbeiter und Unternehmer, der Banken und Finanz-aemter und des Magistrats.

In Kuerze wird eine Konferenz stattfinden, bei der der Vorsitzende aus den Reihen des Komitees gewaehlt und die organisatorische Arbeit zur Durchfuehrung der gestellten Aufgaben erledigt wird. Die Bildung eines solchen Komitees war noetig, weil der Stadt bereits insgesamt 150 Millionen D-Mark zur Verfuegung gestellt worden sind (95 Millionen aus ECA Gegenwertfonds und 55 Millionen fuer das Westberliner Elektrizitaetswerk, und weil im Fruehjahr weitere Geldmittel angefordert werden muessen.

Die Mitglieder des Komitees sind: Stadtrat Dr. Klingelhoef, Wirtschaftsabteilung des Berliner Magistrats; Dr. Paul Hertz, Magistratsdirektor im Berliner Magistrat; Herr Otto Busack, Wirtschaftsabteilung des Berliner Magistrats; Dr. Friedrich Ernst, Vorsitzender des Vorstandes der Berliner Zentralbank; Dr. Franz Seume, Vizepraesident der Berliner Zentralbank; Direktor Georg Leipersberger, Siemens-Schuckertwerke A.G.; Direktor Friedrich Spennrath, AEG; Herr Heinrich Walter, Typograph G.m.b.H.; Herr Walter Cobler, Turhonwerke; Herr Henneberg, Elektromeister; Herr Erwin Combe, Obermeister; Herr Heinrich Vockel; Herr Ernst Scharnowski, UGO; Herr Hans Lips, UGO und Herr Heinrich Galle.

PRAESIDENT TRUMANS NEUES WOHNUNGSBAUPROGRAMM

Das neue, von Praesident Truman zur Bewilligung eingereichte Wohnungsbauprogramm scheint im Kongress grossen Anklang gefunden zu haben.

Die Antraege wurden von Maybank, einem Konservativen aus Sued-Karolina, und von Spence, einem fortschrittlichen Demokraten aus Kentucky, dem Senat bzw. dem Repraesentantenhaus vorgelegt. Man will damit Familien der mittleren Einkommensgruppen ermoeglichen, mit Unterstuetzung von Genossenschaften in den Besitz anstaendiger Wohnungen zu erschwinglichen Preisen zu kommen.

Diese Familien befanden sich hinsichtlich ihrer Wohnungs-moeglichkeiten bisher in einer Art "Niemandland". Ihre Einkommen waren naemlich nicht niedrig genug, um in den Genuss aus oeffentlichen Mitteln finanzierter Wohnungs-moeglichkeiten bisher in einer Art "Niemandland". Ihre Einkommen waren naemlich nicht niedrig genug, um in den Genuss aus oeffentlichen Mitteln finanzierter Wohnungen kommen zu koennen; andererseits war es ihnen aber bei den hohen Preisen nicht moeglich, moderne Wohnungen zu mieten oder zu kaufen.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL bezeichnet das neue Programm als Loesung der ungeklaerten Lage, in der sich diese Familien befanden, und befuerwortet es unbedingt. Dieser bedeutende Gewerkschaftsbund hat schon seit einiger Zeit auf die Notwendigkeit hingewiesen, derartige Genossenschaften zu gruenden.

Praesident William Green erklarte hierzu: "Durch langfristige Kredite mit niedrigen Zinssaetzen, wie sie in dieser Gesetzesvorlage vorgesehen sind, wird es Arbeitern, Veteranen und anderen Familien mit mittleren Einkommen moeglich sein, sich bei monatlichen Zinszahlungen oder Mieten von 50 bis 60 Dollar Wohnheime zu bauen oder neue Wohnungen zu mieten."

Er hob besonders hervor, dass es zur Durchfuehrung des Programms keinerlei finanzieller Unterstuetzung seitens der Regierung bedarf.

Der Senator John J. Sparkman, Alabama, und das Kongressmitglied Spence, die sich im Kampf um das Recht auf anstaendige Wohnungen besonders hervorgetan haben, hatten urspruenglich staatliche Darlehen fuer die Wohnungsbaugenossenschaften vorgeschlagen. Nach dem neuen Programm sollen die Darlehen von einer buhdesstaatlichen Gesellschaft ausgegeben werden, die gemeinsames Eigentum der Regierung und der Wohnungsbaugenossenschaften ist und von beiden gemeinsam verwaltet wird.

Gewerkschaftsmitglieder und all anderen, die Wohnungen benoetigen, sollen sich zusammenschliessen und Genossenschaften bilden. Die dazu notwendige technische Unterstuetzung sowie die Planung des Wohnungsbaus werden von der Finanzverwaltung fuer Haus und Wohnungsbau uebernommen.

Natuerlich wird jedes Mitglied eine bestimmte Anfangssumme in geringer Hoehe zu entrichten haben, um "die Sache ins Rollen zu bringen." Dann wird die Genossenschaft bei der "Nationalen Hypothekbank fuer Wohnungsbaugenossenschaften" (National Mortgage Corporation for Housing Cooperatives) eine Anleihe beantragen. Nach deren Bewilligung koennten Bauplaetze gekauft und mit dem Bau begonnen werden.

"Ich halte dies fuer eine Idealloesung", erklarte Senator Sparkman. "Menschen wuerden in den Besitz guter Wohnungen kommen, die sie zur Zeit am dringendsten benoetigen."

"Die Bereinigung von Elendsvierteln und oeffentlicher Wohnungsbau fuer Familien der niedrigen Einkommensgruppen sind bereits gesetzlich geregelt worden. Fuer die Wohlhabenden ist diese Frage natuerlich auch geloest."

"Wenn dieses Programm verwirklicht wird, koennen wir zum erstenmal in der Geschichte Amerikas mit gutem Gewissen behaupten, dass die Wohnungsfrage zur Zufriedenheit aller bei uns geloest ist."

"LABOR"

14. Januar 1950

SCHWEDISCHER AUFRUF ZUM EXPORTIEREN

Die schwedischen Gewerkschaften und ihre Presse setzten sich zusammen mit der dortigen Arbeiterregierung in einer umfassenden Kampagne fuer eine Steigerung des Exports nach den Dollargebieten ein. Sie haben an der Planung und Veroeffentlichung dieses nationalen Programms groessten Anteil.

Die schwedischen Exporte im Jahre 1949 lagen bereits um 14% hoeher als 1948. Die schwedische Regierung hat in dieser neuen Kampagne nun alles daran gesetzt, die Exportziffern noch wesentlich zu erhoehen.

"Der Fortschritt, den wir erzielen konnten, ist groesstenteils dem Marshall Plan zu verdanken," sagte Premierminister Tage Erlander kuerzlich in einer Rede, in der er den Zweck dieser Propagandakampagne auseinanderlegte. Er wies darauf hin, dass der hohe Lebensstandard Schwedens zum grossen Teil auf den Aussenhandel und die damit verbundenen Auftraege zurueckzufuehren sei, und erklarte: "Ein freierer Aussenhandel wuerde zu einer Verringerung der Produktionskosten und zu niedrigeren Preisen fuehren."

Schweden befuerwortete den Marshall Plan, da er als ein Mittel zu werten sei, das den freieren Handel unter den Nationen erleichtert." Wir sahen in den Ziehungsrechten eine Moeglichkeit, den Handel in natuerlichere Bahnen zu lenken."

Alle Hoffnungen Schwedens seien jedoch nicht erfuehrt worden, fuhr der Regierungssprecher fort. Er beanstandete folgendes: "Wenn auch der Marshall Plan von grossem Wert fuer Europa ist, so darf doch nicht vergessen werden, dass Handelsbeschraenkungen und das System der gegenseitigen Handelsvereinbarungen seit Beginn des Marshall Planes kaum vermindert wurden." Er drueckte seine Genugtuung darueber aus, dass sich die Marshall Plan Beamten mit dieser Situation nicht zufrieden gegeben haetten, sondern daran gegangen seien, den freieren Handel durch Anregung des Exports zu ermoeeglichen.

Die wichtigsten Projekte der gegenwaertigen Exportkampagne Schwedens sind folgende: (1) die Teilnahme an einer Exportausstellung, die die Marshall Plan Laender durch Vermittlung ihrer gemeinsamen Organisation fuer Europaeische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) im August in Chikago planen; (2) ein nationaler Propagandafeldzug, um die Oeffentlichkeit mit dem Exportproblem vertraut zu machen und alle Schichten der Bevoelkerung davon zu ueberzeugen, dass es, vom wirtschaftlichen Standpunkt gesehen, wesentlich ist, sich im ganzen Land auf die Produktion von Exportwaren zu konzentrieren; und (3) hat die schwedische Regierung zur Steigerung des Exports besondere Belohnungen fuer die Geschaeftsleute vorgesehen, die zur Exportsteigerung beitragen. Dazu gehoeren: Dollar-Importlizenzen, die 25% des Ertrages ihrer in den Vereinigten Staaten verkauften Waren entsprechen; die Genehmigung von Vorrechten; und die Bewilligung von Bauvorhaben und Zuteilung von Material.

Die Gewerkschaften und die Gewerkschaftspresse unterstuetzen diese Projekte ausnahmslos und beteiligen sich an deren Planung und Durchfuehrung. Der Hauptzweck der Exportmesse besteht darin, den Dollarabnehmern der Vereinigten Staaten Waren zu zeigen, die die europaeischen Nationen anzubieten haben; sie hoffen damit, den Exporthandel fuer Europa zu foerdern und den Mangel an Dollars reduzieren zu helfen.

Zwei prominente schwedische Gewerkschaftsfunktionaere sind Mitglieder eines von der Regierung gegruendeten Komitees, das Schwedens Beteiligung an dieser Messe vorbereiten und organisieren soll und Moeglichkeiten, sich an weiteren amerikanischen Messen zu beteiligen, in Erwaegung zieht. Knut Larsson, Praesident der schwedischen Holzindustriearbeiter Gewerkschaft, und Helga Johansson, Finanzsekretaerin der Gewerkschaft der Zivilangestellten, gehoeren zu dem Komitee, das sich aus 22 Mitgliedern, der Regierung, Industrie und des Handels zusammensetzt. Mr. Larsson gehoert ausserdem zu dem sechs Mitglieder zaehlenden Arbeitsausschuss fuer die Ausstellung der OEEC, und Larsson sowie Johansson sind bereits frueher in den Vereinigten Staaten gewesen.

Inzwischen hat es sich ein anderes, wichtiges Komitee, in dem die Gewerkschaften vertreten sind, naemlich das Wirtschafts-Informations-Komitee, zur Aufgabe gemacht, die inlaendische Propagandakampagne zur Steigerung des Exports einzuleiten. In diesem Komitee arbeiten Vertreter der Regierung und des Unternehmervverbandes mit zwei der groessten Gewerkschaftsorganisationen Schwedens, dem Schwedischen Gewerkschaftsbund und der Zentralgewerkschaft der Angestellten, zusammen.

Dieses Komitee widmet seine Arbeit der Verwirklichung der Ziele des Marshall Planes und bedient sich in Verbindung mit der Exportkampagne aller ihm zur Verfuegung stehender Mittel zur Infor-mierung der Oeffentlichkeit. Vier Filme sind von diesem Gremium produziert worden. Zwei davon, "Die Wahrheit ueber Johansson" und "Warum ist es falsch, montags nicht zu arbeiten?" behandeln das Thema Fernbleiben von der Arbeit. "Wo sind die Haende?" stellt in erzaehlender Form dar, wie wichtig es ist, einen Beruf zu erlernen und nicht fortwaehrend die Beschaeftigung zu wechseln. Diese drei Filme werden in oeffentlichen Lichtspielhaeusern und bei Tagungen von Gewerkschaften und genossenschaftlichen, politischen und Erzie-hungs-Organisationen vorgefuehrt.

Der vierte Film, mit dem Titel "Gruppenarbeit", zeigt, wie die Arbeiter an der Verbesserung der Produktionsverfahren Anteil und Nutzen haben koennen, und soll nur vor Arbeitergruppen vorgefuehrt werden.

Das Informations-Komitee hat eine Broschuere ueber die wirt-schaftliche Vereinigung veroeffentlicht. Sie traegt den Titel "Wir ziehen alle am gleichen Strang" und ist reich illustriert.

Die Gewerkschaftspresse hat den gesamten Inhalt der Broschuere gedruckt und als Zeitungsbeilage veroeffentlicht. Mit saemtlichen Gewerkschaftszeitungen und den allgemeinen Arbeiterzeitungen, die diese Beilage fuehrten, gelangte sie in den Besitz von 1.550.000 Gewerkschaftern Schwedens. 20.000 Unternehmer erhielten ebenfalls Kopien.

Das Komitee hat vier eindrucksvolle Plakate entworfen, die die Notwendigkeit der gesamtationalen Zusammenarbeit zum Wieder-aufbau dramatisieren. 35.000 Kopien eines jeden Plakates sind zur Verteilung gelangt. Mit Zeitungsreklamen, Illustrierten, Broschueren und vielen anderen Mitteln hat man diese Propaganda aktiviert.

Zum Informations-Komitee gehoeren: als Vorsitzender Sven Ander-son, Minister ohne Portefeuille, Folke Allard und Rudolph Meidner vom Schwedischen Gewerkschaftsbund und T. E. Bergstrom, Angestellten-gewerkschaft.

ECA Labor Information

ZEMPEL UND WERTS IN FUEHRENDEN POSITIONEN DES BUEROS FUER INTERNATIONALE ARBEITSANGELEGENHEITEN

Arbeitsminister Maurice J. Tobin gab heute bekannt, dass zwei Schluesselstellungen in der Abteilung fuer Internationale Arbeits-angelegenheiten im U. S. Arbeitsministerium besetzt worden seien. Arnold L. Zempel wurde zum Direktor und Leo R. Werts zum stellver-tretenden Direktor der Abteilung fuer Internationale Arbeitsange-legenheiten ernannt.

Unter der Gesamtleitung Philip M. Kaisers, des mit interna-tionalen Fragen beauftragten, stellvertretenden Arbeitsministers, wird Zempel fuer die Leitung und Koordinierung der internationalen Taetigkeiten aller Dienststellen und Bueros der Abteilung verant-wortlich sein. Werts unterstuetzt Zempel und fungiert waehrend seiner Abwesenheit als Direktor.

Das Buero fuer Internationale Arbeitsangelegenheiten ist fuer die Entwicklung der Politik und die technische Beratung in inter-nationalen Arbeitsangelegenheiten verantwortlich. Es ist in fuenf Referate unterteilt: Vereinte Nationen, Internationales Gewerk-schaftswesen, Handelsvertraege, Technische Unterstuetzung und Aus-landsdienst.

In allen Fragen der Aussenpolitik ist das Arbeitsministerium an den Arbeiten der Vereinten Nationen und ihrer Fachabteilungen unter der Gesamtleitung des Aussenministeriums beteiligt. Das Arbeitsministerium ist in erster Linie fuer die Mitarbeit der Vereinigten Staaten innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation verantwortlich. Es verfolgt die Entwicklungen des internationalen Gewerkschaftswesens und spielt in der Organisation eine Rolle, deren Aufgabe es ist, das Programm der gegenseitigen Handelsvertraege zu entwerfen und durchzufuehren. Andere Dienststellen des Ministeriums beschaeftigen sich mit den Programmen anderer Laender zur technischen Unterstuetzung auf dem Gebiet der Arbeit und der Arbeitskraefte. Nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1945 ueber den Auslandsdienst ist das Ministerium zusammen mit den Ministerien fuer Landwirtschaft, Handel und dem Aussenministerium, Mitglied des Rates fuer den Auslandsdienst. Innerhalb dieses Gremiums ist das Arbeitsministerium hauptsaechlich fuer das Programm "Arbeit im Ausland" verantwortlich.

Zempel stammt aus Wisconsin und promovierte 1927 an der Universitaet von Wisconsin. An der gleichen Universitaet machte er spaeter seinen volkswirtschaftlichen Doktor. Von 1935 bis 1942 lehrte er Arbeitswissenschaft und -statistik an der Washington Universitaet in St. Louis, Missouri. 1943 gehoerte Zempel dem Nationalen Ausschuss fuer Arbeitsfragen im Kriege (National War Labor Board) in Kansas City, Missouri, an. Waehrend des Krieges war er Major bei der Militaerregierung und war als Beamter fuer Arbeitsangelegenheiten in Italien und Deutschland eingesetzt. Seit 1946 war Zempel im Amt fuer Internationale Arbeitsangelegenheiten taetig. Vor seiner Ernennung zum Direktor war er stellvertretender Direktor in diesem Amt und nahm als Mitglied der US Delegationen an mehreren Tagungen der Internationalen Arbeitsorganisation teil.

Werts, gebuertig aus Ohio, promovierte 1929 am George Williams College in Chicago, Illinois, und spaeter wurde ihm von der Universitaet Chikago der Titel "Bachelor of Philosophy" (Ph 3) verliehen. Von 1941 bis 1945 war er ununterbrochen in der Abteilung fuer Arbeit im Buero fuer Produktionsleitung taetig, ferner im Aufsichtsrat fuer Kriegsproduktion und in dem Ausschuss zur Ueberwachung der Arbeitskraefte im Kriege. Von 1945 bis zu seiner jetzigen Ernennung amtierte Werts als Direktor der Abteilung fuer Arbeit im Amt der amerikanischen Militaerregierung und unterstand von 1946 bis zu seinem Amtsantritt im Arbeitsministerium unmittelbar dem Militaergouverneur, General Lucius D. Clay.

Informationsdienst des
U.S. Arbeitsministeriums
19. Januar 1950

EIN INTERESSANTER BRIEFWECHSEL

Berlin - Es folgt der Text eines Briefes, den die Kommandanten Westberlins an den sowjetischen Kommandanten Ostberlins, Generalmajor Kotikow, gerichtet haben:

Generalmajor A. Kotikow
Garnisonskommandeur und
Militaerkommandant des
sowjetischen Sektors Berlins

13. Januar 1950

Betrifft: Verletzung des Abkommens zur Beilegung des Berliner Eisenbahnerstreiks.

Wir stellen mit Bedauern fest, dass sie sich in Ihrem Brief vom 19. Dezember 1949 erneut weigern, dem feierlichen Versprechen

der sowjetischen Behoerden nachzukommen, das die Basis zur Be-
endigung des Berliner Eisenbahnerstreiks bildete.

Sie versichern, dass die Aussenminister auf ihrer Konferenz in Paris die Beilegung des Berliner Eisenbahnerstreiks nicht als einen wesentlichen Faktor zur Normalisierung des Lebens in Berlin betrachteten. Das entspricht nicht den Tatsachen. Am 15. Juni wurde das Problem des Berliner Eisenbahnerstreiks in einer Sonder-sitzung der vier Aussenminister in Paris besprochen. Bei dieser Gelegenheit erklarte der amerikanische Aussenminister, dass die vier Aussenminister an einem Modus vivendi fuer Deutschland arbeiteten, der, wie es Mr. Wyschinsky bezeichnete, ein Abkommen unter Gentlemen sei, das den guten Willen der Beteiligten erfordere. Wenn die vier Maechte keine Einigung erzielen koennten, die diesen Streik beenden kann, dann haette angesichts einer solchen Unfaehigkeit, sich ueber eine praktische Angelegenheit zu einigen, auch jede andere Vereinbarung, die sie treffen koennten, wenig Wert. Diese klare Feststellung, der sich auch die Aussenminister Englands und Frankreichs anschlossen, kann keinen Zweifel darueber gelassen haben, dass das weitere Gelingen der Viermaechtezusammenarbeit in Berlin von einem aufrichtigen Beweis seitens der sowjetischen Behoerden abhaengig ist, dass sie wirklich daran interessiert sind, normale Bedingungen in Berlin zu schaffen, wobei die Beilegung des Eisenbahnerstreiks eine wesentliche Rolle spielt.

Was die einzelnen Bestimmungen des Abkommens betrifft, nach dem der Streik beendet werden sollte, so ist es angesichts der in Ihrem Brief enthaltenen Ungenauigkeiten notwendig, diese noch einmal zu wiederholen und auf die zahlreichen Versuche der Kommandanten Westberlins hinzuweisen, bei den sowjetischen Behoerden die Erfuellung dieser Bestimmungen zu erwirken.

Sie geben in Ihrem Briefe an:

(a) dass sich dieses Eisenbahnabkommen nicht auf die Eisenbahner bezieht, die in den Westsektoren wohnen und im Ostsektor und in der Ostzone arbeiten.

(b) dass die Westmarkeinnahmen der Verwaltung der staedtischen Bahnen Berlins nicht einmal ausreichen, um 60% der Loehne und Unterstuetzungen den Eisenbahnern zahlen zu koennen, die in den Westsektoren leben und arbeiten, und

(c) dass den Arbeitern, die an dem Streik teilgenommen haben, kein Nachteil durch Entlassung oder Versetzung entstanden sei, und dass es nur Versetzungen einzelner Arbeiter im Rahmen normaler Verwaltungsvorgaenge gegeben habe.

Mit Bezug auf Punkt (a) schrieb General Howley an General Kvashnin am 10. Juni 1949 folgendes:

„Ich nehme zur Kenntnis, dass die Reichsbahndirektion weiterhin allen Eisenbahnern, die in den Westsektoren Berlins wohnen, folgendes zusichert:

Die Reichsbahndirektion zahlt mindestens 60% der Loehne in Westmark fuer die in den Westsektoren Berlins wohnenden Arbeiter vom Tage ihrer Wiederaufnahme der Arbeit an. Diese Zusicherung soll allen Eisenbahnern, die in der Westzone wohnen, ohne Ruecksicht auf ihre Gewerkschaftszugehoerigkeit, gegeben werden.“

General Kvashnin bestaetigte diese Feststellung muendlich General Howley gegenueber und gab spaeter in einem Brief vom 20. Juni 1949 erneut seine Zustimmung. In diesem Brief hiess es: "Ich bestaetige, dass der Inhalt der Vorschlaege der Reichsbahndirektion in Ihrem Briefe richtig wiedergegeben wurde."

Diese Vereinbarung war kaum getroffen worden, als sie auch schon durch die Anordnung der Reichsbahndirektion vom 30. Juni verletzt wurde, in der befohlen wurde, dass "diejenigen Eisenbahner, die in den Westsektoren wohnen, aber im Ostsektor arbeiten, ausschliesslich in Ostmark bezahlt werden." Die Westkommandanten machten in ihrem Brief vom 19. Juli die sowjetischen Behoerden auf diesen offenkundigen Bruch des Abkommens aufmerksam. Der Generaldirektor Voevodskij versuchte in seinem Antwortschreiben vom 2. August den eindeutigen Wortlaut des urspruenglichen Abkommens durch den Beweis zu entstellen, dass sich die Anordnung nur auf Arbeiter und Angestellte der Eisenbahn beziehe, die in den Westsektoren wohnten und arbeiteten.

In unseren Briefen vom 9. September, 21. September, 28. September und 21. November ersuchten wir die Sowjetbehoerden vergeblich, sich an ihre formellen Versprechen zu halten. Sie sind leider nicht auf unsere eindringlichen und wiederholten Gesuche zur Einberufung einer weiteren Beratungskonferenz der Vierermaechte eingegangen. Deshalb ist es Ihnen zuzuschreiben, wie wir auch schon in unserem Briefe vom 28. September zum Ausdruck brachten, wenn wir heute annehmen muessen, dass die Sowjetbehoerden nicht an einer Regelung dieser hoechst wichtigen Angelegenheit interessiert sind, die einen Hauptfaktor in der Normalisierung des Lebens in dieser Stadt darstellt. Und aus diesem Grunde teilten wir Ihnen auf Anordnung unserer Hohen Kommissare mit, dass wir nicht gewillt seien, die Besprechungen ueber die Normalisierung des Lebens in Berlin fortzusetzen, solange wir uns nicht darauf verlassen koennten, dass frei vereinbarte Abmachungen von den Sowjetbehoerden in Geist und Tat respektiert werden.

Was die ungenuegenden Einnahmen in Westmark betrifft, (Punkt b), stellen wir fest, dass Sie sich in Ihrem Brief nur auf die Einnahmen der "staedtischen Bahnen" beziehen. Wenn Sie damit die Westmarkeinnahmen der S-Bahn meinen, ist es wohl moeglich, dass diese tatsaechlich unzureichend sind. Wir moechten Sie jedoch auf die urspruengliche Vereinbarung der Reichsbahndirektion aufmerksam machen, auf die sich General Kvashnin in seinem Brief vom 20. Juni bezieht, und die besagt, "dass sich die Generaldirektion der Reichsbahn von nun an verpflichtet, 60% der Loehne und Gehaelter der Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn, die in Westberlin wohnen, bis zu einer allgemeinen Regelung des Berliner Waehrungsproblems in Westmark zu zahlen. Dieser Prozentsatz kann, je nach den Westmarkeinnahmen der Reichsbahn, erhoehrt werden." Wir stellen mit Genugtuung fest, dass die Westmarkeinnahmen der Reichsbahn mehr als zureichend sind, um die Bedingungen dieser Abmachung erfuellen zu koennen.

Was die Frage der Vergeltungsmassregeln betrifft, (Punkt c), so sind unseres Wissens mehrere hundert Eisenbahnarbeiter, die an dem Streik teilnahmen, durch Entlassung oder Versetzung in schlechtere Stellungen bestraft worden. Wenn Sie diese grausame Massnahme als "einen normalen, ueblichen Vorgang in der Verwaltung bezeichnen," so deutet dies in genuegendem Masse auf die Gleichgueltigkeit hin, mit der die sowjetischen Behoerden der Wohlfahrt des Arbeiters gegenueberstehen. Ausserdem wissen wir, dass sich noch eine Anzahl dieser Eisenbahnarbeiter im Ostsektor und in der Ostzone in Gefaengnissen des Ostsektors und der Ostzone befinden, ohne dass ihre Lage durch ein gerichtliches Verfahren geklaert wird.

Was Ihre Stellungnahme zu unserer Anordnung betrifft, in der wir die Uebergabe von Eisenbahnmaterial ohne unsere vorherige Genehmigung verboten haben, so muessen Sie wissen, dass wir zu dieser Handlung gezwungen waren, um die heimliche Beseitigung von Reichsbahneigentum zu verhindern. Auch musste gegen Angestellte der Reichsbahn gesetzlich vorgegangen werden, die solche Vergehen heimlich beguinstigten.

Angesichts der hiermit gemachten Betrachtungen muessen wir erneut darauf bestehen, dass sich die sowjetischen Behoerden an das geschriebene Wort in General Kvashnins Brief vom 20. Juni 1949 halten. Wir wiederholen, dass, wenn die Sowjetbehoerden einen fuehlbaren Beweis ihrer Absicht geben, die Abmachungen vom letzten Juni vorigen Jahres zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks einzuhalten, wir bereit sein werden, Sachverstaendige zu bestimmen, die mit General Kvashnin die Einzelheiten unserer Beschwerden hinsichtlich der Behandlung der Eisenbahnarbeiter besprechen sollen. Ohne diesen Beweis sind wir der Ansicht, dass von einer Fortsetzung dieses Briefwechsels keine erspriesslichen Ergebnisse zu erwarten sind.

England

USA

Frankreich

Generalmajor
G.K. BOURNE

Generalmajor
MAXWELL D. TAYLOR

Divisionsgeneral
GANEVAL

Und nun Generalmajor Kotikows Schreiben vom 19. Dezember an die drei Kommandanten Westberlins:

Generalmajor Maxwell D. Taylor
Chef der amerikanischen
Militaerverwaltung in Berlin

Berlin-Karlshorst, 19.Dez.1949

Sehr geehrter Herr General:

Ihr Schreiben vom 21. November 1949 kann nichts an meiner Meinung aendern, die ich bereits frueher zum Ausdruck gebracht habe, naemlich dass eine einseitige Entschliessung der drei Kommandanten Westberlins zur Abbrechung der Besprechungen ueber Angelegenheiten, die sich auf die Normalisierung des Lebens in Berlin beziehen, nicht gerecht ist; eine solche Entschliessung steht vielmehr im Widerspruch zu dem Beschluss des Aussenminiterrates in Paris und stellt eine Verletzung ihrerseits der Interessen der Berliner Bevoelkerung dar.

Die in Ihrem Brief enthaltene Bemerkung, dass der Rat der Aussenminister in Paris sich in Anbetracht der damaligen Lage der Eisenbahner in den Westsektoren Berlins entschlossen habe, sich mit der Normalisierung des Lebens in Berlin zu befassen, entspricht weder dem Text der Entschliessung, auf die Sie sich beziehen, noch dem gegenwaertigen Stand der Verhandlungen ueber die Berliner Frage auf der Aussenministerkonferenz, wie Sie aus dem stenographischen Bericht der betreffenden Konferenz ersehen koennen. Ihr Schreiben vom 21. November 1949 kann deshalb nur als ein Versuch angesehen werden, sich fuer den von Ihnen verursachten Abbruch der Viermaechte Beratungskonferenzen ueber die Normalisierung des Lebens in Berlin nachtraeglich zu rechtfertigen. Ich kann deshalb nur wiederholen, dass die Verantwortung fuer den Abbruch der Besprechungen ausschliesslich den Kommandanten der Westsektoren zufaellt, die sich nun ohne jegliche Berechtigung als Vertreter der Eisenbahner aufspielen.

Ihre Behauptung, die Berliner Eisenbahnverwaltung verletze ein Abkommen, das mit Bezug auf die Lohnzahlung in Westmark an die

Eisenbahner der Westsektoren getroffen worden sei, steht in Widerspruch zu den Tatsachen; die Eisenbahnverwaltung zahlt, wie vereinbart, regelmaessig 60% der Loehne an diejenigen Eisenbahner, die in den Westsektoren wohnen und arbeiten. Der stellvertretende Chef der Transportabteilung (SMAG) teilte Ihnen bereits in einem Brief vom 2. August 1949 mit, dass die Abmachungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Eisenbahnen in der Sowjetzone und der Eisenbahnergewerkschaft sich nur auf Arbeiter und Angestellte erstreckten, die in den Westsektoren wohnen und arbeiten, und dass in diesem Abkommen nicht die Zahlung von 60% der Loehne und Unterstuetzungen fuer diejenigen Eisenbahnarbeiter vorgesehen sei, die in den Westsektoren wohnen, aber im Ostsektor arbeiten.

Und es ist selbstverstaendlich, dass dem so ist, denn die Berliner Eisenbahnverwaltung konnte sich gar nicht damit einverstanden erklaren, die obengenannte Vereinbarung auch auf diejenigen Eisenbahner auszudehnen, die in den Westsektoren wohnen und im Ostsektor arbeiten, da die Westmarkeinnahmen der Verwaltung der staedtischen Bahnen Berlins nicht einmal ausreichen, um 60% der Loehne und Unterstuetzungen selbst den Eisenbahnern zahlen zu koennen, die in den Westsektoren wohnen und arbeiten. So beliefen sich z.B. die Einnahmen der Berliner Stadtbahnen im Monat November 1949 auf 1.843.000 in Westmark. Die durchschnittliche monatliche Lohnrechnung fuer Eisenbahner, die in den Westsektoren wohnen und arbeiten, belaeuft sich jedoch auf 1.878.000 Westmark.

Eine Annahme Ihrer Vorschlaege, die in dem Abkommen nicht angegeben sind, wuerde deshalb zu einer wirtschaftlichen Desorganisation der Berliner Eisenbahnen fuehren.

Auch muss ich Ihre Behauptung zurueckweisen, die Berliner Eisenbahnverwaltung haette angeblich Repressalien gegen die an dem Streik Beteiligten ergriffen, indem man sie entlassen oder versetzt haette.

Solche Behauptungen entbehren jeder Grundlage, da Versetzungen einzelner Eisenbahner einen normalen Vorgang in der Verwaltung und ein Verfahren darstellen, das bereits vor den obenerwaehnten Ereignissen bestand.

Zu gleicher Zeit fuehle ich mich gezwungen, Ihre Aufmerksamkeit auf das von den Kommandanten der Westsektoren erlassene gesetzeswidrige Verbot zu lenken, Eisenbahnmateriale und Ersatzteile aus Bahnhoeften der Westsektoren in solche des Ostsektors zu befoerdern. Ich mache Sie ebenfalls auf die Anordnung der Westkommandanten aufmerksam, Wohnungen und Mieten zu beschlagnahmen, die der Reichsbahnverwaltung durch Vermietung von Grundstuecken an Inhaber von Imbisstuben, Restaurants, Zeitungsstaenden, etc. zufluessen. Solche Massnahmen gehoeren nicht in den ueblichen Aufgabenbereich einer Eisenbahnverwaltung.

Wenn Sie jedoch ueber irgendeine Frage betreffs der Berliner Eisenbahnen im unklaren sind, wird General Kvashnin, wie mir mitgeteilt wurde, jederzeit bereit sein, einen Vertreter von Ihnen zu empfangen, um mit ihm ueber die betreffenden Fragen zu beraten.

Briefe gleichen Inhalts habe ich an Generalmajor Bourne und Divisionsgeneral Ganeval gesandt.

Hochachtungsvoll

gez. A. Kotikow
Generalmajor

Informationsabteilung der Amerikanischen
Hohen Kommission in Berlin
14. Januar 1950

AFL FUER SOLIDARITAET DER ARBEITERSCHAFT DER GANZEN WELT

(Miami, Florida) -- Der Verwaltungsrat des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL forderte, dass wir uns mit "verdoppelten Kraefte" fuer die Solidaritaet der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt einsetzen. Er unternahm Schritte, die den AFL in seinem Kampf um bessere Lebensbedingungen in Amerika unterstuetzen sollen.

Kurz vor Beendigung der Wintersitzungsperiode trafen die Mitglieder des Verwaltungsrates folgende Entschliessung:

1. In 60 Tagen soll der Internationale Metallarbeiter Verband dazu eingeladen werden, sich mit seinen 600.000 Mitgliedern dem AFL wieder anzuschliessen.
2. Indien soll unterstuetzt werden, damit es seine gegenwaertigen Ernaehrungsschwierigkeiten ueberwinden, sein staatliches Erziehungssystem ausbauen und die allgemeine Gesundheitslage verbessern kann.
3. Der im Dezember letzten Jahres in London gegruendete Internationale Weltbund Freier Gewerkschaften soll mit allen Mitteln unterstuetzt werden.
4. Franco-Spanien und das kommunistische China sollen von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt werden.
5. Der US Senat soll die Konvention der Vereinten Nationen ratifizieren, die Massenmord an nationalen, rassischen und religiösen Gruppen verbietet.
6. Der Kongress soll sofort die Steuern fuer Transport, Theaterkarten und verschiedene Verbrauchsgueter abschaffen.
7. Das Gesuch soll befuerwortet werden, in dem der Administrator des nationalen Gesundheitswesens, Oscar Ewing, fordert, dass die Mitglieder des AFL ueber das von dieser Organisation unterstuetzte Krankenversicherungsprogramm konkrete Informationen enthalten.
8. Staatssekretaer Williard L. Thorpe berichtete von der Tragweite und den Auswirkungen des Internationalen Handelsabkommens, das im vorigen Jahre in Havanna in Kraft getreten ist.

Der Verwaltungsrat und die ihm angeschlossenen Referate bearbeiteten waehrend ihrer hiesigen Sitzungen eine Menge wichtiger Angelegenheiten, die noch im Rueckstand waren.

Die fuehrende Rolle hervorhebend, die der AFL in internationalen Angelegenheiten spielt, brachte der Verwaltungsrat zum Ausdruck, dass die 8 Millionen Mitglieder des AFL von der Regierung der Vereinigten Staaten erwarteten, dass sie sich dem Kommunismus und dem Faschismus ueberall da, wo er in der Welt auftreten sollte, entschlossen entgegenstellt.

Schliesslich erklaerte sich der Verwaltungsrat erneut dazu bereit, Praesident Trumans Punkt-Vier-Programm zu billigen, mit dem unentwickelten Wirtschaftsgebieten geholfen werden soll. Betont wurde die Notwendigkeit, dass auch die Gewerkschaften bei der Ausarbeitung der Plaene zur technischen Unterstuetzung dieser Gebiete vertreten sein muessen.

Aus dem woechentlichen Nachrichtenblatt
des AFL, "American Federation of Labor"
7. Februar 1950

UNABHAENGIGKEIT DER ARBEITSRICHTER GEFORDERT

In seiner Sitzung vom 2. Februar 1950 befasste sich der Verbandsausschuss des vor kurzem wiederbegründeten Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes e.V. u.a. mit der Rechtsstellung der in der Arbeitsgerichtsbarkeit hauptberuflich taetigen Richter. In einer Entschliessung zu einem im Bundesjustizministerium z.Zt. vorliegenden Entwurf eines Richtergesetzes fordert der Ausschuss die Sicherung der vollen persoenlichen Unabhaengigkeit auch fuer die in der Arbeitsgerichtsbarkeit hauptberuflich taetigen Richter.

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 51

Frankfurt, 24. Februar 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| „Waffenstillstand“ zwischen zwei grossen U.S. Gewerkschaften - - - - - | 2 |
| AFL gegen Anerkennung Franco-Spaniens - - - | 4 |
| Zwei Gewerkschaftsfuehrer treten aus dem Kommunistischen Elektriker-Verband Amerikas aus - - - - - | 5 |
| Gewerkschaften in Belgien - - - - - | 8 |
| Kommission des internationalen Arbeitsamtes zur Wahrung der gewerkschaftlichen Rechte - | 11 |

"WAFFENSTILLSTAND" ZWISCHEN ZWEI GROSSEN U.S. GEWERKSCHAFTEN

Die Frage der Zustaendigkeit bestimmter Gewerkschaften fuer bestimmte Industrien spielt eine grosse Rolle in den innerorganisatorischen Beziehungen der amerikanischen Gewerkschaften. Schwere Kaempfe und sogenannte "jurisdictional" (Zustaendigkeit) Streiks haben die amerikanische Gewerkschaftsbewegung oft geschaedigt. Jetzt haben zwei der groessten U.S. Gewerkschaften, die ernsthaft Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiet hatten, einen "Waffenstillstand" geschlossen. Der nachstehende Bericht gibt die Einzelheiten des Abkommens wieder.

Der U.S. Arbeitsminister Maurice J. Tobin gab bekannt, dass zwei der groessten amerikanischen Gewerkschaften, der Internationale Metallarbeiterverband (IAM) und die Vereinigten Automobilarbeiter (UAW-CIO), freiwillig durch ein Abkommen die Frage der Zustaendigkeit geklaert haetten. Der Arbeitsminister fuehrte im einzelnen aus:

"Dieser Pakt ist zwischen zwei bedeutenden Gewerkschaften zustande gekommen, ohne dass die Regierung in irgendeiner Form vermittelt oder einen Druck ausgeuebt haette. Ich glaube, dass dieses Abkommen wesentlich zum industriellen Frieden beitragen kann, indem es unnoetige Streitigkeiten wegen der Zustaendigkeit unmoeglich macht. Jeder denkende Buerger unseres Landes wird es mit grosser Befriedigung begruessen. Es ist ein Beweis dafuer, dass die Gewerkschaften ihre eigenen innerorganisatorischen Angelegenheiten aus freiem Entschluss heraus und ohne Vermittlung der Regierung regeln koennen.

"Ich moechte hiermit den Beamten und Mitgliedern beider Organisationen meine Anerkennung aussprechen. Sie haben ihre Faehigkeiten unter Beweis gestellt, indem sie ein solches Abkommen und damit eine Loesung ihrer Zustaendigkeitsprobleme zustande brachten, die die Bewegung so oft von ihren eigentlichen Aufgaben abgelenkt haben."

Gleichzeitig veroeffentlichte der Arbeitsminister folgende gemeinsame Erklaerung der Praesidenten dieser beiden Gewerkschaften, Al Hayes (IAM) und Walter P. Reuther (UAW-CIO):

"Unsere Organisationen haben freiwillig diesen Vertrag geschlossen, der dem gemeinsamen Wohle unserer Mitglieder und der Foerderung des industriellen Friedens und der wirtschaftlichen Stabilitaet dienen soll. Er stellt einen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlergehen unseres Volkes und unseres Landes dar. Wir waren immer der Auffassung, dass die Arbeiterschaft ihre innergewerkschaftlichen Angelegenheiten ohne die Regierung loesen kann."

Es folgt der ungekuerzte Wortlaut des Vertrages:

In dem Bestreben, die Wohlfahrt der Arbeiter, die durch unsere beiden Organisationen vertreten sind, zu foerdern und ihre Arbeitsbedingungen, Loehne und Arbeitszeit zu verbessern, und

Zur Foerderung der Solidaritaet der Arbeiterschaft durch Organisation der noch nicht Organisierten und durch Vereinigung der gesamten Gewerkschaftsbewegung

Wird folgendes gemeinsam beschlossen:

1. Wenn eine der beiden Organisationen mit einem Unternehmer in den Vereinigten Staaten in vertraglich festgelegten Beziehungen steht, oder ihr von dem Bundesausschuss fuer Arbeitsfragen (National Labor Relations Board) die Zustaendigkeit als Tarifpartner zuerkannt

wurde, darf sich die andere Organisation auf keinen Fall in diese Beziehungen einmischen, indem ihre Beamte, Vertreter oder Mitglieder um die Mitgliedschaft der der anderen Organisation zustehenden Arbeiter werben, Aufnahmeantraege annehmen oder irgendwelche Taetigkeiten ausueben oder unterstuetzen, die dazu bestimmt sind, solche Beziehungen zu stoeren.

2. In allen gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben steht es beiden Organisationen frei, Werbetaetigkeit auszuueben, um die Arbeiter dieser Betriebe in ihre Gewerkschaft aufzunehmen und als Tarifpartner anerkannt zu werden. Es wird vereinbart, dass beide Organisationen im Verlaufe solcher Werbekampagnen so handeln muessen, dass es moeglich ist, ein loyales Verhaeltnis dieser Arbeiter zu den Gewerkschaften zu schaffen, und dass sie nicht versuchen duerfen, durch eine bestimmte Taktik und Methoden organisatorische Vorteile zu erlangen, die auf lange Sicht gesehen die Interessen der Gewerkschaftsbewegung beeintraechtigen.

3. Weiterhin wird vereinbart, dass sich die beiden Organisationen fuer eine groesstmoegliche Zusammenarbeit einsetzen sollen, um die Programme und die Politik foerdern zu koennen, die den Interessen unserer Mitglieder und unserer Nation dienen.

4. Dieser Vertrag ist fuer alle Betriebe in den Vereinigten Staaten, mit Ausnahme der unten Genannten gueltig. Die Betriebe unter "A" werden erfasst werden, sobald die Streitigkeiten ueber die Betriebsvertretungen beendet sein werden. Ausgenommen von diesem Vertrag sind ohne Einschraenkung folgende Unternehmen: Duplex Division of the Goss Printing Press Company of Battle Creek, Michigan, und International Harvester Company, Stockton Works, Stockton, Kalifornien. Es bleibt vorbehalten, ueber das letztgenannte Unternehmen spaeterhin zu beraten und eine Ueberpruefung durch beide Partner vorzunehmen.

"A" Auto Lite Plant, Lockland, Ohio
Carter Carburetor Corp., St. Louis, Missouri
International Harvester Company, Melrose Park Branch,
Melrose Park, Illinois
Meuller Brass Company, Port Huron, Michigan

5. Beide Parteien verpflichten sich, dieses Abkommen nach bestem Willen einzuhalten, und keine der beiden Organisationen darf durch irgendwelche Manipulationen versuchen, sich einer dieser Bestimmungen zu entziehen. Sollten sich irgendwelche Probleme oder Streitigkeiten aus diesem Vertrag ergeben, dann treten die fuehrenden Beamten beider Organisationen zusammen, um im Geiste dieses Vertrages ueber diese Probleme oder Streitigkeiten zu beraten.

6. Dieser Vertrag ist von unbegrenzter Dauer. Er kann bei einer Kuendigungsfrist von mindestens 60 Tagen abgeaendert oder ausser Kraft gesetzt werden. Die Organisation, die die Abaenderung oder Aufhebung wuenscht, hat die Kuendigung bei der anderen Organisation nach vorausgegangener Konferenz zwischen den bevollmaechtigten Vertretern beider Organisationen einzureichen.

Woechentliches Organ des
Internationalen Metallarbeiter
Verbandes, "The Machinist"
9. Februar 1950

AFL GEGEN ANERKENNUNG FRANCO-SPANIENS

Der Verwaltungsrat des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL ersuchte die US Regierung, an der Politik der Nichtanerkennung Franco-Spaniens festzuhalten.

Im einzelnen wurde zu diesem Thema folgendermassen Stellung genommen:

"Der Verwaltungsrat des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL hat sich erneut mit der Frage befasst, ob unsere Regierung die faschistische Diktatur Spaniens unter dem Generalissimus Franco diplomatisch voll anerkennen soll.

"Wir bringen erneut zum Ausdruck, dass wir eine Anerkennung ablehnen und fordern das Aussenministerium auf, die Politik der Nichtanerkennung unbedingt beizubehalten. Wir ersuchen den Praesidenten der Vereinigten Staaten und die aussenpolitischen Ausschuesse des Senats und Repraesentantenhauses, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um die Fortsetzung der bisher eingeschlagenen Politik der Nichtanerkennung des Falangistenregimes in Spanien zu gewahrleisten.

"Es ist unsere feste Ueberzeugung, dass unsere Regierung einen Fehler nach dem anderen begehen wuerde, wenn sie sich erst einmal zu einem solchen Schritt verleiten liesse und ihn auch zu entschuldigen suchte. Wir koennen uns nicht vorstellen, dass angesichts der gegenwaertigen, explosiven, internationalen Lage - in der der kommunistische Totalitarismus die groesste Kriegsgefahr darstellt - eine Anerkennung Franco-Spaniens durch die fuehrende Demokratie der Welt ueberhaupt keine moralischen Folgen haben soll.

"Unsere Regierung koennte dann ebensogut die kommunistischen Usurpatoren anerkennen, die mit Russlands Hilfe die verfassungsgemaesse Regierung Chinas gestuerzt haben. Und China war das allererste Land, das sich der totalitaeren Agression widersetzt hat.

"Auch muessen wir die Behauptung zurueckweisen, ein amerikanischer Botschafter in Madrid koenne mithelfen, eine politische und wirtschaftliche Reform in Spanien zu beschleunigen.

"Ganz im Gegenteil, eine solche Anerkennung wuerde eine ausgedehnte finanzielle Unterstuetzung einer verabscheuungswuerdigen Gewaltherrschaft bedeuten, die sich nun in einer Krise befindet und ohne fremde Hilfe zugrunde gehen muss.

"Gerade in diesem Augenblick, in dem Russland versucht, mit dem kommunistischen China als Kugelfang ganz Asien in erschreckendem Tempo unter das Joch des totalitaeren Kommunismus zu bringen, wuerde eine Anerkennung Francos verheerende Reaktionen im Fernen Osten hervorrufen.

"Die amerikanischen Gewerkschaftsdelegierten auf dem Londoner Kongress des Internationalen Weltbundes Freier Gewerkschaften sprachen sich einstimmig und nachhaltig gegen die Anerkennung der Franco-Diktatur aus und taten damit den Willen der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung kund. Die demokratischen Gewerkschafter koennen naemlich nicht vergessen, dass in Franco-Spanien keine Gewerkschaften bestehen duerfen, gewerkschaftliche Taetigkeiten verboten sind und die Anhaenger des Gewerkschaftswesens eingekerkert und sogar hingerichtet werden.

"Wir koennen es nicht stark genug betonen, dass eine Anerkennung Francos durch die Vereinigten Staaten den Diktatoren Latein-Amerikas nur mehr Macht in ihre brutalen Faeuste geben wuerde. Diese Diktatoren sind gefaehrliche Feinde der Demokratie in der westlichen Hemisphaere. Es ist kein Zufall, dass die ausgepraegtesten Diktaturen Latein-Amerikas - Argentinien, Dominikanische Republik und Peru - diejenigen sind, die diplomatische Vertreter in Madrid haben. Franco stellt eine gefaehrliche, totalitaere Macht nicht nur in Europa und Afrika, sondern auch in Latein-Amerika dar, wo er intime Freunde hat, die in ihm einen vorbildlichen Diktator sehen, waehrend sie unserer demokratischen Lebensweise feindlich gegenueberstehen. Jegliche Politik, die die demokratischen Kraefte der Neuen Welt schwaecht, wird auch unsere Regierung in ihrer Faehigkeit stark beeintraechtigen, eine wirksame Fuehrung im Kampf um die Wahrung der persoenlichen Freiheit auf der ganzen Welt auszuueben.

Gerade in dem Augenblick, in dem sich die Weltmaechte der Demokratie und der freien Gewerkschaften fester zusammenschliessen, darf unsere Regierung sie nicht entzweien. In dem Monat, in dem noch weitere Millionen von Menschen mit Vertrauen und Hoffnung auf unser Land als den wuerdigen Verteidiger der persoenlichen Freiheit blicken, duerfen wir sie nicht enttaeuschen und entmutigen.

"Mit aller uns zu Gebote stehender Aufrichtigkeit und Eindringlichkeit wenden wir uns an den Praesidenten der Vereinigten Staaten, an die aussenpolitischen Ausschuesse des Senats und des Repraesentantenhauses und an das Aussenministerium mit der Bitte, treu und unbeirrbar an der gegenwaertigen Politik der Vereinigten Staaten gegenueber der faschistischen Diktatur Spaniens festzuhalten.

Woechentliches Nachrichtenblatt
des AFL,
"American Federation of Labor"
7. Februar 1950

ZWEI GEWERKSCHAFTSFUEHRER TRETEN AUS DEM KOMMUNISTISCHEN ELEKTRIKER-VERBAND AMERIKAS AUS

Der Elektriker-Verband (UE) und sein kommunistisches Parteige fuege erlitten einen schweren Schlag, als am 5. und 7. Januar zwei langjaehrige Fuehrer des UE ploetzlich ihren Ruecktritt erklaeerten. Einer der beiden trat zu gleicher Zeit aus der Kommunistischen Partei aus.

Die Ruecktrittserklaerungen beider Funktionaere waren von bitteren Vorwuerven begleitet ueber die direkte kommunistische Bevormundung der Chikagoer Geschaefsstellen des UE, ueber die totalitaere Diktatur und die Zugehoerigkeit zahlreicher UE Fuehrer zur Kommunistischen Partei.

Die beiden Gewerkschaftsfuehrer sind:

Irving Krane, Rechtsvertreter und Geschaeftsfuehrer des UE Ortskartells 1150 waehrend der letzten 7 Jahre; Delegierter bei den UE Konventionen in den Jahren 1947 und 1948; Mitglied oder Teilnehmer zahlreicher getarnter kommunistischer Hilfsorganisationen, darunter mehrere, die von dem amerikanischen Oberstaatsanwalt als umstuerzlerisch bezeichnet wurden.

Lee Lundgren, Gewerkschaftssekretaer des UE Ortskartells 1150, Organisator und Funktionaer dieser Organisation seit 1944; anerkanntes Mitglied der Kommunistischen Partei und Mitglied verschiedener ge-

tarnter kommunistischer Hilfsorganisationen.

Der wie eine Bombe einschlagende Ruecktritt Kranes und Lundgrens wirkte auf den gesamten Apparat der Kommunistischen Partei im Bezirk Chikago und auf die gesamte Fuehrerschaft des UE wie eine Betaeubung; zuerst glaubten sie nicht daran, und dann befuerchteten sie, dass dieses Ereignis im ganzen Lande aehnliche Auflehnungen der kommunistischen UE Fuehrer hervorrufen koennte.

Die unterschriebenen Austrittserklaerungen Kranes und Lundgrens lieferten einen ueberzeugenden Beweis fuer die Richtigkeit der von UE Fuehrern der Rechten und IUE Fuehrern (IUE - Internationale Gewerkschaft der Elektroarbeiter, (nichtkommunistisch)) gemachten Vorwuerfe, dass der UE jahrelang voellig unter dem Einfluss kommunistischer Parteikommissare gestanden habe.

Austrittserklaerung Irving Kranes:

An die Mitglieder der Gewerkschaft der Elektrtoarbeiter, Ortskartell 1150:

Ab sofort lege ich mein Amt als Geschaeftsfuehrer des UE Orstkartells 1150 nieder, das ich waehrend der letzten sieben Jahre ununterbrochen innehatte.

Ich lehnte es ab, in diesem Jahre noch einmal fuer diese Stellung zu kandidieren, obwohl mir von den Mitgliedern der Gewerkschaft versichert wurde, dass ich mit grosser Mehrheit wiedergewaehlt wuerde, wenn ich die von dem Betriebsvorsitzenden von Sunbeam und mehreren Mitgliedern der groessten Betriebe mir angebotene Kandidatur annehmen wuerde.

Meinen Entschluss, die Kandidatur abzulehnen und mein Amt niederzulegen, begruende ich folgendermassen:

Ich kann nicht laenger mitansehen, dass es den Mitgliedern des UE einfach nicht gestattet ist, in ihren eigenen Gewerkschaftsangelegenheiten zu bestimmen und die Politik ihrer eigenen Gewerkschaft vorzuschreiben.

Der UE steht unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei, und zwar dermassen, dass es seinen Mitgliedern unmoeglich ist, von ihrem Grundrecht freien Gebrauch zu machen, innerhalb ihrer Gewerkschaft so zu handeln, wie es ihnen am geeignetsten erscheint.

Unsere Mitglieder sind erstaunt, dass fuer die jetzige Wahl innerhalb des Ortskartells nur diese eine Liste von Kandidaten aufgestellt wurde.

Sie werden jedoch nicht mehr erstaunt sein, wenn ich ihnen sage, dass diese Liste im voraus von der Kommunistischen Partei und von Ernest DeMaio zusammengestellt worden ist, ohne dass man dem Grundrecht der Gewerkschaftsmitglieder, ihre Kandidaten selbst zu bestimmen, Rechnung getragen hat.

Am 16. Dezember wurde im Verlaufe einer nichtoffiziellen Besprechung von Sa, Kushner, dem ehemaligen Geschaeftsfuehrer des Ortskartells 1119 und gegenwaertigen hauptberuflichen Organisator der Kommunistischen Partei, berichtet, dass Gil Green und andere Fuehrer der Kommunistischen Partei wegen politischer Meinungsverschiedenheiten gegen meine Kandidatur waeren.

Daraufhin wurden in dieser Konferenz die Kandidaten fuer die bevorstehende Wahl im Ortskartell 1150 bestimmt.

Dass DeMaio die Kommunistische Partei unterstuetzt, ist durch die Taetigkeiten der UE Vorstandsmitglieder bewiesen, die unter seiner Fuehrung arbeiten.

Im gesamten Verlauf meiner Amtszeit war die Wohlfahrt der Arbeiter oberstes Gebot fuer mich. Dafuer habe ich schriftliche Beweise.

Da ich der Ansicht bin, dass ich mich nicht laenger dem undemokratischen Treiben in dem UE anschliessen kann, fuehle ich mich gezwungen, meinen Austritt zu erklaren.

Mit herzlichem, kollegialem Gruss verbleibe ich

Euer

Irving Krane.

Austrittserklaerung Lee Lundgrens:

Mit dem heutigen Tage erklare ich meinen Ruecktritt als Gewerkschaftssekretaer des UE Ortskartells 1150 und meinen Austritt aus der Kommunistischen Partei.

Als Gewerkschafter bin ich der Meinung, dass man nicht zwei Herren dienen kann. Meine Zugehoerigkeit zur Kommunistischen Partei machte es mir unmoeglich, den wahren Interessen der Arbeiter zu dienen und eine demokratische Gewerkschaft aufzubauen, deren Leitung in den Haenden ihrer Mitglieder liegt, und die sich ausschliesslich der Wohlfahrt der Arbeiterschaft widmet. Ich bin nun voellig ueberzeugt, dass die Kommunisten die Arbeiter des UE dem Abgrund entgegenfuehren.

Durch meine Erfahrungen, die ich seit 1944 sammeln konnte, bin ich zu dieser Schlussfolgerung gekommen. Damals half ich mit, den Betrieb, in dem ich beschaeftigt war, in dem UE zu organisieren. Ich war Betriebsratvorsitzender an der Firma Goodman, vier Jahre lang Finanzsekretaer des Ortskartells 1150 und hauptberuflicher Gewerkschaftssekretaer seit 1945.

Kurz nach meinem Amtsantritt als Gewerkschaftssekretaer im UE, nahm mich Pat Amato, Praesident des Ortskartells 1150, in die Kommunistische Partei auf.

Ich trat in die Partei ein, weil man mir sagte, dass sie die Interessen der Arbeiter am besten vertreten wuerde und ich auf diese Weise den Arbeitern bei der Loesung ihrer taeglichen Probleme besser beistehen koennte.

Als Parteimitglied nahm ich an zahlreichen, nichtoffiziellen Besprechungen der Kommunistischen Partei teil, in deren Verlauf innere Angelegenheiten des UE offen besprochen und geplant wurden. Diese Besprechungen zeigten deutlich, dass es hier hauptsaechlich um die Interessen der Kommunistischen Partei ging und die Wohlfahrt der Gewerkschaftsmitglieder nur von untergeordneter Bedeutung war.

Diesen Konferenzen der Kommunistischen Partei wohnten u.a. bei: Praesident Pat Amato; Alice Smith, der Sekretaer des Bezirksvorstandes Nr. 11 des UE; Fred Dutner, ein UE Organisator fuer internationale Angelegenheiten; und Sam Kushner, ein Organisator der Kommunistischen Partei.

Auf einer solchen Konferenz der Kommunistischen Partei wurde kuerzlich erklart, dass Irving Krane "politisch unzuverlaessig" sei und Fred Dutner sein Nachfolger werden solle.

Wenn Pat Amato vor kurzem erklarte, Irving Krane sei deshalb nicht zum Geschaeftsfuehrer vorgeschlagen worden, weil er "unbefaehigt" sei, so ist dies eine typische kommunistische Luege. Ich war jahrelang Mitglied dieser Gewerkschaft und weiss aus eigener Erfahrung, dass Krane die besten Vertraege in diesem Ortskartell abgeschlossen hat. Es ist nicht schwierig, an Hand der Akten diese Tatsache zu beweisen.

Fred Dutner dagegen hat, soviel mir bekannt ist, in seinem Leben keinen einzigen Gewerkschaftsvertrag zustande gebracht.

Die Absicht, Krane aus einer fuehrenden Position in unserem Ortskartell zu verdraengen, ist nichts weiter als der letzte Punkt in einer langen Liste, der mich endgueltig davon ueberzeugt hat, dass der Elektriker-Verband voellig unfahig ist, ehrlich und aufrichtig zu handeln. Solange ich zu dieser Gewerkschaft gehoerte, hat sich Ernest DeMaio, der Praesident des Distrikts 11, kein einziges Mal den Beschlussen der Kommunistischen Partei widersetzt, die fuer die gewerkschaftlichen Angelegenheiten ausschlaggebend sind.

Deshalb rate ich den Mitgliedern des UE dringend, sich der kommunistischen Bevormundung zu entziehen und sich der CIO anzuschliesse. Ich bin bereit, sie hierbei mit allen mir zur Verfuegung stehenden Mitteln zu unterstuetzen.

gez. Lee Lundgren

"The IUE - CIO News"
Organ des Internationalen Verbandes
der Elektroarbeiter (CIO)
9. Januar 1950

GEWERKSCHAFTEN IN BELGIEN

Der folgende Artikel von Rene Cointre, dem Sekretaer fuer Forschung im Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbund, erschien in dem Magazin "Socialist Commentary". Er wird hiermit zu Ihrer Informierung und evtl. Verwendung veroeffentlicht. Die Wieder-veroeffentlichung ist gestattet worden.

Vier Gewerkschaftsfoederationen vertreten die Interessen der 1.100.000 organisierten Arbeiter Belgiens. Die groesste ist der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund (F.G.T.B.), der 600.000 Mitglieder umfasst; an zweiter Stelle stehen die Christlichen Gewerkschaften; die uebrigen beiden sind unbedeutend. Vor dem Kriege war der F.G.T.B. der Sozialistischen Partei angeschlossen. Aber als er 1945 wiedergegruendet wurde und neue Gruppen mit kommunistischen Tendenzen hinzugekommen waren, wurde die Unabhaengigkeit von saemtlichen Parteien und die Respektierung der politischen und religioesen Einstellung zu den Grundprinzipien des F.G.T.B. erklart. Politische Entwicklungen und besonders die Frage ueber Koenig Leopolds Rueckkehr haben vor kurzem jedoch den F.G.T.B. der Sozialistischen Partei wieder naeher gebracht, und diese beiden Organisationen haben sich der sozialistischen Ein-

heitsbewegung und den sozialistischen Wohlfahrtsgesellschaften angeschlossen, um sogenannte "Aktionsausschuesse" zu bilden, die sich der Rueckkehr des Koenigs widersetzen und fuer die Rechte der Arbeiter eintreten.

In diesem Artikel konzentrieren wir uns auf einige wirtschaftliche und soziale Probleme, mit denen sich die belgischen Gewerkschaften seit Kriegsende befassen.

Lohnpolitik

Es ist allgemein bekannt, dass sich Belgien nach der Befreiung in einer weit guenstigeren Situation als seine Nachbarstaaten befand. Die Deutschen hatten keine Zeit gehabt, viele Produktionsquellen Belgiens zu zerstieren, und die Industrie konnte deshalb nach dem Kriege sofort wieder auf volle Touren gebracht werden, wenn auch Betriebe und Maschinen veraltet waren. Ausserdem wurden die Auslagen fuer die in Belgien stationierten Truppenkontingente der Alliierten in harter Waehrung zurueckerstattet, und damit hatte Belgien ausgedehnte Dollar- und Goldreserven. Es konnten also Waren aus Uebersee eingefuehrt und die vom Kriege herruehrenden Beschraenkungen schnell gelockert und beseitigt werden.

Zu jener Zeit war die realistische Einstellung der Gewerkschaften zum Lohnproblem von grosser Bedeutung, die besonders in der Verhuetung der gefaehrlichen Aufwaertsbewegung von Loehnen und Preisen zum Ausdruck kam. Von 1944 bis 1947 waren die Gewerkschaften mit einer Lohnregelung durch die Regierung einverstanden; Bedingung war jedoch, dass durchgreifende Massnahmen zur Senkung der Preise ergriffen wuerden. Auf diese Weise sollte die Kaufkraft der breiten Masse stabilisiert und allmaehlich gesteigert werden. Die Gewerkschaften forderten zugleich einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Sie erklarten sich niemals mit dem von der Regierung seit 1946 eingefuehrten totalen Lohnstop einverstanden. Im Gegenteil, sie taten ihr Moeglichstes, um die notwendig gewordenen Aenderungungen vorzunehmen, und die Regierung bewilligte diese Forderungen teilweise. Die Verbesserungen der sozialen Einrichtungen stellen einen weiteren, indirekten Fortschritt dar. Und als sich die Regierung nicht mehr auf weitere Preissenkungen einliess, forderten die Gewerkschaften die Rueckkehr zum System der freien Lohnverhandlungen. Obwohl das Lohnstopgesetz noch besteht, sind bereits die ersten Vertraege zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Kraft getreten, in denen bestimmt wird, dass sich die Loehne nach einem Warenpreisindex zu richten haben.

Die "Nationale Konferenz der Arbeit".

Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde durch die Schaffung der sogenannten "Nationalen Konferenz der Arbeit" gefoerdert, eine Einrichtung, die am 16. September 1944 gegrundet wurde. Seitdem haben acht Versammlungen stattgefunden und zahlreiche Konflikte konnten auf diese Weise vermieden werden. Durch diese Institution, in der Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sind, haben Gewerkschaftsdelegierte die Moeglichkeit, ihre Faelle vorzubringen und Beschluesse zugunsten der Arbeiter zu erwirken, wie z.B.: im Jahre 1944 eine allgemeine Lohnerhoehung von 60%, 1945 weitere 20%, (der Lohnstabilisierung und bestimmte Aenderungungen folgten), ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn; eine Preissenkung von 10% im Jahre 1946, bezahlter Urlaub, und zwar zuerst acht und dann 10 Tage jaehrlich, Erhoehung der Familienunterstuetzungen und Pensionen.

Vor dem Kriege haetten solche Forderungen langwierige Verhandlungen innerhalb eines Bezirkes oder einer Fabrik nach sich gezogen. Durch die Nationale Konferenz der Arbeit dagegen ist es moeglich geworden, dieselben Forderungen auf nationaler Ebene und fuer alle Arbeiter durchzusetzen. Damit koennen die Gewerkschaften in wirtschaftlichen Angelegenheiten weit mehr Einfluss ausueben als je zuvor. Und wenn der Zentrale Wirtschaftsrat und die einzelnen Fachausschuesse in Taetigkeit treten werden, werden die Gewerkschaften noch eine weit einflussreichere Stellung einnehmen.

Der Zentrale Wirtschaftsrat, der am 21. September 1949 offiziell gegrueudet wurde, ist eine beratende Koerperschaft, die sich aus 50 Mitgliedern zusammensetzt. 44 davon vertreten Unternehmer und Arbeiter, waehrend die restlichen 6 Experten sind, die von den 44 Mitgliedern gewaehlt werden. Auf Antrag der Minister oder des Parlaments oder aus eigener Initiative heraus soll dieses Gremium Probleme studieren, die mit der nationalen Wirtschaft in Zusammenhang stehen. Die Fachausschuesse ueben eine beratende Taetigkeit bei der Behandlung von Fragen aus, die in das Spezialgebiet der Wirtschaft fallen, fuer das sie vorgesehen sind.

Diese Institutionen sind zweifellos sehr wertvoll, aber sie entsprechen nur in geringem Masse dem, was der FGTB erstrebt. Wir sind der Ansicht, dass unsere Forderung nach wirksamer Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsleitung auf allen Gebieten nur verwirklicht werden kann, wenn die gesamte Produktion und die Verteilung sozialisiert werden. Inzwischen setzen sich die Gewerkschaften fuer alle Reformen ein, die unter den gegebenen Verhaelthissen durchzufuehren sind.

Soziale Errungenschaften.

Nach harten Auseinandersetzungen konnten Betriebsraete, in denen Arbeiter und Unternehmer vertreten sind, eingefuehrt werden, und sie sind in allen Betrieben, die eine Belegschaft von mehr als 50 Mann haben, obligatorisch. Sie befassen sich mit Massnahmen, die die Organisation des Betriebes und die Arbeitsbedingungen betreffen, und sind berechtigt, von der Betriebsleitung Informationen ueber die Produktionsleistung und andere wirtschaftliche und finanzielle Probleme zu fordern. Sie haben das Recht, die bei der Einstellung und Entlassung angewendeten Methoden zu ueberwachen und alle sozialen Einrichtungen des Betriebes zu kontrollieren. Ausser in dem letztgenannten Punkt haben sie nur beratende Vollmachten. Die wichtigste Aufgabe besteht nun darin, die Arbeiter so zu erziehen, dass sie diese Rechte wirksam geltend machen koennen. Es genuegt nicht, dass sie etwas ueber ihren eigenen Betrieb wissen; sie muessen darueberhinaus mit den allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit vertraut sein. Deshalb hat der FGTB einige Dutzend Schulen eroeffnet, in denen die zukuenftigen Delegierten geschult werden.

Bezueglich der sozialen Sicherheit konnten die Gewerkschaften beachtliche Erfolge erzielen. In dem Sozialversicherungssystem, das 1944 eingefuehrt wurde, sind Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung, ausserdem bezahlter Urlaub, Kinderbeihilfen, Krankenhaus- und Sterbegelder vorgesehen. Dieses System wird nicht vom Staate finanziert, (die Katholiken lehnen dies ab) sondern von den Arbeitern und Unternehmern, die Beitraege in Hoehe von 8 bis 8.5 % bzw. 15 % der Arbeitsloehne entrichten. Die ersten 4000 Francs des Arbeiterlohnes werden bei der Errechnung der Beitraege nicht in Anrechnung gebracht.

Und schliesslich noch einiges ueber das Schlichtungswesen. Seit 1919 bestanden Ausschuesse, in denen Arbeiter und Unternehmer paritaetisch vertreten waren. Zuerst hatten sie die Aufgabe, sich mit der Reduktion der Arbeitszeit zu befassen, jedoch erweiterte sich bald ihr Aufgabenbereich. 1945 wurden diese Kommissionen neu gebildet und erhielten Gesetzesstatut. Sie haben sich - es sind vierzig - zu wesentlichen Organen des sozialen Lebens entwickelt. Ihre Hauptaufgabe besteht nun darin, in solchen Arbeitsproblemen schiedsrichterlich zu entscheiden, die der freien Verhandlung unter den beteiligten Partnern ueberlassen bleiben; damit sollen Konflikte in der Industrie verhuetet oder beigelegt werden.

Der FGTB ist lebhaft und aktiv an internationalen Angelegenheiten interessiert, besonders an dem europaeischen Wiederaufbau, wo es viele Probleme gibt, die in das Interessengebiet der Gewerkschaften fallen, wie z.B. die rationelle Verteilung der Arbeitskraefte, Verbesserung der sozialen Bedingungen, Produktionsleistung und Export. Der Initiative des FGTB und aehnlicher Organisationen in den anderen Beneluxstaaten war es zu verdanken, dass eine europaeische Gewerkschaftskonferenz im Maerz 1948 nach London einberufen wurde, um den Plan des Europaeischen Wiederaufbauprogramms zu ueberpruefen. So hat der FGTB auch eine aktive Rolle bei den Vorbereitungen zur neuen Gewerkschaftsinternationale gespielt, und es ist Paul Finet, der Generalsekretaer des FGTB, der den vorbereitenden Kongress in London am 28. November 1949 ~~er~~eroeffnet hat.

ECA Labor Information
6. Februar 1950

KOMMISSION DES INTERNATIONALEN ARBEITSAMTES ZUR WAHRUNG DER GWERKSCHAFTLICHEN RECHTE.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes wird in Kuerze die erste internationale Kommission aufgestellt haben, die zu der Frage des Versammlungsrechtes Ermittlungen anstellen und Vermittlungsdienste leisten wird.

Der Verwaltungsrat billigte im Januar in seiner 110. Sitzung in Mysore, (Indien) die Richtlinien, nach denen bei der Bildung einer 9-Mann Kommission vorgegangen werden soll, die sich mit Verletzungen der gewerkschaftlichen Rechte befassen wird.

Die Tagesordnung der 111. Sitzung, die am 8. Maerz in Genf eroeffnet werden wird, sieht die Wahl der Mitglieder dieser Kommission vor. Gewaehlt werden soll, wer die persoenliche Befaehigung besitzt, und von dem man erwarten kann, dass er seine Aufgaben in vollkommener Unabhaeugigkeit erledigt.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen forderte im August vorigen Jahres das Internationale Arbeitsamt auf, die Bildung der Kommission sowohl im Namen der Vereinten Nationen als auch des Internationalen Arbeitsamtes vorzunehmen.

In der Sitzung von Mysore wurde die Kommission fuer das Internationale Arbeitsamt zusammengestellt und zu gleicher Zeit die Bildung einer aehnlichen Koerperschaft auch fuer die Vereinten Nationen in Aussicht gestellt.

In den vom Verwaltungsrat entworfenen Satzungen der Kommission wird sie als ein Gremium bezeichnet, das in erster Linie die Aufgabe hat, Ermittlungen anzustellen. Ausserdem wird es jedoch auch ermachtigt, mit der Regierung Angelegenheiten zu besprechen, die den Zweck haben, auftretende Schwierigkeiten durch ein Abkommen zu beheben.

Beschwerden ueber eine angebliche Verletzung der gewerkschaftlichen Rechte koennen sowohl vom Verwaltungsrat als auch von der Generalversammlung des Internationalen Arbeitsamtes an die Kommission ueberwiesen werden.

Jede Regierung, gegen die eine Beschwerde gefuehrt wird, kann ebenfalls die Kommission zu Rate ziehen.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbaende koennen vorschlagen, bestimmte Faelle der Kommission zu uebergeben. Vorschlaege dieser Art und solche der Regierung muessen zuerst von den Beamten des Verwaltungsrates geprueft werden. Sie entscheiden, ob sie dem gesamten Verwaltungsrat vorgelegt werden oder nicht.

Wenn eine Eingabe in Umlauf gesetzt worden ist, kann jedes Mitglied des Verwaltungsrates beantragen, dass sie der Kommission zur Bearbeitung ueberwiesen wird.

Nach einer langen Diskussion wurde beschlossen, dass Beschwerden nur mit Zustimmung der betreffenden Regierungen zur Pruefung und Bearbeitung an die Kommission weitergeleitet werden koennen.

Wenn eine Regierung ihre Zustimmung verweigert, wird der Verwaltungsrat entsprechende Massnahmen in Erwaegung ziehen, um die umstrittenen Rechte zu wahren. Hierzu gehoert auch, dass er den Fall an die Oeffentlichkeit bringen kann.

Die Kommission wird dem Verwaltungsrat Bericht erstatten, der erwaegen wird, welche weiteren Schritte in jedem Falle unternommen werden sollen.

Der Verwaltungsrat billigte ferner Vorschlaege, nach denen sich die Kommission den Vereinten Nationen zur Verfuegung stellen soll, wenn es sich um Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen handelt, die nicht Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisationen sind. Diesen Vorschlaegen zufolge haetten die Generalversammlung und der Wirtschafts- und Sozialausschuss die Moeglichkeit, ueber den Verwaltungsrat Beschwerden an die Kommission zu ueberweisen.

Die Delegation der polnischen Regierung erklaerte sich mit den Beschlussen ueber die Satzungen der Kommission nicht einverstanden.

Nachrichtenblatt des Internationalen Arbeitsamtes, Genf, Februar-Maerz 1950

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

die Vereinten
Nationen
Kommission
jedoch
aprobieren
in Abkommen

als ein
Hilfformen
ermachtigt
mit der

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 52

Frankfurt, 3. März 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| CIO-Praesident zu den Verfahren gegen kommunistische Gewerkschaften - - - - - | 1 |
| Statistische Unterlagen erleichtern Kollektivverhandlungen - - - - - | 2 |
| Wissenschaftliche Hilfstruppen fuer die Gewerkschaften in U.S.A. - - - - - | 5 |
| Parlamentarische Spielregeln in U. S. A. - - - - - | 7 |
| Gleicher Lohn fuer Frauenarbeit - - - - - | 9 |
| Wird die 40-Stundenwoche den Errungenschaften der modernen Technik gerecht? - - - - - | 9 |
| Bilanz des Marshallplans - - - - - | 10 |
| Einzelheiten ueber das ECA-Programm fuer technische Hilfe - - - - - | 15 |

CIO-PRAESIDENT ZU DEN VERFAHREN GEGEN KOMMUNISTISCHE GEWERKSCHAFTEN

Der CIO-Praesident Philip Murray liess vor kurzem eine Erklarung veroeffentlichen, durch die alle Unklarheiten ueber die gegenwaertig gegen 10 kommunistisch orientierte CIO-Gewerkschaften angestrebten Verfahren beseitigt werden sollen. Darin heisst es u.a.:

„In Uebereinstimmung mit dem Willen der Mehrzahl seiner Mitglieder trachtet der CIO grundsatzlich danach, jede Verbindung mit den von der KP beherrschten Gewerkschaften abzubrechen.

„Den Gewerkschaften, denen vorgeworfen wird, dass sie von der KP und ihren Agenten beherrscht werden, stehen alle Wege offen, um die gegen sie erhobenen Anklagen durch Tatsachen zu widerlegen. Stattdessen bedienen sie sich der Mittel der traditionellen Feinde der organisierten Arbeiterschaft, um Unruhe in die Reihen der CIO zu tragen. Sie versuchen, unsere Organisation in Misskredit zu bringen, sich in die Taetigkeit des CIO einzumischen, die muhsam erkampften Vorteile zu bagatellisieren und die erlittenen Rueckschlaege aufzubauschen.“

Amerika Dienst
7. Februar 1950

STATISTISCHE UNTERLAGEN ERLEICHTERN KOLLEKTIVVERHANDLUNGEN.

Wir geben in grossen Zuegen den Inhalt einer Ansprache wieder, die Ewan Clague, Beauftragter fuer Arbeitsstatistik im US Arbeitsministerium am 31. Januar 1950 vor dem Ersten Nationalen Jahresforum gehalten hat, auf dem Arbeitsfragen im Transportgewerbe zur Debatte standen.

Kollektivverhandeln bestand in frueheren Zeiten einzig und allein aus dem gegenseitigen Auspielen der wirtschaftlichen Kraefte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dieses Verhaeltnis wurde spaeter nach und nach durch wirtschaftliches Denken ergaenzt. Das will nicht heissen, dass wirtschaftliches Erwaegen das gegenseitige Auspielen der Kraefte vollstaendig ersetzt hat. Die freie Ausuebung der wirtschaftlichen Macht der verschiedenen Interessengruppen unserer Wirtschaft muss auch weiterhin ein charakteristisches Merkmal unserer demokratischen Lebensfuehrung bleiben. Was jedoch in den letzten Jahren hinzugetreten ist, ist die Ergaenzung der wirtschaftlichen Macht durch die Beweisfuehrung an Hand von statistischen Tatsachen. Dies ist besonders seit der Verabschiedung des National Labor Relations Act (Gesetz zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern) im Jahre 1935 in Erscheinung getreten. Dieses Gesetz verpflichtete die Arbeitgeber, die Verhandlungen mit ihren Arbeitnehmern nach bestem Willen zu fuehren. Das bedeutete, dass die Vereinbarungen, die getroffen wurden, -- ob sie mit anderweitig entstandenen Abkommen uebereinstimmten oder nicht -- durch irgendwelche Ueberlegungen und Tatsachen begruendet sein mussten.

Wirtschaftliche Verhandlungen koennen auf der Grundlage von Beweismaterial gefuehrt werden, das entweder von beiden in die Streitigkeit verwickelten Partnern oder von dritter Seite geliefert wird. Von der Regierung geliefertes statistisches Material ist bei Kollektivverhandlungen besonders wertvoll, weil es auf unparteiischer Basis und ohne Beeinflussung durch die herrschende Situation auf dem Gebiet der Arbeitnehmer-Arbeitgeber Beziehungen entstanden ist. Das Statistische Buero im US Arbeitsministerium arbeitet wirtschaftsstatistische Berichte aus, die in der amerikanischen Industrie auf folgende drei Arten Anwendung finden:

1. Allgemeine Wirtschaftsinformationen.

Diese Art von Informationen steht mit dem Kollektivverhandlungswesen nicht in unmittelbarem Zusammenhang. Das Statistische Buero ist bestrebt, den oeffentlichen Bedarf an aktuellen Wirtschaftsstatistiken, die irgendwelchen Einfluss auf Arbeitsfragen haben koennen, so weit wie moeglich zu decken. Die Gross- und Kleinhandelspreise fuer die verschiedensten Waren werden veroeffentlicht. Sie koennen als Unterlage dienen, wenn Entscheidungen zur Preisregelung getroffen werden, die ihrerseits wiederum Entscheidungen in Kollektivverhandlungen beeinflussen koennen. Zur Informierung des Baugewerbes zum Beispiel veroeffentlicht das Buero Statistiken ueber Preise und Kosten bei Neubauunternehmen, einschliesslich privater Wohnungsbau, oeffentliche Bauten und Industrieanlagen. Hieraus ist z.B. ersichtlich, wie sich der Umfang der Bautaetigkeit indirekt aber doch sehr nachhaltig auf das Transportwesen auswirken kann. Es wird fuer Sie von Interesse sein zu wissen, dass im Jahre 1949 ein neuer Rekord im Wohnungsbau aufgestellt wurde - es wurden mehr als eine Million neuer Wohnungsbauten begonnen. Die Aussichten fuer das Jahr 1950 sind ebenfalls gut.

2. Allgemeine Informationen ueber Kollektivverhandlungen.

Das Statistische Buero veroeffentlicht ausserdem eine Reihe sogenannter "indicator" (anzeigende) Statistiken, die mit dem

Kollektivverhandlungswesen in engerem Zusammenhang stehen. Obwohl diese Art von statistischen Berichten Ihre eigenen Probleme kaum beruehren, koennen sie doch wertvolle Hilfsmittel sein, indem sie Ihnen zeigen, was Sie erreicht haben im Vergleich zu anderen, die vielleicht den gleichen Problemen wie Sie gegenueberstehen.

a. Beschaeftigtenzahl und Lohnlisten. Die Statistiken ueber die Beschaeftigtenzahl und die Lohnlisten stellen eine der aeltesten Veroeffentlichungen dar, die ohne Unterbrechung vom Statistischen Buero herausgegeben wurde. Es besteht kein Zweifel, dass die Beschaeftigtenzahl einen der bedeutendsten wirtschaftlichen Faktoren unserer Zeit bildet. Die Geschaeftsleute muessen wissen, wie der Stand der Beschaeftigtenzahl ist, wo er fluktuiert, mit steigender oder fallender Tendenz, und wie er in den verschiedenen Teilen des Landes verschieden ist. Auch ist die Beschaeftigtenzahl ein wirtschaftlicher Faktor, der bei der Bestimmung der oeffentlichen Wirtschaftspolitik eine Rolle spielt.

Auf Grund von Berichten von Unternehmern veroeffentlicht das Statistische Buero fuer den Gebrauch im ganzen Land monatliche Schaetzungen der Beschaeftigtenzahl, Lohnlisten, Wochenverdienste und Arbeitszeit in etwa 200 verschiedenen Industriezweigen. Die zustaendigen Behoerden der einzelnen Staaten erhalten ebenfalls Berichte von den Unternehmern, die sie zusammenstellen und in aehnlicher Weise fuer die Industrien in ihrem Staat veroeffentlichen. Um zu vermeiden, dass diese Berichte in doppelter Form von den Unternehmern eingereicht werden muessen, hat das Statistische Buero mit den Regierungsstellen der verschiedenen Staaten Vereinbarungen getroffen, nach denen die Berichte der Unternehmer zuerst an den betreffenden Staat geschickt und dann von dort aus an das Statistische Buero im Arbeitsministerium weitergeleitet werden, wo sie bei statistischen Berechnungen auf nationaler Ebene verwendet werden. Fuer Sie duerften die statistischen Angaben fuer das Bau- und Transportgewerbe und fuer den Gross- und Kleinhandel von besonderem Interesse sein.

b. Produktionsleistung. Die Produktionsleistung ist ein Faktor, dem seit dem Kriege in zunehmendem Masse Aufmerksamkeit geschenkt werden musste. Damit ist nicht nur der Anteil des Arbeiters an der gesteigerten Produktionsleistung gemeint. Einbegriffen sind vielmehr alle Faktoren der technologischen Entwicklung: Betriebsleitung, Maschinen, Versorgung mit Rohstoffen und die Leistung des Arbeiters. Dies alles zusammen gestaltet das Gesamtbild der industriellen Produktionsleistung. Die Entwicklungen der allgemeinen Produktionsleistung werden von dem Statistischen Buero ueberwacht, um sich einen Gesamtueberblick ueber die Kosten der Arbeitseinheit verschaffen zu koennen. Darueberhinaus beschaeftigt sich das Statistische Buero mit den direkten Arbeitskosten einer beschraenkten Anzahl von Produkten. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden in einer Form veroeffentlicht, die die fuer die Herstellung von Standardartikeln erforderliche Arbeitsleistung pro Mann und pro Stunde erkennen laesst.

c. Unfaelle in der Industrie. Sicherheitsprogramme sind fuer die amerikanische Industrie von wesentlicher Bedeutung. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Unternehmer haben es sich viel Zeit und Geld kosten lassen, um Programme durchzufuehren, die die Zahl der Verletzungen bei der Arbeit und der industriellen Unfaelle reduzieren sollen. Das Statistische Buero veroeffentlicht regelmaessig statistische Angaben ueber Verletzungen und Unfaelle in der Industrie.

3. Spezifische Statistiken fuer Kollektivverhandlungen.

Fuer Kollektivverhandlungen werden bestimmte statistische Unterlagen benoetigt, die fuer die Besonderheit der Probleme geeigneter

sind als die bis jetzt beschriebenen allgemeinen Informationen. Bei den Verhandlungen, aus denen die Tarifvertraege entstehen, koennen die folgenden Arten von Statistiken wertvolle Dienste leisten:

a. Preisindex fuer Verbrauchsgueter. Waehrend des Krieges bestand ein lebhaftes Interesse fuer die Lebenshaltungskosten, und der vom Statistischen Buero regelmaessig aufgestellte Preisindex fuer Verbrauchsgueter galt als Richtschnur bei der Festsetzung der Tarife. Als die staatliche Lohnkontrolle nach Beendigung des Krieges aufgehoben wurde, haette man erwarten koennen, dass auch das Interesse hierfuer nachlassen wuerde. Das war jedoch nicht der Fall, weil die Lebenshaltungskosten bei Kollektivverhandlungen auch weiterhin in Betracht gezogen wurden. Unternehmer und Gewerkschaften sahen in den Lebenshaltungskosten einen Faktor, der bei der Festsetzung der Tarife beruecksichtigt werden muss. Der 2-jaehrige Vertrag, der im Mai 1948 zwischen der "General Motors Corporation" und der Gewerkschaft der Vereinigten Automobilarbeiter abgeschlossen wurde, sieht in ganz praeziser Form die Beruecksichtigung des Verhaeltnisses zwischen Loehnen und Preisindex fuer Verbrauchsgueter vor. Kein anderes Unternehmen und keine andere Gewerkschaft haben derartig genaue Masstaebe angelegt; die Beruecksichtigung der Preise fuer Verbrauchsgueter kommt jedoch buchstaeblich in Tausenden von Vertraegen in einer Form oder der anderen zum Ausdruck. So haben zum Beispiel verschiedene Unternehmen bei der Angleichung der Lohnstarife nichtorganisierter Arbeiter diesen gleichen Preisindex zu Hilfe genommen.

Der monatliche, nationale Index fuer Veraenderungen der Lebenshaltungskosten von Familien der mittleren Einkommengruppen stuetzt sich in erster Linie auf statistische Angaben, die in 34 groesseren Staedten von Beamten gesammelt werden. Der monatliche Bericht enthaelt eine sorgfaeltig zusammengestellte Aufstellung der Ausgaben einer Familie. Die Verbrauchsgueter werden einzeln nach Art und Qualitaet beschrieben und der betreffende Preis jeden Monat in Geschaeften festgestellt, deren sich Familien der mittleren Einkommensgruppen bedienen.

b. Statistiken ueber Loehne und Lohnstarife. Eines der kritischsten Wirtschaftsprobleme der Nachkriegszeit ist das der Loehne und Lohnstarife. Sobald die Lohnkontrolle der Regierung nach Beendigung des Krieges aufgehoben war, bestand auf Seiten der Gewerkschaften die Tendenz, allgemein hoehere Lohnstarife zu erzielen. Der Druck von dieser Seite wurde verstaerkt durch die Reduzierung der Arbeitszeit, den Wegfall der Bezahlung fuer Ueberstunden, was in vielen Industriezweigen ein Zusammenschrumpfen der Lohnueten der Arbeiter zur Folge hatte, und ausserdem durch das Ansteigen der Lebenshaltungskosten. Die gegenteiligen Meinungen ueber die Hoehe der Lohnstarife fuehrten dazu, dass man mehr und mehr vom Statistischen Buero Informationen ueber Tarife, nach Berufen und Industrien geordnet, verlangte.

Informationen ueber Loehne koennen die Aussenbeamten direkt bei den Unternehmern durch Einsicht ihrer Lohnlisten einholen. Sie sind hierzu nach den Bestimmungen eines Programms der Zusammenarbeit berechtigt, das schon viele Jahre besteht und dazu bestimmt ist, aktuelle Angaben ueber die Lohnverhaeltnisse in den verschiedenen Industrien des Landes zu liefern. Die veroeffentlichten Ergebnisse gewaehren Einblick in die Lohnstarife jedes Industriezweiges. Sie sind nach den verschiedenen Berufen in der Industrie geordnet. Ausserdem sind die Tarife fuer die verschiedenen Beschaeftigungsarten in ihrer genauen Hoehe angegeben. Also sind nicht nur der allgemeine Durchschnitt und die hohen und niedrigen Tarife, sondern auch die einzelnen Stufen im Tarifsysteem ersichtlich.

c. Tarifvertraege. Die "Industrial Relations Division" (Referat fuer Arbeitnehmer-Arbeitgeber Wechselbeziehungen) im Statistischen Buero des Arbeitsministeriums ist im Besitz von Abschriften vieler Tausender von Tarifvertraegen, die in den verschiedensten Unternehmen abgeschlossen wurden und gueltig sind. Von dieser Dienststelle werden typische Vertragsbestimmungen veroeffentlicht, die Bezug haben auf Pensionen, Sicherheit der Gewerkschaft, Urlaub, Feiertage, Akkordloehne, Zeitstudium, Ausbildung von Lehrlingen, Befoerderung, Entlassungen, Abwesenheitsurlaub, Anpassung der Loehne, Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung, Leistungsfahigkeit des Betriebes, Seniorenrechte, Streiks und Aussperrungen, Sicherheit, Gesundheit und sanitaere Einrichtungen. Eine Sammlung von Tarifvertraegen steht der Oeffentlichkeit zur Einsicht offen, damit jeder, der sich unterrichten will, auch eine bestimmte Phase des kollektiven Verhandlungswesen studieren kann, die in den veroeffentlichten Berichten noch nicht behandelt wurde.

US Arbeitsministerium
Statistisches Buero

WISSENSCHAFTLICHE HILFSTRUPPEN FUER DIE GEWERKSCHAFTEN IN U.S.A.

Die amerikanischen Gewerkschaften ziehen mehr und mehr erstklassige Volkswirtschaftler, Betriebswirtschaftler und Spezialisten fuer besondere Gutachten heran, wenn sie Lohnforderungen erheben. Der Elektriker-Verband hat kuerzlich einen der bekanntesten Wirtschaftskenner in einem solchen Falle zu Rate gezogen, und wir geben den folgenden interessanten Bericht der "CIO News" darueber wieder:

Der bekannte Volkswirtschaftler Robert R. Nathan hat fuer den Internationalen Elektriker-Verband (IUE-CIO) einen Bericht ausgearbeitet, in dem er beweist, dass das Unternehmen "General Electric" auf Grund seiner enormen Gewinne es sich leisten kann, seinen Arbeitnehmern hoehere Loehne zu zahlen und dabei noch gute Einnahmen aus seinem investierten Kapital zu beziehen.

Es ist das erste Mal, dass ein Gutachten in dieser Form den Arbeitern der "General Electric" zur Verfuegung gestellt wurde. Die Gewerkschaft der Vereinigten Elektroarbeiter (UE), die wegen ihrer kommunistischen Tendenzen aus den Reihen der uebrigen Gewerkschaften ausgestossen wurde, hat weder die Moeglichkeit noch die Zeit, derartige Untersuchungen durchfuehren zu lassen. Ausserdem wuerde sich kein anstaendiger Volkswirtschaftler dieser Organisation zur Verfuegung stellen.

In dem Bericht Nathans an den Internationalen Elektriker Verband IUE-CIO heisst es:

Die durchschnittlichen, jaehrlichen Realeinkommen der Arbeiter der "General Electric" lagen 1948 nur um 2,2% hoeher als im Jahre 1939. (Das heisst, die Kaufkraft ihres Einkommens ist, gemessen an der aus dem letzten Jahre vor dem Kriege, nur um 2,2 % gestiegen.) Sie liegen damit weit hinter dem durchschnittlichen Einkommen in der gesamten elektrischen Industrie zurueck, die um 14% gestiegen sind. In anderen Industrien liegen die Loehne noch viel hoeher; in der gesamten Fertigwarenindustrie z.B. haben sich die Einkommen um 29,8% erhoehrt.

Die Gewinne der "General Electric" haben sich in der Zeit zwischen 1939 und 1948 mehr als verdreifacht. Steuerunterlagen

haben bewiesen, dass die "General Electric" ihre gesamten Kapitalanlagen innerhalb von drei Jahren verdoppeln koennte.

Im Gegensatz zu der Erhoehung der jaehrlichen, durchschnittlichen Realeinkommen der Arbeiter um 2,2%, hatten sich die Gewinne der Aktionaere dieser Gesellschaft im Jahre 1948 um 87% seit dem Jahre 1937 vermehrt - und dieser Zahl ist ebenfalls die Kaufkraft des Dollars von 1939 zugrunde gelegt.

Die "General Electric" liegt bezueglich der Steigerung ihres Verkaufs weit an der Spitze vor den anderen Unternehmen. Von 1939 bis 1948 haben sich die Verkaeufe um 377% erhoegt - das bedeutet, dass fuer jeden im Jahre 1939 eingegangenen Dollar fast 5 Dollar im Jahre 1948 eingenommen wurden. Dabei ist der Verkauf, verglichen mit der Beschaeftigungsziffer, um mehr als das Doppelte angestiegen.

Die Aktiven der "General Electric" haben sich fast verdreifacht.

Nathan kam zu der Schlussfolgerung, dass die Arbeiter dieser Gesellschaft auf eine wesentliche Erhoehung ihrer Realloehne Anspruch haetten und erklaerte, dass "die Aussichten fuer Geschaeftstaetigkeiten und Gewinne der "General Electric" im Jahre 1950 und auch danach ausgezeichnet seien, und zwar nicht nur wegen der voraussichtlich allgemein guenstigen Geschaeftslage im Jahre 1950, sondern auch wegen der vielversprechenden Aussichten fuer die elektrische Industrie auf dem Gebiet der Licht - und Starkstromversorgung im besonderen."

James B. Carey, Vorsitzender des Verwaltungsrates des IUE-CIO, und andere Vorstandsmitglieder dieser Organisation waren in enger Zusammenarbeit mit Nathan an der Ausarbeitung des Berichtes ueber die "General Electric" beteiligt.

Nachdem man sich eingehend mit den Realeinkommen der Arbeiter der Gesellschaft befasst hatte, erklaerte Carey: "Es ist nicht verwunderlich, dass die "General Electric" mit einer schwachen Organisation zu verhandeln wuenscht, die sich nicht fuer die Arbeiter einsetzt, wie zum Beispiel mit dem UE."

Carey und Nathan erklaerten, dass es das Ziel in den vom IUE-CIO gefuehrten Verhandlungen sei, den Arbeitern ihren gerechten Anteil am Gewinn zu sichern. "Ein Arbeiter sollte die Ware, die er herstellt, kaufen koennen," sagte Carey.

Nathans Bericht ist in drei Hauptabschnitte unterteilt:

Im ersten werden die Lebensbedingungen der Arbeiter der "General Electric" mit denen der Arbeiter im allgemeinen verglichen.

Der zweite Abschnitt zeigt, dass das Unternehmen absolut in der Lage ist, bessere Loehne, ausreichende Pensionen, eine Wohlfahrtskasse und andere soziale Verbesserungen zu finanzieren.

Und im dritten Abschnitt wird darauf hingewiesen, dass eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter des Unternehmens nicht nur den Arbeitern selbst, sondern auch dem Unternehmen und dem ganzen Lande zugute kaeme, da damit die Kaufkraft erhoegt wuerde.

In einer Rundfunksendung des CIO erklaerte Nathan vor kurzem:

"Der wirtschaftliche Beratungsausschuss des Praesidenten befuerwortet Massnahmen zur Anregung der Geschaeftsinvestierungen und sieht ganz richtig im Gewinn einen Ansporn zur Kapitalanlage.

Er weiss jedoch darauf hin, dass trotz der hohen Gewinne die Geschaeftsleute mit einer Erweiterung ihres Unternehmens so lange zurueckhalten, bis sich die Aussichten fuer den Absatz besser gestalten. Einige Unternehmer geben sich mit der jetzigen Groesse ihres Unternehmens und dem Umfang ihrer geschaeftlichen Taetigkeit zufrieden. Die meisten moechten sich vergroessern.

"Ein umsichtiger Geschaeftsmann wird seine Fabrik jedoch nicht erweitern, wenn er nicht auch die Gewissheit hat, dass er seine Produkte verkaufen kann. Derjenige, der Geld anlegen will, wird kein Wohnhaus bauen, ohne einigermassen sicher zu sein, dass er Mieter finden wird, die die Miete bezahlen koennen. Die Kapitalanlage ist unbedingt vom Verbrauch abhaengig.

"Ich persoendlich bin der Ansicht, dass wir in Amerika waehrend der letzten zwei bis drei Jahre unsere Produktionskapazitaet im Vergleich zu den Absatzmoeglichkeiten viel zu schnell erweitert haben. Wir koennen zum Beispiel nicht unsere Produktionskapazitaet fuer Radiogeraete um eine weitere Million Einheiten pro Jahr erhoehen, waehrend die Verbrauchssteigerung fuer diesen Artikel nur eine $\frac{1}{4}$ Million pro Jahr betraegt. Ein solches Verhaeltnis ist unsinnig.

"Der Wirtschaftsausschuss stellt fest, - und ich bin der gleichen Meinung, - dass sich der Verbrauch schneller vergroessern muesse als Fabriken und deren Einrichtungen, dass beide jedoch unaufhoerlich wachsen muessten. Diese Erkenntnis ist von grundlegender Bedeutung.

Die Schlussfolgerung des Ausschusses hieraus heisst natuerlich, dass es durch private und oeffentliche Massnahmen gelingen muss, das Verbrauchsniveau zu heben, das augenblicklich nicht hoch genug ist, um die Vollbeschaeftigung gewaehrleisten zu koennen.

"Wenn der Markt die Erzeugnisse der Industrie nicht absorbieren kann, dann liegt dies nicht etwa daran, dass das Volk nicht mehr verbrauchen moechte, als es zur Zeit verbraucht. Es liegt vielmehr an der Kaufkraft und der Verteilung unseres Gesamtvermoegens. Ich bin ueberzeugt, dass nur wenige unserer Hoerer es als eine Haerte empfinden wuerden, groessere und bessere Wohnungen und mehr, und bessere Kleidung und Nahrungsmittel zur Verfuegung zu haben.

"Es fehlen uns vielmehr die Mittel, um das kaufen zu koennen, was wir haben moechten. Es scheint uns unsinnig, dass wir uns mit dem Krebsgang unserer Wirtschaft, mit Arbeitslosigkeit und geschlossenen Betrieben abfinden sollen, nur weil wir keine Massnahmen treffen wollten, die eine ausreichende Kaufkraft gesichert haetten.

"In dem Bericht des Ausschusses wird der Ausgeglichenheit der wirtschaftlichen Faktoren besondere Bedeutung zugemessen und die Frage, wohin unsere Einkommen gehen, und wie sie verwendet werden, findet besondere Beruecksichtigung. Damit hat man unser wirtschaftliches Problem mitten ins Herz getroffen."

Organ des Internationalen Elektriker-
Verbandes, "The IUE-CIO News,"
23. Januar 1950

PARLAMENTARISCHE SPIELREGELN IN U.S.A.

Letzte Beleidigung im Senat fiel 1888.

Washington -- (Amerika Dienst) -- Als Dr. Schumacher durch seine scharfe Kritik an Bundeskanzler Adenauer die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zog, haben manche politischen Beobachter in

Washington sich die Frage vorgelegt, was passieren wuerde, wenn ein amerikanischer Senator sich von der Debatte hinreissen und die traditionellen Hoeflichkeitsregeln ausser acht lassen wuerde.

Nach den vorliegenden Senatsprotokollen ereignete es sich 1888 zum letzten Mal, dass ein Senator wegen Beleidigung eines Kollegen disziplinarisch bestraft wurde. Er hatte ein anderes Mitglied des Hauses als "Luegner und dreckigen Hund" bezeichnet. Der Beleidiger wurde daraufhin prompt von der Sitzung ausgeschlossen. Nach zwei Tagen entschuldigte er sich und nahm seine Arbeit wieder auf.

Die Verfahrensregeln des Senates bestimmen, dass: "...kein Senator im Verlauf der Debatte direkt oder indirekt einem oder mehreren anderen Senatoren in irgendeiner Form ein Verhalten oder Motiv unterstellen soll, das eines Senators unwuerdig oder fuer ihn ungehoerig ist.

In der Praxis ist diese Regel natuerlich verletzt worden. Durch Erfahrungen hat der Senat gelernt, dass im Rahmen gewisser Grenzen heftige Debatten und temperamentvolle Ausbrueche oft dazu beigetragen haben, die wirklichen Kernpunkte einer zur Diskussion stehenden Frage ans Tageslicht zu bringen. Es ist daher nicht ueblich, dass der Senat mit einem Angehoerigen des Hauses, dem in der Hitze des Gefechtes sein Temperament durchgeht, drastisch verfaehrt. Man weiss, dass das demokratische Gesetzgebungsverfahren das Ergebnis von Meinungsverschiedenheiten, Debatten und Kompromissen ist.

Keine Beamtenbeleidigung in U.S.A.

Der Bonner Vorschlag, ein Gesetz zu schaffen, das die Kritik an deutschen Beamten strafbar machen soll, wurde hierzulande in parlamentarischen Kreisen mit unglaeubigem Staunen entgegengenommen. Kein Mitglied der Regierung der Vereinigten Staaten einschliesslich des Praesidenten ist immun gegen Angriffe aus dem Kongress. Doch haben Brauch und Tradition ein ungeschriebenes Gesetz entstehen lassen, das den Praesidenten vor Verbalinjurien in den Kongresssaalen bewahrt. Kennern des parlamentarischen Verfahrens ist kein Fall bekannt, in dem ein Kongressabgeordneter wegen Anwuerven gegen den Praesidenten haette zur Ordnung gerufen werden muessen.

Die Mitglieder des Kabinetts des Praesidenten geniessen keinerlei Immunitaet gegen Angriffe. Wenn auch Kabinettsmitgliedern nicht gestattet ist, zur Abgabe von Erklaerungen als Redner im Kongress aufzutreten, werden sie doch haeufig vor Kongressausschuessen zur Auskunfterteilung gerufen, wo sie sich eingehenden Fragen und oft auch scharfer Kritik stellen muessen.

Seit dem Buergerkrieg von 1861 - 1865 ist noch nie wieder ein Mitglied des amerikanischen Senates ausgestossen worden. Im Verlauf seiner ganzen Geschichte hat der Senat nur achtzehn seiner Mitglieder ausgestossen - die meisten waren Senatoren, die in die Armee der Suedstaaten eingetreten waren und somit des Hochverrates gegen die anerkannte Staatsregierung beschuldigt wurden.

Nur fuenfmal seit 1789 haben die Bestimmungen, die die Redefreiheit im Kongress regeln, unbedeutende Aenderungen erfahren und seither haben keine Aenderungen mehr stattgefunden. Doch behalten sich beide Haeuser des Kongresses das Recht vor, mit einer Zweidrittelmehrheit Parlamentsmitglieder auszuschliessen, die sich eines unparlamentarischen Verhaltens schuldig gemacht haben. Gegen eine solche Entscheidung gibt es keine Berufung.

"Amerika Dienst"
13. Januar 1950

GLEICHER LOHN FUER FRAUENARBEIT

Zahlreiche Kollektivvertraege, die zwischen amerikanischen Gewerkschaften und Unternehmern abgeschlossen wurden, beinhalten Bestimmungen ueber die Gleichstellung von Frauen bei der Bezahlung. Einzelne Bundesstaaten haben waehrend des Krieges diesbezugliche Gesetze erlassen, und drei weitere Staaten sowie das Territorium Alaska verabschiedeten derartige gesetzliche Bestimmungen im Jahre 1949. Auf diese Art und Weise besitzen 12 der Bundesstaaten Gesetze, die eine gleiche Bezahlung von Frauen im privaten Arbeitsverhaeltnis vorsehen. Zwei Staaten beschlossen derartige Gesetze bereits im Jahre 1919.

Viele der 48 Bundesstaaten dehnen nunmehr den Grundsatz der gleichen Bezahlung fuer Frauen auch auf den Dienst in Behoerden aus. Die Bundesregierung setzte bereits im Jahre 1923 ein Gehaltschema fest, das fuer alle Dienstraenge entsprechende gleiche Bezahlung ohne Unterschied des Geschlechts vorsieht.

Zur Zeit steht im amerikanischen Kongress ein Gesetzesvorschlag zur Beratung, der eine Erweiterung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung fuer den zwischenstaatlichen Handel (Betriebe, die Waren herstellen, die von einem Bundesstaat geliefert werden) beinhaltet. Der Vorschlag wird sowohl von der AFL als auch vom CIO, den beiden groessten Gewerkschaftsverbaenden der U.S.A., unterstuetzt.

Amerika Dienst
7. Februar 1950

WIRD DIE 40-STUNDENWOCHE DEN ERRUNGENSCHAFTEN DER MODERNEN TECHNIK GERECHT?

Washington -- (Amerika Dienst) -- In einer Denkschrift an die Vereinten Nationen forderte der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL eine Herabsetzung der Arbeitszeit in der ganzen Welt. Die AFL, einer der beiden groessten amerikanischen Gewerkschaftsverbaende, verlangt die allgemeine Einfuehrung der 40-Stunden-Woche, die dann im Laufe der Zeit auf 30 Stunden herabgesetzt werden koennte.

Die Verkuerzung der Arbeitswoche in der ganzen Welt waere eine Aufgabe, die vom UN-Wirtschafts- und Sozialrat in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation in Angriff genommen werden muesste. Die Internationale Arbeitsorganisation hatte bereits im Jahre 1935 eine Konvention zur Billigung des Grundsatzes der 40-Stunden-Woche gefordert. "Trotzdem steht die vorgeschlagene Aenderung noch laengst nicht vor ihrer Verwirklichung", heisst es in dem Memorandum.

In Australien, Kanada und Amerika kommt man der 40-Stunden-Woche am naechsten; in anderen Laendern "muesste die Arbeitswoche erheblich verkuerzt werden, um die Bedingungen der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Jahre 1935 zu erfuehlen."

Wie AFL betont, wurde die Beschaeftigtenzahl in Amerika von der Kuerzung der Arbeitswoche auf durchschnittlich 40 Stunden nicht beruehrt. In den U.S.A. ist gesetzlich festgelegt, dass Arbeiter, die mit der Herstellung von Guetern fuer den zwischenstaatlichen oder Exporthandel beschaeftigt sind, das 1½-fache ihres regulaeren Stundenlohns bekommen, wenn sie ueber 40 Stunden pro Woche arbeiten. In einigen Industriezweigen wurde auf Grund von Kollektivverhandlungen eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit erreicht. So arbeiten z.B. die Angestellten der Bekleidungsindustrie nur 35 Stunden in der Woche.

In dem Memorandum wird ausserdem darauf hingewiesen, dass die Kuerzung der Arbeitswoche in Amerika von einem staendigen Fortschritt der Leistungsfahigkeit und der Produktionskapazitaet begleitet war. In den Nachkriegsjahren ist die Produktion um 2,3% pro Jahr gestiegen.

Auch wird in dem Memorandum betont, dass das augenblickliche industrielle Zeitalter immer produktionsfaehigere Einrichtungen hervorbringt, die auf Grund ihrer staendig zunehmenden Mechanisierung weniger Betriebspersonal erforderlich machen.

Bezueglich der ausserordentlichen Wirkungen des technischen Fortschrittes weist das Memorandum auf die juengsten Entwicklungen in der Physik hin, "die fuer die Zukunft der Industrie und die Befriedigung der menschlichen Beduerfnisse von weittragender Bedeutung sind." Diese Entwicklungen beziehen ein: die Atomspaltung, Ultraschall und eine grosse Anzahl von Erscheinungen, die man unter dem Namen Hochfrequenztechnik zusammenfasst.

"Es setzt sich langsam die Anschauung durch, dass die zunehmende Verwendung von Hochfrequenzgeraeten nicht nur fuer Wissenschaft und Technik, sondern auch fuer Geschaefte und Regierung von grosser Bedeutung sein wird. Immer mehr gelangt man zu der Ueberzeugung, dass diese neuen Maschinen eine zweite industrielle Revolution einleiten."

Amerika Dienst
24. Februar 1950

BILANS DES MARSHALLPLANS

Im folgenden geben wir im Auszug eine Erklaerung wieder, die der Leiter der ECA-Sondermission fuer Westdeutschland, Robert M. Hanes am 24. Februar in Washington abgab.

"Seitdem zum letzten Mal ein ECA-Missions-Chef fuer Deutschland vor dem Kongress erschien, sind in diesem Land grundsuetzliche Veraenderungen eingetreten. Westdeutschland hat eine eigene Regierung, und der voellige Zusammenschluss der amerikanischen, britischen und franzoesischen Zone ist nahezu vollendet. Die Militaerregierung wurde durch eine zivile Institution, die Alliierte Hochkommission, ersetzt.

Die deutsche Bundesregierung nimmt nunmehr mit allen Rechten und Verpflichtungen am Marshallplan und seinen Organisationen teil. Im Oktober 1949 wurde die Bundesrepublik ein vollberechtigter Partner in der Organisation fuer die Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC), wo sie nunmehr eine eigene Stimme hat und nicht mehr durch die Alliierten vertreten wird. Im Dezember 1949 wurde ein zweiseitiges Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der deutschen Bundesrepublik geschlossen.

Der gewaltige Aufschwung in der Industrieproduktion, der die Zeit vom Juni bis Dezember 1948 bestimmte, liess waehrend der ersten Haelfte des Jahres 1949 nach. Im Laufe der letzten sechs Monate des gleichen Jahres war jedoch ein Wiederansteigen der Produktion festzustellen. Die deutsche Produktion hat sich mehr als verdoppelt, seitdem das Europaeische Wiederaufbauprogramm gestartet wurde.

Im Mai 1948 erreichte der Produktionsindex eine Höhe von 47 Prozent des Standes von 1936, im November 1949 hatte er einen Höchststand von 98 Prozent erreicht. Durch diesen Anstieg konnte Deutschland einen Anfang damit machen, wieder die wichtige Rolle zu spielen, die es früher als Produzent und Verbraucher in der europäischen Wirtschaft innehatte, und wieder einer der Hauptpartner des europäischen Handelsaustausches zu werden. Durch den Produktionsanstieg konnte ein grosser Teil des angestauten Bedarfs, besonders auf dem Sektor der Verbrauchsgüter, befriedigt werden. Während des letzten Jahres sind die Preise im allgemeinen stabil geblieben, und in den letzten Monaten sind sogar Preisrückgänge eingetreten. Für Verbrauchsgüter wurden Rationierung und Preiskontrollen abgeschafft. Heute bestehen derartige Kontrollen nur noch für Treibstoffe und einige landwirtschaftliche und industrielle Güter. Der gegenwärtige Stand des Nahrungsmittelverbrauchs und der landwirtschaftlichen Produktion ist bedeutend höher als noch vor einem Jahr. Die täglich zur Verfügung stehende Lebensmittelmenge beträgt etwa 2 500 Kalorien gegenüber 2 900 vor dem Krieg. Obwohl qualitätsmässig der Stand der Vorkriegstage noch nicht wieder erreicht wurde, bietet der heute zur Verfügung stehende Speisezettel genau soviel Abwechslung wie damals. Allerdings ist diese Verbesserung der Lebensmittelsituation das Ergebnis der Nahrungsmittelimporte und ungewöhnlich guter Wetterverhältnisse. Sie beruht nicht auf irgendwelchen grundlegenden Verbesserungen von Produktions-Methoden oder -Planung in der deutschen Landwirtschaft.

Auf monetärem Gebiet war das hervorsteckendste Merkmal des letzten Jahres die Tendenz von der Inflation zur Deflation. Die Währungsreform vom Juni 1948 hat einen Ansturm der Käufer ausgelöst, der gegen Ende des gleichen Jahres ueberaus ernste Formen anzunehmen drohte. Die Einfuehrung einer strengen Kreditkontrollpolitik und das Nachlassen der abnormen Verbrauchernachfrage vermochten die inflationistische Tendenz zu stoppen und die Situation zu stabilisieren. Tatsächlich machte sich in den folgenden Monaten ein deflationistischer Druck bemerkbar. Um nunmehr dieser Deflationstendenz zu begegnen, wurden ECA-Gegenwertmittel fuer Investitionszwecke freigegeben und die Kreditpolitik liberalisiert. Im Zahlungsverkehr mit dem Ausland wurde die deutsche Waehrung im Herbst 1949 abgewertet. Damit folgte Deutschland dem Beispiel anderer europaeischer Laender und verbesserte die Konkurrenzfaehigkeit der deutschen Exporteure auf den Weltmaerkten.

Die Frage der Dollarknappheit stellt auch heute noch das schwierigste Problem Deutschlands dar. Nur ein Zehntel der deutschen Dollar-Importe werden durch Exporte nach Laendern mit harter Waehrung gedeckt. Der Fehlbetrag wird durch amerikanische Hilfe aufgebracht, der das unmittelbare Verdienst fuer die bisher erzielte wirtschaftliche Erholung zukommt, doch es verbleiben noch immer ernste Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet, die ueberwunden werden muessen.

Ich moechte in diesem Zusammenhang kurz auf die Punkte eingehen, die wir gegenwaertig als die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme Westdeutschlands ansehen:

1. Produktion:

Westdeutschland muss seine landwirtschaftliche und seine industrielle Produktion steigern, wenn es ohne Hilfe von aussen weiter leben soll. Es kann niemals mehr als rund 65 Prozent

seines eigenen Nahrungsmittelbedarfes selbst erzeugen. Um die Nahrungsmittelimporte zu verringern und die heimische Produktion zu steigern, werden gegenwaertig entschiedene Anstrengungen unternommen. Hemmende Faktoren auf dem landwirtschaftlichen Sektor sind die Festpreise, besonders fuer Getreide, die weder einen Anreiz fuer die deutsche Erzeugung derjenigen Nahrungsmittel bieten, die andernfalls mit Dollarimporten beschafft werden muessten, noch deren uebermaessigen Verbrauch verhindern helfen. Die deutschen landwirtschaftlichen Methoden sind veraltet, die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der Landwirtschaft und die Unterrichtung der Lebensmittelherzeuger in den letzten 15 Jahren voellig ungenuegend. Durch technische Hilfsprogramme werden gegenwaertig alle Anstrengungen unternommen, um die Landbevoelkerung mit modernen technischen Methoden vertraut zu machen.

Mangelhafte Technisierung fuehrte zu hohen Gesteungskosten und ist daran schuld, dass die Programme zur Urbarmachung und Bodenverbesserung nur langsame Fortschritte machen. Schaetzwungsweise 200 000 Hektar Land koennten unter Verwendung moderner Methoden zusaetzlich urbar gemacht werden. Die Rueckstaendigkeit Deutschlands auf diesem Sektor laesst sich an gewissen Gebieten, zum Beispiel an der hollaendischen Grenze, aufzeigen. Auf hollaendischer Seite wurden hohe Ertraege aus dem Land herausgeholt, waehrend der deutsche Teil nur als Oedland anzusprechen ist. Geldmittel aus dem ECA-Gegenwertfonds wurden fuer Bodenverbesserungsmassnahmen und zur Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen bereitgestellt.

Die Produktion der Industrie, die allerdings einen relativ viel besseren Leistungsgrad als die Landwirtschaft aufweist, ist nach amerikanischen Masstaeben noch immer ungenuegend und unrentabel. Nach gegenwaertigen deutschen Vorhersagen rechnet man bei Abschluss des ERP damit, einen Stand von 107 Prozent der Erzeugung von 1938 erreicht zu haben. Dies ist unserer Meinung nach weit weniger, als erreicht werden kann. Die industrielle Produktion kann und muesste zumindest auf 120 Prozent des Standes von 1936 gebracht werden. Hindernisse wie teure Handarbeit und Mangel an Investitionskapital muessen ueberwunden werden. Das Problem Westdeutschlands ist es, geeignete Waren nach geeigneten Laendern zu exportieren und die Ausfuhrgueter zu Selbstkosten zu produzieren, die sie auf den Weltmaerkten konkurrenzfaehig machen. Dazu ist eine Umgestaltung und Neuorientierung des Denkens der deutschen Industrie noetig, das sich bisher nur innerhalb der Grenzen geschuetzter Maerkte, der Monopole und Kartelle bewegte und nie in vollem Umfang der Wirklichkeit eines wahrhaft freien und konkurrenzbestimmten Marktes ausgesetzt war.

Die Vertreter der deutschen Industrie halten noch immer am Gedanken eines niedrigen Umsatzes bei hoher Gewinnspanne fest, statt sich zu einer ausgedehnten Produktion bei niedriger Gewinnspanne zu entscheiden. Darueber hinaus wird der deutsche Export noch immer durch das Fehlen geeigneter Handelsorganisationen gehemmt sowie durch das unzuellaengliche Wissen um moderne Verkaufsmethoden und in einem gewissen Grade auch durch den im Ausland noch immer allgemein verbreiteten, wenn auch abnehmenden Widerstand gegen deutsche Waren.

2. Kapitalinvestierungen:

Der Mangel an Investitionskapital ist im Hinblick auf das Problem einer Produktionssteigerung sehr bedenklich. Steht solches Kapital zur Verfuegung, so sind die Zinssaetze sehr hoch, und in allzu vielen Faellen wurde mit dem gefaehrlichen Mittel gearbeitet, kurzfristige Kredite zu langfristigen Investitionen zu verwenden. Ein Mangel an langfristigen Krediten verzoegert den Wiederaufbau von Fabrikanlagen sowie die Wiederinstandsetzung und Modernisierung der Produktionsausruestung. Um diesen Mangel einigermassen zu lindern, sind erhebliche Mittel aus dem ECA-Gegenwertfonds freige-

geben worden. Aber die Mittel des Gegenwertfonds koennen das Problem allein nicht loesen. Auf dem Kapitalmarkt koennen nur kleine Betraege an Investitionskapital beschafft werden. Weder die Privatbanken noch die oeffentliche Hand sind in der Lage, grosse Kredite zu gewaehren. Die einzig greifbare Hoffnung auf Abhilfe scheint auf der Bank Deutscher Laender zu beruhen, aber auch diese Loesung ist weder von Dauer, noch kann sie als ausreichend bezeichnet werden.

Die Kapitalknappheit spiegelt sich auch in zwei der dringendsten Probleme Westdeutschlands wider, naemlich dem Wohnraum-mangel und der Arbeitslosigkeit. Wir stehen heute vor der paradoxen Situation, dass in einem Land, in dem 5 Millionen Wohnungen fehlen, Bauarbeiter entlassen werden. Gegenwaertig werden Mittel aus dem Gegenwertfonds verwendet, um das Wohnungsbauprogramm zu foerdern, es muss aber noch weit mehr getan werden, wenn sehr gefaehrliche soziale und politische Folgen vermieden werden sollen.

Die Zahl der Arbeitslosen hat eine Hoehe von 2 Millionen oder ungefaehr 10 Prozent der Gesamtzahl der Werktaetigen erreicht. Der anhaltende Zustrom von Fluechtlingen aus der Sowjetzone und den Laendern hinter dem Eisernen Vorhang - etwa 20 000 im Monat - hat zu dieser Lage wesentlich beigetragen. Waehrend die Fluechtlinge etwa 18 Prozent der Gesamtbevoelkerung Westdeutschlands ausmachen, stellen sie 35 Prozent der Erwerbslosen. Sie verstaerken den Druck auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt und werden von der einheimischen Bevoelkerung als Aussenstehende und Eindringlinge angesehen. Die Fluechtlinge schaffen Ressentiments, und diese Ressentiments werfen schwere soziale und wirtschaftliche Probleme auf. Abgesehen von seinen rein menschlichen Aspekten hat dieses Problem, das fuer Westdeutschland ueberaus brennend ist und fuer andere ERP-Laender nicht zutrifft, weitreichende politische Auswirkungen. Nur durch die gemeinsame Anstrengung, diese Menschen in die Wirtschaft und den Volkskoerper einzugliedern, koennten Unruhe und ausgesprochen extremistische Tendenzen im politischen Denken dieser Gruppe verhindert werden. Mit dieser Frage muss zwar die deutsche Regierung aus eigener Kraft fertig werden, ich bin aber dennoch der Ansicht, dass dieses Problem bei der Zuteilung der ameriknaischen Hilfe besondere Beachtung verdient. Das Fehlen langfristigen Kapitals fuer den Wohnungsbau und die Erweiterung der industriellen Kapazitaet, das allmaehliche Schwinden der ueberschuessigen Kaufkraft und ein noch nicht voellig entwickelter Export haben zur Verschlimmerung des Arbeitslosenproblems beigetragen. Zahlreiche Arbeitslose, in der Hauptsache Fluechtlinge, leben in landwirtschaftlichen Gebieten, wo sie unerwuenscht sind und keine Arbeitsplaetze zur Verfuegung stehen. In vielen Faellen ist es auf Grund der schlechten Wohnverhaeltnisse unmoeglich, sie in andere Gegenden umzusiedeln, wo bessere Arbeitsmoeglichkeiten bestehen und sogar Arbeitskraefte fehlen.

Sowohl fuer die ECA-Mission als auch fuer die deutsche Bundesregierung stellt die Arbeitslosenfrage ein ueberaus wichtiges Problem dar. Nach meiner Ansicht kann sich weder die wirtschaftliche noch die soziale Situation Westdeutschlands stabilisieren, wenn nicht mit aller Energie an dieses Problem herangegangen wird. Ein umfassendes Wohnbauprogramm, das zum Teil aus dem ECA-Gegenwertfonds finanziert wird, ist eine der Massnahmen, die getroffen wurden, um der dringendsten Not zu begegnen. Auf lange Sicht muss man jedoch die bestehenden Uebel und Misstaende an der Wurzel packen. Dies erfordert grosse Geschicklichkeit und Umsicht von Seiten der Bundesregierung. Alle Schritte muessen auf der einen Seite darauf

abgestimmt sein, die vorhandenen Moeglichkeiten bis aufs aeusserste auszunuetzen, auf der anderen Seite muss jedoch mit der noetigen Vorsicht zu Werke gegangen werden, um die Stabilitaet der Waehrung nicht zu gefaehrden.

Vor allem muss die Produktion erhoehrt und die Produktivitaet verbessert werden. Meiner Ansicht nach wuerde die gegenwaertige Finanzlage unter der Voraussetzung, dass ausreichende fiskalische Sicherungen bestehen, eine wesentliche Kreditexpansion fuer langfristige Investitionen gestatten. Das Steuereinnahmesystem muss gefestigt und die Steuerstruktur so gestaltet werden, dass der Verbrauch von Luxusguetern gesenkt wird und mehr Mittel fuer Investitionen zur Verfuegung stehen.

Kreditmoeglichkeiten muessten fuer diejenigen Projekte geschaffen werden, die fuer die gesamte Wirtschaft von besonderem Nutzen sind und durch die zusaetzliche arbeitsintensive und produktive Industrien geschaffen werden koennen.

Schliesslich muss ein energischer Feldzug eingeleitet werden, um die Exporte, und im besonderen die Exporte in das Dollargebiet, zu steigern.

3. Aussenhandel und Ausgleich der Zahlungsbilanz.

Falls Westdeutschland seine Ziele im Rahmen des Europaeischen Wiederaufbauprogramms erreichen soll, muessen die Exporte, und besonders die Dollarexporte, ausserordentlich gesteigert werden. Das in diesem Zusammenhang bereits erwaehte Zehn-zu-eins-Verhaeltnis der Dollarimporte zu den Dollarexporten muss drastisch herabgesetzt werden. Auf Grund der gegenwaertig von Westdeutschland verfolgten Politik einer weitgehenden Liberalisierung des Handels ist seine Zahlungsbilanz mit anderen europaeischen Laendern unausgeglichen. Die ECA-Mission vertraut jedoch darauf, dass in naerer Zukunft andere europaeische Nationen mehr von Deutschland kaufen werden, wodurch die gegenwaertige Entwicklung aufgehalten und tatsaechlich ein deutscher Exportueberschuss im Handel mit Westeuropa geschaffen werden koennte.

Deutschland muss sich jedoch enger dem Dollargebiet anschliessen und den groessten Teil seiner Anstrengungen hierauf verwenden.

Die westdeutsche Bevoelkerung muss jetzt diese 'Linie des geringsten Widerstandes' verlassen und sich mit dem Problem der Selbsterhaltung nach Beendigung der amerikanischen Hilfe befassen. Um den westdeutschen Exporteuren zu helfen, entsendet die ECA Experten verschiedenster Fachgebiete nach Deutschland, die im Rahmen des technischen Hilfsprogrammes die deutschen Industriefachleute, Gewerkschaftsvertreter und Landwirte mit den modernsten Produktionsmethoden vertraut machen. Darueber hinaus muss das deutsche Volk dazu bewegt werden, dass es unmittelbare eigene Vorteile auf Kosten der Exportsteigerung zurueckstellt.

Um seine Handelsbilanz halbwegs ausgleichen zu koennen, muss Deutschland nach neuen Importmoeglichkeiten suchen. Osteuropa, Suedamerika und andere ERP-Laender stellen Hilfsquellen dar, die dazu beitragen koennen, Deutschlands Dollarbestaende zu schonen.

Von groesster Wichtigkeit fuer den Fortbestand des Landes ist der Uebergang zu einem freieren Wirtschaftssystem. Das uebervolkerte Gebiet Westdeutschlands kann sich das zur Foerderung der

Autarkie des Reiches in der Zeit vor dem Krieg geschaffene System von Schutzzoellen nicht mehr laenger leisten. Diese in Verruf geratene Politik muss durch ein System ersetzt werden, das geeignet ist, dem westdeutschen Export neue Maerkte zu erschliessen und dabei gleichzeitig die zur Finanzierung gewichtiger Nahrungsmittel- und Rohstoffimporte erforderlichen Devisen zu erbringen. Zu diesem Zweck muessen die quantitativen Beschraenkungen des Imports- besonders bei Nahrungsmitteln - langsam aufgehoben und Kartelle und Monopole abgeschafft werden, um die Beschraenkungen von Industrie und Handel zu beseitigen. Damit soll ausserdem der Fortbestand der Kleinbetriebe gesichert und ihre Wettbewerbsfaehigkeit erhalten werden. Auch fuer Exporteure muss ein gewisser Anreiz geschaffen werden.

Deutschland nimmt einen ganz besonderen Platz innerhalb des Marshallplans ein. Niemals vorher hat eine Siegnation ein positives Programm eingeleitet, um einen besiegten Gegner wieder aufzurichten. Wir haben uns auf dieses einmalige Abenteuer eingelassen, weil die fuenfjaehrige Besatzungserfahrung uns den aussergewoehnlichen Einfluss vor Augen fuehrte, den die Verhaeltnisse in Deutschland auf Westeuropa als Ganzes ausueben. Deutschland steht im Mittelpunkt des europaeischen Problems. Um das deutsche und auch das europaeische Problem zu loesen, muss Westdeutschland so eng wie nur moeglich an Westeuropa angeschlossen werden. Es darf ihm nicht nur gestattet, sondern es muss auch ermutigt werden, auf den Maerkten der Welt zu kaufen und zu verkaufen.

Wir haben viele Milliarden Dollar ausgegeben, um den Nazismus in der Welt zu vernichten. Es scheint daher durchaus angebracht, einen Bruchteil jener Summe dafuer zu verwenden, um in Westdeutschland die Grundlage einer Wirtschaftsstruktur zu legen, die das Wiederaufleben irgendeiner extremistischen, den Weltfrieden bedrohenden Ideologie verhindert."

Amerika Dienst
28. Februar 1950

EINZELHEITEN UEBER DAS ECA-PROGRAMM FUER TECHNISCHE HILFE

Frankfurt -- (Amerika Dienst) -- Die ECA-Mission fuer Westdeutschland gab kuerzlich Anweisungen bekannt, die die Teilnahme Deutschlands an dem ECA-Programm fuer technische Hilfe betreffen. In Form einer Direktive wurden diese Anweisungen vom Amt fuer oeffentliche Angelegenheiten und dem Amt fuer Wirtschaftsangelegenheiten, HICOG, gemeinsam ausgearbeitet und von den Direktoren dieser beiden Aemter, Mr. Ralph Nicholson, bzw. Mr. Robert M. Hanes, unterzeichnet;

Wie in der Direktive besonders unterstrichen wird, koennen Antraege fuer Projekte von alliierter oder von deutscher Seite gleicherweise gestellt werden. Die vorgeschlagenen Projekte muessen jedoch "technischer oder beruflicher Natur sein und in absehbarer Zeit zum Wiederaufbau beitragen." Ausserdem werden Projekte nur genehmigt, wenn die erforderliche technische Hilfe und Beratung eine Reise nach den Vereinigten Staaten notwendig machen.

Einzelpersonen oder Organisationen, die Antraege fuer technische Hilfsprojekte einreichen wollen, muessen diese dem zustaendigen Ministerium der deutschen Bundesregierung vorlegen. Den Antraegen muessen jeweils vollstaendige Beschreibungen ueber Art und Umfang der erbetenen Hilfe, die Berechtigung hinsichtlich der Dringlichkeit fuer den Wiederaufbau und Angaben darueber, wie die erlangten Erfahrungen weitervermittelt und ausgenutzt werden sollen, beiliegen. Weiterhin sind die Zahl des erforderlichen Personals, das vorgeschlagene Datum fuer den Beginn und die Dauer des Projektes anzugeben.

Die ECA-Sondermission prueft alle Antraege sorgfaeltig auf die Zweckmaessigkeit des Projektes und seinen technischen Wert. Alle vorgeschlagenen ECA-Projekte werden auch von den Austauschabteilungen im Amt fuer oeffentliche Angelegenheiten im Hinblick auf ihre Beziehung zum allgemeinen Austauschprogramm ueberprueft.

Die endgueltige Entscheidung ueber Genehmigung oder Ablehnung wird von der ECA-Abteilung fuer technische Hilfe in Washington gefaellt, die die Projekte auf Grund der allgemeinen ECA-Planung auswertet.

Die Teilnehmer an den Austauschprogrammen erhalten in den Vereinigten Staaten ein Tagesgeld von 12,- Dollar. Ausserdem bezahlt ECA saemtliche in den U.S.A. entstehenden Fahrtauslagen und sonstigen Kosten. Im allgemeinen jedoch haben die deutschen Stellen, auf deren Vorschlag die Entsendung der Teilnehmer erfolgt, den Gegenwert dieser von ECA zur Verfuegung gestellten Dollarbetragee in Deutscher Mark auf das Gegenwertkonto der Bank Deutscher Laender einzuzahlen.

Nach ihrer Ankunft in den Vereinigten Staaten werden die deutschen Sachverstaendigen von Beamten der Arrangements Branch, ECA, die ihre Dienststellen in Washington und New York hat, empfangen. Von diesen Beamten wird ihnen auch das Naehere ueber ihren Amerika-Aufenthalt in Form von kurzen Unterweisungen mitgeteilt. Innerhalb eines Monats nach Beendigung der Projekte muessen von den deutschen Teilnehmern vorlaeufige Berichte ausgearbeitet werden. Diese muessen Einzelheiten ueber die bei der Durchfuehrung des Projektes gesammelten praktischen und theoretischen Kenntnisse und Informationen sowie ausserdem Angaben enthalten, inwiefern die Verbreitung der erworbenen Erfahrungen allgemein als Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau gewertet werden kann.

Amerika Dienst
23. Februar 1950

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 1

Frankfurt, 10. März 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| CIO fordert groessere soziale Sicherheit fuer mehr amerikanische Buerger - - - - - | 1 |
| Gewerkschaften in Holland - - - - - | 4 |
| David Dubinsky - - - - - | 9 |
| Der Verbraucherpreisindex wird modernisiert- - - | 13 |
| CIO fordert "energische, demokratische Massnahmen zur Sicherung des Weltfriedens - - - - - | 14 |

CIO FORDERT GROESSERE SOZIALE SICHERHEIT FUER MEHR AMERIKANISCHE BUERGER

Der Sozialausschuss des CIO forderte vorige Woche bedeutende Erhoehungen der Alterspensionen. Diese Forderung wurde zusammen mit anderen Vorschlaegen zur allgemeinen Verbesserung des Sozialversicherungsgesetzes eingebracht.

Fuehrende Komitees verlangten die Ausdehnung der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherungsprogramme auf "alle Amerikaner - so, dass eine gesetzliche Berechtigung auf Pensionen besteht."

Neue Methoden zur Festsetzung von Pensionssaetzen wurden in Vorschlag gebracht, um den "aelteren Arbeitern eine ausreichende Bezahlung zu sichern, die ihnen einen Lebensstandard nach amerikanischen Begriffen ermöglicht." Der erste Schritt in dieser Richtung besteht darin, dass man vorschlaegt, bei der Festsetzung der Pensionen den durchschnittlichen Monatslohn der besten fuenf aufeinanderfolgenden Jahre des Arbeiters zugrunde zu legen, und zwar bis zu einem Jahreseinkommen von hoechstens 4.800 Dollar.

"Fuer die ersten 100 Dollar des durchschnittlichen Monatseinkommens sollen 50% und fuer den restlichen Betrag bis zu 400 Dollar pro Monat 20% bei einem zusaetzlichen Zuschlag von 1% fuer jedes Versicherungsjahr gezahlt werden", erklarte Vorsitzender Emil Rieve im Namen des Komitees. Rieve ist Praesident der Textilarbeiter Gewerkschaft.

Ein aelteres Ehepaar, das waehrend seiner fuef besten aufeinanderfolgenden Jahre ein Monatseinkommen von 300 Dollar bezogen hat, wuerde dem CIO Programm zufolge nach 20 Jahren Zugehoerigkeit zur Sozialversicherung eine monatliche Pension von 162 Dollar erhalten. Die Mindestpension, die in diesem Programm fuer einen in den Ruhestand versetzten Arbeiter vorgesehen ist, beliefe sich auf 50 Dollar monatlich. Der Hoechstbetrag der zu zahlenden Pensionen waeren 80% des durchschnittlichen Monatseinkommens.

Ausserdem schlug der Sozialausschuss vor:

1. Die Qualifizierungsbedingungen zu liberalisieren und die Reduktionen der Pensionen wegen zeitweiliger Nichtzugehoerigkeit zur Sozialversicherung zu begrenzen.
2. Das pensionsfaehige Alter fuer Frauen von 65 auf 60 Jahre herabzusetzen.
3. Solche Personen zu unterstuetzen, die von Invalidenrentnern wirtschaftlich abhaengig sind.
4. Soziale Bestimmungen zur Unterstuetzung arbeitsunfaehiger Personen zu erlassen, um ihnen durch aertzliche Hilfe und Berufsumschulung wieder die Moeglichkeit zu geben, Geld zu verdienen.
5. Ein Programm nach den von der Truman-Verwaltung vorgeschlagenen Richtlinien aufzustellen, das eine zeitweilige Versicherung fuer Arbeitsunfaehige vorsieht.
6. Ein System zur Unterstuetzung der Armen einzufuehren, das "diesen Leuten nicht nur ermoeeglicht, zu bestehen, sondern anstaendig zu leben." Den einzelnen Staaten sollen genuegend Mittel von der Bundesregierung zur Verfuegung gestellt werden, damit sie in allen Faellen ausreichende Unterstuetzungen auszahlen koennen.

Ferner forderte der Sozialausschuss die Vereinheitlichung der Sozialbestimmungen im gesamten Bundesgebiet, um die Hilfsbeduerftigen besser unterstuetzen und die unnoetigen Aufenthaltsbedingungen und Eigentumspfandrechte gegenueber Unterstuetzungsempfaengern beseitigen zu koennen.

Diese Vorschlaege wurden einen Tag vor Eroeffnung der Sitzung gemacht, in der dem konservativen Finanzausschuss des Senats die Erweiterung der Sozialversicherungsgesetzgebung vorgetragen werden sollte. Die entsprechende Gesetzesvorlage war in der letzten Sitzung des Repraesentantenhauses bereits gebilligt worden. Nun hatte der Senat darueber zu entscheiden.

Arthur J. Altmeyer, Beauftragter fuer Sozialversicherung, nahm als erster Referent vor dem Ausschuss des Senats zu diesem Thema Stellung. Er sprach sich unter anderem fuer ein ausgedehnteres Sozialversicherungsprogramm aus, das frueheren Vorschlaegen des CIO sehr nahe kommt. Er schlug vor, 5½ Millionen Farmverwalter, Landarbeiter und viele Hausangestellte in die Sozialversicherung aufzunehmen, wie es der CIO bereits getan hat. Er erwaehte dabei nicht bestimmte Gruppen gelernter Arbeiter, die bis jetzt noch ausgeschlossen sind, aber vom CIO fuer versicherungsberechtigt erachtet werden.

Altmeyer schlug ferner vor, die Bestimmungen zu liberalisieren, nach denen die Unterstuetzungsberechtigung fuer solche Personen festgelegt ist, die die mittleren Altersgruppen ueberschritten haben; statt Armenunterstuetzungen sollten ihnen Pensionen gezahlt werden. In der vom Repraesentantenhaus genehmigten Gesetzesvorlage ist zur Zeit ein fuer Sozialversicherung zu versteuernder Hoechstbetrag von 3000 bzw. 3600 Dollar vorgesehen. Altmeyer setzte sich fuer eine Erhoehung des sozialversicherungspflichtigen Hoechstbetrages auf 4800 Dollar ein. Er ist ferner fuer die Beibehaltung des Zuschlages zu den Monatspensionen von 1% fuer jedes Versicherungsjahr gegenueber dem 1/2%-igen Zuschlag, wie er in der Gesetzesvorlage des Repraesentantenhauses vorgesehen ist.

Altmeyer forderte hoehere Leistungen der Sozialversicherung im allgemeinen, sodass z.B. ein Arbeiter, der seit 1937 ununterbrochen beschaeftigt war und ein durchschnittliches Monatseinkommen von 200 Dollar hatte, jetzt eine monatliche Pension von 111 Dollar erhalten soll, wenn seine Frau ebenfalls das pensionsfaehige Alter erreicht hat. Fuer Alleinstehende soll die Pension 74 Dollar betragen.

Altmeyer erklaerte, dass ein Teil der durch die Erhoehung der Unterstuetzungen und die Ausdehnung der Unterstuetzungsberechtigung entstandenen Mehrkosten dadurch gedeckt wuerden, dass man die Zuschuesse an die einzelnen Staaten fuer die Armenhilfe reduzieren koenne. Er schaezt, dass sich die Gesamtkosten dieses Programms auf 6% der Gesamtsumme der Loehne belaufen wuerden, wenn sich die Loehne in den naechsten 50 Jahren in demselben Masse wie in den vergangenen 50 Jahren erhoeheten. Die Kosten wuerden 7,2% der Loehne ausmachen, wenn dieselben unveraendert blieben. Die Kosten fuer die Gesetzesvorlage des Repraesentantenhauses wurden bei gleichbleibendem Lohnniveau auf 6,2% der Loehne geschaezt.

Nachfolgende Tabelle zeigt die vom Sozialausschuss des CIO vorgeschlagenen Pensionssaetze der Sozialversicherung im Vergleich zu den augenblicklich gueltigen und den in der Gesetzesvorlage des Repraesentantenhauses vorgeschlagenen Leistungen. Die Angaben beziehen sich auf eine alleinstehende Person mit 20 Versicherungsjahren:

| Durchschnittl. Monatseinkommen | P e n s i o n e n | | |
|-----------------------------------|--------------------------|---|---|
| | lt. Vorschlag des CIO | nach dem gegen- waertigen Sozial- versicherungsgesetz | Gesetzesvorlage des Repraesentan- tenhauses |
| \$100 | \$60 | \$30 | \$55 |
| 150 | 72 | 36 | 60.50 |
| 200 | 84 | 42 | 66 |
| 250 | 96 | 48 | 71.50 |
| 300 | 108 | 48 | 77 |
| 400 | 132 | 48 | 77 |

"The CIO News"
23. Januar 1950

GEWERKSCHAFTEN IN HOLLAND

Der folgende Artikel von D. Roemers, Direktor der Abteilung fuer Forschung im Hollaendischen Gewerkschaftsbund (N.V.V.), erschien in dem Magazin "Socialist Commentary". Er wird hiermit zu Ihrer Informierung und evtl. Verwendung veroeffentlicht. Die Wiederveroeffentlichung ist gestattet.

Nach der deutschen Besetzung Hollands war wenig von der hollaendischen Gewerkschaftsbewegung uebriggeblieben. Die Deutschen hatten die Gewerkschaften unterdrueckt und versucht, sie durch die "Arbeitsfront" zu ersetzen. Ihr Erfolg war ueberraschend gering. Von den 685.300 Gewerkschaftsmitgliedern wurden weniger als 100.000 in die Arbeitsfront aufgenommen. Das gesamte Eigentum der Gewerkschaften war jedoch beschlagnahmt und vergeudet worden, und so musste im Jahre 1945 ganz von vorn angefangen werden.

In der hollaendischen Gewerkschaftsbewegung bestanden schon immer Spaltungen. Waehrend des Krieges wurden zwar Vorbereitungen fuer eine Vereinigung der verschiedenen Richtungen getroffen, ihre Verwirklichung scheiterte jedoch an dem Widerstand der christlichen Gewerkschaften. Dagegen wurde ein gemeinsamer Ausschuss fuer gemeinsame Beratung gebildet. Es ist der sogenannte Rat der Gewerkschafts-
verbaende.

Am 1. Januar 1949 hatten die drei grossen Gewerkschafts-
verbaende folgende Mitgliederzahlen: Hollaendischer Gewerkschafts-
bund (N.V.V.) 365.000, Katholische Arbeiterbewegung Hollands
268.000 und die Christlich Nationale Gewerkschaft etwa 150.000
Mitglieder. (Die gesamte erwerbstaetige Bevoelkerung Hollands
zaehlt 3,5 Millionen).

Vor dem Kriege stand der N.V.V. in engen Beziehungen mit der Sozialdemokratischen Partei. Diese offizielle Verbindung wurde jedoch nach dem Kriege in gegenseitigem Einvernehmen aufgehoben. Das Verhaeltnis zwischen beiden Organisationen blieb jedoch auch weiterhin herzlich. Obwohl der N.V.V. grundsatzlich gegen konfessionelle Gewerkschaften ist, liegt ihm sehr daran, mit den protestantischen und katholischen Gruppen unter den Arbeitern zusammenzuarbeiten, die die konfessionelle Grundlage ihrer Bewegungen zu erhalten wuenschen. Es besteht noch ein vierter Gewerkschaftsverband, E.V.C., der etwa 100.000 Mitglieder zaehlt und angeblich dazu dient, die Einheit in der Gewerkschaftsbewegung herzustellen. In Wirklichkeit hat er alle Versuche, eine Einigung zu erzielen, sabotiert. Dieser Verband ist praktisch voellig von den Kommunisten beherrscht, und es besteht keine Veranlassung mehr, eine Verstaendigung mit dieser Organisation zu suchen.

Waehrend die Meinungsverschiedenheiten ueber soziale Fragen zwischen dem N.V.V. und den christlichen Gewerkschaften nicht wesentlich sind, bestehen einige bedeutsame Differenzen in wirtschaftspolitischen Fragen. Der N.V.V. tritt "mehr oder weniger auf derselben Linie wie die Labour Party", fuer die Planwirtschaft ein. Die konfessionellen Gewerkschaften dagegen gehen nur mit Vorsicht und Zoegern an diese Frage heran und neigen mehr zu den rechtsgerichteteren Parteien hin. In dem "Stichting van de Arbeid", einer auf freiwilliger Basis entstandenen Koerperschaft ohne jegliche Exekutivgewalt, beraten die drei Gewerkschafts-
verbaende mit den nationalen Unternehmerverbaenden ueber soziale Angelegenheiten. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hatte nach der Befreiung des Landes in der Bildung dieser Organisation ihren Niederschlag gefunden. Sie wurde bald danach, im Juli 1945, von der Regierung als eine oeffentlich-rechtliche, beratende Koerperschaft anerkannt.

In dem Kampf um ihr Neuerstehen - unter den verarmten und chaotischen Verhaeltnissen der Nachkriegsjahre waerlich ein schwerer Kampf - konzentrierten sich die hollaendischen Gewerkschaften auf drei Punkte: Regelung von Loehnen und Preisen, soziale Verbesserungen und bessere Interessenvertretung der Arbeiter. Was ist auf diesen drei Gebieten erreicht worden?

Loehne und Preise

Die Gewerkschaftsbewegung war sich bewusst, dass sie in ihrer Politik eine wirtschaftliche Lage zu beruecksichtigen hatte, die eine Nachwirkung der Besetzung und des Krieges darstellte: ein niedrigerer Lebensstandard, minierte Produktionsbetriebe, wenig Vorraeete, die Ueberschwemmung von 10% der landwirtschaftlichen Anbauflaeche, Erschoepfung des Ackerbodens infolge Mangels an Kunstduengern, zerstoerte Haeuser, Mangel an Transportmitteln und anderen Materialien. Ausserdem haben die Umwaelzungen in der Weltwirtschaft das Land schwer in Mitleidenschaft gezogen. Besonders das Abflauen des Handels mit Deutschland und Indonesien, den beiden Hauptstuetzen der hollaendischen Wirtschaft, konnte nicht ohne Nachwirkungen bleiben. Es bestand nicht die Aussicht, die Vorkriegsverhaeltnisse schnell wiederherstellen zu koennen. Infolge der fortschreitenden Industrialisierung in vielen Ueberseestaaten wurden die Exportmoeglichkeiten geringer. Da es aus all diesen Gruenden fuer Holland unmoeglich war, wirtschaftlich auf seinen eigenen Fuessen zu stehen, beschlossen sowohl der N.V.V. als auch die christlichen Gewerkschaften ohne Zoegern, am Marshall Plan mitzuarbeiten.

Hohe Investitionen erforderlich

Zwar ist es wahr, dass der Wiederaufbau grosse Fortschritte gemacht hat - die Industrieproduktion hat den Stand von 1938 um 20% ueberschritten, und die landwirtschaftliche Produktion liegt ebenfalls ueber dem Vorkriegsstand - trotzdem steht zweifellos fest, dass Holland ohne fremde Hilfe seinen Vorkriegs-Lebensstandard noch nicht erreichen kann. Bedeutende Einnahmequellen sind verlorenggegangen, und die Einwohnerzahl hat sich von 8.800.000 im Jahre 1940 auf 9.900.000 im Jahre 1949 erhoeht. In den kommenden Jahren muss fuer 40.000 Menschen Arbeit gefunden werden, und nach 1955 wird die Zahl der zu Beschaeftigten auf 60.000 ansteigen. Da die Moeglichkeiten einer Ausdehnung der Landwirtschaft sehr beschraenkt sind, muss die Erhoehung der Beschaeftigtenzahl in der Industrie stattfinden und zwar in erster Linie in der Exportindustrie. Das bedeutet, dass ein bedeutender Teil des nationalen Einkommens fuer die Industrialisierung verwendet werden muss.

Zur Frage, wie das zu diesem Zweck benoetigte Kapital beschafft werden soll, ist man geteilter Meinung. Die kapitalistische Presse spricht sich gegen staatliche Investitionen aus und wuenscht, die privaten Ersparnisse zu vermehren. Sie fordert zum Beispiel die Aufhebung der Dividendensperre und die Beendigung der Finanzpolitik der billigen Kredite. Diese Vorschlaege wuerden die Ungleichheit der Einkommen noch vergroessern. Der N.V.V. ist der Ansicht, dass man nicht erwarten kann, dass das Volk im Interesse der industriellen Entwicklung mit einer Beschraenkung des Verbrauchs sich einverstanden erklaert, aber nur unter der Bedingung, dass die aus dieser Entwicklung entstehenden Gewinne der gesamten Nation zugutekommen und die wohlhabenderen Gruppen auch einen Teil der Lasten tragen muessen. Das erforderliche Kapital muesste deshalb hauptsaechlich aus oeffentlichen Mitteln zur Verfuegung gestellt werden.

Wir moechten nun einen Blick auf die Lohn- und Preispolitik werfen, die die Regierung seit Kriegsende eingeschlagen hat. Eine bedeutende Rolle bei der Festsetzung der Loehne spielt das "College van Rijksbemiddelaaps" (Staatlicher Vermittlungsausschuss) - ein nicht ganz zutreffender Name, da dieser Ausschuss keine vermittelnde Taetigkeit ausuebt; diese Bezeichnung wurde von Vorgaengern uebernommen, die in Arbeitsstreitigkeiten vermittelten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Industriezweiges uebersenden ihre Vorschlaege fuer neue Tarifvertraege dieser oeffentlich-rechtlichen Koerperschaft der Regierung. Bevor der Ausschuss eine Entscheidung faellt, wird der Stichting zu Rate gezogen, der ein Fachkomitee hat, in dem Vertreter nationaler Arbeitgeberverbaende und Gewerkschaften sind, die sich mit solchen Fragen befassen. Die Entscheidungen des Stichtings unterliegen allgemeinen Massregeln, die in praktischer Zusammenarbeit zwischen dem Stichting und dem Vermittlungsausschuss ausgearbeitet worden sind. Mehr alseeinmal hat der Vermittlungsausschuss Vorschlaege zu Lohnerhoehungen mit dem Hinweis abgelehnt, dass sie die allgemeine Lohnpolitik der Regierung gefaehrden.

Verstaendnis fuer die wirtschaftliche Lage

Dass man Lohnforderungen wirtschaftspolitischen Erwaegungen unterordnet, stellt eine voellig neue Entwicklung in der hollaendischen Gewerkschaftsbewegung dar. Grundsaeztlich befuerworten alle den Hauptverbaenden angeschlossenen Gewerkschaften diese Politik, wenn auch in bestimmten Faellen Meinungsdivergenzen hinsichtlich ihrer Anwendung aufgetreten sind. Die Gewerkschaften sind zu der Auffassung gelangt, dass es weniger wichtig ist, wieviel Gulden ein Arbeiter verdient, als vielmehr, welche Kaufkraft sein Lohn besitzt. Sie wissen, dass eine sofortige Lohnerhoehung zur Inflation fuehren muesste, und dass es die Arbeiter waeren, die darunter am meisten zu leiden haetten. Ausserdem haben sie erkannt, dass Holland versuchen muss, seine Exporte zu erhoehen und gleichzeitig die Preise konkurrenzfaehig zu halten. Schliesslich sind sie sich im klaren darueber, dass es sich verhaengnisvoll auswirken wuerde, wenn jede Gewerkschaft ihre eigene Lohnpolitik verfolgte. Wir geben zu, dass Arbeiter in sicheren Stellungen ihre Loehne nach oben schrauben koennten; diese hohen Loehne, die zu erhoeheten Preisen fuehrten, wuerden jedoch nicht von den Arbeitgebern, sondern von Arbeitern in weniger guenstigen Arbeitsverhaeltnissen bezahlt werden. Um die Ausbeutung von Arbeitern durch andere Arbeiter zu verhindern, ist ein vernuenftiges Lohnverhaeltnis der verschiedenen Industrien von wesentlicher Bedeutung.

Die Gewerkschaften haben sich deshalb fuer einen umfassenden Ausgleich im Lohnsystem eingesetzt. Der Index fuer Stundenloehne in der Industrie ist, verglichen mit den Vorkriegstarifen, auf 181 gestiegen, waehrend er in der Landwirtschaft die Ziffer 270 erreicht hat - und heute wird den Landarbeitern zum erstenmal ein anstaendiger Lohn gezahlt. Ausserdem sind die Loehne der Industrie in den Provinzen weit mehr angestiegen als in den grossen Staedten, wenn sie auch noch weit davon entfernt sind, gleich zu sein. (Der Lohnunterschied zwischen Land und Staedten ist von etwa 8 Gulden auf 6 Gulden pro Woche reduziert worden). Man wird auch weiterhin auf dem Lande darauf dringen, bezueglich der Loehne den Staedtern gleichgestellt zu werden; es wird jedoch schwierig sein, dieses Ziel in naechster Zukunft verwirklichen zu koennen, da sich die Arbeiter der Staedte gegen eine Senkung ihrer Lebensstandards, die die unausbleibliche Folge waere, wehren werden. Darueberhinaus, ist eine bedeutende Anpassung der Loehne fuer gelernte und ungelernete Arbeiter vorgenommen worden, und die hollaendischen Gewerk-

schaften haben sich bemueht, allen Arbeitern ein Lohnminimum zu garantieren. Hierin, so wird von verschiedenen Seiten behauptet, ist man zu weit gegangen; es steht ausser Zweifel, dass es in manchen Faellen den Arbeitern am Ansporn fehlt, um die Opfer zu bringen, die die Ausbildung fuer einen gelernten Beruf erfordert.

Werden die hollaendischen Gewerkschaften ihre Lohnpolitik auf der gleichen Linie beibehalten, wenn die gegenwaertigen, anormalen Schwierigkeiten ueberwunden sein werden? Die Lohnpolitik ist unseres Erachtens ein wesentlicher Bestandteil der Planwirtschaft und unerlaesslich zur Sicherung der Vollbeschaeftigung. Die Inflation kann nicht vermieden werden, wenn die Bereitwilligkeit nicht vorhanden ist, der Lohnerhoehung Grenzen zu setzen. Ausserdem muss, wenn man einen Mindestlohn fuer notwendig erachtet, dieser Mindestlohn in entsprechendem Verhaeltnis zu den Lebenshaltungskosten stehen, und ein unbegrenztes Steigen der Loehne muss vermieden werden. Deshalb muss irgendeine planende Behoerde fuer die Lohnpolitik verantwortlich sein.

Sozialpolitik

Die hollaendische Gewerkschaftsbewegung hatte fuer die schlechte Lage des Landes nach dem Kriege Verstaendnis und ging nur aus diesem Grunde auf diese bedeutende Zugestaendnisse in ihrem traditionellen Kampf fuer hoehere Loehne ein. Dafuer legte man groessere Betonung auf soziale Verbesserungen, und erzielte in dieser Beziehung beachtliche Erfolge. So zahlen zum Beispiel die Arbeitgeber jetzt einen Betrag fuer die soziale Versorgung, der 20% der Loehne entspricht, waehrend ihr Anteil vor dem Kriege nur 6% betrug. Fast jeder Arbeiter hat jetzt auf 6 aufeinanderfolgende und sechs einzelne Urlaubstage im Jahr Anspruch. Die Zeit, in der Krankengeld gezahlt wird, ist nach dem Gesundheitsgesetz von 26 auf 52 Wochen verlaengert worden; die Invalidenrenten wurden erhoehrt, und fuer Alterspensionen sind vorlaeufige Regelungen getroffen worden, die noch endgueltig gesetzlich verankert werden. Ausserdem hat das Parlament kuerzlich ein Arbeitslosengesetz bewilligt. Ein Betrieb kann nun gezwungen werden, eine Pensionskasse fuer seine Arbeiter einzurichten. Diese Bestimmung ist auch in der Landwirtschaft gueltig. Der Plan, der wahrscheinlich bewilligt werden wird, sieht zusaetzlich zu den Pensionskassen der Betriebe, eine Grundpension nach einem allgemeinen Gesetz fuer Alterspensionen vor. Weitere Reformen sind in Vorbereitung, deren wichtigste Aufgabe die Sozialversorgung fuer selbstaendige Arbeiter ist, die bisher nicht unter die Sozialgesetze fielen. In diesem Punkte sind die verschiedenen Gewerkschaftsverbaende geteilter Auffassung. Die Christlichen Gewerkschaften bestehen auf einem Versicherungssystem, waehrend der N.V.V. wuenscht, Familienunterstuetzungen und Pensionen aus einem Fonds zu zahlen, der mit besonderen Steuern finanziert werden soll. Den selbstaendigen Arbeitern, die am meisten der Unterstuetzung beduerfen, waere es naemlich kaum moeglich, die in einem Versicherungssystem notwendigen Beitraege zu eruebrigen.

Die Tatsache, dass der Lebensstandard des hollaendischen Arbeiters trotz des rapiden Absinkens der allgemeinen Prosperitaet nicht zurueckgegangen ist, ist als ein Ergebnis all dieser sozialen Reformen zu werten.

Das Mitbestimmungsrecht

Schliesslich kommen wir zu dem erhoekten Einfluss, den die Arbeiter sowohl in der Industrie als auch in privaten Unternehmen gewonnen haben. Angesichts der Entwicklung zu einer Planwirtschaft ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Industrie von groesster Bedeutung. Nicht weniger wichtig jedoch, ist der groessere Einfluss des Arbeiters in Betrieben und Bueros, wenn man von der Ueberlegung ausgeht, dass die Persoenlichkeit des Arbeitnehmers damit hoehere Anerkennung findet.

Die Entwicklung zur Planwirtschaft hat nicht erst vor kurzer Zeit begonnen. Seit mindestens zwanzig Jahren hat der Staat mehr und mehr in wirtschaftlichen Angelegenheiten der modernen, west-europaeischen Laender mitgeredet, und man hat erkannt, dass die Parlamente die Durchfuehrung der Regierungsvorschriften nicht im einzelnen ueberwachen koennen. Die Gefahr zunehmender Buerokratiesierung und unbeaufsichtigter Macht in den Haenden von Beamten ist offensichtlich geworden und wurde von der hollaendischen Sozialistenbewegung schon vor langer Zeit erkannt. Sowohl die Sozialisten als auch die Gewerkschafter sind der Auffassung, dass dieser Gefahr durch eine Dezentralisierung der Funktionen der Regierungsdienststellen durch die Errichtung einer Koerperschaft fuer jede Industrie begegnet werden muss, in der Vertreter der Nation liegen muss, sollen auch die beiden Teile der Industrie einen bedeutenden Einfluss ausueben. Diese Idee ist dem gegenwaertigen System zugrundegelegt worden. Bis jetzt war die tatsaechliche Macht der Unternehmer jedoch so gross, (sie ist durch die allgemein reaktionaeere Tendenz in politischen Angelegenheiten noch gestaerkt worden), dass sie allein den Haupteinfluss hinter den Kulissen ausuebten.

Ein Gesetzentwurf, der die allgemeine Struktur eines solchen Systems vorsieht, ist dem Parlament vorgelegt worden und stellt trotz ernsthafter Schwaechen einen weiteren Schritt auf das richtige Ziel hin dar. Der N.V.V. (und nicht die christlichen Gewerkschaften) kritisiert die Unzulaenglichkeit der Mitbestimmung, die den Regierungsvertretern in den Vorstaenden der vorgeschlagenen Koerperschaften gewahrt ist, und damit auch die unzureichenden Vollmachten, mit denen sie ausgestattet werden sollen.

Eine andere Gesetzesvorlage ueber gemeinsame Beratungsausschuesse in einzelnen Unternehmen wird ebenfalls zur Zeit vom Parlament bearbeitet. Es besteht bereits eine grosse Anzahl solcher Ausschuesse, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zusammenarbeiten. Das neue Gesetz sieht jedoch vor, sie fuer alle Betriebe mit ueber 25 Arbeitnehmern fuer obligatorisch zu erklaren. Es ist audruecklich anerkannt worden, dass diese Ausschuesse nicht nur, wie bisher, bei der Loesung sozialer, sondern auch wirtschaftspolitischer Fragen mitzureden haben, ohne dass sie jedoch irgendwelche Beschlussfaehigkeit besitzen. Der N.V.V. erklart sich mit dieser Bestimmung einverstanden, weil er der Auffassung ist, dass das Privatunternehmen nicht in den Haenden einer bestimmten Gruppe des Volkes liegen darf, sondern von Behoerden kontrolliert werden muss, die im Interesse der Oeffentlichkeit handeln und fuer die Durchfuehrung der Bestimmungen zur Planwirtschaft verantwortlich gemacht werden koennen. Solche Behoerden, auch wenn sie in ihrer gegenwaertigen Form noch unvollkommen sind, sind es wert, von den Gewerkschaften unterstuetzt zu werden, weil sie in das System des Privatunternehmens, sowie es bis jetzt bestand, eine Bresche geschlagen haben. Die Aussichten, sie weiter auszubauen, moegen weit geringer als im Jahre 1945 sein, aber die Macht der wirtschaftlichen Faktoren selbst wird in staendig wachsendem Masse denen zu Hilfe kommen, die sich fuer eine wirtschaftliche Planung einsetzen.

ECA Labor Information
2. Februar 1950

DAVID DUBINSKY

David Dubinsky, der kleine, explosive Gewerkschaftsfuehrer der amerikanischen 4-Billionen-Dollar Industrie fuer Damenbekleidung, kaempft nun seit ueber 43 Jahren gegen die Willkuerherrschaft.

Zeit und Erfahrung haben seinen jugendlichen Sozialismus zum Reifen gebracht und ihn gelehrt, Kompromisse zu schliessen. Dubinsky und seine Gewerkschaft haben die Anerkennung der Arbeiter und Unternehmer im ganzen Lande gefunden. Doch der kleine Schneider aus Lodz hat niemals den Kampf gegen den Totalitarismus aufgegeben.

Dubinsky wurde 1892 in Brest-Litowsk (Russisch Polen) als Sohn eines verarmten Baeckers geboren. Die ersten politischen Eindruecke gewann er in einem Lodzer Gefaengnis und pspaeter in sibirischer Verbannung, noch bevor er 13 Jahre alt war.

Er war noch ein kleines Kind, als seine Familie nach Lodz umzog, wo er die Volksschule besuchte und Polnisch, Russisch und Jiddisch lesen und schreiben lernte. Mit 11 Jahren musste er die Schule verlassen und als Baeckergehilfe fuer seinen Vater arbeiten. Nach drei Jahren wurde er Baeckermeister, und man waelte ihn zum Sekretaer der Lokalgewerkschaft von Lodz. Dubinsky sagt, dass er auf Grund seiner Sprachkenntnisse diese Stellung bekommen habe.

Der junge David hatte sich bereits fuer die Probleme des Arbeiters interessiert und war ein begeisterter Anhaenger der revolutionaeren, Sozialistischen Partei Polens. Bald nach seiner Ernennung zum Gewerkschaftsfunktionaer half er mit, einen Baeckerstreik zu organisieren, dem sich ausser den uebrigen Baeckereien auch die seines Vaters anschloss. Die Streikenden gewannen. Aber kurz nach dem Siege wurden die meisten derjenigen, die den Streik organisiert hatten, festgenommen. Dubinsky verbrachte zehn Tage im Gefaengnis. Seinem Vater gelang es, ihn durch Bestechung des Lodzer Polizeichefs und durch das Versprechen freizubekommen, dass sein Sohn sofort die Stadt Lodz verlassen wuerde.

David wuerde zu einem Onkel nach Brest-Litowsk geschickt. Nach drei Monaten kehrte er jedoch heimlich nach Lodz zurueck, um die Organisierung der Baecker fortzusetzen. Nach weniger als einem Jahr wurde er erneut wegen Teilnahme an einer illegalen Tagung der Baecker festgenommen. Diesmal war sein Vergehen schwerwiegender, und er wurde in die Verbannung nach Sibieren geschickt, wo er fast zwei Jahre lang von einem Gefaengnis zum andern verlegt wurde.

In dieser Zeit fasste Dubinsky den Entschluss, sein Leben dem Kampf um soziale Gerechtigkeit und persoenliche Freiheit zu widmen.

Dubinsky sagt hierzu: "Sie muessen sich vorstellen, dass ich kaum 17 Jahre alt war; es war nicht leicht fuer mich, die inneren Kraefte, die die revolutionaere Bewegung trugen, zu verstehen. Ich glaube jedoch, dass die Jahre, die ich in Lodz verbrachte, und anschliessend der Gefaengnisaufenthalt mir die Augen oeffen halfen. Bereits als Kind erkannte ich, was Willkuerherrschaft und Diktatur bedeuten... Die heute angewendeten, totalitaeren Methoden unterscheiden sich nicht sehr von dem, was ich in meiner fruehesten Jugend sah; keine Gedankenfreiheit, keine Pressefreiheit, keine freien Gewerkschaften, keine Buecher ausser den vom Staate genehmigten... Sklavenarbeit kann nicht zum Sozialismus fuehren. Ich habe stets gegen Willkuerherrschaft und Ungerechtigkeit gekaempft, und deshalb kaempfe ich nun gegen den Totalitarismus."

Im Jahre 1910 gelang es Dubinsky, aus Sibirien zu fliehen. Er schmuggelte sich ueber die Grenze und floh mit Hilfe eines Bruders nach Amerika, wo er zu einer der besten Kraefte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung werden sollte.

In New York fing er als Tellerwaescher an, fand jedoch bald Anstellung in einem Konfektionsgeschaeft und ging schliesslich unter die Zuschneider - die "Aristokratie des Handwerks". Im Jahre 1911 trat er in die Lokalgewerkschaft der Zuschneider ein, die der Internationalen Damenkonfektionsarbeiter Gewerkschaft angeschlossen ist. 1918 wurde Dubinsky Funktionaer seiner Lokalgewerkschaft, und schon nach 14 Jahren hatte er sich zur hoechsten Stellung in dem internationalen Gewerkschaftsverband emporgearbeitet, eine Stellung, die er nun seit 18 Jahren innehat.

Dubinsky wurde zu einem Zeitpunkt Praesident, als es sehr schlecht um diese Organisation bestellt war. Ein kostspieliger Kampf innerhalb der Gewerkschaft zwischen Sozialisten und Kommunisten und ein 28 Wochen langer Streik in New York hatten die Gewerkschaft ruiniert. Nach Beendigung des Streiks hatten die Kommunisten keinen Einfluss mehr; die Mitgliederzahl war jedoch auf 40.000 gesunken, und die Schulden der Gewerkschaft beliefen sich auf 2 Millionen Dollar. Zu jener Zeit war Dubinsky Fuehrer der einzigen New Yorker Lokalgewerkschaft, die noch ueber ausreichende Mittel verfuegte, und in der die Kommunisten keinen Einfluss hatten. Logischerweise fiel die Wahl fuer die Praesidentenstelle auf ihn.

Diese Stellung galt nicht als begehrenswert. Die Arbeiter waren dem Schicksal der Gewerkschaft gegenueber so pessimistisch eingestellt, dass man Dubinsky scherzhafterweise zu seiner Ernennung zum "Totengraeber" beglueckwuenschte.

Dubinskys Gewerkschaft blieb jedoch bestehen.

Im Jahre 1933 wurde unter Praesident Franklin D. Roosevelt das Gesetz zur Nationalen Wirtschaftlichen Wiederaufrichtung (National Recovery Act) erlassen, dessen beruehmter Paragraph 7A die Industrie verpflichtete, mit den Gewerkschaften Kollektivverhandlungen zu fuehren.

Dubinsky machte sich sofort diese Bestimmung zunutze. Er nahm bei einer Bank eine Anleihe von 10.000 Dollar auf und startete damit einen grossangelegten Werbefeldzug, der seiner Gewerkschaft innerhalb von sechs Monaten 160.000 Mitglieder einbrachte. Auch danach hat Dubinsky niemals aufgehoeert, fuer seine Gewerkschaft zu werben. Heute verfuegt diese Organisation ueber mehr als 26 Millionen Dollar und vertritt ueber 450.000 Arbeiter der Damenbekleidungsindustrie.

Dubinskys Verdienste um die Arbeiter koennen jedoch nicht nur in Mitgliedszahlen und Bankkonten ausgedrueckt werden.

In einer Industrie, die die englische Sprache um den Ausdruck "sweat-shop" ("Ausbeuterbetrieb") bereichert hatte, ist es der Internationalen Damenkonfektionsarbeiter Gewerkschaft unter Dubinskys Fuehrung gelungen, das vollkommenste Wohlfahrtsprogramm einzufuehren, das in den Vereinigten Staaten besteht.

Früher mussten Maenner und Frauen in schmutzigen, ungeluefteten Hoehlen von fuenf Uhr morgens bis nach Mitternacht arbeiten, um in der Woche neun Dollar zu verdienen. Heute hat die normale Arbeitswoche 35 Stunden; der durchschnittliche Wochenlohn belaeuft sich auf 70 Dollar. Die Arbeiter haben Anspruch auf Urlaubsgeld, Kran-

kenversicherung, Alterspensionen und Sterbegelder. Gewerkschaftsvertreter ueberwachen die Betriebe, um dafuer zu sorgen, dass die sanitaeren Vorschriften beachtet werden. Die Zeit ist vorbei, in der die Arbeiter ihre Mahlzeit an ihren Maschinen einnahmen, um beim Essen weniger Zeit zu verlieren.

Die Gewerkschaft selbst ist fuer den Arbeiter zur Schule, zum Krankenhaus und zum Zentrum des sozialen und politischen Lebens geworden.

Die internationale Damenkonfektionsarbeiter Gewerkschaft hat Lehrinstitute in New York, Boston, Philadelphia, Chikago und anderen Grosstaedten. Den Arbeitern werden dort nach der Arbeitszeit Kurse in den verschiedensten Faechern, von der Literatur, Psychologie und Wirtschaftslehre bis zur Schauspielkunst und den bildenden Kuensten, geboten. Ausserdem ermoeglicht die Gewerkschaft eine Ausbildung an der Harvard- und Wisconsin- Universitaet. Man hat nun auch eine Gewerkschaftsschule zur Ausbildung von Gewerkschaftsorganisationsarbeitern eroeffnet. Ausserdem unterhaelt die Gewerkschaft in 12 grossen Staedten Krankenhaeuser, in denen die Mitglieder bei einem Preis von nur einem Dollar pro Visite aertzlich behandelt werden koennen. Viele Lokalgewerkschaften besitzen Erholungsheime und mieten Betten in Krankenhaeusern. Im Erholungsprogramm der Gewerkschaft ist alles vom Wandern bis zum Tanzen, vorgesehen. Ein eigenes Ferienheim, das "Unity House", steht in den Bergen von Pennsylvanien zur Verfuegung. Ein Mitglied kann in diesem Heim fuer 38 Dollar, einschliesslich Mahlzeiten, Schwimmen, Bootfahren, Tennisspielen und Tanzen, eine Woche seines Jahresurlaubs verbringen.

Dubinsky hat seine Mitglieder auch politisch geschult. Obwohl die Internationale Damenkonfektionsarbeiter Gewerkschaft dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL angeschlossen ist, in dem man gegen die politische Betaetigung des Gewerkschaftlers war, hat Dubinsky immer betont, dass es nicht genuegt, wenn sich nur eine Gruppe von Arbeitern hoeherer Loehne und besserer Arbeitsbedingungen erfreut. "Alles, was den Arbeiter angeht, ist fuer alle Arbeiter und ueberall von Interesse," sagt Dubinsky.

Um die Wiederwahl Roosevelts unterstuetzen zu koennen, trat Dubinsky im Jahre 1936 aus der sozialistischen Partei aus und half bei der Bildung der Amerikanischen Arbeiterpartei im Staate New York. Als die Kommunisten spaeter diese Partei uebernahmen, unterstuetzte er die neugegruendete Liberale Partei. (Praesident Truman weiss, was er der Liberalen Partei schuldig ist, und zeigt sich ihr gegenueber erkenntlich, indem er Dubinsky oft um seine Meinung und seinen Rat befragt).

Dubinsky hat sich schon immer fuer eine groessere Teilnahme der Gewerkschaften an internationalen Angelegenheiten eingesetzt. Als der Weltgewerkschaftsbund den Kommunisten in die Haende fiel, widmete er sich der Schaffung des neuen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Als die italienischen Gewerkschaftsfuehrer im Jahre 1948 wuenschten, sich von dem kommunistisch beherrschten Gewerkschaftsbund loszusagen, wurden sie von Dubinsky mit der ansehnlichen Summe von 250.000 Dollar unterstuetzt. Die Zuwendungen an die "Force Ouvriere" und die Sozialisten Leon Blums belaufen sich seit Kriegsende auf 150.000 Dollar. Mit Geldern der Gewerkschaft Dubinskys wurden ferner ein Waisenhaus in China und eine Berufsschule in Frankreich eingerichtet. Auch eine Jungengstadt in Italien wurde finanziell unterstuetzt.

Obwohl Dubinsky staendig fuer bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen seiner Gewerkschaftsmitglieder gekaempft hat,

ist er auch einer der ersten amerikanischen Gewerkschaftsfuehrer, die einsehen, dass die Wohlfahrt des Arbeiters mit der der Industrie und Unternehmer eng verbunden ist. In dieser Erkenntnis hat Dubinsky viel Zeit, Energie und Geld aufgewendet, um die Produktivitaet und Leistungsfahigkeit in der Damenbekleidungsindustrie zu erhoehen.

Im Jahre 1940 zum Beispiel war die wirtschaftliche Lage der New Yorker Bekleidungsindustrie sehr schlecht. Die Arbeiter dieses Industriezweiges konnten nur 30 bis 35 Wochen im Jahr beschaeftigt werden; viele Betriebe mussten schliessen, und noch viele mehr verloren Geld.

Dubinsky hatte Produktionssachverstaendige zu Rate gezogen, die die Industrie ueberwachen sollten. Sie stellten Maengel fest - unzuLaengliche Ueberwachung der Maschinen, schlechte Materialtransportmoeglichkeiten, unzureichende Finanzkontrolle.

Die Internationale Damenkonfektionsarbeiter Gewerkschaft teilte ihre Beobachtungen den Unternehmern mit und arbeitete schliesslich ein gemeinsames Programm fuer groessere Leistungsfahigkeit in diesem Industriezweig aus. Die Unternehmer verpflichteten sich, pro Jahr 1 Million Dollar zur Errichtung des New Yorker Bekleidungs-instituts zur Verfuegung zu stellen, dessen Aufgabe es waere, Reklameaktionen einzuleiten. Ausserdem richtete die Gewerkschaft eine gewerkschaftliche, technische Abteilung ein, auf Jahresbasis arbeitet und Produktionsmethoden studiert und Mittel und Wege ersinnt, um Verluste zu reduzieren und die Produktionsleistung zu erhoehen.

Diese technische Abteilung stellte in vielen Faellen fest, dass verbesserte Arbeitsmethoden automatisch zu hoeheren Loehnen fuehren. In einem Falle zum Beispiel beschwerten sich die Arbeiter, weil ihre Loehne niedriger waren als in anderen Betrieben der gleichen Branche, obwohl in ihrem Betrieb hoehere Akkordsaetze gezahlt wurden als in anderen Unternehmen. Die technische Abteilung fuer Produktion befasste sich mit diesem Fall. Sie entdeckte, dass die schlechte Qualitaet des in den Naehmaschinen verwendeten Garnes zu haeufig ein Reiessen des Fadens und damit ein Neueinfaedeln verursachte. Man verwendete eine bessere Qualitaet, und die Loehne gingen in die Hoehe.

Dubinsky weiss auch, dass es zur Sicherung eines hohen Lebensstandards des industriellen Friedens bedarf. Obwohl frueher in jeder Saison die Bekleidungsindustrie unter einem Streik zu leiden hatte, und obwohl Dubinsky selbst seine Gewerkschaftslaufbahn begann, indem er einen Baeckerstreik in Lodz fuehrte, fand in der Bekleidungsindustrie seit 14 Jahren kein groesserer Streik statt.

Dubinsky hat den Unternehmern klargemacht, dass er bei rein gewerkschaftlichen Forderungen seinen Standpunkt immer vertreten wird, andererseits aber auch vernuenftigen Erwaegungen Gehoer schenken und die Rechte der Oeffentlichkeit, in entsprechendem Masse beachten wird.

Wie sehr die Unternehmer diesen einzigartigen Sozialisten schaeetzen, beweist die folgende Begebenheit in Philadelphia im Winter 1946: In der Mantel- und Anzugsindustrie stand ein Streik bevor. Er wurde abgewendet, weil sich die Unternehmer mit einem

Schiedsverfahren einverstanden erklarten. Doch das ist nicht alles. Die Unternehmer akzeptierten als Schiedsrichter David Dubinsky, den Praesidenten der in diese Streitigkeiten verwickelten Gewerkschaft.

David Dubinsky, der revolutionaere Kaempfer aus Lodz, hat mitgeholfen, die Gewerkschaftsbewegung zu dem zu machen, was sie heute in Amerika darstellt. Und er hat bewiesen, dass Gewerkschaften und Unternehmer zur Besserung des Lebensstandards Aller friedlich zusammenarbeiten koennen.

ECA Labor Information
17. Februar 1950

DER VERBRAUCHERPREISINDEX WIRD MODERNISIERT

Die Statistik der U.S.A. passt sich den veraenderten Kaufgewohnheiten an.

Washington -- (Amerika Dienst) -- Eine deutlich erkennbare Veraenderung in den Kaufgewohnheiten der amerikanischen Bevoelkerung hat die Statistiker der U.S.A. veranlasst, den offiziellen Verbraucherpreisindex einer Revision zu unterziehen. Um die Mitte der dreissiger Jahre kaufte man Dinge, die heute kaum mehr gefragt werden, waehrend umgekehrt fuer den Durchschnittsamerikaner von heute der Erwerb mancher Waren eine Selbstverstaendlichkeit ist, die vor 15 Jahren noch nicht bekannt oder zumindest fuer den "kleinen Mann" nicht erschwinglich waren. Der Leiter des amerikanischen Statistischen Amtes, Ewan Clague, erwaehte vor kurzem unter anderem, dass frueher beispielsweise allgemein Eiskaesten zum Fuellen gekauft wurden, aber kaum elektrische Kuehlschraenke. Die Zahl der Familien, die Fernsprechanchluss haben oder ein Radio besitzen, ist gewaltig gestiegen; vielfach hat man schon Fernsehapparate. Der technische Fortschritt hat in diesen Faellen bedeutsame Veraenderungen mit sich gebracht. Frauen kauften damals Seidenstruempfe in grosser Zahl, waehrend heute der Nylonstrumpf den Markt beherrscht. Lebensmittel, die in den dreissiger Jahren nur zu bestimmten Jahreszeiten erhaeltlich waren, kann man heutzutage jederzeit bekommen.

Tiefkuehlobst und -gemuese waren in jener Zeit praktisch unbekannt; es gab auch weder so viele Spezialnaehrmitel fuer Kleinkinder noch etwa die heute in den U.S.A. so weitverbreiteten "Nachtschpulver", aus denen - aehnlich wie bei Puddingpulver - eine Nachspeise oder ein Kuchen schnell und ohne weitere Zutaten hergestellt werden kann. Speiseeis wurde frueher allgemein in viel kleineren Mengen verkauft, als dies heute der Fall ist.

Aehnliche Veraenderungen hat es im Wohnungswesen gegeben. Die Mieten, die heute kontrolliert werden, geben kein echtes Bild der Kosten fuer die Unterkunft. Bedeutend mehr Amerikaner sind Besitzer von Eigenheimen oder haben die Abzahlung der Raten bereits begonnen; fuer sie kann daher die Beruecksichtigung der Mieten die Veraenderung der Wohnungskosten nicht widerspiegeln.

Alle diese Erwaegungen haben das dem U.S.-Arbeitsministerium angeschlossene Amt fuer Arbeitsstatistik veranlasst, die Grundlagen des Verbraucherindex auf ihre Gueltigkeit zu ueber-pruefen und die notwendigen Verbesserungen vorzunehmen. Zum letztenmal wurde eine derartige Untersuchung in den Jahren 1934 bis 1936 durchgefuehrt. Im Zuge der jetzt beabsichtigten Erhebungen, die insgesamt drei Jahre in Anspruch nehmen werden, soll in rund 500 000 amerikanischen Wohnungen festgestellt werden, welche dort befindlichen Gegenstaende als typisch fuer den amerikanischen Lebens- und Wohnbedarf anzusehen sind. Die Ausgaben von ueber 20 000 Familien sollen genau erfasst werden und weitere Schluesse zulassen.

In Tausenden von Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben werden mehr als 600 000 Preise zu ermitteln sein. Um einen fuer den Gesamtbereich der Vereinigten Staaten gueltigen Durchschnitt zu erhalten, werden die Ergebnisse in elf sorgfaeltig ausgewaehlten Staedten vorgenommen werden.

Ewan Clague erklarte in diesem Zusammenhng, dass eine Familie etwa 1 400 bis 1 500 verschiedene Waren kauft, beziehungsweise Dienstleistungen in Anspruch nimmt, von denen 200 in den Verbraucherindex aufgenommen werden. Da sich nicht alle Preise gleichmaessig veraendern, muessen nicht nur die im Verbraucherindex enthaltenen Waren selbst wirklich einen allgemein gueltigen Durchschnitt darstellen, es muss vielmehr auch ihre Wichtigkeit fuer den Verbraucher genau in Betracht gezogen werden. Wuerde zum Beispiel jenen Waren, deren Preise nur langsam steigen oder fallen, zu viel Gewicht beigemessen, dann wuerde der Index nachhinken; ueberschaetzte man andererseits die Bedeutung von Waren, deren Preise starken Schwankungen ausgesetzt sind, dann koennte der Index eine zufaellige Konjunktur widerspiegeln und an Allgemeinguelteit verlieren.

Der Verbraucherpreisindex wird monatlich vom Amt fuer Arbeitsstatistik veroeffentlicht und gilt als offizieller Masstab fuer die Lebenshaltungskosten ausschlaggebenden Preise; er verzeichnet die Preisveraenderungen bei jenen Waren und Dienstleistungen, die regelmaessig auf dem Ausgabenetat von Lohn- oder Gehaltsempfaengern der niedrigeren Einkommensklassen stehen. Ausschlaggebende Bedeutung kommt ihm oft als authentischstem Vergleichsmasstab bei Lohnverhandlungen, Gesetzesdebatten und anderen Diskussionen ueber Probleme der Sozialpolitik zu.

Amerika Dienst
4. Maerz 1950

CIO FORDERT "ENERGISCHE, DEMOKRATISCHE MASSNAHMEN ZUR SICHERUNG DES WELTFRIEDENS"

Der amerikanische Gewerkschaftsverband CIO ueberreichte dem Aussenminister Dean Acheson eine Erklaerung, in der gefordert wird, dass sich die Regierung "unablaessig und aktiv" fuer die Weltabruestung einsetzt.

Eine "Stellungnahme des CIO zu internationalen Problemen" wurde veroeffentlicht und Mr. Acheson bei einer inoffiziellen Konferenz vorgelegt. Dieser Konferenz wohnten ferner bei: der Praesident des CIO, Philip Murray; der Vorsitzende des neugegruendeten Internationalen Ausschusses des CIO, Jacob S. Potofsky; und der CIO Direktor fuer Internationale Angelegenheiten, Michael Ross.

In dieser Erklaerung wird die Ansicht des CIO zum Ausdruck gebracht, "dass angesichts des gegenwaertigen Standes der Welt-sicherheit der Wasserstoffbombe und anderer Waffen Anteil zu nehmen."

Es wurde jedoch hinzugefuegt, dass "wir ebenso wie die Arbeiter aller anderen Laender wissen, dass die Wasserstoffbombe keine Sicherheitsgarantie bietet und kein rettendes Mittel darstellt. Eine Weltzivilisation, die sich auf die Wasserstoffbombe oder auf irgendeine andere Art von Waffe stuetzt, ist eine Zivilisation, deren Jahre gezaehlt sind.

"Ohne wirkliches gegenseitiges Verstaendnis unter der gesamten Menschheit ist ein dauernder Friede unmoeglich."

Der CIO erklarte sich erneut bereit, die Vereinten Nationen als "das beste Mittel zur Entwicklung einer geordneten Welt ausserhalb des jetzigen Durcheinanders neidischen und uebertriebenen Nationalismus" zu unterstuetzen. Die "nuetzliche Arbeit, die von den Vereinten Nationen geleistet wird, sollte nicht durch politische Spekulationen, den skrupellosen Gebrauch des Veto-rechtes, harte Worte und zeitweiliges Boykottieren gestoert werden."

Latein-Amerika wurde in dem Bericht besonders erwaeht und mit dem Hinweis auf den wachsenden Einfluss diktatorischer oder reaktionaeerer Kraefte die wirtschaftliche Unterstuetzung dieses Gebietes als "unbedingt erforderlich" bezeichnet.

"Amerika kann durch die Fortsetzung und Durchfuehrung wirksamer Hilfsmassnahmen fuer die Bewohner Puerto Ricos in Latein-Amerika ein lobenswertes Beispiel fuer demokratische Handlungsweise geben", heisst es weiter in dem Bericht. Der CIO sei davon ueberzeugt, dass die Voelker Latein-Amerikas "unser Verhalten in Puerto Rico genau beobachtet, um sich ein Bild von dem machen zu koennen, was man amerikanische Hilfe und Freundschaft nennt."

Der CIO forderte die umfassende wirtschaftliche Unterstuetzung dieser Insel und die Errichtung einer Gewerkschaftsschule, der nicht nur Studenten aus Puerto Rico, sondern auch aus anderen Teilen Latein-Amerikas zustroemen wuerden. Eine derartige Schule, sagt der CIO, "haette dramatische und unmittelbare Auswirkungen auf die latein-amerikanische Gewerkschaftsbewegung."

Die wichtigsten, in der CIO Erklaerung enthaltenen Forderungen sind:

1. Die rapide Aktivierung des Punkt-Vier-Programms.
2. Zivile Kontrolle der Atom-Energie, -Forschung und -Entwicklung. Die Auswertung der Atomkraft fuer aufbauende Zwecke.
3. Widerstand gegen beschwichtigende Elemente, die die demokratischen Traditionen der Vereinigten Staaten im Interesse "zeitweiligen und unsicheren Verhandeln" mit faschistischen oder kommunistischen Regimes opfern.
4. Die Einleitung aller moeglicher Massnahmen, um dem israelitischen Volke zu helfen.
5. Wirtschaftliche Unterstuetzung Latein-Amerikas.
6. Untersuchung und Richtigstellung zu der "angeblich weitverbreiteten Unzufriedenheit" ueber die Durchfuehrung des Programms, nach dem Arbeiter ohne staendigen Wohnsitz aus Latein-Amerika nach den Vereinigten Staaten gebracht werden sollen.

7. Die Anstellung spanischsprechender Beamten fuer Arbeitsfragen an den Gesandtschaften der Vereinigten Staaten in Latein-Amerika.
8. Verbesserung der Arbeitervertretungen in US Behoerden, die sich mit internationalen Problemen befassen.

CIO Press Release
19. Februar 1950

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 2

Frankfurt, 17. März 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Amerikanische Arbeiter fuer "Union Shop" System - | 1 |
| Amerikaner nehmen zum Pensionsproblem Stellung - - | 2 |
| Ottmarsheim - - - - - | 2 |
| Amerikanische Gewerkschaften verhindern Wirtschafts- | |
| krise - - - - - | 4 |
| Belgische Papierarbeiter Gewerkschaft interessiert | |
| sich fuer Gewinnbeteiligung der Arbeiter - - - - - | 5 |
| Stahlarbeitergewerkschaft unterstuetzte Streikende | |
| Bergleute mit 500.000 Dollar - - - - - | 6 |
| Bergson: "Es gibt kein gutes Monopol" - - - - - | 7 |
| "Force Ouvriere" im Kampf gegen Kommunisten - - - | 9 |
| ERP hilft der britischen Baumwollindustrie - - - - | 11 |

AMERIKANISCHE ARBEITER FUER "UNION SHOP" SYSTEM -

Dem Jahresbericht des Bundesausschusses fuer Arbeitsfragen (National Labor Relations Board) zufolge entschied man sich in mehr als 96% der von dieser Behoerde im Laufe des am 30. Juni 1949 endenden Haushaltsjahres organisierten "union shop" Wahlen fuer "union shop" Vertraege. (Ein "union shop" Vertrag enthaelt die Bestimmung, dass die Einstellung nur unter der Bedingung erfolgt, dass der Arbeitnehmer innerhalb einer festgesetzten Frist der Gewerkschaft beitrifft.) Der Bericht zeigt ferner, dass von insgesamt 15.074 "union shop" Abstimmungen 14.581 zugunsten dieses Systems ausfielen.

U. S. Arbeitsministerium

"Weekly Labor News Digest"

AMERIKANER NEHMEN ZUM PENSIONSPROBLEM STELLUNG

Washington -- (Amerika Dienst) -- In letzter Zeit wurde bei zahlreichen Gelegenheiten in den U.S.A. zum Pensionsproblem Stellung genommen, wobei vor allem eine Novellierung des Bundesgesetzes ueber die Sozialversicherung, soweit dieses die Zahlung von Ruhegeldern betrifft, und eine Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten vorgeschlagen wurde.

Der Vorsitzende der CIO-Vereinigung fuer den Staat New York; Louis Hollander, forderte die Regierung dieses Bundesstaates auf, das Bundes-Pensionssystem der U.S.A. so zu ergaenzen, dass jeder in den Ruhestand getretene Arbeitnehmer eine Pension von mindestens 100 Dollar im Monat beziehen kann. Auch Emil Rieve, der Vorsitzende der CIO-Textfarbeitergewerkschaft, schloss sich diesem Vorschlag an. In einer Ansprache in New York legte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gummiarbeiter, I.S. Buckmaster, den Standpunkt des CIO zu diesem Problem dar: "Erstens draengen wir auf eine Verbesserung des amerikanischen Sozialversicherungsprogramms, zweitens - und das ist derzeit eine zwingende Notwendigkeit - treten wir fuer die Regelung der Pensionsfrage im Wege von Kollektivvertraegen ein. Unsere grundsaeztliche Einstellung ist klar: die Bundesgesetzgebung soll bei Pensionen fuer Arbeiter und fuer die uebrige amerikanische Bevoelkerung eine Untergrenze bestimmen. Darueber hinaus hat der Arbeiter jedoch noch Anspruch auf eine Anerkennung seiner bisherigen langjaehrigen Taetigkeit bei einer Firma in Form eines zusaetzlichen Ruhegeldes."

In Boston schlug Arbeitsminister Tobin vor, durch eine Erweiterung des Bundesgesetzes ueber die Sozialversicherung jeder aus dem Berufsleben ausscheidenden Person in den Vereinigten Staaten eine Pension im Betrag von 100 Dollar zu sichern. Auch der Leiter der Abteilung fuer Arbeitsstatistik im U.S.-Arbeitsministerium, Ewan Clague, hob in einer Rede in Washington die Notwendigkeit hervor, die Sozialversicherungsbestimmungen auf alle in den Ruhestand tretenden Arbeiter auszudehnen, die Unterstützungssaeetze zu erhoehen und sie ausserdem durch Beitraege der Unternehmer zu ergaenzen. Senator Taft nahm in der Presse zu der Frage Stellung, welche Kosten mit der Einfuehrung von allgemeinen Pensionen in der Hoehe von 100 Dollar verbunden sind, und behauptete, dass die einzige Moeglichkeit, den Millionen Menschen, die in den Ruhestand getreten sind und demnach nicht mehr arbeiten, Pensionen zu bezahlen, darin bestehe, die erforderlichen Mittel aus dem Verdienst der Arbeitenden aufzubringen. Er empfahl, den Finanzausschuss des amerikanischen Senats mit dem Studium dieses Problems zu beauftragen.

Amerika Dienst
9. Maerz 1950

OTTMARSHEIM

Ein 50 Jahre alter Traum geht nun in Frankreich in Erfuellung. An seiner Verwirklichung arbeiten 4.000 franzoesische Arbeiter und amerikanische Dollars.

Das Flussbett des Rheines wird auf der 105 km langen Strecke von Kembs bis nach Strassburg verlegt.

Nach der Fertigstellung dieses Projektes wird der "neue" Fluss nicht nur fuer Frankreich, sondern auch fuer den groessten Teil des uebrigen Europas von Nutzen sein. Neue Wasserkraftwerke werden Frankreich mit der dringend benoetigten Elektrizitaet versorgen. Ein neuer, waehrend des ganzen Jahres schiffbarer Wasserweg wird fuer Europa entstehen, denn in dem zementierten Flusskanal wird es keine Untiefen mehr geben, die die

Rheinschiffahrt bei Hochwasser so oft stillgelegt haben. Allen Nationen wird es erlaubt sein, den "neuen" Fluss zu benutzen.

Seit fast einem halben Jahrhundert beschaeftigten sich franzoesische Techniker mit dem Gedanken, den Rhein umzubetten. Jedoch erst im Jahre 1932 konnte der erste Abschnitt dieses Vorhabens im Gebiet von Kembs vollendet werden --- der Hauptdamm, ein Kraftwerk, zwei Schleusen und ein Kanal von etwa 8 km Laenge. Danach kam die Wirtschaftskrise und es trat eine Stockung im Bau ein. Im Zweiten Weltkrieg wurde der Damm bei einem waghalsigen Flugunternehmen der R.A.F. ueber dem Elsass durch eine Bombe zerstoert.

Nach dem Kriege liess die franzoesische Regierung diese Schaeden so schnell wie moeglich ausbessern. Dann ging die nationalisierte Elektrizitaetsgesellschaft daran, die zweite Phase des acht Einzelprojekte umfassenden Planes zu beginnen - und zwar in Ottmarsheim.

Ottmarsheim stellt den wichtigsten Teil des historischen Umbettungsprojektes dar, und man kann dort nun die Dollar Amerikas am Werk sehen. Alle Arten moderner Geraete und Maschinen zur Befoerderung von Erde sind zum Einsatz gekommen - riesige Seilbagger mit Kuebeln, die ein Fassungsvermoegen von sechs Kubikmetern haben, Kratzer, Schaufeln, Planierraupen, Zugmaschinen usw. - alles laeuft auf Hochtouren. Der groesste Teil der Maschinen ist amerikanischer Herstellung.

Ottmarsheim galt von jeher als ein Vorhaben groessten Umfangs. Es musste ein bewaehrter Betonkanal von 80 Meter Breite gebaut werden, der auch fuer grosse Schleppzuege tief genug ist. Er muss genuegend Wassermengen mit sich fuehren, um vier Turbinen von je 53.000 PS treiben zu koennen, die jaehrlich eine Elektrizitaetsmenge von 900 Millionen Kilowattstunden erzeugen werden. Ausserdem waren zwei Schleusen von der Groesse derjenigen im Panama Kanal zu errichten. 12 Millionen Kubikmeter Erde mussten bewegt und 450.000 Kubikmeter Beton verarbeitet werden. Die Gesamtkosten wurden auf ueber 60 Millionen Dollar geschaezt.

Zur Ausfuehrung eines Projektes solchen Umfangs waren bestimmte schwere Ausruestungsgegenstaende notwendig, die Frankreich nur von den Vereinigten Staaten beziehen konnte. Und die franzoesische Regierung hatte bereits vor Inkrafttreten des Marshall Planes etwa 3 Millionen aus seinen geringen Dollarreserven fuer Maschinen aus den Vereinigten Staaten aufgewendet. Ausserdem wurden spaeter amerikanische Maschinen im Werte von einer weiteren Million Dollar mit Marshall Plan Mitteln gekauft.

Es wurden jedoch noch Millionen von Dollar fuer Ottmarsheim benoetigt, selbst als die erforderlichen Maschinen im Ausland gekauft worden waren. Da kamen die unter dem Marshall Plan geschaffenen Gegenwert Fonds zu Hilfe, mit denen der groesste Teil der Kosten fuer Ottmarsheim gedeckt werden konnte - Kosten fuer die erforderliche franzoesische Ausruestung und Materialien und fuer die Loehne der franzoesischen Arbeiter.

Im Jahre 1948 wurde das Projekt Ottmarsheim mit 9 Millionen Dollar unterstuetzt. 1949 entsprachen die Zuschuesse in franzoesischen Francs aus den Marshall Plan Gegenwert Fonds einem Werte von 15 Millionen Dollar.

ECA Labor Information
28 Februar 1950

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN VERHINDERN WIRTSCHAFTSKRISE

In einem Artikel, der kuerzlich im "American Federationist", dem offiziellen Organ des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL erschienen war, wird erklart, dass es der hohen-Lohn-Politik der amerikanischen Gewerkschaften mit zu verdanken sei, dass die Wirtschaftskrise im vorigen Jahre in den Vereinigten Staaten verhindert wurde.

Der Verfasser dieses Artikels ist George T. Brown, Direktor des Referats fuer Forschung in der Gewerkschaft der Spengler und Installateure. Seiner Abhandlung liegt der vor kurzem dem Kongress ueberreichte Wirtschaftsbericht Praesident Trumans zugrunde.

Der Bericht des Praesidenten zeigte nach Ansicht Browns, dass eine Nachkriegs-Wirtschaftskrise Mitte 1949 abgelenkt worden war. Gegen Ende des Jahres war wieder ein allmaehliches Anziehen der industriellen Produktion, der Bautaetigkeit, der Beschaeftigtenzahl und des Absatzes zu verzeichnen. Insbesondere waren es die Loehne, die auf verhaeltnismaessig gleicher Ebene gehalten wurden.

Brown fuehrt aus, dass dieser Bericht "eine dramatische Geschichte erzaehlt, eine Geschichte, in der die organisierte Arbeiterschaft eine Hauptrolle spielt... Eine Entwicklung, die zu einer umfassenden Wirtschaftskrise haette fuehren koennen, konnte deshalb so schnell beendet werden, weil man nicht zu dem in der Geschichte immer wieder ueblichen Mittel der Lohnkuerzung griff."

"Die Gewerkschaften", fuhr Brown fort, "bildeten das Bollwerk, hinter dem die Arbeiter der Nation ihren Lebensstandard verteidigten. Eine Folge dieser Kraftanstrengung war, dass der groesste Teil der in Arbeit befindlichen Lohnempfaenger fortfuhr zu kaufen." Brown sagte, nicht nur Amerika, sondern auch dem groessten Teil Europas kaeme die Tatsache zugute, dass die amerikanische Kaufkraft eine Krise verhindert hat, die durchaus haette eintreten koennen.

"Haette man sich den Lohnkuerzungen nicht energisch widersetzt," fuehrte Brown warnend aus, "dann wuerde die Lebensweise nicht nur Amerikas, sondern auch der uebrigen Welt einer Zerruetung entgegengehen und damit Moskau ein groesserer Gefallen erwiesen werden als irgendeiner anderen Hauptstadt der freien Welt."

Brown warnte die Gewerkschaften davor, ihre Arbeit als beendet zu betrachten; das "zukuenftige Wohlergehen der organisierten Arbeiter - und damit der gesamten arbeitenden Menschheit haenge von der groesseren Leistungsfahigkeit und dem besseren Kollektivverhandeln ab." Er wies darauf hin, dass hoehere Leistungsfahigkeit "Lohnerhoehungen und deshalb eine groessere Kaufkraft mit sich bringen muss." Und abschliessend sagte er: "Damit die gesteigerte Produktionsleistung auch wirklich den Lohnempfaengern in Form bedeutender Lohnerhoehungen zugute kommt, ist es notwendig, dass die Kollektivverhandlungen auf wirksame und kluge Art und Weise gefuehrt werden."

ECA Labor Information
28. Februar 1950

BELGISCHE PAPIERARBEITER GEWERKSCHAFT INTERESSIERT SICH FUER GEWINNBETEILIGUNG DER ARBEITER.

Emil de Bondt nimmt als belgischer Gewerkschaftsvertreter an einem Team technischer Sachverstaendiger teil, das sich zur Zeit auf einer zweimonatigen Reise zur Besichtigung der Papierindustrie in den Vereinigten Staaten befindet. Sein Hauptinteresse gilt den amerikanischen Methoden der Beteiligung der Arbeiter an den aus gesteigerter, industrieller Produktionsleistung entstandenen Uebergewinnen. Diese Besichtigungsreise im Rahmen des Technischen Hilfsprogramms der Marshall Plan Verwaltung steht unter der Schirmherrschaft der Organisation fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas.

Mr. de Bondt, der sich in der letzten Woche vor seiner Abreise nach den Vereinigten Staaten in Paris aufhielt, erklaerte, dass die gesteigerte, industrielle Produktionsleistung in Europa sowohl fuer die Gewerkschaftsbewegung als auch fuer das Unternehmertum, die Regierungen und fuer Europa als Gesamtheit von hervorragender Bedeutung sei.

Der durch das vorliegende Projekt ermoeeglichte Informations- und Erfahrungsaustausch von Gewerkschaftern, Unternehmern und technischen Vertretern aus 12 Laendern sei ein konkretes Beispiel dafuer, dass die europaeischen Nationen aus einer engen Zusammenarbeit zur Loesung gemeinsamer Probleme tatsaechlichen Nutzen ziehen koennten.

Der 46-jaehrige, belgische Gewerkschaftsvertreter ist Generalsekretaer der Christlichen Belgischen Gewerkschaft der Papierarbeiter und Graphiker. Er hat diese Stellung seit 12 Jahren inne und ist seit 1935 Funktionaer seiner Gewerkschaft. Davor war er 16 Jahre lang als Buchdrucker und Schriftsetzer taetig. Mr. de Bondt wies auf die in den vergangenen Jahren von den belgischen Papierarbeitern erzielten Erfolge und auf die noch zu loesenden Probleme hin und eroerterte dann die allgemeine Frage der Beteiligung der Arbeiter an den aus der hoeheren Produktionsleistung entstehenden Uebergewinnen.

Der Gewerkschaftsfunktionaer berichtete, dass die Produktionsleistung der belgischen Industrie der Papierherstellung und --verarbeitung zu 115 bis 125% des Standes von 1935-1938 gesteigert worden sei. Er unterstrich die Tatsache, dass bereits drei der 24 Betriebe in Belgien ihre Arbeiter an dieser Produktivitaetssteigerung beteiligt haetten, und zwar in Form von Bonuszuteilungen, und dass sie damit endgueltig den Beweis erbracht haetten, dass die Arbeiter fuer ihre Mithilfe bei der Senkung der Produktionskosten durch Gewinnbeteiligung belohnt werden koennten.

Mr. De Bondt erklaerte, dass seine Gewerkschaft, die etwa ein Drittel der 10.000 belgischen Arbeiter der papierherstellenden und -verarbeitenden Industrie vertritt, die Gewinnbeteiligung durch Erhoehung des Grundlohnes den Bonuszuteilungen vorziehe und fuegte hinzu, dass ihm besonders daran gelegen sei, entsprechende Methoden in den Vereinigten Staaten zu studieren.

Nur 50% der belgischen Arbeiter der papierherstellenden und -verarbeitenden Industrie seien gewerkschaftlich organisiert. Mr. de Bondt ist der Ansicht, dass diese niedrige Zahl auf das Fehlen sowohl des "closed-shop" Systems als auch des "union-shop" Systems zurueckzufuehren sei. (In Amerika uebliche Systeme, nach denen entweder nur Mitglieder einer bestimmten Gewerkschaft vom Arbeitgeber eingestellt werden duerfen (closed-shop), oder die Einstellung nur unter der Bedingung erfolgt, dass der Arbeit-

nehmer innerhalb einer bestimmten Frist der Gewerkschaft beitrifft (union-shop).

Ausser anderen wichtigen Gewerkschaftsproblemen wird sich der belgische Gewerkschaftsfunktionaer in Amerika mit der Mehrbezahlung fuer Nacharbeit - die es in Belgien noch nicht gibt - und mit Fragen der Bezahlung von Sonn- und Feiertagen beschaeftigen, die in Belgien erst im Laufe der letzten drei Jahre als Ergebnis von Forderungen der Gewerkschaften durchgesetzt werden konnte.

Mr. de Bondt wird ausserdem die Organisierung des Arbeitsanfalls und der Schichtarbeit studieren und insbesondere Vergleiche mit der zur Zeit in Belgien ueblichen 48-Stunden Woche der belgischen Arbeiter der papiererzeugenden und-herstellenden Industrie anstellen. Die Arbeiterschaft Belgiens fordert dringend die Abaenderung des gegenwaertigen Systems der Schichtarbeit.

Mr. de Bondt ist einer der vier Gewerkschaftsvertreter, die sich zum Studium der amerikanischen Industrie der Papierherstellung und -verarbeitung nach den Vereinigten Staaten begeben. Die drei anderen Gewerkschaftler dieses Industriezweiges kommen aus England, Westdeutschland und Italien.

ECA Labor Information
13. Februar 1950

STAHLARBEITERGEWERKSCHAFT UNTERSTUETZTE STREIKENDE BERGLEUTE MIT 500.000 DOLLAR.

Obwohl der U.S. Bergarbeiter Verband weder dem AFL noch der CIO angeschlossen ist, haben die amerikanischen Gewerkschaften den Bergarbeitern ihre Sympathie und Solidaritaet in dem kuerzlich beendeten Bergarbeiterstreik nicht versagt, wie aus dem nachstehenden Bericht hervorgeht.

Die Stahlarbeitergewerkschaft (CIO) hat dem Bergarbeiter Verband 500.000 Dollar geschenkt, "um hilfsbeduerftige Bergleute und ihre Familien in ihrem Kampf gegen die Bergwerksbesitzer zu unterstuetzen."

Nach einer telegraphisch durchgefuehrten Abstimmung des Vorstandes der Stahlarbeitergewerkschaft uebersandte der Praesident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes CIO, Philip Murray, dem Finanzsekretaer des U.S. Bergarbeiter Verbandes einen Scheck ueber $\frac{1}{2}$ Million Dollar.

Gleichzeitig erliess Murray einen Aufruf an alle Lokalgewerkschaften der eine Million Mitglieder zaehlenden Stahlarbeitergewerkschaft, noch mehr Geld zur Unterstuetzung der Bergleute zu spenden.

"Die Not ist gross. Ihr muesst nach besten Kraefte helfen," heisst es in dem Aufruf Murrays an die Mitglieder der Stahlarbeitergewerkschaft.

In seinem Brief an Finanzsekretaer Owens vom Bergarbeiter Verband fuehrte Murray aus:

"Ich habe mich an unsere angeschlossenen Lokalgewerkschaften mit der Bitte gewandt, den Bergarbeitern und ihren Familien jede nur moegliche finanzielle und moralische Unterstuetzung zukommen zu lassen, und hoffe, dass ihre Hilfe ein Beitrag zu dem endgueltigen Sieg der amerikanischen Bergarbeiter sein moege."

Mitte Januar hatte sich Murray heftig gegen die Methoden des Hauptanwaltes des Bundesausschusses fuer Arbeitsfragen, Robert Denham, gewandt, der das Streikverbot beantragt hatte.

Daraufhin beschuldigte der Praesident des CIO Denham, "dass er die gesetzlichen Rechte und Interessen aller Gewerkschaftler angegriffen habe."

"Ich habe den Generalanwalt der CIO angewiesen, die Rechtsabteilung des Bergarbeiter Verbandes bei der Verteidigung der auf dem Spiele stehenden, fundamentalen, gewerkschaftlichen Prinzipien und bei der Bekämpfung der von Denham eingeleiteten Verfahren so weit wie moeglich zu unterstuetzen."

Am 9. Februar wurde das Streikverbot erlassen.

Seitdem wurde zweimal vergeblich versucht, die Kollektivverhandlungen zwischen Unternehmern und Bergarbeitern wieder aufzunehmen. Ein Untersuchungsausschuss, wie er in den Bestimmungen des Taft-Hartley Gesetzes zum "nationalen Notstand" vorgesehen ist, wurde gebildet. Im Laufe dieser Woche wird man ein Streikverbot von 80 Tagen beantragen.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um hoehere Loehne, erhoechte Beitraege der Unternehmer zu den Wohlfahrtskassen und die Beibehaltung einiger in dem alten Vertrag enthaltener Bestimmungen. Ein grosser Teil der Bergleute hatte mehrere Monate lang nur drei oder noch weniger Tage pro Woche gearbeitet.

Murray wies in seinem Schreiben an die lokalen Dienststellen der Stahlarbeiter Gewerkschaft auf "die bittere Not der Bergarbeiter und ihrer Familien" hin.

"Diese Lage fordert gebieterisch, dass unsere Gewerkschaft und ihre Mitglieder den Bergarbeiter Verband in seinem bedeutungsvollen Kampf gegen diese maechtigen Kraefte mit allen Mitteln unterstuetzen," schrieb Murray.

"Der Krieg, der zur Zeit gegen ihre Gewerkschaft gefuehrt wird, kann sich gegen unsere eigene Gewerkschaft und gegen alle anderen richten, sobald es den Wohlhabenden, die ihn fuehren, zweckmaessig erscheint."

Der Praesident der Stahlarbeiter fuhr fort: "Es ist von groesster Wichtigkeit, dass Sie und unsere Lokalgewerkschaften diesem Aufruf prompt Folge leisten."

In der Verfassung der Stahlarbeitergewerkschaft ist festgelegt, dass derartige Geschenke dem internationalen Gewerkschaftsvorstand zu ueberweisen sind, von wo sie den Empfaengern zugeleitet werden.

"The CIO News"
13. Februar 1950

BERGSON: "ES GIBT KEIN GUTES MONOPOL."

Wir bringen nachstehend einen Artikel der "CIO News" ueber Monopole, weil das Problem der Kartelle und Monopole in Deutschland im Augenblick wieder sehr diskutiert wird und eine Stellungnahme zu diesem Problem notwendig ist.

Die Redaktion.

Der Generalstaatsanwalt McGrath und sein Stellvertreter Bergson erklarten vor der Vereinigung der Rechtsanwaelte des Staates New York (New York State Bar Association), dass Kartelle eine Bedrohung der Anti-Trust Gesetze darstellten, weil ein grosses Unternehmen die Konkurrenz leichter auf illegale Art und Weise ausschalten kann, als dies einem kleinen Unternehmen moeglich ist.

Indem diese beiden hohen Anklaeger des Monopols darlegten, was ihre Aufgaben und Absichten sind, betonten sie besonders, dass sie das Kartell nicht als solches, sondern als den Wegbereiter des Monopols bekaempften. Die beiden Erklaerungen, die von der Tagespresse groesstenteils verschwiegen oder entstellt wurden, geben zum erstenmal klaren Aufschluss ueber den Kampf der Regierung gegen das Monopol.

"Das Monopolproblem ist nach dem der Arbeitslosigkeit das dringlichste, innerstaatliche Wirtschaftsproblem unserer Zeit," sagte McGrath.

"Wir wissen natuerlich, dass die Zusammenballung wirtschaftlicher Kraft kein Verbrechen ist. Andererseits sind wir uns aber auch im klaren darueber, - auch der Oberste Gerichtshof ist dieser Auffassung - dass "wirtschaftliche Staerke leicht missbraucht werden kann und wird deshalb staendig gegen solchen Missbrauch auf der Hut sein muessen."

McGrath hielt einen Rueckblick auf die Geschichte und Entstehung der Anti-Trust Gesetze und berichtet, wie der Oberste Gerichtshof im Jahre 1920 die Durchfuehrung dieser Gesetze erschwerte, indem er im Falle der "U. S. Steel Corporation" entschied, dass "die Kartellisierung innerhalb der Stahlindustrie solange keine Verletzung des "Sherman Act" (Anti-Trust Gesetz) darstelle, wie die Unternehmer von dieser Macht keinen nachweisbaren Gebrauch machten."

McGrath fuegte hinzu und sprach damit wohl die bedeutsamsten Worte, die ein Generalstaatsanwalt seit Jahren ausgesprochen hat: "Ich persoendlich bin der Auffassung, dass man hiermit nichts anderes sagen moechte, als dass nach dem "Sherman Act" nur schlechte Monopole gesetzwidrig seien. Der Wortlaut dieses Gesetzes besagt jedoch eindeutig das Gegenteil."

Bergson, der beauftragt ist, die Einhaltung der Anti-Trust Gesetze zu ueberwachen, erklarte: "Unsere Erfahrungen haben uns gezeigt, dass es kein "gutes Monopol" gibt. Bei allen Monopolen konnten wir feststellen, dass sie dem eigennuetzigen Privatgewinn und nicht dem Allgemeinwohl dienen."

"Das Kartell an und fuer sich ist kein Verbrechen im Sinne der Anti-Trust Gesetze," sagte Bergson. "Auch der Besitz eines Jagdgewehrs ist kein Verbrechen. Aber so wie mit dem Gewehr ein Verbrechen veruebt werden kann, so kann auch die wirtschaftliche Macht der Unternehmer zur Verletzung der Anti-Trust Gesetze verwendet werden. In beiden Faellen fuehrt das, was vorher gesetzlich und erlaubt war, zu unzuessaessigen Auswirkungen und wird Gegenstand gerichtlicher Verfolgung."

"Die meisten von uns werden zugeben, dass die Kartellisierung illegales Handeln erleichtert, wenn auch haeufig die Anti-Trust-Gesetze von kleineren Unternehmen uebertreten werden. Ein grosses Unternehmen kann einer Industrie eher illegale Bedingungen auferlegen, als ein kleineres Unternehmen."

"In einer solchen Situation stellt nicht die Groesse des Unternehmens als solche eine Uebertretung dar. Anklagepunkt ist vielmehr die monopolistische Macht oder die Beeinträchtigung des Handels, die durch die wirtschaftliche Macht des Unternehmens gefoerdert wurden. Wir sind der Meinung, dass es nicht nur logisch, sondern auch erforderlich ist, mit Hilfe seit langem bestehender Bestimmungen der Anti-Trust Gesetze die Mittel unwirksam zu machen, die ein Vergehen im Sinne dieser Gesetze erst ermoeeglichen."

Bergson zeigte an Hand von Beispielen, wie die Anti-Trust Abteilung in Gerichtsverfahren gegen monopolistische Methoden grosser Unternehmen vorgegangen ist. "Einige Verfechter der 'guten Monopol-Theorie' stellen sich auf den Standpunkt, " so fuehrte Bergson aus, "dass die Leistungsfahigkeit von erst-rangiger Bedeutung sein muss, und dass eine Verletzung der Anti-Trust Gesetze uebergangen werden kann, wenn diese Gesetze die Leistungsfahigkeit beeinträchtigen."

"Die Deutschen begingen diesen Fehler. Durch ihr Kartellisierungssystem und ihre vielgepriesene Leistungsfahigkeit war es ihnen moeglich, eine Zeitlang die groesste wirtschaftliche Macht in den Haenden zu halten. Die Verherrlichung dieser Anschauung warf jedoch ihre gesamte Philosophie ueber den Haufen und brachte Ihrem Lande schliesslich Chaos und Zerstoerung."

"The CIO News"
6. Februar 1950

"FORCE OUVRIERE" IM KAMPF GEGEN KOMMUNISTEN

Der franzoesische Gewerkschaftsbund "Force Ouvriere" hat seit seiner Gruendung im Jahre 1948 gegen den kommunistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund CGT (Confederation Generale des Travailleurs) um die Mitgliedschaft der franzoesischen Arbeiter gekaempft. Der Kampf war nicht leicht, wenn man bedenkt, dass "Force Ouvriere" zu Beginn weder organisiert war, noch ueber Raeumlichkeiten und Geldmittel verfuegte. Trotzdem konnten Fortschritte erzielt werden.

Das Strassburger Zentralbuero der "Force Ouvriere" befindet sich im zweiten Stockwerk eines schaebigen Buerogebaeudes. Das Personal setzt sich zusammen aus zwei Stenographen, einem teilbeschaeftigten Buchhalter und Rene Kunkel, der sowohl Bezirkssekretaer als auch Organisator und Versammlungsredner ist. Kunkels alter Privatwagen ist das einzige fuer dienstliche Zwecke verfuegbare Transportmittel.

Das ist der gesamte Stab der "Force Ouvriere" und zwar nicht nur fuer Strassburg, eine Stadt von 200.000 Einwohnern, sondern auch fuer das umliegende, elsaessische Department Bas-Rhin, ein Landwirtschafts- und Industriegebiet mit weiteren 700.000 Bewohnern.

Kunkel berichtete, dass das Strassburger Buero der CGT ueber weit mehr Mittel verfuegt und vier oder fuenf vollbeschaeftigte, maennliche Angestellte und acht oder neun Kraftfahrzeuge hat. Kunkel ist 41 Jahre alt und Gewerkschaftsmitglied seit dem Tage, an dem er zu arbeiten begann. Wir sehen in ihm einen typischen Funktionaer der "Force Ouvriere". Wenn er von seiner Arbeit spricht, sagt er, dass er "immer zu viel zu tun und immer zu wenig Mittel hat". Das finanzielle Problem spielt in allen Angelegenheiten seiner Organisation eine Rolle. Jede

Gewerkschaft der "Force Ouvriere" setzt ihre eigenen Mitgliedsbeitraege fest. Sie betragen durchschnittlich 100 Franken (DM 1,20) pro Monat. Fuer die Geschaeftsfuehrung einer Gewerkschaft ist das nicht viel; fuer die franzoesischen Arbeiter jedoch, die nur 14.000 Franken (etwa DM 165,--) verdienen, bedeutet dieser Betrag in Anbetracht der sehr hohen Preise ein Opfer. Die CGT hat es in dieser Beziehung besser. Einige der finanziell besserstehenden Gewerkschaften der CGT haben laut Kunkel sogar "Werbewochen" veranstaltet, in denen sie die Mitgliedsbeitraege praktisch auf ein Nichts reduzierten, um auf diese Weise neue Mitglieder zu koedern.

Trotz dieser Widerstaende hat die "Force Ouvriere" in Kunkels Department ueber 10.000 Mitglieder fuer sich gewinnen koennen. Fast alle sind in Strassburg ansaessig; um ausserhalb der Stadt organisatorisch wirken zu koennen, waren weder Geldmittel noch Personal vorhanden. Einer der grundlegenden Unterschiede zwischen der CGT und der "Force Ouvriere" besteht darin, dass die kommunistische Organisation gegen den Marshall Plan ist, waehrend er von der "Force Ouvriere" unterstuetzt wird.

Tausenden franzoesischer Gewerkschafter kommt die amerikanische Hilfe zugute, erkluert Kunkel. Sie wissen, dass sie einen grossen Teil dieser Unterstuetzung Tausenden amerikanischer Gewerkschafter zu verdanken haben. Unter diesen Umstaenden glaubt Kunkel nicht an die Gefahr einer "Uebnahme" Frankreichs durch die Vereinigten Staaten, mit der die Kommunisten so gerne ihre ablehnende Haltung dem Marshall Plan gegenueber begruenden.

Der Marshall Plan stellt einen Brennpunkt in dem staendigen Kampf zwischen CGT "Force Ouvriere" dar. Die CGT verfuegt wie alle von den Kommunisten beherrschten Organisationen ueber eine gut funktionierende Propagandamaschine, die dazu bestimmt ist, den Marshall Plan zu unterminieren. Ausserdem besteht fuer die CGT ein Anreiz darin, dass sie die "Force Ouvriere" in Misskredit bringen kann, wenn es ihr gelingt, die franzoesischen Arbeiter von der Wertlosigkeit des Marshall Planes zu ueberzeugen.

Charles Henck, der seit 45 Jahren Gewerkschafter ist und der Transportarbeiter Gewerkschaft der "Force Ouvriere" in Strassburg angehoert, berichtet, dass jedesmal, wenn eine Stockung im Transport entsteht, die Kommunisten den Marshall Plan dafuer verantwortlich machen.

Es ist ein wenig schwerer, die Arbeiter aus dem Baugewerbe an der Nase herumzufuehren, sagt Friedrich Klein, ein anderes Mitglied der "Force Ouvriere", denn die meisten von ihnen wissen, dass der um Strassburg im Werk befindliche Wiederaufbau und Neubau zum grossen Teil direkt oder indirekt durch die amerikanische Hilfe erst ermoeoglicht wurde. Fuer sie ist die Parole: kein Marshall Plan keine Arbeit.

"Sie moegen es glauben oder nicht," sagt Klein, "selbst wenn wir wegen Frost die Arbeit einstellen muessen, erfinden die Kommunisten irgendwelche Geschichten, die den Marshall Plan als Ursache der Arbeitseinstellung hinstellen."

In Strassburgs bedeutendem Hafen ist es schon ein wenig schwieriger, gegen den Marshall Plan zu argumentieren und Leute zu finden, die diesen Argumenten Glauben schenken, erkluert der staemmige Alfred Fuissel, ein Flusskapitaen und ueberzeugter Anhaenger der "Force Ouvriere". Ein grosser Teil der franzoesischen Rheinflotte war waehrend des Krieges zerstoert worden, so

erzaehlt er, und jeder, der in dem Hafen heute beschaefligt ist, muss unwillkuerlich an der wiederhergestellten Flotte und dem geschaeftigen Treiben im Hafen einen Beweis fuer die amerikanische Hilfe sehen.

Wer wird in diesem Kampf um die Mitgliedschaft der franzoesischen Arbeiter den Sieg davontragen? hoeren wir Gustave Boulier, ein anderes Mitglied der "Force Ouvriere" und langjaehriger Gewerkschafter, der uns diesbezuglich einen kleinen Hinweis gibt. Boulier gehoert zur Gewerkschaft der staatlichen Angestellten. Vor einigen Wochen wurde eine Betriebswahl unter den Zivilangestellten der franzoesischen Armeewerkstaetten in Strassburg abgehalten. Die CGT erhielt dabei 176 Stimmen, waehrend der Katholische Gewerkschaftsverband (CFTG) (ebenfalls anti-kommunistisch und pro Marshall Plan) 156 und die "Force Ouvriere" 140 Stimmen fuer sich buchen konnten. Vor einigen Monaten, berichtet Boulier, hatte die "Force Ouvriere" kaum ein Mitglied in diesen Betrieben, die als kommunistische Hochburgen galten.

"Gebt uns noch einige Monate Zeit," sagt er zuversichtlich, "und wir werden in diesem Betrieb viel mehr als 140 Stimmen haben. Und sie (die CGT) werden viel weniger als 176 haben." Zwei Jahre sind vergangen und noch immer wird ein zaehrer Kampf gefuehrt. Besser gesagt, der Kampf ist schwer, weil die "Force Ouvriere" zwei Schlachten zu schlagen hat. Die eine gegen die Kommunisten und die andere, um die Verbesserung der Lebensbedingungen des franzoesischen Arbeiters - und die Moeglichkeiten zu verbessern sind sehr gross.

Wichtig ist, dass die "Force Ouvriere" weiterkaempft und an beiden Fronten erfolgreich ist.

ECA Labor Information
28. Februar 1950

ERP HILFT DER BRITISCHEN BAUMWOLLINDUSTRIE

Sam Lowe schuettelte seinem Besucher herzlich die Hand. Lowe ist Weber in Lancashire. Er arbeitet nun seit fast 50 Jahren in den dortigen Webereien. Sein Besucher fragte ihn, wie sich die Hilfe Amerikas in der englischen Baumwollindustrie bemerkbar gemacht habe.

"Sehen Sie sich den geschwaerzten Himmel an," sagte Lowe, indem er nach dem Russ und Rauch deutete, der ueber den Fabriken hing. "Das ist ein gutes Zeichen fuer eine Industriestadt. Es bedeutet, dass die Betriebe in Gang sind - und dass die Bewohner unserer Stadt Arbeit haben."

"Wenn wir durch den Marshall Plan keine Rohbaumwolle bekommen haetten," fuhr er fort, "waere ein grosser Teil dieser Fabriken jetzt geschlossen."

Im Jahre 1949, erklaerte Lowe, haette Lancashire - das Herz der Baumwollindustrie Englands - seine Produktion dermassen gesteigert, dass die Exporte aus diesem Bezirk um 20% haetten erhoehet werden koennen. Gleichzeitig sei auch der Bedarf der britischen Industrien an Rohbaumwolltextilien gedeckt worden. Nur wenige Leute wuessten, dass mehr als die Haelfte der Baumwollarbeiter in Lancashire fuer die Industrie und nicht fuer die Kleidungsherstellung arbeiten.

"Damit", sagt Lowe, "schafft der Weber von Lancashire mit Hilfe amerikanischen Geldes Arbeitsmoeglichkeiten fuer die Arbeiter in anderen Teilen Englands."

Lowe fuehrte seinen Besucher in "seinen" Betrieb. Es ist eine verhaeltnismaessig kleine Fabrik in einem Vorort von Manchester; 400 Arbeiter sind darin beschaeftigt. Lowe zeigte mit nicht wenig Stolz die Kantinen, Baeder und Aufenthaltsraeume fuer die Belegschaft; auch den Kindergarten, in dem die Kinder erwerbstaetiger Muetter Aufnahme finden koennen. Sam ist der Meinung, dass die Arbeitgeber nach dem Kriege mehr Interesse fuer das Wohlergehen ihrer Arbeitnehmer gezeigt haetten. Dies sei zum Teil auf den Mangel an Arbeitskraefte zuerueckzufuehren, denn heutzutage sei jedermann beschaeftigt. "Auch dafuer koennen wir dem Marshall Plan danken", sagte Lowe.

ECA Labor Information
2. Maerz 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 3

Frankfurt, 24. März 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| Hollaendische Gewerkschaften zum Wiederaufbau- Programm - - - - - | 1 |
| Neue Wohnhaeuser fuer Lothringische Bergleute - | 2 |
| Axel Strand - - - - - | 3 |
| Bruessel - Welthauptstadt der Gewerkschaftsbe- wegung - - - - - | 7 |
| Innergewerkschaftlicher Kampf der Arbeiter gegen den Kommunismus - - - - - | 9 |
| Die franzoesische Rheinflotte - - - - - | 10 |
| Amerikanische Gewerkschaften zu internationalen Fragen - - - - - | 11 |

HOLLAENDISCHE GEWERKSCHAFTEN ZUM WIEDERAUFBAUPROGRAMM

Der groesste der drei bedeutendsten hollaendischen Gewerkschaftsverbande hat seinen Verwaltungsrat aufgefordert, "die wirtschaftliche Zusammenschliessung der Laender Westeuropas in jeder Hinsicht zu foerdern."

In Amsterdam wurde kuerzlich von den Vorstaenden des Niederlaendischen Gewerkschaftsbundes N.V.V. eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, dass "sowohl der Wiederaufbau und die wirtschaftliche Wiedergesundung als auch der dazu erforderliche Zusammenschluss Westeuropas nur durch die dauernde Unterstuetzung durch den Marshall Plan moeglich sind."

Die Vorstaende wiesen ihre Mitglieder an, "bei den zustaendigen Stellen dahingehend zu wirken, dass die mit Hilfe des Marshall Planes erzielten Erfolge auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Westeuropas und insbesondere Hollands nicht gaenzlich oder teilweise durch eine Beschraenkung oder fruehzeitige Beendigung dieser Hilfe zunichte gemacht werden."

"Der Marshall Plan," heisst es weiter in der Resolution, "ist ein unentbehrlicher und wirksamer Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Hollands."

Die Fortsetzung dieser Hilfe wird als eine "dringende Notwendigkeit fuer die weitere Festigung der wirtschaftlichen Stellung Hollands und fuer die Sicherung und Konsolidierung der bisher erzielten Erfolge" bezeichnet.

NEUE WOHNHAEUER FUER LOTHRINGISCHE BERGLEUTE

Wie aus kuerzlich veroeffentlichten Statistiken hervorgeht, sind insgesamt 245 Billionen Franken dem Gegenwert Fonds Frankreichs zur Verwendung im nationalen Investierungsprogramm 1949 entnommen worden.

Hiervon gingen mehr als 45 Billionen zur Beschaffung von Ausruestung und zur Modernisierung an "Charbonnages de France", d.h. an die staatseigenen Kohlenbergwerke. Hinter diesen nuechternen Zahlenangaben liegt jedoch eine menschliche Geschichte, - ein Teil der Geschichte vom Marshall Plan, der dem franzoesischen Volke hilft, sich selbst und einer den andern zu unterstuetzen. So liegt z.B. in der Nordost-Ecke Frankreichs, nahe an der Grenze des Saargebietes, die Stadt Merlebach. Von ihren 9.500 Einwohnern sind 2.400 Bergleute. Ausserdem arbeiten noch viele andere aus den umliegenden Ortschaften in den Merlebacher Kohlegruben.

Der Beruf des Bergmanns ist ein sehr schwerer, und deshalb verlangt der Kumpel nicht nur einen entsprechenden Lohn, sondern auch eine anstaendige Wohnung. Nach dem Kriege war es jedoch nicht leicht, in Merlebach eine annehmbare Wohnung zu finden. Heute ist das anders geworden. Einige Wohnbloecke von der Buergermeisterei entfernt ist eine gesamte "Neustadt" aus der Erde gewachsen. In erhoelter Lage, ueber der dichten Rauchdecke, die den Industriebezirk bedeckt, stehen Hunderte neuer Wohnhaeuser fuer die Bergleute. Diese Haeuser sind zwar einfach in der Bauweise, aber zu jedem gehoert ein Hof und ein Garten. In den zuerst beendeten Abteilungen sind bereits hohe Hecken und Straeucher gewachsen. In den Haeusern befinden sich moderne Badezimmer und fliessendes warmes Wasser, Kuechen mit eingebauten Herden und Schraenken, und behagliche Wohn- und Schlafzimmer.

Die Strassen der "neuen Stadt" sind breit und gewunden. Man sieht neue Laeden und Schulen, die in ihrer Bauweise den Wohnhaeusern angepasst sind.

Diese neuen Haeuser fuer die Bergleute von Merlebach wurden in Frankreich entworfen, hergestellt und zusammengesetzt. Insgesamt sind etwa 15.000 aehnliche Einheiten fuer franzoesische Bergleute erstellt worden, davon mehr als 4.000 in Lothringen. Die franzoesische Regierung beabsichtigt, fuer diejenigen, die die franzoesische Kohle graben, noch mehr solcher Wohnungen zu bauen, und zwar jaehrlich fuenftausend bis zum Jahre 1955. Die Wohnungen sind mietfrei, und Brennmaterial wird kostenlos zur Verfuegung gestellt. Das Wohnungsbauprogramm fuer Bergleute - das auch Krankenhaeuser, Apotheken, Schulen und Erholungsheime vorsieht, ist sehr kostspielig. Die jaehrliche Rechnung belaeuft sich auf etwa 14 Billionen Franken (40 Millionen Dollar). Fuenf Billionen Franken hiervon werden aus dem Marshall Plan Gegenwert Fonds fuer Frankreich gestellt.

Merlebach und die lothringischen Kohlengebiete bilden nur einen kleinen Teil Frankreichs. Trotzdem ist in den neuen Wohnhaeusern fuer die Bergleute ein weiteres Beispiel dafuer zu sehen, wie der Marshall Plan Frankreich hilft, sich selbst zu helfen.

ECA Labor Information
2. Maerz 1950

AXEL STRAND

Die Laufbahn und gegenwaertige Taetigkeit, der Charakter und die Persoenlichkeit des Praesidenten des Schwedischen Gewerkschaftsbundes ("LO"), Axel Strand, geben in wirkungsvoller Weise die Geschichte der schwedischen Gewerkschaftsbewegung wieder.

Das Datum seines Eintritts in die Gewerkschaftsbewegung im Alter von 16 Jahren faellt mit dem denkwuerdigsten Datum der Geschichte der schwedischen Gewerkschaften zusammen. Es war im Jahre 1909, als das eintrat, was alle Schweden heute noch als den "Grossen Streik" bezeichnen. Es war ein Kampf zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, der endgueltig entscheiden sollte, wer der Staerkere war - so dachte man wenigstens damals darueber.

Die Unternehmer hielten die Zeit fuer gekommen, der aufkommenden, organisierten Gewerkschaftsbewegung den Todesstoss zu versetzen. Sie schlossen sich zusammen und begannen mit einer Reihe von Aussperrungen. Die Antwort der Gewerkschaften hierauf war ein Generalstreik. Der Streik missglueckte, und in diesem Sinne zogen die Gewerkschaften den Kuerzeren. Sie erlitten schwere Verluste an Geld und auch an Mitgliedern, da die Unternehmer ruecksichtslos schwarze Listen aufgestellt hatten. Zu jener Zeit wanderte ein grosser Teil der schwedischen Arbeiter nach Amerika aus, weil man sie zu Hause nicht beschaeftigen wollte. Aber auch die Unternehmer verloren in einer gewissen Beziehung, denn es gelang ihnen nicht, die Gewerkschaftsbewegung zu zerst hoeren. Die Gewerkschaften hielten noch immer zusammen. Fuenf Jahre dauerte es, bis sie sich von diesem Schlag erholt hatten, aber dann kamen sie, staerker als je zuvor, wieder.

Der junge Axel Strand war im Jahre des "Grossen Streiks" Mitglied der Gewerkschaft der Moebelschreiner geworden. Zu gleicher Zeit trat er in die Sozialdemokratische Partei ein.

Er arbeitete in seinem Beruf in Lund, dem historischen Kulturzentrum der suedschwedischen Provinz Skane und der zweitaeltesten Universitaetsstadt des Landes. Er war in dem Dorf Burlov geboren, wo er bis zu dem ueblichen Alter von 14 Jahren zur Schule ging. Sein Vater war Hobler in einem Betriebe, in dem Inneneinrichtungen fuer Eisenbahnwagen hergestellt wurden.

Der Bedeutung von Skane entsprechend haben Maenner dieser Provinz (es ist u.a. die am staerksten bevoelkerte) im Leben des Landes grosse Rollen gespielt. Per Albin Hansson, der beliebte Demokrat, der viele Jahre lang bis zu seinem Tode im Jahre 1946 Premierminister war, stammte aus Skane. Ebenso Gustav Moller, der als Minister fuer Soziale Wohlfahrt der Architekt der schwedischen Sozialreformen ist; ausserdem Per Edvin Skold, zur Zeit Finanzminister. Hansson war ebenso wie die beiden andern Genannten Sozialdemokrat.

Nach dem Ersten Weltkrieg, im Jahre 1919, begab sich Strand nach Stockholm, wo er seitdem immer gelebt hat. Er blieb in seinem Handwerk bis zum Jahre 1923 taetig, als er Organisator der Stockholmer Zentrale seiner Gewerkschaft wurde.

Im gleichen Jahr heiratete er Emilie Lindkvist. Das Ehepaar hat zwei Toechter; die aelteste, 25 Jahre, ist verheiratet. die andere Tochter ist 20 Jahre alt und lebt zu Hause.

Ein Jahr speater wurde Strand zum Finanzsekretaer der nationalen Gewerkschaft der Moebelschreiner ernannt, und diese Stellung

bekleidete er 12 Jahre lang. Dann wurde er im Jahre 1936 zum Finanzsekretär des Schwedischen Gewerkschaftsbundes LO gewählt und hatte diese Stellung bis zu seiner Ernennung zum Präsidenten im Jahr 1947 inne.

Während der Gewerkschaftslaufbahn Strands ist diese Bewegung laufend und stetig angewachsen. Von dem Rückschlag im Jahre des "Grossen Streiks" an (die Mitgliederzahl war von 186,000 im Jahre 1908 auf 80.000 im Jahre 1911 zurueckgegangen) begann der Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung zu ihrer gegenwaertigen hohen Machtstellung. Die fruehere, zahlenmaessige Staerke wurde waehrend des Ersten Weltkrieges wieder erreicht. Nach dem Kriege, im Jahre 1919, wurden 259.000 Mitglieder gezaehlt. Zehn Jahre spaeter hatte sich diese Zahl verdoppelt. In den dreissiger und vierziger Jahren, in Krisen und Krieg wuchs die Bewegung staendig. (Eine einzige Ausnahme bildete 1933, das schlimmste Jahr der Krisenzeit, in dem ein Absinken der Mitgliederzahl um 5.000 eintrat). Bei Beendigung der ersten Haelfte des Jahrhunderts hatte der 52 Jahre alte Schwedische Gewerkschaftsbund 1.244.000 Mitglieder zu verzeichnen. Davon sind 95% Arbeiter.

Auch die Zentralgewerkschaft der Angestellten, TCO, ist von 40.000 Mitgliedern im Jahre 1937, als sie gegrueudet wurde, auf 255.000 Mitglieder, das ist fast die Haelfte aller Angestellten, angewachsen. Damit machen die Gewerkschaftsmitglieder nahezu ein Fuenftel der gesamten Bevoelkerung Schwedens (7 Millionen) aus.

Mit dem zahlenmaessigen Ansteigen der Gewerkschaften ging die Entwicklung zu Einfluss und Prestige Hand in Hand. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch ein gesamt nationales Kollektivverhandlungswesen zwischen dem LO und den organisierten Unternehmern. In dieser Tatsache spiegelt sich die Umwaelzung wider, die innerhalb des LO stattgefunden hat und aus einer verhaeltnismaessig lockeren Vereinigung selbststaendiger Koerperschaften eine Organisation mit betraechtlicher Zentralgewalt entstehen liess.

Das Verhaeltnis der Gewerkschaften zu den Unternehmern hat sich im Laufe der Jahre geaendert. Frueher bestand eine Feindschaft zwischen diesen beiden Parteien, waehrend heute jede von ihnen die Rolle billigt, die der andere im wirtschaftlichen Leben spielt. Beide erkennen aus sozialen Erwaegungen heraus die Notwendigkeit an, Loesungen fuer Probleme zu finden, die aus den entgegengesetzten Interessen entstehen. Die gegenwaertigen Beziehungen sind in einem Grundvertrag niedergelegt, der im Jahre 1939 zwischen Vertretern des LO und des Schwedischen Arbeitgeberverbandes entstanden war. Sie arbeiteten Richtlinien fuer das Verhalten bei Streiks und andere grundlegende Arbeitsprobleme aus. Dieser Vertrag hat sich gut bewaehrt, denn er schuf einen hohen Grad an Stabilitaet in den Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, ohne dass sich die Regierung dabei einzuschalten hatte.

Die Autoritaet, mit der der LO ausgestattet ist, hat nicht zu einer Beherrschung "von oben her" gefuehrt, weil die Macht des LO weit davon entfernt ist, absolut zu sein; das Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmern wird in Empfehlungen zusammengefasst, die zwar ueberzeugend sein koenne, aber nicht hindend fuer die angeschlossenen Verbaende sind, denen eine betraechtliche Selbststaendigkeit bleibt.

Ausserdem ist die Demokratie ein angeborenes Merkmal der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Die Fuehrer erklimmen nicht Hoehen, in denen sie keine Verbindung mehr mit der breiten Masse haetten. Wie Strand sagt, "spricht jeder aus der Gewerkschaftsbewegung den anderen, auch wenn es ein Funktionaer ist, mit "Du" an."

Strands Tuere sowohl als auch die der anderen Funktionaere des LO steht zu jeder Zeit allen Gewerkschaftlern offen. Diese scheuen sich nicht, zu ihnen zu kommen, wenn sie ihnen ihre Meinung mitteilen moechten. Funktionaere und einfache Gewerkschaftler besprechen gemeinsam Angelegenheiten, wann und wo sie sich auch immer begegnen; nicht nur in Versammlungshallen, sondern auch in der Strassenbahn und auf der Strasse.

So wie Axel Strand in die Sozialdemokratische Partei eintrat, als er Gewerkschaftler wurde, so haben auch die Arbeiter Schwedens die wirtschaftliche Tetigkeit mit der politischen kombiniert. Das Ergebnis auf politischem Gebiet war, dass diese Partei auf Grund ihrer Mehrheit im Riksdag (Parlament) seit 1932 das Kabinett gebildet hat. Eine Ausnahme stellen die Kriegsjahre dar, in denen eine Koalitionsregierung bestand. Die Gesetzgebung und die Massnahmen der Regierung waren unter dem Einfluss der Sozialdemokratischen Partei auf Vollbeschaeftigung, Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Ausdehnung der sozialen Sicherheit ausgerichtet.

Strand und viele andere Gewerkschaftsfuehrer betreten bei Wahlkaempfen die Rednertribüne und werben fuer sozialdemokratische Kandidaten. Er selbst wurde fuer die Zeit von 1936 bis 1938 in den Stadtrat gewaehlt. Dann gehoerte er mit sechs anderen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei zu der 14 Mann starken Vertretung in der Ersten Kammer des Riksdag. Seitdem war er immer im Riksdag und staendig Mitglied des Gesetzes- und Verfassungsausschusses, der sich mit der sozialen Gesetzgebung befasst. Ausserdem gehoert Strand seit 1946 zum Aussenpolitischen Ausschuss.

Strands aktive Rolle als politischer Fuehrer wird durch die Tatsache bekundet, dass er seit 1944 Mitglied des Exekutiv-ausschusses seiner Partei ist.

Seine Einstellung wirtschaftlichen und politischen Fragen gegenueber hat Strand selbst in folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

"Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Gewerkschaftsbewegung arbeiten seit dem Tage zusammen, an dem beide Organisationen gegruendet wurden. Diese Zusammenarbeit wurde nicht in irgendeiner Verfassung genau festgelegt, sondern hat sich aus der Interessengemeinschaft ergeben, die die politischen und gewerkschaftlichen Ziele der Arbeiter miteinander verbindet. Als die Sozialdemokratie die Regierung uebernahm, war es ganz natuerlich, dass die Arbeiterregierung und die Gewerkschaftsbewegung ebenso wie Regierung und Sozialdemokratische Partei zusammenarbeiteten. Es gab fuer uns immer gemeinsame Probleme und Interessen. Die Zusammenarbeit ist unseres Erachtens in einer Zeit, in der die Arbeiter regieren, gerade so notwendig, wie zu einer Zeit, in der sie sich in der Opposition befinden."

In der Nachkriegszeit standen die wirtschaftlichen Probleme bei den Diskussionen in dem Ausschuss im Vordergrund, sagt Strand. Vor dem Kriege befasste man sich in groesserem Masse mit politischen Angelegenheiten.

Beide Gewerkschaftsverbände, LO und TCO, vertreten die Arbeiter Schwedens im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, der im Dezember vorigen Jahres in London gegründet wurde. Strand war natürlich auch in London und zwar als Mitglied der achtköpfigen schwedischen Delegation. Er arbeitete in dem Verfassungsausschuss, der wohl die wichtigsten Funktionen der gesamten Konferenz hatte.

Strands Auslandsreisen, ausser den bereits genannten, sind ein Beispiel fuer die Anteilnahme der schwedischen Gewerkschaften an internationalen Angelegenheiten. Auf Einladung der Marshall Plan Verwaltung flog er zusammen mit 11 weiteren Gewerkschaftlern nach den Vereinigten Staaten, um amerikanische Industriebetriebe zu besuchen. 1947 verbrachte er 14 Tage in der britischen Besatzungszone Deutschlands, um die Nachkriegsverhältnisse zu studieren. In den letzten zwölf Jahren bereiste er ferner Frankreich, Belgien, Holland, Schweiz, Oesterreich, Tschechoslowakei und Ungarn.

Zu der internationalen, wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Haltung der schwedischen Gewerkschaft zu dieser Frage nimmt Strand folgendermassen Stellung:

"Unsere Teilnahme am Marshall Plan und unsere Unterstuetzung der einzelnen Massnahmen im Rahmen dieses Projektes gruenden sich auf die feste Ueberzeugung, dass die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet unerlaesslich ist, wenn wir eine Welt aufbauen wollen, in der die Sicherheit und Wohlfahrt der Menschheit garantiert ist. Durch die ungeheuren Zerstoerungen des Krieges war es den Nationen Europas unmoeglich, den Wiederaufbau mit eigenen Mitteln und innerhalb einer im voraus zu bestimmenden Frist durchzufuehren. Wir begruessen deshalb dankbar das grossartige Hilfsprogramm des amerikanischen Volkes und sind bereit, alles zu tun, um es zu einem Erfolg werden zu lassen."

Im Wesen und der Haltung Strands finden wir vieles, was fuer die Schweden charakteristisch ist. Er ist ruhig, und gelassen. Von guter Erscheinung, ueber mittelgross, kahlkoepfig, mit grossen, dunklen, forschenden Augen, koennte er leicht fuer einen Professor oder Doktor gehalten werden. Nach schwedischer Art sind seine oeffentlichen Reden weder laut noch rhetorisch, sondern ruhig und ueberzeugend.

Alle, die ihn kennen, bezeichnen ihn als einen Mann von grosser Intelligenz und einem umfassenden Allgemeinwissen, das laufend durch seine Wissbegierde genaeht wird. Sein Humor wird von einem Freund als eine Art bezeichnet, "die andere Leute zum Lachen bringt, waehrend er selbst todernst dabei bleibt."

Strand ist ein einfacher Mann. Auf die Frage, welche Faktoren zu seinem Aufstieg bis zur hoechsten Stellung im LO gefuehrt haben, erklaert er, wie die Praesidentenstelle durch den Tod eines Vorgaengers frei war und er vom Verwaltungsrat des LO zum Praesidenten gewaehlt wurde. Alle jedoch, die Axel Strand kennen, wissen dass die Erklaerung fuer seinen Aufstieg zur fuehrenden Persoenlichkeit in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung in der Tatsache liegt, dass "er wirklich auf Draht ist."

ECA Labor Information
27. Januar 1950

BRUESSEL - WELTHAUPTSTADT DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Vor sechs Jahren waere in Bruessel eine Gewerkschaftsmitgliedskarte wohl das Letzte gewesen, was ein Arbeiter in seiner Tasche getragen haette - es sei denn, er hatte das Verlangen, einem deutschen Erschiessungskommando gegenueberzustehen.-

Die einst maechtigen, belgischen Gewerkschaften waren aufgeloeset, die Mitgliederlisten zerstoert und jegliche gewerkschaftliche Taetigkeit verboten. Gewerkschaftsfuehrer, die dem Tode, dem Kerker oder der Verbannung durch die Besatzungsbehoerden entgangen waren, hielten sich verborgen. Die Gestapo war ihnen Tag und Nacht auf der Spur.

Es bestand lediglich eine "Gewerkschaft" in Belgien, die von den Nazis gegruendete Gewerkschaft der Hand- und Kopfarbeiter (Union des Travailleurs Manuels et Intellectuels). Es war eine "Unternehmergewerkschaft" im wahrsten Sinne, und der Unternehmer, dem sie diente, war Adolf Hitler. Wenig belgische Arbeiter wuenschten, mit der verhassten "UTMI" irgendetwas zu tun zu haben, da sie im Dienste der Nazis und der Wehrmacht stand.

Heute gibt es in Belgien drei grosse Gewerkschaftsverbaende, und fast die Haelfte der 2.600.000 Arbeiter des Landes tragen stolz ihre Mitgliedskarten. Die belgische Hauptstadt ist Hauptquartier der beiden groessten Gewerkschaftsverbaende, des Belgischen Gewerkschaftsbundes und des Bundes Christlicher Gewerkschaften, die zusammen ueber eine Million Mitglieder zaehlen.

Mit der Errichtung des staendigen Sitzes des neugegruendeten Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Bruessel, ist diese Stadt nun auch zur Welthauptstadt der Gewerkschaftsbewegung geworden.

Die neue, demokratische Arbeiterinternationale wurde im Dezember in London organisiert, als 261 Gewerkschaftsdelegierte aus 53 verschiedenen Laendern gemeinsam beschlossen, einen neuen Weltbund zu gruenden, dessen Aufgabe es sein sollte, "die wirtschaftliche und politische Freiheit der arbeitenden Menschen auf der Welt zu erringen und zu sichern." Vom 28. November bis zum 10. Dezember vorigen Jahres trafen sich in der County Hall in London Delegierte als Vertreter von 50 Millionen Arbeitern der Welt. Sie ernannten Paul Finet, den 52-jaehrigen Werkzeugmacher und Generalsekretaer des Belgischen Gewerkschaftsbundes, zu ihrem ersten Praesidenten und waelhnten Bruessel zum staendigen Sitz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften.

Generalsekretaer der neuen Organisation ist J. H. Oldenbroek aus Holland, der tatkraeftige Sekretaer des Internationalen Transportarbeiter Verbandes. Ein Stab von 40 bis 50 Mitgliedern wird ihm bei der Verwaltung der neuen Gewerkschaftsinternationale von Bruessel aus zur Seite stehen.

Die dynamische, junge Organisation ist die kuehne Antwort der freien Gewerkschaften an den von den Kommunisten beherrschten Weltgewerkschaftsbund, der sich nach vergeblichen Versuchen der Gewerkschaften des Westens, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, in das Kielwasser der russischen Intrigenten begab. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften lehnt, wie es sein Name schon sagt, den Totalitarismus in allen Formen und jegliche Art kontrollierten Gewerkschaftswesens ab. Sein klar vorgezeichnetes Ziel ist die wirtschaftliche Sicherheit ohne den Verlust der persoenlichen Freiheit. Der hartnaeckige Widerstand des Weltgewerkschaftsbundes

dem Marshall Plan gegenüber, gepaart mit einer rücksichtslosen kommunistischen Diktatur und der bekannten Ausbeutung der Arbeiter in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, verhassten schließlich die Gewerkschaften der westlichen Länder im Februar vorigen Jahres, aus dem Weltgewerkschaftsbund auszutreten.

In seiner Präsidentenbotschaft an den Londoner Kongress erklärte Paul Finet: "Für diejenigen von uns, die sich noch immer verzweifelt bemühen, die Einheit zu erhalten und für die stalinistischen Intrigen im Weltgewerkschaftsbund eine weniger verletzendere Erklärung zu finden, beseitigte die Einstellung dieser Organisation zum Marshall Plan auch die letzten Illusionen. Ihrer Haltung dem ERP gegenüber ist es zuzuschreiben, dass der Weltgewerkschaftsbund auseinanderbrach."

"Brot, Friede, und Freiheit" ist der Kampfruf, mit dem der Internationale Bund Freier Gewerkschaften ins Leben sprang. Das achtseitige Manifest wirtschaftlicher und sozialer Forderungen, das auf der Londoner Konferenz entworfen wurde, bezeichnet "Brot" als "die wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit für Alle", fordert "Freiheit" durch wirtschaftliche und politische Demokratie" und "Frieden" in Freiheit, Gerechtigkeit und Anerkennung der persönlichen Würde für Alle." Es fordert die Arbeiter auf, "sich zusammenzuschließen, um eine Welt aufzubauen, in der die Menschen frei sind von Tyrannei.... von Totalitarismus und von der Bevormundung und Ausbeutung durch.... Kartelle und Monopole." Es ruft dazu auf, den "Ueberfluss zu mobilisieren, dessen sich die industriell fortgeschrittenen Nationen der Welt erfreuen, um allen Menschen Vollbeschäftigung, Sicherheit gegen Not, Alter und Krankheit zu garantieren und ihnen einen ständig steigenden Lebensstandard und ein reicheres und besseres Leben zu bieten."

Das sind die Ziele der neuen Gewerkschaftsinternationale, die ihren Sitz in Belgien hat. Ihrer Verwirklichung ist die Organisation in Brüssel gewidmet, die das Sprachrohr der gesamten freien, organisierten Arbeiterschaft der Welt darstellt.

Mit der Wahl Brüssels zur Hauptstadt hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften eine glückliche Hand gehabt. Als Hauptstadt einer der kleinsten Nationen Europas ist Brüssel eine Stadt mit einer Million Einwohnern, in der der Charme der alten Welt mit dem äusseren Bild einer vorwärtsstrebenden, modernen Metropole harmonisch zusammenwirkt. Neue amerikanische Automobile bewegen sich in den alttümlichen, engen Strassen und wetteifern mit klingenden elektrischen Strassenbahnen und furchtlosen Radfahrern, die sich durch den Verkehr schlaengeln. Die Läden sind mit Waren gefüllt, vom amerikanischen, elektrischen Kuehlschrank und der Waschmaschine bis zu feinen englischen Stoffen. Freundliche, kleine Cafés locken Käufer, Touristen und Geschäftsleute.

Brüssel ist wie New York City kein ausgesprochenes Industriezentrum. Ausser der Leichtmetallindustrie ist wenig Industrie in der Stadt selbst. Der grösste Teil der erwerbstätigen Bevölkerung, deren Zahl sich auf fast eine Viertelmillion beläuft, ist in den grossen Finanz- und Handelsunternehmen der Hauptstadt beschäftigt oder arbeitet in den Verwaltungsstellen der belgischen Regierung. Brüssel ist seit dem Mittelalter ein blühendes Zentrum des kontinentalen Handels. Abgesehen von seiner Bedeutung für Finanz und Handel und von seinen grossen Sehenswürdigkeiten für Touristen, ruht sich diese Stadt einer Atmosphäre des guten Lebens und der erfolgreichen Arbeit.

Das kleine Belgien, das erst seit 1830 als unabhängige Nation besteht, hat 8½ Millionen Einwohner. Ein Viertel hiervon lebt in den vier grossen Städten Brüssel, Antwerpen, Lüttich und Gent. Man findet in diesem Land sowohl die Schwer- als auch die Leichtindustrie, - beide produzieren fuer den Export - eine ausgedehnte Landwirtschaft und den zweitgrössten Seehafen des Kontinents. Durch Antwerpen geht ein grosser Teil der Produktion Westeuropas in die ganze Welt.

Belgien produziert in normalen Zeiten genügend Exportwaren, um seine Importe damit bezahlen zu können. Sein Problem bestand jedoch nach dem Kriege darin, dass es keine Käufer fand, die diese Waren abnehmen konnten. Der Marshall Plan hat Belgien geholfen, indem er anderen Ländern Europas ermöglichte, belgische Exportwaren zu kaufen. M. Gaston Eyskens, der Premierminister Belgiens, erklärte unläugend: "Im ganzen gesehen ist 100.000 belgischen Arbeitern durch die Marshall Plan Hilfe Arbeit gegeben worden - 100.000 Arbeiter deren Produktion in den Dienst des Wiederaufbaus Belgiens und Europas gestellt werden konnte. In dieser schweren Zeit bedeutet diese Hilfe die Rettung Belgiens."

Obwohl Belgiens neun Provinzen in drei Sprach- und Kulturgebiete aufgeteilt sind, bilden deren Bewohner trotzdem eine einzige Nation, die gelernt hat, Notzeiten durch enges Zusammenarbeiten zu überstehen. Die Flamen der nördlichen Provinzen, die französischsprachigen Wallonen aus dem Süden und die deutschsprachige Bevölkerung des äussersten östlichen Teiles des Landes - sie alle sind zu allererst Belgier.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften wird bei seinen Tagungen in Brüssel eine freundliche Aufnahme finden, denn Belgien ist ein Land, in dem sich die Gewerkschaften einer grossen Sympathie nicht nur seitens der Regierung sondern der gesamten Nation erfreuen.

INNERGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF DER ARBEITER GEGEN DEN KOMMUNISMUS

Nach Ansicht des amerikanischen Sonderbeauftragten in Europa, W. Averell Harriman, hat der Kommunismus in Europa seine grösste Niederlage innerhalb der Gewerkschaftsbewegung erlitten. In einem Bericht an den ausserpolitischen Ausschuss des Senats, in dem Harriman zu der Fortsetzung des Wiederaufbau Programms fuer das Jahr 1950-1951 Stellung nimmt, spricht er sich anerkennend ueber den Kampf der europaischen Arbeiter "um ein freies Leben" aus.

"In Italien und Frankreich", berichtet Harriman, "hatten sich die Kommunisten der Herrschaft ueber die bedeutendsten Gewerkschaftsverbände bemächtigt, bevor der Marshall Plan angelaufen war. Nun verlieren sie an Boden, und die nichtkommunistischen Gewerkschaften gewinnen schnell an Staerke. In Frankreich hat es sich die "Force Ouvriere" zusammen mit anderen nichtkommunistischen Gewerkschaften zur Aufgabe gemacht, die franzoesische Gewerkschaftsbewegung von den Kommunisten zu befreien. In Italien haben sich zwei bedeutende nichtkommunistische Gewerkschaftsverbände von dem kommunistischen Gewerkschaftsbund losgesagt und mobilisieren nun die Kraefte der freien italienischen Arbeiter."

Harrison fuehrt auch an, wie die deutschen Gewerkschaften auf einer Konvention im Oktober vorigen Jahres dem Kommunismus einen schweren Schlag versetzt haben, indem sie sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammenschlossen. Auf dieser Konvention, berich-

tet Harriman, "brachten die Kommunisten nur eine Handvoll von Delegierten auf."

"In anderen Laendern," faehrt er fort, "wie Oesterreich, Belgien und Norwegen, in denen die Kommunisten einst stark waren, ist ihr Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung heute zu einem unbedeutenden Nichts zusammengeschmolzen." Harrison erkluert weiter, dass "die zunehmende Entschlossenheit der Arbeiter, die kommunistischen Agenten aus den einflussreichen Stellungen in der Gewerkschaftsbewegung zu vertreiben, in der ganzen Welt Reaktionen ausgelost hat."

Als Beispiele fuehrt er den Austritt der freien Gewerkschaften aus dem einst maechtigen, kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund an, den er als "ein Werkzeug der Intrige" bezeichnet, und die Gruendung des Internationalen Weltbundes Freier Gewerkschaften, der, wie er sagt, "der Foerderung der Arbeiterwohlfahrt und der Bekaempfung der kommunistischen Machtgelueste dient."

ECA Labor Information
3. Maerz 1950

DIE FRANZOESISCHE RHEINFLOTTE

Die franzoesische Rheinschiffahrt ist wieder in Betrieb - dies ist zum grossen Teil durch die Hilfe Amerikas ermoeeglicht worden. Am Ende des Krieges war ein Drittel der Rheinflotte vollkommen zerstoert, und Frankreich war es nicht moeglich, die zum Schiffsbau notwendigen Arbeiten allein zu finanzieren. Von den 120 benoetigten Lastkaehnen wurden 47 in amerikanischen Schiffswerften in Einzelteilen hergestellt und in hollaendischen und franzoesischen Haefen zusammenmontiert. Die restlichen werden in Frankreich fast ausschliesslich mit amerikanischem Material gebaut.

Die Kosten fuer das gesamte Programm zum Bau von Lastkaehnen belaufen sich auf 18.797.000 Dollar; hiervon werden 17.938.000 Dollar von Amerika in verschiedenen Formen, einschliesslich Marshall Plan, zur Verfuegung gestellt.

Auch die von und nach Belgien, Holland, Schweiz, Deutschland und Frankreich auf dem Rhein verfrachteten Gueter sind zum grossen Teil von Amerika bezahlt.

Das Flottenbauprogramm bedeutet also Wiederaufleben des Rheinhandels fuer alle Uferstaaten. Es bedeutet Arbeit fuer Hunderte von Schiffern und Werftarbeitern. Der Lebensstandard der Schiffer ist dank dieses Programms verbessert worden.

Da ist zum Beispiel George Vaeth. Er ist Kapitaen der "Chinon", einer der in den Vereinigten Staaten in Einzelteilen hergestellten Lastkaehne. Vaeth ist auf der "Chinon" zuhause; mit Stolz wird er Ihnen sein Schiff zeigen. Es ist glaenzend weiss, hat eine buntgestrichene Kueche mit einem Herd mit Oelfeuerung und einem schimmernd weissen Kuehlschrank; ausserdem ein modernes Badezimmer mit Dusche, ein geraeumiges Doppelschlafzimmer und zwei zusaetzlichen Schlafkajueten mit je 2 uebereinanderliegenden Betten.

Vaeth, ein Elsaesser mittleren Alters, ist ein lakonischer Mensch. Wenn Sie ihn fragen, was er vom Marshall Plan haelt, wird er Ihnen nur erwidern, dass dies eine bedeutende und gute Angelegenheit ist.

Hoeren wir jedoch seine Frau. "Wo an Land koennten wir uns all das leisten?" fragt sie, indem sie stolz ihre saubere Kueche, ihr "luxurioeses" Badezimmer und ihren Kuehlschrank zeigt. All das haben wir der Hilfe Amerikas zu verdanken."

Der Leiter der Personalabteilung der Rheinflottenverwaltung kann besser erklaren, was die "neue" Rheinflotte fuer diejenigen bedeutet, die durch sie Arbeit gefunden haben. Auf die Frage, was Kapitaen Vaeth, seine Besatzung und die Kapitaene und Mannschaften der uebrigen Schiffe tun wuerden, wenn es keinen Marshall Plan gaebe, antwortete er:

"Ich nehme an, dass sich die meisten nach Arbeit in irgendeiner Fabrik umsehen muessten."

ECA Labor Information
2. Maerz 1950

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN ZU INTERNATIONALEN FRAGEN

In kuerzlich angenommenen Resolutionen sprachen sich die Verwaltungsraete der beiden Hauptgewerkschaftsverbaende der Vereinigten Staaten, AFL und CIO, fuer die Beteiligung der freien Gewerkschaftsbewegung an internationalen Angelegenheiten aus.

Fuehrende Funktionaere der AFL und des CIO stimmten fuer die Unterstuetzung des neuen Internationalen Weltbundes Freier Gewerkschaften, befuerworteten erneut den Marshall Plan, forderten die Bewilligung des von Praesident Truman vorgeschlagenen Punkt-Vier-Programms zur Unterstuetzung rueckstaendiger Gebiete und brachten erneut ihr Vertrauen in die Vereinten Nationen zum Ausdruck. Gleichzeitig lehnten die beiden grossen amerikanischen Gewerkschaften eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Unterstuetzung und die diplomatische Anerkennung Franco Spaniens ab.

Der Verwaltungsrat der AFL forderte auf seiner Tagung in Miami (Florida) den Kongress auf, sich mit Nachdruck fuer die Genehmigung des Punkt-Vier-Programms einzusetzen, und die Gewerkschaften an der Planung und Verwaltung dieses Programms teilnehmen zu lassen. In seiner Bereitschaftserklaerung sich hinter den Marshall Plan und das Programm zur Unterstuetzung der in Not befindlichen Gebiete der Welt zu stellen, erklarte der Verwaltungsrat im einzelnen:

"Die bis jetzt mit Hilfe des Europaeischen Wiederaufbauprogramms erzielten Erfolge, die in der Produktionssteigerung in den unterstuetzten Laendern erkennbar sind, unterstreichen die Notwendigkeit, jetzt fuer die Zeit nach Beendigung des Marshall Planes als solchen vorzubereiten. Es ist klar, dass die demokratischen Nationen im Interesse der Entwicklung einer gesunden und ausgeglichenen Wirtschaft in dem freien Teil der Welt keine Zeit verlieren duerfen, die verschiedenen unter dem ERP und dem Punkt-Vier-Programm getroffenen Massnahmen zu kombinieren. Eine wirksame Vereinigung der Wirtschaften des demokratischen Europa ist unmoeglich, solange keine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit Westeuropas mit Afrika, Amerika und den demokratischen Laendern und Gebieten Asiens zustandekommt. Es muss Westeuropa in zunehmendem Maasse gelingen, fuer seine produzierten Waren Absatzmaerkte in den wirtschaftlich unentwickelten Gebieten zu erschliessen. Bei diesen gemeinsamen Moeglichkeiten wuerden die verschiedenen europaeischen, nationalen Wirtschaften, die in vieler Hinsicht miteinander konkurrieren, eher versuchen, sich zusammenzuschliessen."

Der Verwaltungsrat des CIO billigte in Washington die Prinzipien des Punkt-Vier-Programms, warnte jedoch davor, die den ruckstaendigen Gebieten gewaehrte Hilfe nur "stueckweise" zuzukommen zu lassen. In der Resolution heisst es u.a.:

"Praesident Trumans Punkt-Vier-Programm, das vorsieht, den ruckstaendigen Gebieten unsere wissenschaftlichen und industriellen Fortschritte zu ihrer Verbesserung und ihrem Gedeihen zur Verfuegung zu stellen, stellt einen Anfang dar. Wenn wir jedoch erfolgreich sein wollen, darf diese Unterstuetzung nicht nur "stueckweise" gewaehrt werden.

"Unser Programm muss, wie das Europaeische Hilfsprogramm, wohl durchdacht und mit Umsicht geplant sein. Seine Durchfuehrung wird ungeheure Kapitalanlagen erfordern. Die Armut dieser ruckstaendigen Gebiete stellt eine Gefahr und eine Bedrohung fuer sie selbst sowohl als auch fuer uns dar. Wir sind ueberzeugt, dass Friede und Prosperitaet unzertrennliche Begriffe sind."

Die beiden Gewerkschaftsverbaende sprachen sich rueckhaltlos fuer die Unterstuetzung des neuen Internationalen Weltbundes Freier Gewerkschaften aus, den Vertreter von etwa 50 freien Gewerkschaftsbewegungen der ganzen Welt im vorigen Jahr in London ins Leben riefen.

Die AFL begruesste die Gruendung dieser Organisation als ein "Ereignis von unschaetzbarer Bedeutung in der Geschichte des Weltgewerkschaftswesens."

Der Verwaltungsrat des CIO erklaerte:

"Wir sind der Ueberzeugung, dass diese Organisation freier und demokratischer Gewerkschaften berufen ist, dem Wohle der Arbeiter auf der ganzen Welt zu dienen, und die Angriffe auf ihre Organisationen von totalitaeren Quellen her abzuwehren.

ECA Labor Information
2. Maerz 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschafteschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 4

Frankfurt, 31. März 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| William Green zum Marshall Plan - - - - - | 1 |
| Schiedsrichterliche Schlichtung, ein wesentlicher Bestandteil der Kollektivverträge - | 3 |
| Gewerkschaften Hollands fuer Steigerung der Produktion - - - - - | 4 |
| Vollbeschaeftigung - - - - - | 5 |
| SOS - Hilferuf aus Ostdeutschland - Sachsen | 6 |
| Englische Weber studieren amerikanische Produktionsmethoden - - - - - | 7 |
| Amerikanische Gewerkschaften unterstuetzen das Neue Israel - - - - - | 8 |
| CIO Resolution zu internationalen Problemen | 10 |

WILLIAM GREEN ZUM MARSHALL PLAN

William Green, der Praesident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, ueberreichte verschiedenen Ausschuessen des Kongresses der Vereinigten Staaten folgende Erklaerung, in der er die Fortsetzung des Marshall Planes fordert:

„Acht Millionen Maenner und Frauen der AFL unterstuetzen den Marshall Plan. Die beiden ersten Jahre dieses Programms beweisen, dass sich ihre Muehe gelohnt hat. Nach Vollendung der Haelfte des Europaeischen Wiederaufbau Programmes stellen wir mit Genuegtung fest, dass:

- der Stand der industriellen Produktion ein Fuenftel ueber dem des besten Vorkriegsjahres liegt;
- die landwirtschaftliche Produktion den Vorkriegsstand fast erreicht hat;
- eine Inflation vermieden wurde;
- der Handel unter den ERP-Laendern zunimmt.

Fuer die 125 Millionen Arbeiter bedeutet dies:

- Beschaeftigung
- eine gesicherte Ernaehrung und
- ein Lebensstandard, der seit 1948, dem Beginn des Marshall Planes, immer besser wurde.

Ein fuehlbarer Beweis fuer die wirtschaftliche Wiedergesundung der ERP Laender ist in dem Schwinden der kommunistischen Macht in ganz Westeuropa zu sehen. Positiv ausgedrueckt heisst das, dass die wachsende Macht der demokratischen Gewerkschaften ein Gradmesser fuer das Gelingen des Wiederaufbauprogrammes ist, in Laender, in denen die Kommunisten noch vor zwei Jahren die Gewerkschaftsbewegung fast voellig beherrschten.

So wie die vergangenen zwei Jahre die Staerke des Wiederaufbau Programms unter Beweis gestellt haben, so haben sie auch dessen Schwaechen und Probleme gezeigt, die in den noch bleibenden zwei Jahren in Angriff genommen werden muessen.

Mit einer der schwersten Fehler ist die ungleiche Methode, nach der man bei der Verteilung der Geldmittel aus dem Wiederaufbauprogramm vorgegangen ist. Dies ist besonders in Frankreich, Italien, Deutschland und Griechenland der Fall. Der franzoesische Arbeiter zum Beispiel hat nicht nur unter einem niedrigeren Lebensstandard als vor dem Kriege zu leiden, man verlangt von ihm sogar, dass er sich geduldet, waehrend andere Gruppen innerhalb der Wirtschaft in Wohlstand leben. Er weiss sehr wohl, dass die Durchfuehrung des staatlichen Programms zur wirtschaftlichen Stabilisierung nicht nur Preiskontrolle geht. Was in Frankreich der Fall ist, trifft auch in geringerem Masse fuer andere ERP Laender zu, die keine Arbeiter- oder Arbeiter-Koalitionsregierungen haben. Selbst da, wo fuer alle Teile der Wirtschaft Erfolge erzielt werden konnten, hat die ungleiche Beteiligung der verschiedenen Gruppen an den Gewinnen, wobei den Arbeitern in vielen Faellen der geringste Prozentsatz zufiel, Anlass zur Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen gegeben.

Der ungleichen Verteilung der Wiederaufbaukosten kann durch eine gerechtere Besteuerung abgeholfen werden; damit wuerden die Arbeiter von einer uebermaessigen Belastung durch Steuern befreit; ein intensiviertes Bauprogramm soll den grossen Wohnraumangel in Laendern wie Italien, Frankreich, Deutschland und Griechenland beheben; hoehere Realloehne sollen einen hoeheren Lebensstandard fuer die Arbeiter und die Errichtung eines inlaendischen Absatzmarktes ermoeglichen. Die europaeische Industrie und gewisse Regierungen muessen sich jetzt darueber klar werden, dass die Staerke und Stabilitaet der Wirtschaft von einer hohen Kaufkraft der Masse des Volkes abhaengig ist.

Das Problem der gegenwaertig angestrebten, wirtschaftlichen Zusammenschliessung ist fuer die amerikanischen Gewerkschaftler ebenso von grossem Interesse. Wir billigen das Prinzip des freien Handels innerhalb Europas zur Schaffung eines Massenabsatzmarktes. Wir moechten aber auch die Beamten der ECA und die europaeischen Regierungen darauf hinweisen, dass es entsprechender Massnahmen bedarf, um der durch die internationale Konkurrenz entstehenden wirtschaftlichen Not von Arbeitern zu begegnen, die fuer eine gewisse Zeit ihren Arbeitsplatz verlieren koennten.

Wir sind uns bewusst, dass unsere Regierung Verantwortlichkeiten zu uebernehmen hat, indem sie einen umfangreicheren Handel zwischen Europa und den Vereinigten Staaten ermoeglicht. Wir wissen, wie wichtig es ist, unsere Importe zu steigern, damit Europa Gelegenheit hat, die von uns gekauften Waren zu bezahlen. Als amerikanische Arbeiter sind wir an diesem Programm hoechst interessiert und bereit, zu seinem Gelingen beizutragen, wenn im voraus Massnahmen zur Verhuetung von Krisen fuer solche Leute getroffen werden, fuer die sich das Programm unguenstig auswirken kann. Dies sind Probleme, denen wir uns in den kommenden Monaten mit gesteigerter Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Sie aendern jedoch nicht das Geringste an unserer Unterstuetzung des Marshall Planes und seines Endzieles, der Hebung des Lebensstandards der europaeischen Voelker. Wir fordern deshalb vom Kongress, dass er der Marshall Plan Verwaltung

die Unterstuetzung und die finanziellen Mittel nicht versagt, die notwendig sind, um dieses Programm bis zu seinem festgesetzten Ablauf im Jahre 1952 weiterfuehren zu koennen. Jeglicher Versuch, die Mittel zu kuerzen, die die Marshall Plan Verwaltung fuer erforderlich haelt, um das Programm im kommenden Jahre weiterfuehren zu koennen, waere nach unserer Meinung falsche Wirtschaftspolitik. Wir erinnern den Kongress daran, dass die unvermeidlichen Folgen einer Aufhebung oder starken Reduzierung der Europahilfe zu diesem Zeitpunkt folgende waeren:

- ein starker Rueckgang der Produktion und Beschaeftigtenziffern wegen Mangel an Rohstoffen, Maschinen, etc.
- als Ergebnis der Arbeitslosigkeit und der schlechteren Ernaehrung ein Absinken der Lebensstandarde
- ein Abnehmen des internationalen Handels auf Grund strenger Kontrollen durch die Regierungen, die ihre beschraenkten Reserven an Devisen schuetzen moechten
- ein Wiederaufleben des Kommunismus als unvermeidliche Folge des wirtschaftlichen Rueckgangs in Europa.

Die Notwendigkeit einer Verstaerkung der amerikanischen, militaerischen Verteidigung eines geschwaechten Europas wuerde letzten Endes weit kostspieliger sein als die Finanzierung eines Aufbauprogramms, das Europa auf seine eigenen Fuesse stellen soll.

Aus diesen Gruenden fordert der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL den Kongress auf, den Marshall Plan auch weiterhin zu unterstuetzen und die zum Wiederaufbau Europas notwendigen Geldmittel zu bewilligen."

ECA Labor. Information
13. Maerz 1950

SCHIEDSRICHTERLICHE SCHLICHTUNG, EIN WESENTLICHER BESTANDTEIL DER KOLLEKTIVVERTRAEGE

Das Statistische Buero des U. S. Arbeitsministerium berichtet, dass einer kuerzlich durchgefuehrten Erhebung zufolge in mehr als acht von je zehn gueltigen Tarifvertraegen in den Vereinigten Staaten zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten eine schiedsrichterliche Entscheidung vorgesehen ist. Fast 1.500 Vertraege, die ueber drei Millionen Arbeiter umfassen, wurden der Erhebung zugrundegelegt. Neun von je zehn der geprueften Vertraege - aus den Industriezweigen Kleidung, Textilien, Leder, Transport (ausser Automobil), Gummi, Papier, Druck und Veroeffentlichungen, Nahrungsmittel und oeffentliche Dienste - verlangen eine schiedsrichterliche Entscheidung bei Streitigkeiten, die mit dem Vertrag in Zusammenhang stehen.

Im allgemeinen besteht die Aufgabe des Schiedsrichters darin, Streitfragen ueber die Auslegung und Anwendung der bestehenden Vertragsbestimmungen zu klaeren. In 80% der der Erhebung zugrundegelegten Vertraege kommt dies zum Ausdruck. Nach einem von je 10 Vertraegen ist der Schiedsrichter ermachtigt, Faelle zu bearbeiten, - wie z.B. allgemeine Lohnveraenderungen - die nicht direkt in dem Vertrag vorgesehen sind. Einige Vertraege (2%) gestatten den Schiedsrichtern, - wenn Verhandlungen zwischen beiden Parteien zu keinem Ergebnis gefuehrt haben, - die Bedingungen fuer neue oder revidierte Vertraege auszuarbeiten.

Die gelaueufigste Form des Schiedsspruchverfahrens ist der Sonder- oder "ad hoc"- (nur fuer den betreffenden Fall) Ausschuss, der sich gewoehnlich aus drei oder mehr Mitgliedern zusammensetzt. In wenig mehr als der Haelfte (52%) der ueberprueften Vertraege mit Schiedsrichterbestimmungen wird festgelegt, dass derartige Ausschuesse dann einzusetzen sind, wenn eine Streitfrage auftaucht, die nach dem ueblichen Beschwerdeverfahren zwischen Gewerkschaft und Unternehmer nicht beigelegt werden kann. In nur 4% der Vertraege sieht man sogenannte "dauernde Ausschuesse" vor, die berechtigt sind, auf mehr oder weniger dauernder oder regelmaessiger Basis einen Schiedsspruch bei Streitigkeiten zu faellen, die sich im Laufe der Vertragsdauer ergeben. 27% der Vertraege bestimmen die Einsetzung eines einzelnen "ad hoc" Schiedsrichters, (statt eines Schiedsrichterausschusses), waehrend in einem von je 10 Vertragen ein dauernder Schiedsrichter oder unparteiischer Vorsitzender vorgesehen ist.

Zwei Drittel der Vertraege enthalten irgendwelche Bestimmungen, nach denen eine unparteiische Behoerde zu Rate gezogen werden muss, deren Auswahl Sache des Schiedsrichters ist, wenn sich die Parteien nicht selbst ueber die Wahl einig werden koennen. Meistens kommt hierfuer das Bundesstaatliche Schlichtungs- und Vermittlungsamt (Federal Mediation and Conciliation Service) in Frage, das in mehr als 30% der Vertraege genannt wird. Weniger haeufig spricht man von staatlichen oder lokalen Regierungsdienststellen oder von privaten Organisationen. Die unter diesen haeufigst Erwaehte ist die Amerikanische Vereinigung der Schiedsrichter (American Arbitration Association).

Gemaess der Erhebung des Statistischen Bueros herrscht die Gewohnheit vor, Unternehmer und Gewerkschaft gleichermassen mit den Schiedsrichterkosten zu belasten. In fast Dreiviertel der Satzungen ueber Schiedsrichter verfaehrt man nach dieser Methode. Einige Vertraege, - weniger als 1% - bestimmen, dass die verlierende Partei die gesamten Schiedsrichterkosten allein zu tragen hat. Nach den meisten der letztgenannten Vertraege ist es erforderlich, dass in der schiedsrichterlichen Entscheidung die verlierende Partei genannt wird.

Wenig mehr als 1.000 der 1.482 analysierten Vertraege sind von Herstellerfirmen abgeschlossen. Alle Vertraege der Erhebung waren teilweise oder ganz waehrend des Jahres 1949 in Gueltigkeit.

Der vollstaendige Bericht ueber die von dem Arbeitsstatistischen Buerou durchgefuehrte Untersuchung der Satzungen fuer Schiedssprechung in Vertragen zwischen Gewerkschaft und Unternehmer wird gegen Ende des Monats in der Februarausgabe des "Monthly Labor Review", der offiziellen Veroeffentlichung des Bueros fuer Arbeitsstaistik, erscheinen.

Information des Statistischen
Bueros im U.S. Arbeitsministerium
Februar 1950

GEWERKSCHAFTEN HOLLANDS FUER STEIGERUNG DER PRODUKTION

Der Hollaendische Gewerkschaftsbund hat einen Aufruf erlassen, in dem "alle Schichten des hollaendischen Volkes aufgefordert werden, sich mit allen zur Verfuegung stehenden Mitteln fuer eine Steigerung der Produktion einzusetzen." Darin wird die Bevoelkerung Hollands warnend darauf aufmerksam gemacht, dass "die Vollbeschaeftigung nicht gesichert und infolgedessen der gegenwaertige Verbrauchsstand nicht beibehalten werden kann,

wenn die Produktion nicht in erheblichem Masse gesteigert wird."

In der Verlautbarung des Hollaendischen Gewerkschaftsbundes, des groessten der drei bedeutenden Gewerkschaftsverbande Hollands, heisst es weiter: "Der Lebensstandard muss mit der Steigerung der Produktion Schritt halten, damit die Produktionsleistung der Arbeiter gesichert ist, die von wesentlicher Bedeutung ist und ihrerseits den Industrien Hollands ermoeöglichen muss, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren." Eine Finanzpolitik der Regierung wurde gefordert, die geeignet ist, die Arbeiterschaft an den aus der Produktion entstehenden Gewinnen zu beteiligen.

In seinem Aufruf zu hoeherer Produktion fuehrte der Hollaendische Gewerkschaftsbund aus:

"Trotz beachtlicher Fortschritte im wirtschaftlichen Wiederaufbau in den Jahren 1945 bis 1949 liegen Verbrauchs- und Investierungsvolumen noch immer ueber dem der Produktion... Holland, dessen Reserven erschoept sind, kann sich diesen Defizit nur auf Grund des Europaeischen Wiederaufbauprogramms erlauben; dieses Programm wird jedoch im Jahre 1952 beendet werden... Es gilt jetzt, einerseits den Verbrauch und die Investitionen einzuschraenken und andererseits die Produktion so zu erhoehen, dass bis zum Jahre 1952 das Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz hergestellt werden kann...."

"Das heisst," erklarte der Praesident des Hollaendischen Gewerkschaftsbundes, H. Oosterhuis, "wenn wir zehn Laib Brot verbrauchen, muessen wir auch zehn bezahlen koennen und nicht nur acht, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war."

Der Hollaendische Gewerkschaftsbund verpflichtete sich, mit den Arbeitgebern Besprechungen zu fuehren, um herauszufinden, wie er zu einer Steigerung der Produktion beitragen kann. Er erbot sich zum Beispiel, ueber eine zeitweilige Erweiterung des Systems der Schichtarbeit zu verhandeln; eine groessere Differenzierung der Loehne fuer Arbeiten hoeherer und niedrigerer Klassen zu besprechen; die Frage der Verbesserung der Ausruestungen und der Leistungsfaeihigkeit von Betrieben zu eroertern; und schliesslich eine Verbesserung der Organisation innerhalb der einzelnen Abteilungen zu diskutieren."

ECA Labor Information
17. Maerz 1950

VOLLBESCHAEFTIGUNG

In seiner Abhandlung ueber einen kuerzlich erschienen Bericht der Vereinten Nationen ueber nationale und internationale Massnahmen zur Vollbeschaeftigung warnte der amerikanische Delegierte Isador Lubin die Vertreter der Kommission fuer Wirtschaft und Vollbeschaeftigung bei den Vereinten Nationen vor der Auffassung, dass die Vollbeschaeftigung allein wirtschaftliche Stabilitaet und wirtschaftliches Gedeihen sichern koenne. Es muesse vielmehr auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaften ein Maximum an Produktion und Kaufkraft angestrebt werden.

Mr. Lubin bezeichnete das U. S. Gesetz zur Vollbeschaeftigung von 1946 als einen Beweis dafuer, dass viele grundlegende, wirtschaftliche Fragen bei der Formulierung dieses Gesetzes der Vereinigten Staaten beruecksichtigt worden seien.

"Dieses Gesetz," sagte er, "stellt ein nationales Bekenntnis zu unserer Politik der Aufrechterhaltung nicht nur der Vollbeschaeftigung, sondern auch eines Maximums an Produktion und Kaufkraft dar. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ist die Wirtschaft der Vereinigten Staaten unter staendiger Beaufsichtigung gehalten worden. Ferner wurden der Wirtschaft Ziele gesetzt in Bezug auf Produktion, Beschaeftigung und Kaufkraft. Dem Kongress wurden Vorschlaege fuer gesetzliche Massnahmen unterbreitet, die erforderlich waren, um diese Ziele erreichen zu koennen."

"Die seit dem Kriege in den Vereinigten Staaten erzielten Rekordziffern fuer Beschaeftigung, Produktion und Kaufkraft sind von vielen Faktoren abhaengig. Meiner Meinung nach hat auch das Gesetz zur Vollbeschaeftigung von 1946 zu diesem Ergebnis beigetragen."

Das grosse Interesse des amerikanischen Volkes, an der Frage der Vollbeschaeftigung erklaerte Mr. Lubin damit, dass dieselbe "nicht nur fuer die Wohlfahrt des amerikanischen Volkes sondern auch fuer den Weltfrieden von grosser Bedeutung sei."

Der von Sachverstaendigen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verfasste Bericht war in zwei Abschnitte unterteilt. Der eine handelt von Massnahmen, die jedem einzelnen Land empfohlen werden, waehrend in dem anderen Vorschlaege zu internationalen Fragen dargestellt werden.

Mit Bezug auf den erstgenannten Abschnitt des Berichtes sagte Mr. Lubin: "In dem Bericht wird die Instabilitaet der privaten Investierung als wesentlichster Faktor in den periodischen (Beschaeftigungs-) Fluktuationen bezeichnet. Ohne die Bedeutung der privaten Investierung als Faktor in solchen Fluktuationen schmaelern zu wollen, bin ich der Ansicht, dass noch bedeutsamer die Tatsache ist, dass man es zu oft versaeumt hat, die Kaufkraft so zu steigern, wie es durch die Vergroesserung der Fabriken und Einrichtungen erzielte Produktionssteigerung erfordert haette."

Der Delegierte der Vereinigten Staaten forderte alle Mitgliedsstaaten auf, "weitere Schritte zu unternehmen... wenn es ursgelingen soll, die Vollbeschaeftigung zu erreichen, wozu uns die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet." Er billigte die in dem Bericht getroffene Feststellung, dass "die geforderten Massnahmen zur Foerderung der Vollbeschaeftigung in Laendern mit freier Wirtschaft mit den Verhaeltnissen dieser Laender durchaus vereinbar sind." Zum dauernden Gelingen der freien Wirtschaft gehoert nicht nur die Vollbeschaeftigung," sagte er, "sondern sie ist sogar von ausschlaggebender Bedeutung."

ECA Labor Information
13. Februar 1950

S O S - HILFERUF AUS OSTDEUTSCHLAND - SACHSEN

Am 6.12.49. morgens 5.30 Uhr hoerte ich vom Sender RIAS das Gespraech mit dem amerikanischen Gewerkschaftsfuehrer (Walter Reuther). Trotzdem die Sendung sehr gestoert wurde, habe ich viel Aufschlussreiches gehoert und verstanden. Richte an Euch die Bitte, befreit uns bald von den russischen Sklavenhaltern und ihren Aufpassern (SED-Funktionaeren).

Durch eine freie demokratische Wahl, die wir hier in der Ostzone nicht allein durchfuehren koennen, helfst uns! Ich glaube, dass ich die Zeilen im Sinne von 60% der Ostzonen-Bevoelkerung schreibe.

Meinen Namen kann ich auch nicht nennen, da ich in Ungnade gefallen bin. Meine Arbeit habe ich auch schon verloren. Wenn wir frei sind, kann ich Rede und Antwort stehen. Ich moechte so gerne die Ostzone verlassen, bin aber verheiratet und habe Kinder und auch kein Geld.

Viele moechten nach dem Westen ab. Die grosse Wohnungsnot bei Euch halten viele im Osten.

F r e i h e i t ! !

Am 15.12.49. die Sendung Menschenrecht und Freiheit. In der Ostzone gibt es fuer keine ein Recht und Freiheit. Von oben bis unten (ueberhaupt nicht) wird der Mensch gefuehrt (**Kommandiert**) von der Besatzungsmacht.

Viele Arbeiter wuerden gerne mit denen im Westen tauschen (sagt das Euren Arbeitern, die sich nach dem Arbeiter-Paradies sehnen).

Jawohl, es gibt alles im Radio und auf dem Papier bei uns im Osten, das ist die Wahrheit. Das schreibt ein ehemaliger SED-Mann. Die Arbeiter im Westen wissen es ja garnicht, wie gut sie es haben.

ENGLISCHE WEBER STUDIERN AMERIKANISCHE PRODUKTIONSMETHODEN

Ein Hauptfaktor in der staendigen Steigerung der Produktionsleistung der amerikanischen Industrie ist die Bereitwilligkeit der Arbeiter, mit der sie sich mit Veraenderungen der Arbeitsbedingungen einverstanden erklaren, die eine hoehere Produktion zur Folge haben. Dies ist einer der Schlussfolgerungen, die sechzehn Vertreter der englischen Kunstseidenindustrie aus ihrer 6-woechigen Studie der Industrie der Vereinigten Staaten gezogen haben. Ihre Reise wurde gemeinsam von dem Anglo-Amerikanischen Produktivitaetsrat, der englischen Regierung und der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit organisiert.

Die englische Gruppe stellte fest, dass die allgemeine Beteiligung der amerikanischen Arbeiter an den aus hoeherer Produktion entstehenden Gewinnen in Form von Lohnerhoehungen und Bonuszuteilungen einen Ansporn fuer sie darstelle, mehr zu produzieren. Ausser den zahlreichen arbeitssparenden Methoden, die den amerikanischen Arbeitern helfen, pro Stunde mehr als ihre Kollegen in England zu produzieren, wird nach Ansicht der Besucher die Produktion dadurch erhoehrt, dass man Facharbeitern ermoeglicht, sich auf diejenigen Arbeiten zu konzentrieren, die einen Hoechstgrad an Fertigkeit erfordern. Wie es auch in anderen Laendern der Fall ist, besteht die Hauptverantwortung der amerikanischen Weber darin, die Produktion und die Qualitaet der Stoffe auf demselben Stand zu halten. Da er jedoch nicht gezwungen ist, zahlreiche andere Nebenarbeiten zu verrichten, wie es bei den englischen Webern der Fall ist, kann der Amerikaner mehr Webstuehle ueberwachen und mehr produzieren als der Weber in England.

Unter den Hilfsmitteln zur Erzielung einer hoeheren Produktionsleistung, die in England bereits in Gebrauch sind, in der amerikanischen Industrie jedoch besser entwickelt sind, nannten die englischen Besucher die Verbesserung der Arbeitsmethoden durch das Studium der Arbeitszeit und des Arbeitsganges.

In dem Bericht der Gruppe heisst es weiter, dass die Methode des Zergliederns der Arbeitsgaenge in die einzelnen Elemente zur Vermeidung unnoetiger Arbeiten und Verbesserung der uebrigen in einigen der groesseren Webereien soweit entwickelt sei, dass man die einzelnen Arbeitsvorgaenge photographiere. Verbesserungen, die man auf Grund dieser Filme beschlossen habe, wuerden dadurch ausgewertet, dass man die Arbeiter in der neuen Methode unterweist.

Die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen waren nach Ansicht der britischen Gruppe sowohl in Betrieben mit gewerkschaftlich organisierter Belegschaft als auch in nichtorganisierten im allgemeinen gut. Dem Bericht zufolge sind in einigen Webereien Glaszellen eingerichtet worden, um dem Arbeiter das Rauchen zu ermoeglichen, ohne dass er seinen Arbeitsplatz verlassen muss. In groesseren Unternehmen sei es ausserdem den Arbeitern moeglich, viele der von ihrer Firma hergestellten Produkte zu Grosshandelspreisen zu kaufen.

Besonders hervorgehoben wurden in dem Bericht die Auswirkungen des riesigen amerikanischen, inlaendischen Absatzmarktes auf die amerikanische Kunstseidenindustrie. Daraus ergibt sich fuer die Webereien die Moeglichkeit, sich auf weniger Sorten von Garnen und Stoffen zu spezialisieren, laengere produktivere Arbeitsgaenge anzuwenden und durch diese grossangelegte Produktion die Gestehungskosten zu reduzieren. Aus all diesen Gruenden ist Amerika in den Augen der britischen Fachleute Europa so weit in der Produktionsleistung voraus.

ECA Labor Information
16. Maerz 1950

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN UNTERSTUETZEN DAS NEUE ISRAEL

Praesident William Green vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL und der Praesident des CIO, Philip Murray, veroeffentlichten nach einer Besprechung mit Praesident Harry S. Truman folgende gemeinsame Erklaerung:

Im Namen der ueberwaeltigenden Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft in Amerika haben wir heute dem Praesidenten erklart, dass wir geschlossen hinter dem neuen demokratischen Staat von Israel stehen, und dass wir besorgt sind, diesen Staat und die Menschen des Mittleren Ostens durch das unnoetige Wettruesten der Regierungen Aegyptens und anderer arabischer Laender des Mittleren Ostens bedroht zu sehen.

Auf Grund massgeblicher Zeitungsberichte und anderer zuverlaessiger Informationsquellen sind wir zu der Ueberzeugung gelangt, dass das Ziel dieser militaristischen Tendenzen ein zweiter Krieg gegen den israelitischen Staat ist.

Wir sind der Ansicht, dass diese Erklaerung eine Bedrohung darstellt nicht nur der neuen, demokratischen Republik Israel, sondern auch der Hoffnungen des amerikanischen Volkes auf Stabilitaet und friedlichen Fortschritt ueberall da, wo dies in der Welt moeglich ist.

Die Gewerkschaften Amerikas, - sowohl AFL als auch CIO-, treten seit langem fuer eine Wiedererrichtung der juedischen Souverraenitaet in Palaestina ein. Es war uns eine grosse Genugtuung, als unsere Regierung sich prompt entschloss, den neuen Staat Israel anzuerkennen und zu unterstuetzen, der als Ergebnis jahrhundertelangen, juedischen Strebens und juedischer Hoffnungen zu werten ist. Mit lebhaftem Interesse und Beifall haben wir die Bemuehungen der demokratischen Regierung Israels verfolgt, ihren Buergern Frieden und Fortschritt zu bringen. Wir sind soweit, dass wir die israelitische Republik als ein Bollwerk unserer Hoffnungen zum Schutze der demokratischen Entwicklung im Mittleren Osten betrachten. Enge und freundschaftliche Beziehungen verbinden uns mit Histadrut, dem hervorragenden Gewerkschaftsbund Israels, der fuer die Wohlfahrt seiner Mitglieder und den neuen Staat als Ganzes Grosses leistet.

Wir hatten gehofft, dass es Israel nach Beendigung seines gerechten Kampfes um nationale Unabhaengigkeit moeglich wuerde, seine menschlichen und natuerlichen Kraefte in Frieden und Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn zu entwickeln.

Die wachsende Gefahr einer neuen militaerischen Einmischung seitens reaktionaerer, illegaler Nachbarregierungen - wovon in der Presse in allen Einzelheiten berichtet wurde - wirken mehr und mehr alarmierend.

Diese neue militaerische Bedrohung richtet sich gegen einen Staat, der wirksamer als irgendein anderer des Mittleren Ostens daran arbeitet, seinem Volke einen hoeheren Lebensstandard, ein besseres Erziehungswesen und bessere Wohn- und Gesundheitsbedingungen zu ermoeeglichen. In den ersten 18 Monaten seines Bestehens hat dieser Staat ungeheure Fortschritte erzielen koennen, und weitere Erfolge sind zu erwarten, wenn der Friede in diesem Gebiet erhalten bleibt.

Die wirksame Foerderung des Lebens- und Kulturstandards in Israel wird Verbesserungen im Leben von Millionen anderer Menschen des Mittleren Ostens zur unvermeidlichen Folge haben, die zum groessten Teil in Unwissenheit, Armut und Krankheit dahinvegetieren. Wenn Praesident Trumans Punkt-Vier-Programm, das wir unbedingt befuerworten, bewilligt wird und zur Ausfuehrung kommt, dann waere Israel in der Tat dazu berufen, in der Entwicklung der Energiequellen des Mittleren Ostens eine fuehrende Stellung einzunehmen.

Zeitungsberichten und anderen glaubwuerdigen Quellen zufolge unterstuetzt die Regierung Grossbritanniens Aegypten, Transjordanien, den Irak und andere arabische Laender, die Israel feindlich gesinnt sind, mit umfangreichen Waffenlieferungen. Wir ersuchten den Praesidenten, entsprechende Vertretungen im Namen unserer Regierung bei der englischen Regierung vorstellig werden zu lassen, um die Belieferung dieser arabischen Laender mit Kriegsmaterial zu Aggressionszwecken zu unterbinden, das offensichtlich dazu bestimmt ist, gegen Israel eingesetzt zu werden.

Da die Waffenlieferungen nach den arabischen Laendern noch fortgesetzt werden, baten wir den Praesidenten, den Verkauf von Waffen an die Regierung Israels zu genehmigen, um der taeglich wachsenden Bedrohung der Sicherheit dieses Landes zu begegnen. Wir sehen keinen Grund, dass Israel nicht die Moeglichkeit haben soll, sich Mittel zu seiner Verteidigung zu beschaffen, waehrend sich das Waffendepot seiner Nachbarn staendig zu Aggressionszwecken vergroessert.

Auch gaben wir dem Praesidenten gegenueber unserer Hoffnung Ausdruck, dass Amerika mithelfen moege, einen gerechten und dauernden Frieden zwischen der Regierung Israels auf der einen Seite und Aegypten, Transjordanien und den anderen arabischen Laendern auf der anderen Seite zustandezubringen. Wir vertrauen fest darauf, dass die Regierung der Vereinigten Staaten ihre vermuentfliche und einsichtsvolle Haltung in Bezug auf die Lage Jerusalems beibehalten wird, damit der unausfuehrbare Beschluss der Vereinten Nationen hinsichtlich dieser Stadt abgeaendert wird.

Ebenso stellten wir die Forderung nach zusaetzlicher, finanzieller Unterstuetzung fuer Israel. Dieser kleine und neue Staat hat waehrend der 18 Monate seines Bestehens 365.000 juedische Emigranten aufgenommen, Sie kamen aus den Verschlepptenlagern Deutschlands, den Ghettos der arabischen Laender, oder waren vor der immer groesser werdenden Diskriminierung in den Satellitenstaaten der Sowjets gefluchtet. Die Anleihe der Export-Import Bank ueber 100 Millionen Dollar, fuer die sich der Praesident in grosszuegiger Weise eingesetzt hatte, ist nun aufgebraucht. Die von der juedischen Bevoelkerung Amerikas geleistete Hilfe kann den dringenden, grossen Bedarf nicht decken.

Wir hoffen, dass unsere Regierung erneut eine neue Anleihe bei der Export-Import und der Weltbank beantragen wird, um dem Staate Israel zu ermoeeglichen, mit seinen zahlreichen Problemen fertig zu werden.

Amerikanischer Einfluss und amerikanische Hilfe koennen mitwirken, den Frieden und die Demokratie im Mittleren Osten zu bewahren und Stabilitaet, Fortschritt und Aufklaerung in jenen Teil der Welt zu bringen. Als Gewerkschaftler, die an den Frieden und den Sieg der Demokratie glauben, hoffen wir, dass sich unsere Regierung weiteren Angriffen gegen den israelitischen Staat und das mutige, verstaendige israelistische Volk widersetzen wird, das ebenso wie wir nach einer geordneten Wirtschaft und restlosen Ausnutzung der natuerlichen Hilfsquellen zum Wohle der Menschheit strebt.

Information Service
10. Februar 1950

CIO RESOLUTION ZU INTERNATIONALEN PROBLEMEN

Die kuerzlich abgehaltene Vorstandssitzung des CIO in den Vereinigten Staaten fasste folgende Entschliessung:

"Zu einer Zeit, in der die Ziele der demokratischen Nationen, Wiederaufbau, Demokratie und dauerhafter Friede, von ihrer Wirklichkeit noch weit entfernt sind, gibt der CIO erneut seiner tiefen Ueberzeugung Ausdruck, dass sich unsere Nation mit allen ihr zur Verfuegung stehenden Mitteln fuer Abruestung und Frieden einsetzen muss. Der Entschluss, die Wasserstoffbombe und andere Massenvernichtungswaffen weiter zu entwickeln, bestaerkt uns in unserem Willen, mit noch mehr Interesse die hoechst kritische, internationale Lage im Auge zu behalten.

Wir verlangen von unserer Regierung, dass sie auf dem Wege ueber die Vereinten Nationen und ihre angeschlossenen Kommissionen und Dienststellen in ihren Bemuehungen um die Weltsicherheit nicht nachlaesst. Die Vereinten Nationen unterstuetzt und in ihrer Arbeit

zu Enttaeuschungen Anlass gegeben haben. Diese Organisation hat die Moeglichkeit, eine geordnete Welt aufzubauen, in der nicht uebertrieben nationalistische Tendenzen ein Chaos heraufbeschoeren koennen. Man sollte keine Gelegenheit vorbegehen lassen, die Koerperschaften der Vereinten Nationen in den Dienst des Friedens und der Prosperitaet der Welt zu stellen.

Unsere Hoffnungen und Wuensche koennen nicht erfuehlt werden, wenn wir die Augen vor der Wirklichkeit verschliessen. Wir muessen einsehen, dass jeglicher Vorschlag zur wahren internationalen Ruestungskontrolle, zur Weltsicherheit und der Entwicklung einer internationalen Kontrollbehoerde von der Sowjetunion und ihren Satelliten unterdrueckt und abgelehnt wurde.

Waehrend die sowjetischen Agenten von sogenannten "Friedenskonferenzen" sprechen, versucht die Sowjetunion, die Brandherde in Europa, Asien und dem Mittleren Osten noch zu vergroessern. Dieses Land mit seinen Satelliten verspricht auf der einen Seite in heuchlerischer Weise den Arbeitern den langersehnten Frieden und betreibt zugleich - oder drohte damit - eine Aggressionspolitik gegen Griechenland, Jugoslawien, Korea und Indochina.

Wir begruessen jeden Vorschlag, wie der Friede durch ein Abkommen erhalten werden kann. Wir duerfen jedoch auch in Zukunft Vereinbarungen nicht ueberschaetzen, die mit solchen Staaten getroffen wurden, die sich ruehmen, dass ihre Unterschriften nicht von dauernder Gueltigkeit seien. Die Vereinigten Staaten muessen auch weiterhin an ihrer Politik festhalten, die darin besteht, sich selbst und ihre gleichgesinnten Nachbarn in der ganzen Welt zu staerken.

Aus diesen Gruenden unterstuetzte der CIO den Atlantik Pakt und das Militaerische Hilfsprogramm, die zwischen unserer Regierung und den demokratischen Nationen Europas abgeschlossen wurden. Wir stehen absolut bejahend dem Programm unserer Regierung gegenueber, das die Belieferung der demokratischen Nationen mit den Waffen vorsieht, die notwendig sind, um sich selbst gegen die Gefahr einer totalitaeren Aggression verteidigen zu koennen.

Der CIO⁰ fordert die Regierung der Vereinigten Staaten auf, in Zukunft in noch verstaerktem Masse die fortschrittlichen Bewegungen in der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen den ueberholten Imperialismus zu unterstuetzen. In Asien, Afrika und dem Mittleren Osten lehnen sich die Voelker gegen fremde Bevormundung auf. Wir erkennen das Recht aller Voelker auf voellige nationale Freiheit und Selbstregierung an und werden alle Bemuehungen unterstuetzen, die auf die schnellstmoegliche Verwirklichung dieses Rechtes gerichtet sind.

Es liegt in der Macht der Vereinigten Staaten, dafuer zu sorgen, dass die Befreiung der Kolonialvoelker vom alten Imperialismus nicht zu ihrer Unterwerfung unter den sowjetischen Imperialismus fuehrt, den man ihnen als eine Form der Befreiung vorsetzt. Die Voelker, die um ihre nationale Unabhaengigkeit kaempfen und das Recht, ihre eigenen Wirtschaften nach ihrem Gutdunken zu entwickeln, sollten aus unserer Handlungsweise ersehen, dass sie in den Vereinigten Staaten einen Freund haben.

Der CIO stimmt mit ganzem Herzen den folgenden Forderungen zu, die der neugegruendete Internationale Bund Freier Gewerkschaften in seinem Manifest gestellt hat.

"Die industriell fortschrittlichen Nationen haben die Pflicht, jenen grossen Gebieten der Welt und ihren Millionen von Bewohnern vorwaertszuhelfen, die an der industriellen Revolution keinen materiellen Anteil hatten. Noch viele dieser Nationen geniessen weder politische Freiheit noch nationale Unabhaengigkeit. Einige schmachten unter altmodischer, militaerischer Diktatur, andere unter modernem Totalitarismus. Viele sind Kolonien der fortgeschrittenen Laender, denen zwar mehr oder weniger das Recht der Selbstbestimmung zusteht, deren natuerlicher Wunsch nach Unabhaengigkeit jedoch noch nicht erfuehlt ist. Den Millionen von Arbeitern in diesen Laendern, die noch nicht in den Genuss voelliger Freiheit gekommen sind, versprechen wir hiermit unsere unumschraenkte Hilfe.

"Wir sind der Auffassung, dass der wirtschaftliche Fortschritt in diesen Gebieten oberstes Gebot ist. Wir befuerworten kuerzlich gemachte Vorschlaege zur technischen Unterstuetzung unentwickelter Laender und alle anderen Massnahmen, die demselben Zwecke dienen. Wir bestehen darauf, dass diese Laender im Geiste gegenseitiger Zusammenarbeit und nicht im Geiste des Imperialismus entwickelt werden. So duerfen zum Beispiel diesen Laendern in der Verwendung der von ihnen erzeugten Waren keine Beschraenkungen auferlegt werden. Die Kapitalinvestierung in diesen Gebieten ist von wesentlicher Bedeutung, sie muss jedoch mit den Interessen des Volkes und im besonderen den Rechten der Arbeiter in den durch diese Investitionen entstehenden Unternehmen vereinbar sein. Die Bemuehungen der Voelker, ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Probleme selbst zu loesen, sollen durch dieses Kapital nicht ersetzt, sondern ergaenzt werden.

Praesident Trumans Punkt-Vier-Programm, das vorsieht, unsere wissenschaftlichen und industriellen Fortschritte den unentwickelten Gebieten zu ihrer Verbesserung und ihrem Gedeihen zur Verfuegung zu stellen, stellt einen Anfang dar. Wenn wir jedoch erfolgreich sein wollen, darf diese Hilfe nicht stueckweise gegeben werden. Unser Programm muss, wie das Europaeische Hilfsprogramm, wohl durchdacht und mit Umsicht geplant sein. Seine Durchfuehrung wird ungeheure Kapitalanlagen erfordern. Die Armut dieser rueckstaendigen Gebiete stellt eine Gefahr und eine Bedrohung fuer sie selbst sowohl als auch fuer uns dar. Wir sind ueberzeugt, dass Friede und Prosperitaet nicht voneinander zu trennende Begriffe sind."

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICQG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III-5

Frankfurt, 7. April 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Ein schwedisches Urteil ueber die deutschen Gewerkschaften - - - - - | 1 |
| Amerikanische Gewerkschaftler arbeiten am Wiederaufbau Europas - - - - - | 3 |
| Interamerikanische Gewerkschaftstagung - - - - - | 4 |
| Die O.E.E.C. und die internationalen Fachabteilungen - - - - - | 5 |
| Grosszuegiges Wohlfahrtsprogramm der AFL Gewerkschaft der Kraftfahrer - - - - - | 8 |
| Franzoesische Gewerkschaften draengen auf Wohnungsbau - - - - - | 9 |
| Hollaendische Gewerkschaftsfuehrer sprechen sich anerkennend ueber den CIO aus - - - - - | 10 |

EIN SCHWEDISCHES URTEIL UEBER DIE DEUTSCHE GEWERKSCHAFTEN

„Die Gewerkschaftsbewegung muss zum Rueckgrat der neuen deutschen Demokratie werden.“

Zu dieser Schlussfolgerung kam Algot Joensson, der Ausbildungsleiter des Schwedischen Gewerkschaftsbundes (Svenska Handelsarbetareforbundet), nachdem er sich in Deutschland drei Wochen lang mit den Problemen des Wiederaufbaus befasst hatte.

Joensson, der in den dreissiger Jahren auf dem Gebiet der Erziehung taetig war, und dessen Arbeit den Zweck hatte, nazistische Gewaltideen in Schweden nicht Wurzel fassen zu lassen, erklarte warnend, dass drei grundlegende Probleme geloest werden muessten, wenn ein Wiederaufleben des Nazismus in Deutschland verhindert werden soll. Diese drei Probleme seien: Arbeitslosigkeit, Wohnraummangel und zu niedrige Realloehne.

Joensson, sagte: „Die Gewerkschaftsbewegung als die staerkste, konstruktivste und demokratischste Macht in Deutschland muss nicht nur bei der Loesung dieser Probleme eine entscheidende Rolle spielen, sondern es ist auch ihre Aufgabe, das demokratische Denken in Deutschland und besonders unter der deutschen Jugend zu foerdern.“

Drei Faktoren nannte Joensson, die in Deutschland bereits eine "gute Grundlage fuer eine Entwicklung nach demokratischen Grundsuetzen" geschaffen haetten: die Waehrungsreform, der, wie er sagte, das Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft und die befriedigende Ernaehrungslage zu verdanken seien.

Er wies jedoch darauf hin, dass noch "viel zu viel Menschen keine Wohnung haetten" oder in ueberbevoelkerten Vierteln lebten, ---- und das in einem Land, in dem gemuegend Baumaterial zur Verfuegung stuede. Waren seien in ausreichendem Masse vorhanden, die Preise fuer den Arbeiter jedoch unerschwinglich, und die Arbeitslosigkeit nehme bedrohliche Ausmasse an.

Wenn diese Probleme nicht geloest wuerden, warnte Joensson, dann wuerde sich keine Demokratie, sondern etwas "ganz Verschiedenartiges und Unerwuenshtes" in Deutschland entwickeln.

Er hob besonders die Notwendigkeit einer Betaetigung der Gewerkschaften und anderer demokratischer Elemente in Deutschland auf dem Gebiet der Erziehung und Aufklaerung hervor.

"Demokratie ist nicht nur eine Frage der materiellen Verhaeltnisse eines Volkes, sondern vielmehr eine Angelegenheit seines geistigen Lebens. Es hat den Anschein, als ob der Anfang auf geistigem Gebiet viel schwerer als der auf materiellem sei.

Das schwierigste Problem, sagte Joensson, stelle die Jugend dar, die in nazistischen Organisationen sozial geschult wurde. "Diese jungen menschen hoerten waehrend der Nazizeit soviel Unwahrheiten ueber die Gewerkschaftsbewegung und die Demokratie, dass sie heute den Gewerkschaften skeptisch und unentschlossen gegenueberstehen.

Hauptsaechlich in der Gewerkschaftsbewegung fand Joensson "erfahrene und zielbewusste Demokraten, die von dem wirklich guten Willen beseelt waren, eine sichere Grundlage fuer die Zukunft zu schaffen." Er stellte deshalb die Forderung, dass die Militaerregierung die Gewerkschaften mehr und mehr unterstuetze. Gleichzeitig legte er den Gewerkschaftsfuehrern nahe, in verstaerktem Masse unter den Arbeitern und in der Gemeinde erzieherisch zu wirken. Er verlangte ausserdem mehr Selbstkritik innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und erklaerte, dass der allgemeinen Tendenz, die nach seiner Meinung darin besteht, dass man selbst geringfuegigere Arbeitsstreitigkeiten durch das Gesetz beizulegen sucht, ein Ende gemacht werden muesse.

"Damit meine ich natuerlich nicht, dass die Gewerkschaften in ihrem Bereich jegliche Anwendung des Gesetzes ablehnen sollen. Im Gegenteil: die soziale Gesetzgebung ist als Ergaenzung der Lohnpolitik der Gewerkschaften zu werten. Wenn jedoch Probleme in gegenseitigem Einvernehmen der Parteien des Arbeitsmarktes geloest werden koennen, dann sollte dies um der Demokratie willen geschehen.

Trotz aller Schwierigkeiten, die zwoelf Jahre Nazierrschaft heraufbeschworen haetten, sprach Joensson mit Zuversicht von dem Wiederaufleben der Demokratie in Deutschland. Die Tatsache, dass die Mitgliederzahl der Gewerkschaften seit der Waehrungsreform gestiegen ist, sei eines der Anzeichen, die zu Hoffnungen berechtigen.

"Zwar sind nur etwa 35% der Beschaeftigten zur Zeit gewerkschaftlich organisiert, trotzdem hat man Beweise dafuer, dass die Arbeiter mit zunehmendem Vertrauen in den Gewerkschaften die Vertreter ihrer Interessen sehen."

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTLER ARBEITEN AM WIEDERAUFBAU EUROPAS

"Das gemeinsame Streben der freien Voelker Europas nach wirtschaftlicher Stabilitaet, Selbststaendigkeit und Einheit muss von den demokratischen Einrichtungen dieser Laender getragen werden, zu denen in erster Linie die nichtkommunistische Gewerkschaftsbewegung gehoert."

So heisst es in einer Direktive der Marshall Plan Verwaltung, (ECA), in der von Massnahmen gesprochen wird, die die Beteiligung der Gewerkschaften am Europaeischen Wiederaufbau Programm erwirken sollen.

Mit dem Hinweis auf die 30 Millionen Maenner und Frauen in den Gewerkschaften der Marshall Plan Laender heisst es in der Direktive der ECA: "Keine andere Gruppe hat ein groesseres Interesse am Gelingen des Europaeischen Wiederaufbauprogramms, und keine andere Gruppe hat eine bedeutendere Rolle zu spielen, um diesem Programm zum Erfolg zu verhelfen." Ueber 50 Personen aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung bekleiden jetzt wichtige Stellungen in der Marshall Plan Verwaltung. Einige arbeiten in den Hauptquartieren Washington und Paris, andere sind in die Missionen der einzelnen Marshall Plan Laender berufen. Drei von ihnen sind Leiter einer solchen Mission.

Die Gewerkschaftler in diesen Aemtern sind angewiesen, mit den demokratischen Elementen in den Gewerkschaften der Teilnehmerstaaten zusammenzuarbeiten, um sich ihre Mitarbeit und Unterstuetzung fuer das Programm zu sichern. Sie sind dafuer verantwortlich, dass die freien Gewerkschaftsorganisationen bezueglich des Programms auf dem Laufenden gehalten werden. Sie muessen sich von diesen Organisationen in Problemen beraten lassen, die im taeglichen Leben der europaeischen Arbeiter in Zusammenhang mit dem Programm entstehen.

Die Marshall Plan Verwaltung ist der Auffassung, dass zur wirksamen Einschaltung der ERP Laender in den Welthandel eine hohe Produktion bei niedrigen Gestehungskosten von ausschlaggebender Bedeutung ist. Sie legt deshalb ihren Gewerkschaftlern in den Missionen der einzelnen Laender nahe, die in den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Wechselbeziehungen der Arbeit gemachten Erfahrungen den europaeischen Gewerkschaften zur Verfuegung zu stellen. Es handelt sich hier in erster Linie um die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die zur Erreichung einer hohen Produktion notwendig ist.

In der Direktive wird betont, dass sowohl Arbeiter und Verbraucher als auch Industrielle und Unternehmer ihren rechtmassigen Anteil an den aus der erhoehten Produktionsleistung entstehenden Gewinnen erhalten muessen. Die Leiter der Aemter fuer Arbeitsangelegenheiten in den einzelnen Missionen werden der Arbeiterschaft und den Unternehmern die Vorteile dieser Methode klarlegen. Ausserdem werden sie mithelfen, die Produktionsgebiete einander anzugleichen und die Probleme in der Steigerung der Produktionsleistung zu loesen.

Die Marshall Plan Verwaltung strebt unter Beruecksichtigung der persoenlichen Rechte des Arbeiters eine hoechst wirksame Verwendung der Arbeitskraefte an. Durch die Staerkung von Grundstoffindustrien, durch wesentliche Verbesserungen und die Belieferung mit Rohmaterial und Produktionswerkzeugen werden Beschaeftigungsmoeglichkeiten geschaffen. Diese Massnahmen dienen der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhaeltnisse in den Marshall Plan Laendern.

In enger Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen beschaeftigen sich die ECA Aemter fuer Arbeitsangelegenheiten mit dem Problem der Wiederansiedlung verschleppter Personen oder des Austausches von Arbeitern. Massregeln und Mindestnormen werden ausgearbeitet, um die fuer die freiwillig umgesiedelten Arbeiter entstehenden Schwierigkeiten auf ein Minimum zu reduzieren, um die Beschaeftigungsmoeglichkeiten auf ein gleiches Mass zu bringen oder den Mangel an Arbeitskraefte in bestimmten Gebieten oder Berufssparten zu beheben.

Die Organisation fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas und die betreffenden Regierungen werden von den ECA Aemtern fuer Arbeitsfragen in der Schaffung besserer, oeffentlicher Arbeitsaemter unterstuetzt. Diesen oeffentlichen Behoerden obliegt die Aufgabe, die Ueberweisung von Arbeitern in lebenswichtige Industrien zu organisieren und Facharbeiter aus Ueberschussgebieten in Mangelgebiete zu versetzen.

Durch den Krieg entstand ein Mangel an gelernten Arbeitern. Viele Maenner wurden so jung zum Militaerdienst einberufen, dass sie heute keinerlei industrielle Erfahrung oder Ausbildung besitzen. Anderen, die die Kriegsjahre in Uniform verbrachten, sind die neuen, technischen Methoden unbekannt. Um den dauernden Bedarf an Facharbeitern decken zu koennen und den Arbeitern zu ermoeeglichen eintraeglichere Arbeiten zu verrichten, arbeiten die ECA Aemter fuer Arbeitsangelegenheiten mit den Gewerkschaften, Unternehmern und Regierungen an der Planung von Berufsausbildungsprojekten.

Um der kommunistischen Propaganda entgegenzuwirken, die den Arbeitern laufend aufgetischt wird, hat die Marshall Plan Verwaltung hervorragende Informationsleute nach Europa geschickt, deren Aufgabe es ist, die Arbeiterschaft ueber die Ziele und Erfolge des Wiederaufbau Programms genau zu unterrichten. Sie berichten von der Hilfe und Unterstuetzung, die die amerikanische Arbeiterschaft diesem Programm zuteil werden laesst. Sie sorgen fuer Redner, Broschueren, Filme und andere Informationsmittel.

Labor Information Bulletin
U.S. Arbeitsministerium
Oktober 1949

INTERAMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTSTAGUNG

Der Exekutiv-Ausschuss des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes (C.I.T.) trat in der Zeit vom 26.-28. Januar 1950 in Havanna (Cuba) zusammen. Er billigte in einer Resolution das Programm zur Industrialisierung Latein-Amerikas, den kontinentalen Agrarplan, den Plan zur Bekaeempfung diktatorischer Tendenzen in Latin-Amerika und eine Resolution, die gegen das Franco Regime in Spanien gerichtet ist.

Der Ausschuss liess sich von der Teilnahme einer Anzahl von C.I.T. Delegierten an der Internationalen Gewerkschaftskonvention im Dezember 1949 in London berichten, wo der Internationale Bund Freier Gewerkschaften gegrundet wurde. Man beschloss, alle dem Interamerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbaende aufzufordern, der neuen internationalen Gewerkschaftsorganisation beizutreten und sich so weit wie moeglich an den Taetigkeiten dieser Organisation zu beteiligen. Was die Gruendung einer regionalen Organisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften fuer die westliche Hemisphaere betrifft, beschloss der Exekutivausschuss, grundsaeztlich an jeder Konferenz teilzunehmen, die von dem Inter-

nationalen Bund Freier Gewerkschaften zu diesem Zweck einberufen wurde.

Nachstehende Einzelheiten ueber die Resolution zur Industrialisierung Latein-Amerikas wurden von dem Exekutivausschuss veroeffentlicht:

Der Exekutivausschuss des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes billigt die Resolution zur Industrialisierung Latein-Amerikas, die von unserem Zweiten Kongress bis zu dieser Konferenz ver- tagt worden war; in Ergaenzung hierzu gibt er folgende Erklaerung ab:

1. Der Interamerikanische Gewerkschaftsbund ist der Auf- fassung, dass zur Foerderung der industriellen Entwicklung in Latein-Amerika auslaendisches Kapital erforderlich ist, um unserer Wirtschaft einen Auftrieb geben zu koennen. Wir haben nichts gegen eine Politik, die Sicherheitsgarantien fuer diese Investitionen vorsieht, aber zu gleicher Zeit sind wir der Ansicht, dass sie die allgemeine Wohlfahrt unserer Laender foerdern, den Lebens- standard der Arbeiter heben und gleichzeitig eine angemessene Sicherheit und den aus der Gewerkschaftsorganisation fuer die Arbeiter entstehenden Nutzen sichern sollte. Nur so kann die arbeitende Klasse eine verantwortliche und konstruktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Nationen spielen.

2. Der Interamerikanische Gewerkschaftsbund fordert die aktive Mitbeteiligung der Gewerkschaftsbewegung an der Formu- lierung einer neuen Wirtschaftspolitik, insbesondere an der Durchfuehrung des Punkt-Vier-Programms Praesident Trumans, das fuer wirtschaftlich und industriell rueckstaendige Laender finan- zielle und wirtschaftliche Hilfe vorsieht. Die Richtigkeit unserer Einstellung ist durch die bejahende Haltung bewiesen, die die Arbeiter dem Marshall Plan gegenueber eingenommen haben.

3. Der Interamerikanische Gewerkschaftsbund wird sich gegen die Staerkung der Privilegien des Kapitals oder gegen die Ent- wicklung gewerkschaftsfeindlicher Politik seitens der Regierungen wenden, auf deren Land sich das internationale Programm zur In- dustrialisierung Latein-Amerikas erstreckt. Wir sind deshalb der Meinung, dass Regierungen, die die Freiheit der arbeitenden Klasse beeintraechtigen, weder technische noch finanzielle Hilfe erhalten duerfen.

4. Der Interamerikanische Gewerkschaftsbund stellt fest, dass Programme zur wirtschaftlichen Unterstuetzung oder Inves- tierung seitens anderer Regierungen oder internationaler Behoerden in Latein-Amerika bisher nicht von der organisierten Arbeiter- schaft unterstuetzt wurden, und wir fordern, dass man sich in Zukunft bei der Durchfuehrung aehnlicher Programme um die ideelle und aktive Beteiligung der Arbeiterorganisationen bemueht.

Inter-American Labor News
Februar 1950

DIE O.E.E.C. UND DIE INTERNATIONALEN FACHABTEILUNGEN

Nachstehender Artikel von M.O. Bolle, dem Sekretaer des Internationalen Gewerkschafts- bundes der Arbeitnehmer des Oeffentlichen Dienstes erschien im Maerz im Monatsbericht dieser Organis ation.

Der Kopenhagener Kongress des Internationalen Gewerkschafts- bundes der Arbeitnehmer des Oeffentlichen Dienstes nahm fast ein-

stimmig bei nur zwei Stimmenthaltungen) eine Resolution zugunsten des Europaeischen Wiederaufbauprogramms an. Damit bekundete er, welche ungeheuren Auswirkungen auf den Lebensstandard der Arbeiter aller an dem Programm beteiligten Laender durch das Wiederaufbau Programm hervorgerufen wurden. Ausserdem wird die Notwendigkeit hervorgehoben, der Gewerkschaftsbewegung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene Gelegenheit zu geben, bei der Durchfuehrung des Programms ihre Meinung geltend zu machen.

Mit Recht hat unser Kongress diesen Punkt besonders betont, denn es besteht keinerlei Zweifel, dass Lohnfragen und Angelegenheiten der sozialen Gesetzgebung mit vielen der Entscheidungen, die von den ERP Organisationen und im besonderen von der Organisation fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas getroffen werden, in Zusammenhang stehen.

Die Frage ist aufgeworfen worden, warum eine Internationale Fachabteilung wie die unsrige zu dem Europaeischen Wiederaufbau Programm Stellung nehmen sollte. Es gibt natuerlich eine eindeutige und ausfuehrliche Antwort auf diese Frage. Erstens besteht nicht der geringste Zweifel, dass die Internationalen Fachabteilungen an den Problemen der allgemeinen Politik tatsaechlich interessiert sind, obwohl sie sich natuerlich eingehender mit Fragen befassen, die den besonderen Berufsinteressen ihrer eigenen Mitglieder naeheliegen. Hierzu bedarf es wohl kaum einer Erklaerung. Eine einzelne, nationale Gewerkschaft nimmt selbstverstaendlich an der allgemeinen Einstellung und Taetigkeit der nationalen Gewerkschaftsvereinigung groessten Anteil, der sie angegliedert ist. Das ist nicht verwunderlich, denn die allgemeine Einstellung und Taetigkeit des nationalen Gewerkschaftszentrums wirkt sich unmittelbar auf die Arbeit der einzelnen Gewerkschaften aus, die sie zum Wohle ihrer eigenen Mitglieder leisten.

Dasselbe Argument trifft auch fuer die internationale Gewerkschaftsbewegung zu. Die Politik und die Taetigkeit einer allgemeinen, internationalen Gewerkschaftsorganisation, wie des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften oder irgendeiner Kombination nationaler Gewerkschaftszentren (wie zum Beispiel die Gewerkschaftsverbaende der Laender der O.E.E.C.) wirken sich unmittelbar auf die Taetigkeiten der Internationalen Fachabteilungen aus.

Ich moechte dies an Hand nur eines Beispieles erlaeutern, das mit dem Europaeischen Wiederaufbau Programm in Zusammenhang steht: Die Organisation fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas hat den gewerkschaftlichen Beratungsausschuss des ERP anerkannt, der von den in Frage kommenden nationalen Zentren gebildet worden war. Dieser Ausschuss hat eine Anzahl Internationaler Fachabteilungen zu Rate gezogen, die ihn in seinen Beziehungen zu den technischen Komitees der O.E.E.C. unterstuetzen sollen. Diese technischen Komitees sind fuer bestimmte Industriezweige zusammengestellt worden, wie zum Beispiel Bergbau, Textilindustrie, Transport und Elektrizitaet. Obwohl das Statut, das der Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Organisation fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas gegeben wurde, noch lange nicht zufriedenstellend ist, bleibt die Tatsache bestehen, dass sowohl die betreffenden, nationalen Zentren, als auch die Internationalen Fachabteilungen der in Frage kommenden Industriezweige an Beratungen teilnehmen, die dem Europaeischen Wiederaufbau Programm gelten, das wiederum direkten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen ihrer Gewerkschaftsmitglieder hat.

Wenn es auch augenblicklich schwierig ist, auf diesem Gebiet Wesentliches zu erreichen, so sind wir doch anerkannt und nehmen an den erwahnten Beratungen teil. Der gewerkschaftliche Beratungsausschuss des ERP ist zur Zeit dabei, genaue Richtlinien bezueglich der europaeischen, wirtschaftlichen Zusammenarbeit auszuarbeiten. Die Internationalen Fachabteilungen sind durch ihr koordinierendes Komitee hinzugezogen worden, um bei der Formulierung dieser Richtlinien mitzuhelfen. Viele von ihnen nehmen ein sehr lebhaftes Interesse an der Arbeit der O.E.E.C. in Bezug auf bestimmte Industriezweige, und sie sind sich bewusst, dass sie der O.E.E.C. wertvolle Hilfe leisten koennen, wenn es sich um diese bestimmten Industriezweige oder um irgendwelche internationalen Vereinbarungen handelt, die die O.E.E.C. in Bezug auf diese Industriezweige treffen moechte. Wir duerfen nicht vergessen, dass die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europaeischen Laender nicht nur eine rein technische Angelegenheit ist - zu ihr gehoeren vielmehr die Lohnfrage, die soziale Gesetzgebung, kurz, sie wirkt sich auf den Lebensstandard der Arbeiter in diesen Industriezweigen aus.

Als ich dieses Problem auf dem Kopenhagener Kongress zur Sprache brachte, fragte man mich, ob es zu rechtfertigen sei, dass die Gewerkschaftsbewegung an dem Europaeischen Wiederaufbau Programm interessiert ist und sich an seiner Durchfuehrung beteiligt. Meine Antwort war "Ja". Ich erklaerte in diesem Zusammenhang unter anderem:

"Das Europaeische Wiederaufbau Programm soll den Interessen der gesamten Bevoelkerung der daran beteiligten Laender dienen. Alle Schichten der Bevoelkerung muessen sich deshalb fuer dieses Programm interessieren. Sie sind fuer sein Gelingen, aber auch fuer sein Misslingen verantwortlich. Die meisten Schichten der Bevoelkerung dieser Laender koennen ihr aktives Interesse durch ihre sie vertretenden Organisationen unter Beweis stellen; sie koennen sich konstruktiv an der Loesung aller bestehenden Probleme beteiligen, indem sie sich zu diesem Zweck ihrer Organisationen bedienen oder, wenn noetig, sie fuer diesen Zweck einsetzen, und indem sie die notwendigen Koerperschaften gruenden, die ihren Bemuehungen auf diesem Gebiet praktische Wirksamkeit verleihen koennen. "Alle verantwortungsbewussten und ehrlichen Gewerkschaftsbewegungen der an dem Programm beteiligten Laender haben sich nun dieser Verantwortung unterzogen - und ich moechte fast sagen, sie haben es mit grossem Eifer getan. Denn sie wissen, dass sie mehr als jede andere Organisation in der Gemeinschaft fuer die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der vielen Millionen Maenner, Frauen und Kindern verantwortlich sind, deren Leben und Zufriedenheit von der Verbesserung und Stabilisierung der Wirtschaften ihrer Laender abhaengt. Die Gewerkschaftsbewegung wuerde sich in der Tat einer grossen Verpflichtung entziehen und wenig Verstaendnis fuer ihre Aufgaben und Verantwortlichkeiten zeigen, wenn sie nicht die enormen Moeglichkeiten wahrnehmen wuerde, die das Europaeische Wiederaufbau Programm bietet --- Moeglichkeiten, die zerrueteteten Wirtschaften der Laender wieder aufzubauen, die so sehr unter der grausamen nationalsozialistischen und faschistischen Aggression und den verheerenden Folgen von fuenf Kriegsjahren und feindlicher Besatzung gelitten haben."

Unsere Aufgabe ist folgende: Wir muessen unseren Mitgliedern klarmachen, was das Europaeische Wiederaufbau Programm fuer sie bedeutet und zwar an Hand von Angaben ueber Brot, Butter und Bekleidung und soziale und wirtschaftliche Sicherheit; ausserdem, welche Bedeutung es fuer die Zukunft ihrer Kinder hat. Wir muessen sie davon ueberzeugen, dass dieses Programm der einzige Weg zu einem dauerhaften, wirtschaftlichen Wiederaufbau in allen in Frage kommenden Laender ist. Das Wort "dauerhaft" ist dabei zu betonen, denn es handelt sich nicht nur darum, das wirtschaftliche und soziale Elend voruebergehend zu beheben, das heisst Atem schoepfen zu koennen, bevor das naechste Unglueck ueber uns hereinbricht. Was wir benoetigen, ist ein stabiler Lebensstandard auf der Grundlage einer gut organisierten europaeischen Gemeinschaft, auf der wir ein sicheres Sozialsystem und die Existenzsicherheit fuer Alle aufbauen koennen.

Wir haben gehoert, dass man das Europaeische Hilfsprogramm und die Bejahung desselben seitens der Gewerkschaftsbewegung kritisiert hat. Wir wissen natuerlich, dass durch dieses Programm unsere wirtschaftliche Schwierigkeiten bisher noch nicht restlos beseitigt werden konnten. Es bleibt noch viel zu tun, und Gefahren und Ungewissheiten bestehen noch, die ueberwunden werden muessen. Ueber eine Tatsache koennen wir uns jedoch vollkommen klar sein: der Strom von Nahrungsmitteln, Rohmaterialien und technischen Ausruestungen nach Europa hat viele Laender des Westens vor dem voelligen wirtschaftlichen und politischen Chaos bewahrt. Noch etwas anderes muessen wir uns vor Augen halten: kein anderes Land der Erde als die Vereinigten Staaten von Amerika haette diesen Laendern nur einen Bruchteil dessen liefern koennen, was sie benoetigen, um ein Chaos zu verhueten.

Der Kernpunkt ist folgender: fast ausschliesslich durch amerikanische Hilfe und durch das Europaeische Wiederaufbau Programm ist Westeuropa vor Elend und Chaos bewahrt worden. Diejenigen, die sich dem ERP widersetzen und es auch noch tun, waren niemals in der Lage, einen befriedigenden Ersatz fuer die amerikanische Hilfe in Vorschlag zu bringen.

Eine Ablehnung der amerikanischen Hilfe und des Europaeischen Wiederaufbauprogramms, ohne zu gleicher Zeit einen annehmbaren Gegenvorschlag zu machen, haette in vielen Laendern bedeutet, dass man sich bewusst mit Elend und Chaos abfindet.

Wir gehoeren nicht zu jenen, die glauben, dass Elend und Chaos eine Grundlage bilden, auf der eine glueckliche Gemeinschaft aufgebaut werden kann.

ECA Labor Information
25. Maerz 1950

GROSSZUEGIGES WOHLFAHRTSPROGRAMM DER AFL GEWERKSCHAFT DER KRAFTFAHRER

(Chikago) -- Das groesste und umfassendste, von Unternehmern finanzierte Wohlfahrtsprogramm, das je im Kraftwagen-Transportgewerbe zustandekam, wurde am 5. Maerz von dem Zentralverband der Kraftfahrer (Central States Drivers Council) und dem Suedlichen Bezirksverband dieser Gewerkschaft (Southern Conference of Teamsters) unterzeichnet. Die New Yorker Unfallversicherungsgesellschaft "Union Casualty Co." wird fuer die Durchfuehrung der Krankheits- und Krankenhausbestimmungen des Vertrages als verantwortlich

zeichnen. Das in dem Vertrag enthaltene Lebensversicherungsprogramm ist der Versicherungsgesellschaft "United States Insurance Co." zur Ausfuehrung uebertragen worden. Sie wird jedem Mitglied einen Versicherungsvertrag ueber 2.000 Dollar aushaendigen.

Ueber 30.000 Gewerkschaftsmitglieder aus 18 Staaten werden von dem Programm erfasst werden, in dem Unterstuetzungen fuer Krankheit, Unfall, Krankenhausaufenthalt, aertzliche Behandlung und eine Lebensversicherung vorgesehen sind. Man plant gegenwaertig, den Vertrag auch auf die uebrigen Mitglieder des Central States Drivers Council auszudehnen. Im ganzen sollen mehr als 100.000 Kraftfahrer in den Genuss dieses Programms kommen.

Die Gesamtpraemie des ersten Jahres wird sich auf ueber 1.500.000 Dollar belaufen, die ausschliesslich von den Unternehmern in einen Wohlfahrtsfonds gezahlt werden. Der Satz betraegt 1 Dollar pro Woche fuer jedes Mitglied. Dieser Fonds wird von dem Zentralverband der Kraftfahrer (Central States Drivers Council) verwaltet werden.

Dreissig der bedeutendsten Versicherungsgesellschaften des Landes wurden von dem Zentralverband um ihr Angebot gebeten, und schliesslich entschied man sich nach eingehenden Beratungen, Studien und Pruefungen fuer "Union Casualty Co." und die "United States Insurance Co."

Die Vertragsbestimmungen bezueglich Krankheit, und Unfall, die zwei Jahre Gueltigkeit haben, wurden von A. F. Hudson, dem Exekutivsekretaer des Zentralverbandes der Kraftfahrer, und von William Smith und Dr. Leo Perlman, dem Finanzsekretaer bzw. Vizepraesidenten der "Union Casualty Co." unterzeichnet. Man erwartet, dass dieser Vertrag als der umfassendste, der je im Kraftwagen-Transportgewerbe abgeschlossen wurde, ueber 400.000 Kraftfahrern in den Vereinigten Staaten als Musterbeispiel dienen wird.

Etwas frueher in der gleichen Woche war fuer die in der Getraenkeverteilung beschaeftigten Fahrer ein aehnlicher Vertrag abgeschlossen worden, in dem eine Lebensversicherung, Unterstuetzungen bei Arbeitsunfaehigkeit, Krankenhausaufenthalt und aertzlicher Behandlung vorgesehen sind. Die fuer dieses Programm erforderlichen Ausgaben werden auf 50.000 Dollar geschaezt. Es stellt zusammen mit dem Vertrag des Central States Drivers Council einen wesentlichen Erfolg in den Bemuehungen der Gewerkschaft der Fahrer um Wohlfahrtsunterstuetzungen fuer schaeztungsweise eine Million Mitglieder im ganzen Lande dar.

American Federation of Labor
Weekly News Service
21. Maerz 1950

FRANZOESISCHE GEWERKSCHAFTEN DRAENGEN AUF WOHNUNGSBAU

Der Franzoesische, Christliche Gewerkschaftsbund (Confederation des Travailleurs Chretiens) hat die franzoesische Regierung aufgefordert, den dringend notwendigen Wohnungsbau einzuleiten.

Als Auftakt seiner Kampagne zur Foerderung des Wohnungsbaus zeigte der C.F.T.C. kuerzlich in Paris zwei Wochen lang eine Ausstellung, die die kritische Wohnraumlage des franzoesischen

Volkes in ansehnlicher Weise darstellte.

Den Eröffnungsfeierlichkeiten der Ausstellung wohnten der französische Premierminister Bidault und Barry Bingham, Chef der ECA Sondermission in Frankreich, bei. Ferner waren anwesend: Boris Shishkin, Direktor der Abteilung fuer Arbeit im Amt des Sonderbeauftragten der Vereinigten Staaten in Europa, und Ken Douty und Al Desser, die amerikanischen Gewerkschaftsvertreter im französischen Missionsstab der ECA.

Als Sprecher der amerikanischen Gewerkschaftsgruppe sprach Shishkin dem C.F.T.C. seine Anerkennung dafuer aus, dass er sich an fuehrender Stelle fuer die Loesung des Wohnraumproblems einsetze. Er wies darauf hin, dass die amerikanischen Gewerkschaften durch aehnliche Bemuehungen viel zu einem beschleunigten Wohnungsbauprogramm in Amerika beigetragen haetten.

Gleichzeitig gab der C.F.T.C., der 750.000 französische Arbeiter vertritt, eine detaillierte "Charta" fuer ein Wohnungsbauprogramm in Frankreich bekannt. Er forderte, um das Wohnraumproblem loesen zu koennen, "einen jaehrlichen Staatszuschuss, Geldmittel aus den Marshall Plan Gegenwertfonds und Unterstuetzungsgelder aus den Gemeinde- und Departementskassen."

Die Gewerkschaft zeigte an Hand offizieller, statistischer Angaben, dass Frankreich mehr als drei Millionen Wohnungen benoetigt, um die durch Kriegseinwirkung beschaedigten, verfallenen oder ungesunden Wohnbauten ersetzen und uebervoelkerte Stadtgebiete auflockern und Fluechtlings Wohnungen verschaffen zu koennen.

Das Ziel dieses Programms soll dem C.F.T.C. zufolge die Erstellung von 20.000 Wohnungen pro Monat sein. Die Gewerkschaft versicherte, dass es nach ihrem Plan moeglich sei, dieses Ziel zu erreichen. Schaetzungen des französischen Wiederaufbauministeriums zufolge sieht man in den gegenwaertigen Plaenen der Regierung den Bau von 60.000 bis 70.000 Haeusern im Jahre 1950 vor. Seit 1947 sind in Frankreich insgesamt 74.000 neue Wohnungen erstellt worden.

Nach dem Plan des C.F.C.T. waere der Minister fuer Wiederaufbau und Wohnungsbau fuer die Leitung des Wohnungsbauprogramms allgemein verantwortlich. Die Gewerkschaft schlaegt die Schaffung eines obersten Wohnungsbauausschusses zur Unterstuetzung des Ministers und die Gruendung von zwei getrennten Zentralorganisationen vor: eine Zentralbank fuer Wohnungsbau und einen Nationalfonds zur Foerderung des Wohnungsbaus. Der C.F.T.C. beabsichtigt, seine Vorschlaege der Nationalversammlung zur gesetzlichen Genehmigung zu unterbreiten.

ECA Labor Information
20. Februar 1950

HOLLAENDISCHE GEWERKSCHAFTSFUEHRER SPRECHEN SICH ANERKENNEND UEBER DEN CIO AUS

Eine Gruppe hollaendischer Gewerkschaftsfuehrer besuchte die Vereinigten Staaten und war tief beeindruckt von der Macht und Staerke des CIO, seiner gut funktionierenden, inneren Organisation und seiner weitsichtigen Einstellung zur Sozialreform. Dies kommt in einem Artikel von H. Ponsen zum Ausdruck, der unlaengst in

"Het Frije Volk" (Das Freie Volk), dem offiziellen Tagesorgan des Hollaendischen, Sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes, erschienen war. Ponsen hatte als Mitglied der oben erwaehten Delegation an dem Besuch in Amerika teilgenommen. Er spricht in seinem Bericht von dem "enormen Einfluss" der organisierten Arbeiterschaft auf das soziale und wirtschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten. Er weist darauf hin, dass sich das Anwachsen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung von drei Millionen Mitgliedern im Jahre 1930 auf mehr als 15 Millionen innerhalb von 20 Jahren nachhaltig auf die Entwicklung der Innen- und Aussenpolitik der Vereinigten Staaten ausgewirkt hat.

Mr. Ponsen besuchte mit 12 anderen hollaendischen Gewerkschaftlern die Vereinigten Staaten, um einen Monat lang amerikanische Produktivitaetsmethoden und Arbeitnehmer- Arbeitgeber-Beziehungen zu studieren. Diese Reise fand auf Veranlassung der hollaendischen Regierung und der ECA statt. In dem Artikel wird von einem Besuch bei Herman Mullins berichtet, der Funktionaer einer CIO-Lokalgewerkschaft der Textilarbeiter in Knexville (Tennessee) ist. Fuer die hollaendischen Gewerkschaftler stellte Mullins die "Personifizierung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung" dar, besonders deshalb, weil er wie der Schreiber feststellt, nicht einer der "grossen" Fuehrer in den nationalen Vorstanden war. Mullins Geschichte von seinen Kaempfen, um die 1.500 Arbeiter in seiner Textilfabrik organisieren zu koennen, und sein endgueltiger Erfolg, fuer seine Gewerkschaft das Recht der Mitbestimmung erringen zu koennen, war fuer die Besucher ein leuchtendes Beispiel fuer die "dynamische Energie und den Machtgewinn des noch jungen CIO."

In dem Artikel heisst es weiter, dass die hollaendischen Gewerkschaftsfuehrer auch von der umfassenden Forschungstaetigkeit des CIO sowohl in den nationalen Vorstaenden als auch innerhalb der angeschlossenen Gewerkschaften beeindruckt gewesen seien. Erwaeht wurden weiterhin die wertvollen Dienste, die ein Riesenaufgebot an Wirtschaftlern, Rechtsvertretern, Technikern und Politikern den Gewerkschaftsfuehrern leisten, und die Unterweisung der gesamten Mitgliederschaft in grundlegenden Wirtschaftsfragen. Der Artikel spricht mit Anerkennung von dem "ehrlichen Versuch der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, das Negerproblem zu loesen" und billigt die Politik des CIO, die auf Foerderung der Prosperitaet durch ein umfassendes Programm der Sozialgesetzgebung gerichtet ist.

Bezugnehmend auf das immerwaeerende Problem der Vereinigung der bedeutendsten amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen, berichtet der Schreiber, dass sowohl ein grosser Teil der Gewerkschaftsmitglieder als auch der Funktionaere eine Zusammenschliesseung aller Gewerkschaften in einem grossen Bund befuerworteten.

ECA Labor Information
16. Maerz 1950

Office of Labor Affairs, HICOG,
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 6

Frankfurt, 14. April 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| 200.000 Arbeitsplaetze fuer italienische Arbeiter der Schuh- und Lederindustrie durch den Marshall Plan | 1 |
| Der Londoner Kongress - - - - - | 2 |
| CIO's "Wendung nach der Rechten": Ein Maerchen - - - | 5 |
| Noch immer keine Reform des deutschen Beamtenystems | 7 |
| ECA foerdert Berufsausbildung in Europa - - - - - | 9 |
| Ein Weltplan zur Verhuetung der Arbeitslosigkeit - - | 10 |

200.000 ARBEITSPLAETZE FUER ITALIENISCHE ARBEITER DER SCHUH- UND LEDERINDUSTRIE DURCH DEN MARSHALL PLAN

Mit Hilfe der finanziellen Unterstuetzung durch die Vereinigten Staaten und die Marshall Plan Verwaltung werden nahezu 200.000 Arbeiter in italienischen Schuhfabriken und Gerbereien ihren Arbeitsplatz beibehalten und 700.000 Paar Schuhe fuer hilfsbeduerftige italienische Kinder herstellen koennen.

Dieses Projekt wird die Beschaeftigung in den Schuh- und Lederindustrien sicherstellen, die augenblicklich von konjunktureller Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Aus dem Internationalen Fonds fuer notleidende Kinder wurde Italien Leder fuer die Herstellung von Schuhen im Gesamtwerte von 500.000 Dollar zur Verfuegung gestellt. Zum Gerben des Leders und zur Herstellung der Schuhe wurden 685 Millionen Lire (1 Million Dollar) aus dem Marshall Plan Gegenwert Fonds Italiens aufgebracht.

Die erste Sendung von 40.000 Paar Schuhen gelangte waehrend der Osterferien zur Verteilung.

ECA Labor Information
20. Februar 1950

Mit den Augen eines Amerikaners:

DER LONDONER KONGRESS

Von Jay Lovestone.

Jay Lovestone, der Exekutivsekretär des AFL-Komitees der Freien Gewerkschaften, war Sekretär der Delegation der AFL auf der Gründungskonferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in London. Wir geben nachstehend seinen Bericht wieder, der am 1. Januar 1950 in "Justice", dem Organ der Internationalen Gewerkschaft der Damenbekleidungsarbeiter (AFL), veröffentlicht worden war.

- - - - -

Nahezu 300 Delegierte als Vertreter von 59 nationalen Gewerkschaftszentren und anderen nationalen Gewerkschaftsorganisationen in 53 Ländern kamen vom 28. November bis 9. Dezember 1949 in der berühmten County Hall in London zusammen, um den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften zu gründen. Diese Versammlung von Männern und Frauen, die im Zeichen des Kampfes und des Fortschritts der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt stand, hat in der Tat Geschichte gemacht. Die Vereinigung der freien Gewerkschaften der Welt stellt mehr als einen Abschnitt in den Annalen der Gewerkschaftsbewegung dar. Sie symbolisiert und dramatisiert die Notwendigkeit, sich auf die Schaffung einer lebenswichtigen Macht mit ausgedehnten Möglichkeiten zu konzentrieren, die eine entscheidende Rolle in einer friedlichen und menschlichen Lösung der schweren Krise spielen könnte, die die Menschheit jetzt durchzumachen hat.

In geschichtlich bedeutungsvollen, internationalen Versammlungen dieser Art herrscht so etwas wie eine "Weltatmosphäre". Alles erscheint wie in einem aufregenden Schauspiel, - dramatisch angesichts der zu einem Ganzen vereinten Masse, die doch jedem Einzelnen soviel freie Hand lässt, dass er seinen individuellen Beitrag zum Ganzen leisten kann.

Die Vorbereitungen zu dieser Konferenz liegen Jahre zurück - Jahre des Überlegens, Planens, der Arbeit und des Kampfes für Männer und Frauen, die ihre feste Überzeugung und das tiefe Vertrauen in die Sache der Gewerkschaften und des Friedens nicht aufgegeben haben. Und nun kam die langerwartete Stunde - die Eröffnung der Konferenz.

Die christlichen Gewerkschaften

Nachdem die Eröffnungsformalitäten beendet waren, nahmen die Vertreter der demokratischen Gewerkschaften ihre schwierigen, umstrittenen Probleme in Angriff. Der erste Antrag wurde von David Dubinsky, dem Präsidenten der Internationalen Gewerkschaft der Damenbekleidungsarbeiter, im Namen der vereinten AFL- und CIO-Delegationen eingebracht. Die Zusammenarbeit war hervorragend. In diesem Antrag handelte es sich um das Verhältnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und der freien Weltgewerkschaftsorganisation, die formell gegründet werden sollte. Es war dies jedoch kein formelles Problem, dem die Delegationen gegenübergestellt worden waren. Viele andere Fragen waren damit verknüpft. Bis zu diesem Zeitpunkt waren lediglich die französischen, christlichen Gewerkschaften von der Vorbereitenden Kommission zu der Konferenz eingeladen worden. Einwände waren erhoben worden, und deshalb lud man nicht die anderen christlichen Gewerkschaften, wie diejenigen Belgiens und Hollands, zur Teilnahme ein.

Die Konferenz waere unter einem falschen Vorzeichen begonnen worden, wenn gleich zu Anfang Uneinigkeit in dieser Frage geherrscht haette. Auch konnte man in diesem Augenblick nicht ausweichen. Nicht nur ein Zusammenprall der Beteiligten musste vermieden, sondern auch eine vernuenftige und gerechte Loesung gefunden werden. Und was noch mehr bedeutet, diese Loesung musste fuer Alle tragbar sein, denn es handelte sich hier um eine freiwillige Versammlung und nicht etwa um eine von einer totalitaeren, imperialistischen Grossmacht fuer ihre Zwecke einberufene Tagung. Die Hauptaufgabe bestand darin, dem Zank und Streit ein Ende zu machen, der aus laengst ueberlebten Verhaeltnissen stammte. Um der neuen Situation mit ihren neuen Problemen Herr werden zu koennen, mussten wir dem im Entstehen begriffenen neuen Weltbund freier Gewerkschaften auf breitester Basis die groesstmoeegliche Unterstuetzung Aller zuteil werden lassen. Einige Delegationen mussten einen hohen Preis hierfuer zahlen. Seither bestehende Vorurteile, Verdaechtigungen und Zustaendigkeitsstreitigkeiten - all das musste geklaert werden, denn die Aussoehnung und Zusammenarbeit auf der Basis der praktischen Gegenwart hatte an erster Stelle zu stehen.

In diesem Geiste und mit diesem Ziel im Auge schlug Dubinsky, unterstuetzt vom CIO, Sondermassnahmen vor, die die Konferenz zu schnellem Handeln veranlassen sollten. In einer oeffentlichen Sitzung wurde in einer schnell getroffenen Vereinbarung mit dem Britischen Gewerkschaftsbund festgelegt, wie verfahren werden sollte. Der Mandatskommission wurden zwei Tage Zeit gegeben, um dies als erste Frage zu behandeln und ihren Bericht darueber der gesamten Konferenz vorzulegen.

Letztere beschloss daraufhin einstimmig, die anderen christlichen Gewerkschaftsorganisationen zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen. Ausserdem wurde ihnen das Recht zugesprochen, sich dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften anzuschliessen, vorausgesetzt, dass sie innerhalb der naechsten zwei Jahre - das waere bis zum naechsten Kongress - ihre Mitgliedschaft beim Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften aufgeben. Nach diesem Zeitpunkt kann also keine nationale Gewerkschaft ihre Mitgliedschaft bei zwei internationalen Verbaenden aufrechterhalten. Dieser Beschluss wurde von dem bekannten, italienischen Gewerkschaftsfuehrer, Giulio Pastore, und von Gaston Tessier und M. Bouladoux, den Delegierten des franzoesischen, christlichen Gewerkschaftsbundes, gutgeheissen. Auch sozialistisch gesinnte Gewerkschaftler, wie der Belgier Louis Major und andere Delegierte aehnlicher politischer Einstellung aus der Schweiz und Holland zeigten sich mit dieser Loesung einverstanden.

Das gemeinschaftliche Vorgehen und die dynamische und konstruktive Initiative der AFL- und CIO-Delegationen gaben den Sitzungen ihr besonderes Gepraege. In vielen Kreisen hatte man sich gefragt, wie AFL und CIO in London wohl miteinander auskommen wuerden. Die AFL war der entschlossenste Gegner des Moskauer Weltgewerkschaftsbundes gewesen und war zweifellos die treibende Kraft in der Trennung der demokratischen Gewerkschaften von dieser Kreml-Behoerde.

Die Einigkeit der amerikanischen Gewerkschaftsdelegationen war eine Quelle, aus der nicht nur die Vertreter der verhaeltnismaessig juengeren und schwaecheren Gewerkschaften in Asien und Afrika Anregung und grosse Ermutigung schoepften. Diese kraftvolle, amerikanische Einheit - die auch noch von dem Delegierten der Vereinigten Bergarbeiter unterstuetzt wurde - gab den erfahreneren und festgefuegten Gewerkschaften Westeuropas den festen

Glauben an den Fortbestand der fuehrenden entscheidenden Rolle, die die amerikanischen Gewerkschaften in der demokratischen, internationalen Gewerkschaftsbewegung zu spielen haben. Wir durften nicht mehr Beteiligte oder Aussenstehende, - voruebergehende sozusagen - nicht blosse Beitragszahler und im besten Falle passive Teilnehmer sein. In den Augen des Kongresses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften hatte die amerikanische Gewerkschaftsbewegung schliesslich den hoechsten Grad an Verantwortlichkeit und Autoritaet im Geltungsbereich der Weltgewerkschaftsbewegung erreicht.

Das lebhafteste Interesse und die begeisterteste Aufnahme, die die Rede des Praesidenten der AFL, William Green, fand, gaben hierfuer den besten Beweis. Seine Erklaerung war in vielen Beziehungen die umfassendste, uebersichtlichste und positivste Richtlinienggebung der gesamten Versammlung. Ein ins Einzelne gehender Bericht ueber die wirtschaftliche Lage Amerikas, fuer die sehr grosses Interesse besteht, war in seinen Ausfuehrungen enthalten. Greens Worte waren aufrichtig und zuversichtlich. Er zeigte der Gewerkschaftsbewegung einen Weg zum Fortschritt, in dem sich nicht fruchtlose Schwaetzerereien und sinnverwirrende Phrasen der toten Vergangenheit als Hindernisse in den Weg stellten. Er sagte der totalitaeren Tyrannei direkt den Kampf an und zeigte an Hand eines bestimmten Programms, wie sich die arbeitenden Menschen aller Laender verhalten muessen, um die Menschheit von der Furcht vor der Tyrannei, der Armut und dem Kriege und deren schrecklichen Folgen befreien zu koennen.

Einmuetigkeit statt Einheitlichkeit

Die Verfassung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und die Festlegung der Grundziele wurden ausfuehrlich besprochen. Den Problemen der regionalen Organisation und der Beziehungen zu den internationalen Fachabteilungen wurde besondere Beachtung geschenkt. Diese Debatten waren von Erfolg gekroent. Die in Vorschlag gebrachten Resolutionen wurden einstimmig angenommen, und es herrschte eine echte, tiefverwurzelte Einmuetigkeit. Diese darf nicht mit der Einheitlichkeit verwechselt werden, die fuer alle totalitaeren Organisationen und Bewegungen charakteristisch ist. Natuerlich gab es auch Meinungsverschiedenheiten. Diese wurden jedoch auf wahrhaft demokratische Weise beseitigt. Es war eine Konvention gleichgesinnter Vertreter der freien Gewerkschaften. Im Gegensatz zu dem Gruendungskongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes vor vier Jahren in der gleichen Halle handelte es sich hier um einen Kongress der Gewerkschaften und nicht um eine Ansammlung fremdartiger Elemente mit grundverschiedenen Meinungen, Ideen und Interessen, die durch den Gang der Ereignisse und durch machiavellistische Intrigen fuer eine gewisse Zeit zusammengeworfen waren.

Als zum Beispiel die Sitzung begann, war allgemein bekannt, dass beträchtliche Meinungsverschiedenheiten zu der Frage, wo der Sitz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften sein sollte, zu erwarten waren. Unsere Kollegen vom Britischen Gewerkschaftsbund - mit nicht geringer Unterstuetzung seitens anderer Delegationen - behaupteten nachdruecklich und halsstarrig ihren Standpunkt. Niemand konnte ihnen widerlegen, dass London wirklich ein Weltzentrum ist. Auch konnte nicht ernsthaft bezweifelt werden, dass die Macht und Erfahrung des Britischen Gewerkschaftsbundes T.U.C. dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften eine wirkliche Stuetze waeren; besonders solange diese Organisation noch in ihren Kinderschuhen steckt.

Die amerikanischen Gewerkschaftsverbände AFL und CIO, die Delegationen der kanadischen Verbände und eine ganze Anzahl anderer Delegierter aus anderen Teilen der Welt warfen jedoch ein, dass die Erfahrungen mit dem alten Internationalen Weltgewerkschaftsbund und besonders mit dem Weltgewerkschaftsbund gelehrt hätten, dass man vor allem organisatorische oder politikbestimmende Massnahmen vermeiden müsse, die zugunsten von Machtgelüsten und Beherrschungsbestrebungen grosser Organisationen in der neuen Gewerkschaftsinternationale ausgelegt werden oder auch zu diesen Uebeln führen könnten. Die Amerikaner hatten erst Paris zum Hauptquartier vorgeschlagen. Wir wünschten, dem Weltgewerkschaftsbund in direktem Konflikt die Stirne zu bieten und diese fünfte Kolonne des imperialistischen Russlands zu bekämpfen. Die endgültige, einstimmige Wahl Brüssels zum Hauptquartier befriedigte nicht nur die Amerikaner, sondern insbesondere die Delegationen der kleineren Länder und Kolonien.

Eine mächtige, repräsentative, internationale Führerschaft wurde von dem Kongress gewählt. Es ist bezeichnend, dass die durch den letzten Krieg hervorgerufenen Gegensechaften bei der Zusammensetzung dieser mächtigen Körperschaft keine Rolle spielten. Eine besonders willkommene Entwicklung stellt die Beteiligung der freien Gewerkschaften aus Afrika und dem Fernen und Mittleren Osten an der exekutiven Führung dar.

Abschliessend seien die bewegenden Worte wiedergegeben, die Präsident Green zu Beendigung der Konferenz an die Versammelten richtete:

"Wir haben auf diesem historischen Kongress ein Gebäude errichtet, in dem die Gewerkschaften der ganzen Welt zusammenleben und zusammenarbeiten können, um die Lebensbedingungen aller Arbeiter der Welt zu verbessern."

International Free Trade Union News
Februar 1950

CIO's "WENDUNG NACH DER RECHTEN": EIN MAERCHEN

Von Allan L. Swim

Wir veröffentlichen den nachstehenden Leitartikel des offiziellen CIO Organs, weil er Einwände widerlegt, die auch von deutschen Kommunisten wiederholt erhoben worden sind.

Die Schriftleitung.

- - - -

Zweck dieser Abhandlung ist es, mitzuhelfen, das Märchen von "einer endgültigen Wendung des CIO nach der Rechten" zu widerlegen.

Dieses Märchen war in der Hitze des Gefechtes und der Verwirrung entstanden, die Begleiterscheinungen des Feldzuges des CIO zur Säuberung oder Ausstossung kommunistisch beherrschter Gewerkschaften waren. Die Kommunisten hatten natürlich alles Mögliche zur Verbreitung des Gedankens getan, dass sich der CIO nicht nur dem Konservatismus zuneige, sondern auch mit der Reaktion herzliche Freundschaft geschlossen habe, Zeitungsschreiber, die den CIO gerne weniger aktiv sehen mochten, haben ihrer Be-

geisterung freien Lauf gelassen, und von einer "Wendung nach der Rechten" geschrieben. Diese "Wendung" war ein Frontmachen gegen den Kommunismus, aber keine Neigung zur Reaktion.

Die einzige, bemerkbare Veraenderung der Politik des CIO waehrend der vergangenen Jahre besteht darin, dass er seine Toleranz den Kommunisten gegenueber aufgegeben hat. Und das kam nur deshalb, weil die Roten versuchten, den CIO den Befehlen der russischen Regierung gefuegig zu machen - Befehle, die die Zerstoeerung der Vereinigten Staaten zum Ziele hatten. Es war in der Tat kein Umschwung nach der Rechten, denn die Kommunisten sind in vielen Beziehungen ebenso reaktionaeer wie die "Chikago Tribune (Reaktionaeere Chikagoer Zeitung). Ueberzeugen wir uns an Hand von Tatsachen und Berichten, welche Richtung der CIO bisher eingeschlagen hat. Die Organisation unterstuetzte staerkstens Praesident Roosevelt und sein New Deal Programm. (Die Kommunisten waren sowohl fuer als auch gegen Roosevelt, entsprechend der jeweiligen Einstellung ihrer Partei). Der CIO befuerwortete ausserdem das Fair Deal Programm Praesident Trumans, welches in mancherlei Hinsicht mehr als das New Deal nach der "Linken" neigt.

Im Verlauf des vergangenen Jahres beteiligten sich die Stahlarbeiter und andere CIO Gewerkschaften massgeblich an dem Kampf fuer verbesserte soziale Sicherheit. Augenblicklich betaetigt sich die Organisation mit zunehmender Aktivitaet an einem politischen Aktionsfeldzug, der den Liberalen in den Kongresswahlen dieses Jahr zu mehr Stimmen verhelfen soll. An dem Beschluss des CIO, das verhasste Taft-Hartley Gesetz ausser Kraft zu setzen, hat sich nicht das Geringste geaendert. Mit gesteigertem Nachdruck setzt sich der CIO fuer eine Verbesserung der buergerlichen Rechte ein. Eine ihrer Hauptaufgaben sieht die Organisation in der Beseitigung der Wohnungsnot durch Foerderung des Wohnungsbaus fuer Empfaenger niedriger und mittlerer Einkommen und durch die Fortsetzung der Mietkontrolle. Der Kampf gegen die wachsende Monopolkontrolle seitens des "Big Business" ist ununterbrochen weitergefuehrt worden. Die Unternehmer, die mit CIO-Ausschuessen Verhandlungen gefuehrt haben, haben erkannt, dass die Aktivitaet dieser Organisation, die die Kommunisten faelschlicherweise fuer sich beanspruchen moechten, alles andere als tot ist.

Wenn die Kommunisten in aussenpolitischen Angelegenheiten die "Linke" vertreten, dann hat sich der CIO der "Rechten" zugewandt. Dies ist jedoch eine seltsame "Rechte". Der CIO hat eine Politik verfolgt, deren Ziel die wirtschaftliche Gesundung der Voelker der Welt und die Errichtung einer wahren Demokratie in jedem Lande ist. Er hat sich den totalitaeren Machtgeluesten und der Idee widersetzt, dass sich das Volk dem Polizeistaat unterwerfen muesse. Er kaempft gegen die Versuche der Kommunisten an, die Gewerkschaften zu unterwuerfigen Dienern des Staates zu machen. Der CIO steht hinter dem Europaeischen Wiederaufbau Programm und den Plaenen Praesident Trumans zur Versorgung der "rueckstaendigen" Nationen mit technischer und anderer Hilfe. Er hat gegen die Anerkennung Spaniens und die zunehmende Macht diktatorischer Regimes der aeussersten Rechten jenseits des Rio Grande gekaempft.

Um es unverbluemt zu sagen, Geruechte ueber unsere "Wendung nach der Rechten" sind vollkommener Unsinn. Vielleicht sind einige nutzlose, linksgerichtete Anhaengsel inzwischen verschwunden. Unsere Organisation wendet nicht die politische Streiklinie an. Und verantwortungsbewusste CIO Fuehrer werden weder auf-ruehrliche Tumulte inszenieren, noch Gewalt anwenden, um auf diese

Weise zu demonstrieren, dass das arme Proletariat von den Kapitalisten zertreten wird. Selbstverstaendlich ist der CIO im Verhaeltnis zu frueher gereifter. Er hat gelernt, dass man sich keiner Aufgabe entledigt, indem man viel Laerm schlaegt. Aber er hat deshalb noch lange nicht nach rechts umgeschwenkt. Sein Platz ist immer noch links von der Mitte, aber nicht an der aeussersten Linken. Und das ist wohl der richtige Platz fuer eine Arbeiterorganisation.

"The CIO News"
6. Maerz 1950

NOCH IMMER KEINE REFORM DES DEUTSCHEN BEAMTENSYSTEMS

Von Joseph Mire, Volkswirtschaftler in der U.S. Gewerkschaft der Angestellten des Oeffentlichen Dienstes.

- - - - -

(Nachstehender Artikel handelt von dem deutschen Beamtentum und seinem Einfluss auf die demokratische Entwicklung in Deutschland. Der Verfasser ist Volkswirtschaftler im Dienste der Gewerkschaften. Frueher war er Berater der Militaerregierung.)

- - - - -

Im Jahre 1935 veroeffentlichte ein gewisser Dr. Hans Globke in Muenchen einen Kommentar zu den neuen deutschen Rassengesetzen. "Diese Gesetze", erklarte Dr. Globke zustimmend, "sind eine Abkehr von der liberalistischen Idee der Gleichheit der menschlichen Wesen.... Eine Nation kann nur gedeihen, wenn die Fuehrung ihrer Elite anvertraut ist.... Nur diejenigen, die deutschen Blutes sind, koennen Buerger sein." Fuer die ungluecklichen Opfer der deutschen Rassengesetzgebung fand Dr. Globke die folgenden, trostreichen Worte: "Sie haetten in der Wahl ihrer Eltern vorsichtiger sein sollen!"

Heute ist dieser gleiche Dr. Globke Leiter des Personalamtes der westdeutschen Regierung und Verfasser des neuen deutschen Beamtengesetzes, mit dem sich nun das deutsche Parlament beschaefigt. Das neue Gesetz und sein Verfasser beweisen, dass es uns nicht gelungen ist, das deutsche Beamtensystem zu reformieren und es von Nazi Anhaengern wirksam zu saubern.

* * * * *

Das deutsche Beamtentum war schon immer ein Traeger der Reaktion. Es diente der Monarchie und ungeachtet dessen, dass es ein Nebenprodukt des autoritaeren Staates ist, blieb es fast ohne Aenderung unter der Weimarer Republik und dem Naziregime bestehen. Mit grossen Privilegien ausgestattet, wie Anstellung auf Lebensdauer, unkuendbar selbst bei offensichtlicher und totaler Unfaehigkeit, automatische Befoerderung ohne Ruecksicht auf Dienstverrichtung, entwickelte sich das Beamtentum zu einem Kastensystem, unter dem die Bediensteten des Staates eher Herren als Diener des Volkes waren.

Ihre bevorrechtigte Stellung wurde noch gestaerkt durch ihren Einfluss in den gesetzgebenden Koerperschaften und in allen starken, politischen Parteien Deutschlands. (In einigen deutschen Staaten setzen sich die gesetzgebenden Organe zu 45 bis 50% aus Beamten zusammen.)

Zur Kroemung all dessen gewaehrt das deutsche Strafgesetzbuch den Beamten einen besonderen Schutz gegen Beleidigungen. Es ist schon eine Sache in Deutschland, jemanden zu beleidigen, aber weit schwerwiegender ist das Vergehen, wenn sich diese Beleidigung gegen einen Beamten richtet. Es herrscht eine kaum ertraegliche Atmosphaere, die sich die Beamten voll und ganz zunutze machen, und aus der heraus die allgemein verbreitete Furcht und Scheu zu verstehen ist, die das Verhaeltnis zwischen den gewoehnlichen Buergern und den Beamten in Deutschland beherrscht.

Genau so wie der deutsche Militarismus und die preussischen Junker bildeten auch die Beamten einen wesentlichen Bestandteil derjenigen Kraefte in Deutschland, die zweimal in einer Generation den Weltfrieden gestoert haben. Die amerikanische Militaerregierung war sich dessen voll bewusst. Sie wusste, dass ohne eine gruendliche Reform der oeffentlichen Verwaltung in Deutschland ein wahrhaft demokratischer Gesellschaftsaufbau unmoeglich sei.

Die meisten Beobachter sind sich darueber einig, dass der Durchschnittsdeutsche die Meinung der Militaerregierung teilte und fuer die Beamten nur wenig Sympathie hatte. Leider versaeumten wir, schnell und durchgreifend zu handeln. Jahrelang warteten wir geduldig auf einen annehmbaren Reformplan der Deutschen selbst. Da sie jedoch dieses Problem nicht in allgemeinem, gegenseitigem Einvernehmen loesen konnten, wurde von uns schliesslich das Kontrollratsgesetz Nr. 15 erlassen, das dazu bestimmt war, das deutsche Beamtensystem von Grund auf zu aendern. Dies geschah jedoch erst am 15. Maerz 1949.

Die Reaktionen auf dieses Gesetz waren in Deutschland verschieden. Diejenigen, die eine wirkliche Reform wuenschten, waren der Ansicht, dass man in diesem Gesetz nicht weit genug gegangen war, waehrend die Beamten selbst aufatmend feststellten, dass man nicht so weit gegangen war, wie sie befuerchtet hatten. Das Gesetz stellte einen Schritt in der richtigen Richtung dar, leider war dieser Schritt jedoch zu klein und kam zu spaet. Im Sommer 1949 hatte sich das politische Klima in Deutschland derartig geaendert, dass die Beamten es sich leisten konnten, das Gesetz zu ignorieren und es zu uebergehen.

* * * * *

Seit dem Bestehen der neuen deutschen Regierung hat der Innenminister Dr. Heinemann den auf sehr zweifelhafter Rechtsgrundlage basierenden Standpunkt vertreten, das Gesetz Nr. 15 sei auf die Beamten der neuen deutschen Bundesverwaltung nicht anwendbar. Der gesetzliche Gesichtspunkt spielt keine Rolle, denn es ist unbestreitbar wahr, dass das neue deutsche Parlament die volle Befugnis hat, ein neues Beamtengesetz zu erlassen.

Und das tut man gerade jetzt in Deutschland, und alles laesst darauf schliessen, dass in Kuerze der Beamte seine fuehrende Machtstellung wiedergewonnen haben wird. Das zur Zeit in Bearbeitung befindliche Gesetz - von Dr. Globke entworfen - ist ein Duplikat des von Hitler im Jahre 1937 erlassenen Gesetzes, in welches die wesentlichen autoritaeren Bestandteile des Beamtengesetzes von 1873 aufgenommen worden waren.

Es liegt nun klar auf der Hand, dass wir eines unserer Hauptziele in Deutschland verfehlt und den verhaengnisvollen Fehler der Weimarer Republik wiederholt haben, die es ebenfalls, zu ihrem eigenen Verhaengnis, versaeumt hatte, die oeffentliche Verwaltung in Deutschland zuverlaessigen Freunden und Anhaengern demokratischer Ideen und Prinzipien in die Haende zu geben.

Die Situation koennte vielleicht noch durch Anwendung der von der Militaerregierung in Deutschland sich vorbehaltenen Rechte gerettet werden, wenn sich unsere politischen und militaerischen Fuehrer zum Handeln entschliessen wuerden. Die Zeit draengt jedoch sehr in Deutschland.

"ADA World"

Herausgegeben von Amerikanern
fuer Demokratische Aktion.
(Americans for Democratic Action)
20. Maerz 1950

ECA FOERDERT BERUFS-AUSBILDUNG IN EUROPA

Die Berufsausbildung junger Maenner und Frauen ist fuer die Wiederbelebung der europaeischen Industrien von wesentlicher Bedeutung. Die Regierungen der Marshall Plan Laender und die Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit ECA arbeiten gemeinsam an der Ausbildung junger Menschen in jedem Sektor der Industrie und Landwirtschaft.

Das Arbeitsministerium der Vereinigten Staaten hat sich ebenfalls durch sein Buero fuer Lehrlingswesen an diesem Programm beteiligt. Sechs Griechen studieren zwei Monate lang Lehrlingsausbildungsmethoden in den Vereinigten Staaten. Ihre Reise und Schulung wird von diesem Buero organisiert.

Die griechische Regierung und die ECA haben in gemeinsamer Zusammenarbeit Berufsschulen in den wichtigsten Industriezentren Griechenlands eingerichtet. In Athen gibt es sieben Berufsschulen, in denen eine vierjaehrige Ausbildung fuer hochqualifizierte Mechaniker und Ingenieure vorgesehen ist. In der Berufsschule von Sevitanedios werden 120 Schueler in zweijaehrigen Kursen praktisch und theoretisch fuer 40 verschiedene Berufe ausgebildet. In Amerika hergestellte Maschinen und Werkzeuge im Werte von etwa 30.000 Dollar sind diesen Schulen zur Verfuegung gestellt worden. Die Automobilabteilung liefert im Durchschnitt pro Tag einen Autobus und ist mit 57% an der Wiedererstellung der griechischen Autobusparke beteiligt. Aus anderen Abteilungen kommen erstklassige Nieter, Maler und Elektriker.

Traktoren, Pfluege und Erntemaschinen werden im Rahmen des Marshall Planes nach der Tuerkei geschickt, um die landwirtschaftliche Produktion in diesem Lande zu erhoehen. Die tuerkische Regierung bildet junge Leute zwischen 19 und 26 Jahren zu Mechanikern fuer landwirtschaftliche Maschinen aus. Sechzig beendeten den ersten dieser Lehrgaenge erfolgreich, und an dem zweiten Lehrgang nehmen 92 Schueler teil. Bevorzugt werden Jugendliche von Bauernhoeften, die mit modernen Maschinen ausgeruestet werden sollen, oder die dieselben bereits besitzen; ausserdem solche, die ihr Talent in motorisierten militaerischen Einheiten unter Beweis gestellt haben.

In Daenemark arbeitet die Gewerkschaft der Metallarbeiter an einem Berufsausbildungsprogramm fuer ungelernte Arbeiter, um im Rahmen der nationalen Wiederaufbaubestrebungen dem Mangel an Facharbeitern zu begegnen. Die 50.000 Mitglieder zaehlende Gewerkschaft hat alle noetigen Vorsichtsmaassnahmen zum Schutze der gelernten Handwerker getroffen. Der Praesident dieser Gewerkschaft, Hans Rasmussen, erklarte: "Grundsuetzlich vertreten wir die Ansicht und haben dies auch in den getroffenen Vereinbarungen

geltend zu machen versucht, dass ein ungelernter Arbeiter, der eine Fachkenntnisse erfordernde Beschaeftigung ausuebt, auch nach dem fuer diesen Fachberuf gueltigen Tarif bezahlt werden muss. Zweitens haben wir darauf bestanden, dass ein gelernter Arbeiter, der an einen anderen Arbeitsplatz ueberwiesen wird, weil seine Arbeit von einem ungelernten Arbeiter verrichtet wird, den gleichen Lohn wie frueher erhalten muss. Ausserdem ist in den meisten Faellen vereinbart worden, bei Arbeitsmangel die gelernten Arbeiter zuerst mit Beschaeftigung zu versorgen."

Durch dieses Programm sind bereits 3.000 zusaetzliche Arbeiter fachlich geschult worden, die von einem Schiffsbauunternehmen benoetigt werden, damit es die ihm gesteckten Ziele in der Produktion erreichen kann.

In den Ausbesserungswerften von Triest werden zur Zeit Fischereifahrzeuge gebaut. Zur Bemannung dieser Schiffe hat die Fischergenossenschaft mit der Hilfe des Marshall Planes, deren Wert sich auf 600.000 Dollar belaeuft, eine Fischereischule errichtet. Die Schule wird von 50 Studenten besucht, die in Geographie, Navigation, Technik und Meeresbiologie unterrichtet werden. Ausserdem lernen sie, wie man Netze herstellt und ausbessert und werden mit allen praktischen Fragen der Hochseefischerei vertraut gemacht.

Oesterreichische Jungen und Maedchen werden in Jungbauernklubs zusammengefasst. Dort hoeren sie von den modernen Methoden der Gross- und Kleinviehzucht, und wie man besser und mehr Weizen, Roggen, Gerste, Mais, Kartoffeln und Zuckerrueben erzeugt. Die Maedchen lernen Hausarbeit, das Naehen von Kleidern und Konservieren von Fleisch, Gemuese und Fruechten. Die Lehrkraefte dieser Klubs sind oesterreichische Experten der Landwirtschaft.

Labor Information Bulletin
US Arbeitsministerium
Maerz 1950

EIN WELTPLAN ZUR VERHUETUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Von Mac R. Johnson

Washington--(Amerika Dienst)-- Fuenf hervorragende Volkswirtschaftler haben einen Mobilisierungsplan ausgearbeitet, der zur Anwendung kommen soll, sobald eine steigende Arbeitslosigkeit das Herannahen einer Wirtschaftsdepression ankuendigt; dieser Plan ist zur Beratung durch den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen bestimmt.

Der Bericht, der den Titel "Nationale und Internationale Massnahmen fuer Vollbeschaeftigung" traegt, wurde auf Veranlassung des Generalsekretaers der Vereinten Nationen, Trygve Lie, von unabhengigen Fachleuten verfasst.

Die Initiatoren des Planes sind: Prof. John Maurice Clark von der Columbia-Universitaet, Prof. Arthur Smithies von der Harvard-Universitaet, Nicholas Kaldor von King's College, Cambridge, Pierre Uri vom Commissariat General du Plan, Paris, und E. Renald Walker vom australischen Aussenministerium, der den Vorsitz fuehrte.

Nach diesem Programm sollen sich die teilnehmenden Regierungen verpflichten, im voraus festzustellen, was sie zu tun gedenken, wenn der Beschaeftigungsgrad unter eine bestimmte Hoehe sinkt. Diese geplanten Massnahmen muessten durch entsprechende Gesetze vorbereitet und geeignet sein, die Nachfrage nach Guetern zu steigern. (z.B. Steuerermaessigungen).

Eine Voraussetzung sei allerdings die Bekaempfung der Dollarknappheit an ihren Wurzeln, und zwar nicht nur in Europa, sondern auf weltumfassender Grundlage.

Als nationale Massnahmen werden empfohlen:

1. Die Feststellung eines Ausmasses von Mindestbeschaeftigung, das erreicht werden soll.
2. Die Bekanntgabe eines Gesamtplanes fuer die Erreichung der Vollbeschaeftigung.
3. Die Bekanntgabe zusaetzlicher Massnahmen fuer den Fall, dass dieses Ziel nicht erreicht wird.
4. Die Bekanntgabe der Plaene fuer die Stabilisierung der Preise.
5. Die Schaffung der notwendigen legislativen und administrativen Voraussetzungen fuer die Durchfuehrung.

Als internationale Massnahmen werden vorgeschlagen:

1. Ein Programm zur Beseitigung der gegenwaertigen strukturellen Gleichgewichtsstoerung im Welthandel.
2. Die Schaffung eines staendigen Zuflusses von Investitionskapital in wirtschaftlichen zurueckgebliebene Gebiete, hauptsaechlich durch die Weltbank.
3. Ein Plan, nach dem die Ausbreitung internationaler Wirkungen einer deflationistischen Politik mit Hilfe des Internationalen Waehrungsfonds verhindert werden kann.

In einer zusaetzlichen Erklaerung schrieb Prof. Clark:

Wir uebernehmen wahrscheinlich ein grosses Risiko, wenn wir durch staatliche Finanzpolitik zu viel erreichen wollen. Wir laufen aber ein ebenso grosses Risiko, wenn wir fuer die Stabilisierung des Einkommens und des Beschaeftigungsgrades auf einem hohen Niveau zu wenig tun.

Die Vereinigten Staaten koennten wohl geneigt sein, ein gewisses Mass von Unregelmaessigkeit auf sich zu nehmen und sich bei der Ueberbrueckung der Arbeitslosigkeit auf ihr

Sozialversicherungssystem zu verlassen. Als gute Weltbuerger aber duerfen wir mit Ruecksicht auf die Wirkungen, die eventuelle Veraenderungen in unserer Wirtschaft auf andere Laender ausueben, solche Fragen nicht entscheiden, als ob es sich nur um uns selbst handelte.

Die Weltlage legt vielmehr den industriell fuehrenden Laendern die Verpflichtung auf, mehr zu tun, als sie es vielleicht auf Grund von nur innerpolitischen Erwaegungen moechten.

Diese Ueberlegung soll uns davon abhalten, zu wenig zu tun, und uns veranlassen, lieber das Risiko zu uebernehmen, bisher noch nicht genuegend erprobte Wege der Finanzpolitik zu beschreiten. In diesem Sinne unterschreibe ich den Bericht.

"Amerika Dienst" - Arbeit
14. Maerz 1950

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 7

Frankfurt, 21. April 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Dubinsky prophezeit schweren Kampf gegen den roten Weltgewerkschaftsbund - - - - - | 1 |
| Warum bleibt Histadrut im kommunistischen Weltgewerkschaftsbund - - - - - | 2 |
| Walter Reuther - - - - - | 4 |
| Fernunterricht durch die Gewerkschaften - - - - - | 7 |
| Ein Kommunist schwenkt um - - - - - | 11 |

DUBINSKY PROPHEZEIT SCHWEREN KAMPF GEGEN DEN ROTEN WELTGEWERKSCHAFTSBUND

Von dem New Yorker Korrespondenten des Nachrichtendienstes der AFL, Arnold Beichmann.

(New York)-- David Dubinsky, der Praesident der Internationalen Bekleidungsarbeiter Gewerkschaft (AFL), ist der Auffassung, dass der "vor kurzem gegruendete Internationale Bund Freier Gewerkschaften eine kategorische Abkehr von dem Maerchen darstelle, der sowjetische Totalitarismus sei eine fortschrittliche Idee, oder das kommunistische System biete irgendeine Moeglichkeit, die Interessen der internationalen Arbeiterklasse zu foerdern."

Dubinsky, der Mitglied der AFL Delegation war, die den neuen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften organisieren half, schrieb in der Aprilausgabe der vierteljaehrlich erscheinenden einflussreichen Veroeffentlichung, "Foreign Affairs":

"Delegierte, die 50.000.000 Arbeiter in mehr als 50 verschiedenen Laendern vertreten, haben nun den Bolschewismus als den Erbfeind der Arbeiterschaft gebrandmarkt. Damit moegen sie dem Vorwand ein Ende bereitet haben, unter dem der Bolschewismus mehrere Jahrzehnte lang die meisten seiner Erfolge errungen hat - naemlich, dass er ein Freund der Arbeiter der Welt sei."

Der Chef der Internationalen Damenbekleidungsarbeiter Gewerkschaft wandte sich gegen Franco Spanien, indem er erklarte, "die freien Gewerkschaften der ganzen Welt seien der Ansicht, dass sich Nazismus, Faschismus, Falangistentum und Kommunismus im wesentlichen gleich seien", und er versicherte, dass "eine unentschlossene Haltung, wie sie kuerzlich von unserem Aussenministerium Franco Spanien gegenueber an den Tag gelegt worden sei, unter der Arbeiterschaft Europas und Asiens schwerwiegende Missverstaendnisse der von Amerika verfolgten Ziele ausloesen koennten."

Dubinsky wies warnend auf die Gefahr hin, dass der Kampf zwischen der freien Gewerkschaftsbewegung und dem sowjetischen Weltgewerkschaftsbund" an Heftigkeit und Erbitterung zunehmen muesse."

"Beide Organisationen sind in einen Kampf um den hoechsten Besitz der Welt verwickelt - um die Herzen und Seelen von Millionen von arbeitenden Menschen in vielen Laendern der Welt. Moskau koennte dem Rest der Welt nicht den totalitaeren Kommunismus aufzwingen, ohne erst die noch bestehenden freien Gewerkschaftsorganisationen an die Kette zu legen."

"Damit waere der Untergang des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften besiegelt, der nun das Herz und den Kopf der internationalen demokratischen Gewerkschaften bildet. Die neue Internationale ist sich der schwerwiegenden Bedeutung dieser Bedrohung voll und ganz bewusst. Das Ringen ist besonders schwer, da es dem Weltgewerkschaftsbund erlaubt ist, gegen die freien Gewerkschaften in den demokratischen Laendern zu operieren, waehrend dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften die Strasse zu allen Laendern hinter dem Eisernen Vorhang versperrt ist."

Mr. Dubinsky fuegte hinzu, dass der Weltgewerkschaftsbund in Italien, Frankreich und einigen Teilen Asiens und Afrikas noch starke Positionen halte, die die Kommunisten "waehrend der vier Jahre eroberten, in denen ihre Verbindung mit den freien Gewerkschaften sie mit dem Mantel der Redlichkeit umgab."

Weekly News Service der AEL
28. März 1950

WARUM BLEIBT HISTADRUT IM KOMMUNISTISCHEN WELTGEWERKSCHAFTSBUND?

Chikago -- Der Finanzsekretaer der AFL, George Meany, erklarte, dass die amerikanischen Freunde des israelitischen Gewerkschaftsbundes "Histadrut" geradezu verbluefft seien, dass diese Arbeiterorganisation immer noch Mitglied des kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbundes sei, statt dem neuen antikommunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften anzugehoeren.

Mr. Meany sprach anlaesslich eines Essens, das von der Gewerkschaftsabteilung des israelitischen Histadrut in Chikago gegeben wurde, ueber die seit langem bestehende Freundschaft und tatkraeftige Unterstuetzung seitens der AFL fuer Israel und Histadrut.

"Jedoch," so fuehrte er aus, "ist Histadrut von allen nationalen Gewerkschaftszentren das einzige, welches seine Mitgliedschaft in dem von den Kommunisten kontrollierten Weltgewerkschaftsbund aufrechterhaelt."

Mr. Meany sagte:

"Ich habe Verstaendnis fuer die Probleme des neuen Staates Israel und des Gewerkschaftsbundes Histadrut, der eine so bedeutende Rolle in diesem Lande spielt. Ich weiss, dass die juedischen Gewerkschaftler Israels um das Los ihrer Brueder sehr besorgt sind, die sich hinter dem Eisernen Vorhang befinden und von den Russen als Geiseln zurueckgehalten werden. Wir geben zu, dass die neue Republik, die noch keine zwei Jahre alt und von feindlichen Nachbarn umringt ist, vor schweren Problemen steht. Wir koennen und wollen all dies verstehen.

"Waehrend wir jedoch diesen Problemen die ihnen gebuehrende Bedeutung zumessen, koennen wir nicht verstehen, dass sich Histadrut zu der Ausbreitung der Sklavenarbeit auch in anderen Laendern als der modernen Heimat der Sklaverei, dem kommunistischen Russland, schweigend oder neutral verhaelt.

"Wir koennen nicht verstehen, wie Histadrut der Methode des Kreml zur Vernichtung der Menschen schweigend mitzusehen kann. Auch koennen wir nicht verstehen, dass Histadrut neutral bleibt, wenn das kommunistische Russland juedischen Arbeitern die Einwanderung nach Israel verweigert, obwohl es deren Wunsch und gutes Recht ist.

"Schliesslich fragen wir uns: Wie kann Histadrut moeglicherweise neutral sein, wenn die Juden in Sowjetrussland zur Zeit aktiven und brutalen Verfolgungen ausgesetzt sind?"

"Histadrut ist eine demokratische, freie Gewerkschaftsbewegung," sagte Mr. Meany. "Sie hegt weder fuer den Kommunismus noch fuer eine andere Form des Totalitarismus Sympathien. Auch ist sie kein Werkzeug der kommunistischen Partei. Deshalb ist es seltsam, unvereinbar und - seien wir ehrlich - befremdend, wenn wir sehen, wie Histadrut versucht, in dem Ringen zwischen dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und dem Satelliten des Kreml, dem Weltgewerkschaftsbund, eine neutrale Stellung einzunehmen.

"Ich habe ausfuehrlich und offen ueber diese Frage gesprochen. Wir bewundern Histadrut und versagen ihm nicht unsere Anerkennung fuer seine heroischen Leistungen im Laufe der vergangenen 30 Jahre. Wir moechten ihm auch in Zukunft unsere Achtung und Freundschaft bewahren.

"Als Freund Israels und seines Gewerkschaftsbundes Histadrut bin ich gewiss, dass die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in ihren Hoffnungen nicht getaeuscht werden wird, die demokratische Gewerkschaftsbewegung Israels bald an ihrem Platze in der freien Gewerkschaftsbewegung der Welt zu sehen - dem Vorkaempfer einer friedlichen, freiheitsliebenden Menschheit.

"Histadrut gehoert zu dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, und seine Mitarbeit in dieser Organisation ist unerlaesslich."

Weekly News Service der AFL
28. Maerz 1950

WALTER REUTHER

Walter Reuther stammt aus einer Familie von Gewerkschaftlern, und die Berufung zu organisieren liegt ihm im Blut. Aber er musste kampf, -- mit Worten, Ideen und Fäusten -- um sich seinen Weg an die Spitze einer der größten Gewerkschaften der Welt zu bahnen -- der Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas. Zweimal musste er wegen gewerkschaftlicher Betätigung seinen Arbeitsplatz verlassen; mehrere Male wurde er schwer misshandelt und einmal wäre er beinahe einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Selbst seine Ausbildung musste sich Reuther erkämpfen. Mit 15 Jahren war er gezwungen zu arbeiten; trotzdem beendete er die höhere Schule und besuchte drei Jahre lang die Universität, während er in einer Automobilfabrik in Detroit arbeitete. Später sollte er mit Tatsachen und Zahlen kämpfen, um seine Gewerkschaft vor dem Untergang zu bewahren.

Aber immer wieder hatte er das Bedürfnis zu organisieren.

Als Reuther noch dabei war, die Tausende der schlecht bezahlten Automobilarbeiter in Detroit zu organisieren, wurde er einmal von den Unternehmern gebeten, einen Streik zu beenden, durch den die Montageabteilung lahmgelegt war. Reuther begab sich in diese Fabrik, versammelte die Arbeiter um sich und begann, ihnen eine Gewerkschaftsrede zu halten. "Hören Sie", unterbrach ihn der Sprecher der Betriebsleitung, "Sie sind hierher gerufen worden, um den Streik zu beenden und nicht eine Gewerkschaft zu organisieren."

Gelassen überging Reuther diese Unterbrechung.

"Ich versuche, sie wieder an die Arbeit zu bringen," sagte er. "Aber zuerst muss ich sie organisieren."

Reuther wurde am 1. September 1907 in Wheeling, (West Virginia), dem Herzen der amerikanischen Stahl- und Kohlenindustrie, geboren. Sein Vater war bereits Gewerkschaftler. Mit 23 Jahren wurde Valentine Reuther Präsident des Berufs- und Arbeiterverbandes von Ohio. Sein Bruder, Victor Reuther, ist Leiter der Abteilung für Ausbildung in der Gewerkschaft der Vereinigten Automobilarbeiter von Amerika. Reuther selbst arbeitet in derselben Richtung weiter. Im Jahre 1936 heiratete er ein Mädchen namens May Wolf, die ebenfalls Gewerkschaftlerin ist und mit ihm schon in den frühesten Tagen seiner Gewerkschaftslaufbahn zusammengearbeitet hatte.

Mit 15 Jahren verließ Reuther die höhere Schule und lernte Werkzeug- und Schnittmacher in seiner Geburtsstadt. Fast zur gleichen Zeit begann er, die Arbeiter im Protest gegen die Sonn- und Feiertagsarbeit zu organisieren. Dieses erste Experiment gewerkschaftlicher Tätigkeit beendete seine Laufbahn in Wheeling. Er wurde entlassen. Daraufhin ging der entschlossene junge Gewerkschaftler nach Detroit, dem Zentrum der Automobilindustrie Amerikas. Dort arbeitete er erfolgreich sechs Jahre lang bei "General Motors", in verschiedenen Werkzeugfabriken und schließlich bei Ford. Abends ging er zur Schule.

Aber selbst während seiner Schulzeit vernachlässigte Reuther nicht seine erste Liebe - die Gewerkschaft. Er schuf den "Club für Soziale Probleme"; dann schulte er seine Mitglieder im Gewerkschaftswesen an Hand von praktischen Beispielen. Bei Streiks zum Beispiel setzte er sie als Streikposten ein.

Inzwischen war Reuther ein erfahrener Techniker geworden und wurde in der Werkzeugmacherei der Ford Werke als Vorarbeiter eingesetzt. Aber noch einmal wurde seine Laufbahn als Arbeiter auf Grund seiner gewerkschaftlichen Taetigkeit unterbrochen. 1932 wurde er wegen Versuchs, die Arbeiter zu organisieren, erneut entlassen.

Daraufhin entschloss sich Reuther, sich mehr praktische Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit anzueignen. Mit seinem Bruder Victor unternahm er eine Reise per Rad durch Europa und Asien. Die beiden Brueder arbeiteten in allen moeglichen Unternehmen, beobachteten die Arbeitsweise in Auto- und Maschinenfabriken und befassten sich eingehend mit den Gewerkschaftsbewegungen in England, Deutschland, Russland, Zentralasien, China und Japan -- ihre Reise ist in gewisser Beziehung mit den heutigen Studienreisen der ECA zu vergleichen.

Drei Jahre spaeter kehrte er nach Detroit zurueck, um seine Kenntnisse in die Tat umzusetzen. Zusammen mit anderen Arbeitern, die versuchten, die Automobilarbeiter zu organisieren, gruendete er im Westen von Detroit eine Lokalgewerkschaft und machte sich an die Arbeit. Innerhalb eines Jahres hatte er 30.000 Arbeiter in seiner damals beruehmten Lokalgewerkschaft 174 organisiert.

Ausserdem spielte Reuther eine aktive Rolle bei der Organisierung der Arbeiter der Radfabrik Kelsey-Hayes. Als sich die Betriebsleitung dieses Unternehmens weigerte, den Forderungen der Gewerkschaften stattzugeben, setzten sich die Arbeiter an ihren Arbeitsplaetzen nieder und weigerten sich zu arbeiten oder sich von der Stelle zu ruehren. Zehn Tage lang streikten sie und wurden von ihren Frauen und Gewerkschaftskollegen gepflegt. Die Unternehmer waren machtlos, Schliesslich kapitulierten sie und erklaerten sich damit einverstanden, die Gewerkschaft anzuerkennen und Maennern und Frauen einen Anfangstarif von 75 ¢ pro Stunde zu zahlen. Dies waren zu jener Zeit die besten Loehne, die in der Industrie gezahlt wurden.

1936 wurde Reuther in den internationalen Exekutivausschuss der jungen Gewerkschaft der Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas gewaehlt. Im folgenden Jahre stand er im Mittelpunkt der Handlung, als es galt, die Arbeiter von Ford zu organisieren. Ford war die letzte Hochburg der nichtorganisierten Automobilfabriken. (Zu jener Zeit hatte die Gewerkschaft bereits Vertraege mit den beiden anderen zwei der drei grossen Automobilunternehmen abgeschlossen - den "General Motors" und "Chrysler" und ausserdem mit den meisten der kleineren Automobilfabriken.) Indem er half, auch Ford zu organisieren, machte Reuther Geschichte fuer die Gewerkschaften. Er veranstaltete die erste Gewerkschaftssendung, die je von einem Flugzeug aus gegeben werden sollte. Er ueberflog die Fabrik "Ford River Rouge" in Dearborn, in der Naeh von Detroit. Ausserdem hatte er die Aufgabe, eine Flugschrift seiner Gewerkschaft in diesem Werk zu verteilen. Dabei wurden er und mehrere andere Gewerkschaftler von der Werkspolizei misshandelt.

Ein Jahr spaeter wurde er nochmals von Maennern verpruegelt, die waehrend einer Geburtstagsfeier in sein Haus eingedrungen waren.

Reuther wollte jedoch den Frieden und keine Gewalttaetigkeiten. 1939 wurde er zum Leiter der Gewerkschaft innerhalb der General Motors ernannt. In dieser Stellung arbeitete er mit seinem Personal an der Loesung der Arbeitsprobleme von etwa 300.000 Arbeitern in 100 verschiedenen Werken dieses Unternehmens. Waehrend dieser Zeit herrschten in den Werken der "General Motors" die besten und friedlichsten Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Industrie. Reuther gelang es, die "General Motors" zu veranlassen, einen unparteiischen Schiedsrichter zur Beilegung nichtwirtschaftlicher Streitigkeiten einzusetzen, die zwischen den Arbeitern und ihren Unternehmern aufkommen koennen. Dieses Schiedsrichtersystem wurde spaeter in viele andere Gewerkschaftsvertraege uebernommen und half mit, Frieden in die von Streitigkeiten erschuetterte Industrie zu bringen.

Obwohl jedoch Reuther den Frieden suchte, konnte er ihn niemals finden. Zwei politische Kaempfe standen ihm noch bevor, die er fast nicht bestanden haette. Es war ein erbitterter Kampf innerhalb der Gewerkschaft, ein lange andauernder Streik nach dem Kriege. Ausserdem haette Reuther beinahe seinen Arm verloren, als man einen Mordanschlag auf ihn veruebte.

Auch gegen Ende des Krieges sah Reuther die Dinge mit den richtigen Augen und stellte seine Umsicht unter Beweis. Lange vor dem Waffenstillstand hatte er die wirtschaftlichen Probleme studiert, die sich fuer Amerika nach dem Kriege vermutlich ergeben wuerden. Er schlug die Bildung eines Ausschusses fuer Friedensproduktion vor, der die amerikanische Wirtschaft waehrend dieser schweren Zeit leiten sollte, und forderte die Umstellung der staatseigenen Ruestungsbetriebe auf die Massenproduktion von Wohnungsbau- und rollendem Eisenbahnmateriale. Dieser Plan wurde jedoch nicht ausgefuehrt. Viele Gewerkschaftsfuehrer sind der Ansicht, dass mit diesem vorgeschlagenen Programm ein grosser Teil der Wohnungsprobleme haette geloest werden koennen, denen sich Amerika nach dem Kriege gegenuebersah.

Gegen Ende des Jahres 1945 hatten die Automobilarbeiter einen weiteren Kampf zu bestehen. Die Kaufkraft der Arbeiter in den Industrien der Massenproduktion sank erheblich, weil die waehrend des Krieges gezahlten Praemien wegfielen und die Tarife im allgemeinen als Folge des Einstellens der Kriegsproduktion zurueckgingen. Walter Reuther und die Arbeiter von "General Motors" nahmen diese grosse Aufgabe in Angriff, die sich ihnen als erste nach dem Kriege bot. Reuther arbeitete mit seinen Kollegen der Automobilarbeiter Gewerkschaft eine gruendliche wirtschaftliche Analyse aus, die zeigte, dass die "General Motors" in der Lage waren, hoehere Loehne aus ihren hohen Gewinnen zu zahlen, ohne die Preise steigern zu muessen. Sie erboten sich, ihre Forderungen herabzuschrauben, wenn die Gesellschaft ihre Buecher zur Einsichtnahme zur Verfuegung stellen und den Beweis liefern wuerde, dass sie nicht in der Lage ist, die Forderungen der Gewerkschaft zu erfuellen.

Die Gesellschaft lehnte diesen Vorschlag ab, und es kam zu einem 113-taegigen Streik, der den Mittelpunkt eines nationalen, politischen Problems und eines inneren Gewerkschaftskampfes zwischen den Anhaengern Reuthers und der sogenannten linken Fraktion der Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas bildete, die in Wirklichkeit eine Kombination von konservativen Funktionaeren und Kommunisten war; die Letzteren waren dabei tonangebend. Obwohl ein vom Praesidenten eingesetzter Untersuchungsausschuss

festgestellt hatte, dass die "General Motors" den Stundenlohn um 19½% erhöhen könnten, ohne die Automobilpreise steigern zu müssen, weigerte sich die Gesellschaft, auf diese Bedingungen einzugehen. Schliesslich gewährten sie doch eine Stundenlohnerhöhung von 18½%, weigerten sich jedoch, die Preise auf dem gleichen Niveau zu halten.

Die Beilegung des Streiks in den Werken der "General Motors" führte zu ähnlichen Lohnerhöhungen in anderen Zweigen der Schwerindustrie, wodurch viele amerikanische Arbeiter in der Lage waren, ihren Lebensstandard trotz der vermehrten Lebenshaltungskosten beizubehalten. Der Linksfraktion der Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas gelang es nicht, den Streik zuungunsten Reuthers zu wenden, der im Frühjahr 1946 zum Präsidenten der Gewerkschaft gewählt wurde. Die Laufbahn der Kommunisten in den Vereinigten Automobilarbeiter Amerikas fand auf der Konvention von 1947 ihr Ende, auf der Reuther und seine Anhänger die Kontrolle über die Gewerkschaft endgültig in die Hand bekamen.

Reuther selbst bezeichnet sich als einen "Mittelwegler", einen Mann, der weder an die Extremen der Rechten noch Linken glaubt. Ein Mittelwegler hat jedoch immer Feinde.

In der Nacht des 20. April 1948 wurde Reuther, als er von einer Gewerkschaftssitzung heimkehrte, durch Schüsse aus einem im Hinterteil seines Hauses gelegenen Fenster verletzt. Sein Arm wurde fast abgerissen und an der Brust wurde er verwundet. Reuther ist der Ansicht, dass der Angreifer wahrscheinlich ein Extremist der Rechten oder Linken ist. Noch ist er nicht völlig genesen, doch die Täter konnten niemals gefasst werden.

Aber Reuther steht noch immer im Kampf. Er hat seine Zeit und seine Energie in den Dienst des neuen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gestellt. Er arbeitet für den Tag, an dem das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in Amerika Wirklichkeit werden wird; an dem die Löhne höher und die Preise und Gewinne niedriger und Arbeiter und Bauern Amerikas und der ganzen Welt sich die Hände reichen und zusammenarbeiten werden.

ECA Labor Information
9. März 1950

FERNUNTERRICHT DURCH DIE GEWERKSCHAFTEN

Uns wird geschrieben:

Eine der vordringlichsten und wichtigsten Aufgaben der modernen Gewerkschaftsbewegung ist die gründliche Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre. Es ist schwer zu entscheiden, welche Gebiete im Vordergrund dieser Schulungsarbeit stehen sollen: die berufliche Weiterbildung des Arbeiters und Angestellten in seiner Funktion als Produzent oder seine mitbürgerliche, soziale und wirtschaftliche Schulung als Staatsbürger.

Von den Verhältnissen in Deutschland aus gesehen sind beide Gebiete gleich wichtig. Wir brauchen den guten Qualitätsarbeiter, um hochwertige Produkte sowohl für den Inlandsverbrauch wie für den Export herstellen zu können und wir brauchen den gut orientierten, zuverlässigen Mitbürger, um unser Staatswesen auf echter demokratischer Basis aufzubauen.

Es ist selbstverstaendlich, dass die Gewerkschaften an der Loesung beider Probleme interessiert sind. Eine qualitativ gute Produktion ist eine der Voraussetzungen zur Hebung des Lebensstandards; die demokratische Entwicklung des Staates ist die Voraussetzung fuer den Bestand der Gewerkschaften. Echte freie Gewerkschaften koennen nur in der frischen und sauberen Luft der Demokratie existieren und ihre Aufgaben erfuellen.

Um diese so wichtige Schulungs- und Bildungsarbeit durchfuehren zu koennen, haben sich die Gewerkschaften verschiedene Institute geschaffen. Auch der Fernunterricht wurde in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Es wurde ein besonderes Institut "Die Briefschule" errichtet, die ihre Bueros im Gewerkschaftshaus in Frankfurt a.M., Wilhelm Leuschnerstr. 69/77 hat.

Durch den Fernunterricht der Briefschule ist es jedem Arbeiter und Angestellten moeglich, sich in seiner Freizeit sowohl beruflich als auch auf dem Gebiete des Allgemeinwissens weiterzubilden. Um das zu koennen, braucht er nun nicht unbedingt eine Schule zu besuchen, denn die "Schule" kommt in Form von Studienheften der Briefschule zu ihm ins Haus.

Bei der Organisierung und Propagierung des Fernunterrichts der Briefschule wird versucht, die Kursteilnehmer zu Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschliessen. Sie werden immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass es sich am besten in der Gemeinschaft lernt. Ausserdem sind die oertlichen und betrieblichen Organisationen der Gewerkschaften bemeht, solche Arbeitsgemeinschaften oder Studienzirkel zu bilden. Es soll nicht verschwiegen werden, dass es noch lange nicht genug dieser Studienzirkel gibt und dass noch viel Organisationsarbeit notwendig ist, um sie populaer zu machen.

"Die Briefschule" hat bisher 15 Kurse herausgebracht. An der Erweiterung des Kursprogramms wird staendig gearbeitet und zum Herbst wird eine Reihe neuer Kurse erscheinen.

Aus Raummangel muss darauf verzichtet werden, die einzelnen Kurse zu besprechen. Wir muessen uns darauf beschraenken, sie lediglich anzufuehren:

Gewerkschaftskunde (7 Studienhefte) gibt einen Ueberblick ueber die geschichtliche Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Aufgaben in der Vergangenheit und in der Gegenwart.

Einfuehrung in die Nationaloekonomie (3 Studienhefte) ist ein kleiner Kurs, der die Aufgabe hat, den Fernschueler mit den nationaloeknomischen Grundbegriffen bekannt zu machen und ihn wirtschaftlich denken zu lehren.

Grundfragen der Psychologie (3 Studienhefte) beschaeftigt sich in der Hauptsache mit den Moeglichkeiten und Grenzen psychologischer Forschung.

Die Frau im Erwerbsleben (3 Studienhefte) ist ein Kurs, der einen Ueberblick gibt ueber die soziologische Stellung der Frau in der modernen Gesellschaft. Er soll ein Beitrag sein im Kampfe der Frau um ihre Gleichberechtigung.

Die Freie Rede (4 Studienhefte). Mit Hilfe dieses Kurses

soll der ungeuebte und befangene Redner das Selbstvertrauen gewinnen, das er braucht, um im oeffentlichen Leben mit Erfolg taetig sein zu koennen.

Versammlungstechnik (3 Studienhefte). Nicht jeder Vorsitzende kann eine Versammlung richtig und einwandfrei leiten. Deshalb werden mit Hilfe dieses Kurses die guten parlamentarischen Regeln der Versammlungstechnik populaer gemacht.

Betriebswirtschaft (4 Studienhefte). Die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung der Arbeitnehmer macht es notwendig, dass ihre Vertreter einiges davon verstehen. Dieser Kurs gibt jedem die Moeglichkeit, sich das Wissen anzueignen, das er braucht, um die Interessen der Arbeitnehmer auch von einem hoeheren Gesichtspunkt aus zu verstehen und wahrzunehmen.

Genossenschaftswesen (4 Studienhefte) macht den Leser mit dem Wert und den Vorteilen genossenschaftlicher Organisationen vertraut. Im Mittelpunkt der Eroerterungen steht die Konsumgenossenschaftsbewegung.

Zeichensetzung und Rechtschreibung (4 Studienhefte) will dazu beitragen, die Maengel zu beseitigen, die das infolge des Nazismus und des Krieges verschlechterte Schulwesen hinterlassen hat.

Arbeitsverwaltung und Arbeitspolitik (5 Studienhefte) macht die Interessenten mit den Problemen des Arbeitsmarktes und der Lenkung der Arbeitskraft bekannt. Der Kurs dient vor allen Dingen der Schulung des Personals, das in der oeffentlichen Arbeitsverwaltung beschaeftigt ist.

Englisch fuer Anfaenger (6 Studienhefte) ist ein vorbildlicher Sprachkurs, der auch allen jenen willkommen sein wird, die schon etwas englisch sprechen, denen es aber an grammatikalischen Kenntnissen fehlt.

Kurse, die ganz speziell der beruflichen Weiterbildung dienen sollen sind: Technisches Rechnen I (4 Studienhefte) und Technisches Rechnen II (3 Studienhefte).

Von der Skizze zur technischen Zeichnung I. und II/ Teil (7 Studienhefte), sowie Kaufmaennisches Rechnen (5 Studienhefte).

Zum Schlusse soll erwaeht werden, dass die Briefschule jederzeit bereit ist, Auskuenfte ueber ihre Arbeit zu geben. Prospekte koennen ebenfalls kostenlos angefordert werden.

Die Anschrift der Briefschule ist: "DIE BRIEFSCHULE", Frankfurt a.M., Wilhelm Leuschnerstrasse 69/77.

- - - -

Den folgenden interessanten Artikel entnehmen wir der "New York Herald Tribune" vom 8. April 1950:

VERWALTUNG DER GEWERKSCHAFTSFONDS IST HAUPTPROBLEM IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Gesamtkapital der Gewerkschaftsorganisationen wird auf drei bis vier Billionen Dollar geschaezt.

Von H. Eugene Dickhuth

(New York- 7. April) - Das Gewerkschaftswesen ist zum

Grossgeschaeft geworden. Das Gesamtkapital aller Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten wird zur Zeit auf drei bis vier Billionen Dollar geschaezt, und die neuen Pensionsvertraege, ob sie bereits abgeschlossen oder noch in Bearbeitung sind, werden dieses Kapital voraussichtlich um 500 Millionen Dollar vermehren.

Die Verwaltung dieser riesigen Summen wird damit zu einem Problem von hervorragender Bedeutung. Diese und aehnliche Fragen bilden Gegenstand einer Erhebung, die gerade unter der Leitung von Alexander S. Lipsett, amtierender Direktor des Bueros fuer Oeffentliche- und Arbeitsbeziehungen (Public and Labor Relations Bureau), beendet wurde.

Die Ergebnisse dieser Erhebung sind von der Floyd L. Carlisle G.m.b.H. veroeffentlicht worden, "um die Gewerkschaftsfuehrer sowohl als auch die breite Masse der Gewerkschaftler ueber die voraussichtliche Hoehe der gewerkschaftseigenen Wohlfahrts- und Pensionsfonds zu informieren, fuer die Investierungsmoeglichkeiten gesucht werden sollen."

Verschiedene Maklerfirmen im ganzen Lande haben diese Tendenz bereits erkannt, und man sah in den vergangenen Monaten in Gewerkschaftszeitungen die ersten Reklamezeigen von Finanzfirmen.

Diese Entwicklungen sind gelegentlich noch durch Veroeffentlichungen in der Gewerkschaftspresse gefoerdert worden, in denen zu dieser Frage Stellung genommen wurde. Auch haben einige Investitionsberater der Wall Street die Verwaltung des Kapitals der Gewerkschaften bereits in die Hand genommen.

Die Ergebnisse der Erhebung Lipsett wurden unter der Ueberschrift "Teilhhaberschaft der Gewerkschaften an der Industrie" veroeffentlicht. Sie zeigen, dass der ueberwiegende Teil des Gewerkschaftskapitals gegenwaertig in Regierungen und Gemeindeverwaltungen investiert und in bar vorhanden ist, und dass ein Drittel der gesamten Aktiva Eigentum von nationalen und internationalen Organisationen ist, waehrend zwei Drittel den Lokalgewerkschaften gehoeren.

In dieser Veroeffentlichung wird geschaezt, dass in aller-naechster Zukunft Pensionskassen fuer etwa eine Million Stahlarbeiter, eine Million Automobilarbeiter und 500.000 Bergleute bestehen werden, und dass sich das Gesamtkapital, welches in diese Kassen fliessen wird, auf rund eine halbe Billion Dollar belaufen wird.

Die Lipsett Erhebung enthaelt eine Aufstellung der Kapitalien von 42 nationalen Gewerkschaften. Diese Angaben geben auf keinen Fall ein Gesamtbild der amerikanischen Gewerkschaftsfinanzen, sie bieten jedoch in gewisser Hinsicht einen Masstab.

In diesem Kapital sind die Geldreserven der Gewerkschaft fuer Unterstuetzungen bei Todesfaellen oder Arbeitsunfaehigkeit, der Grundstuecks- und sonstige Besitz wie Banken, Alters- und Erholungsheime, Rundfunksender, kuenstlerische Unternehmen etc. enthalten.

Die nationale Organisation der Gewerkschaft des Zugpersonals mit 1.100 Lokalgewerkschaften steht mit einem Kapital von 55.500.000 Dollar in dieser Aufstellung an der Spitze; es folgt die Gewerkschaft der Heizer und Lokomotivfuehrer mit einem Vermoegen von 35.300.000 Dollar. Der Internationale Verband der Kraftfahrer besitzt 21 Millionen Dollar, die Vereinigten Bergarbeiter 20 Millionen. Die Internationale Gewerkschaft der Drucker folgt mit 16.600.000 Dollar. An letzter Stelle stehen die Gewerkschaften der Hausangestellten und Brauereiarbeiter, die ueber ein Kapital von je 1 Million verfuegen.

Die Einnahmen der Gewerkschaften scheinen eine fragwuerdige Angelegenheit zu sein. In diesem Zusammenhang heisst es in der Erhebung: "Im Jahre 1943 meldeten etwa 29.000 Gewerkschaftsorganisationen den Finanzbehoerden ein Bruttoeinkommen von rund 400 Millionen Dollar. Seit dieser Zeit wurde jedoch kein umfassender Bericht von der Regierung herausgegeben."

Eine Aufstellung ueber die Investitionen der Gewerkschaften weist auf, dass von den 55.500.000 Dollar der Gewerkschaft des Zugpersonals etwa 42 Millionen in staatlichen und staedtischen Schuldverschreibungen, und nur 9.800.000 Dollar anderweitig angelegt sind. Die Drucker mit einem Gesamtvermoegen von 16.600.000 Dollar haben staatliche und staedtische Schuldverschreibungen im Werte von allein 13.300.000 Dollar aufgekauft.

Angesichts dieser sicheren und niedrig verzinnten Kapitalanlagen, deren sich die meisten Gewerkschaften bedienen, schlaegt man eine realistischere Investitionspolitik durch Investierung beträchtlicher Geldbeträge in privaten Unternehmen vor.

"Damit", erklarte Mr. Lipsett, "wuerden die Gewerkschaften mehr Zinsen beziehen, waeren gegen ein Absinken der Kaufkraft des Dollars gefeit, und in der Industrie wuerden durch diesen Kapitalzustrom mehr Beschaeftigungsmoeglichkeiten geschaffen."

All dies kann in der Tat zu einer Teilhaberschaft der Gewerkschaften an der Industrie fuehren. Es koennte eine aktive und eine passive Teilhaberschaft sein, was im Grunde jedoch genau das Gleiche waere.

New York Herald Tribune
8. April 1950

EIN KOMMUNIST SCHWENKT UM

Die Vorwuerfe, die der ehemalige Funktionaer einer kommunistisch beherrschten, franzoesischen Gewerkschaft, Andre Miffre, gegen die Fuehrer dieser Gewerkschaft erhob, liefern einen weiteren Beweis dafuer, dass es in den demokratischen Laendern einige Kommunisten gibt, die ihre Einstellung zum Marshall Plan und seinen Auswirkungen auf die Wirtschaft Europas aendern.

Miffre war aus der kommunistischen Partei ausgetreten und hatte sein Amt als Generalsekretaer des Gewerkschaftsverbandes der Chemischen Industrien (CGT) niedergelegt, weil er davon ueberzeugt war, dass die Fuehrer dieser Gewerkschaft nicht die Interessen Frankreichs im Auge hatten. Er erklarte, dass er zu einer gewissen Zeit ernstlich an der Marshall Plan Hilfe gezweifelt habe.

"Die Erfahrung hat uns jedoch gelehrt," sagte er, "dass ohne die Hilfe Amerikas unsere Industrie niemals in der Lage gewesen waere, unseren Mindestbedarf zu decken. Unsere Rohoel- und Petroleumimporte werden in Dollars bezahlt, die uns zu 85% von Amerika zur Verfuegung gestellt werden. Durdh die Hetze gegen den Marshall Plan kann die Arbeitslosigkeit in unseren Raffinieren, dem Verteilungssystem und im Transportwesen nicht beseitigt werden."

Miffre wandte sich in aller Schaerfe gegen die jetzigen Fuehrer der kommunistisch gefuehrten Gewerkschaft der Chemiearbeiter. Um seiner franzoesichen Heimat, treu sein zu koennen, erklaerte er, habe er sich gezwungen gesehen, seine fruehere Meinung zu aendern und sein Amt als Gewerkschaftssekretaer aufzugeben.

ECA Labor Information
2. Maerz 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG,
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 8

Frankfurt, 28. April 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|-------|
| Der Weltarbeitsmarkt - Mangel und Ueberschuss an Arbeitskraefte | 2 |
| Internationaler Bund Freier Gewerkschaften in die Vereinten Nationen berufen | 3 |
| AFL fuer hoehere Kaufkraft | 3 |
| Marshall Hilfe fuer Rotterdam | 4 |
| Neuer Gewerkschaftsvertreter im Anglo-Ameri- kanischen Produktivitaetsrat | 6 |
| Der Krisenausschuss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften | 7 |
| AFL geiselt rote Sabotage an der Waffenhilfe | 8 |
| Faliero Pinguentini | 10 |
| Der Marshall Plan, ein "Programm des Volkes" | 11 |
| Hoffman beglueckwuenscht die freien Gewerkschaften | -- 12 |

DER WELTARBEITSMARKT - MANGEL UND UEBERSCHUSS AN ARBEITSKRAEFTEN

Eine Erhebung ueber Mangel und Ueberschuss an Arbeitskraefte auf der ganzen Welt wurde kuerzlich von der Internationalen Arbeitsorganisation zu Ende gefuehrt.

Umfragen wurden bei 31 Regierungen durchgefuehrt und der Erhebung zugrundegelegt. Diese zeigt, dass fuenf europaeische Laender - Frankreich, Luxemburg, Schweden, Schweiz und England - im Laufe des Jahres 1950 8.900 Arbeiter besonderer Berufsgruppen in ihre Wirtschaft eingliedern koennten. Man schaezt ausserdem, dass allein Australien, wo nach eigenen Angaben immer noch Mangel an Arbeitskraefte herrscht, waehrend der sechs Monate bis zum Dezember 1949 72.000 Einwanderer aufgenommen hat. Die Vereinigten Staaten meldeten keinen Mangel an Arbeitskraefte, ihren Schaeztungen zufolge kamen jedoch im Laufe des Jahres 1949 153.000 Personen als regelrechte Einwanderer im Rahmen des nationalen Einwanderungsprogramms ins Land. In Norwegen herrscht Mangel an Facharbeitern, der Wohnraummangel macht jedoch augenblicklich ein Einwanderungsprogramm groesseren Umfangs unmoeglich.

Kanada, Chile, Israel und Neuseeland berichteten ebenfalls, dass sie Arbeiter aufnaehmen, konnten jedoch keine genauen Angaben ueber ihren Bedarf oder ihre Moeglichkeiten machen. In Kanada habe der Arbeitsmarkt im Jahre 1949 bewiesen, dass die Zeit ernsthaften Mangels an Arbeitskraefte vorbei sei. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die Quoten fuer Heimatvertriebene in zwei Berufssparten noch nicht erfuellt seien - fuer gelernte Handwerker des Baugewerbes stueden 800 Arbeitsplaetze und fuer Hausgehilfen 2.300 freie Arbeitsplaetze zur Verfuegung. Israel berichtete, dass es seine Politik der freien Einwanderung fuer Juden fortsetzen und soviel Menschen wie moeglich in das wirtschaftliche Leben seines Landes eingliedern werde. Auch in Neuseeland wird der Zustrom von Einwanderern anhalten, die sich hauptsaechlich aus Englaendern und Heimatvertriebenen zusammensetzen.

Laender mit ueberzaehlichen Arbeitskraefte, wie Oesterreich, Holland und die Schweiz, berichteten, dass 61.500 Arbeiter auswandern koennten. Ausserdem befinden sich 234.110 Heimatvertriebene unter der Obhut der Internationalen Fluechtlingsorganisation in Oesterreich, Italien und Deutschland. Diese Zahl enthaelt nicht die auf 10.000 geschaetzten deutschsprechenden Fluechtlinge in Oesterreich und nicht die ueberzaehlichen Arbeiter unter der einheimischen, italienischen Bevoelkerung.

In Italien, Hawai, Burma, den Philippinen und Finnland ist das Problem der Arbeitslosigkeit besonders schwierig. Zu den Laendern, die weder einen Ueberschuss an Arbeitskraefte, noch einen Bedarf an Arbeitern aus fremden Laendern meldeten, gehoeren Indochina, Iran, Belgien, Tschechoslowakei, Daenemark, Finnland und Polen.

Die Aufgliederung der Laender, die zusaetzlich Arbeitskraefte verwenden koennten, ist wie folgt:

Frankreich hat Bedarf an 3.600 Bergleuten fuer Kohlenbergwerke. Nach Luxemburgs Angaben koennen dort 2.600 staendige Landarbeiter und 1.000 Hausbedienstete eingestellt werden. Schweden koennte 50 gelernte Metallarbeiter, 60 Textilspinner, 50 Krankenpflegerinnen und 100 Hausgehilfen absorbieren.

Die Schweiz beabsichtigt, im Jahre 1950 11.500 Arbeiter fuer dauernd zu engagieren. Gleichzeitig sind dort 7.300 Arbeiter fuer die Auswanderung verfuegbar. Englands Bericht zeigt, dass dort im Laufe des Jahres 1950 2.500 weibliche Arbeiter aufgenommen werden koennen und zwar: fuer die Textilindustrien 1.700, in Strumpffabriken 200, in der Toepfereiindustrie 100 und 500 Krankenpflegerinnen und Krankenhausbedienstete. England schaezt ausserdem, dass im Jahre 1949 45.000 Personen mit Unterstützung der Regierung nach Australien ausgewandert sind.

ECA Labor Information
28. März 1950

INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN IN DIE VEREINTEN NATIONEN BERUFEN

Der Wirtschafts - und Sozialausschuss der Vereinten Nationen beschloss in dieser Woche einstimmig, den neugegruendeten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften als beratendes Mitglied aufzunehmen. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften ist nicht Vertreter irgendeiner Regierung und gehoert damit zu den Organisationen der "Kategorie A". Er kann in dieser, seiner neuen Eigenschaft Vorschlaege fuer die Tagesordnung des Ausschusses einreichen, die mit vielen der Probleme in Zusammenhang stehen, welche fuer die Gewerkschaften von Interesse sind. Sowohl die AFL als auch der CIO sind Mitglieder des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Die Praesidenten dieser Gewerkschaftsverbände, William Green (AFL) und Philip Murray (CIO), gehoeren zu dem 7 Mitglieder umfassenden Exekutivausschuss der neuen Gewerkschaftsinternationale. Bevor die Resolution ueber die Aufnahme des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften als Organisation der "Kategorie A" angenommen worden war, hatte man vereinbart, dass die AFL eine aehnliche Stellung, die sie in diesem Ausschuss der Vereinten Nationen innehatte, aufgeben sollte.

Als Chiles Mitglied im Ausschuss dem Weltgewerkschaftsbund "wahrhaft demokratischer" Gewerkschaftsbewegung seine Anerkennung aussprach, hiessen die meisten Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Vereinten Nationen den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften herzlich willkommen.

Amerikanisches Arbeitsministerium
"Weekly Labor News Digest"

AFL FUER HOEHERE KAUFKRAFT

In diesem "Probejahr der freien Wirtschaft" sieht der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL in der Erhoehung der Loehne eine wesentliche Notwendigkeit, um die wirtschaftlichen Probleme loesen zu koennen, denen die Gewerkschaften im Jahre 1950 gegenueberstehen.

"Tatsaechliche" Lohnverbesserungen koennen nur erreicht werden, wenn die Preise stabil bleiben, sagte die AFL, und weist auf die Tatsache hin, dass sich die nationale Wirtschaft nun in einer "Periode stabiler Lebenshaltungskosten" befindet. Fuer Unternehmen, deren Einkommen nicht ausreicht, um "wesentliche Lohnerhoehungen" gewahren zu koennen, schlaegt die AFL gemeinsame Programme der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Reduzierung der Gestehungskosten vor.

Aus AFL Kreisen verlautet ferner, dass durch den gegenwaertigen Werbefeldzug, der der AFL eine weitere Million von Mitgliedern einbringen soll, die allgemeine Lohnverbesserung gefoerdert werden koenne. Der Beweis hierfuer sei durch das praktische "business unionism" (geschaeftliches Gewerkschaftswesen) in der Vergangenheit gegeben. Unter Hinweis auf das statistische Material, das von 1945 bis 1949 durch Erhebungen des Statistischen Bueros des US Arbeitsministeriums zusammengetragen wurde, stellt die AFL fest, dass die Durchschnittslohntarife der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ueber denen der nichtorganisierten Arbeitnehmer lagen. So wurde zum Beispiel fuer jeden Dollar, den ein nichtorganisierter Arbeiter der Zieglstein- und Ziegelindustrie verdiente, 1, 20 Dollar durchschnittlich an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieses Industriezweiges gezahlt, waehrend die entsprechenden Tarife der organisierten Arbeiter der Getreidemuehlen 1,26 Dollar, der organisierten Baeckereiarbeiter 1,28 Dollar und der organisierten Arbeiter der Fleischkonservenfabriken 1,29 Dollar betragen.

In der wachsenden Arbeitslosenziffer sieht der AFL einen Grund zur Beunruhigung; sie koenne ungehemmt ansteigen, da sich "die industrielle Aktivitaet nicht schnell genug ausbreiten wuerde." Zwei Millionen Arbeitsplaetze mehr als im Jahre 1949 wuerden benoetigt, um die Vollbeschaeftigung verwirklichen zu koennen.

Amerikanisches Arbeitsministerium
"Weekly Labor News Digest"

MARSHALL HILFE FUER ROTTERDAM

Der Lebensstandard der hollaendischen Arbeiter ist 10 bis 15% hoeher, als er ohne die Marshall Plan Unterstuetzung gewesen waere, sagt einer der fuehrenden Gewerkschaftler Hollands.

Hendrik Westerlaken, der Vorsitzende der Sozialistischen Gewerkschaft der Transportarbeiter (NVV), erklaert ausserdem, dass der groesste Teil der zur Zeit in Gang befindlichen Wiederaufbauarbeiten am ausgebombten Rotterdam ohne die Marshall Plan Gelder undurchfuehrbar gewesen sei.

Rotterdam war die erste Satd des Westens, die die Wucht des Blitzkrieges zu spueren bekam, und es war eine der letzten Staedte, die in nazistischen Todeskampf noch schwer zu leiden hatte. Dazwischen lag es im Bombenhagel der Alliierten. Im Mai 1940 wurde Rotterdam, ohne vorher gewarnt zu werden, von den Nazis bombardiert. Rund 25.000 Haeuser, 2,350 Laeden, 2.000 kleinere Fabriken und Lagerhaeuser und 1.450 Buerogebaeude fielen in Schutt und Asche. Nahezu 80.000 Menschen waren obdachlos. Waehrend der Besatzung wurde die Stadt von den Bomben der Alliierten schwer und oft getroffen. Dann sprengten die fliehenden deutschen Besatzungstruppen im September 1944 die Hafenanlagen in die Luft - Kaianlagen in einer Laenge von 6,5 km mit Kraenen, Trockendocks und allem Zubehoer.

Um all dies wiederaufzubauen, werden Millionen von Dollars benoetigt. Ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten laege der groesste Teil der Arbeiten still und viele Arbeiter haetten keine Beschaeftigung.

Westerlaken hob ganz besonders Folgendes hervor: "Wenn wir den Marshall Plan nicht haetten, waere unser Lebensstandard um 10 bis 15% niedriger als gegenwaertig." Zwoelfhundert Arbeiter sind allein beim Wiederaufbau der Kais beschaefligt. Dreizehntausend Bauarbeiter beseitigtendie Truemmer, die die Deutschen hinterlassen hatten, und bauen nun das neue Rotterdam auf. Die Stadt wuenscht, ihren Wiederaufbau so schnell wie moeglich zu vollenden. Den Bauarbeiten werden deshalb besonders gute Loehne geboten, und sie werden bei der Wohnraumzuteilung bevorzugt behandelt. Aus der Marshall Hilfe sind mindestens 40 Millionen Gulden (10.500.000 Dollar) in Form von Gegenwertfonds fuer den Wiederaufbau des Hafens und der Bahnhoefe von Rotterdam bereitgestellt worden.

Arbeiter, die an Marshall Plan Projekten beschaefligt sind, wie zum Beispiel an den Kaianlagen, des Rotterdamer Hafens, verdienen 45 und 50 Gulden woechentlich. Der Wochenlohn eines Hafenarbeiters betraegt durchschnittlich 60 Gulden. Beide beklagen sich darueber, dass die Preise weit schneller als die Loehne angestiegen seien. Einer Forderung nach einer allgemeinen Lohnerhoehung um 5% wurde kuerzlich stattgegeben, jedoch sind nicht alle Industriezweige verpflichtet, diese Erhoehung zu gewaehren.

Es gibt vier grosse Gewerkschaften in Holland; der Gewerkschaftsbund (NVV) mit 400.000 Mitgliedern, die Christliche (oder Protestantische) CNV Gewerkschaft mit 155.000 Mitgliedern, die Katholische Union (290.000 Mitglieder) und eine kommunistische Gewerkschaft (EVC), deren Mitgliederzahl sich angeblich auf 160.000 belaeuft. Die ersteren drei Gewerkschaften haben sich zum Zwecke gemeinsamen Kollektivverhandelns im Gewerkschaftsrat zusammengeschlossen. Dieser Rat bearbeitet Streitfragen zusammen mit Vertretern der Unternehmer, die ebenfalls eine "Gewerkschaft" haben. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, wird ein Ausschuss der Regierung als Schiedsrichter hinzugezogen. Alle Gewerkschaften ausserder kommunistischen haben sich offiziell mit den Zielen des Marshall Planes einverstanden erklaert und ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, am Marshall Plan mitzuarbeiten. Sie sind im Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss des ERP vertreten.

Die Arbeiter sind sich voll und ganz der Bedeutung des Marshall Planes bewusst und wissen, was sie diesem Programm in den vergangenen beiden Jahren zu verdanken hatten. Abraham Baars, der Mitglied der CNV ist und an den Rotterdamer Kaianlagen arbeitet, erklaerte: "Ohne die Marshall Plan Hilfe haetten wir die Schwierigkeiten dieser Nachkriegszeit nicht ueberwinden koennen. Unser Lebensstandard ist zwar nocht nicht gut. Stellen Sie sich vor, wie er ohne das ERP gewesen waere!" Jilles van Dalen, Mitglied des Gewerkschaftsbundes NVV, ist der Ansicht, dass "nachdem die Deutschen das Land verwuestet hatten, die Marshall Hilfe unerlaesslich war, wenn die Wirtschaft wieder auf die Fuesse gestellt werden sollte."

Die Arbeiter sagen, dass ihnen der Marshall Plan Arbeit gegeben hat, dass die Preise jedoch schneller als die Loehne gestiegen seien und es selbst mit Lohnerhoehung fuer den Arbeiter schwierig sei, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, da nach Kriegsende niemand mehr Ersparnisse besass. Van Dalen sagte: "Vor dem Kriege habe ich woechentlich 3g,50 Gulden verdient. Fuer einen Gulden konnte ich aber einen Schinken von 7 Pfund kaufen. Nun verdiene ich nach Abzug der Steuern 46,31 Gulden, ein Pfund Schinken kostet mich jedoch 1,50 Gulden. Mein Lohn ist hoeher,

und trotzdem geht es mir schlechter. Durch die Marshall Hilfe gibt es wieder Nahrungsmittel und Kleidung, aber wir brauchen niedrigere Preise, um zu unserem alten Lebensstandard zurueckkehren zu koennen."

Die Sozialversorgung fuer Gewerkschaftsmitglieder ist verbessert worden. Es gibt von der Regierung getragene, besondere Lebensversicherungen fuer Arbeiter; Druckereien, die Tages- und Gewerkschaftszeitungen veroeffentlichen, Berufsschule und Erholungsheime wurden eingerichtet. Ein privates Sanatorium fuer TB Kranke ist von der Katholischen Union erbaut worden. Dem Gewerkschaftsrat ist es gelungen, das Jahreseinkommen der Arbeiter um eine Feiertagszulage von 2% zu erhoehen, Die Arbeitgeber zahlen jetzt einen Betrag, der 20% des Jahreseinkommens des Arbeiters entspricht, fuer soziale Einrichtungen, wie zum Beispiel Alterspensionen. Fuer 80% aller Arbeiter Hollands werden die Loehne jetzt in Tarifvertraegen festgelegt.

Die Arbeiter von Rotterdam spielen eine wichtige Rolle. Die Kriegsschaeden in Rotterdam allein machen 30% der gesamten Kriegsschaeden Hollands aus. Die Kaianlagen sind jedoch bereits wiederhergestellt; es gibt heute mehr schwimmende Trockendocks, mehr Oellager mit groesserem Fassungsvermoegen und mehr Getreideheber als vor dem Kriege. Weiterhin beachtenswert sind Kraene und Lagerhaeuser. Viel ist zur wirksameren Nutzung des vorhandenen Materials getan worden, um die Kapazitaet des Hafens wiederherzustellen. Massgebliche Behoerden schreiben die Geschwindigkeit, mit der der Wiederaufbau vonstatten geht, der Tatsache zu, dass Rotterdam mit Hilfe des Marshall Planes versucht hat, den Arbeitern eine Chance zu geben.

ECA Labor Information
8. Maerz 1950

NEUER GEWERKSCHAFTSVERTRETER IM ANGLO-AMERIKANISCHEN PRODUKTIVITAETSRAAT

Laut einer Mitteilung des Administrators der Europahilfe, Paul G. Hoffman, ist A. J. Hayes, ein amerikanischer Gewerkschaftsfuehrer und Praesident des Internationalen Metallarbeiter Verbandes zum Mitglied der Amerika Abteilung im Anglo-Amerikanischen Produktivitaetsrat ernannt worden.

Mr. Hayes ist der Nachfolger Harvey Browns, des frueheren Praesidenten des Internationalen Metallarbeiter Verbandes, der das Amt eines Beraters fuer Arbeitsfragen des amerikanischen Hohen Kommissars fuer Deutschland, John J. McCloy, uebernommen hat und zugleich Hauptberater fuer Arbeitsfragen in der deutschen Marshall Plan Mission ist.

Der Produktivitaetsrat wurde im September 1948 gebildet, um durch den Austausch technischer Erfahrungen und Methoden zwischen der amerikanischen und englischen Industrie die Produktionsleistung der Industrie steigern zu helfen. Im Verlauf des Jahres 1949 besuchten nahezu 300 Vertreter der Gewerkschaften und Unternehmer Englands als Mitglieder von 14 Produktivitaets-Teams die Vereinigten Staaten. Sie studierten die Methoden zur Steigerung der Produktionsleistung in den Industriezweigen Metall, mechanische und elektrische Ausruestungen, Textilien und Kunstduengemittel. Wie Administrator Hoffman mitteilte, beabsichtigt man, das Programm im Jahre 1950 unter Auswertung der Ergebnisse

des letzten Jahres zu erweitern. Die Kosten fuer die Studienreisen werden gemeinsam von den beiden Regierungen, der Marshall Plan Verwaltung und den Arbeitgebern der Teilnehmer getragen.

ECA Labor Information
2. Februar 1950

DER KRISENAUSSCHUSS DES INTERNATIONALEN BUNDES FREIER GEWERKSCHAFTEN

Der nachstehende Bericht ist von Pat Frayne, der an einer Sitzung des Krisenausschusses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Bruessel vom 16. - 18. Maerz teilnahm. Dieser Bericht soll Sie über die letzten Vorgaenge innerhalb der Gewerkschaftsinternationale informieren. Der obengenannte Krisenausschuss ist berechtigt, im Namen der 50 Millionen organisierter Arbeiter Probleme zu loesen, die unerwartet auftreten koennen und dringend einer Loesung beduerfen.

- - - - -

Der Ausschuss nahm eine Resolution an, in der er erneut seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck brachte, den Atlantik Pakt zu unterstuetzen. In dieser Resolution heisst es: "Der Sabotagefeldzug der Kommunisten gegen den Waffentransport im Rahmen des Atlantik Paktes stellt eine direkte Beeinträchtigung des Rechtes der freien Voelker dar.

"Als demokratische Buerger bestehen wir vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften auf dem Recht der freien Nationen, sich zur Abwehr irgendeiner Aggression zusammenzuschliessen. Die Signatarmaechte des Atlantik Paktes haben sich nach dem auf demokratische Weise zum Ausdruck gebrachten Willen ihrer Voelker zum Zwecke der Selbstverteidigung verbuendet."

"Das Kominform und der sogenannte Weltgewerkschaftsbund sind Werkzeuge der russischen Aussenpolitik. Kommunistische Versuche, die Waffenlieferungen zu unterbrechen, stellen eine Art Taetigkeit einer Fuenften Kolonne und einen über die ganze Welt sich ausbreitenden Feldzug dar, der die freien, demokratischen Laender der Welt entzweien und schwachen und damit die sowjetische Expansion erleichtern soll."

In der Verlautbarung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften heisst es weiter, dass die Kommunisten in heuchlerischer Weise den Frieden auf ihre Fahne schreiben, "waehrend sie alle Moeglichkeiten ausnutzen, die Sowjet Union und ihre Satelliten bis an die Zaehne zu bewaffnen."

Alle Arbeiter der Welt werden in der Resolution aufgerufen, sich der kommunistischen Sabotageoffensive entgegenzustellen. Diese Resolution zum Atlantik Pakt bildete den Hoehepunkt in der dreitaegigen Sitzung des Krisenausschusses.

Ausserdem nahm der Ausschuss noch die folgenden Entschliessungen an:

Der Sowjet Regierung wurde zur Last gelegt, das Moskauer Abkommen von 1943 verletzt zu haben, indem sie den Abschluss

eines Staatsvertrages mit Oesterreich sabotierte. Die sofortige Wiederherstellung der oesterreichischen Unabhaengigkeit und der Abzug aller Besatzungstruppen wurde gefordert. Mit allem Nachdruck wendete man sich gegen Tendenzen, die darauf zielen, die gegen das Franco Regime in Spanien gerichtete Resolution der Vereinten Nationen abzuaendern, und man forderte die Beibehaltung der "kompromisslosen feindseligen Haltung" gegenueber der Franco Regierung.

Alle angeschlossenen Gewerkschaften der Welt wurden aufgefordert, gemeinsam gegen die "unwuerdigen Handlungen und Methoden" der Regierung von Argentinien zu protestieren, wo Arbeiter eingekerkert und misshandelt werden, ein Gewerkschaftler sterben musste und demokratische Zeitungen unterdrueckt werden. Es wurde beschlossen, eine Delegation nach Sued-Ost Asien zur Unterstuetzung und Staerkung der freien Gewerkschaften zu entsenden. Zur Besprechung der Ruhrprobleme wurde eine Konferenz von Gewerkschaftsorganisationen aus den an dieser Frage interessierten Laender zum 22. und 23. Mai nach Duesseldorf einberufen. Die Entsendung eines Vertreters nach Griechenland zur Unterstuetzung der griechischen Gewerkschaftsbewegung wurde genehmigt. In New York soll ein Buero des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften eingerichtet werden, das die freien Gewerkschaften der Welt im Wirtschafts und Sozialrat der Vereinigten Staaten vertreten soll. Mit den Internationalen Sekretariaten wurde ein Abkommen zur gegenseitigen Unterstuetzung auf dem Gebiet der Gewerkschaftsorganisation getroffen.

Die Veroeffentlichung eines zwei-woechentlichen Nachrichtenblattes und eines Monatsberichtes in vier Sprachen, naemlich Spanisch, Franzoesisch, Deutsch und Englisch wurde angekuendigt. Ausserdem soll ein Programm zur Ausbildung und Erziehung aufgestellt und eine Konferenz ueber diese Angelegenheit unter Teilnahme der angeschlossenen Organisationen einberufen werden. Eine Sitzung des Exekutivausschusses in Bruessel am 25. und 26. Mai wurde angekuendigt. Die Errichtung eines Bueros des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Genf zur Vertretung der Arbeiter in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurde geplant.

An den exekutiven Sitzungen nahmen teil: Der Praesident Paul Finet (Belgien), Hans Boeckler (Deutschland), Irving Brown (USA-AFL), Elmer Cope (USA-CIO), Leon Jouheaux (Frankreich), Deven Sen (Indien), Sir Vincent Tewson (Grossbritannien) und der Generalsekretaer J.H. Oldenbroek. Francisco Aguirre (Kuba) war verhindert an der Sitzung teilzunehmen.

Saemtliche Mitglieder des Ausschusses erschienen zu einer Pressekonferenz, die in drei Sprachen - Englisch, Franzoesisch und Deutsch - abgehalten wurde. Der Generalsekretaer Oldenbroek leitete die Konferenz und berichtete von Zweck und Ziel des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und der vom Krisenausschuss geleisteten Arbeit.

ECA Labor Information

AFL GEISELT ROTE SABOTAGE AN DER WAFFENHILFE

Das Komitee fuer Internationale Wechselbeziehungen der Arbeit im Amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL veroeffentlichte nach einer Sitzung in Washington eine Erklaerung, in dem das Programm der Nordatlantischen Staaten der Unterstuetzung zur gegenseitigen

Verteidigung voll und ganz gebilligt und die kommunistischen Versuche, dieses Programm zu sabotieren, angeprangert werden.

Die Erklarung wendet sich gegen die Versuche der Kommunisten, "Chaos, Verwirrung und Schwache zu schaffen, in denen der Kommunismus gedeihen kann," indem sie die Hilfe der Vereinigten Staaten fuer die Westeuropaeischen Nationen in Form des Marshall Planes, den Nordatlantik Pakt und das Waffenhilfsprogramm zu sabotieren versuchen. Die AFL als der Repraesentant Millionen amerikanischer Arbeiter erklarte, dass "der sowjetische Imperialismus seit 1945 seine Fuehler ueber weite Gebiete in Osteuropa und Asien ausgestreckt habe, die von nahezu 600 Millionen Menschen bewohnt seien."

"Die gegenwaertige, sogenannte "Friedensoffensive" des Kominform und seiner Helfershelfer, insbesondere des Weltgewerkschaftsbundes und der "Kaempfer fuer den Frieden", heisst es in der Verlautbarung des AFL, "ist von hinterlistigen, diplomatischen Manoevern begleitet, die die Illusion erwecken sollen, der Kreml wuensche eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten mit den Vereinigten Staaten und anderen Nationen."

Die U.S. Gewerkschaft nahm zu den kommunistischen Versuchen Stellung, in Europa und insbesondere in Frankreich und Italien politische Streiks zu organisieren, die angeblich den Zweck haben sollen, den Abzug der franzoesischen Truppen aus Indochina, der britischen Truppen aus den Malaienstaaten und Burma, der hollaendischen Truppen aus Indonesien und der amerikanischen Truppen aus Korea und Japan zu erzwingen. Der wahre Zweck dieser kommunistischen Manoever, sagt die AFL, ist, "diese asiatischen Laender und Westeuropa fuer eine eventuelle Einverleibung in das sowjetische Gebiet reif zu machen."

"Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung lehnt den kolonialen Imperialismus ab," lautet die Erklarung weiter, "und besteht auf dem Recht dieser und aller anderen Laender, unabhengig zu sein. Wenn jedoch in diesem Augenblick die Truppen aus diesen Gebieten zurueckgezogen wuerden, dann wuerden sie dem sowjetischen Imperialismus zum Opfer fallen, was fuer sie weit schlimmer als alles waere, was man in der Geschichte bisher gekannt hat."

Die AFL spricht den italienischen und franzoesischen Hafentarbeitern ihre Anerkennung dafuer aus, dass sie dem kommunistischen Aufruf nicht Folge leisteten und sich nicht weigerten, Waffenlieferungen zu entladen und Material nach Indochina zu verschiffen.

"Die amerikanischen Arbeiter stehen den Arbeitern Westeuropas in ihrem Kampf um hoehere Loehne zur Seite. Wir sind der Ansicht, dass der durch die Marshall Plan Hilfe ermoeeglichte Wiederaufbau diese wirtschaftlichen Forderungen rechtfertigt....

"Unsere Ziele und ihre Ziele sind die gleichen --- die Garantie der Menschenrechte, Fortschritt zu allgemeiner Prosperitaet und Aufrechterhaltung des Friedens... Sechzehn Millionen amerikanische Arbeiter stehen entschlossen hinter den freien Arbeitern Europas. Wir werden dafuer sorgen, dass sie die Waffen erhalten, die sie brauchen, um ihre Freiheit verteidigen zu koennen,"

Sieben ameriknaische Seefahrergewerkschaften gaben kuerzlich das Versprechen ab, "der europaeischen freien Gewerkschaftsbe-

wegung in ihrem Kampf gegen die kommunistische Diktatur jed-
moegliche Unterstuetzung zukommen zu lassen und ihr Waren
zu bringen," wie sie im Marshall Plan und dem Hilfsprogramm
zur gegenseitigen Verteidigung vorgesehen sind.

Washington, 3. April 1950

FALIERO PINGUENTINI

Faliero Pinguentini, der Sekretaeer der sozialistischen
Gewerkschaft von Triest, ist ein altbewahrter Kaempfer, der
sich sowohl im Kriege als Angehoeriger gegen die Nazis gericht-
teten Untergrundbewegung, als auch in dem gegenwaertigen Kalten
Kriege gegen die Kommunisten Verdienste erworben hat.

Wr wurde in Triest am 10. Juli 1922 als Sohn eines Werk-
zeug- und Schnittmachers geboren, der ueberdies Gewerkschaftler
mit Leib und Seele war. Pinguentini folgte seinem Vater sowohl
im Beruf als auch in seiner Laufbahn als Gewerkschaftler.

Waehrend des Krieges arbeitete er in den Schiffswerften
von Triest. Er schloss sich der Widerstandsbewegung an und
kaempfte gegen die Deutschen. Nach der Befreiung kehrte er
nach Triest zurueck und machte sich sofort daran, eine demokra-
tische Gewerkschaftsbewegung als Opposition gegen die kommunist-
tisch beherrschten Syndikate zu organisieren.

Als die Kommunisten im Jahre 1945 die Herrschaft ueber
die Schiffswerften in die Hand bekamen, war Pinguentini gezwungen,
seine Arbeit in der Maschinenfabrik St. Andrea niederzulegen.
1946 wurde er wieder eingestellt und zum Betriebsratvorsitzenden
gewaehlt. Auf Grund seiner kompromisslosen Einstellung gegen
politische Streiks wurde ihm mehrere Male von den Kommunisten
gedroht. Als diese versuchten, sich die Herrschaft ueber die
Gewerkschaftskammer zu sichern, eine Koerperschaft, in der alle
nichtkommunistischen Gewerkschaften in Triest vertreten sind,
kaempfte Pinguentini mit aller Macht gegen diese Versuche an.
Die Folge davon war, dass er heinahe einem Mordanschlag zum
Opfer gefallen waere.

Seit 1947 ist Pinguentini Sekretaeer der Arbeitskammer.
Er und die beiden anderen Sekretaeere, Livio Novelli und Giuseppe
Bazzato, nahmen als Delegierte an der Gruendungskonferenz des
Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in London teil und
sind nun Mitglieder des Verwaltungsrates der neuen Gewerkschafts-
int ernationale.

LIVIO NOVELLI, Sekretaeer der katholischen Gewerkschaft von
Triest, ist von Beruf Rechtsanwalt und stammt aus dem Mittel-
stand von Triest.

Er begann seine Gewerkschaftslaufbahn nach dem Kriege,
als er zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates fuer Tarifver-
traege und Arbeitstreitigkeiten gewaehlt wurde. Waehrend der
letzten fuenf Jahre gingen praktisch alle von der katholischen
Gewerkschaft abgeschlossenen Vertraege durch seine Haende, und
Novelli hat es sich trotz seines jugendlichen Alters zur Auf-
gabe gemacht mit allen Problemen der Arbeiter von Triest vertraut
zu werden. Solange er Gewerkschaftler ist, war er immer ein stand-
hafter Antikommunist und hat sich entschieden gegen alle Versuche
gewandt, die Gewerkschaftsbewegung fuer politische Zwecke zu
verwenden.

1947 wurde Novelli zum stellvertretenden Sekretar der Arbeitskammer von Triest gewaehlt. Kuerzlich wurde er Sekretar und nahm, in dieser Eigenschaft, wie bereits oben erwahnt, an der Gruendungskonferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in London teil. Er wurde ebenfalls in den Verwaltungsrat dieses Internationalen Gewerkschaftsbundes berufen.

ECA Labor Information
9. Maerz 1950

DER MARSHALL PLAN, EIN "PROGRAMM DES VOLKES".

Philip Murray, der Praesident des CIO, erklarte, "der Marshall Plan sei eine Art ehrlich gemeinten, schoepferischen Programms, welches von kleinen Leuten gestaltet sein koennte, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, ein Weltproblem zu loesen."

Murrays Rede wurde anlaesslich des zweiten Jahrestages des Europaeischen Wiederaufbauprogramms in einer Sendung der "Stimme Amerikas" uebertragen. Ausserdem sprach Michael Ross, der CIO-Repraesentant fuer Internationale Angelegenheiten.

"Selten haben sich Nationen ploetzlich und unerwartet ueber die laestigen Kleinigkeiten hinweggesetzt, die die internationalen Beziehungen staendig stoeren, um geradewegs und unerschrocken die Loesung des Problems des Weltfriedens in Angriff zu nehmen," sagte Murray. "Hierin liegt die Groesse des Marshall Planes... Nichts von Buerokratie, von behandschuhter Diplomatie und engstirniger Tradition haftet ihm an, wie wir es an Dingen von weltpolitischer Bedeutung schon ganz gewohnt sind."

Murray erklarte, dass die sechs Millionen Mitglieder des CIO "stolz darauf seien, ihren Teil zu der Entwicklung des Marshall Planes beigetragen zu haben," und dass sie die Europaeer zu ihrem grossen Erfolg beglueckwuenschten, "der selbst die Vorhersagen unserer Statistiker und Staatsmaenner uebertroffen hat."

Indem er wiederholte, was Murray schon zum Ausdruck gebracht hatte, fuehrte Michael Ross aus: "Unseren Arbeitskollegen in Europa moechte ich noch einmal sagen, dass die Gewerkschaften Amerikas entschlossen hinter der Europaeischen Wiederaufbau Programm stehen."

"Wir unterstuetzen dieses Programm deshalb, weil wir wissen, dass es das Wohlergehen der Menschen in Europa foerdern und ihren Lebensstandard verbessern wird." Ross erklarte, dass der CIO darauf bedacht sei, die staendige Zusammenarbeit der Arbeiterschaft an diesem Programm zu gewaehrleisten. Er hielt einen Rueckblick auf die Erfolge des Marshall Planes waehrend der beiden ersten Jahre seines Bestehens und wies besonders auf "das Band der Freundschaft hin, welches sich durch die ECA enger und dauerhafter zwischen unseren Laendern gestaltet habe. Das traefe besonders fuer die Gewerkschaftsbewegungen der betreffenden Staaten zu."

"Noch muessen viele Hindernisse ueberwunden werden," erklarte Mr. Ross, "aber an diesem Wendepunkt des ERP haben wir allen Grund zu hoffen und zu glauben, dass das gemeinsame Streben unserer Voelker nach Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand alle Hindernisse beseitigen wird, die einem gluecklichen, unabhengigen Europa noch im Wege stehen."

ECA Labor Information
21. April 1950

HOFFMAN BEGLUECKWUENSCHT DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN

"Der Anteil der freien Gewerkschaftler Europas und ihrer amerikanischen Brueder an den wirklich bemerkenswerten Erfolgen im Wiederaufbau ganz Westeuropas waehrend der vergangenen Jahre ist nicht gering."

Mit diesen Worten gruesste der ECA Administrator Paul Hoffman die dritte Volkskonferenz des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses des Europaeischen Wiederaufbauprogramms, die kuerzlich in Rom stattfand."

"Ich kann nicht genug betonen," fuhr Mr. Hoffman fort, "wie sehr ich die bedeutende Mitarbeit der arbeitenden Maenner und Frauen aller am ERP teilnehmenden Nationen anerkenne und schaeetze."

Mr. Hoffman fuegte hinzu, dass zur erfolgreichen Durchfuehrung des Marshall Planes nur noch wenig Zeit zur Verfuegung stuende und zwei besonders schwierige Aufgaben geloest werden muessen.

"Wir muessen erstens die Produktionsleistung steigern," sagte er. "Und dann muessen wir, um die erhoelte Produktionsleistung auch wirklich zur Geltung kommen zu lassen, die Schranken einschraenkender, veralteter Methoden niederreißen, die es den europaeischen Wirtschaftslaendern unmoeglich machen, an einem starken und gesunden System zum Wohle aller ihrer Voelker gemeinsam zu arbeiten."

"Im Vertrauen auf Ihre Hilfe und Mitarbeit stelle ich Ihnen diese doppelte Aufgabe," schloss er.

Mr. Hoffmans Gruesse an die dreitaegige Konferenz wurden telegraphisch von Washington uebermittelt.

ECA Labor Information
19. April 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 9

Frankfurt, 5. Mai 1950

ZWEI JAHRE MARSHALL-PLAN

| | |
|---|----|
| Der Marshall Plan auf halbem Wege - - - - | 1 |
| Die Stimme einer freien Welt - - - - - | 3 |
| Leon Jouhaux: Der Marshall Plan, eine neue Art internationaler Solidarität - - - - - | 5 |
| Produktivität und Dollarkluft - - - - - | 7 |
| Schwedische Gewerkschaften zum europäi- schen Hilfsprogramm - - - - - | 11 |

DER MARSHALL PLAN AUF HALBEM WEGE

Radio-Vortrag von Walter Schevenels

Anlaesslich der am 18., 19. und 20. April 1950 in Rom stattfindenden Dritten Vollkonferenz der ERP Gewerkschaftsorganisationen und der Tatsache, dass der Marshallplan auf halbem Wege angelangt ist, hielt Walter Schevenels, Sekretär des Pariser Verbindungs-Büros des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses fuer den Europäischen Hilfsplan, am 24. März am Radio folgenden Vortrag:

„Im naechsten Monat wird in Rom eine Vollkonferenz der am ERP teilnehmenden Gewerkschaftsorganisationen abgehalten, um den Bericht ueber die zweijaehrige Taetigkeit des Gewerkschaft-

lichen Beratungsausschusses zu diskutieren, der im Maerz 1948 als offizielle Vertretung der europaeischen Gewerkschaften in allen die Durchfuehrung des Marshallplans betreffenden Angelegenheiten gebildet wurde. Die Konferenz wird einen Bericht ueber die Gewerkschaftspolitik hinsichtlich der aktuellen Probleme diskutieren, die sich durch die gegenwaertige Entwicklung des Europaeischen Hilfsplans stellen. Es ist ein glueckliches Zusammentreffen, dass diese grosse Gewerkschaftskonferenz zu eben der Zeit stattfindet, wo der Marshallplan auf halbem Wege angelangt ist."

"Aus diesem Grunde ist es angebracht, einen kurzen Ueberblick ueber die bisherigen Ergebnisse des Marshallplans zu geben. Bei dieser Gelegenheit werden die europaeischen Gewerkschaften von mir als Sekretaer ihres Ausschusses sicher erwarten, in ihrem Namen von der Erkenntnis zu sprechen, dass das Bestehen des Marshallplans hauptsaechlich auf die Unterstuetzung seitens der amerikanischen Gewerkschaften zurueckzufuehren ist und dass diese eine wichtige Rolle gespielt haben, indem sie dem ERP seine wirkliche Bedeutung als uneigennuetzige, grosszuegige Hilfe an notleidende Voelker gaben."

"Die natuerlichen und materiellen Hindernisse und Schwierigkeiten, welche der Marshallplan zu ueberwinden hatte, waren ungeheuer. Die Arbeit wurde noch schwieriger gestaltet durch die aeusserst boshafte und gemeine Sabotage der Kommunisten, die jedes in ihrer Macht stehende Mittel anwandten, um das wirtschaftliche Chaos zu verschlimmern, wobei sie auf die Not und Verzweiflung der europaeischen Voelker spekulierten, um die Eroberung Europas durch die Kommunisten zu foerdern. Sie stempeln den Marshallplan als eine Bemuehung der Amerikaner, die europaeischen Voelker zu versklaven, mit dem Ziel kapitalistischer und imperialistischer Ausbeutung und der Vorbereitung eines neuen Krieges. Wir wollen unsere Zeit nicht damit vergeuden, diese dummen und kriminellen Behauptungen zu widerlegen, welche nur die tauschen koennen, die getauscht werden wollen, oder diejenigen, die aufgehoert haben, selbst zu denken."

"Trotz all dieser Schwierigkeiten kann gesagt werden, dass von den ERP-Laendern in den letzten zwei Jahren beachtenswerte Fortschritte erzielt wurden, und schneller, als man erwartete. Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion ist um 30% und mehr angestiegen. Grosse Fortschritte sind auf dem Gebiet der inneren Waehrungsstabilisierung gemacht worden. Das Vertrauen in die Zukunft Europas ist wieder hergestellt worden. Ohne den Zustrom von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in diesen zwei Jahren haette die Arbeitslosigkeit ein Ausmass angenommen, dem zu steuern unmoeglich gewesen waere. Dank der Marshallhilfe konnte die Inflation in Grenzen gehalten werden. Jetzt wissen all diejenigen, welche die Inflation in Deutschland und Oesterreich in der Zeit zwischen den beiden Kriegen gesehen oder von ihr gehoert haben, welches Elend insbesondere den europaeischen Arbeitern geblieben ist."

"Aus diesen zwei Gruenden, neben vielen anderen, koennen die europaeischen Arbeiter, und die Bevoelkerung Europas im allgemeinen, dem amerikanischen Volk und der amerikanischen Arbeiterschaft dankbar sein fuer ihre konstruktive und grosszuegige Tat internationaler Solidaritaet."

DIE STIMME EINER FREIEN WELT

Gewerkschaftsfuehrer zu beiden Seiten des Atlantiks gaben in diesem Monat gemeinsam das Versprechen ab, den Marshall Plan auch weiterhin zu unterstuetzen und sich dafuer einzusetzen, dass die Arbeiter auch in den Genuss der diesem Plan entspringenden Vorteile in Form von Vollbeschaeftigung und hoeherer Realloehne kommen.

Dies kam in einer Reihe von Ansprachen zum Ausdruck, die von verschiedenen Rednern sowohl im Namen der europaeischen als auch der amerikanischen Arbeiter anlaesslich des zweiten Jahrestages des Beginns des Marshall Plans gehalten wurden, mit dem auch gleichzeitig die erste Haelfte dieses Programms abgelaufen ist. Diese Reden sollen in der "Stimme Amerikas" im Rundfunk uebertragen werden.

Die amerikanischen Gewerkschaftsfuehrer erklaeerten, dass die Arbeiterschaft Amerikas das Programm mit ganzem Herzen unterstuetzt haette und dies auch in Zukunft tun wuerde. Sie betonten jedoch, dass es letzten Endes den Bemuehungen der Europaeer selbst zu verdanken sei, wenn Europa auf dem Weg zum Wiederaufbau vorwaertsgekommen sei. Als geradezu wunderbar bezeichneten die amerikanischen Redner die bereits erzielten Erfolge.

"Wenn ich an die dunklen Jahre zurueckdenke, die dem Krieg unmittelbar folgten," sagte James Carey, Sekretaeer des CIO, "dann erinnere ich mich nur zu gut an die ungeheuren Probleme, vor die sich Europa gestellt sah. Die Voelker Europas waren erschoeepft, die Menschen heimatlos und hungrig. Die langen Kriegsjahre hatten ihren Zoll von ihnen gefordert..."

Carey wies darauf hin, dass "die amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen von Anfang an Verstaendnis fuer die Not der Europaeer gehabt und eine bedeutsame Rolle in der Entwicklung und Gestaltung des Marshall Planes gespielt haetten... "Das amerikanische Volk war von diesem Programm so ueberzeugt," sagte er, "dass es fuer den Wiederaufbau Europas einen Betrag aufgebracht hat, der einem Durchschnitt von 100 Dollar fuer jeden Mann, jede Frau und jedes Kind nahekommt. Wir sind uns jedoch bewusst, dass selbst mit all diesem Geld Europa nicht wiederaufgebaut werden koennte, wenn sich die Menschen Europas nicht durch schwere Arbeit und Opfer an diesem Programm beteiligten. Heute, nach Vollendung der ersten Haelfte des Programms, sagen wir mit Stolz und Bewunderung, dass der groesste Anteil an Europas erstaunlichem Fortschritt den Europaeern zukommt."

Auch William Green und George Meany, Praesident und Vizepraesident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, lobten die Einigkeit der Arbeiter der ganzen Welt in der Unterstuetzung des Marshall Planes.

"In den ersten beiden Jahren der ECA," erklaeerte Green, "ist Europa aus der Hungerzone herausgerissen worden. Die Produktion ist erheblich angestiegen. Der Wiederaufbau ist in vollem Gange. Die internationale Freundschaft wurde gefoerdert. Eine bessere Gueterverteilung ist gesichert und eine gesunde Basis fuer ein grosses, neues Zeitalter der Prosperitaet geschaffen worden. Ich bin stolz, dass amerikanische Gewerkschaften an diesen Erfolgen beteiligt sind."

Meany hob besonders hervor, dass der Marshall Plan "von allen demokratischen Gewerkschaften der Welt unterstuetzt wuerde."

"Damit ist diesem gigantischen Unternehmen die aktive Unterstuetzung von mehr als 50 Millionen freien Arbeitern aus ueber 53 Nationen der Welt gesichert. Mit einem solchen Rueckhalt nimmt es kaum Wunder, dass die Marshall Plan Verwaltung heute mit einem Gefuehl der Befriedigung auf die in diesen beiden Jahren erzielten Erfolge zurueckblicken kann."

Arlon Lyon sprach im Namen der organisierten Eisenbahnarbeiter Amerikas und versprach, den Marshall Plan "fuer die Gesamtdauer" zu unterstuetzen. "Das Programm," sagte er, hat den amerikanischen Arbeitern und der Gesamtheit unseres Volkes einige Opfer abverlangt, wir sind jedoch davon ueberzeugt, dass diese Opfer nicht umsonst gebracht wurden. Auf dem Wege zur Demokratie und Freiheit sind in allen Marshall Plan Laendern grosse Fortschritte erzielt worden. Wir sind der Auffassung, dass es ein schwerer Fehler waere, wenn man versaeumte, dieses Programm fortzusetzen, oder es durch unzureichende Geldmittel kuerzte. Die Arbeit ist erst zur Haelfte getan."

Auch von der europaeischen Seite des Ozeans kamen Stimmen, die den Marshall Plan priesen. Die Gewerkschaften versprachen, das Programm auch in Zukunft zu unterstuetzen. Die Forderung wurde laut, sich noch mehr fuer eine Zusammenarbeit unter den Nationen Europas einzusetzen und den Lebensstandard der Lohnempfaenger zu verbessern.

Evert Kupers, der Praesident des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses fuer den Europaeischen Hilfsplan, rief die grossen Arbeiterorganisationen dazu auf, den Gedanken eines Vereinigten Westeuropas zu foerdern und anzuregen. Er sprach den Gewerkschaften zu beiden Seiten des Atlantiks seine Anerkennung fuer ihre Zusammenarbeit in der Unterstuetzung des Marshall Planes aus, "um den durch den letzten Krieg zugrunde gerichteten Laendern neuen Wohlstand zu bringen"; gleichzeitig wies er jedoch auch warnend darauf hin, dass die beteiligten Laender enger zusammenarbeiten muessten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, innerhalb weniger Jahre vor einer neuen wirtschaftlichen Krise zu stehen, die massenhafte Arbeitslosigkeit mit sich braechte, deren Folgen nicht abzusehen waeren."

Der italienische Gewerkschaftssprecher, Enrico Parri, forderte die italienischen Arbeiter auf, dafuer zu sorgen, dass die Geldmittel der ECA in seinem Lande so zweckmaessig wie moeglich verwendet wuerden. Er erklaerte, dass "der Zustrom von Rohmaterialien (durch die Marshallhilfe), der Aufschwung, den der Wiederaufbau der Eisenbahnen genommen habe, und die allgemeine Belebung des Handels zweifellos den Lebensstandard, den Verbrauch und die individuelle Leistungsfahigkeit des italienischen Arbeiters bereits gesteigert haetten."

Der Praesident der Norwegischen National-Gewerkschaft Konrad Nordahl sagte, dass sich der Marshall Plan fuer Norwegen am guenstigsten ausgewirkt haette, weil durch ihn der internationale Handel wiederbelebt worden sei. "Es gibt auf der Welt wohl kein zweites Land, welches von einem ausgedehnten, internationalen Handel so abhaengig ist wie Norwegen," erklaerte er. Die Erfolge des Marshall Planes haetten alle Erwartungen bereits weit uebertroffen.

Mart Ruppert, der Vorsitzende der Hollaendischen, Protestantischen, Christlichen Gewerkschaft sprach mit uneingeschraenkter Begeisterung von den Ergebnissen, die die Marshall Plan Verwaltung bereits fuer sich buchen koennte. "Ich moechte feststellen," fuehrte er aus, "dass meiner Meinung nach die Bedeutung des Programms zum Wiederaufbau Europas nichthoch genug eingeschaezt werden kann. Dieses Programm hat vor allem Europa und viele Millionen von Europaeern vor dem Untergang bewahrt. Es hat ausserdem die Produktionsleistung in Europa wieder hochgebracht. Ihm ist die Bereitwilligkeit und der Wunsch der europaeischen Voelker, enger zusammenzuarbeiten, zuzuschreiben. Diese Arbeit darf nicht abgebrochen werden."

Auch Louis Major vom Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbund sprach sich anerkennend zu den Erfolgen des Planes aus. Auch er stellte jedoch die Forderung, entscheidende Schritte zu einer europaeischen Vereinigung zu unternehmen. "Wenn wir in dieser Hinsicht untaetig bleiben," erklarte er warnend, "dann muessen wir ernstlich befuerchten, dass die Ergebnisse ebenso katastrophal sein werden, als wenn uns Amerika seine Hilfe versagte."

"Die Erkenntnis, dass Elend in irgendeinem Teil der Welt letzten Endes Elend fuer die ganze Welt bedeutet," sagt Ludwig Rosenberg aus Deutschland, "und die Anerkennung der Notwendigkeit, gemeinsam gegen Hunger und Verzweiflung zu kaempfen, --- dies waren die wichtigsten Beweggruende, die das amerikanische Volk veranlassten, Europa zu helfen. Es war deshalb keineswegs ueberraschend, dass die Gewerkschaften in jenen Laendern, in denen die Vernunft noch nicht dem Dogma eines Systems untergeordnet ist, mit unter den Ersten waren, die sich bereit erklarten, den Marshall Plan fuer Europa zu unterstuetzen."

J. H. Oldenbroek, der Generalsekretaer des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften sprach im Namen der 50 Millionen, in diesem Bund organisierten Arbeiter und erklarte, dass die Geschichtsschreiber der Zukunft nicht vergessen werden, "zu bemerken, dass die grossen Gewerkschaftsorganisationen der Vereinigten Staaten - AFL und CIO - ebenso wie die freien Gewerkschaften Westeuropas ueberzeugte Anhaenger des Marshall Planes waren...." Aber auch er forderte eine andere Art gemeinsamen Handelns unter den Nationen. "Europa hat noch einen langen Weg vor sich," so prophezeite er, "bevor die Ziele des Marshall Plans erreicht sein werden. Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit wird unbedingt notwendig sein, wenn das Programm zum vollen Erfolg werden soll. Kein Land Westeuropas hat einen Teil seiner Souveranitaet eingebuesst oder ist zum Satelliten eines anderen Landes geworden - auch besteht nicht die Gefahr hierzu. Unter Beibehaltung ihrer eigenen Kultur und Einrichtungen muessen die Laender Europas jedoch bereit sein, ihre wirtschaftlichen Kraefte zu vereinigen und eine gerechte Verteilung von Arbeit und Dienstleistungen im besten Interesse Aller vorzunehmen."

ECA Labor Information

LEON JOUHAUX: DER MARSHALL PLAN, EINE NEUE ART INTERNATIONALER SOLIDARITAET

"Eine neue Art der Zusammenarbeit unter den Nationen - die nicht darin besteht, Kriege vorzubereiten, sondern das menschliche Los zu verbessern und die Furcht vor Hunger und Elend zu beseitigen - ist durch den Marshall Plan ins Leben gerufen worden."

So urteilt Leon Jouhaux, Praesident des groessten franzoesischen Bundes freier Gewerkschaften, "Force Ouvriere."

"Skeptiker und Parteigaenger moegen mit den Achseln zucken," sagte Jouhaux in einem Rueckblick auf die beiden ersten Jahre des Marshall Planes in Frankreich. "Sie moegen von dem Kapitalismus reden, der einen letzten Versuch unternimmt, um am Leben zu bleiben; vom Imperialismus, der seine beherrschende Stellung zu festigen sucht. Wozu soll ich mich jedoch mit weit hergeholtten Argumenten befassen. Ich halte mich an die Tatsachen."

Der Haupterfolg des Marshall Planes sei darin zu sehen, dass er den Begriff der Solidaritaet von nationaler auf internationale Basis ausgedehnt habe, - der Solidaritaet, die darin besteht, dass die arbeitende Menschheit fuer ein gemeinsames Ziel zusammenarbeitet.

"Nationale Finanzen," fuehrte er weiter aus, "wurden gewoehnlich lediglich zur Unterhaltung einer Polizeimacht und zur Kriegsvorbereitung verwendet. Dieser Zustand ist jedoch laengst ueberholt. Heute ist es fuer jeden Franzosen selbstverstaendlich, dass zum Beispiel die Strassen und Schulen der Gebirgsgegenden Frankreichs zum groessten Teil mit Steuern finanziert werden, die aus den franzoesischen Industrie- und Landwirtschaftsgebieten kommen."

Warum sollten sie es nicht auch als selbstverstaendlich ansehen, dass ein aehnlicher Plan nicht nur fuer eine Nation, sondern fuer das gesamte Europa in Anwendung gebracht wird?

Und das sei gerade das, was im Marshall Plan verwirklicht wuerde.

"Bisher bestand die gegenseitige Unterstuetzung der Nationen lediglich in dem Austausch von Kriegsmaterial - und zwar mechanisches oder Menschenmaterial. Die Gegner des Marshall Planes weigerten sich nicht, die Panzer und Flugzeuge anzunehmen, die uns Amerika in den Jahren von 1941 bis 1945 geschickt hat. Mit welcher Begrueudung koennten wir also jetzt das Angebot abweisen, unsere Ruinen wiederaufzubauen, unsere Industrie wieder in Gang zu bringen, unsere Landwirtschaft zu modernisieren und unsere Ausruestung zu erneuern?"

"Wir nahmen diese Hilfe an," fuhr Jouhaux fort. "Allein im Jahre 1949 erhielten wir von den Vereinigten Staaten 243 Billionen Francs im Gegenwertfonds.... sie dienten dazu, unsere Versorgung mit Elektrizitaet, Kohle und Gas sicherzustellen, unsere Eisenbahnen, unsere Handelsmarine, unsere privaten Industrien, unsere Landwirtschaft und unsere Kolonien wiederaufzubauen."

Jouhaux kritisierte die Regierungen der europaeischen Laender, die versaeumt haetten, die aus diesen Verbesserungen entstehenden Gewinne gleichmaessig zu verteilen.

"Wir, als die Vertreter der Arbeiterklasse," erklarte er, "sind der Auffassung, dass die grosse Masse der europaeischen Arbeiter nicht in genuegendem Masse an dem beteiligt worden ist, was die amerikanischen Arbeiter fuer sie geopfert haben; wir sind der Ansicht, dass der europaeische Lebensstandard nicht in demselben Verhaeltnis wie die industrielle und landwirtschaftliche Produktion angestiegen ist."

"Wir sagen es offen und eindeutig, dass die Steigerung der Produktionsleistung in allererster Linie dazu dienen muss, den Lebensstandard des Volkes im allgemeinen und des Arbeiters im besonderen zu heben, und dass wir ueberzeugt sind, dass dies gegenwaertig der Fall ist."

Jouhaux erklaerte, es sei Aufgabe der Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung, diesen Misstand zu beseitigen. Sie wuerden unaufhoerlich daran arbeiten, dieses Ziel zu erreichen.

ECA Labor Information
5. April 1950

PRODUKTIVITAET UND DOLLARKLUFT

Ansprache des Botschafters Milton Katz,
amerikanischer Vice-Sonderversaetzer in Europa,
vor der Dritten Vollkonferenz der ERP Gewerkschaftsorganisationen.

Es freut mich, heute als Mitarbeiter im gemeinsamen Werk des europaeischen Wiederaufbaues zu Ihnen zu sprechen. Wir sind auf zweifache Art miteinander verbunden. Als gewerkschaftlicher Beratungsausschuss des ERP sind Sie das offizielle Sprachrohr, durch welches die Stimme der freien Gewerkschaften Europas in den Raeten der OEEC gehoert werden kann. Darueber hinaus gibt es zwischen uns ein weniger foermliches, dafuer jedoch tieferes Band der Gemeinschaft. Die freien Gewerkschaften stehen an der Spitze des Kampfes fuer Freiheit, Sicherheit und einen anstaendigen Lebensstandard, welches die Hauptziele des Marshallplanes sind.

Der Kampf fuer diese Hauptziele ist unermesslich, vielseitig und endlos. Alle Menschen, die guten Willens sind, in allen Laendern von Europa und Amerika, sind an ihm beteiligt. Sie haben Ihren Anteil an der Aufgabe - es gibt keinen, der wichtiger waere; und die OEEC und ECA haben den ihren.

Ich moechte unter den zahlreichen Unternehmungen zwei herausgreifen, durch welche die OEEC und ECA versuchen, unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen. Es sind dies die Bemuehungen, in Europa zu einem groesseren Mass von Einheit zu gelangen, und die europaeische Produktivitaet zu steigern. Sie haben von diesen Programmen unter den Namen "Wirtschaftliche Vereinigung", "Liberalisierung des Handels und der Zahlungen", "Harmonisierung der Wirtschaftspolitik" und "Produktivitaetssteigerung" gehoert.

Nur durch hoehere Produktivitaet (Produktionsleistung) koennen die Europaeer besser und sicherer leben und Europa in der Welt wirtschaftlich unabhaengig werden. Europa kann mit keinen anderen Mitteln hoffen, seine Einfuehren von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien bezahlen und den Lebensstandard seiner Arbeiter erhoehen zu koennen. Die Produktivitaet wird von vielem beeinflusst, und es gibt keinen einzig dastehenden und einfachen Weg, sie zu verbessern. "Der Feldzug zur Produktivitaetssteigerung" ist ein Programm, das sich zur Aufgabe stellt, das Problem direkt am Arbeitsplatz anzufassen. Es bedeutet, ein besseres Verhaeltnis zwischen Menschen, Geld, Material, Maschinen und Zeit herzustellen, um mit gleicher Anstrengung groessere Mengen von Waren zu produzieren und zur Verteilung zu bringen. Auf diese Art wuerde die gesamte Arbeitskraft, vollbeschaeftigt, mehr erzeugen und mehr verteilen. Dieser besondere Ueberschuss an Produktivitaet

koennte auf verschiedene Arten verwendet werden. Er koennte teilweise dazu bemuetzt werden, mehr Gueter zu niedrigeren Preisen fuer den Verbrauch verfuegbar zu machen und so den gegenwaertigen Lebensstandard in Europa zu erhoehen. Teilweise koennte er dazu dienen, mehr Fabriken und Maschinen zu bauen, die spaetere Produktion zu erhoehen und die Grundlagen der europaeischen Wirtschaft zu festigen. Zum Teil koennte er auch dazu gebraucht werden, mehr Gueter fuer die Ausfuhr zu solchen Preisen herzustellen, welche den Verkauf dieser Gueter auf den Weltmaerkten gewaehrleisten und damit die Dollareinkuenfte Europas erhoehen wuerden.

Betrachten wir diese Tatsachen einmal von einem anderen Gesichtspunkt aus. Sie haben viel ueber Europas lebenswichtige Einfuehren und ueber die Dollarkluft gehoert. Europa muss Weizen fuer sein Brot, Futtersamen fuer sein Vieh, Baumwolle fuer seine Bekleidung, Kupfer fuer seine elektrischen Anlagen und Petroleum fuer seine Transporte einfuehren. Es muss Fette und Oele, landwirtschaftliche Maschinen und Ausstattungen fuer seine Petroleumraffinierien einfuehren. Einige dieser Einfuehren stellen infolge der Verwuestungen und Zerruetungen des Krieges kurzfristige Beduerfnisse dar. Viele jedoch werden angesichts der Besonderheit der europaeischen Wirtschaft dauernd benoetigt, um die Voelker Europas zu ernaehren, seine Fabriken zu betreiben und seine Arbeiter zu beschaeftigen.

Ein grosser Teil dieser lebenswichtigen Einfuehren stammt aus dem Vereinigten Staaten und aus sonstigen Teilen Nord- und Suedamerikas, wo sie mit Dollar gekauft werden muessen. Trotz des bemerkenswerten Fortschritts der letzten zwei Jahre besitzt Europa nocht nicht und verdient auch nicht genug Dollar, um alle seine Beduerfnisse zu decken. Der Unterschied zwischen seinen Beduerfnissen und dem, wofuer es aus eigenem Verdienst und eigenen Mitteln zahlen kann, wird gewoehnlich die Dollarkluft genannt. In den letzten zwei Jahren wurde diese Kluft durch die Marshallhilfe ueberbrueckt. Es war immer klar, dass die Marshallhilfe mit jedem Jahr abnehmen und spaetestens am 30. Juni 1952 zu Ende gehen wuerde. Zu diesem Zeitpunkt muss Europa imstande sein, die Dollar, die es benoetigt, durch hoehere Einkuenfte und normale Kapitalanlagen zu erlangen. Um mehr Dollar zu verdienen, muss es in anderen Laendern mehr Waren verkaufen koennen. Um Europa dabei behilflich zu sein, hat meine Regierung soeben bekanntgegeben, dass sie Besprechungen ueber die Herabsetzung der Tarife von etwa 2,500 Artikeln anzubahnen wuenscht. Um mehr verkaufen zu koennen, muss Europa in der Lage sein, mehr Waren zu niedrigeren Preisen, oder bessere Qualitaeten, oder beides anzubieten.

Gleichzeitig muessen die Anstrengungen fortgesetzt werden, Europas Zukunft zu sichern, indem ein Grossteil seiner Mittel fuer neue Kapitalanlagen verwendet wird, naemlich fuer neue oder bessere Fabriken oder Ausstattungen, Landurbarmachung oder der Ausbildung von Arbeitern und Bauern in neuen Erwerbszweigen.

Mehr Ausfuehren, neue Kapitalanlagen, besserer Lebensstandard fuer den heutigen Arbeiter - sind einige der wichtigsten Notwendigkeiten unserer Zeit. Wie die Welt heute aussieht, kann keines dieser Beduerfnisse vollends gedeckt werden; wir muessen jedoch danach streben, sie in einem mit der Praxis vereinbarlichen Masse alle zu erfuellen. Wenn die Produktivitaet niedrig ist, wuerde ein Versuch, zwischen diesen Beduerfnissen ein

Gleichgewicht herzustellen, zu bitteren und irrefuehrenden Debatten Anlass geben. Die Menschen, die fuer eine Erhoehung der Ausfuehren kaempfen, wuerden fuerchten, dass hoehere Gehaelter die Preise der Waren so weit hinauftreiben wuerden, dass diese aufhoeren wuerden, konkurrenzfaehig zu sein. Die Menschen, die fuer die Rechte der Arbeiter kaempfen, wuerden fuerchten, die Bemuehungen, die Ausfuhrpreise und -spesen herabzusetzen, koennten in einen Feldzug zur Senkung der Loehne ausarten. Diejenigen, welche dafuer kaempfen, einen angemessenen Teil der Produktion und der Mittel auf die Zukunft der Wirtschaft zu verwenden, wuerden mit ihren Mitbuergern in Konflikt stehen, die dieselben Mittel dazu verwenden wollen, den gegenwaertigen Lebensstandard zu verbessern. Aus all diesen Befuerchtungen und Konflikten wuerden moeglicherweise Inflation, Unstetigkeit und Unzufriedenheit entspringen. Um es zu ermoeglichen, allen diesen wesentlichen Beduerfnissen in vermuentligem Masse gerecht zu werden und zwischen ihnen ein weises Gleichgewicht herzustellen, muss die Produktivitaet gesteigert werden.

Wir alle sind uns darueber im klaren, dass man manchmal befuerchtet, hoehere Produktivitaet koennte eine Verringerung der Arbeitsmoeglichkeiten zur Folge haben. Es gibt eine Lage, in der dies wohl der Wahrheit entsprechen duerfte. Naemlich dort, wo die Maerkte beschraenkt sind, waehrend die Produktivitaet steigt. Wenn sich in einer solchen Lage Arbeitslosigkeit einstellt, ist es von groesster Wichtigkeit, die richtige Diagnose zu stellen, und die wirkliche Stoerungsquelle aufzuspuren. Der Fehler liegt in der Beschraenkung des Marktes, und nicht in der erhoehten Produktivitaet. Wenn man zu enge Schuhe traegt, verursacht das Gehen Schmerzen, nicht im Stillstand. Ich habe hervorgehoben, inwiefern eine Erhoehung des Lebensstandards und eine Erweiterung der europaeischen Maerkte von einer Produktivitaetssteigerung abhaengig sind. Dementsprechend muss ein Programm der Produktivitaetssteigerung von einer Erweiterung der Inlands- und Auslandsmaerkte begleitet werden.

Der Handel kann auf vielerlei Weise beschraenkt werden. Er kann aus reiner Traegheit ins Stocken geraten. Er kann von engstirnigen und veralteten Denk- und Handlungsgewohnheiten eingeschraenkt werden. Er kann durch Kartelle oder andere Formen hinderlicher Geschaeftspraktiken begrenzt werden. In Europa war seit dem Kriege keine Form der Einengung ernstere als die Schranken, die von den einzelnen Regierungen dem Handel gesetzt wurden. Sie kennen die vielen Formen, in denen sich diese Einengung kundgetan hat: Einfuhrverbote, Quoten, Einfuhrgenehmigungen, Devisenkontrolle, uebermaessige Zollltarife, Doppelpreise und andere Formen der Erschwerung.

Es waere sowohl gefaehrlich als auch unsinnig, die schweren Verhaeltnisse zu vergessen, aus denen dieses Labyrinth der Einschränkungen hervorging. Die Regierungen und Voelker Europas mussten nach einem verheerenden Krieg ihre Wirtschaft wieder aufbauen. Sie hatten diese Aufgabe angesichts eines reaktionaeren Kommunismus zu erfuehlen, der es unaufhoerlich und dauernd darauf abgesehen hatte, sie zu unterminieren. Ihre Moeglichkeiten waren beschraenkt, sie standen unter schwerer Spannung und mussten ihre Arbeit mit allen praktisch verfuegbaren Hilfsmitteln durchfuehren. Dank ihres Erfindungsgeistes und ihrer Muehe, und mit Hilfe ihrer eigenen Mittel und derer des Marshallplans, haben sie sich in diesen schweren Jahren weit emporgearbeitet.

Bei voller Anerkennung fuer die getane Arbeit und Ermutigung durch den erzielten Fortschritt, muessen wir dennoch die heutigen Tatsachen ins Auge fassen, wie sie sind. Die Tatsachen sind, dass der europaeische Handel immer noch in einem Gewebe von Einschraenkungen und Erschwerungen verstrickt ist. Weder Waren, noch Geld, noch Menschen koennen auch nur halbwegs ohne Schwierigkeit von einem Land ins andere gelangen. Den europaeischen Erzeugern bleiben die Moeglichkeiten wirksamer Organisation und kraftvoller Entwicklung vorenthalten, die von europaweiten Maerkten geboten wuerden. Den europaeischen Konsumenten bleiben die Moeglichkeiten verschlossen, ueberall in Europa frei einzukaufen. Der Strom neuer Kapitalanlagen, von welchen Europas Wirtschaftszukunft in einem solch hohen Masse abhaengig ist, wird von kurzsichtigem, selbstzerstoerendem Protektionismus oft in unwirtschaftliche Bahnen gelenkt. Wie wir alle wissen, gibt es in gewissen Teilen Europas ernste Probleme der Ueberbevoelkerung und der Entwurzelung, die zur Folge haben, was manchmal "strukturelle Arbeitslosigkeit" genannt wird. Obschon durch die OEEC einiges auf diesem Gebiet getan wurde, erfordert das ganze Problem der Eroeffnung weiterer Moeglichkeiten fuer eine Massenumsiedlung viel groessere gemeinsame Bemuehungen. Ein Teil dieser Umsiedlung sollte innerhalb Europas moeglich sein, das Hauptgewicht muss jedoch duenner besiedelten Gebieten ausserhalb Europas zufallen.

In ihren Beratungen im Rahmen der OEEC haben die Teilnehmerlaender bewiesen, dass sie ueber diese Sachlage wohl unterrichtet sind. Die ersten Schritte wurden unternommen, um ihr ein Ende zu bereiten. Sie stellen eine betraechtliche Anstrengung angesichts betraechtlicher Schwierigkeiten dar, und sind ein wichtiger Anfang. Ich kenne jedoch niemand, der behaupten wuerde, sie seien ausreichend. Die OEEC steht jetzt mitten im Begriff, weitere Fortschritte auszuarbeiten.

Bisher wuerden von den Regierungen der ERP-Laender durch die OEEC, und mit voller Unterstuetzung der ECA gewisse Vorschlaege entwickelt. Darunter befindet sich die Schaffung einer europaeischen Zahlungsunion, durch welche die verschiedenen Waehrungen der Teilnehmerlaender schnell austauschfaehig gemacht wuerden. Diese Vorschlaege sehen auch ein entschlossenes Programm zur wirklichen Beseitigung quantitativer Einschraenkungen des innereuropaeischen Handels vor. Es wuerde dies die Beseitigung eines Verfahrens aus dem innereuropaeischen Handel bedeuten, das als Festsetzung von Doppelpreisen fuer Brennstoffe und Grundmaterialien bekannt geworden ist. Darunter wird der Gebrauch verstanden, fuer solche Brennstoffe und Grundmaterialien mehr zu verlangen, wenn sie in einem anderen OEEC-Land verkauft werden, als wenn sie im Ursprungsland auf den Markt kommen. Im Zuge dieses allgemeinen Programms wuerden Zolltarife ebenfalls auf einer vermoentigten Hoehe gehalten werden. Es wuerde insbesondere erwartet werden, dass die Laender die Tarife nicht erhoehen wuerden, umdadurch vorsaeztlich die Einfuhrbeschraenkungen zu ersetzen.

Fuer die Arbeiter Europas und ihre Gewerkschaften steht bei der Erweiterung der Maerkte ebensoviel auf dem Spiel wie bei der Produktivitaetssteigerung. Ich weiss, dass Sie ihnen behilflich sein werden, das einzusehen, und ihnen helfen werden, ihre eigenen wahren Interessen mit voller Macht zu verfolgen. Wenn sie ihre eigenen tiefen Interessen verstehen, werden sie es nicht zulassen, dass die Produktivitaet durch Einschraenkungsmassnahmen unterdrueckt wird. Wenn Regierungsschranken zur Erweiterung der Maerkte beseitigt werden, werden sie nicht gestatten, dass diese Beseitigung von Kartellen und privaten Ein-

schraenkungen ihrer Fruechte beraubt werden. Denn sie haben ein Interesse sowohl an Entwicklung als auch an Sicherheit. Nur durch Entwicklung kann eine wahre Sicherheit erreicht werden. Wenn die europaeische Wirtschaft nicht vorwaerts schreitet, wird sie sicherlich zurueckfallen.

Unsere Ziele koennen durch oertliche Planung oder oertliche Eingriffe nicht erreicht werden. Das Potential Europas muss fuer Europa als Ganzes verwirklicht werden. Die freien Nationen Europas und die atlantische Gemeinschaft muessen jederzeit einander Rechnung tragen. Keine unter ihnen darf eine Politik verfolgen ohne Ruecksicht auf ihre Konsequenzen gegeneuber der anderen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, ihre eigenen Ziele zu verfehlen. Nur diejenigen, denen diese wesentlichen Wahrheiten nicht einleuchten, koennen sich der Tauschung hingeben, dass ein Gegensatz zwischen dem Ziel hohen Arbeitsangebots und demjenigen der europaeischen Einheit bestehe. Es muss wiederholt werden, dass diese Ziele sich gegenseitig stuetzen, und dass es unsere gemeinsame Aufgabe sein muss, sie zu erreichen. Die freien Nationen Europas und Amerikas muessen unser gemeinsames Schicksal zusammenschmieden.

SCHWEDISCHE GEWERKSCHAFTEN ZUM EUROPAEISCHEN HILFSPROGRAMM

Axel Strand, der Praesident des Schwedischen Gewerkschaftsbundes, erklarte, die schwedischen Gewerkschaftler befuerworteten den Marshall Plan deshalb, weil er eine finanzielle Hilfe darstellt, die vom gesamten amerikanischen Volk und nicht nur von Banken und sonstigen Finanzinstituten geleistet sei.

In einer Rede ueber die Bedeutung des Marshall Planes fuer die Wirtschaft Schwedens und Skandinaviens waehrend der beiden ersten Jahre des ICA Programms verglich Strand das ERP mit der Hilfe, die Amerika nach dem ersten Weltkrieg Europa zukommen liess.

"Nach dem ersten Weltkrieg," sagte Strand, "wurde Europa ebenfalls von den Vereinigten Staaten unterstuetzt; die damalige Hilfe war jedoch ganz anderer Art. Die Banken, Finanzinstitute und grossen Gesellschaften gaben Kredite. Mit dieser Hilfe war den Empfaengerstaaten jedoch nicht gedient. Sie konnten damit nicht ihre finanziellen Schwierigkeiten beseitigen.... Nun ist es das amerikanische Volk, das hinter dem Plan zum Wiederaufbau Europas steht.... In Schweden sind wir der Ansicht, dass diese Tatsache den Arbeitern und der breiten Masse der Bevoelkerung das Vertrauen in das Programm und seine Ziele eingefloesst hat."

Strand erklarte ausserdem das Programm werde deshalb von den Gewerkschaftlern unterstuetzt, weil es ein Mittel zur Hebung des Lebensstandards und zur Verhuetung zukuenftiger Kriege darstelle.

"Aufgabe 1 der Gewerkschaftsbewegungen aller Laender ist, den Lebensstandard des arbeitenden Menschen zu halten und zu steigern. Deshalb ist die Gewerkschaftsbewegung fortschrittlich in ihrer Arbeit und realistisch in ihren Zielen. Der Marshall Plan beruht auf konstruktiven Faktoren, und deshalb wird er von den Gewerkschaftsorganisationen unterstuetzt.

"Was an wirtschaftlicher Hilfe fuer den Wiederaufbau Europas eingesetzt wurde, ist eine Kapitalanlage fuer die Zukunft. Mit den Millionen von Dollar, die heute fuer den Wiederaufbau und

fuer soziale und wirtschaftliche Sicherheit ausgegeben werden, koennen Billionen von Dollar fuer eventuelle militaerische Ausgaben in der Zukunft gespart werden. Es hat sich immer als richtig erwiesen, sich auf positive, vorbeugende Kraefte zu verlassen, weil destruktive Kraefte nur auf diese Weise ueberwunden werden koennen."

Strand brachte zum Ausdruck, dass der Marshall Plan waehrend der beiden vergangenen Jahre fuer Schweden sehr nutzbringend gewesen sei, weil er den Wiederaufbau ueberall auf der Welt und die Wiederbelebung des internationalen Handels gefoerdert habe.

"Das schwedische Volk, dessen Lebensstandard von einer guenstigen Entwicklung des internationalen Handels so sehr abhaengig ist," meinte er, "weiss, dass Wiederaufbau im Kriegszerstoerten Europa vermehrten Handel der Laender miteinander, mehr Waren und bessere Waren bedeutet."

Er wies ferner darauf hin, dass waehrend Schweden zwar auf die Marshall Plan Hilfe nicht so sehr angewiesen sei wie die vom Krieg verwuesteten Laender, die schwedische Arbeiterschaft trotzdem nicht im geringsten die Bedeutung dieser Hilfe fuer unser Land unterschaezte. Nicht weniger als 40% unserer Importe aus den Vereinigten Staaten wurden im vergangenen Jahre mit Marshall Plan Geldern bezahlt, die Schweden durch Warenlieferungen an andere Teilnehmerstaaten des Marshall Planes erworben hatte."

Strand, dessen Gewerkschaft 1,250.000 Mitglieder zaehlt, unterstrich besonders die Bedeutung der Tatsache, dass die ECA besonderen Wert auf die Steigerung der Produktionsleistung legt.

"Alles, was getan werden kann, um den Wert der koerperlichen Leistung durch bessere Maschinen und bessere technische Ausruestung zu erhoehen, muss getan werden. Die Bedeutung des Wissens-, Erfahrungs- und Ideenaustausches auf technischem und verwaltungstechnischem Gebiet, der nun zwischen Europa und den Vereinigten Staaten stattfindet, geht weit ueber die Zeit des Marshall Planes hinaus. Und dieser Austausch muss auch nach Beendigung des Europaeischen Hilfsprogramms fortgesetzt werden."

ECA Labor Information
4. April 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 10

Frankfurt, 12. Mai 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Mairede in Berlin 1950 - - - - - | 1 |
| Reuther: "Europahilfe muss nach 1952 fortgesetzt werden" - - - - - | 3 |
| England auf dem Wege zum Wiederaufbau - | 4 |
| Daenische Gewerkschaftler treten aus der Kommunistischen Partei aus - - - - - | 5 |
| Charles J. MacGowan - - - - - | 7 |
| Konrad Nordahl - - - - - | 8 |
| Seeleute Amerikas versprechen europae- ischen Gewerkschaften ihre Hilfe - - - - | 11 |

MAIREDE IN BERLIN 1950

Irving Brown, Vertreter des I.B.F.G.

An diesem Maitage des Jahres 1950 ueberbringe ich Euch tapferen, freien Maennern und Frauen von Berlin die Gruesse und die Gefuehle hoechster Bewunderung von den fuenfzig Millionen Arbeitern des maechtigen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften.

Es ist gerade vier Jahre her, dass die demokratische Welt mit Begeisterung das Ergebnis freier Wahlen in Berlin gefeiert hat. Damals hat Berlin fuer Zivilisation und gegen Sklaverei gestimmt, fuer grundsaeztliche Menschenrechte und gegen Verneinung von Menschenwuerde, fuer Freiheit und Wiederaufbau und gegen eine neue Tyrannei. In den Jahren der Hitlerschande habt Ihr eines gelernt: "Nur die allergroessten Kaelber waehlen ihre Metzger selber."

Dank der Luftbruecke ist der Stadt Berlin, die Moeglichkeit gegeben worden, ihre Freiheit zu behaupten. Ja, das stimmt. Aber Berlin ist frei geblieben und wird weiterhin auch frei sein,

weil die Arbeiter unter dem Banner der U.G.O. die Freiheit wollen. Ohne dieses Freiseinwollen der Bevoelkerung gibt es keine technische Mittel, so vollkommen sie auch sein moegen, die die Freiheit sichern koennen.

Die Deutschen sind nicht bereit, sich einer neuen Sklaverei zu ergeben, sind nicht bereit, an neuen Verbrechen teilzunehmen unter der Maske der Nationalen Front. Die ehemaligen Verbrechen der Nazis und der Deutschnationalen verblassen gegenueber denen, die heute vom Kreml angeordnet werden. Deshalb koennen und werden auch jetzt tatsaechlich wie einst der Nationalismus und der Kommunismus in Deutschland Blutsfreunde. Darum dient das "Denazifizieren" der SMA in Deutschland als Deckmantel zum Rueckfall ins Nazitum im Namen der UdSSR.

Wir alle glauben an den Frieden. Die ganze Menschheit sehnt sich nach Frieden und Sicherheit. Die ganze Entwicklung der Geschichte der Amerikaner deutet auf ihre tiefe Friedensliebe und ihre Abneigung gegen den Militarismus hin. Ebenso fest glauben wir an die Freiheit. Besteht Sklaverei auch nur in einem Lande, so stellt sie eine Gefahr fuer die ganze Welt dar. Wo es Sklaverei gibt, besteht Kriegsgefahr fuer die ganze Welt. Wo es Sklaven gibt, gibt es Herren. Und wo es Herren gibt, gibt es Fuehrer mit unbeschraenkter Macht, die ihr Volk in den Krieg stuerzen. Gibt das Volk die Freiheit auf, dann verliert es alle Macht, die Herren zu kontrollieren und zurueckzuhalten. Darum ist Euer Kampf nicht nur ein Kampf um die Freiheit Berlins, sondern auch ein Kampf um den Frieden fuer Deutschland und fuer die Welt. Euer Kampf um die freien Gewerkschaften in Berlin laesst sich unter den jetzigen Umstaenden nicht von dem allgemeinen staendigen Kampf um die Freiheit und die Demokratie trennen. Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine Demokratie, und umgekehrt, ohne Demokratie gibt es keine freien Gewerkschaften. Der Kampf um oekonomische und soziale Gerechtigkeit, den die Gewerkschaften in der ganzen Welt fuehren, kann nur im Rahmen einer politischen Demokratie stattfinden. In diesem Sinne unterstuetzen wir mit ganzer Kraft Euren Kampf auf Leben und Tod nicht nur zur Ausrottung einer alten, sondern auch zur Verhinderung einer neuen Diktatur. Die internationale Arbeiterschaft, ja die freie Arbeiterschaft der ganzen Welt heisst Euch, die Berliner Gewerkschaften, in ihren Reihen willkommen zur gemeinsamen Sache der internationalen Arbeiterbewegung.

Wir sind der festen Ueberzeugung, dass ein neues Deutschland wiedererstanden muss. Die wirtschaftlichen und politischen Kontrollen muessen in den Haenden derjenigen bleiben, die als die ersten Opfer im Kriege der Nazis gegen Demokratie und Zivilisation fielen, Das sind: die freien Gewerkschaften. Diese muessen stark genug werden, um im zukuenftigen Deutschland eine entscheidende und einflussreiche Rolle zu spielen. Die Alliierte Besetzung wird ihren Zweck verfehlt haben, wenn die Schwerindustrien ihren ehemaligen Besitzern zurueckgegeben werden - denen, die seinerzeit die Ruhr und die ganze Wirtschaftsordnung Deutschlands den Nazis zum frevelhaften Gebrauch zur Verfuegung stellten. Das darf nicht wieder sein. Die Arbeiter Amerikas haben dagegen protestiert und werden weiterhin protestieren. Deshalb muss die internationale Arbeiterbewegung fuer die Sicherung der wirtschaftlichen Demokratie Deutschlands kaempfen.

Wir begruessen Eure gewaltigen Bestrebungen gegen jede totalitaere Diktatur ob braun oder rot und um ein freies und demokratisches Gewerkschaftsleben. In diesem Augenblick gibt

es fuer die Menschen der sowjetischen Zone ein neues Gesetz. Zwangsarbeit, Konzentrationslager, Militarisierung der Arbeit sind aufgezwungen. Berlin ist fuer die Welt zum Symbol des Kampfes gegen Diktatur und Versklavung geworden. Wir gruessen alle Berliner und Berlinerinnen, die ihr Alles aufs Spiel setzen, um ihre Stadt als Bollwerk der Menschlichkeit und Freiheit zu bewahren.

Einen wichtigen Sieg fuer die Freiheit hat Berlin schon errungen, aber der Kampf fuer die Freiheit geht weiter. Wer frei bleiben will, muss dauernd um die Sicherung seiner Freiheit kaempfen. Der Preis der Freiheit ist ewige Wachsamkeit. Heute muss die freie Welt nach einem positiven Programm der wirtschaftlichen, politischen und militaerischen Sicherheit auf folgende Grundsaeetze beruhend streben:

Die Berliner muessen nicht nur politisch frei sein, sondern sie muessen in einer Wirtschaft der Vollbeschaeftigung leben, die den freien Arbeitern Berlins die Arbeit sichert. Dabei sei besonders der Frauen und der Jugend gedacht.

Um dauernde Sicherheit zu gruenden, muss Berlin in das wirtschaftliche und politische Leben des freien, demokratischen Deutschland vereinigt werden. Aber ein freies Berlin in einem freien, demokratischen Deutschland muss auch in einem freien und demokratischen Europa vereinigt werden.

Und ein vereinigtes demokratisches Europa muss in einer groesseren atlantischen wirtschaftlichen, politischen und verteidigungsfahigen, starken Union aufgehen, in der auch Amerika eingereicht ist.

Ich gruesse Euch im Namen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Wir erkennen die Bedeutung Eures Kampfes um Frieden und Freiheit und Sicherung der Menschenrechte.

Zum Schluss aber moechte ich noch dieses sagen:

Es gibt Millionen unserer Brueder, die keine Moeglichkeit haben, ihre Stimme zu erheben. Auch in ihrem Namen - im Namen der unzaehligen Menschen in allen Laendern hinter dem Eisernen Vorhang - habe ich heute zu Ihnen gesprochen.

Und eines Tages - dessen bin ich sicher - werden wir einen Ersten Mai feiern - mit ihnen allen zusammen, Ost und West, einen Weltfeiertag der Freiheit.

Es lebe die Berliner Arbeiterschaft.

Es lebe die U.G.O.

Es lebe ein freies, demokratisches, bluehendes und friedliches Deutschland.

Es lebe der kommende Tag der Freiheit - ueberall in der Welt.

REUTHER: "EUROPAHILFE MUSS NACH 1952 FORTGESETZT WERDEN."

Victor Reuther, der Leiter der Ausbildungsabteilung der Automobilarbeitergewerkschaft (CIO), erklaerte in einer Unterredung, die er waehrend seines Aufenthaltes in Stuttgart mit einem Vertreter der amerikanischen Zeitung "Stars and Stripes" hatte, dass die Fortsetzung der amerikanischen Hilfe fuer Europa in irgendeiner Form nach dem Ablaufen des Europahilfsprogramms im Jahre 1952 unerlaesslich waere.

"Wenn wir die amerikanische Hilfe nicht fortsetzen," sagte Reuther, "werden die Arbeitslosenziffern in unserem eigenen Lande und in Europa sicherlich ansteigen."

Er glaube, dass ERP im Jahre 1952 "offiziell" beendet sein wuerde. Dann wuerde das "alternative Programm" in Aktion treten. Dies koenne irgendeine Form des "erweiterten Punkt-Vier-Programms" sein, in dessen Rahmen Europa und die "rueckstaendigen" Gebiete von Amerika unterstuetzt wuerden.

Der Funktionaer der Automobilarbeitergewerkschaft forderte die Errichtung einer "europaeischen Behoerde fuer den Wohnungsbau", deren Aufgabe es sein soll, Tausende von Arbeiterwohnungen zu niedrigen Preisen zu bauen. Damit koenne die Arbeitslosigkeit in Europa beseitigt und eine erhoehrte Stahlproduktion der Ruhr in unbedenklicher Weise verwendet werden.

Victor Reuther, der Bruder des Praesidenten der Automobilarbeiter Gewerkschaft, Walter Reuther, traf mit deutschen Gewerkschaftsfuehrern und Beamten des Bueros fuer Arbeitsangelegenheiten im Amte des Hohen Kommissars zusammen.

ENGLAND AUF DEM WEGE ZUM WIEDERAUFBAU

"Die freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften, den Unternehmern der Industrie und der Regierung in England hat zu einer Erhoehung der industriellen Produktion um 20% pro Arbeiter seit dem Jahre 1946 gefuehrt," erklarte John Kenney, der ECA Missionschef in England, in einem Rueckblick auf die in Europa seit der formellen Gruendung der ECA vor 2 Jahren erzielten Erfolge.

"Unternehmertum und Gewerkschaften haben nicht nur gemeinsam an der Steigerung der Produktion gearbeitet, sondern sie haben auch ihre Forderungen nach Extralohnen und -gewinnen begrenzt und damit mehr Geldmittel fuer die Neuausruestung und Modernisierung unserer Industrie freigemacht."

Kenney lobte die Englaender dafuer, dass sie mit bei den Ersten waren, die die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns der europaeischen Nationen erkannten, wenn die Wunden, die der Krieg geschlagen hatte, geheilt werden sollten.

"Da wir auf halbem Wege angelangt sind," sagte Kenney, "ist es angebracht, an die Tatsache zu erinnern, dass England als erstes Land auf den Vorschlag eingegangen ist, die europaeischen Nationen zur gegenseitigen Unterstuetzung zu vereinigen. Dieser Vorschlag wurde zum erstenmal von George C. Marshall, dem damaligen Aussenminister der Vereinigten Staaten, unterbreitet. Um mit Ernest Bevins eigenen Worten zu sprechen: "Wir griffen mit beiden Haenden zu."

Kenney sagte voraus, dass der Marshall Plan in zwei Jahren zwar zu Ende ginge, das Buro fuer Europaeische, Wirtschaftliche Zusammenarbeit jedoch weiterbestehen wuerde. Auchwerde England nicht aufhoeren, an seinem Wiederaufbau zu arbeiten.

"Das englische Volk wird bestrebt sein, seine Produktion zu erhoehen, die Exporte nach den Dollargebieten zu steigern und einen einzigen europaeischen Absatzmarkt zu erschliessen, damit es auf eigenen Fuessen stehen kann, wenn der Marshall Plan auf-

hoert, und damit es wesentlich zu der Hebung des Lebensstandards nicht nur in seinem eigenen Lande, sondern in ganz Europa beitragen kann."

ECA Labor Information
5. April 1950

DAENISCHE GEWERKSCHAFTLER TRETEN AUS DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI AUS

Am 14. April traten vier prominente daenische Gewerkschaftler aus der Kommunistischen Partei Daenemarks aus. In einem gemeinsamen Schreiben erklarteten sie, nur diejenigen blieben in der Partei, die sich an das Motto "Mund zu und gehorchen" hielten.

Es handelt sich um den Praesidenten der Gewerkschaft der Kopenhagener Strassenbahnangestellten, Frede Danielsen, der 30 Jahre lang Mitglied der Kommunistischen Partei war.

Ausserdem beklagten sich die drei obersten Fuehrer der Daenischen Eisenbahnergewerkschaft - Henry Olsen, Vorsitzender, Victor Madsen, Finanzsekretaer, und M. Ollgard Rasmussen, Sekretaer - ueber die kommunistische Bevormundung und erklarteten in einem offenen Schreiben an den Exekutivausschuss der Kommunistischen Partei ihren Austritt aus der Partei.

In diesem Schreiben wurden die Methoden angeprangert, deren sich die Kommunistische Partei den von ihr beherrschten Gewerkschaften gegenueber bedient. Der Brief, der im "Social Demokraten" vom 16. April veroeffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

An das Sekretariat der Kommunistischen Partei

Wir haben die Entwicklung der Kommunistischen Partei von 1945 bis zum heutigen Tage verfolgt. Wir sahen, wie sie eine Wahlniederlage nach der anderen einstecken musste, und wie diese Niederlagen bei den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1950 ihren Hoehepunkt erreichten. Diese Tatsache muss auf einen Kommunisten ziemlich demuetigend wirken. Natuerlich haben wir uns ueber diesen staendigen Rueckgang der Kommunistischen Partei Gedanken gemacht. Es muss daran erinnert werden, dass die Moeglichkeiten, die daenischen Arbeiter fuer die kommunistische Idee zu gewinnen, nach dem Kriege ausgezeichnet gewesen sein muessen. Angesichts dieser Tatsache sind die Ergebnisse umso unbefriedigender. Obwohl die Arbeiterklasse gegenwaertig grosse wirtschaftliche Lasten zu tragen hat, (Arbeitslosigkeit, Steuern und allgemeines Ansteigen der Lebenshaltungskosten) und obwohl die Gerichtshoefe in unerhoerter Weise Leute freisprechen, die waehrend der Besatzung Verbrechen begangen hatten, ist es der Kommunistischen Partei nicht gelungen, die Entwicklungen innerhalb der daenischen Arbeiterklasse entscheidend zu beeinflussen. Selbst auf den proletarisiertesten Teil der Bevoelkerung hat die kommunistische Ideologie keine besondere Anziehungskraft ausueben koennen.

Wir sind der Auffassung, dass unsere einflussreichsten Fuehrer bei wichtigen Gelegenheiten versagt haben.

Kommunistische Methoden

Der groesste und wohl folgenschwerste Fehler bestand darin, dass man Methoden anwandte, die vielleicht in Laendern wie Russland, Polen, Rumaenien etc. angebracht sind. Bei der Mentalitaet der daenischen Arbeiter jedoch mussten sich diese Methoden in Daenemark nachteilig auswirken. Von Zeit zu Zeit wurden Parteibefehle erlassen, in denen die Fuehrer der kommunistischen Parteizentralen und die Mitglieder der exekutiven Koerperschaften aufgefordert wurden, die von der Partei herausgegebenen Parolen zu befolgen und keine Ruecksicht auf die oben erwahnten Fuehrer und damit auf unsere Stellung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu nehmen. Als Vorsitzender, Finanzsekretaer und Sekretaer der Gewerkschaftsbewegung bemuehten wir uns, eine Grundlage zur kommunistischen Orientierung unserer Mitglieder zu schaffen. Wir taten dies, indem wir, ungeachtet der uebrigen politischen Einstellungen, bewiesen, dass die wirtschaftliche und kulturelle Stellung des Arbeiters verbessert werden muss. Kurz gesagt, wir versuchten, in der Gewerkschaftsbewegung Einigkeit zu schaffen. Deshalb waren wir irritiert, wenn uns von Zeit zu Zeit Befehle zugingen, in denen man uns vorschrieb, wie wir handeln sollten. Die Partei stellte die Forderung, diese Befehle strengstens zu befolgen, ohne Ruecksicht auf Nachteile, die uns dadurch entstehen koennten. Es ist ein grosser Fehler, wenn eine exekutive Koerperschaft glaubt, einem Gewerkschaftsvorstand vorschreiben zu koennen, wie er seine Gewerkschaft zu fuehren hat. Die lokal bedingten Probleme jeder Gewerkschaft muessen beruecksichtigt und mit Vorsicht behandelt werden.

Offensichtliche Diktatur

Wir koennen diese Form offensichtlicher Diktatur nicht anerkennen, weil sie ohne Zweifel zu Misstrauen und Verdacht unter unseren Mitgliedern fuehren wuerde. Hierin ist auch der Grund fuer die Niederlage und den beträchtlichen Rueckgang der Kommunistischen Partei zu suchen.

Im Jahre 1945 hatten wir die besten Aussichten, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen, weil wir die Sache des "kleinen Mannes" auf unsere Fahne geschrieben hatten, und vor allem weil wir zu jener Zeit ehrliche Politik betrieben, die den Arbeitern Vertrauen einfloesste. In den letzten beiden Jahren trat jedoch eine Aenderung ein. Kein Mittel ist nun zu gemein, als dass es nicht angewandt werden koennte. Streitigkeiten in der Partei sind an der Tagesordnung, und die Arbeiter wenden sich deshalb von ihr ab. Sie merken, dass sie irrefuehrt worden sind.

Es ist oft erklart worden, dass die Gewerkschaftsbewegung ohne fremden Einfluss sein muesse, und wir sind der Ansicht, dass sich besonders die Kommunistische Partei an diesen Grundsatz halten sollte.

Ein weiterer Grund fuer den Rueckgang ist in der Einstellung der Parteisperre zu den Entwicklungen in den osteuropaeischen Laendern zu sehen. Man muss annehmen, dass die kommunistische Presse so schreibt, wie es die Fuehrer der Kommunistischen Partei wuenschen. Tag fuer Tag ergeht sich "Land og Folk", die Veroeffentlichung der Kommunistischen Partei, in Lobreden fuer die in den oben erwahnten Laendern vor sich gehenden Entwicklungen. Polen, Ungarn, Rumaenien und die Tschechoslowakei werden den daenischen Arbeitern als Musterbeispiele hingestellt. Die Partei hat wohl nicht erkannt, dass der daenische Arbeiter intelligent genug ist, sich selbst die Frage vorzulegen und herauszufinden,

warum so viele fuehrende Kommunisten in jenen Laendern von ihren Stellungen verschwinden.

Es waere eigenartig, wenn die daenischen Arbeiter nicht erkennen wuerden, dass an dem System irgendetwas nicht in Ordnung ist. Niemand will offen zugeben, dass die kommunistischen Fuehrer zu Verraetern an ihrem Lande werden, wenn die kommunistischen Parteien in den osteuropaeischen Laendern die gesamte Macht in die Hand bekommen. Die Entwicklungen dort zeigen eine Tendenz ruecksichtsloser Rivalitaet um Macht, gepaart mit dem Mangel organisatorischen Talents. Das Ergebnis war eine endgueltige Diktatur, die in mancher Hinsicht mit dem ehemaligen Naziregime identisch ist.

Ununterbrochen versichert man uns, dass wir nicht vom Kominform befehligt werden. Wenn dies jedoch wahr ist, muss man sich fragen, warum man keine ausgesprochen daenische Politik betrieben hat, die den daenischen Verhaeltnissen und der Mentalitaet der daenischen Bevoelkerung Rechnung getragen und alle konstruktiven Kraefte, die in diesem Lande verfuegbar sind, in ihren Dienst gestellt haette? Warum hat die Partei nicht so gehandelt, dass die Bevoelkerung die Ueberzeugung gewinnen koennte, dass in diesem Lande eine wahre Demokratie errichtet werden kann, in der jeder seine Meinung ohne Risiko aeussern kann? Dagegen muss Jeder, der eine der kommunistischen Auffassung gegenteilige Meinung aeussert, befuerchten, dass man sich spaeter seiner erinnern koennte.

"Mund zu gehorchen"

Wenn heute Gewerkschaftler der Kommunistischen Partei den Ruecken kehren, dann liegt dies nicht etwa an den geaenderten Verhaeltnissen; sie protestieren damit vielmehr gegen die Tatsache, dass die Partei ruecksichtslos der Gewerkschaftsbewegung ihre Grundsaeetze aufzuzwingen versucht und durch die Anzettelung illegaler Streiks schwere wirtschaftliche Verluste fuer die Arbeiter verursacht, die nicht wiedergutmachen sind.

Es ist ausserdem unbekannt, dass Kommunisten mit gegenteiliger Einstellung fallen gelassen wurden, waehrend andere, die dem Motto "Mund zu und gehorchen" huldigten, beguenstigt worden sind. Auch wir moechten hiermit protestieren, und treten deshalb aus der Kommunistischen Partei aus.

Mitglied Nr. 2003
Henry Olsen, Vorsitzender
Abtlg. T. der Eisenbahner-
Gewerkschaft

Mitglied Nr. 28841
Victor Madsen, Finanzsekretaer

Mitglied Nr. 451
M. Ollgaard Rasmussen, Sekretaer

CHARLES J. MACGOWAN

Der Mann hinter dem Schreibtisch des Praesidenten in den Bueros der Internationalen Gewerkschaft der Kesselmacher und Schiffbauer ist grauhaarig, 1,83 m gross und hat maechtige Haende und Schultern - er hat ueber 25 Jahre bei den Eisenbahnen gearbeitet.

Es ist Charles J. MacGowan, nun der elfte Vizepraesident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL.

Am 2. Juni 1887 in Schottland geboren, kam MacGowan im Alter von 10 Jahren nach Kanada und begann seine Arbeiterlaufbahn in der Kesselwerkstatt der alten Eisenbahngesellschaft "Grand Trunk Pacific Railroad."

Fast unmittelbar danach schloss er sich der kanadischen Lokale der Kesselmachergewerkschaft an und bemuehte sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. (Die internationale Gewerkschaft war im Jahre 1880 gegrundet worden und steckte damals noch in den Kinderschuhen.)

An dem ersten Streik der Werkstattarbeiter der kanadischen Eisenbahn war MacGowan aktiv beteiligt. Der Streik war ohne Erfolg, MacGowan reiste jedoch per Gueterwagen umher, um die Gewerkschaft von neuem zu organisieren. Streiks, Aussperrungen und das Aufstellen von schwarzen Listen machten es ihm unmoeglich, laengere Zeit ununterbrochen an einer Arbeitsstelle zu bleiben. 1913 landete er schliesslich in den Vereinigten Staaten, wo ihm Joseph Franklin, der damalige Praesident der Kesselmachergewerkschaft, zu einer Beschaeftigung bei der Rock Island Eisenbahngesellschaft verhalf.

Als ernster, fleissiger Mensch widmete MacGowan 20 Jahre lang seine Freizeit gewerkschaftlicher Taetigkeit. Er arbeitete staendig an seiner Weiterbildung, organisierte und ergriff als Gewerkschaftsfuehrer mehr und mehr Initiative. Er arbeitete in staedtischen Ausschuessen fuer Arbeitsangelegenheiten mit, beteiligte sich aktiv an der Arbeit staatlicher Vereinigungen und nahm an internationalen Konventionen seiner eigenen Gewerkschaft und des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL teil.

1936 wurde er zum Vizepraesidenten der Internationalen Gewerkschaft der Kesselmacher gewaehlt, und als im Jahre 1944 Franklin auf der Konvention in Kansas City sein Amt niederlegte, wurde MacGowan auf einstimmigen Beschluss zu seinem Nachfolger ernannt. Drei Jahre spaeter war er Vizepraesident des maechtigen Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL.

ECA Labor Information
27. Maerz 1950

KONRAD NORDAHL

Konrad Nordahl, der Praesident der Norwegischen Nationalen Gewerkschaftsunion, hat die norwegische Gewerkschaftsbewegung durch mindestens drei der schwersten Krisen hindurchgesteuert, die sie seit ihrem Bestehen durchzumachen hatte.

Waehrend der schweren Jahre des Krieges und der deutschen Besatzung war er ununterbrochen Praesident der Union; auch durch die Nachkriegszeit, in der die Kommunisten Einfluss zu gewinnen versuchten, fuehrte er sicher die Organisation. Heute hilft er mit, den heiklen Mittelweg einzuhalten, der unter einem Regime der Arbeiterregierung zwischen Gewerkschaften und Regierung eingehalten werden muss.

Man hat Nordahl oft einflussreiche Stellungen im Storting (Parlament) angeboten. Immer jedoch hat er mit der Begruendung abgelehnt, dass die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterre-

gierungen verschiedene Verpflichtungen haetten und er nicht massgebliches Mitglied im Parlament sein und zu gleicher Zeit die norwegische Gewerkschaftsbewegung in zufriedenstellender Weise fuehren koenne.

Konrad Nordahl wurde am 25. September 1897 in Bergen geboren. Bereits als Junge arbeitete er in den Schiffswerften von Bergen und schloss sich kurz darauf seiner lokalen Gewerkschaft und der sozialistischen Jugendbewegung an.

Von Anfang an stellte er seine Faehigkeiten als Fuehrer unter Beweis. Bevor er im Jahre 1931 zum Praesidenten der Norwegischen Eisen- und Metallarbeitergewerkschaft und zum Mitglied des Sekretariats der Norwegischen Gewerkschaftsunion gewaehlt wurde, hatte er viele Aemter in der Lokalgewerkschaft und in der uebrigen Gewerkschaftsbewegung inne.

Drei Jahre spaeter wurde Nordahl zum Vizepraesidenten der Nationalen Gewerkschaftsunion und im Jahre 1939, nachdem der Praesident Regierungsmitglied geworden war, zum Praesidenten ernannt.

Nordahls Praesidentenschaft gestaltete sich als aeusserst schwierig. Sieben Monate nach seinem Amtsantritt griffen die Deutschen Norwegen an. Nordahl gelang es, aus der Hauptstadt zu entkommen und sich mit den norwegischen Kraeften zu vereinigen, die im noerdlichen Teil des Landes kaempften. Zwei Tage nach Beginn des deutschen Angriffs unterzeichneten er und andere Fuehrer der norwegischen Arbeiterpartei einen Aufruf an alle lokalen Gewerkschaftsfuehrer, innerhalb der kaempfernden Untergrundbewegung eine Gewerkschaftseinheit organisieren zu helfen. In den beiden Monaten, in denen die Norweger Widerstand leisteten, hielt sich Nordahl bei den Streitkraeften der Regierung auf. Als die Front dann vorge-schoben wurde, trat er mit den Gewerkschaften in den befreiten Gebieten in Verbindung und setzte sich mit seiner ganzen Kraft fuer die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Kampf gegen die Eindringlinge ein.

Als der militaerische Widerstand im Juni 1940 aufhoerte und das ganze Land besetzt war, kehrte Nordahl nach Oslo zurueck. Anfangs erlaubten die Deutschen den Gewerkschaften, ihre Taetigkeit fortzusetzen, in dem Glauben, sie nazifizieren und fuer ihre Besatzungszwecke gewinnen zu koennen. Diese Illusion erwies sich jedoch bald als falsch, und die Deutschen verboten Nordahl und all denen, die an dem Feldzug im Norden teilgenommen hatten, ihre gewerkschaftliche Taetigkeit fortzusetzen.

Nordahl hatte jedoch bereits aus den Gewerkschaftsfuehrern eine Untergrundbewegung gebildet und um sich eine Reihe von lokalen Fuehrern geschart, die bereit waren, die politischen Bemuehungen der Deutschen zu sabotieren. Aus dieser Gruppe entstand bald eine ausgedehnte Untergrundorganisation innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, und diese Konzentration von Kraeften sollte in der spaeteren Entwicklung und dem Werden der norwegischen Widerstandsbewegung zum entscheidenden Faktor werden.

Im September 1941 wurde es den Deutschen endlich klar, dass sie die Norweger nicht nazifizieren konnten; sie verkuendeten in Oslo das Kriegsrecht und verfolgten die Widerstandskaempfer. Nordahl gehoerte in erster Linie mit zu denen, die man suchte, und er fluechtete deshalb aus dem Land.

Zuerst wandte er sich nach Schweden, wo er sich mit dem Gedanken trug, eine zentrale norwegische Gewerkschaftsbewegung ausserhalb Norwegens zu gruenden. Zu jener Zeit hatte die norwegische Exilregierung ihr Hauptquartier in London aufgeschlagen, wo auch der norwegische Verband der Seeleute seit dem 9. April 1940 seinen Sitz hatte. Nordahl begab sich also nach London.

Er erkannte, dass seine Hauptaufgabe darin bestehen musste, mit dem besetzten Norwegen ueber eine Zentrale in Stockholm und mit der englischen Gewerkschaftsbewegung und denen der uebrigen freien Laender, besonders in den Vereinigten Staaten, Verbindung aufzunehmen.

Am 12. November 1941 wurde das Londoner Sekretariat der Norwegischen Nationalen Gewerkschaftsunion gegrundet. Zu Anfang setzte es sich lediglich aus dem Praesidenten des Norwegischen Seeleuteverbandes (der zu jener Zeit auch Leiter des Presse- und Informationsbueros der norwegischen Regierung in London war) und Nordahl zusammen. Spaeter kamen noch andere Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung hinzu, die aus Norwegen entkommen und nach London gefluechtet waren.

Das Londoner Sekretariat wurde sofort von der norwegischen und den alliierten Regierungen und von den Gewerkschaften in den alliierten Laendern als Vertreter der norwegischen Exilgewerkschaftsbewegung anerkannt. Dreieinhalb Jahre lang fuehrte Nordahl das Londoner Sekretariat, das nicht nur in dem Kampf um Norwegens Freiheit und Unabhaengigkeit eine hervorragende Rolle spielte, sondern auch den Grundstein fuer die Nationale Gewerkschaftsunion in Norwegen nach dem Kriege legte.

Von seinem Londoner Buerou aus dirigierte Nordahl die gesamte illegale Gewerkschaftstaetigkeit, die in Norwegen geleistet wurde. Alle Untergrundgewerkschaften in seiner besetzten Heimat und alle diejenigen, die in Schweden taetig waren, erkannten das Londoner Sekretariat als die oberste Behoerde in der Bewegung an. Die Staerke dieses Kampfes der Gewerkschaftler wurzelte in der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaftlern draussen und denen im eigenen Lande.

Als Leiter des Sekretariats stand Nordahl ebenfalls in enger Zusammenarbeit mit Regierungsvertretern und half, den Grundstock fuer den Wiederaufbau seines Landes nach dem Kriege zu legen. Mit dem Praesidenten der norwegischen Angestelltengewerkschaft, der sich dieser Zeit ebenfalls in London befand, traf Nordahl Vorbereitungen zur Beilegung von Lohnstreitigkeiten nach der Befreiung, um den Gewerkschaftsfrieden und die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in den ersten Jahren des Wiederaufbaus zu gewaehrleisten. Dieses Programm hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Waehrend der fuef Jahre, die nun seit der Befreiung verflossen sind, hatte Norwegen ein Minimum an nennenswerten Arbeitskonflikten zu verzeichnen. Nach dem Kriege setzte sich Nordahl, der einstimmig zum Praesidenten der Gewerkschaftsunion gewaehlt worden war, fuer die Schaffung des Weltgewerkschaftsbundes ein. Bald musste er aber erkennen, dass eine Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Gewerkschaften Westeuropas und Amerikas und den kommunistisch beherrschten Gewerkschaften Osteuropas unmoeglich war. Als die freien Gewerkschaften deshalb im Jahre 1949 aus dem Weltgewerkschaftsbund austraten, unterstuetzte Nordahl sofort die Idee, einen neuen, freien internationalen Gewerkschaftsbund zu gruenden. Im Mai 1949

stimmte die Nationale Gewerkschaftsunion fuer den Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund, und das Sekretariat wurde angewiesen, sich um die Mitgliedschaft im Internationalen Weltbund Freier Gewerkschaften zu bewerben.

Die Kommunisten sehen in Nordahl verstaendlicherweise ihren gefaehrlichsten Gegner, und er ist deshalb ihren staendigen Angriffen ausgesetzt. Obwohl sie jedoch ununterbrochen versuchten, sich in die Fuehrung der Gewerkschaftsbewegung einzumischen, mussten sie eine Niederlage nach der anderen einstecken, und spielen nun eine sehr unbedeutende Rolle. Die Nationale Gewerkschaftsunion hat unter der Fuehrung Nordahls ihre entschlossene Haltung diesen Intrigen gegenueber bewahrt und alle Einmischungsversuche der Kommunisten zurueckgewiesen.

Die rechtsgerichteten Gegenspieler der Gewerkschaft machen ihr oft den Vorwurf, sie regiere in Wirklichkeit Norwegen, und Nordahl sei der Drahtzieher. Dagegen behaupten die Kommunisten, die Fuehrer der Gewerkschaft seien nur die Dienstboten der Regierung.

Beides ist jedoch, wie Nordahl selbst sagt, falsch. Norweger, sagt er, seien nicht zum Dienstbotentum geboren. Und in einer demokratischen Gesellschaftsordnung muessten Fuehrung und Verantwortung in den Haenden der verfassungsmaessigen Organisationen liegen - und das seien Parlament und Kabinett.

ECA Labor Information
18. April 1950

SEELEUTE AMERIKAS VERSPRECHEN EUROPAEISCHEN GEWERKSCHAFTEN IHRE HILFE

Sieben amerikanische Gewerkschaften, in denen 170.000 Seeleute organisiert sind, haben versprochen, "der europaeischen, freien Gewerkschaftsbewegung jedmoegliche Unterstuetzung in ihrem Kampf gegen die kommunistische Diktatur zukommen zu lassen...."

Die Gewerkschaften bezeichneten den Marshall Plan und den Atlantik Pakt als die wirksamsten Mittel, um diesen Kampf zu fuehren, und versprachen, alles, was in ihrer Macht liegt, zur Unterstuetzung dieser Plaene zu tun.

Die Praesidenten der sieben Gewerkschaften erklaerten, diese Entschliessung sei gefasst worden, nachdem man die Lage der Arbeiterschaft Westeuropas hinsichtlich der wirtschaftlichen Struktur ihrer Laender und die Verteidigung des freien demokratischen Regimes eingehend besprochen hatte."

"Wir wissen," so heisst es in der Entschliessung, "dass die Kommunistische Partei und die kommunistischen Gewerkschaften auf Befehl des Kominform versucht haben und noch versuchen, diese Laender zu unterjochen, indem sie chaotische Verhaeltnisse schaffen und Gewalt anwenden, um zu verhindern, dass sich der Marshall Hilfsplan und der Atlantik Pakt voll auswirken koennen.

"Wir als die Vertreter der Seeleute geloben deshalb, die Marshall Plan Laender und alle Signatarstaaten des Atlantik Paktes zu unterstuetzen, denn wir sind davon ueberzeugt, dass Westeuropa nur mit diesen Mitteln wiederaufgebaut werden kann, und dass nur unter diesen Voraussetzungen in Europa das bestehen kann, was wir unter Demokratie und Freiheit verstehen."

Die Gewerkschaften versprachen ausserdem, sich fuer die Einberufung einer Konferenz aller amerikanischer Transportarbeitergewerkschaften in Verbindung mit dem Internationalen Transportarbeiterverband einzusetzen, auf der die notwendigen Massnahmen formuliert werden sollen, die eingeleitet werden muessen, um der zerstuerenden und umstuerzlerischen Taetigkeit der Kommunisten in der Transportindustrie Europas und anderswo zu begegnen."

Unterzeichnet wurde die Entschliessung von den Praesidenten der Internationalen Seefahrgewerkschaft, der Gewerkschaft der Schiffskapitaene, Steuerleute und Lotsen, der Gewerkschaft der Heizer, der Gewerkschaft der Funker, der Nationalen Seeleutegewerkschaft, des Verbandes fuer das Maschinenpersonal und des Amerikanischen Rundfunkverbandes.

Omer Becu aus Antwerpen, der Generalsekretaer des Internationalen Transportarbeiter Verbandes, erklarte vor der Konferenz, dass "die europaeischen Arbeiter auf Schiffen und in Haefen davon unterrichtet werden muessten, dass die amerikanischen Seetransportarbeiter den Marshall Plan, die Marshall Plan Verwaltung und den Atlantik Pakt unterstuetzen."

Becu berichtete, dass die Kommunisten auf Konferenzen europaeischer Seeleute Entschliessungen gegen das Entladen von amerikanischen Waffenlieferungen mit Arbeitern, die nicht zur See fahren, vollgepropft haetten.

"Diese kommunistischen Eindringlinge bringen diese erzwungene Entschliessung dann in anderen Haefen in Umlauf und versuchen, nichtsahnende Gewerkschaften zu veranlassen, dieselben anzunehmen," erklarte Becu. "Aber das glueckt ihnen nicht immer. Kuerzlich stimmte sogar eine kommunistisch beherrschte Lokalgewerkschaft von Seeleuten gegen eine solche Resolution."

ECA Labor Information
4. April 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 11

Frankfurt, 19. Mai 1950.

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Europas einzige Hoffnung - - - - - | 1 |
| Lokale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - | 2 |
| AFL fordert Gleichberechtigung Westdeutschlands - - - - | 4 |
| ILO Direktor fuer gesteigerte Produktivitaet und Vollbe- schaeftigung - - - - - | 5 |
| Gewerkschaften Amerikas loben den Marshall Plan - - - - | 6 |
| Amerikanische Gewerkschaften in Griechenland - - - - - | 7 |
| Sekretaer der Sozialistischen Internationale fuer den Atlantik Pakt - - - - - | 9 |
| "Marshall" Fahrrad - - - - - | 10 |
| Gewerkschaftliche Untersuchung - - - - - | 11 |
| Gewerkschaftstagung der Arbeiter im oeffentlichen Dienst | 11 |
| Neue Arbeiterwohnungen in Italien - - - - - | 11 |

EUROPAS EINZIGE HOFFNUNG

Von Arnold Beichman, dem New Yorker Korrespondenten des "AFL News Service."

(New York)--Die Parolen der demokratischen Gewerkschaftler Europas, deren Land von dem sowjetischen Kommunismus ueberrannt wurde, sind:

Langsam arbeiten.
Den Mut nicht verlieren.

Das erste bedeutet: arbeite, produziere und ernte so wenig und so langsam wie moeglich. Das zweite besagt, dass die Hoffnung besteht, dass die Laender hinter dem Eisernen Vorhang eines Tages von der Sowjetdiktatur befreit werden. Bis dahin - den Mut nicht verlieren.

Diese Parolen stammen von einer Gruppe von Gewerkschaftlern, die sich in Paris unter dem Namen "Freie Gewerkschaftszentrale im Exil" zusammengeschlossen haben. Diese Vereinigung setzt sich aus anerkannten Vertretern der Gewerkschaftsbewegungen in Bulgarien, Rumaenien, Jugoslawien, Litauen, Estland, Tschechoslowakei, Ungarn und Polen zusammen.

Es sind Maenner, die den Totalitarismus faschistischer Praegung in ihren Laendern ueberall bekaempften, wo und wann er sich zeigte; heute gilt ihr Kampf der kommunistischen Beherrschung.

Sasha Volman, der jugendliche Sekretär der Freien Gewerkschaftszentrale im Exil haelt sich zur Zeit in Amerika auf, um mit Funktionaeren der AFL zu konferieren und Hilfe fuer seine Organisation zu erbitten. Als gebuertiger Rumaene verbrachte Volman einige Jahre in sowjetischen Zwangsarbeitslagern; es gelang ihm zu entkommen, und er versucht nun mit seinen Kameraden, die unvermeidliche Zerschlagung des Eisernen Vorhangs vorzubereiten.

Die Freie Gewerkschaftszentrale ist an zwei Fronten taetig - ausserhalb und innerhalb des Eisernen Vorhangs. Ihre Sachverstaendigen arbeiten Berichte ueber die Arbeitsbedingungen in den sowjetisch beherrschten Laendern aus. Diesen Berichten liegen Informationen zugrunde, die auf illegalem Wege in den Besitz der Gewerkschaft gelangen. Sie werden Personen zur Verfuegung gestellt, die an dem Propagandakrieg gegen den sowjetischen Imperialismus beteiligt sind.

Ausserdem unterstuetzt die Gewerkschaftszentrale eine Untergrundbewegung innerhalb der von den Sowjets beherrschten Gebiete. Es ist keine Bewegung, die Gewalt- und Sabotageakte veruebt, denn die Sowjets wuerden darauf mit blutigen Repressalien antworten, und gute Menschen wuerden geopfert, was, wie Volman sagt, "im Augenblick nutzlos waere."

"Unsere Hauptaufgabe," erklarte er, "besteht darin, das Vertrauen und die Moral unserer Mitglieder hochzuhalten. Sie duerfen die Ueberzeugung nicht verlieren, dass die demokratischen Kraefte auf der Welt noch am Leben sind.

"Wohl hat die Sowjetunion diese Gebiete besetzt, aber sie hat sie noch nicht fuer sich gewonnen. Sie konnte noch nicht den moralischen Widerstand dieser Gebiete brechen.

"Die Kommunisten sprechen nur von ihren Siegen und betonen fortwaehrend, dass sie die Gewerkschaftsbewegungen der ganzen Welt beherrschten. Sie sprechen von dem unvermeidlichen Zusammenstoss mit dem Westen, und dass vom Ausland nichts zu erwarten sei.

"Wir versuchen, dieser kommunistischen Propaganda durch Schriften entgegenzuwirken, die wir in unseren Heimatlaendern in Umlauf bringen. Wir versuchen, durch Rundfunksendungen mit den Volksmassen in Verbindung zu treten, um nicht das Leben der Arbeiter in der Untergrundbewegung gefaehrdet zu muessen.

"Die Gewerkschaften sind die einzige Hoffnung in Mitteleuropa.- Es ist die einzige, noch verbliebene, dynamische Macht, und wir sind der AFL und besonders Jay Lovestone und Irving Brown fuer ihre Mitarbeit und Unterstuetzung bei der Gruendung der Zentrale in Paris aeusserst dankbar."

In ihrer antikommunistischen Propaganda schildert diese Gewerkschaftszentrale u.a., wie die Sowjets ihre Vasallenstaaten ausbeuten und die in diesen Laendern herausgeschlagenen Gewinne der Sowjetunion zufließen lassen. Sie entlarvt den sowjetischen Kommunismus als einen ideologischen Verrat am klassischen Marxismus. Diese Art ideologischer Polemik mag amerikanischen Gewerkschaftlern seltsam erscheinen, in Europa jedoch, wo die marxistische Theorie fuer viele aus der Gewerkschaftsbewegung eine Glaubenslehre darstellt, ist sie von lebenswichtiger Bedeutung.

Die Zentrale veroeffentlicht ausserdem Schriften, in denen beschrieben wird, was es fuer die Arbeiter heisst, unter dem Kommunismus leben zu muessen.

Weekly News Service der AFL
25. April 1950

LOKALE VEREINIGUNG ZUR BEKAEMPfung DER ARBEITSLOSIGKEIT

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund, AFL, der mehr als 7 Millionen Mitglieder vertritt, setzt sich in zunehmendem Masse fuer die Bildung sogenannter Lokalaus-schuesse fuer Vollbeschaeftigung ein, die die Arbeitslosigkeit bekaempfen sollen.

Diese Ausschuesse haben bereits Tausende von Arbeitsplaetzen gefunden und damit bewiesen, dass durchgreifende Massnahmen auf lokaler Basis zur Loesung des Arbeitslosenproblems beitragen koennen.

Im Monatsbericht der AFL wurden unlaengst die von diesen Ausschuessen erzielten Erfolge zusammengestellt. Die Forderung wurde erhoben, 2 Millionen neue Beschaeftigungsmoeglichkeiten schaffen zu helfen. Nachstehend sind einige Beispiele wiedergegeben, von denen in einer neueren Ausgabe des AFL Nachrichtenblattes "AFL News Service" berichtet wurde:

In einer amerikanischen Stadt des mittleren Nordens werden drei neue Fabriken in Kuerze den Betrieb aufnehmen. Die Mitglieder des Ausschusses interessierten zwei Firmen aus einer benachbarten Stadt am Kauf von zwei stillliegenden Ruestungsbetrieben, die ihre Produktion nun umstellen und 400 Arbeiter beschaeftigen werden; ein anderer Unternehmer wird eine chemische Fabrik uebernehmen und 100 Arbeiter einstellen. Mit diesen 500 neuen Arbeitsplaetzen wird ein Fuenftel saemtlicher Arbeitslosen der Stadt beschaeftigt werden koennen - ein guter Anfang.

In einer Stadt des Suedens hat man ein Verfahren zur Verarbeitung von Schiefer zu leichten Bausteinen erfunden. Ein Werk wird errichtet, in dem dieser neue Baustoff hergestellt werden wird.

In einer Stadt des Ostens haben sich die Mitglieder des Ausschusses mit einer Gummigesellschaft in Verbindung gesetzt, die ihre Fabrik schliessen wollte; man fand gemeinsam einen Weg, das Werk in Betrieb zu halten, und stellt nun Werkstoff her.

In einer anderen kleinen Stadt wurde im April 1949 eine Massenkundgebung abgehalten, auf der fuer den Bau eines Fabrikgebaeudes gesammelt wurde, um neue Arbeitsplaetze zu schaffen. Diese Sammlung ergab einen Betrag von 40.000 Dollar. Eine Schuhfabrik, die sich vergroessern wollte, war bereit, weitere 20.000 Dollar zu investieren. Man bot ihr ein Gebaeude an, das fuer die Zwecke geeignet war. Daraufhin setzten sich Gewerkschaften und andere Organisationen ein und erhoekten den Betrag auf 100.000 Dollar. Die Fabrik wurde dann eingerichtet. Im Februar dieses Jahres nahm sie den Betrieb auf. 400 Arbeiter konnten eingestellt werden, und die neuen Loehne, die der Gemeinde jetzt zufliegen, belaufen sich auf jaehrlich 1 Million Dollar.

In einer noerdlichen Gegend, wo grosse Arbeitslosigkeit herrschte, schlossen sich 10 kleinere Unternehmen zusammen und bildeten eine Vertriebsvereinigung; sie stellten einen Verkaeuer ein, der nun neue Abnehmer wirbt und Auftraege hereinbringt. Keines dieser Unternehmen haette diesen Kostenaufwand allein uebernehmen koennen.

In einer anderen Stadt benoetigte ein Mann, der die Absicht hatte, ein kleines Unternehmen zu starten, ein Kapital von 10.000 Dollar, die er von der lokalen Bank jedoch nicht erhalten konnte. Durch Subskriptionen von Buergern, die gewillt waren, in ein gesundes Geschaeftsvorhaben Geld zu investieren, das die erforderlichen Arbeitsplaetze schaffen konnte, brachte der Vollbeschaeftigungsausschuss die 10.000 Dollar zusammen. Er wurde dabei von den Gewerkschaften unterstuetzt.

Einem anderen Ausschuss gelang es, eine Korbfabrik einzurichten, in der die ortsansaessigen Arbeiter aus dem in dieser Gegend vorhandenen Holz Koerbe fuer die Obstzuechter zu niedrigen Preisen herstellen.

In einer Stadt des Ostens ist ein Mitglied der lokalen Zimmermannsgewerkschaft in leitender Stellung des Vollbeschaeftigungsausschusses. In der Stadt wurde Wohnraum fuer die Familie der niedrigen Einkommensstufen benoetigt; viele Arbeiter waren erwerbslos. Dieser Gewerkschaftler zog die noetigen Informationen zur Beschaffung von Krediten ein, die im Wohnungsbaugesetz von 1949 vorgesehen waren. Mit seinen Kollegen aus dem Ausschuss wurde er persoendlich bei den Behoerden vorstellig, denen die Genehmigung der Kredite oblag, und beschleunigte den Ablauf der Formalitaeten, bis ein Kredit von 60.000 Dollar zur Verfuegung gestellt wurde.

Bald werden die Arbeiter mit dem Bau neuer, billiger Wohnungen beschaeftigt sein. Damit hoerte die Arbeit des Gewerkschaftlers jedoch nicht auf. Mit anderen Mitgliedern des Ausschusses arbeitet er an weiteren Projekten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Sie sind z.B. damit beschaeftigt, die fuer die Vollendung eines Dammes erforderlichen Gelder zu beschaffen, der eine in der Naeheliegende Papiermuehle mit Wasser versorgen und ihr es damit ermoeglichen wird, noch mehrere hundert Arbeiter einzustellen.

Auch anderen Ausschuessen gelang es, die Durchfuehrung staatlicher und lokaler Projekte zu erwirken. Auf diese Weise wurden Strassen gebaut, ein Kanalisierungssystem erweitert, Schulen und Krankenhaeuser errichtet, den oeffentlichen Schulen mehr Lehrpersonal zur Verfuegung gestellt, das Postwesen und andere oeffentliche Dienste durch Zurverfuegungstellung der benoetigten Arbeitskraefte verbessert.

In einem Staat des Westens gab der staatliche Ausschuss in mehreren Gegenden "wirtschaftliche Vorlesungen", um die Initiative der Bewohner anzuregen. Lokale Komitees wurden gebildet, die die Arbeiterschaft und andere Gruppen vertreten. U.a. waren in den verschiedenen Gebieten folgende Erfolge zu verzeichnen: In einer Stadt wird ein Wohnungsbauprojekt im Gesamtwerte von 250.000 Dollar durchgefuehrt. Ein Flugzeugverkehr zwischen mehreren Staedten wird aufgenommen und ein neuer Flughafen gebaut werden. In einer anderen Stadt wird eine neue Wochenzeitung herausgegeben. In einem Staate war fuer Lastkraftwagen eine Transportsteuer von 250 Dollar erhoben worden; diese Steuer wurde reduziert, denn sie verhinderte, dass Lastkraftwagen aus benachbarten Staaten zum Abtransport der Fruechte kamen, die in diesem Staat zum Verkauf angeboten werden; der Aufschwung, den das Transportwesen durch die Verminderung dieser Steuer genommen hat, hat das Geschaefte vergroessert und damit vielen Staedten geholfen. Alle diese Projekte schaffen Beschaeftigungsmoeglichkeiten.

ECA Labor Information
19. April 1950

AFL FORDERT GLEICHBERECHTIGUNG WESTDEUTSCHLANDS

Philadelphia, 12. Mai--In einer gestrigen Verlautbarung der AFL hiess es, die Vereinigten Staaten sollten den Kriegszustand des Zweiten Weltkrieges beenden und Deutschland in die Gemeinschaft der freien Nationen aufnehmen.

Dies sei noetig, erklarte der Exekutivrat des Gewerkschaftsbundes, um die kommunistischen Versuche, Westdeutschland zu eroern, endgueltig zu zerschlagen.

Die russische Aggression wurde als eine schreckliche Bedrohung des Weltfriedens bezeichnet, der man sofort begegnen muesse, wenn die Menschheit nicht in einen dritten Weltkrieg gestuerzt werden sollte.

Praesident William Green erklarte, die Empfehlungen der AFL zur Deutschlandfrage seien auf eine "fundamentale Revision der Politik Westdeutschland gegenueber" gerichtet.

Die westdeutsche Republik, sagte Green, muesste als souveraeener Staat anerkannt werden. Es gaebe keinen anderen Weg, um dem deutschen Volk das Gefuehl der Solidaritaet mit den westlichen Demokratien zu geben. ~~Nur~~ so sei gewaehrleistet, dass es alle russischen Machenschaften und Methoden kategorisch abweist, die aus ihrem Lande einen sogenannten neutralen oder einfach einen weiteren Satelliten der russischen Gewaltherrschaft machen sollen.

Ausserdem rief Green die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten dazu auf, das gegenwaertige Besatzungsstatut fuer Deutschland durch einen Friedensvertrag zu ersetzen, nach dem Westberlin dem westdeutschen Staat angegliedert werden solle.

Die US Streitkraefte muessten in Deutschland gehalten werden, sagte Green, um dem deutschen Volk in seinem Kampf gegen die russische Aggression und die kommunistischen Quislingversuche zur Beeintraehtigung seiner Souveraenitaet beistehen zu koennen.

Die Gewerkschaft brachte ferner zum Ausdruck, dass sie die Methode der Alliierten Hohen Kommission verwerfe, die Bonner Verfassung ab und zu ihrem Vetorecht zu unterwerfen.

"Alle Beschraenkungen der Wirtschaftstaetigkeit wie Stahlproduktion und Schiffsbau muessten aufgehoben werden", sagte Green. Eine solche Politik einzuschlagen, sei umso ratsamer, als die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu einem dringenden Problem geworden sei.

ILO DIREKTOR FUER GESTEIGERTE PRODUKTIVITAET UND VOLLBESCHAEFTIGUNG

David A. Morse, der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes ILO, schlug ein Weltprogramm zur Hebung des Lebensstandards und Sicherstellung der Vollbeschaeftigung vor, um auf diese Weise die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen. Erhoehte Produktionsleistung und die gerechte Verteilung der aus der groesseren Produktion entstehenden Gewinne bilden die Grundlage des Vorschlags von Morse.

Morse hat die Vertreter der Arbeiter, Unternehmer und Regierungen von 60 Laendern eingeladen, um seinen Vorschlag auf der 33. Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes zu besprechen, die am 7. Juni im Palais der Nationen in Genf eroeffnet werden wird.

Er erklaerte, dass Armut und Elend in den aermere Nationen der Welt nur durch erhoehte Produktionsleistung beseitigt werden koennten. Vollbeschaeftigung sei fuer die Hoechstproduktion unerlaesslich; er rief die Fuehrer aller Nationen auf, dafuer zu sorgen, dass mit den technologischen Veraenderungen die Bemuehungen zur gerechten Verteilung der Gewinne Hand in Hand gingen.

"Vollbeschaeftigung," sagte er, "und vor allem die Aussicht auf Fortdauer dieser Vollbeschaeftigung foerdern die Steigerung der Produktionsleistung. Sie schliesst erstens Verluste durch unerwuenschte Arbeitslosigkeit aus. Die dauernde Vollbeschaeftigung ermoeoglicht zweitens eine relativ gleichmaessige Produktion dadurch, dass es keine periodischen Fluktuationen der Nachfrage mehr gibt. Drittens wurden in der Vergangenheit die Arbeiter aus Furcht vor der Arbeitslosigkeit staendig veranlasst, technischen Neuerungen gegenueber eine ablehnende Haltung einzunehmen. Auch die Produktionsbeschraenkungen sind auf diese Ursache zurueckzufuehren....."

Morse forderte ausserdem zur Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern auf, wenn es gelte, irgendwelche technischen Veraenderungen vorzunehmen.

"Die gemeinsame Entschlossenheit, die Produktionsleistung zu steigern, kann nur bestehen, wenn Unternehmer und Arbeiter vollstes gegenseitiges Verstaendnis zeigen," sagte er. "Und dieses Ziel kann nur durch engste Zusammenarbeit der beiden Partner erreicht werden."

Morse schlug vor, dass sich die Delegierten der ILO Konferenz unter anderem mit den folgenden Fragen befassen die mit der Erhoehung der Loehne und der Produktionsleistung im Zusammenhang stehen:

1. Aus- und Einwanderung. "... die Welt wird sich in Zukunft mit gesteigerter Aufmerksamkeit diesem Problem zuzuwenden haben.... auch den Moeglichkeiten der Auswanderung auf breiter Basis aus den asiatischen Laendern, die jetzt infolge der geringen Nachfrage nach ungelernten Arbeitskraeften in anderen Laendern und infolge der Schwierigkeit, eine grosse Zahl von Einwanderern einer fremden Kultur anzupassen, sehr gering sind. In Laendern wie Italien und Holland bestehen eher Auswanderungsmoeglichkeiten, und zwar wahrscheinlich nach den

Laendern Latein-Amerikas."

2. Auslaendische Investitionen. "Eine Kapitalverlagerung auf internationaler Ebene kann bis zu einem gewissen Grad internationale Verschiebungen der Bevoelkerung ersetzen.... Es scheint wahrscheinlich, dass ein grosser Teil der aermsten Gebiete der Welt fuer laengere Zeit zur Armut verurteilt sein wird, wenn nicht im Ausland grosse Kapitalsummen fuer sie aufgebracht werden koennen."

3. Berufliche Lenkung. "Erfahrungen haben nachweislich gezeigt, dass die berufliche Auswahl der Arbeiter die Produktionsleistung um 10 bis ueber 40% steigern kann."

4. Schichtarbeit. "Wo es keine Nacharbeit gibt, kann eine Einteilung in zwei Schichten von je 8 oder eventuell 7 Stunden zur Steigerung der Produktionsleistung beitragen."

5. Handelsschranken. "Ein freierer Handel zwischen den verschiedenen Laendern Europas wuerde den europaeischen Produzenten groessere Absatzmaerkte erschliessen, die Spezialisierung foerdern und der Leistungssteigerung dienlich sein."

6. Gesundheitliche und allgemeine Erziehung. "Die Leistungsfahigkeit der Arbeiter wird oft durch niedrigen Gesundheits- und Ernaehrungsstandard und durch den Mangel an allgemeiner Ausbildung und technischer Schulung beeintraehtigt."

Morse schlug ausserdem vor, dass die Statistiker des Internationalen Arbeitsamtes Untersuchungen auf weltweiter Basis ueber Methoden anstellen, die die sofortige Verbreitung von verbesserten Methoden der Produktion und Betriebsleitung foerdern sollen. Aber auch dabei duerfe die Wohlfahrt des einzelnen Arbeiters nie ausser Acht gelassen werden.

"Wenn die wirtschaftliche Wohlfahrt erfordert, dass man Veraenderungen der Produktions- und Betriebsleitungsmethoden akzeptiert, die der Produktivitaetssteigerung dienen, dann erfordert sie auch, dass derartige Neuerungen auf eine solche Weise eingefuehrt werden, dass dem Einzelnen moeglichst wenig Nachteile daraus entstehen. Auch diese Frage sollte Gegenstand einer eingehenden Studie bilden."

ECA Labor Information
24. April 1950

GEWERKSCHAFTEN AMERIKAS LOBEN DEN MARSHALL PLAN

In einer Feierstunde anlaesslich der Marshall Plan Wende brachten amerikanische Gewerkschaftler kuerzlich erneut zum Ausdruck, dass sie hinter dem Marshall Plan stehen.

William Green, der Praesident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, der CIO Praesident Philip Murray, der Sekretaer der Eisenbahnergewerkschaft E. Lyon und zahlreiche andere politische Fuehrer richteten Glueckwunschtelegramme an ECA Administrator Paul Hoffman, in denen sie von der guten Arbeit sprachen, die bisher geleistet worden sei. Die drei Gewerkschaftsverbaende vertreten ueber mehr als 15 Millionen amerikanischer Arbeiter.

Alle drei Gewerkschaftsfuehrer hoben die grossen Fortschritte hervor, die die Arbeiter Europas mit Hilfe des Marshall Planes erzielten und noch erzielen werden.

Greens Telegramm hatte u.a. folgenden Wortlaut: "Der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL ist auf Eure Erfolge stolz und gluecklich, dass es ihm vergoennt war, mit Euch an dem grossen Wohltatigkeitswerk zusammenzuarbeiten, das sich unser Land selbst zur Aufgabe gemacht hat. Grosse wirtschaftliche und politische Siege sind in Europa errungen worden. Und uns amerikanischen Gewerkschaftlern

ist es eine besondere Genugtuung, dass dieses neue Gefuehl des Wohlergehens und der Hoffnung im Ausland eine für die Errichtung einer neuen und demokratischen internationalen Gewerkschaftsorganisation guenstige Atmosphaere geschaffen hat."

Murray sagte: "Wir standen hinter dem Marshall Plan, als er begann, und wir stehen auch jetzt noch hinter ihm. In dieser kurzen Zeit seines Bestehens hat die ECA viel geleistet, und wir sind ueberzeugt, dass die Fortschritte der kommenden zwei Jahre hinter denen der ersten beiden Jahre nicht zurueckstehen werden."

Lyon hob besonders die Erfolge hervor, die im Hinblick auf ein freies Europa erzielt worden seien. Er sagte: "Der Exekutivrat der Eisenbahngewerkschaften hat kuerzlich erkluert, dass Demokratie und Freiheit in den Marshall Plan Laendern gute Fortschritte gemacht haben. Nach unserer Ansicht ist dies die wertvollste Hilfe, die den Beamten der ECA und allen anderen Funktionaeren in ihren Bemuehungen zuteil werden kann. Die organisierten Eisenbahner Amerikas kaempfen mit Euch um deren Fortbestand."

Als Antwort hierauf sprach sich Administrator Hoffman anerkennend ueber die wertvolle Unterstuetzung seitens der amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen aus und lobte die Arbeit der Gewerkschaftsmitglieder, die ueberall auf der Welt im Dienste der ECA stehen.

ECA Labor Information

4. April 1950

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN IN GRIECHENLAND

Joseph F. Heath, der ehemalige Nationalvertreter der Amerikanischen Gewerkschaft der Regierungsangestellten (AFL), loest viele Arbeitsprobleme in Griechenland unter Anwendung der Methoden des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL.

Heath, der stellvertretende Direktor der Abteilung fuer Arbeitsangelegenheiten im Amte der ECA Mission in Griechenland, verhandelt taeglich mit zahlreichen griechischen Gewerkschaftlern.

Mit Entruestung muss Heath oft feststellen, dass die Arbeitsbedingungen in Griechenland nur mit den erbaermlichsten zu vergleichen sind, die er in den Vereinigten Staaten gesehen hatte. Er ist mit den Mitgliedern der Gasarbeiter-Gewerkschaft zu ihren Arbeitsplaetzen gegangen und hat dort Maenner angetroffen, die barfuss auf der heissen Kohle laufen und uralte Kohlenkarren schieben. In einem Memorandum an die Beamten der ECA Mission hat er sofort von diesen Zustaaenden berichtet. Wenn es Heath gelingt, diesen Arbeitern durch einen hoeheren Lohn oder durch eine Sondervereinbarung mit den Unternehmern zu Schuhen zu verhelfen, dann hat er ein sehr wesentliches Problem geloest.

Ein Bildreporter eines international bekannten, in Amerika gedruckten Magazins kam einmal nach Athen und wollte einige gute Farbaufnahmen machen. "Wenn Sie mit mir kommen wollten, wuerde ich Ihnen einige Farben zeigen," sagte Heath. "Drunten in der chemischen Fabrik sind barfuessige Arbeiter mit roten und gruenen Wunden an ihren Beinen. Eine Menge von Farben!" Der Reporter erkluerte jedoch, dass sein Magazin keine unfeinen Bilder wuensche - nur Anmut und Licht, das blaue Aegaeische Meer und die glaenzende, helle Seite des griechischen Lebens. Solange es keine farbige Gewerkschaftszeitung gaebe, koenne man derartige Bilder nicht sehen.

Heath hat zusammen mit Direktor D. Alan Strachan schon viel fuer die griechischen Arbeiter geleistet, die wirtschaftlich schwer zu kaempfen haben. So weigerte sich zum Beispiel die Eisenbahngesellschaft Athen-Piraeus-Peloponnes, ihren Vertrag, den sie muendlich mit den Arbeitern fuer ein "schnelleres

Schwellenverlegen" abgeschlossen hatte, einzuhalten. Den Arbeitern war fuer eine Beschleunigung der Arbeit ein Bonus versprochen worden, und sie legten doppelt so viel Schwellen wie vorher. Die Gesellschaft zahlte jedoch nicht, was sie versprochen hatte. Sie schlug der ECA Mission vor, ihr weitere Geldmittel zur Vollendung eines anderen Auftrages zur Verfuegung zu stellen; nur so koenne sie den versprochenen Bonus zahlen. Dieser Vorfall wurde den ECA Missionschefs gemeldet, die sich sofort bereit erklaerten, einzugreifen. Der Vertreter der Eisenbahngesellschaft wurde gerufen, und man teilte ihm mit, dass keine finanzielle Hilfe mehr gewaehrt wuerde, bevor der Bonus nicht gezahlt sei. Nach langem Argumentieren wurde die Gesellschaft schliesslich einseitig, und die Schwellenleger bekamen ihren Bonus.

Und die Gesellschaft wurde gezwungen, diesen Bonus nur den Arbeitern zukommen zu lassen und ihn nicht, wie es in einigen griechischen Industrien von jeher ueblich ist, an die Doktoren, Buero- und sonstigen Angestellten zu verteilen.

Heath sprach als "Gewerkschaftskollege" am 1. Mai, dem europaeischen Feiertag der Arbeit, vor dem Allgemeinen, Griechischen Gewerkschaftsbund und uebermittelte die freundschaftlichen Gruesse des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL und der gesamten amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Danach ergriff er auf einer Massenkundgebung der griechischen Beamtengewerkschaft das Wort, eine Organisation, die 75.000 Mitglieder umfasst. Er hatte sich schon frueher oft mit den Ausschuessen dieser Gewerkschaft beraten und kannte ihre Probleme. Ausserdem hat er volles Verstaendnis fuer die griechischen Beamten, da er selbst seit 1932 im Dienste der amerikanischen Regierung steht.

Nicht immer konnte Heath die Forderungen der griechischen Beamten billigen, denn er ist auch der Vertreter der amerikanischen Steuerzahler. Trotzdem gelang es unter der Leitung des Direktors Strachan und der ECA Mission, die Gewerkschaft fuer gewisse Einsparungen zu gewinnen und ihre Mitarbeit zu sichern. In griechischen Zeitungen spricht man mit Anerkennung von der Beamtengewerkschaft, die die Vereinfachung der Regierungsgeschaefte, die Beseitigung der politischen Bevorzugungspolitik und absurder Sondervereinbarungen vorschlaegt.

Als die Gasarbeiter trotz ihrer verheerenden Arbeitsbedingungen um eine Lohnerhoehung um 30% und eine Steigerung des Gastarifs um 50% baten, war Heath entruestet. Er bewies an Hand statistischer Unterlagen, dass in einer fruerehen Verhandlung die Gastarife um 70% erhoeht worden waren, und warf der Gewerkschaft vor, ein Unternehmerverband zu sein. Das bestritten die Arbeiter natuerlich und gingen schleunigst daran, ihre eigenen Forderungen zu formulieren, ohne sich um die Gesellschaft zu kuemmern.

Heath war Praesident der Lokalgewerkschaft 98 B in Philadelphia des Internationalen Verbandes der Elektroarbeiter (International Brotherhood of Electrical Workers), ausserdem Sekretaer der Vereinigten Metallarbeiterverbaende in Philadelphia und Sekretaer der Vereinigten Metallarbeiterverbaende der Ostkueste. Im Jahre 1932 trat er in die Gewerkschaft der Regierungsangestellten ein und leitete waehrend des zweiten Weltkrieges die Operationen in den Schiffswerften der Ostkueste. Vorher hatte er auf Anweisung des Praesidenten William Green an der Operation "Dixie" (Aktion in den Suedstaaten zur Organisierung der Arbeiter in Gewerkschaften) teilgenommen und bereiste als Generalkoordinator den Sueden. Vor seiner Beorderung nach Athen war Heath nationaler Vizepraesident der Gewerkschaft der Regierungsangestellten und Nationalvertreter der gleichen AFL Organisation.

Seine Arbeit in Griechenland steht im Dienste der positiven Demokratie und des Kampfes gegen die Ausbreitung des Kommunismus. Er setzt sich fuer bessere Lebensbedingungen des griechischen Arbeiters ein.

SEKRETAER DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE FUER DEN ATLANTIK PAKT

Julius Braunthal, der neugewahlte Sekretar der Comisco, der demokratisch, sozialistischen Internationale, erklarte, die europaischen Sozialisten seien durch die Tyrannei des Stalin Regimes gezwungen worden eine antisowjetische Haltung einzunehmen.

In der Veroeffentlichung "New Leader", dem offiziellen Organ der sozialistischen Internationale, bezeichnet Braunthal den Atlantik Pakt als den einzigen Weg, der den friedliebenden Sozialisten zur Verteidigung der demokratischen Traditionen noch offenstuende.

"Den Sozialisten Westeuropas bleibt keine andere Moeglichkeit, als der russischen Expansion Widerstand entgegenzusetzen," schrieb Braunthal. "Sie gebrauchten die Waffe der intellektuellen Debatte, solange dies moeglich war; sie bedienen sich sozialistischer Waffen, solange die Freiheit sozialistischer Taetigkeit nicht in Gefahr ist. Sie werden jedoch zu den Waffen der Gewalt greifen, wenn sie durch eine bewaffnete Aggression bedroht werden."

Braunthal sagte, dass die Sozialisten Westeuropas durch ihre bejahende Einstellung zum Atlantik Pakt bekundet haetten, dass sie sich im Kriegsfall nicht mehr wie einst mit Russland solidarisch erklaren, sondern gegen Russland auf der Seite der Vereinigten Staaten kaempfen wuerden.

Indem Braunthal an die vielen Jahre erinnerte, in denen die Sozialisten Russland in der Hoffnung unterstuetzten, dass dieses Land eines Tages mit dem Ausland im Einvernehmen leben und sich nach demokratischen Grundsuetzen entwickeln moege, bezeichnete er die Tschechoslowakei und Jugoslawien als Beispiele, die auch die letzten Illusionen beseitigt haetten.

"Die Tschechoslowakei ist im Gegensatz zu Ungarn, Rumaenien oder sogar Polen kein "rueckstaendiges Land," sondern ein hochentwickelter Industriestaat mit einer alten, hervorragenden Zivilisation und tief verwurzelter demokratischer Tradition. Die Tschechoslowakei bedrohte in keiner Weise die russische Sicherheit. Dieses Land war bereits vor dem kommunistischen Putsch im Februar 1948 eine demokratische Republik. Die tschechoslowakische Republik blieb jedoch ein souveraeener Staat.... Als die Tschechoslowakei eingeladen wurde, am Marshall Plan teilzunehmen, beschloss die Regierung - mit der Zustimmung der Kommunisten in der Koalition - dieses Angebot zu akzeptieren. Moskau lehnte jedoch den Marshall Plan ab und zwang die Prager Regierung, ihren eigenen Entschluss zu widerrufen..... Die Tschechoslowakei ist heute, so wie die sowjetische Ukraine, eine russische Provinz."

Braunthal erklarte, auch der Fall Jugoslawien stelle Russlands imperialistischen und nicht sozialistischen Charakter unter Beweis.

"In seiner politischen Organisation, seiner wirtschaftlichen Struktur und seiner Ideologie ist Jugoslawien ein voellig kommunistischer Staat..... Die jugoslawische Regierung meinte jedoch faelschlicherweise, sie sei eine Regierung eines souveraeenen Staates und nicht eine Behoerde oder Satrapie Moskaus..... Dieses Missverstaendnis wurde jedoch bald richtig gestellt. Da sich die jugoslawische Regierung Moskau widersetzte, wird sie nun von Russland und seinen Satelliten als eine "faschistische," feindliche Macht behandelt. Eine wirtschaftliche Blockade wurde gegen sie verhaengt; ja man droht ihr sogar mit Invasion und Krieg."

"Diese Erfahrung," schloss Braunthal, "haben die ueberwiegende Mehrheit der westeuropaischen Sozialisten davon ueberzeugt, dass es Russlands Ziel ist, die Voelker Europas der diktatorischen Gewalt einer Nation zu unterwerfen. Der Atlantik Pakt stellt die unausbleibliche Folge dieser Entwicklung dar."

Arbeitsmitteilungen der ECA
6. April 1950

"MARSHALL" FAHRRAD

Ein daenischer Fahrradfabrikant hat seinem neuesten Fahrradmodell den Namen "Marshall" gegeben - als eine Danksagung an den Marshall Plan, durch den es moeglich war, die Fahrradproduktion der Fabrik aufrecht zu halten und 100 in dieser Branche beschaeftigten Arbeitern ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Im Jahre 1948 war die Fabrik im Begriff, ihren Betrieb einzustellen. Es war unmoeglich, Kugellager von irgendeiner daenischen Quelle zu beziehen. Hundert in der Fahrradherstellung beschaeftigten Arbeitern drohte Arbeitslosigkeit. Normalerweise hatten sie 30.000 Fahrraeder im Jahr hergestellt - fast ein Siebtel der gesamten daenischen Produktion.

Da erfuhr Lauritz Hansen, der Direktor der Hede Nielsens Werke, dass er durch den Marshall Plan diese Kugellager von amerikanischen Herstellern kaufen koennte.

Die Gesellschaft kaufte 1.100.000 Kugellager, die ausreichten, um mehr als 20.000 Fahrraeder herzustellen und ihre Fahrradabteilung fuer fast 1 Jahr in Betrieb zu halten. Die Arbeiter dieser Abteilung konnten weiterhin beschaeftigt werden.

Eines der ersten Fahrraeder, die von der Firma herausgebracht wurden, trug ein besonderes rot-weiss-und-blaues Abzeichen mit dem Sternenbanner. Es war das "Marshall" Fahrrad. Das Reklameplakat der Gesellschaft zu diesem Fahrrad traegt die Aufschrift: "Startet Euren eigenen Marshall Plan - kauft ein Marshall Fahrrad."

"Verglichen mit den 150 Millionen, die im Rahmen des Marshall Planes fuer Daenemark bis jetzt bewilligt wurden," erklaerte Hansen in bezug auf den Geldbetrag, der ihm zur Verfuegung gestellt wurde, "mag dies nicht als grosse Summe erscheinen." Sie stellt jedoch einen aeusserst lebenswichtigen Faktor im Leben unserer Arbeiter und unserer Fabrik dar. Ihre Arbeitsplaetze und unser guter Ruf, den wir als Fahrradhersteller geniessen, standen auf dem Spiel.

"Gerade unser Problem, das durch den Marshall Plan geloest werden konnte, scheint mir ein gutes Beispiel fuer die verstaendige Verwendung der im Rahmen des Marshall Planes zur Verfuegung gestellten, amerikanischen Dollar zu sein. Unser Unternehmen hat sich deshalb entschlossen, seinem neuesten Fahrrad den Namen "Marshall" zu geben, um damit unsere Anerkennung zum Ausdruck zu bringen, die wir der internationalen Zusammenarbeit, wie sie im Marshall Plan symbolisiert ist, zollen."

Das "Marshall" Fahrrad hat spaeter eine weite Reise angetreten, so weit, wie Hansen es sich niemals haette traeuken lassen.

Als die Sache mit dem "Marshall" Fahrrad Beamten der ECA zu Ohren kam, luden sie Hansen zu einer Reise durch die Vereinigten Staaten ein. Er traf mit zwei Fahrraedern als Geschenk fuer den Vizepraesidenten Alben Barkley und den ECA Administrator Paul Hoffman dort ein. Man lud ihn ein, diesen beiden Maennern auf ihrer ersten Fahrt per Rad in den Strassen von Washington zuzusehen. Hansen hofft nun, auch Amerikaner fuer das Radfahren begeistern und vielleicht Fahrraeder von Daenemark nach den Vereinigten Staaten exportieren zu koennen.

In Daenemark ist das Fahrrad das populaereste Transportmittel. Die etwa 4 Millionen Einwohner Daenemarks besitzen mehr als 2 Millionen Fahrraeder. Waehrend der Hauptverkehrszeiten morgens und nachmittags sind die Strassen bevoelkert mit Arbeitern, Geschaeftsleuten und Beamten, die per Rad von und zu ihrer Arbeitsstelle fahren. Bei gutem Wetter kann man selbst Koenig Frederick und die Koenigin Ingrid auf ihren Raedern sehen, und der daenische Vorbote des Fruehlings ist ein huedsches Maedchen, das mit wehendem Rock Fahrrad faehrt.

Arbeitsmitteilungen der ECA
9. Mai 1950

GEWERKSCHAFTLICHE UNTERSUCHUNG

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL und der Kongress der Industrieverbaende CIO, die beiden grossen Gewerkschaftsvereinigungen Amerikas, beteiligen sich an einer Untersuchung ueber die Moeglichkeiten Amerikas, seine Importe zu steigern.

Diese Untersuchung, die von zwei privaten Forschungsorganisationen, der "National Planning Association" und der "Twentieth Century Fund," durchgefuehrt wird, soll das Verstaendnis des amerikanischen Volkes fuer dieses Problem foerdern.

Die beiden amerikanischen Gewerkschaftsverbaende erklarten bereits, dass sie die Bemuehungen der ECA befuehworteten, die Importe Amerikas an Waren und Dienstleistungen zu erhoehen, um Europa und Asien die Moeglichkeit zu geben, amerikanische Dollars zu verdienen und damit die Dollarluecke zu schliessen.

Als Gewerkschaftsvertreter werden an der Durchfuehrung der Untersuchung beteiligt sein: Solomon Barkin, Direktor der Forschungsabteilung der Textilarbeitergewerkschaft (CIO), George P. Delaney, AFL Vertreter fuer internationale Angelegenheiten, und Michael Ross, Direktor des CIO Referats fuer Internationale Angelegenheiten.

Diese Untersuchung leiten: E. J. Coil, Direktor der "Planning Association," H. Christian Sonne, Vorsitzender des Treuhaenderrates dieser Vereinigung, und Evans Clark, Direktor des "Twentieth Century Fund."

Arbeitsmitteilungen der ECA
3. Mai 1950

GEWERKSCHAFTSTAGUNG DER ARBEITER IM OEFFENTLICHEN DIENST

In Blackpool, England, werden Mitte Oktober die Vertreter der freien Weltgewerkschaften der Gas- und Elektrizitaetsindustrie zu einer internationalen, technischen Konferenz zusammenkommen, die von dem Internationalen Gewerkschaftsbund der Angestellten des Oeffentlichen Dienstes einberufen wurde.

Die viertaegige Konferenz wird vom 16. bis 19. Oktober in Verbindung mit einem Treffen der Nationalgewerkschaft der Oeffentlichen und Gemeindearbeiter, die dem internationalen Verband angeschlossen ist, abgehalten werden.

Delegierte der europaeischen Nationen und Amerikas werden gemeinsam ueber die Entwicklung und Organisation der Britischen Elektrizitaetsbehoerde und des Britischen Gasverwaltungsrates beraten. In diesem Zusammenhang sind auch Tagungen geplant, auf denen die allgemeinen Arbeitsbedingungen und Verhandlungsmethoden der beiden Industriezweige sowohl in England als auch in den uebrigen Laendern besprochen werden sollen. Der Frage der Schichtarbeit soll dabei besondere Beruecksichtigung geschenkt werden.

ECA Labor Information
20. April 1950

NEUE ARBEITERWOHNUNGEN IN ITALIEN

Neunzig neue Wohnungen fuer Arbeiterfamilien wurden kuerzlich in Ledi bei Mailand ihrer Bestimmung uebergeben. Die Baukosten waren zur Haelfte aus ECA Gegenwertfonds gedeckt worden. Es handelt sich um die ersten Wohnungen, die im Rahmen eines von der italienischen Regierung vor einem Jahr aufgestellten Programms vollendet wurden.

James D. Zellerbach, der Chef der ECA Mission in Italien, sprach anlaesslich der Einweihung dieser Wohnungen und erklarte, dass mit Hilfe von ECA Geldern noch rund 300.000 Wohnungseinheiten fuer Familien in Italien gebaut werden sollten, das ist ein Zehntel des zusaetzlichen Bedarfs an Wohnungen in diesem Lande.

Bei dieser Feierlichkeit wurde eine Gedenktafel enthuehlt, auf der dargestellt ist, wie dieses Projekt durch einen gemeinsamen Beitrag der italienischen Arbeiter und Unternehmer mit Unterstuetzung des amerikanischen Volkes durchgefuehrt wurde.

ECA Labor Information
28. April 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 12

Frankfurt, 26. Mai 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|---|
| Zusammenschluss der freien Gewerkschaften Italiens - - - - - | 1 |
| Zusammenschluss der freien Gewerkschaften Asiens - - - - - | 2 |
| Michael Quill - - - - - | 4 |
| Erklärung der ERP Gewerkschaftsorganisationen zum Europäischen Wiederaufbauprogramm - - - | 8 |

ZUSAMMENSCHLUSS DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN ITALIENS

Drei nichtkommunistische Gewerkschaftsorganisationen Italiens haben sich zum Italienischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen, der eine Anfangsmitgliedschaft von rund 1.600.000 aufweist.

Es handelt sich um die Freie Italienische Gewerkschaftsfoederation (zum grössten Teil katholisch orientiert), um die Foederation der Italienischen Gewerkschaften (sozialistisch) und die ueberparteiliche Union Autonomer Italienischer Gewerkschaftsverbaende. Die neue Organisation ist voellig nichtpolitisch.

Giulio Pastore, der zum Praesidenten der neuen Organisation gewaehlt wurde, erklarte in seiner Gruendungsrede, dass Streiks unentbehrliche Werkzeuge der Arbeiter seien, der Gewerkschaftsbund jedoch diejenigen bekaempfen wuerde, die "aus Streiks eine Waffe machen moechten, mit der politischer Druck ausgeuebt werden soll."

Nach dieser Verschmelzung gibt es in Italien ausser zahlreichen autonomen Organisationen noch vier grosse Gewerkschaftsorganisationen: Die allgemeine Gewerkschaftsfoederation (unter kommunistischer Kontrolle), der Italienische Bund der Gewerkschaftsverbaende, die Union Italienischer Gewerkschaften und die Italienische Foederation Nationaler Gewerkschaftsverbaende.

Arbeitsmitteilungen der ECA
9. Mai 1950

ZUSAMMENSCHLUSS DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN ASIENS.

Von Richard Deverall,
Vertreter des Amerikanischen
Gewerkschaftsbundes AFL in Asien.

Bombay -- Den Anstoss zu der Bildung des Asiatischen Gewerkschaftsbundes gaben die in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vertretenen, demokratischen Arbeitergruppen. Die neue Organisation vereinigt in sich alle Kraefte der freien Gewerkschaften des nichtkommunistischen Asiens. Ausgenommen sind lediglich der sowjetische Ferne Osten und Rot-China.

Auf der im Januar in Nuwara Eliya (Ceylon) abgehaltenen ILO Konferenz trafen die einzelnen Gewerkschaftsvertreter der ILO mit K. Hedayat, vom Exekutiv Ausschuss des neuen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, zusammen, um die endgueltige Vereinigung der freien Gewerkschaften Asiens in einem Gewerkschaftsbund zu verwirklichen.

Die Bildung des Asiatischen Gewerkschaftsbundes stellt einen Meilenstein in der Entwicklung einer maechtigen, demokratischen Bewegung auf dem Kontinent dar. Er kennzeichnet das Aufkommen des asiatischen Nationalismus und der freien, demokratischen Kraefte, die nicht nur dem kommunistischen Imperialismus Widerstand leisten, sondern sich in der Offensive zur Verbannung der Seuche des Totalitarismus aus der asiatischen Welt befinden.

Der Asiatische Gewerkschaftsbund ist zu einer Zeit entstanden, in der die kommunistische Macht innerhalb der asiatischen Gewerkschaftsbewegung mit Ausnahme von Rot-China zerbroeckelte.

Das Manifest des neuen Gewerkschaftsbundes, wie es auf Ceylon gebilligt wurde, erkluert:

"Asien befindet sich in den Wehen einer Wiedergeburt. Die Zitadelle des Imperialismus wird baufaellig. Die Zeit, in der Asien als Gesamtheit frei sein wird, rueckt schnell heran. Die Erweiterung der Rechte und Privilegien der Massen hat jedoch nicht im gleichen Masse stattgefunden. Die Massen sind noch immer unentschlossen. Die Eigentumsverhaeltnisse haben keine Aenderung erfahren. Noch besteht keine Aussicht, Armut und Arbeitslosigkeit beseitigen zu koennen. Die Loehne reichen nicht zum Lebensunterhalt aus. Die Lebenshaltungskosten steigen immer mehr."

Mit dem Hinweis auf die kommunistische Aggression, die in ganz Asien intensiviert worden sei, wird in diesem Manifest die "neue Fuehrung" des Asiatischen Gewerkschaftsbundes begruesst und erkluert: "Nur die freie Gewerkschaftsbewegung in Asien kann diese Fuehrung ausueben." In einer Absage an Imperialismus und Kolonialismus in jeglicher Form sagt das Manifest von der neuen, asiatischen, freien Gewerkschaftsbewegung:

"Durch ihre organisierte Macht wird sie den festverankerten Einfluss imperialistischer Macht auseinanderreißen; die herausfordernde Macht des Totalitarismus, ob kommunistisch oder faschistisch, wird in die Flucht geschlagen und die Ungleichheiten in der sozialen Ordnung vollstaendig beseitigt werden."

Als Hauptziele werden in dem Manifest bezeichnet: (1) Rede- und Versammlungsfreiheit; (2) Beschaeftigung und Sicherheit dieser Beschaeftigung; (3) Nahrung, Kleidung und Unterkunft, wie sie zur Wahrung der Menschenwuerde notwendig sind; (4) Regierungswechsel nach demokratischen Prinzipien.

Der Asiatische Gewerkschaftsbund ist damit zum Verfechter der Sache der freien Arbeiter geworden, die sich mit Recht vor der ihnen von Rot-China angebotenen, sogenannten "Befreiung" fuerchten. Sie erinnern sich nur noch allzu gut an die japanische "Befreiung" in der Zeit von 1940 bis 1945. Sie wuenschen keine Befreiung durch eine fremde totalitaere und imperialistische Macht.

Fung Hoi-chiu vom Gewerkschaftsrat in Hongkong erklaerte vor der Konferenz auf Ceylon:

"Meine Landsleute (jenseits des Eisernen Vorhangs) haben etwas zu spaet ihren Fehler erkannt. Sie haben nun unter Haerten und Entbehrungen zu leiden, die ihren Vorfahren seit Anbeginn der Geschichte unbekannt waren. Obwohl die Arbeiter von Hongkong nur schlecht bezahlt sind, glauben die Chinesen, wir seien hier im Paradies. Fuer die Chinesen hinter dem Eisernen Vorhang ist Hongkong tatsaechlich die Perle des Fernen Ostens."

Er fuehrte weiterhin aus:

"Es ist unsere Pflicht, den Chinesen und den Voelkern der uebrigen asiatischen Staaten zu zeigen, dass die Demokratie ein weit wirksameres Mittel zur Loesung des Armutproblems ist. Wenn sie dies erkannt haben, - und nicht vorher - wird die Gefahr der kommunistischen Aggression nicht mehr wie ein Alpdruecken auf den Asiaten lasten."

Nachdem das Manifest angenommen war, schritt der Asiatische Gewerkschaftsbund zu seiner ersten Amtshandlung, die darin bestand, eine Resolution mit dem folgenden Wortlaut einzubringen:

"Diese Konferenz stellt mit Gerugtuung fest, dass die arbeitende Klasse in fast allen Laendern Asiens der totalitaeren Durchdringung der Gewerkschaftsbewegung unter der Fuehrung Moskaus in zunehmendem Masse Widerstand leistet. Wenn diese Durchdringung gelingen wuerde, wuerde sie alle freien Gewerkschaftsbewegungen in Asien zerstoeren und die grosse Masse der Arbeiter in eine Armee von Sklavenarbeitern, umwandeln."

Die Gruendungsmitglieder des Asiatischen Gewerkschaftsbundes sind ebenfalls Mitglieder des vor kurzem gegruendeten Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Die Konferenz von Ceylon beantragte, dass der Asiatische Gewerkschaftsbund "von dieser neuen Internationale als die regionale Organisation fuer Asien anerkannt werden moege."

Der Asiatische Gewerkschaftsbund entbot daraufhin den neugegruendeten Vereinigten Staaten von Indonesien seine Gruesse. Ebenso brachte er seine Freude ueber die Befreiung des freien Vietnam zum Ausdruck und erliess an die franzoesische Regierung den Aufruf, den Friedensvertrag mit diesem Lande schnell zu ratifizieren.

Das Jahr 1950 wird fuer Asien von grosser Bedeutung sein. Der Kampf dreht sich um Freiheit oder Sklaverei. Die Russen haben in Peiping ein Buero des Weltgewerkschaftsbundes errichtet, von dem aus die kommunistische Kampagne gegen die Demokratie in ganz Asien geleitet werden soll.

Gleich dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften kaempft auch der Asiatische Gewerkschaftsbund fuer Menschenwuerde und menschlichen Anstand, fuer Demokratie und wirtschaftliche Gerechtigkeit. In erster Linie kaempfen die freien Arbeiter Asiens und ihre Organisationen um die Freiheit Asiens, die heute von den roten Horden bedroht wird, die Empoerung und Aufruhr stiften.

Die wirkliche Bedeutung des Asiatischen Gewerkschaftsbundes liegt in der Tatsache, dass die arbeitenden Menschen Asiens die kommunistische Propaganda durchschauen. mit der Asien im Laufe der letzter dreissig Jahre ueberschwemmt wurde.

"The American Federationist"
Offizielles Monatsmagazin des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL.
Mai 1950

MICHAEL QUILL

Gross war die Erregung, als Michael Quill vor einigen Jahren seinen Platz im New Yorker Stadtrat einnahm - der regierenden Koerperschaft der grossten Metropole Amerikas.

Quill als Praesident der maechtigen Transportarbeitergewerkschaft hatte mit einem Streik der staedtischen Untergrundbahnen gedroht, wenn seinen Mitgliedern keine Lohnerhoehungen und verbesserte Arbeitsbedingungen gewaehrt wuerden. Die Beamten der Stadt hatten sich zum Kampf geruestet.

Im Stadtrat kam dieser Kampf offen zum Ausbruch. Eines der Mitglieder brachte eine Resolution ein, in der Vorwurfe gegen Quill erhoben wurden. Es war eine schwere Anklage gegen den Gewerkschaftsfuehrer, in der man ihm zur Last legte, versucht zu haben, die Regierung zu stuerzen und eine Revolution anzustiften. In einer kleinen, verborgenen Klausel wurde jedoch zugegeben, dass die Beschwerde der Arbeiter berechtigt sei, und empfohlen, die Stadt moege zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen irgend etwas unternehmen. Das Stadtratsmitglied beantragte ferner, seine Resolution dem Gewerkschaftsfuehrer als oeffentliche Ruege zu ueberreichen.

Als er geendet hatte, hat Quill um das Wort. Im Saale herrschte tiefes Schweigen. Die Mitglieder warteten gespannt auf eine zornige Antwort Quills.

In dessen Augen bemerkte man jedoch ein vergnuegtes Zwinkern, als er - offensichtlich unter Bezugnahme auf die Klausel, die die Arbeiter betraf, - erwiderte:

"Ich unterstuetze den Antrag."

Dann setzte er sich. Von der Galerie der Pressevertreter ertoente ein Heulen auf Quills geschickte Antwort, und in einem Lachsturm wurde die Resolution niedergeschlagen.

Spaeter setzte die Gewerkschaft viele ihrer Forderungen ohne Streik durch.

Das war nur einer der zahlreichen Angriffe, denen "Mike" Quill und seine Gewerkschaft im Laufe der bewegten Geschichte der Transportarbeitergewerkschaft ausgesetzt waren, und die er mit einer Kombination von Humor und Geistesgegenwart abschlug. Denn die Geschichte von der Entwicklung der Transportarbeitergewerkschaft ist zum grossen Teil die Geschichte dieses klugen, gutgelaunten Irlaenders.

Quill wurde am 18. September 1905 in County Kerry (Irland) als Sohn eines armen, irischen Bauern geboren. Die Familie Quill war in der Bewegung fuer die Unabhaengigkeit ihres Landes von der britischen Herrschaft, und ihr kleines Gebirgsbauernhaus bot vielen irischen Freiheitskaempfern, die von den "Black and Tan" gesucht wurden, Unterkunft und Versteck.

Mit 14 Jahren bewaffnete sich der junge Mike mit einem Gewehr und schloss sich seinen drei Schwestern und fuenf Bruedern im Kampf um ein freies Irland an. Im Fruehjahr des Jahres 1920 befand sich ein grosser Teil der Familie wegen revolutionaerer Taetigkeit im Gefaengnis.

Als ein erfahrener Kaempfer fuer die Unabhaengigkeit wanderte Quill deshalb im Jahre 1926 nach Amerika aus. Seine Anhaenger behaupten, dass ihn das "Glueck des Irlaenders" von dem Beginn dieses Unternehmens an begleitet habe, er war naemlich am Tag des St. Patrick, des Schutzpatrons Irlands, in New York angekommen.

Nach seinem Einbreffen in Amerika arbeitete er mit Hacke und Schaufel bei der Untergrundbahn der Achten Avenue. Spaeter war er in den Kohlengebieten von Pennsylvanien beschaefligt, um dann als Fahrkartenschaffner, Zugbegleiter und Kontrolleur bei der "IRT-Untergrundbahn (IRT-Interborough Rapid Transit - Schnellverbindung der Stadtteile New York) taetig zu sein.

Zu dieser Zeit entschlossen sich "Mike" und eine kleine Gruppe ihm gleichgesinnter Leute, eine Gewerkschaft zu organisieren. Quill arbeitete damals 7 Tage pro Woche und 14 Stunden taeglich, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Eine starke, unangreifbare Unternehmergewerkschaft hinderte seine 14.000 Arbeitskollegen daran, gegen diese Bedingungen mit Erfolg zu protestieren.

In einem Gasthaus in der Naehe des Zentralparks fand die erste Versammlung der "Gewerkschaft" statt, die notgedrungen geheimgehalten werden musste. Plaene wurden entworfen und bald regelmaessig Versammlungen in moeblierten Zimmern, Vorhallen in Hotels, in Parkanlagen und Gasthaeusern abgehalten.

In kuerzester Zeit hatte Quill mit seinen feurigen, begeisterten Reden, seinem humorvollen Wesen und seiner gepfefferten, irischen Mundart die anderen Mitglieder davon ueberzeugt, dass es unerlaesslich waere, eine Gewerkschaft zu haben. Nach einem Jahr hatte die Gewerkschaft genuegend Anhaenger, um einen hauptamtlichen Organisator beschaeftigen zu koennen. Quill gab seine Arbeit als Kontrolleur auf und widmete sich dem Aufbau dieser Organisation.

1936 wurde er zum Praesidenten der Gewerkschaft gewaehlt, die damals noch nicht angeschlossen war. Nach Empfang des internationalen Freibriefes des CIO im Jahre 1937 wurde Quill der erste Praesident der Transportarbeitergewerkschaft Amerikas

und Mitglied im nationalen Exekutivausschuss des CIO. Bei allen darauffolgenden Gewerkschaftswahlen wurde er in seiner Stellung als Praesident der Transportarbeitergewerkschaft Amerikas bestaetigt.

In den sechs Monaten, die dem Anschluss dieser Gewerkschaft an den CIO folgten, konnte sie 44,000 neue Mitglieder anwerben und "closed-shop" Vertraege mit allen groesseren Verkehrsgeellschaften der Stadt New York abschliessen. (Nach dem "closed-shop" System duerfen nur Mitglieder einer bestimmten Gewerkschaft vom Arbeitgeber eingestellt werden). Spaeter loeste sie sich wieder vom CIO, um die Mitglieder einer Autobusgesellschaft in der Stadt aufzunehmen, und setzte ihre Organisationstaetigkeit zur Erfassung der Transportarbeiter und Taxichauffeure in Chikago, Philadelphia, San Franzisko und anderen Staedten fort.

Im Jahre 1941 war die Arbeitswoche im Verkehrsgewerbe auf fuenf Arbeitstage reduziert worden. Die Arbeiter hatten Anspruch auf einen zweiwoechigen, bezahlten Urlaub, vier bezahlte Feiertage im Jahr, eine freiwillige Krankenversicherung und die Aufhebung der in den Krisenjahre 1930-1937 eingefuehrten Lohnkuerzungen. Ausserdem war es der Gewerkschaft gelungen, feste Einrichtungen zu schaffen, denen die Fuehrung von Kollektivverhandlungen und die Bearbeitung von Beschwerden oblag.

Aber selbst vor diesen Ereignissen war die Persoenlichkeit Quills auch ausserhalb der Gewerkschaft populaer geworden. 1938 wurde er als Vertreter von Bronx (Stadtteil von New York) in den Stadtrat gewaehlt. In diesem Rat setzte er sich fuer die Bereinigung der Elendsviertel, moderne Wohnungen zu niedrigen Preisen, oeffentliche Milchverteilung und aehnliche Massnahmen ein. Ausserdem galt seine Arbeit der Abwehr anti-gewerkschaftlicher Angriffe gegen seine Gewerkschaft und ihn selbst.

Die Schwierigkeiten, in die Quill mit der Stadt geriet, begannen im Jahre 1940, als die in Privatbesitz befindlichen Untergrundbahnen New Yorks von der Stadt uebernommen wurden. Der "Board of Transportation" (Verwaltungsrat), der mit der Leitung der Untergrundbahnen beauftragt war, erkannte den Vertrag nicht an, den die Gewerkschaft mit den Privatunternehmern abgeschlossen hatte, mit der Begruendung, dass die Stadt mit ihren Arbeitnehmern nach dem Gesetz keine Kollektivverhandlungen fuehren koenne. Der Kampf um die Anerkennung des Vertrages dauerte sieben Jahre lang.

Er fand erstmals sein Ende, als sich der Praesident des CIO John J. Lewis einschaltete und die Stadt sich damit einverstanden erklaerte, die Vertraege bis zu ihrem Ablaufdatum, dem 30. Juni 1941, anzuerkennen.

Als ihre Gueltigkeit jedoch erloschen war, weigerte sich der "Board of Transportation", von Buergermeister Fiorello La Guardia unterstuetzt, die Vertraege zu erneuern. Der Kampf zwischen La Guardia und Quill, der nun folgte, war ein Kampf zwischen zwei der passioniertesten, hervorragendsten Persoenlichkeiten in der New Yorker Geschichte. Der Buergermeister nannte Quill einen "dickkoeufigen, eigensinnigen, verantwortungslosen Gewerkschaftsfuehrer" und lehnte rundweg seine Forderungen ab. Quill drohte, einen Streik selbst auf die Gefahr hin auszurufen, gesetzlich bestraft zu werden. "Kein Vertrag, keine

Arbeit," lautete sein Ultimatum. "Der Buergermeister," sagte er, "habe zwei Zungen."

56 Stunden vor Ausbruch des Streiks erklarte sich die Stadt jedoch einverstanden, den Vertrag solange in Gueltigkeit zu belassen, bis eine gerichtliche Entscheidung gefaellt sei. Auch diese Entscheidung liess jedoch die Frage der Anerkennung in gewissem Sinne offen. Die Behauptung der Stadt, dass kein Vertrag mit den Arbeitnehmern der Stadt abgeschlossen werden koenne, wurde unterstuetzt. Andererseits wurde festgelegt, dass die in dem Vertrag enthaltenen Bestimmungen zu befolgen seien.

In jedem folgenden Jahr brach der Kampf von neuem aus, wenn die Bestimmungen des Vertrags erloschen waren - dieses Mal war es ein Kampf zwischen Quill und dem Buergermeister O'Dwyer. Er fand schliesslich im Jahre 1947 ein Ende, indem man sich auf eine von O'Dwyer unterstuetzte Formel einigte. Danach erklarte sich die Stadt damit einverstanden, den Gewerkschaftsgruppen auf deren Ersuchen eine Vertretung zu bewilligen, deren Staerke sich nach der nachgewiesenen Mitgliederzahl der Gewerkschaften richten sollte. Es wurde abgestimmt, und fast 90% der Transportarbeiter der Stadt brachten durch ihre Unterschrift zum Ausdruck, dass sie nicht nur wuenschten, durch die Transportarbeitergewerkschaft vertreten zu werden, sondern auch, dass die Gewerkschaftsbeitraege vom Lohn abgezogen werden. Die Gewerkschaft hatte somit gewonnen.

In spaeteren Jahren waren Vertragsbestimmungen Gegenstand ernstlicher Zwigigkeiten zwischen Quill und O'Dwyer. Mehrere Male drohte Quill mit Streik, und oft warf man ihm vor, eine Verlangsamung angeordnet zu haben. Kein einziges Mal jedoch legte ein Streik den Untergrundbahnverkehr still.

Ein Kampf wurde von Quill und O'Dwyer gemeinsam durchgefuehrt. Es war in dem unpopulaeren Ringen um die Erhoehung der Fahrpreise der Untergrundbahnen. Jahrelang war die Stadt New York stolz auf die Parole ihrer Untergrundbahnen gewesen: "die laengste Fahrt der Welt fuer fuenf Cents." O'Dwyer hatte seinen Waehlern gegenueber oft erklart, dass er eine Fahrpreiserhoehung niemals billigen wuerde. Nun sah sich, im Jahre 1948, die Stadt jedoch in einer finanziellen Klemme. Geldmittel, die sie beim Staat angefordert hatte, waren nicht bewilligt worden; die Untergrundbahnen standen vor dem Ruin; die Arbeiter der Untergrundbahnen forderten in Anbetracht der erhoehten Lebenshaltungskosten eine Lohnerhoehung.

O'Dwyer sah sich nun der unangenehmen Aufgabe gegenueber, eine Fahrpreiserhoehung zu befuerworten oder andere Dienstleistungen der Stadt zu kuerzen und die Lohnforderungen der Arbeiter abzulehnen. Auch fuer Quill war dies eine unpopulaere Situation, es gelang dem Gewerkschaftsfuehrer jedoch, seine Mitglieder auf die Seite des Buergermeisters zu bringen. Hoehere Fahrpreise wurden eingefuehrt, und die Arbeiter erhielten ihre Lohnerhoehung.

Durch diese Einstellung Quills entstand ein Bruch in den Beziehungen, die ihn seit langem mit den kommunistisch beherrschten Koerperschaften in New York verbanden - der Amerikanischen Arbeiterpartei, die fuer die Beibehaltung des 5 Cent Tarifs war, und dem CIO Stadtrat von Gross-NewYork.

Unter dem Banner der Amerikanischen Arbeiterpartei war Quill im Jahre 1945 wieder in den Stadtrat gewaehlt worden. Im April 1948 legte er jedoch sein Amt als stellvertretender Vorsitzender der Amerikanischen Arbeiterpartei nieder, weil sich die Partei der Lohnpolitik der Transportarbeitergewerkschaft widersetzte und den linksgerichteten Praesidentschaftskandidaten Henry Wallace unterstuetzte.

Quill beteiligte sich ausserdem aktiv an der Bildung des CIO Stadtrates und war mehrere Jahre lang dessen Vizepraesident. 1948 wurde er zum Praesidenten gewaehlt, trat jedoch im Maerz 1948 auch von dieser Stellung zurueck, weil er Wallace nicht unterstuetzen wollte und der Stadtrat sich fortwaehrend der Politik des Nationalen CIO entgegenstellte, der die Wiederwahl des Praesidenten Truman befuehwortete. Der CIO Stadtrat wurde spaeter auf Anordnung des Nationalen CIO wegen kommunistischer Umtriebe aufgeloeset, und Quill half mit, eine nichtkommunistische CIO Koerperschaft zu bilden, die dessen Funktionen uebernehmen sollte.

Quill, der jahrelang den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen fuer seine Mitglieder vom kommunistischen Lager aus gefuehrt hatte, weiss nur zu gut, dass die beste Offensive gegen den Kommunismus eine Bevoelkerung ist, die gut ernaeht ist, gut behandelt wird, und der gute Wohnverhaeltnisse geboten werden.

In seiner Rede auf der Konvention des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in London machte Quill den Regierungen der westlichen Demokratien den Vorwurf, diesen Problemen nicht genuegend Aufmerksamkeit gewidmet zu haben.

"Ich will es ebenso offen wie andere aussprechen," sagte er, "dass ein grosser Teil der Schwierigkeiten, in denen sich die Welt heute befindet, den Kommunisten und der kommunistischen Taetigkeit in den verschiedenen Laendern zuzuschreiben ist. Es genuegt jedoch nicht, den Kommunismus nur zu bekaempfen. Wenn wir die Menschen, die heute in Not sind, fuer uns gewinnen wollen, muessen wir ihnen ein positives Programm geben, und wenn ich sage "Wir", dann meine ich die Arbeiterschaft dieser Laender.

Arbeitsmitteilungen der ECA
24. Maerz 1950

ERKLAERUNG DER ERP GEWERKSCHAFTSORGANISATIONEN ZUM EUROPAEISCHEN WIEDERAUFBAUPROGRAMM

Die dritte Konferenz der ERP Gewerkschaften, die vom 18. bis 20. April 1950 in Rom zusammentritt, moechte an erster Stelle von neuem erklaren, dass sie das Hauptziel des Europaeischen Wiederaufbauprogramms unterstuetzt: den Wiederaufbau und die Vereinigung Westeuropas auf der Grundlage der Freiheit, sozialen Sicherheit und des hoechstmoeeglichen Lebensstandards.

Die Konferenz stellt mit groesster Genuegtung fest, dass das ERP waehrend der beiden letzten Jahre beachtliche Erfolge erzielt hat; sie erachtet als unbedingt notwendig, das Hilfsprogramm fortzusetzen, damit die bisher erzielten Erfolge und die voellige Verwirklichung des ERP nicht in Frage gestellt werden.

Nach eingehender Pruefung des Berichtes des Unterausschusses fuer die Wirtschaftliche Wiedergesundung Westeuropas im Gewerk-

schaftlichen Beratungsausschuss des ERP, des Berichtes der italienischen Delegation ueber die Arbeitsmarktlage und die Aus- und Einwanderungsmoeglichkeiten und des Entwurfes einer Resolution, der von der skandinavischen Gewerkschaftsdelegation unterbreitet wurde, hat die Dritte ERP Gewerkschaftskonferenz beschlossen, sich in den folgenden Punkten zu der Politik zu aeussern, die zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Europas betrieben werden soll. Es ist vereinbart, dass diese Punkte zur rechten Zeit und im Laufe ihrer Verwirklichung auf nationaler und internationaler Basis von den zustaendigen Gewerkschaftsorganisationen zu behandeln sind.

1. Volle Ausnutzung der vorhandenen Hilfsquellen

Sowohl in den einzelnen Laendern als auch im gesamten Westeuropa muss die volle Ausnutzung der vorhandenen Hilfsquellen und Arbeitskraefte und eine gerechtere Verteilung der nationalen Einkommen gesichert werden, um einen hoeheren und staendig steigenden Lebensstandard fuer Alle zu ermoeglichen.

Die beteiligten Regierungen muessen zu der Erkenntnis gebracht werden, dass Massenarbeitslosigkeit als Folge des Mangels an Kaufkraft unter den Arbeitern, wie sie in bestimmten Laendern wieder auftritt, mit grossen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefahren verbunden ist. Folglich ist eine Politik der Vollbeschaeftigung nicht nur um ihrer selbst Willen, sondern auch als Vorbedingung fuer die Wohlfahrt jedes Landes und der Gesamtheit der Nationen unbedingt erforderlich. In diesem Zusammenhang sollten die Regierungen grundsaeztlich die Vorschlaege akzeptieren, die in dem kuerzlich ausgearbeiteten Bericht der Sachverstaendigen der Vereinten Nationen fuer die Beibehaltung der Vollbeschaeftigung enthalten waren. Sie sollten diese Empfehlungen nach den in jenem Bericht vorgeschlagenen Methoden verwirklichen.

An dieser Stelle muss gesagt werden, dass von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus Systeme, wie zum Beispiel die Europaesische Zahlungsunion (EPU) nur dann befuerwortet werden koennen, wenn sie in den Rahmen einer nationalen und internationalen Politik der Vollbeschaeftigung hineinpassen.

Es ist ausserdem von groesster Wichtigkeit, dass die Vereinigten Staaten und die anderen betreffenden Laender eine aehnliche Politik der Vollbeschaeftigung betreiben.

2. Verbesserung der Produktionsmethoden und der Organisation.

Die Gewerkschaften sind im allgemeinen der Auffassung, dass die Organisation und die Methoden der Produktion in allen Wirtschaftszweigen verbessert werden muessen, damit durch niedrigere Preise der inlaendische Verbrauch und der Export gesteigert werden koennen.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass hoehere Produktionsleistung nur dann zu einem verbesserten Lebensstandard fuehren kann, wenn sie durch hoehere Loehne und niedrigere Preise belohnt wird.

3. Liberalisierung des Handels und Zahlungsverkehrs

Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, dass die Liberalisierung des Handels und Zahlungsverkehrs, einschliesslich der Senkung der Zoelle, die Erschliessung neuer Massenabsatzmaerkte beguenstigen kann, die ihrerseits wiederum Anlass zu Verbesserungen der Produktionsmethoden und -Organisation geben werden. Es muessen jedoch die notwendigen nationalen und internationalen Vorsichtsmassregeln getroffen werden, um zu verhindern, dass sich diese Libera-

lisierung auf Laender ausdehnt, in denen gegenwaertig nicht diejenige Art von Arbeitslosigkeit herrscht, die auf Mangel an Kaufkraft der Arbeiter oder die neuen Konkurrenzbedingungen zurueckzufuehren ist.

Es darf ausserdem nicht vergessen werden, dass die Liberalisierung nur als Teil der Bemuehungen zu werten ist, die eine bessere internationale Verteilung der Arbeitskraefte und damit bessere Lebensbedingungen fuer Alle zum Ziele haben.

Die Liberalisierung des Handels und Zahlungsverkehrs darf die sozialen und wirtschaftlichen Erfolge der fortschrittlichen Regierungen Europas nicht mindern.

Bestimmte wesentliche Zweige der nationalen Wirtschaften der beteiligten Staaten muessen ausserdem waehrend der besagten Uebergangsperiode gegen gefaehrliche Deplacierung und Aufspaltung geschuetzt werden, damit die privaten und oeffentlichen Unternehmen genugend Zeit haben, sich den neuen Konkurrenzbedingungen anzupassen, ohne ueber Nacht ihre gegenwaertigen Absatzmaerkte zu verlieren, die sie zu ihrer Existenz brauchen. Insbesondere muessen die Arbeiter, die durch den Uebergang voruebergehend betroffen sind, mit angemessenen Arbeitslosenunterstuetzungen versorgt werden.

4. Lenkung der Investierungen

Die Liberalisierung des Handels und Zahlungsverkehrs kann, wenn sie mit nationalen und internationalen Massnahmen zur Sicherung der Vollbeschaeftigung kombiniert ist, die guenstigste Verteilung der Kapitalien foerdern. Trotzdem wird die unmittelbare Lenkung der Investierungen durch die Regierungen oder die ihnen verantwortlichen Koerperschaften als eine Bedingung zur Sicherung der Vollbeschaeftigung notwendig sein. Diese Koordinierung bedeutet ebenso wie jede andere Angleichung der Wirtschaftspolitiken, dass die betreffenden Laender einen Teil ihrer Souveranitaet aufgeben muessen. Auf europaeischer Basis wird wahrscheinlich die Koordinierung der Produktion und Investitionen nicht vollstaendig und sofort verwirklicht werden koennen, es ist jedoch denkbar, dass eine Reihe von Schluesselindustrien, wie Elektrizitaet, Stahl, Kohle, Textil, Kunstduenger und andere, leichter zu koordinieren sind.

Die Koordinierung der Investierungen durch die Regierungen ist ausserdem deshalb notwendig, weil vermieden werden muss, dass diese Funktionen erneut von privaten, internationalen Kartellen ausgeuebt werden. Durch diesen Kampf gegen die Maechte des privaten Monopols kann die internationale Koordinierung der Investierungen den einzelnen Regierungen den Weg weisen, den sie zur Bekaempfung der Monopole in ihren eigenen Wirtschaften einschlagen muessen, um die Vollbeschaeftigung und einen steigenden Lebensstandard zu sichern.

5. Ueberschuss an Arbeitskraeften

Alle Massnahmen muessen ergriffen werden, um einen Austausch der Arbeitskraefte innerhalb und ausserhalb Europas zu ermoeeglichen und die strukturelle Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die trotz der Anwendung der oben erwaehten Richtlinien zur Sicherung der Vollbeschaeftigung noch herrscht.

Die Gewerkschaften und die Organisation fuer Europaeische, Wirtschaftliche Zusammenarbeit sind sich darueber einig, dass in den Laendern, in denen ein aussergewoehnlich grosser Ueberschuss an Arbeitskraeften herrscht, eine Auswanderungspolitik auf grosser Basis betrieben werden muss. Ziel der Auswanderer muessen wenig entwickelte Ueberseegebiete sein, da die schnelle Aufnahme

einer grossen Anzahl auslaendischer Arbeiter in die hochindustrialisierten Laender Westeuropas die Gefahr einer Missplacierung in sich birgen wuerde. Die allmaehliche Verteilung der Produktion als Ergebnis der Liberalisierung des Austausches unter den ERP Laendern wird notwendigerweise eine entsprechende Beweglichkeit und Verteilung der Arbeitskraefte mit sich bringen, in die auch die gegenwaertigen und zukuenftigen "Ueberschuesse" einbezogen werden muessen.

Die Gewerkschaften sind der Auffassung, dass das Wohnungsproblem einen sehr wichtigen Aspekt des Problems der Arbeitslosigkeit und der Beweglichkeit der Arbeitskraefte darstellt. Zweifellos macht der Mangel an Wohnungsmoeglichkeiten die restlose Ausnutzung der Arbeitskapazitaet von Millionen von Menschen in Europa, besonders in Deutschland, Italien und Frankreich unmoeglich. Der weitverbreitete, akute Wohnraumangel bildet ausserdem ein Hindernis fuer die Angleichung der Löhne an die erhoekten Lebenshaltungskosten.

Die freien Gewerkschaften fordern deshalb die Regierungen auf, sich noch viel intensiver fuer die Loesung des sehr dringlichen Wohnungsproblems in Westeuropa einzusetzen. Internationale Vereinbarungen zur Finanzierung der Wohnungsbauprojekte als oeffentliche Arbeiten muessen ins Auge gefasst werden.

6. Das Dollarproblem

Zur Schliessung der Dollarluecke in moeglichst kurzer Zeit muessen nach Ansicht der Gewerkschaften die ERP Laender bestrebt sein, ihre Dollarimporte zu reduzieren, ihre Dollarexporte zu erweitern und moeglichst viel Waren aus Nichtdollargebieten zu beziehen.

Die Gewerkschaften teilen die allgemeine Meinung, dass Westeuropa seine Exporte nach den Absatzmaerkten der Vereinigten Staaten nur steigern kann, wenn die Vereinigten Staaten ihre Zoelle wesentlich reduzieren und die Zollverfahren vereinfachen.

Andererseits sehen die Gewerkschaften jedoch ein, dass die sofortige Verwirklichung dieser Massnahmen allein das Dollarproblem nicht loesen kann.

Ohne einen bedeutenden Zustrom an Dollars, sei es als Anleihen oder Investitionen, in die ERP Laender, ihre abhaengigen Ueberseegebiete oder in die anderen rueckstaendigen Gebiete der Welt, wird Europa seinen gegenwaertigen Lebensstandard nicht aufrechterhalten koennen, eine Tatsache, die ihrerseits bedenkliche Reaktionen in der amerikanischen Wirtschaft hervorrufen koennte.

Nach Auffassung der ERP Gewerkschaften ist es unbedingt erforderlich, dass an der Loesung der europaeischen Probleme enger zusammengearbeitet wird. Hierzu gehoeren das Problem der Arbeitskraefte und die Verwirklichung der "Punkt-Vier" Idee Praesident Trumans.

Ferner muss betont werden, dass das Dollarproblem von weltweiter Bedeutung ist und endguelting nur durch die Schaffung eines neuen Gleichgewichtes des Welthandels als das Ergebnis eines umfangreichen Kapitaleinflusses von den Vereinigten Staaten sowohl als auch von anderen Industrielaendern in die Gebiete der Welt geloest werden kann. Diese Beschleunigung der industriellen Entwicklung wird mithelfen, das Problem der ueberschuessigen Arbeitskraefte zu loesen.

Es erscheint deshalb notwendig, dass eine internationale Maschinerie geschaffen wird, die den staendigen Fluss solchen Kapitals leitet und aufrechterhaelt.

7. Europaeische Einheit

Die demokratischen Gewerkschaften erkennen einmuetig die Notwendigkeit einer europaeischen Einheit an. Nur in einem vereinigten Europa koennen Probleme wie die Koordinierung der Investitionen, Liberalisierung des Handels, Errichtung einer europaeischen Zahlungsunion und Beweglichkeit der Arbeitskraefte in zufriedenstellender Weise und voellig geloest werden. Dabei muss man sich darueber im klaren sein, dass die wirtschaftliche Koordinierung und Vereinigung von den entsprechenden politischen Massnahmen begleitet sein muss. Die Einheit ist von so grosser Bedeutung, dass selbst Risiken dabei in Kauf genommen werden muessen. Wenn jedoch eine bestimmte Politik, insbesondere die der vollen Ausnutzung der vorhandenen Kraftquellen und der gerechteren Verteilung der nationalen Einkommen, nicht von Anfang an befolgt wird, dann wird die Einheit nicht auf solider Grundlage beruhen und frueher oder spaeter durch politische und soziale Unbestaendigkeit unterminiert werden.

Es ist klar, dass die zu ueberwindenen Schwierigkeiten angesichts der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen, Regierungssysteme und politischen Anschauungen in Westeuropa sehr gross sind; doch alle aufrichtigen, demokratischen Kraefte sind sich darueber einig, dass die Loesung dieser Schwierigkeiten energisch in Angriff genommen werden muss. Denn es ist gewiss, dass die wirtschaftliche Wiedergesundung Europas ohne die europaeische Einheit auf die Dauer nicht verwirklicht werden kann.

Bulletin des Gewerkschaftlichen
Beratungsausschusses.

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG,
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 13

Frankfurt, 2. Juni 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| Kommunisten gegen hohe Löhne - - - - - | 2 |
| Haakon Lie, Sekretär der Arbeiterpartei Norwegens - - - - - | 4 |
| Der Schweizer Gewerkschaftsbund - - - - - | 7 |
| Betriebsunfälle im letzten Viertel von 1949 auf einen Tiefstand gesunken - - - - - | 10 |
| Tobin gegen Ausdehnung der Antitrust Gesetze auf Gewerkschaften - - - - - | 11 |

KOMMUNISTEN GEGEN HOHE LOEHNE

Den franzoesischen Kommunisten wurde kuerzlich erklart, hohe Loehne stellten eine Gefahr in ihrem Kampf um die Macht dar.

Kommunistische Fuehrer gaben vor Delegierten der 12. Jahresversammlung der Kommunistischen Partei Frankreichs zu, dass ihre gegen den Marshall Plan gerichtete Propaganda zum groessten Teil misslungen und dass es ihnen nicht gelungen sei, die Arbeiter fuer rein politische Streiks zu gewinnen; die Mitgliederzahl sei seit 1947 um mehr als 300.000 gesunken und das Interesse fuer kommunistische Veroeffentlichungen liesse staendig nach.

In einer der aufschlussreichsten Reden, die je von einem kommunistischen Parteifuehrer gehalten wurden, gab Auguste Lecoeur, der spaeter zum Parteisekretaer gewaehlt wurde, zu, dass der Kampf um einen vernuenftigen Lebensstandard bestenfalls nur eine Nebenaufgabe der Kommunistischen Partei darstelle und hohe Loehne in Wirklichkeit eine Bedrohung ihrer eigentlichen Ziele seien.

"Wirtschaftliche Kaempfe", sagte Lecoeur, "sind natuerlich erforderlich, um das Versagen der Regierung und die Kriegspolitik zu verurteilen.... Man muss natuerlich zeigen, wie sich die auf Kriegsvorbereitung ausgerichtete Politik Bidaults, Mollets und de Gaulles auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter auswirkt.

"Die wirtschaftlichen Verbesserungen als einzige Basis anzusehen, von der aus der Kampf gegen die Regierung gefuehrt wird, ist jedoch ein Programm, das Lenin ablehnte. Wohin wuerde eine derartige Auffassung fuehren? In einer Zeit, in der die Loehne als ausreichend betrachtet werden, bestuende kein Grund fuer wirtschaftlichen Kampf und folglich nur eine geringe Basis, von der aus Regierung und Kapitalismus bekaempft werden koennen."

Lecoeur und andere kommunistische Fuehrer forderten deshalb die Delegierten auf, sich auf politische Kaempfe zu konzentrieren, die sich in erster Linie gegen den Marshall Plan und den Atlantik Pakt richten muessten.

Maurice Thorez, der Fuehrer der Kommunistischen Partei Frankreichs, erklarte ebenfalls, Chaos und Unterdrueckung seien fuer die Fuehrung des kommunistischen Kampfes am guenstigsten. "Das Blut von Maertyrern ergibt die beste Ernte," sagte er. Thorez bedauerte, dass "die Arbeiter nicht an die Gefahr eines imperialistischen Krieges unter der Fuehrung der Vereinigten Staaten zu glauben scheinen." Er verurteilte die "unglaubliche Schlawheit" der kommunistischen Fuehrer und rief zu einem intensivierten Kampf gegen den Marshall Plan auf.

Obwohl eindeutig bewiesen ist, dass der Arbeiter an der kommunistischen Propaganda desinteressiert ist, bestanden die Parteifuehrer darauf, den Kampf in politischer Richtung fortzusetzen und den Wuenschen der Arbeiter nicht allzuviel Beachtung zu schenken. Die Arbeiter und nicht sie befaenden sich im Irrtum.

Die Antwort der nichtkommunistischen Zeitungen Frankreichs auf diese Konvention war ein Loblied auf den Marshall Plan und die Prophezeiung, dass die kommunistische Sabotage fehlschalgen wuerde, wenn dies nicht bereits geschehen sei.

In der sozialistischen Tageszeitung "Le Populaire" heisst es: "An zwei Fronten ist der Kampf gegen den Marshall Plan gefuehrt worden: durch Propaganda unter dem Leitwort 'politische Unabhaengigkeit' und durch Streiks und Sabotage. Die Kommunisten haben aber

diesen Kampf verloren. Das Schlagwort, Frankreich werde 'marshallisiert', zieht nicht mehr. Die Arbeiter lehnen politische Streiks und Sabotage ab."

Andre Viot, der Herausgeber der antikommunistischen, wochentlichen Gewerkschaftszeitung "Force Ouvriere" prophezeite, dass das Interesse fuer den kommunistischen Kampf gegen den Marshall Plan nach und nach verloren ginge. Die gegen den Marshall Plan gebrauchten Schlagworte seien wirkungslos geworden."

In dem linksgerichteten "Franc-Tireur" heisst es: "Die meisten kommunistischen Parteifuehrer wissen, dass sich die franzoesische Arbeiterklasse zwar der Gefahr eines Krieges bewusst ist, die ueber der Welt schwebt, aber trotzdem nicht an eine unmittelbare Bedrohung des Friedens glaubt. Deshalb widersetzen sich die Arbeiter Versuchen, sie fuer politische Zwecke einzuspannen, waehrend sie die Forderungen nach verbesserten sozialen Verhaeltnissen willig unterstuetzen."

Der schlagendste Beweis fuer das Misslingen der kommunistischen Angriffe kam jedoch von den Kommunisten selbst.

Florimonde Bonte, ein kommunistischer Abgeordneter in der Nationalversammlung, berichtete, dass die Partei nun "rund 700.000 Mitglieder" hat. Mit dieser Feststellung wurde offiziell zugegeben, dass die Kommunisten zumindest 300.000 Mitglieder seit der Zeit nach der Befreiung, in der ihre Mitgliederzahl den Hoechststand erreicht hatte, verloren haben. Die letzte, offizielle Zahl der Parteimitglieder wurde auf einer Parteitagung kurz nach der Befreiung von Thorez bekanntgegeben. Damals sagte er, dass die Partei eine Million Mitgliederkarten ausgegeben habe. Man nimmt an, dass im Jahre 1947 die Mitgliederzahl noch weit hoeher lag.

Pierre Doize, der Generalsekretaeer der komunistischen Foeederation des Departments Bouches du Rhone (Gebiet um Marseille), erklaerte, dass die Lage in diesem Bezirk - der seit langem als Hochburg der kommunistischen Kraefte Frankreichs galt, - nicht "glaenzend" sei.

"Im Jahre 1948." sagte er, "hatten wir 425 Betriebszellen; es bleiben uns nur noch 379 Zellen. Es gibt keine einzige Zelle der Seeleute, und der Einfluss der kommunistischen Partei ist wegen der unglaublichen Passivitaet seitens der lokalen Fuehrer seit 1947 staendig zurueckgegangen."

Marcel Cachin, der Direktor der kommunistischen Zeitung "L'Humanite", sagte, die Gesamtauflage der kommunistischen Veroeffentlichungen beliefe sich auf weniger als 1.500.000 Exemplare, waehrend die antikommunistischen Zeitungen eine Auflage von 10 Millionen zu verzeichnen haetten. " Unsere Tageszeitungen werden von 16% der franzoesischen Bevoelkerung gelesen; 84% lesen Zeitungen, die fuer den Marshall Plan sind. In bezug auf Zeitschriften ist die Lage noch schlechter."

Etienne Fajon, der Mitglied des Zentralkomitees ist, gestand ein, dass die Kommunisten fuer das Misslingen des Metro-Streiks verantwortlich seien. Er sei deshalb misslungen, weil sich die Arbeiter geweigert haetten, den Fuehrern des kommunistischen Gewerkschaftsbundes (CGT) zu folgen, und weil sie die Anordnungen der nichtkommunistischen "Force Ouvriere" (FO) und des franzoesischen, Christlichen Gewerkschaftsbundes (CFTC) befolgt haetten.

Andre Souquiere, der Sekretar der Foederation Seine, berichtete, dass es im Gebiet von Paris 1.800 Betriebe gaebe, die mindestens je 150 Arbeiter beschaeftigten, aber keine Zelle haetten.

Souquiere legte den Kommunisten zur Last, beim Metro-Streik nicht aktiv genug gewesen zu sein. "Bei diesem Streik bedienten sich unsere Kameraden nicht des Kampfgeistes der Arbeiter, sie versuchten vielmehr, die Einigkeit mit anderen Vertretern zu bewahren,-----", sagte er.

Arbeitsmitteilungen der ECA
28. April 1950

HAAKON LIE, SEKRETAER DER ARBEITERPARTEI NORWEGENS

Haakon Lie, der freundliche, blauaueugige Sekretar der Norwegischen Arbeiterpartei, hat sich seit mehr als zwei Jahrzehnten mit seinen breiten Schultern in das Rad der norwegischen Gewerkschaftsbewegung gelegt.

Ein Mann von dynamischer Persoenlichkeit und mit einem seltsamen, bezwingenden Laecheln, hat Lie die Arbeiter in der Vorkriegszeit in ihrem Kampf um einen besseren Lebensstandard gefuehrt. Er stand ihnen in ihrem Kampf gegen die Nazierrschaft zur Seite und kaempfte noch vor kurzem in vorderster Front gegen die kommunistischen Durchdringungsversuche in den Arbeiterorganisationen an.

Alle diese Jahre hindurch widmete er sich in erster Linie erzieherischer Taetigkeit - er lehrte und ueberzeugte, sprach Mut zu und gab Hoffnung; er gewann Freunde und Unterstuetzung fuer die norwegischen Arbeiter, als sein Land von den Nazis unterdrueckt wurde.

Fuer diese Arbeit ist Lie gut geeignet. Er wurde am 22. September 1905 geboren und studierte zuerst Rechtswissenschaften; dann besuchte er die staatliche Forstschule in Kongsberg und promovierte im Jahre 1926 mit einem der besten Zeugnisse, die es je in Norwegen gab. Danach studierte er noch ein weiteres Jahr an der landwirtschaftlichen Schule in As.

Lie war jedoch niemals nur Theoretiker. Zur Taetigkeit geschaffen, ist er ein Mann, der Entbehrungen und schwere Arbeit mit einem Laecheln hinnimmt; ein zaehrer Kaempfer, der sich einem Projekt mit eiserner Entschlossenheit widmet und nicht nachlaesst, bis er es durchgefuehrt hat; ein aufrichtiger, unvoreingenommener Mensch, der durch seinen eigenen Mut und seinen Optimismus Vertrauen einfloesst. Seine Arbeitszeit verbringt er in intellektueller Taetigkeit. Aber in der kurzen freien Zeit, die ihm zur Verfuegung steht, kann man Lie beim Heben von Baumstaemmen aus dem Glomma-Fluss antreffen.

Als Erziehungs- und Informationschef der norwegischen Gewerkschaftsbewegung war Lie mehrere Male gezwungen, sein Leben durch Flucht vor den Nazis in Sicherheit zu bringen; er wurde durch Bomben aus seinem Hauptquartier herausgetrieben; er reiste Tausende von Meilen, um finanzielle und Informationshilfe fuer seine Landsleute zu erbitten; einmal entging er nur knapp, von einem Nachbarn gewarnt, den Klauen der Nazis.

Noch waehrend seiner Schulzeit interessierte sich Lie fuer die Probleme des arbeitenden Menschen. Im Jahre 1922, - er war gerade 17 Jahre alt - schloss er sich der sozialistischen Jugendbewegung an und wurde 1925 Mitglied der Nationalgewerkschaft. Sobald er die Schule verlassen hatte, widmete er sich erzieherischer Taetigkeit in der Gewerkschaft und wurde 1928 zum Sekretaer eines Komitees ernannt, das die Nationalgewerkschaft zur Aufklaerung ihrer Mitglieder aufgestellt hatte.

Dieses Komitee wurde 1932 als die Vereinigung fuer Arbeiterbildung zu einer staendigen Einrichtung erklaert und von der Nationalgewerkschaft, der norwegischen Arbeiterpartei, ihrer Jugendbewegung und von den meisten der Nationalgewerkschaft angeschlossenen Lokalgewerkschaften gebilligt. Haakon Lie wurde erster Sekretaer dieser Organisation und blieb ihr staendiger Fuehrer bis zum 9. April 1940, dem Tag der deutschen Invasion Norwegens.

Unmittelbar nach dem Angriff stellte sich Lie der Regierung zum Kampf gegen die Nazis zur Verfuegung. Es war jedoch ein aussichtsloser Kampf, und Lie musste sich mit den Truppen zurueckziehen. Nachdem Oslo eingenommen war, entkam er nach Hamar und uebernahm den Propagandafeldzug an der dortigen Rundfunkstation. Dann wurde Hamar besetzt, und Lie zog sich nach Namsos zurueck, wo er als Verbindungsoffizier zu den alliierten Streikraeften taetig war. Kurze Zeit spaeter mussten die Alliierten ihre Truppen aus diesem Gebiet zurueckziehen, und wieder ging Lie weiter noerdlich nach Bode, wo er erneut an der dortigen Rundfunkstation propagandistisch taetig war.

Wenige Tage nach seiner Ankuunft in Bode wurden die Stadt und auch die Rundfunkstation bombardiert und in Brand gesetzt. Wieder floh Lie in noerdlicher Richtung. Diesmal ging er nach Vadso, dem entferntesten Punkt in der Nordostecke Norwegens, nahe der finnisch-russischen Grenze. Er leitete nun die Rundfunkstation dieser Stadt. Aber selbst hier gelang es den Deutschen, den Sender durch Einsatz von Langstreckenbomben zu zerstieren. Die Rundfunkstation wurde voellig in Truemmer gelegt, und kurz danach, im Juni 1940, war jeglicher Kampf in Norwegen beendet.

Einige Wochen danach kehrte Lie nach dem von den Nazis besetzten Oslo zurueck, um zu versuchen, die Interessen seiner Landsleute wahren zu helfen. Ein Befehl der Nazis jedoch, der allen die gewerkschaftliche Taetigkeit verbot, die sich an dem Feldzug im Norden beteiligt hatten, machte ihm dies unmoeglich. Da Lie nicht wuenschte, in irgendeiner Weise fuer die Nazis taetig zu sein, ging er in eine kleine Vorstadt von Oslo, wo sein Vater einen kleinen Brennholzhandel unterhielt. Etwas ueber ein Jahr lang fuhr er einen Lastkraftwagen mit Holz zwischen Oslo und den Holzgebieten und verteilte Brennholz an seine Nachbarn.

Aber auch dies sollte nicht lange dauern. Am 10. September 1941 erklaerten die Deutschen Oslo zum Notstandsgebiet und begannen ihre Jagd nach ehemaligen Mitgliedern der Gewerkschaftsbewegung. Die verhafteten Maenner wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode oder lebenslaengerlicher Zwangsarbeit verurteilt.

Eines Tages wurde Lie auf seinem Heimwege mit seinem Lastkraftwagen von einem Nachbarn vor der Gestapo gewarnt, die bei ihm zu Hause sass und ihn erwartete. Lie drehte mit seinem Wagen um und wendete sich der schwedischen Grenze zu.

(Lies Bruder hatte weniger Glueck. Er wurde von der Gestapo verhaftet, eingesperrt und gefoltert; dann wurde er in ein Konzentrationslager nach Deutschland ueberfuehrt, wo er starb.)

In Schweden nahm Lie seine Arbeit als Leiter der Wohlfahrts- und Bildungstaetigkeit unter den norwegischen Arbeitern wieder auf. Zu dieser Zeit gab es in Schweden etwa 1.000 Norweger, die ihr Land in der Hoffnung verlassen hatten, nach England gehen und sich dort den norwegischen Streitkraefte angeschlossen zu koennen. Es gelang jedoch nur wenigen, dieses Vorhaben zu verwirklichen. Die meisten von ihnen wurden in Baracken untergebracht, hatten nichts zu tun, und ihre Moral war auf einen Tiefstand gesunken. Lie begab sich sofort an die Arbeit. Mit einigen anderen gefluechteten Gewerkschaftlern richtete er einen Arbeitsvermittlungsdienst fuer die Fluechtlinge ein und war zu gleicher Zeit als eine Art Fuersorgeoffizier taetig. Innerhalb kurzer Zeit gelang es Lie und seinen Mitarbeitern in Zusammenarbeit mit der schwedischen Regierung, fuer den groessten Teil der politischen Fluechtlinge Arbeit zu finden - die meisten konnten in den schwedischen Waeldern als Holzfaeller beschaef-tigt werden.

Nachdem Lie diese Arbeit vollendet hatte, begab er sich nach London, um das Londoner Sekretariat der Nationalgewerkschaft in seiner Aufklaerungs- und Propagandataetigkeit in Grossbritannien zu unterstuetzen. Im Januar 1942 kam er dort an und war waehrend der ersten zehn Monate als Chef einer Informationseinheit taetig, die gemeinsam von dem Londoner Sekretariat der Gewerkschaft und dem norwegischen Handelsministerium in London aufgestellt worden war.

Eine der groessten Arbeiten Lies galt damals den Seeleuten der norwegischen Handelsmarine. Als die Deutschen Norwegen besetzten, waren 1.052 norwegische Schiffe mit einer Gesamttonnage von 4 Millionen und dreissig bis vierzigtausend norwegischen Seeleuten und Walfischjaegern auf allen Weltmeeren unterwegs. Die ueberwaeltigende Mehrheit dieser Seeleute erklaerte sofort ihre Loyalitaet zu der norwegischen Exilregierung in London und begab sich nach England. Verschiedene Beobachter sind der Ansicht, dass das, was diese Maenner geleistet haben, zum grossen Teil der Erziehungs- und Fuersorgearbeit zuzuschreiben ist, die Lie mit seinen Helfern unter diesen Leuten geleistet hat.

Dies kommt in einer Rede zum Ausdruck, die Admiral Emery S. Land, der Leiter der amerikanischen Marine-Kommission, im September 1941 vor norwegischen Seeleuten gehalten hat. Admiral Land sagte u.a.: "Ich glaube, es war eine britische Veroeffentlichung, die einmal schrieb, dass die Seeleute der norwegischen Handelsmarine fuer die Alliierten in ihren Kriegsanstrengungen ebensoviel wert seien wie eine Million Soldaten. Ich moechte bei dieser Gelegenheit nicht versaeumen zu sagen, dass diese Behauptung keineswegs uebertrieben war. Sie sind uns mehr wert als eine Million Soldaten."

Lie arbeitet mit diesen Leuten und anderen Norwegern zusammen, denen es gelungen war, England zu erreichen, um sich fuer den Kampf zur Verfuegung zu stellen. Er gab Vorlesungen, organisierte Studiengruppen, gab Liederbuecher, Broschueren und sonstige Veroeffentlichungen heraus, die fuer den Gebrauch in der Untergrundbewegung nach Norwegen geschickt wurden.

Ende 1942 wurde Lie von dem Londoner Sekretariat in einer Mission nach den Vereinigten Staaten geschickt. Seine Aufgabe war, den amerikanischen Arbeitern von der Rolle zu berichten, die die norwegische Gewerkschaftsbewegung im Kampf um die Freiheit spielte, und Material ueber die Taetigkeit der amerikanischen Arbeiter zu sammeln, das der norwegischen Untergrundbewegung zugeleitet werden sollte.

Seine Informationsblaetter, Broschueren und Schriften enthielten Nachrichten aus den Vereinigten Staaten und berichteten

von der unerschütterlichen Entschlossenheit, mit der die Arbeiter Amerikas an dem Sturz der Hitlertyrannie arbeiteten. Sie gelangten, manchmal durch den Fallschirmabwurf von Aufklärungsfliegern, nach Norwegen. Diese Nachrichten aus der Welt ausserhalb der Einflussphäre der Nazis haben unendlich viel dazu beigetragen, den Widerstandswillen und Kampfgeist des unterdrückten norwegischen Volkes aufrechtzuhalten.

Als Lie 1943 von Amerika nach England zurückkam, brachte er das Versprechen der AFL und des CIO mit, die illegale Gewerkschaftstätigkeit in Norwegen finanziell zu unterstützen und den politischen Flüchtlingen Norwegens in Schweden zu helfen. 1944 kamen die ersten Geldmittel und hatten im Mai 1945 die Gesamtsumme von 470.000 Dollar erreicht.

Dann kam endlich das Kriegsende, und Lie kehrte im Sommer 1945 nach Norwegen zurück. Zu jener Zeit riefen die Kommunisten zu einer vereinigten Gewerkschaftsbewegung auf, und norwegische Führer zogen bereits eine dauernde Vereinigung mit diesen Elementen in Betracht. Lie warnte jedoch seine Mitarbeiter, sich vor den kommunistischen Schlagworten der "Einheit" in acht zu nehmen, und er berichtete ihnen von der zersetzenden Tätigkeit der Kommunisten in den Vereinigten Staaten. Zur rechten Zeit scharten sich die führenden Mitglieder der norwegischen Arbeiterpartei um ihn, um seine Meinung zu teilen, und die Kommunisten wurden daran gehindert, ihr Machtstreben zu verwirklichen.

Norwegens Hauptprobleme sind nun wirtschaftlicher Natur. es muss eine Produktion geschaffen werden, die ausreicht, um die Kosten für die benötigten Importe auch nach Beendigung des Marshall Planes decken zu können. Lie als Sekretär der Arbeiterpartei hat eine grosse Aufgabe - eine Aufgabe, die ihn ganz in Anspruch nimmt.

Das beste Bild von diesem Manne bekommt man vielleicht, wenn man ihn in seiner Freizeit am Glomma-Fluss beobachtet. Der Glomma, der Millionen von Baumstämmen von den Holzgebieten Norwegens hinunter in die Seehäfen getragen hat, fordert alljährlich eine beträchtliche Anzahl von Baumstämmen für sich. Sie saugen sich voll Wasser und sinken auf den Grund.

Lie hat eine Spezialmaschine konstruiert, mit der man diese abgesunkenen Stämme hebt, und in seinem Urlaub begibt er sich gewöhnlich mit einem Freund an den Glomma, um verlorenes Holz wiederzugewinnen. Im Laufe weniger Jahre hat er Hunderte von Baumstämmen aus dem Fluss geholt.

Holz ist eines der wichtigsten Exportgüter Norwegens, und weil Norwegen dringend Devisen, vor allem Dollars braucht, schätzt sich Lie glücklich, mit zur Sicherung der Zukunft seines Landes beitragen zu können.

Arbeitsmitteilungen der ECA
26. April 1950

DER SCHWEIZER GEWERKSCHAFTSBUND

Von Jean Moeri,
Sekretär des Schweizer Gewerkschaftsbundes.

Die Schweizer Gewerkschaftsbewegung stellt das Ergebnis einer

sehr fruehen Zusammenarbeit dar. Im Jahre 1818 wurde in der kleinen Stadt Aarau die erste Vereinigung zur Unterstuetzung der Buchdrucker gegruendet, die sich spaeterhin zur Gewerkschaft der Buchdrucker entwickelte. Eine gleiche Entwicklung, dem gleichen Beispiel folgend, konnte in allen Schweizer Staedten festgestellt werden, in denen das Zusammengehoeerigkeitsgefuehl in Gruppen, wie Uhrmacher, Zimmerleute, Bierbrauer, usw. hochentwickelt war. Nachdem der erste Schritt zur Bildung gemeinsamer Gewerkschaftsraete mit gemeinsamen Interessen unternommen war, dehnten die Gewerkschaftspioniere diese Organisationen zuerst auf kantonale und dann auf nationale Ebene aus. Und so wurde die Schweizer Gewerkschaft der Buchdrucker am 15. August 1858 gegruendet. Diese Bewegung der nationalen Vereinigung pflanzte sich schnell in allen Arbeitergruppen fort.

Das Gewerkschaftswesen, das bis zu jener Zeit beruflich gegliedert war, dehnte sich nun auf alle Arbeiter aus. Die erste Hoffnung, nach Industrien organisieren zu koennen, war der kurzlebige Internationale Arbeiterverband von 1864, dessen Sitz sich in Genf befand; dieser Verband fand im Jahre 1872 jedoch ein jaehes Ende, nachdem er sich seine Fluegel in den Flammen der Politik verbrannt hatte. 1873 wurde die Schweizer Arbeiterunion gegruendet, zu der politische Arbeiterparteien, Wohltuetigkeitsvereinigungen und Gewerkschaften gehoerten. Der heutige Schweizer Gewerkschaftsbund stammt aus dem Jahre 1880.

Zu Ende des Jahres 1948 zaehlte der Schweizer Gewerkschaftsbund 16 Berufs- oder Industrieverbaende mit insgesamt 376.436 Mitgliedern. In Anbetracht der Tatsache, dass es zu jener Zeit 531.000 Industriearbeiter in der Schweiz gab, stellt diese Zahl einen nicht unbetraechtlichen Prozentsatz dar. Eine Einschraenkung besteht darin, dass die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes nicht ausschliesslich von Industriegewerkschaften sind, sondern auch Handwerker und kaufmaennische Berufe in diesen Zahlen enthalten sind. Ausserdem ist zu beruecksichtigen, dass noch bestimmte Gebiete fuer die Werbung offenstehen, die jedoch durch die Taetigkeit andersgesinnter Gewerkschaften wie der christlich-sozialen, katholischen, evangelischen, usw. begrenzt sind. Diese hatten Ende 1948 eine Mitgliederzahl von 78.000 zu verzeichnen. Dazu kommt die Foederation der Schweizer Arbeitervereinigungen, die dem Bund durch ein Abkommen auf Treu und Glauben angeschlossenen ist, mit dem etwa 73.000 Mitglieder. Zahlreiche andere, kleinere Organisationen mit insgesamt 50.000 Mitgliedern bleiben vom Bund aus verschiedenen Gruenden getrennt. Trotz dieser Gruppen, die verschiedenartig orientiert sind, ist der Gewerkschaftsbund bei weitem die groesste Gewerkschaftsgruppe der Schweiz. Das kommt ausserdem in der Einstellung der foederalen und kantonalen Behoerden zum Ausdruck.

In Artikel 2 des Statuts des Gewerkschaftsbundes sind die Ziele der Organisation festgelegt. Allgemeinaufgabe ist die Wahrung der Interessen der Mitgliedsorganisationen und ihrer Mitglieder. Dieser Artikel bestimmt ausserdem, dass die Organisation in religionsen Angelegenheiten ihre Neutralitaet und in politischen Angelegenheiten ihre Unabhaengigkeit zu bewahren hat.

Werfen wir jedoch einen Blick auf diese Ziele und stellen wir fest, inwieweit sie bereits erreicht worden sind.

Erstes Ziel des Schweizer Gewerkschaftsbundes ist, die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes zu entwickeln. Waehrend des Zweiten Weltkrieges stellte diese Organisation eine der wichtigsten demokratischen Kraefte dar, auf die sich die Regie-

rung und die Armee verlassen konnten. Sie trug zu einem grossen Teil zu der Sicherstellung der souveränen Rechte des Bürgers bei, wie nationale Unabhängigkeit und individuelle Freiheit des Bürgers.

Sie tritt an zweiter Stelle fuer die Gemeinwirtschaft ein - das heisst, fuer den Einsatz oeffentlicher Dienste im Interesse der nationalen, kantonalen oder lokalen Gemeinschaft. Man darf nicht uebersehen, dass in der Schweiz bemerkenswerte Erfolge erzielt wurden und zwar lange bevor andere Staaten die Planwirtschaft einfuehrten. Seit 1948 untersteht die Post der Schweizer Bundesregierung. Der Telegrafendienst, der 1852 eingefuehrt und im gleichen Jahre verstaatlicht wurde, der Telefondienst, der urspruenglich von Privatunternehmern kontrolliert und im Jahre 1881 verstaatlicht wurde, und das Eisenbahnsystem, um die Jahrhundertwende verstaatlicht, sind die drei Hauptzweige der nationalen Wirtschaft, die unter der Kontrolle der Bundesregierung stehen. Das Rundfunkwesen und die Alkoholverteilung unterstehen ebenfalls der nationalen Regierung. Banken, Feuerversicherung und die Schulsysteme werden in der Regel von den kantonalen Regierungen verwaltet. Strassenbahnen, Gas, Elektrizitaet, usw. gehoeren zu den oeffentlichen Diensten der kommunalen Behoerden.

Eine weitere Aufgabe sehen die Gewerkschaften in der Foerderung der Sozialgesetzgebung und der Wahrung der Interessen der Arbeiter. Die Industriearbeiter sind durch das Bundesgesetz von 1877 geschuetzt, in dem die Arbeitsbedingungen fuer die Industrie festgelegt sind. Lehrlinge werden durch ein anderes Bundesgesetz geschuetzt. Seit dem 1. Januar 1948 ist die Alters- und Hinterbliebenenversicherung obligatorisch fuer das gesamte Land. Man ist augenblicklich bemueht, gesetzliche Regelungen zu treffen in bezug auf Arbeitslosenversicherung, Allgemeinguelteigkeit von Gewerkschaftsvertraegen (diese Frage bildet zur Zeit Gegenstand einer vom Bundesrat erlassenen Verordnung), die Schaffung von Arbeitsprojekten, Krankenversicherung, usw. Die Taetigkeit der Schweizer Gewerkschaften bildet natuerlich die Basis dieser fortschrittlichen Bewegung. Es ist zu bemerken, dass haeufig die Kantone fuer die besondere Regelung der Arbeitsbedingungen und die Sozialpolitik (Kinderzulagen, Urlaub und Bezahlung) verantwortlich sind.

Die Entwicklung des Arbeitsrechtes und der Verfahren des Kollektivverhandelns sind jedoch die Gebiete, denen die Schweizer Gewerkschaften ihre groesste Beachtung zugewendet haben, und denen ihre groessten Bemuehungen gelten. 1.400 Tarifvertraege sind rechtskraeftig und erstrecken sich entweder ueber eine gesamte Industrie, ein bestimmtes Gebiet, einen Kanton, eine Stadt oder auch nur ein Unternehmen. Im allgemeinen regeln diese Vertraege die Arbeitsbedingungen, die Verfahren der Schlichtung und Schiedssprechung und sogar in einigen Faellen die Bedingungen der Lehrlings- und Arbeitslosenversicherung. Die Schweizer Gewerkschaften schaeetzen Gesetze, die es ermoeglichen, Mindestnormen zu erzielen, im grossen und ganzen bevorzugen sie jedoch dehnbarere, nichtformelle Mittel, mit denen Einzelfaelle leichter erledigt werden koennen.

Das hoechste Ziel des Schweizer Gewerkschaftsbundes, naemlich die Entwicklung internationaler Gewerkschaftsbeziehungen, ist waehrend der letzten Jahre auf Grund der politischen Machenschaften des Weltgewerkschaftsbundes in den Hintergrund gestellt worden. Gegen Ende dieses Jahres wird der Schweizer Bundeskongress zu dem neuen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften Stellung nehmen. Wir hoffen, dass die Abstimmung positiv ausfallen wird, denn die

Interessen der Arbeiter sind auf der ganzen Welt ebenso voneinander abhaengig wie beispielsweise die nationalen Wirtschaften. Und damit koennte zur Erreichung der beiden Ziele, des sozialen Fortschritts und eines gerechten Friedens, beigetragen werden.

Arbeitsmitteilungen der ECA
3. Mai 1950

BETRIEBSUNFAELLE IM LETZTEN VIERTEL VON 1949 AUF EINEN TIEFSTAND GESUNKEN

Vorlaeufigen Berichten des Statistischen Bueros des US Arbeitstamtes zufolge ist die Zahl der Betriebsunfaelle in Fertigungsbetrieben im letzten Viertel des Jahres 1949 auf einen neuen Tiefstand gesunken. Die Betriebsunfallziffer ist die niedrigste seit den sieben Jahren, fuer die vierteljaehrliche Statistiken verfuegbar sind. Die Betriebsunfallziffer gibt die Zahl der Arbeitsunfaelle pro Million Arbeitsstunden an.

Die Berichte zeigen einen durchschnittlichen Rueckgang um etwa 11% der Betriebsunfaelle zwischen dem dritten und letzten Viertel von 1949. Der allgemeine Stand der Betriebsunfallziffer des letzten Viertels des Jahres 1949 und die Gesamtziffer fuer das gesamte Jahr 1949 liegen beide 18% unter denen des Jahres 1948.

Das Absinken der Betriebsunfallziffer des letzten Viertels des Jahres 1949 passt in das sich seit sieben Jahren klar abzeichnende Bild des saisonbedingten Rueckgangs der Betriebsunfaelle hinein. Monatliche statistische Angaben sind seit 1943 vorhanden und zeigen bestaendig ein Absinken der Unfallziffer im November und einen Tiefstand im Dezember eines jeden Jahres. Die meisten Unfaelle ereignen sich gewoehnlich im Juli oder August eines jeden Jahres.

Auf Grund von Arbeitsverletzungen waren im letzten Viertel des Jahres 1949 etwa 78.000 Arbeiter aus Fertigungsbetrieben einen oder mehr Tage lang arbeitsunfaehig. Das sind 7.700 weniger als im dritten Viertel von 1949 und 26.000 weniger als im letzten Viertel von 1948. Im Gegensatz zum Absinken der Gesamtzahl jedoch belief sich die Zahl der toedlichen Unfaelle im letzten Viertel auf 400, - 100 mehr als im dritten Viertel - waehrend die Zahl der Unfaelle, die dauernde Arbeitsunfaehigkeit zur Folge hatten, von 4,400 im dritten Viertel auf 4,700 im vierten Viertel anstieg.

Durch Betriebsunfaelle gingen im letzten Viertel etwa 1,570,000 Arbeitstage verloren. Bei den gegenwaertigen Lohntarifen bedeutet dies einen unmittelbaren Verlust an Loehnen von rund 16 Millionen Dollar. In mehr als der Haelfte der 123 verschiedenen Herstellergruppen, fuer die statistische Angaben zur Verfuegung stehen, war ein bedeutender Rueckgang der Betriebsunfallziffer zwischen dem dritten und letzten Viertel des Jahres 1949 zu verzeichnen. In 40 anderen war keine bemerkenswerte Veraenderung festzustellen. Nur 20 Industriezweige hatten hoehere Unfallziffern im letzten Viertel von 1949.

Nur aus zwei Industriezweigen wird ein Ansteigen der Betriebsunfallziffer um mehr als 5 Punkte gemeldet - in den Saegemuehlen von 53,8 im dritten Viertel auf 59,6 im vierten Viertel; und in der Toepfereiindustrie von 13,8 auf 20,3. Dagegen weisen 14 verschiedene Industriezweige ein Absinken der Betriebsunfallziffern

um mehr als 5 Punkte auf. Am bemerkenswertesten ist dieses Absinken in der Getraenkeindustrie, wo die Ziffer von 37,2 auf 22,1 zurueckging; ausserdem in der Kunstduengerherstellung (von 29,2 auf 17,5).

Die hoechsten Betriebsunfallziffern waren im letzten Viertel des Jahres 1949 in folgenden Industriezweigen zu verzeichnen: Holzfaellen mit 77,9 Betriebsunfaellen pro Million Arbeitsstunden, Saegemuehlen mit 59,6 und kombinierte Saege- und Hobelwerke mit 43,0 Betriebsunfaellen. Die Industriezweige mit den niedrigsten Betriebsunfallziffern waren: Sprengstoffe (1,3), synthetische Textilfaser (2,2), komprimierte und fluessige Gase (2,6), optische Geraete (3,0), Flugzeugherstellung (3,3) und synthetischer Gummi (3,4).

Die niedrigsten Gesamtziffern fuer das gesamte Jahr waren: In der Sprengstoffindustrie 1,6, in der Herstellung synthetischen Gummis 2,3, synthetischer Textilfaser 2,8, in der optischen Industrie 3,2 und in der Elektroindustrie (Lampen und Gluehbirnen) 3,3.

Labor Information Bulletin
Mai 1950.

TOBIN GEGEN AUSDEHNUNG DER ANTITRUST GESETZE AUF GEWERKSCHAFTEN

In einer Erklaerung vor einem Unterkomitee des Rechtsausschusses des Senats brachte der US Arbeitsminister J. Tobin kuerzlich zum Ausdruck, dass Antitrust Gesetze allein nicht dazu angetan seien, die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in konstruktiver Weise zu regeln. Er nahm damit zu der Gesetzesvorlage Nr. 2912 an den Senat Stellung.

Durch die Bestimmungen dieser Vorlage, heisst es in der Erklaerung, koennten die Gewerkschaften fuer die Verfolgung bestimmter, ungesetzlicher Ziele von der Regierung der Vereinigten Staaten strafrechtlich belangt werden. Ausserdem seien sie dadurch privaten Zwangsmassnahmen und Prozessen und Verfolgungen auf Grund der Gesetze ueber "strafbare Verschwuerungen" ausgesetzt.

"Ich lehne jegliche Gesetze ab", erklarte Arbeitsminister Tobin, "durch die man versucht, zu den Verhaeltnissen jener dunklen Tage zurueckzukehren, in denen Antitrust Gesetze gewoehnlich dazu dienten, die Gewerkschaften zu unterdruecken und zu beseitigen."

Die von Senator A. Willis Robertson (Virginia) eingereichte Gesetzesvorlage wuerde die Arbeitgeber- Arbeitnehmer Beziehungen in allen amerikanischen Grundindustrien wieder in einen Zustand der "Beherrschung durch Zwang" versetzen, fuehrte Tobin weiter aus. Sie fuehre damit die Sprache des urspruenglichen Sherman Gesetzes, in dem man verfehlt habe, Normen fuer den Begriff "unvernuenftige Hemmung des Handels durch die Gewerkschaften" aufzustellen, die den Gerichtshoefen als Richtlinien haetten dienen koennen. Er wies darauf hin, dass das Sherman Gesetz am wirksamsten als Waffe gegen die Gewerkschaften zur Anwendung gekommen sei.

Tobin gab seiner Vermutung Ausdruck, dass der Grund zur Vorlage dieses Gesetzes in dem Wunsch zu suchen sei, ein wirksames Mittel zur Beilegung der Arbeitsstreitigkeiten in der bituminoesen Kohlenbergbauindustrie zu finden. Er legte dem Unterausschuss nahe zu bedenken, dass eine Aenderung der Gesetzgebung, die in der Absicht vorgenommen wurde, eine Lage in einem Zweig unserer Indus-

trie zu klaeren, sich oft weit ueber das Uebel hinaus ausdehnen kann, gegen das sie gerichtet war, und akzeptierte Taetigkeiten und Methoden in anderen Zweigen der Industrie unterdruecken kann. Er unterstrich; wie wichtig es sei, vor einer Entscheidung ruhig und sorgfaeltig die Tatsachen zu ueberpruefen.

Arbeitsminister Tobin forderte mit allem Nachdruck den Unterausschuss auf, die Gesetzesvorlage abzulehnen. Er versicherte, dass sie gegen das gesamte System der Kollektivverhandlungen, und damit das Herz der Arbeitgeber- Arbeitnehmer Beziehungen gerichtet sei. Abschliessend erklarte er, diese Gesetzesvorlage wuerde, wenn genehmigt, den Arbeitgeber- Arbeitnehmer Beziehungen in den Vereinigten Staaten grossen Schaden zufuegen.

Labor Information Bulletin
April 1950

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 14

Frankfurt, 9. Juni 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Punkt Vier: Das amerikanische Hilfsprogramm fuer wirtschaftlich zurueckgebliebene Laender - - - - - | 1 |
| Mexikanischer Gewerkschaftsbund tritt aus dem Weltgewerkschaftsbund aus - - - - - | 5 |
| Lebenshaltungskosten in Grosstaedten der Vereinigten Staaten - - - - - | 6 |
| Gewerkschaften in China - - - - - | 7 |
| Fachabteilung der Chemiewerker gegruendet - - - - - | 7 |
| Jugoslawien bricht mit dem Weltgewerkschaftsbund - - - | 8 |
| Bund Christlicher Arbeiter Frankreichs lehnt Einladung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften ab | 8 |
| Ernennungen im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften - - - - - | 8 |
| Amerikanischer Berater fuer Arbeitsfragen zur Rolle der deutschen Gewerkschaften - - - - - | 9 |
| Wiederaufleben der Konkurrenz zwischen den Haefen Hamburg und Triest - - - - - | 10 |
| Die Tagung des Exekutivausschusses des ICFTU - - - - - | 10 |
| Ein maechtiges Bollwerk - - - - - | 11 |
| Allgemeiner Boykott gegen die Schiffe Panamas - - - - - | 13 |
| Die demokratische Gewerkschaftsbewegung Boliviens - - | 13 |
| Probleme um die Beschaeftigung aelterer Arbeitskraefte | 15 |

PUNKT VIER: DAS AMERIKANISCHE HILFSPROGRAMM FUER WIRTSCHAFTLICH ZURUECKGEBLIEBENE LAENDER

In seiner Botschaft vom 24. Juni 1944 begruendete Praesident Truman die Notwendigkeit eines neuen Hilfsprogramms, das der wirtschaftlichen Entwicklung einiger aussereuropaeischen Laender dienen soll. Hierbei soll einmal eine Unterstuetzung in rein technischer Hinsicht erfolgen, zum andern ist eine Pruefung der Moeglichkeiten vorgesehen, wie private Mittel in diese wirtschaftliche Entwicklung eingeschaltet werden koennen.

In der Zwischenzeit sind vom Repraesaentantenhaus und Senat 45 Millionen Dollar bewilligt worden, um die technischen Voraussetzungen fuer die Verwirklichung des Hilfsprogramms schaffen zu koennen. Weitere 12 Millionen Dollar werden von anderen Mitgliedsstaaten der JNO aufgebracht. Im einzelnen soll die Gesamtsumme wie folgt verteilt werden:

| | |
|---------------------------------|-------------------|
| Amerikanische Republiken | 21.128.000 Dollar |
| Naher Osten (Afrika) | 18.926.000 " |
| Ferner Osten (ausser Suedasien) | 8.721.000 " |
| Suedasien | 8.305.000 " |
| | <hr/> |
| | 57.080.000 Dollar |

Diese Betraege erscheinen verhaeltnismaessig gering angesichts der geradezu riesigen Aufgabe, die hier gestellt worden ist. Aber diese Summen sollen nur dazu dienen, um Informationen zu schaffen und aus diesen wiederum Schluesse auf die vorliegenden Probleme zu ziehen. So muessen zur Loesung des Arbeitsproblems Ratschlaege gegeben werden, wie der Lebensstandard zu heben ist, wie Unfallverhuetung und Gesundheitsfuersorge zu etwas selbstverstaendlichem werden, wie gerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen sind und schliesslich wie die Arbeiter jener Laender ermuntert werden koennen, Tarifvertraege durchzusetzen.

Es ist somit ein langer Weg von der Planung bis zur Verwirklichung - die Wege selbst werden jedoch keineswegs immer die gleichen sein. Ohne Zweifel werden in Indonesien andere Mittel gesucht werden muessen als in Paraguay, wiederum andere in Aegypten als in Mexiko. Bei der Planung hat bereits die Statistik wertvolle Dienste leisten koennen. Hierbei wurden verschiedene Reihen ausgearbeitet, wobei sich die Merkwuerdigkeit ergab, dass die Reihenfolge der unterentwickelten Staaten in der Statistik ziemlich die gleiche ist, auch wenn die Themen der Statistik sich aendern. Fast automatisch gelangte man zu einer Art Wohlstandsindex, wobei die einzelnen Staaten in drei Gruppen eingeteilt wurden. Es genuegt hier, die Ergebnisse jener Staatengruppen zu beleuchten, wo das Jahreseinkommen je Kopf der Bevoelkerung unter 100 Dollar liegt - diese Unterscheidung nach dem durchschnittlichen Einkommen erscheint zwar sehr oberflaechlich, sie liefert jedoch bereits brauchbare Werte. In die Gruppe jener Laender gehoeren 28 Staaten, die jedoch 2/3 der gesamten Erdbevoelkerung umfasst. Es handelt sich hierbei um die Staaten:

| | |
|-------------------------|-------------|
| Cuba | Jugoslawien |
| Polen | Japan |
| Venezuela | Aegypten |
| Palaestina | Costa Rika |
| Columbien | Peru |
| Panama | Ceylon |
| Mexiko | Uruguay |
| Dominikanische Republik | Haity |
| Nikaragua | Guatemala |
| Bolivien | Honduras |
| San Salvador | Brasilien |
| Ekuador | Paraguay |
| Indien | Philippinen |
| China | Indonesien |

Eine Unterteilung, die bereits wesentlich weiter geht als jene nach dem Einkommen, ist durch den Index der Lebenserwartung gegeben. So werden in den Laendern mit einem Einkommen ueber 200 Dollar die Menschen durchschnittlich 63, in den Laendern mit einem Einkommen ueber 100 Dollar durchschnittlich 52 Jahre alt, waehrend in den Laendern der letzten Gruppe, die hier aufgezaehlt wurden, die Lebenserwartung auf 40 Jahre begrenzt ist. Wenn jedoch die Lebenserwartung fuer den Chinesen und den Indoneser ebenso hoch angesetzt wird wie fuer den Inder, so ergibt sich sogar nur ein durchschnittliches Lebensalter von 30 Jahren.

Aehnliche Differenzierungen erbringen statistische Uebersichten ueber die Verbreitung der Tuberkulose. Diese Krankheit hat nur sehr wenig mit dem Klima zu tun - im Gegensatz zur Malaria. Sie ist

Jedoch die typische Seuche in armen, uebervoelkerten Gegenden und ist haeufiger in Staedten als auf dem Lande zu finden. In gleichen Gebieten befaellt die Tuberkulose wiederum vor allem jene Kreise, die unter schwierigeren Lebensbedingungen zu leiden haben. Dies wird besonders deutlich, wenn jene erwaehte Einkommensgruppierung auch auf die Tuberkulosestatistik angewendet wird. In Laendern mit einem Durchschnittseinkommen von mehr als 200 Dollar jaehrlich sterben an Tuberkulose von 100.000 Einwohnern jaehrlich 64, in Laendern mit einem Durchschnittseinkommen ueber 100 Dollar belaeuft sich die Zahl der jaehrlichen Tuberkuloseopfer auf 143, waehrend in jenen Laendern, in denen der einzelne weniger als 100 Dollar im Jahr verdienen kann, die Seuche 333 Opfer fordert.

Aehnliche Resultate ergibt die Zaehlung der Analphabeten. In den Laendern der hoechsten Einkommensgruppe ist sie verhaeltnismaessig unbedeutend, sie steigt jedoch in den Staaten der mittleren Gruppe bereits auf 20% an und in der letzten Gruppe - das sind jene Laender, wo der Einzelne weniger als 100 Dollar im Jahre verdient - auf 78%.

Bei einer Betrachtung der Zahl der verbrauchten Kalorien ergeben sich aehnliche Ergebnisse. Fuer die erste Gruppe laesst sich ein taeglicher Kalorienverbrauch von 3040 feststellen, in der letzten jedoch nur 2051. Diese Zahl fuer sich laesst noch nicht allzu viel Rueckschluesse zu, wird jedoch der Verbrauch an Eiweisstoffen und Fetten genauer ueberprueft, so stellt sich heraus, dass in der letzten Gruppe an Proteinen nur etwa 18% gegenueber dem Verbrauch der ersten Gruppe erreicht werden, bei Fetten sind es rund 33%. Auch in dieser Richtung laesst sich somit eine klare Schichtung der Laender in bestimmte Gruppen durchfuehren.

Ueberraschend gleichartige Resultate zeigt ein Vergleich des Spinnstoffverbrauchs. Hier wird in der letzten Gruppe nur etwa 28% des Bedarfs der hoeheren Einkommensgruppe benoetigt, wobei Wolle, Baumwolle und Kunstseide beruecksichtigt sind.

Alle diese Merkmale reichen jedoch noch nicht aus, um die wirtschaftliche Situation der einzelnen wirtschaftlich unentwickelten Laender genauer zu umreissen. Eine Anzahl technischer Patente genuegt jedoch, um zu weiteren Schluessen zu kommen. Die Zahl der taeglich benoetigten Pferdekraefte (PS) belaeuft sich in Laendern der Einkommensgruppe ueber 200 Dollar auf 26,6 PS im Durchschnitt, auf je 1000 Einwohner gerechnet, waehrend in den Laendern der niedrigsten Gruppe nur etwa 1,2 PS verbraucht werden. Hier zeigt sich bereits eindeutig, wie gross die wirtschaftliche Rueckstaendigkeit jener Laender ist. Das gleiche ergibt sich in Bezug auf die Motorisierung: Auf tausend Einwohner entfallen in der ersten Gruppe 111 Fahrzeuge, in den Laendern der untersten Gruppe jedoch nur ein einziges Fahrzeug. Aehnliche Unterschiedlichkeiten ergeben sich in Bezug auf die Zahl der Telefone, die Zahl der Gleiskilometer oder den Umfang der befoerderten Frachten.

Wenn jetzt nach Moeglichkeiten gefragt wird, die diese wirtschaftlich zurueckgebliebenen Laender von sich aus ergreifen koennen, um einige Schritte vorwaerts zu gehen, so ist dies vor allem auf dem Gebiete des Schulunterrichts und der aertzlichen Versorgung moeglich. Wenn in den Laendern der hoeheren Einkommensgruppe auf tausend Einwohner vier Lehrer entfallen, so sind es in der untersten Gruppe nur 1,76. Bei Aerzten belaufen sich die entsprechenden Zahlen auf 1,06 und 0,17. Hier ergibt sich bereits, dass ohne genuegende Hygiene- und Erziehungsmaßnahmen ein wirtschaftlicher Aufschwung der zurueckgebliebenen Laender unmoeglich ist.

Es wuerde zu weit fuehren, die Statistiken im einzelnen anzufuehren. Am Schluss der meisten Tabellen steht fast immer Indonesien. Das

Durchschnittseinkommen belaeuft sich hier auf 22 Dollar. 92% der Einwohner sind Analphabeten, die Tuberkulosesterblichkeit ist besonders hoch, die Zahl der verbrauchten PS je Tag und tausend Einwohner belaeuft sich auf 0,4, auf tausend Einwohner entfallen 0,6 Telefone und 0,02 Aerzte.

Die Zahlenwerte der Statistik zeigen bereits auf, welche Laender am dringendsten der wirtschaftlichen Entwicklung beduerfen, eine Entwicklung, die jenen Laendern nicht aus eigener Kraft moeglich ist. Ebenso eindeutig geht aber aus diesen Zahlenwerten hervor, dass eine wirtschaftliche Erschliessung nur dann moeglich ist, wenn Hand in Hand mit den rein wirtschaftlichen Problemen auch die Voraussetzungen gegeben werden, auf dem Gebiete der Schule und der Hygiene entsprechende Massnahmen zu treffen.

Die Weltgesundheitsorganisation hat bereits mit der Zusammenarbeit in einer Reihe von Laendern begonnen, wo die Regierungen bei der Loesung besonderer Fragen unterstuetzt wurden. Die Sorge gilt vor allem der Bekaempfung der Malaria und der Tuberkulose sowie der Haut- und Geschlechtskrankheiten. Je breiter die Basis ist, auf der dieser Kampf aufgenommen wird, um so groesser sind die Erfolge, die sich erzielen lassen. Das Programm der Weltgesundheitsorganisation umfasst weiterhin die Sorge fuer die Gesundheitspflege der Kinder und Muetter, die Verbesserung der sanitaeren Einrichtungen und vor allem die Modernisierung internationaler Quarantaenebestimmungen.

Neben der Weltgesundheitsorganisation ist auch die UNESCO sehr aktiv auf ihrem Gebiet gewesen, das die fundamentalen Erziehungsfragen und die Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse umfasst. In jenen Laendern ist vor allem der Aufbau von Elementarschulen notwendig, aber auch Universitaeten muessen hier gegruendet werden, damit eine geistige Elite herangebildet werden kann. Erst durch eine wirksame Bekaempfung des Analphabetentums laesst sich ein dauernder wirtschaftlicher Erfolg erzielen. Die UNESCO hat in einer Reihe wirtschaftlich zurueckgebliebener Laender bereits eine Reihe Massnahmen durchgefuehrt, um auch auf diesen Gebiete die Entwicklung dieser Laender voranzutreiben.

Die Internationale Arbeitsorganisation hat ebenfalls eine Reihe Beitrage geleistet, um die Arbeits- und Lebensbedingungen jener Laender zu heben. Gegenwaertig ist sie damit beschaeftigt, vor allem Fragen des Arbeitseinsatzes, der Koalitionsfreiheit fuer gewerkschaftliche Organisation, der sozialen Sicherheit und der beruflichen Ausbildung zu loesen, wobei mit besonderer Sorgfalt die Fragen der Beschaeftigung von Kindern und Frauen behandelt werden. Besonderer Wert wird darauf gelegt, solche Fertigkeiten zu entwickeln und zu nutzen, wie sie gerade in den wenig entwickelten Laendern anzutreffen sind. Berufliche Ausbildung und jene des Arbeitsplatzes selbst, die Organisation der Arbeitsvermittlung und die Schleusung von Arbeitskraeften sind weitere Beispiele fuer die Aufgaben der Internationalen Arbeitsorganisation. Sie ist weiterhin bestrebt, die Summe von Erfahrungen, die in anderen Laendern in Bezug auf Sicherheitsfragen und ueberhaupt den gesamten Bereich der Arbeitsfragen gewonnen werden konnten, fuer die Entwicklungsarbeiten zur Verfuegung zu stellen.

Waehrend des Jahres 1949 sind zahlreiche deutsche Gewerkschaftler und Spezialisten auf dem Gebiet der Arbeitsfragen in die Vereinigten Staaten gekommen, um dort einen Einblick in die Verhaeltnisse zu gewinnen. Eine aehnliche Zusammenarbeit ist jetzt auch in jenen Laendern vorgesehen, wo das Punkt-Vier-Programm zur Durchfuehrung kommen soll. Genau so wie die deutschen Besucher die Moeglichkeit hatten, ihre in den Vereinigten Staaten gewonnenen Erfahrungen und Beobachtungen in Deutschland selbst zu erproben und gegebenenfalls zu verwirklichen,

genau so werden die aus den wirtschaftlich zurueckgebliebenen Laendern in die Vereinigten Staaten entsandten Spezialisten ihre Beobachtungen verwerten. Natuerlich wird es diesen Fachleuten wesentlich schwieriger werden, ihre Erfahrungen zu realisieren, da haeufig genug in einzelnen Laendern noch alle Voraussetzungen fehlen, um auch auf dem Gebiet der Arbeitsfragen wirksame Aenderungen der Verhaeltnisse herbeizufuehren. Der erste Schritt wird darin bestehen muessen, lokale gewerkschaftliche Organisationen zu gruenden, die sich nach und nach auf groesserer Basis zusammenschliessen und dadurch die Moeglichkeit gewinnen, entscheidend den Gang der Ereignisse beeinflussen zu koennen.

Hand in Hand mit diesen Bemuehungen muessen selbstverstaendlich individuelle technische Fragen geloest werden, die in den einzelnen Laendern sehr verschieden sein werden, wobei sich sogar noch Unterschiedlichkeiten in einzelnen Gegenden des gleichen Landes ergeben werden. Die Organisation dieser technischen Vorarbeiten ist jedoch ebenso umfangreich wie sie spezialisiert sein muss, sodass schon nach einer verhaeltnismaessig kurzen Zeit Untersuchungsergebnisse vorliegen werden, die dann die Voraussetzungen fuer die weitere Bearbeitung der einzelnen Fragen ergeben.

Im Gegensatz zum Marshall-Plan sollen nach der Beendigung der technischen und organisatorischen Vorbereitung keine staatlichen Gelder der eigentlichen wirtschaftlichen Erschliessung dienen, sondern private Kapitalien sollen hier Anlagemoeglichkeiten finden. Durch die umfangreichen Vorarbeiten, die die internationalen Organisationen leisten, wird sich jedoch sehr genau feststellen lassen koennen, wo wirkliche Entwicklungsmoeglichkeiten bestehen, zumal einzelne Staaten ueber sehr umfangreiche, jedoch noch unerschlossene Bodenschaetze verfuegen. Es wird hier also eine grosse Anzahl Ansatzpunkte geben, wobei die Berichte der Experten genuegendes Informationsmaterial geben koennen.

Es ist zu erwarten, dass durch eine grosszuegige Inangriffnahme des Punkt-Vier-Programmes die Weltwirtschaft eine nachdrueckliche Belebung erfahrt, die vor allem dann gegeben ist, wenn durch eine planmaessige Zusammenarbeit und die Zurverfuegungstellung genuegender Kapitalien diese Arbeiten auf lange Sicht durchgefuehrt werden.

MEXIKANISCHER GEWERKSCHAFTSBUND TRITT AUS DEM WELTGEWERKSCHAFTSBUND AUS

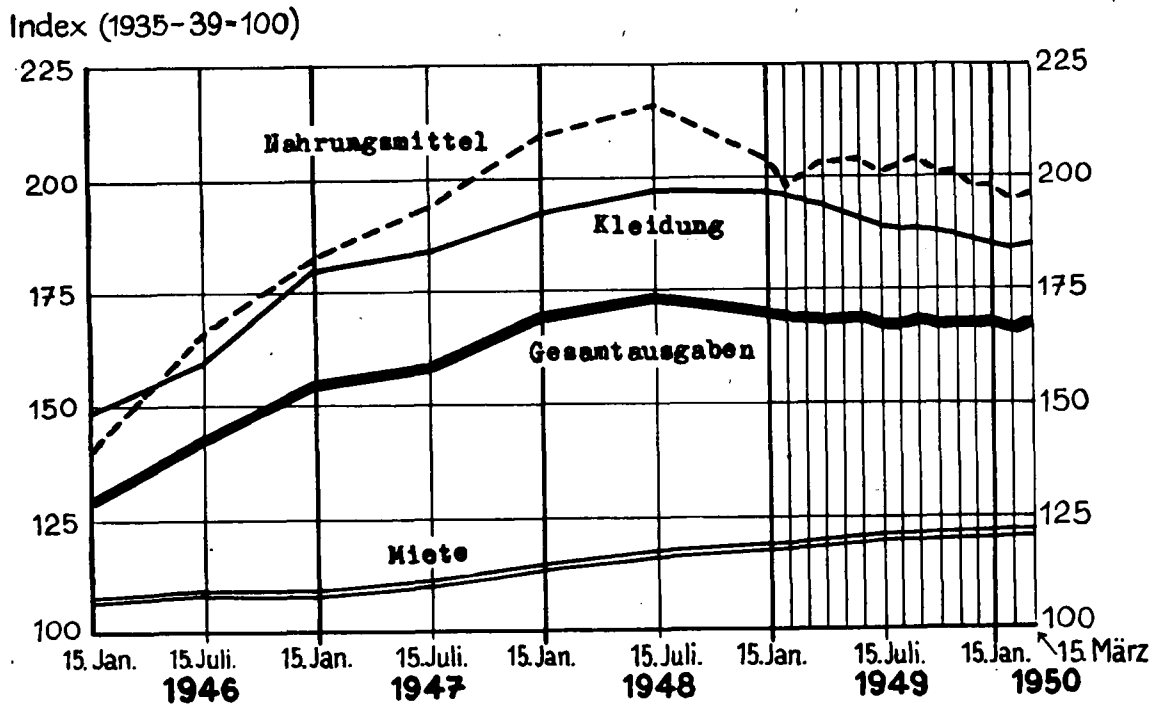
Der Gewerkschaftsbund Mexikos (CTM), der unter der Fuehrung Lombardo Toledanos der Gruender des Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbundes (CTAL) war und Jahre hindurch das Bollwerk dieser Organisation blieb, sprach sich auf seinem Kongress, der vor kurzem in der Stadt Mexiko stattfand, mit ueberwaeltigender Mehrheit fuer den Austritt sowohl aus dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund (CTAL) als auch aus dem kommunistisch kontrollierten Weltgewerkschaftsbund (WFTU) aus.

Auf dem Kongress wurde Senator Vidal Velasquez zum neuen Generalsekretaer der Organisation gewaehlt. Der Exekutivausschuss wurde ermachtigt, selbst zu entscheiden, welche internationalen Verbindungen der CTM einzugehen habe.

Sachkenner, die an den Besprechungen des CTM ueber die internationalen Verbindungen teilgenommen haben und den Standpunkt des Generalsekretaers Velasquez kennen, behaupten, dass der CTM in Kuerze dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften beitreten wird. Mit dem Interamerikanischen Gewerkschaftsbund, dem CIO und anderen Gewerkschaftsgruppen wird voraussichtlich eine regionale Organisation fuer die westliche Hemisphaere errichtet.

Inter-American Labor News (CIT)
V/1950

LEBENSHALTUNGSKOSTEN IN GROSSTAEDTEN DER VEREINIGTEN STAATEN



Die Preise, die Familien mittlerer Einkommensgruppen in grossen Staedten der Vereinigten Staaten fuer Nahrungsmittel und Dienstleistungen zahlen, zeigen jetzt eine fast ununterbrochen fallende Tendenz, nachdem die Lebenshaltungskosten der Nachkriegszeit im August 1948 ihren Hoechststand erreicht hatten.

Die Mieten dagegen zeigen - im Gegensatz zu den meisten vom Statistischen Buero des US-Arbeitsministeriums fuer seinen Verbraucherindex errechneten Posten - eine stetige Aufwaertsentwicklung. Auch die Preise fuer Brennstoff und Elektrizitaet liegen etwas hoeher.

Am deutlichsten machte sich diese Abwaertsbewegung der Lebenshaltungskosten an den Preisen fuer Nahrungsmittel bemerkbar. Die Preise fuer Bekleidung, Haushaltsgegenstaende und andere Artikel weisen ebenfalls eine fallende Tendenz auf. In keinem Falle jedoch sind die Preise in dem gleichen Tempo zurueckgegangen, in dem sie nach Kriegsende und in der Zeit von Juli 1946 (als die Preisueberwachung zum groessten Teil aufgehoben wurde) bis zum Sommer 1948 (Hoechststand) angestiegen sind.

Die Mieten, die als einziger Posten im Verbraucherindex staendig anstiegen und auch noch weiter anziehen, haben diese steigende Tendenz im Jahre 1947 begonnen, als die waehrend des Krieges erlassenen Preisbestimmungen etwas gelockert wurden. Von Mitte 1946 bis Mitte 1947 blieben sie praktisch unveraendert, waehrend andere Posten des Verbraucher-Preisindex' sprunghaft in die Hoehe gingen.

Angesichts der seit 1948 zurueckgehenden Preise ist zu erwarten, dass die Verbraucher in diesem Jahre einen geringeren Teil ihres Einkommens fuer Nahrungsmittel verwenden werden als im Jahre 1949. 1947 und 1948 beliefen sich die Ausgaben fuer Nahrungsmittel auf rund 33% der Einkommen.

"Labor Information Bulletin"
IV/1950

GEWERKSCHAFTEN IN CHINA

Nach Zeitungsberichten aus Shanghai ist ein gewisser Widerstand gegen die neugegruendete Allgemeine Gewerkschaft von Shanghai zu verspuren. "Liberation Daily" behauptete zwar vor kurzem, 87,52% der Arbeiter der Stadt seien gewerkschaftlich organisiert, gleichzeitig aber vermisst die Zeitung jede spontane Aktion, mit der sich die Arbeiter dieser Organisation anschliessen. Weiter wird berichtet, dass in grossen industriellen Unternehmen das revolutionaere Bewusstsein nicht genugend entwickelt ist, die alten Fuehrer muessen umgeschult werden, damit sie zu tuechtigen Organisatoren unter dem neuen System erzogen werden koennen. Massnahmen zur Bekaempfung der Saboteure sind bereits ergriffen.

Vielsagend ist auch die Feststellung, dass "in Fabriken, in denen reaktionaere Einfluesse noch vorherrschen, eine Politik zur Mobilisierung der Massen und zur Organisierung eines Kampfes betrieben werden muss, der sich gegen besondere Agenten richte, die ruckstaendige Elemente unter den Arbeitern zur Verbreitung von Geruechten und anderen Sabotageakten benutzen und sogar den mit der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit beauftragten Maenner offen entgegenarbeiteten." "Aber," so heisst es weiter, "diese subversiven Elemente konnten bald isoliert werden: nachdem die Arbeiter aufgeklaert wurden, hatten die Agenten schnell ausgespielt."

"Man muesse beachten," schreibt die Zeitung weiter, "dass der Aufnahme in die Gewerkschaft eine gruendliche Aufklaerung, insbesondere die Befreiung von reaktionaeren Ideen; vorausgehen muesse." Trotzdem wurden Vorkehrungen getroffen, um die Wahl bestimmter Funktionaere sicherzustellen. "Auf oeffentlichen Versammlungen," heisst es dann, "hat man Massnahmen ergriffen, damit die Massen aelteren Arbeitern vertrauen und deren Wahl damit gesichert ist." In den meisten Betriebs- und Industriegewerkschaften wurden die Wahlen nach dem indirekten Abstimmungssystem durchgefuehrt, das heisst, die Waehler waelhten durch ihre Vertrauensleute.

Trotz der Fuehle dieser Massnahmen sagt der Artikel jedoch weiter: "Diese Methode erwies sich in den meisten Faellen als zufriedenstellend." In diesem "Arbeiterstaat" muessen alle Tarifvertraege von der Regierung genehmigt werden und koennen durch eine Vereinbarung zwischen Unternehmern und Regierung rueckgaengig gemacht, aber auch von der Regierung abgeaendert werden. Rahmentarifvertraege sind fuer die gesamte Industrie verbindlich erklaert worden. Kleinere Tarifverhandlungseinheiten, wie z.B. Lokalgewerkschaften, koennen somit Vertraege nur im Rahmen des fuer die Industrie geltenden Vertrages abschliessen.

FACHABTEILUNG DER CHEMIEARBEITER GEGRUENDET

Der Weltbund der Arbeiter der Chemischen Industrie, eine Fachabteilung des Weltgewerkschaftsbundes, wurde vor kurzem auf einem Treffen in Budapest gegrueudet. Die Zeitungen berichten, dass Eugenio Guidi, der Generalsekretaer der Italienischen Chemiearbeiter-

gewerkschaft, zum Praesidenten gewaehlt wurde. Die beiden Vizepraesidenten sind N. M. Kawalijoff, Praesident des Zentralkomitees der Sowjetischen Chemiarbeitergewerkschaft, und Paul Pigelet, Generalsekretaer der franzoesischen Chemiarbeitergewerkschaft. Zum Sekretaeer wurde Ferencz Bozoki, Ungarn, ernannt.

Delegierte aus 12 Laendern sollen an der Gruendungskonferenz teilgenommen haben: Bulgarien mit Dimitar Christov Kriwasieff; die Tschechoslowakei mit Adolph Babulik; Frankreich mit P. R. Champion, Robert Paul und Paul Pigelet; fuer Deutschland (Ostzone) sind keine Namen genannt; das "Freie Griechenland" mit Konstantin Theosz und Theos Kostas; Ungarn mit Jozsef Darvas, Sandor Szilagy, Arpad Radics, Ferencz Bozoki, Gyorgy Gati, Ilona Hatala; Italien mit Eugenie Guidi, U. Stokkero, M. Piacentini, D. Bianconi und O. Marchi; Korea (Nord) mit Li Ven Yong, Rak Im Sun und Li Do Yin; Polen mit Viktor Drozd; fuer Rumaenien sind keine Namen angegeben; die Sowjetunion mit N. M. Kawalijoff, Yanalieff und Taratonyin; und schliesslich Venezuela mit Rudolfo Quintero. Ausserdem wurde die Anwesenheit einiger Beobachter aus Oesterreich, Schweden und Norwegen berichtet. Als Delegierte des Weltgewerkschaftsbundes waren Boleslaw Gebert, Sekretaeer des Weltgewerkschaftsbundes und E. Schultz zugegen.

JUGOSLAWIEN BRICHT MIT DEM WELTGEWERKSCHAFTSBUND

Als Antwort auf den Ausschluss ihres Praesidenten, Djuro Salaj, aus dem Exekutivrat des Weltgewerkschaftsbundes hat sich die Generalkonferenz der Jugoslawischen Gewerkschaften durch eine Abstimmung fuer den Abbruch ihrer Beziehungen zum Weltgewerkschaftsbund ausgesprochen. Der jugoslawische Gewerkschaftsvorstand teilte diese Entscheidung dem Weltgewerkschaftsbund und den ihm angeschlossenen Koerperschaften mit.

BUND CHRISTLICHER ARBEITER FRANKREICHS LEHNT EINLADUNG DES INTERNATIONALEN BUNDES FREIER GEWERKSCHAFTEN AB

Der Exekutivausschuss des Bundes Franzoesischer Christlicher Arbeiter (CFTC) beschloss durch eine Abstimmung, sich nicht dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften auf der Basis des Vorschlags der neuen Internationale anzuschliessen. In diesem wird gefordert, dass der CFTC bis zur naechsten Konferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften im November 1951 die Christliche Internationale (CISC) zu verlassen hat.

ERNENNUNGEN IM INTERNATIONALEN BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in Bruessel hat sechs Positionen mit bewaehrten Kraefte besetzt.

Die Wirtschafts- und Sozialabteilung leitet Alfred Braunthal, der ehemalige Direktor der Forschungsabteilung in der Internationalen Gewerkschaft der Hut-, Muetzen- und Putzmacher (AFL).

In der Abteilung Bildung, Schrifttum und Propaganda leitet das Ressort Presse und Propaganda J. A. Riddell, der ehemalige Informationsbeamte der britischen Gesandtschaft in Polen. Das Ressort Bildung hat Hans Gottfurcht uebernommen, der bisherige Verbindungsmann der deutschen Gewerkschaften zum britischen Gewerkschaftsbund (TUC). Er ist heute britischer Buerger, in der Nazizeit fluechtete er aus Deutschland. Das Ressort Schrifttum bearbeitet Edward Thompson, der fruehere Sachbearbeiter fuer Presse und Veroeffentlichungen

im Verbindungsausschuss der Internationalen Sozialistischen Konferenz (Britische Organisation).

Die Abteilung Organisation ist noch nicht besetzt, das Ressort Finanzwesen leitet Albert Van Campf, ein gebürtiger Belgier, der im Internationalen Transportarbeiterverband tätig war, das Ressort Korrespondenz und Registratur untersteht Frau Cabossel, bisher Vorstandsmitglied der "Force Ouvriere," Frankreich.

AMERIKANISCHER BERATER FÜR ARBEITSFRAGEN ZUR ROLLE DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN

Harvey W. Brown, der Direktor der Abteilung für Arbeitsangelegenheiten in der Hohen Kommission, berichtete in einem Interview mit Spero Galanopulo, dem Nachrichtenherausgeber der Berliner Rundfunkstation AFN, den Hörern über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften in der Nachkriegszeit.

Er brachte seine Überraschung über das Tempo zum Ausdruck, mit dem es den deutschen Gewerkschaften gelungen ist, sich nach 1945 wieder zu organisieren. Mr. Brown berichtete seinen Zuhörern, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund am 1. Januar 1950 rund 5 Millionen Mitglieder zählte, die in 16 Industriegewerkschaften organisiert sind. Die Gesamtzahl der Industriearbeiter belief sich zu diesem Zeitpunkt auf 12.340.000. Nach Mr. Browns Auffassung bedeutet dies, dass in Westdeutschland heute ein grösserer Prozentsatz der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist als in den Vereinigten Staaten.

Mr. Brown nahm zu dem Problem der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland Stellung und sprach sich für einen verbesserten Lebensstandard der Bevölkerung aus, der durch die Erweiterung des inländischen Absatzmarktes ermöglicht werden könnte. Er ermahnte die Führer der westdeutschen Industrie, sich ihrer Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk bewusst zu sein, und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass Deutschland sein Arbeitslosenproblem lösen könne.

Mr. Brown wies auf die Notwendigkeit hin, das kulturelle Austauschprogramm zu erweitern, um mehr Vertretern der Gewerkschaftsbewegung Gelegenheit zu geben, mit amerikanischen Gewerkschaftlern zusammenzutreffen und den amerikanischen Lebensstandard und amerikanische Fertigungsmethoden ihres Arbeitsgebietes kennenzulernen. Nach seiner Ansicht sei "damit viel mehr getan als mit dem Lernen an Hand von Büchern." Mr. Brown berichtete, dass bis jetzt 244 Gewerkschaftsvertreter im Rahmen des kulturellen Austauschprogramms die Vereinigten Staaten besucht haben.

Mitteilung der Abteilung für Öffentliche Beziehungen der Hohen Kommission in Berlin

WIEDERAUFLEBEN DER KONKURRENZ ZWISCHEN DEN HÄFEN HAMBURG UND TRIEST

In Schiffs- und Industriekreisen Triests macht sich eine gewisse Beunruhigung über die wachsende Konkurrenz des Hamburger Hafens bemerkbar.

In der Vorkriegszeit war Hamburg einer der schärfsten Konkurrenten Triests, nachdem es dieser Stadt durch den Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Reiches gelungen war, einen grossen Teil des Verkehrs, der vorher über Triest gegangen war, zu übernehmen.

Nach einem Konkurrenzkampf auf Leben und Tod wurden durch ein Abkommen die Einflussphaeren der beiden Haefen festgelegt. Als Deutschland jedoch in den dreissiger Jahren die Balkanlaender wirtschaftlich eroberte, bestand diese Vereinbarung nur noch auf dem Papier, der Kampf um die Vorherrschaft aber ging in unverminderter Staerke weiter.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Triest anfaenglich wenig Grund zur Klage. Die Lage besserte sich staendig, einmal hinsichtlich des Durchgangsverkehrs, zum andern fuer die Schifffahrt, und damit auch fuer den Hafen betraechtlich. Diese aeusseren Prosperitaetserscheinungen truegten jedoch, und Triest hatte bald wieder Sorgen. Das natuerliche Hinterland des Hafens war hinter dem dortigen Eisernen Vorhang verschwunden, der groesste Teil des Durchgangsverkehrs bestand aus ERP-Ladungen und aus Versorgungsguetern fuer die amerikanischen und englischen Truppen im Freigebiet. Die Tschechoslowakei und Ungarn bedienten sich in zunehmendem Masse der Donau als Transportweg zum Mittellaendischen Meer, waehrend Jugoslawien in Fiume einen ausgezeichneten Hafen besitzt.

Mit dem Wiederaufleben der deutschen Konkurrenz ergibt sich fuer Triest wieder die Vorkriegssituation, der in Aussicht gestellte Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte wird als wachsende Gefahr angesehen.

Aus den letzten Nachrichten geht hervor, dass Vertreter der Triester Handelskammer sich nach Rom begeben haben, um die Unterstuetzung der italienischen Regierung in dem Kampf um die Erhaltung der Lebensfaehigkeit des Hafens sicherzustellen. Ein weiterer Vorschlag der Delegation sieht vor, die Tarife der Haefen Triest, Venedig, Genua, Livorno und Neapel aufeinander abzustimmen.

Die Triester Schifffahrtskreise bemuehen sich mit allen Mitteln, die Hafengebuehren und Eisenbahntarife zu senken, um damit der Bedrohung aus dem Norden zu begegnen.

Mitteilung des Internationalen
Transportarbeiterverbandes ITF

DIE TAGUNG DES EXEKUTIVAUSSCHUSSES DES ICFTU

Der gesamte Exekutivausschuss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (ICFTU) ist vom 25. - 27. Mai in Bruessel zusammengetreten. Dies ist die erste Konferenz seit dem Londoner Gruendungskongress im Dezember vorigen Jahres.

Der Exekutivausschuss hatte eine groessere Reihe Massnahmen beantragt, die der ICFTU durchfuehren wird. Die Tagesordnung umfasste ueber dreissig Hauptpunkte.

Der Ausschuss befasste sich mit einem Vorschlag, der eine wechselseitige Vertretung in den Internationalen Fachabteilungen vorsieht, die bereits hierzu ihre Zustimmung gegeben haben.

Er hat weiterhin die Abmachungen ueberprueft, die kuerzlich von dem Generalsekretaer anlaesslich eines Besuches im Hauptquartier der Vereinten Nationen getroffen wurden. Die Stellungnahme des ICFTU ist dem Unterausschuss fuer Menschenrechte des Wirtschafts- und Sozialrates vorgelegt worden. Ein Bericht ueber die Vorschlaege des ICFTU zur Einberufung einer internationalen Konvention, die sich mit der Durchfuehrung von Massnahmen zur Vollbeschaeftigung befasst, ist dem Generalsekretaer der Vereinten Nationen bereits unterbreitet worden.

Der Bericht ueber Arbeiterbildung enthielt Vorschlaege zur Einberufung einer internationalen gewerkschaftlichen Bildungskonferenz; ausserdem schlug er die Aufnahme von Beziehungen zur UNESCO, dem Rat fuer Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen, vor sowie die Errichtung einiger Gewerkschaftsschulen im Fernen Osten.

In der regionalen Organisation wird sich der Ausschuss auf den Fernen Osten konzentrieren. Der Diskussion ueber das Ruhrproblem wurden die Beschluesse zugrundegelegt, die eine Konferenz der an diesen Fragen interessierten Gewerkschaften am 22. und 23. Mai in Duesseldorf gefasst haben.

Die Hauptpunkte der Tagesordnung waren:

1. Geschaeftsbericht des Generalsekretaers.
2. Finanzbericht und Budget.
3. Beziehungen zu den Internationalen Fachabteilungen.
4. Beziehungen zu den Vereinten Nationen.
5. Beziehungen zur Internationalen Arbeitsorganisation ILO.
6. Beziehungen zum Europarat.
7. Regionale Organisation.
8. Arbeiterbildung.
9. Bericht ueber Oesterreich.
10. Ruhrproblem.
11. Ernennung der stellvertretenden Generalsekretaere.
12. Datum der naechsten Konferenz des Exekutivausschusses und des Verwaltungsrates und des naechsten Kongresses.

Arbeitsmitteilungen der ECA

EIN MAECHTIGES BOLLWERK

(Rede des US Arbeitsministers Maurice J. Tobin auf der 27. Konvention der Internationalen Damenbekleidungsarbeitergewerkschaft in Atlantic City, N. J., am 24. Mai 1950).

* * *

Im Jahre 1932 zaehlte die Internationale Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter 45.000 Mitglieder, heute sind in ihren Reihen 425.000 Organisierte. Dieser ungeheure Aufstieg ist ein Gradmesser fuer den Fortschritt der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung unter den Praesidenten Roosevelt und Truman. Ich behaupte nicht, dass alle Gewerkschaften so grosse Erfolge erzielen konnten. Nicht alle Gewerkschaften stehen unter der mitreissenden Fuehrung eines David Dubinsky. Meine Meinung ist jedoch, dass die Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter gezeigt hat, was eine Gewerkschaft in verhaeltnismaessig kurzer Zeit leisten kann, wenn sie sich die von den Vereinigten Staaten geschaffene Atmosphaere zunutze macht.

Als Dubinsky Praesident wurde, befand sich die Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter in einer verzweifelten Lage. Sie hatte einen furchtbaren "Buergerkrieg" durchmachen muessen, bevor sie sich der kommunistischen Intriganten entledigen konnte. Noch waren die Wunden dieses Kampfes nicht geheilt, da kam der Schock der wirtschaftlichen Krise. In den naechsten drei Jahren gelang es der Gewerkschaft, sich gerade ueber Wasser zu halten. Dann uebernahm der unbezaehmbare Dubinsky die Fuehrung, und mit dem Erlass des Gesetzes zur Nationalen Wirtschaftlichen Wiederaufrichtung (National Recovery Act) war seine Gewerkschaft wie viele andere Arbeiterorganisationen gerettet.

Fuer die Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter kam diese Wendung jedoch besonders gelegen. Sie hatte gerade einen Streik in

Philadelphia erfolgreich beendet. Mit aller Macht, die ihren Vorsprung vor anderen Gewerkschaften noch vergrösserte, begab sie sich an die Arbeit des Wiederaufbaus. Das Ergebnis war, dass die Gewerkschaft auf einer Grundlage aufgebaut wurde, die unerschütterlich ist. Heute steht die Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter sicher und fest und zwar nicht nur als Gewerkschaftsorganisation, sondern auch als eine soziale Einrichtung zum Wohle des ganzen Landes.

Was ich soeben gesagt habe, ist fuer die meisten Gewerkschaftler eine altbekannte Geschichte. Was ich noch ausfuehren werde, ist lediglich eine Wiederholung dessen, was allen Beobachtern schon klar ist. Ich erachte es als hoechst bezeichnend, dass in dieser Gewerkschaft 11.000 Unternehmer vertreten sind. Vielsagend ist ausserdem, dass in 15 Jahren kein groesserer Streik zu verzeichnen war. Dies muss auf die Tatsache zurueckzufuehren sein, dass sich die Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter jahrelang ein wirksames Schiedsgerichtssystem zunutzemachte.

Nicht nur das: Die Damenoberbekleidungsgewerkschaftler haben sich auch die Philosophie Dubinskys zu Herzen genommen: "Das Gewerkschaftswesen braucht den Kapitalismus wie der Fisch das Wasser. Demokratie ist nur in einer Gesellschaft des freien Unternehmertums moeglich, und der Bestand der Gewerkschaften ist nur in einer Demokratie gesichert." Diese Feststellung von Benjamin Stolberg scheint mir alles zu dieser Frage in zwei Saetzen zu sagen.

Dubinsky meint damit nicht den Kapitalismus von heute. Er wuenscht ihn im Dienste des allgemeinen Interesses und der industriellen Demokratie taetig zu sehen. Das heisst bei weitem nicht, dass er das freie Unternehmertum ablehnt. Es bedeutet lediglich, dass das freie Unternehmertum von seinen Maengeln und Fehlern in seinem eigenen Interesse und im Interesse unserer Wirtschaft und des Fortschritts unserer Gesellschaft kuriert werden muss.

Seitdem sich die Damenoberbekleidungsgewerkschaft diese Einstellung zu eigen machte, hat sie nicht nur die Leistungsfahigkeit in der Produktion und im Vertrieb vorangetrieben, sondern auch die Konkurrenz der Unternehmer zum Gegenstand ihrer Tarifverhandlungen gemacht. Sie hat darueberhinaus ein technisches Referat gegruendet, das den Unternehmern beratend zur Seite steht. Wir sehen hierin eine Art schoepferischer Zusammenarbeit, die diese Gewerkschaft im industriellen Leben unserer Nation einzigartig dastehen laesst.

Das ist jedoch nicht der einzige Grund fuer ihre unvergleichliche Stellung. Diese Gewerkschaft ist innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine staendige Fuersprecherin des Friedens gewesen. Niemand hat tagaus, tagein fuer die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung mehr geleistet als David Dubinsky. Sein oberster Grundsatz ist, zerbrochene Bande wieder zusammenschweissen. Ich bin ueberzeugt, dass ihn all das beglueckt, was eine "aufrichtige und realistische Wiederversoehnung" erhoffen laesst.

Ich moechte noch ein Wort zu der erzieherischen Arbeit dieser Gewerkschaft sagen. In der Idee, faehige Funktionaere auszubilden und Arbeiter zu wertvollen Mitgliedern der Gewerkschaft zu erziehen, spiegelt sich Dubinskys Sinn fuers Praktische wider. Er hat ein Programm zur Arbeiterbildung ausgearbeitet, das anderen Gewerkschaften als Musterbeispiel dient. Er hatte in Mark Starr, dem Direktor des Referats fuer Arbeiterbildung, einen hervorragenden Mitarbeiter.

Wenn wir an das "Unity House" denken, das als der groesste Ferienaufenthaltsort in den Vereinigten Staaten bezeichnet worden ist, an die Krankenversicherung, den bezahlten Urlaub, die Altersversicherung und die Ambulatorien, in denen kostenlos aertzliche Behandlung gewahrt wird - und dies alles bei einem Durchschnittslohn von 70 Dollar fuer eine Woche mit 35 Arbeitsstunden, - dann erkennen wir,

wie weit die fruerehen "sweatshop" (Schwitzwerkstatt)-Verhaeltnisse hinter den Mitgliedern der Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter liegen. Es war ein langer und schwerer Kampf. Vor dem Jahre 1933 gab es fuer die Arbeiter der Bekleidungsindustrie keine gesicherte Existenz, weil dieser Industriezweig nicht stabilisiert war.

Doch diese Unsicherheiten gehoeren der Vergangenheit an und sollen mit ihr begraben werden. Die Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter ist heute ein Bollwerk zum Schutze ihrer Mitglieder und ein Helfer und Freund aller fortschrittlichen Kraefte. Sie ist eine voellig demokratische, eine echt amerikanische Gewerkschaft.

Ich beglueckwuensche sie zu ihren Erfolgen im Kampf gegen den Kommunismus innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Ich spreche ihr meine Anerkennung dafuer aus, dass einer der hervorragendsten Gewerkschaftsfuehrer an der Spitze ihrer Organisation steht. Er hat aus der Alten Welt seine Erbitterung ueber die Ungerechtigkeit mitgebracht, die in Amerika zu einer Waffe geworden ist, mit der fuer Gerechtigkeit zum Wohle der Arbeiter und aller Menschen gekaempft wird.

Mitteilung des US Arbeitsministeriums

ALLGEMEINER BOYKOTT GEGEN DIE SCHIFFE PANAMAS

Auf einer kuerzlich stattgefundenen Konferenz in Amsterdam sprach sich die Seefahrerabteilung des Internationalen Transportarbeiterverbandes ITF einstimmig fuer einen weltweiten Boykott gegen die Schiffe Panamas aus.

Urspruenglich hatte der ITF am 25. November 1948 bereits beschlossen, die Schiffe Panamas zu boykottieren. Die Ausfuehrung dieses Beschlusses wurde jedoch noch hinausgeschoben, da die Regierung Panamas versprochen hatte, ihre Schifffahrtsbestimmungen abzuändern. Seitdem hat die Regierung jedoch nichts unternommen, sodass das Versprechen nicht eingeloeset wurde.

Der ITF kuendigte an, dass er sich die Unterstuetzung der Hafenarbeiter und anderer Gewerkschaften sichern werde, um die Seeleute davon abzuhalten, fuer panamensische Reeder zu arbeiten und um gegebenenfalls die Ladungen in den Haefen zu blockieren.

Dieser Boykott, so heisst es in dem Beschluss, soll "den skrupellosen Methoden jener Reeder ein Ende bereiten, die unter panamensischen und aehnlichen Flaggen fahren, und soll anstaendige Lebens- und Arbeitsbedingungen fuer die Seeleute dieser Schiffe erzwingen."

US Arbeitsministerium
"Weekly Labor News Digest"

Robert J. Alexander:

DIE DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG BOLIVIENS

In den vergangenen Jahren hatte die Gewerkschaftsbewegung Boliviens unter den politischen Kaempfen und Unruhen in diesem Lande schwer zu leiden. Die Bewegung selbst war politisch aufgespalten - sowohl durch neofaschistische als auch durch kommunistische Gruppen - und die Arbeiter, die sich in unpolitischen aber demokratischen Gewerkschaften zu organisieren versuchten, hatten ein schweres Los.

Mehrere Jahre hindurch bildete die mächtige Bergarbeitergewerkschaft (Federación Sindical de Trabajadores Mineros) das Rückgrat der bolivianischen Gewerkschaftsbewegung. Aber auch diese Gewerkschaft stand unter der Kontrolle der Nationalen Revolutionären Bewegung (M.N.R.), einer profaschistisch orientierten Gruppe. Auf der Gegenseite standen andere bedeutende Gewerkschaftsgruppen, wie z.B. der Gewerkschaftsverband bolivianischer Arbeiter (Confederación Sindical de Trabajadores Bolivianos - C.S.T.B.) und die Eisenbahnergewerkschaft unter dem Einfluss der kommunistisch orientierten Linken Revolutionären Partei. Der C.S.T.B. ist die einzige Gewerkschaftsorganisation Boliviens, die dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund (C.T.A.L.) Lombardo Toledanos angeschlossen ist.

Während der letzten Jahre war das Land Schauplatz zahlreicher Revolten und eines einmonatigen Bürgerkrieges. Die meisten Aufstände richteten sich gegen die Regierung und waren von der Nationalen Revolutionären Bewegung organisiert. Dies führte jedoch dazu, dass die von dieser Vereinigung (M.N.R.) kontrollierten Gewerkschaften aufs schwerste unterminiert und gespalten wurden, sodass nach und nach viele von ihnen verschwanden. So besteht z.B. in den Bergwerken des größten Zinnproduzenten des Landes, den Patino Werken, keine einzige Gewerkschaft mehr, die von der Regierung oder von Arbeitgebern anerkannt wäre. Auf der anderen Seite ist es durch die strengen Notverordnungen der Regierung und den Belagerungszustand einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung tatsächlich unmöglich, sich wieder zu entwickeln.

Der Interamerikanische Gewerkschaftsbund CIT bemüht sich in dieser schwierigen Situation immer wieder, den Arbeitern zu helfen, die sich in einer unpolitischen freien Gewerkschaftsbewegung zusammenschließen versuchten. Eine Reihe Gewerkschaften wurde im Bolivianischen Gewerkschaftsbund (Confederación Boliviana de Trabajadores - CBT) zusammengefasst, der seinen Sitz in der Bergwerkstadt Oruro hat. Zu gleicher Zeit wurde in La Paz, der Hauptstadt Boliviens, ein Büro des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes eröffnet, und bolivianische Delegierte nahmen an den Konventionen des CIT in Lima und Havanna teil.

Im März stattete der Präsident des CIT, Bernardo Ibanez, Bolivien einen kurzen Besuch ab, um den Bolivianischen Gewerkschaftsbund in seiner Aufgabe, eine einflussreiche demokratische Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, zu unterstützen. Er verbrachte seinen Aufenthalt in Bolivien meist in Oruro, wo er mit Führern des CBT und der Lokalgewerkschaft von Oruro (Federación Obrera Sindical Departamental de Oruro) zusammentraf. Diese Organisation, die in enger Zusammenarbeit mit den bolivianischen Freunden des CIT steht, ist eine alte Vereinigung, zu der ausser einigen Bergarbeitern auch Bäcker, Druckereifacharbeiter und andere Handwerker der Provinz Oruro gehören. Sie war noch bis vor kurzem dem kommunistisch orientierten CSTB angegliedert, widersetzte sich jedoch den Kommunisten, als diese die Gewerkschaft völlig in ihre Hand bekommen wollten, und wandte sich dem CIT zu. Mehrere Funktionäre der Federación Obrera Sindical Departamental de Oruro sind Mitglieder des Exekutivausschusses des dem CIT angeschlossenen CBT.

Nach mehreren Besprechungen, die Präsident Ibanez in herzlichem Einvernehmen mit Führern des CBT und der Gewerkschaft von Oruro führte, einigte man sich auf einen Aktionsplan. Man vereinbarte, drei Bezirkssekretariate für den Norden, den Süden, und den zentralen Teil des Landes zu schaffen, die in La Paz, Olluni und in Oruro ihren Sitz haben sollen. Der CBT selbst wird weiterhin in Oruro verbleiben, die Organisation wird jedoch in erster Linie den Bezirksvereinigungen als Funktion zufallen. Besondere Aufmerksamkeit

wird auf die Organisierung der Eisenbahnarbeiter und der Bergleute gelegt werden, um sie in den CBT aufzunehmen, waehrend in La Paz die Hauptarbeit der Wiedergewinnung der staedtischen Industriearbeiter gelten soll.

Es wurde vereinbart, eine Reihe Bezirkskonferenzen in den verschiedenen Teilen Boliviens abzuhalten, um auf diese Weise alle demokratisch eingestellten Gewerkschaften miteinander in Fuehlung zu bringen und den Grundstein fuer einen nationalen Kongress des CBT zu legen. Eine solche nationale Zusammenkunft findet statt, sobald die Voraussetzungen gegeben sind, um die nationale Organisation auf einer sicheren Grundlage aufzubauen.

Man hofft, dass der Besuch des Praesidenten Ibanez den bolivianischen Arbeitern einen starken Auftrieb in ihren Bestrebungen zur Errichtung einer demokratischen, unpolitischen Gewerkschaftsbewegung gegeben hat. Bevor Praesident Ibanez das Land verliess, hatte er eine Unterredung mit dem Arbeitsminister Boliviens, Dr. Ernesto Monasterio, in der er zum Ausdruck brachte, dass die Arbeiter mit den Einschraenkungsbestimmungen der gewerkschaftlichen Taetigkeit nicht einverstanden seien, die die Regierung unter dem "Belagerungszustand" erlassen hatte.

Inter-American Labor News
V/1950

PROBLEME UM DIE BESCHAEFTIGUNG AELTERER ARBEITSKRAEFTE

Diese Zeilen sind ein Ausschnitt aus der Rede des Beauftragten fuer Arbeitsstatistik im U.S.-Arbeitsministerium, Evan Clague, die er vor der Zweiten Generalkonferenz der Nationalen Konferenz fuer Soziale Arbeit in Atlantik City gehalten hat.

In Bezug auf die aelteren Arbeitskraefte haben sich fuer die Vereinigten Staaten Probleme ergeben, die durch schon seit mehreren Jahrzehnten bestehende Tendenzen aufgezeigt werden. Dies ist vor allem auf das steigende Verhaeltnis der Zahl der Aelteren zu der der Gesamtbevoelkerung zurueckzufuehren. Im Jahre 1900 hatten nur 4% der Bevoelkerung das 65. Lebensjahr erreicht. Nach Beendigung der Zaehlung im Jahre 1950 werden wir wahrscheinlich feststellen koennen, dass sich dieser Prozentsatz fast verdoppelt hat. Das bedeutet in Zahlen, dass aus 3 Millionen im Jahre 1900 etwa 11 Millionen im Jahre 1950 geworden sind. Es ist zu erwarten, dass diese Altersgruppe sowohl zahlenmaessig als auch im Verhaeltnis zur gesamten Bevoelkerung weiterhin ansteigen wird.

Damit hat sich fuer uns das Problem der Altersversorgung jener Buenger ergeben, die sich ihren Lebensunterhalt nicht mehr durch eigene Arbeit verdienen koennen. Das Problem wird noch dadurch erschwert, dass die Beschaeftigungsmoeglichkeiten fuer Leute ueber 65 Jahre staendig geringer werden. Im Jahre 1900 wuenschten etwa zwei Drittel aller Arbeiter, die ueber 65 Jahre alt waren, weiterzuarbeiten und sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen; nur ein Drittel hoerte mit der Arbeit aus eigenem Entschluss auf. 1940 waren nur noch 43% dieser ueber 65 Jahre alten Leute zur Arbeit bereit - und davon waren nicht einmal alle erwerbstaetig. Waehrend des Kriegee stieg diese Zahl auf etwa 50% an, 1949 war sie jedoch wieder auf 46% gefallen. Auf weite Sicht gesehen, wird sie noch weiter sinken, wobei sich diese Tendenz in den kommenden Jahren noch staerker bemerkbar machen wird.

Inzwischen hat die U.S. Regierung zahlreiche Massnahmen ergriffen, um dieses Problem zu loesen. Es bestehen Altersversorgung, bundesstaatliche Altersversicherung, Pensionsplaene in der Industrie, Pensionsplaene der Gewerkschaften, Tarifverhandlungsplaene, Lebensversicherungsrenten, private Sparplaene und andere traditionelle Methoden nebeneinander. Es bleibt keine Zeit, sich an dieser Stelle mit dem

Grundproblem zu befassen. Notwendig ist jedoch, auf die Tatsache hinzuweisen, dass noch kein umfassendes Programm geschaffen worden ist, das, sowohl vom sozialen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, voll befriedigend waere. Der Kongress der Vereinigten Staaten arbeitet augenblicklich an einer grundlegenden Revision des bundesstaatlichen Systems der Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Nachdem diese Arbeit beendet sein wird, duerfte die Lage fuer die Aelteren besser werden; es wird jedoch noch weit mehr getan werden muessen. In den Vereinigten Staaten ist dies tatsaechlich eines der dringlichsten Probleme, denen sich das amerikanische Volk gegenuebersieht. Zweifellos wird ihm im Verlauf der kommenden Jahre in zunehmendem Masse die oeffentliche Aufmerksamkeit zuteil werden.

Eine zweite Phase dieses Programms verdient es ebenfalls, beachtet zu werden, obwohl sie erst in einigen Jahren akut werden wird. Es handelt sich um das Problem der aelteren arbeitenden Bevoelkerung - der Maenner und Frauen zwischen 45 und 64 Jahren. Auch hier ist eine vorausschauende Politik notwendig, um die Probleme, die sich in diesem Fragenkomplex ergeben werden, rechtzeitig zu erkennen, damit rechtzeitig Massnahmen ausgearbeitet werden koennen.

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG,
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 15

Frankfurt, 16. Juni 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| Die Löhne in der amerikanischen Damenober- bekleidungsindustrie - - - - - | 1 |
| Eine Million Dollar fuer den Werbefeldzug einer amerikanischen Gewerkschaft - - - - - | 3 |
| Die erste Konferenz des Exekutivausschusses des ICFTU in Bruessel - - - - - | 4 |
| CIO fordert Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - - - - - | 8 |
| AFL fordert Staerkung Deutschlands - - - - - | 10 |
| CIO-Schulungskurse fuer Spitzenfunktionaere - | 12 |
| Der Kampf gegen unzureichende Frauenloehne - | 13 |
| Praesident Truman spricht der Bekleidungsarbei- tergewerkschaft des CIO seine Anerkennung aus - - - - - | 14 |
| Arbeiterschaft und Kalter Krieg - - - - - | 14 |
| Spitzengehaelter in der amerikanischen Stahl- industrie - - - - - | 16 |

DIE LÖEHNE IN DER AMERIKANISCHEN DAMEN OBERBEKLEIDUNGSINDUSTRIE

In elf von zweiß Zentren der U.S.-Bekleidungsindustrie betragen die durchschnittlichen Stundenloehne der Arbeiter in der Damenmaentel- und -kostuemherstellung mehr als 1.50 Dollar. (Bei dieser Feststellung sind nur Betriebe mit mehr als acht Arbeitskraefteu beruecksichtigt). Die Stundenloehne variieren im Durchschnitt zwischen 1.17 Dollar (in Kansas City) und 2.60 Dollar (in Los Angeles). New York und Chikago mit Durchschnittstarifen von 2.27 bzw. 2.05 Dollar sind ausser Los Angeles die einzigen Staedte, in denen die durchschnittlichen Stundenloehne zwei Dollar ueberschreiten. Ueberstunden und Nacharbeit sind in diesen Ziffern nicht beruecksichtigt.

Maenner, die fast die Haelfte aller Arbeitskraefte ausmachen, verdienen wesentlich mehr als Frauen. In elf Staedten liegen die Unterschiede in den Stundenloehnen fuer Maenner und Frauen zwischen 52 Cents

(Baltimore) und 1.45 Dollar (Los Angeles). In Kansas City mit dem kleinsten Prozentsatz an maennlichen Arbeitskraefte(n) (15%) verdienen diese im Durchschnitt 22 Cents mehr in der Stunde als Frauen. In neun von zwolff der Erhebung zugrundegelegten Staedten belaufen sich die durchschnittlichen Stundenloehne fuer Maenner im Schnitt auf mindestens 2 Dollar; an Frauen dagegen werden in sieben Staedten durchschnittliche Stundenloehne in Hoehe von 1.50 Dollar oder mehr gezahlt, sie sind jedoch in keiner Stadt hoeher als 1.95 Dollar.

Fast 40% der Betriebsangehoerigen in den Erhebungsstaedten sind Maschinennaeh(er)er und -naeh(er)innen. Diese werden wiederum in zwei Hauptgruppen unterteilt. Die erste Gruppe verrichtet typische Fliessbandarbeit, d.h. jede Arbeitskraft ist auf eine bestimmte Taetigkeit spezialisiert; die Maschinennaeh(er)er der zweiten Gruppe hingegen erledigen mehrere Arbeitsgaenge hintereinander. Die Stundenloehne der letzteren Gruppe liegen mit Ausnahme von Kansas City in allen Staedten, in denen die Erhebung durchgefuehrt wurde, unter 2 Dollar, so in Paterson, New Jersey, 1.67 Dollar und in Newark-Jersey City 1.99 Dollar. In den anderen Staedten, wie San Franzisko und Los Angeles, belaufen sich die Durchschnittsstundenloehne auf 2.10 bzw. 3.29 Dollar. Die Loehne der typischen Fliessbandarbeitskraefte dagegen liegen in den Staedten, in denen es beide Arten des Maschinennaehers gibt, um Betraege von 5 Cents bis zu 1.24 Dollar unter den Stundenloehnen der Einzelarbeiter. (St. Louis 1.23 Dollar, Los Angeles 2.29 Dollar).

In der Haelfte der Bezirke, die in dieser Erhebung beruecksichtigt sind, verdienen die Handnaeh(er)er (Fertignaeh(er)er), die die zahlenmaessig groesste Einzelgruppe in dieser Industrie bilden, 1.50 Dollar je Stunde und mehr. Die niedrigsten Loehne werden diesen Arbeitskraefte(n) in Kansas City (1.04 Dollar) und in St. Louis (1.17 Dollar) gezahlt, waehrend sie in Los Angeles und New York Hoechsttarife von 2.02 bzw. 2.13 Dollar beziehen.

In der Gruppe der Zuschneider (Aufzeichner und Ausschneider) und Buegler (Buegler und Presser), in der in erster Linie maennliche Arbeitskraefte taetig sind, finden sich die bestbezahltesten dieser Industrie. In neun von 12 Staedten ueberschreitet der Stundenlohn der Zuschneider den Betrag von 2 Dollar, sie bewegen sich in allen Zentren zwischen 1.56 Dollar in Kansas City und 3.34 Dollar in Los Angeles. In sechs von elf Staedten sind die Loehne fuer Handbuegler und in neun von elf Staedten die Loehne fuer Maschinenbuegler (Presser) hoeher als 2.00 Dollar. Fuer Arbeiter, die sowohl mit der Hand als auch mit der Maschine buegeln, liegen sie in neun von zehn Staedten ueber dieser Grenze. In vier von neun Erhebungsstaedten, in denen es alle drei Arten der Bueglertaetigkeit gibt, erhaelt die dritte Gruppe die hoechsten Durchschnittsloehne.

Die Stundenloehne der Fadenzieherinnen sind in allen Staedten (ausser in Kansas City) die niedrigsten saemtlicher Berufsgruppen der Damenoberbekleidungsindustrie. Sie bewegen sich zwischen 66 Cents (St. Louis) und 1.19 Dollar (in Newark-Jersey City).

Von den 61.000 Arbeitern, die in der Damenmaentel- und -kostuemeindustrie in den 12 Erhebungsstaedten taetig sind, arbeiten 37.000 in New York und 9.000 in den angrenzenden Gebieten von Newark-Jersey City und Paterson. In New York liegen die Stundenloehne saemtlicher Berufsgruppen dieser Industrie mit Ausnahme der Fadenzieherinnen, die durchschnittlich 98 Cents verdienen, ueber dem 2 Dollar-Stundenlohnsatz. Grundsuetzlich werden in New York in Privatbetrieben hoehere Loehne gezahlt als in Vertragsfirmen. Die Durchschnittsloehne der Arbeiter, die bei Vertragsfirmen in Newark-Jersey City und Paterson beschaeftigt sind, liegen im allgemeinen unter denen der Arbeiter, die bei Vertragsfirmen der Stadt New York taetig sind. Was die anderen Erhebungsstaedte betrifft, so werden in Los Angeles die hoechsten und in Kansas City die niedrigsten Loehne gezahlt.

Ein Vergleich der Löhne von 1949 mit denen des Jahres 1946 ergibt, dass sie sich bei der Hälfte der zwölf Städte um über 10% durchschnittlich erhöht haben. Ein leichtes Absinken der Löhne, das in einer der Städte festgestellt wurde, bedeutet nicht, dass die Lohnsätze gesenkt wurden, sondern ist wahrscheinlich auf Veränderungen des Arbeitsganges und ähnliche andere Faktoren als Folge des Leistungsprinzips in der Bezahlung zurückzuführen.

Der weitaus größte Teil der Bekleidungsarbeiter in den Erhebungsstädten steht mit der Internationalen Damenoberbekleidungsarbeitergewerkschaft (AFL) unter Vertrag.

Gemäss den Bestimmungen der Gewerkschaftsverträge leisten die Unternehmer in den meisten Erhebungsstädten finanzielle Zuwendungen, die einen bestimmten Prozentsatz ihrer Lohnlisten ausmachen, an die von den Gewerkschaften verwalteten Gesundheits- und Wohlfahrtskassen, aus denen die Gewerkschaftsmitglieder Urlaubsgelder beziehen. Die Höhe dieser Zuwendungen und die Bedingungen, unter denen Urlaubsgelder gewährt werden, sind verschieden. In New York, Newark-Jersey City und Paterson betragen die Zuwendungen der Unternehmer an die unter den Gewerkschaftsvertrag fallenden Arbeitskräfte 3 1/2% der wöchentlichen Lohnlistenbeträge. Arbeiter, die sechs Monate Gewerkschaftsmitglied sind, haben Anspruch auf Urlaubsgeld. Nach einem Jahr Mitgliedschaft erhalten sie je nach der Art ihrer Beschäftigung Beträge zwischen 35 und 50 Dollar, in New York beträgt der Höchstsatz 60 Dollar. In einigen Städten ist die Höhe des Urlaubsgeldes von dem Jahresverdienst des Arbeiters abhängig. Auch Krankenunterstützungen, Sterbegelder und Krankenhausgebühren werden aus den Gesundheits- und Wohlfahrtskassen der Gewerkschaft gezahlt.

Monthly Labor Review
II/1950

EINE MILLION DOLLAR FÜR DEN WERBefeldZUG EINER AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFT

Auf dem 38. Jahreskongress der Amerikanischen Gewerkschaft der Strumpfindustriearbeiter, der kürzlich in New York eröffnet wurde, wurde ein Werbefeldzug zur organisatorischen Erfassung der Arbeiter der Strumpfindustrie des Südens der USA angekündigt, dessen Kosten sich auf eine Million Dollar belaufen werden.

Alexander McKeown, der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, erklärte, dass man sich zum Ziel gesetzt habe, mindestens ein Drittel der schätzungsweise 30.000 nichtorganisierten Arbeiter der südlichen Strumpfindustrien in die Gewerkschaft aufzunehmen. Er wies darauf hin, dass die Fabriken des Nordens, in denen höhere Löhne gezahlt wurden, es als "unmöglich" bezeichneten, mit den Unternehmern des Südens zu konkurrieren. Es wurde an Hand von Statistiken nachgewiesen, dass in den Fabriken des Südens mehr als 52% sämtlicher Arbeiter der Strumpfindustrie beschäftigt sind. Die für diese Organisationskampagne zur Verfügung gestellte eine Million Dollar stellt etwa 40% des Vermögens dieser Gewerkschaft dar.

Die Gewerkschaft der Arbeiter der Strumpfindustrie, die gegenwärtig etwa 35.000 Mitglieder zählt, wurde im Jahre 1948 aus der Textilarbeitergewerkschaft Amerikas (CIO) ausgeschlossen, weil sie sich geweigert hatte, einen erhöhten Kopfbeitrag zu zahlen, der durch eine Abstimmung der Textilarbeitergewerkschaft beschlossen war. Über eine neue Bewerbung dieser Gewerkschaft um eine Wiederaufnahme in die AFL ist bis jetzt noch nicht entschieden worden.

Weekly Labor News Digest
17/V/1950

DIE ERSTE KONFERENZ DES EXEKUTIVAUSSCHUSSES DES ICFTU IN BRUESSEL

Die erste Konferenz seit der Gruendungskonferenz in London des Exekutivausschusses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften fand, wie angekuendigt, vom 25. - 27. Mai in Bruessel statt.

Folgende Mitglieder oder ihre Stellvertreter waren anwesend:

Afrika: Guy Rozemont (Mauritius); Asien und Mittlerer Osten: E. Kato (Japan), K. Hedayat (Iran) und Frau M. Kara (Indien); England: Arthur Deakin und Sir V. Tewson; Europa: Léon Jouhaux (Frankreich), Eiler Jensen (Daenemark), Anton Proksch (Oesterreich) und Giulio Pastore (Italien); Latein-Amerika: Bernardo Ibanez (Chile), Hipolito Marcano (Portoriko); Nordamerika: George Meany und Elmer Cope (USA), Pat Conroy und Sam Finlay (Kanada); Westindien: Robert Bradshaw (St. Kitts).

Den Vorsitz fuehrte der Praesident Paul Finet (Belgien); der Generalsekretaer J. H. Oldenbroek war von Amts wegen Mitglied des Exekutivausschusses.

Nachdem der Bericht des Generalsekretaers besprochen worden war, einigte man sich darueber, dass die einzige Moeglichkeit, mit der reichhaltigen Tagesordnung fertig zu werden, darin bestand, dass man sich in zwei Unterausschuesse teilte und gleichzeitig arbeitete. Der eine Unterausschuss sollte sich mit organisatorischen und finanziellen Problemen befassen, waehrend der andere die Aufgabe hatte, Fragen der einzuschlagenden Politik zu besprechen. Die Ergebnisse dieser Diskussion wurden spaeter dem gesamten Exekutivausschuss berichtet. Die Besprechungen wurden natuerlich dadurch betraechtlich in die Laenge gezogen, da einzelne Teilnehmer zu Punkten Stellung nahmen, die von dem anderen Unterausschuss bearbeitet worden waren, an dessen Sitzungen sie nicht teilgenommen hatten.

Wie es in einer demokratischen Organisation nicht anders erwartet werden kann, wurde eine umfassende Einstimmigkeit erst nach einem sehr offenen Meinungs Austausch erzielt. Der Vorsitzende Paul Finet dankte den Delegierten fuer ihre Geduld, mit der sie die ausserordentlich reichhaltige Tagesordnung erledigten, und erklaerte, dass der zeitweilig lebhafteste Meinungs Austausch ein Beweis fuer die Aufrichtigkeit sei, mit der sie ihre Verpflichtungen denen gegenueber einloesten, die sie zu vertreten hatten. Im Namen des Exekutivausschusses dankte er dem Generalsekretaer und dem Sekretariat fuer die schwere Arbeit, die sie bei der Vorbereitung dieser Konferenz zu leisten hatten.

Es wird unvermeidlich sein, dass einige der in dieser Konferenz des Exekutivausschusses gefassten Beschluesse erst nach einiger Zeit wirksam werden koennen. Andere Entscheidungen wiederum werden sehr schnell zu verwirklichen sein. So wird z.B. das Abkommen, das der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in bezug auf seine Haltung zum Schuman-Plan getroffen hat, in allernaechster Zukunft zweifellos zu gemeinsamen, internationalen Bemuehungen fuehren, um die Gewerkschaften bei der Festlegung der kuenftigen Wirtschaftspolitik in entscheidender Weise mitreden zu lassen. In eine demokratische Organisation die Einheit des Willens zu bringen - nicht die vorgetauschte Einheit einer totalitaeren Einrichtung - ist keine leichte Aufgabe. Der Exekutivausschuss hat jedoch bewiesen, dass es moeglich ist. Es kann deshalb voller Zuversicht einer weiteren Staerkung des demokratischen Gewerkschaftswesens, vor allem in den wirtschaftlich rueckstaendigen Gebieten der Welt, entgegengesehen werden. Die Arbeiterschaft ist diesem Ziele einen grossen Schritt naehergekommen, das in der wirksamen Beteiligung der Gewerkschaften an der Festlegung der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf nationaler und internationaler Ebene besteht.

Eine der bedeutendsten organisatorischen Fragen, die vom Exekutiv-ausschuss behandelt wurden, war die der regionalen Organisation. Ein diesbezüglicher, vom Sekretariat abgefasster Bericht zeigte auf, was seit dem Beschluss des Londoner Kongresses unternommen worden war, der die Errichtung regionaler Organisationen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in verschiedenen Gebieten der Welt vorsah. Das Sekretariat hatte ausserdem einen ersten Entwurf ueber die Richtlinien fuer die regionalen Sekretariate ausgearbeitet. In dieser Frage kam der Exekutivausschuss zu folgendem Entschluss:

1. Der Exekutivausschuss billigt die Einberufung einer regionalen Konferenz der Westlichen Hemisphaere fuer den Herbst 1950. Der Generalsekretaer des ICFTU wird in Verbindung mit den in Frage kommenden nationalen Gewerkschaftszentren und dem Inter-amerikanischen Gewerkschaftsbund festlegen, zu welcher Zeit und wo diese Konferenz stattfinden soll.
2. Er beauftragt die Fern-Ost-Mission, sich mit allen Gesichtspunkten des Problems der regionalen Organisation in Asien zu beschaeftigen und der naechsten Konferenz des Exekutivausschusses darueber zu berichten.
3. Der Ausschuss beauftragt den Generalsekretaer, mit den nationalen Zentren in Europa zu besprechen, ob es ratsam sei, eine regionale Konferenz fuer Europa einzuberufen, bejahendenfalls die Vorbereitungen fuer eine solche Konferenz zu treffen.
4. Der Exekutivausschuss stellt dem Notfall-Ausschuss die Aufgabe, den ersten Entwurf ueber die Richtlinien fuer regionale Sekretariate zu ueberpruefen und dabei Vorschlaege und Aendaerungen in Betracht zu ziehen, die von Mitgliedern des Exekutivausschusses beantragt werden koennen.

Im Verlauf der Konferenz konnte der Generalsekretaer die Zusammensetzung der Delegation des ICFTU fuer den Fernen Osten bekanntgeben.

Urspruenglich sollte die Delegation aus vier Vertretern bestehen: einem englischen, einem amerikanischen, einem skandinavischen und einem Delegierten jener Gebiete, in die die Delegation geschickt werden soll. Infolge zahlreicher technischer Schwierigkeiten musste die urspruengliche Zusammensetzung geaendert werden, und die Delegation wird nun aus folgenden Mitgliedern bestehen: Gordon Chapman vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund (AFL), John Brophy, CIO, und Fred Dalley vom Britischen Gewerkschaftsbund TUC. Ein weiteres Mitglied wird nach Ruecksprache mit den Gewerkschaftszentren Skandinaviens und Belgiens ernannt werden.

Die Delegation soll in Bruessel zusammenkommen und vor ihrer Abreise ihren Reiseplan und das bereits zur Verfuegung stehende Dokumentenmaterial ueberpruefen. Bei ihrer Ankunft im Fernen Osten wird sich ihr das von den nationalen Gewerkschaften Asiens ernannte Mitglied anschliessen.

Man wird sich erinnern, dass eine Delegation als Vertreterin der Internationalen Berufssekretariate an der Konferenz des Notfall-Ausschusses des ICFTU teilgenommen hat und dass eine Zusammenarbeit zwischen dem ICFTU und den Internationalen Berufssekretariaten sowie eine gegenseitige Vertretung der betreffenden Organisationen in ihren Konferenzen und amtierenden Koerperschaften vereinbart wurde.

Diese Abkommen wurden in einer Vollkonferenz der Internationalen Berufssekretariate im Haag bestaetigt. Der Exekutivausschuss konnte sie jetzt endgueltig ratifizieren, woraus sich ergibt, dass die Internationalen Berufssekretariate ihre Selbststaendigkeit beibehalten und

gleichzeitig mit dem ICFTU eine vereinigte internationale Gewerkschaftsbewegung bilden. Der Vorsitzende brachte die Genugtuung des Exekutiv-ausschusses ueber dieses Abkommen zum Ausdruck und hiess die beiden Vertreter der Internationalen Berufssekretariate, Omer Becu und M. C. Bolle, willkommen, die daraufhin, wie vereinbart, an den Sitzungen des Ausschusses teilnahmen.

Auch die Frage, wie stark die einzelnen Internationalen Berufssekretariate im Kongress des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften vertreten sein sollen, wurde geklaert. Danach entsenden die Internationalen Berufssekretariate mit einer Mitgliederzahl bis zu einer Million je 1 Delegierten, bei einer Mitgliederzahl, die zwischen einer und drei Millionen liegt, zwei Delegierte und Berufssekretariate mit mehr als drei Millionen Mitglieder drei Delegierte.

Im Verlauf der Konferenz traf ein Unterausschuss mit Delegierten des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses fuer das Europaeische Hilfsprogramm zusammen. Die Delegation setzte sich zusammen aus E. Kupers, M. Bouladoux, Sir Vincent Tewson und Walter Schevenels.

Auf der Konferenz der Gewerkschaftsorganisationen der ERP-Teilnehmerstaaten in Rom war vereinbart, dass Vertreter des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften die Frage eroertern sollten, ob der Internationale Bund Freier Gewerkschaften die Verwaltung und Leitung des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses uebernehmen soll, der sein Verbindungsbuero in Paris hat. Der Unterausschuss war uebereinstimmend der Meinung, dass der Internationale Bund Freier Gewerkschaften diese Funktionen uebernehmen soll. Die Hauptfrage, die noch einer Erledigung bedurfte, war der Zeitpunkt, an dem dies geschehen soll.

Man wurde sich deshalb im Exekutiv-ausschuss darueber einig, dass der Internationale Bund Freier Gewerkschaften die Funktionen des Verbindungsbueros des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses uebernehmen, und dass diese Uebernahme moeglichst noch vor Ende dieses Jahres stattfinden soll. In der Zwischenzeit soll zwischen dem Sekretariat des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (ICFTU) und dem Verbindungsbuero des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses in Paris (TUAC) eine moeglichst enge Zusammenarbeit durchgefuehrt werden.

Ein grosser Teil der Besprechungen ueber die Beziehungen zu den Vereinten Nationen war der Eroeffnung eines Bueros des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in New York gewidmet. Dies war im Prinzip schon auf der Konferenz des Notfall-Ausschusses vereinbart worden. Der Generalsekretaer nahm waehrend seines Besuches in den Vereinigten Staaten die Gelegenheit wahr, sich mit amerikanischen Gewerkschaftsfuehrern ueber diese Frage zu unterhalten. Der Exekutiv-ausschuss billigte die bereits getroffenen Abmachungen, und man kam ueberein, dass der Internationale Bund Freier Gewerkschaften sein Buero in New York am 1. Juli 1950 eroeffnen soll. Man erwartet, dass der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und der Internationale Transportarbeiterverband die gleichen Bueroraume in New York beziehen und gemeinsam arbeiten werden. Hierzu bedarf es jedoch noch der endgueltigen Zustimmung des Exekutiv-ausschusses des Internationalen Transportarbeiterverbandes. Man hofft ausserdem, dass sich andere internationale Berufssekretariate an der Arbeit des New Yorker Bueros beteiligen werden, dessen Hauptaufgabe sein wird, die Beziehungen zu den Vereinten Nationen zu pflegen. Ausserdem wird das New Yorker Buero fuer die Weltgewerkschaftsbewegung in der westlichen Hemisphaere propagandistisch taetig sein.

Der Exekutiv-ausschuss beschloss ausserdem, dass sich der Internationale Bund Freier Gewerkschaften an der Arbeit der Wirtschaftsausschuesse der Vereinten Nationen fuer Europa, Lateinamerika, Asien und den Fernen Osten beteiligen soll.

Eine Reihe Gewerkschaftsorganisationen bewarben sich um die Mitgliedschaft im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften. Der Exekutivausschuss gab in diesem Zusammenhang nach eingehender Beratung folgende Erklarung ab:

Der Exekutivausschuss ist bestrebt, die Zusammenfassung aller freien Gewerkschaftskraefte im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften in jedem Lande zu foerdern. Er begruessst deshalb die eingegangenen Bewerbungen und schlaegt die Aufnahme folgender Organisationen vor:

1. Union de Trabajadores de Colombia (Kolumbianischer Gewerkschaftsbund)
2. Confederación nacional de Trabajadores (Mexikanischer Gewerkschaftsbund)
3. New Zealand Federation of Labour (Neuseelaendischer Gewerkschaftsbund).

Bei der Behandlung der Bewerbung des italienischen Gewerkschaftsbundes Unione Italiana del Lavoro, der erst kuerzlich gegruendet wurde, beschloss der Exekutivausschuss, die Entscheidung ueber die Aufnahme dieser Organisation bis zur naechsten Konferenz zu vertagen. Der Generalsekretaer wurde beauftragt, Erkundigungen und Beobachtungen ueber die gewerkschaftliche Entwicklung in Italien anzustellen, um der naechsten Konferenz des Exekutivausschusses einen umfassenden Bericht vorlegen zu koennen.

Es lag weiter ein Bericht ueber die vom ICFTU einberufene Konferenz in Duesseldorf vor, auf deren Tagesordnung das Ruhrproblem und die Neuordnung der Schwerindustrien Westeuropas standen. Auf der Duesseldorfer Konferenz waren zwei Entschliessungen gefasst worden, deren eine den Schuman-Plan zum Gegenstand hatte, waehrend in der anderen zum Ruhrproblem und der europaeischen Schwerindustrie Stellung genommen wurde. Der Exekutivausschuss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gab zu den Ergebnissen der Duesseldorfer Konferenz folgende Erklarung ab:

Der Exekutivausschuss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften befuerwortet und bestaetigt die in der Resolution zur Neuordnung der Ruhrindustrie und zur Bildung einer europaeischen Behoerde fuer die Schwerindustrien zum Ausdruck gebrachten Grundsaeetze. Im Zusammenhang mit der Resolution zum Schuman-Plan

1. erklaert er, dass die freien Gewerkschaften an einer rationalen Organisation der Schwerindustrie Westeuropas lebhaft interessiert sind,
2. fordert er eine angemessene Vertretung der freien Gewerkschaften in allen nationalen und internationalen Diskussionen, in denen die Richtlinien und Einzelheiten zum Schuman-Plan ausgearbeitet werden,
3. ernennt er einen Ausschuss, dem Vertreter der nationalen Gewerkschaftszentren und der an dieser Frage unmittelbar interessierten Internationale Berufssekretariate angehoren, der den Inhalt des Schuman-Planes im einzelnen ueberpruefen und die Stellungnahme des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften zu diesem Plan formulieren soll.

Auf ein briefliches Ersuchen des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes hin befasste sich der Exekutivausschuss mit der Lage in Oesterreich und nahm folgende Entschliessung an:

Der Exekutivausschuss bestaetigt die Erklarung des Notfall-Ausschusses zur Lage in Oesterreich, in der die Forderung der oesterreichischen Gewerkschaften auf sofortige Zurueckziehung saemtlicher Be-

satzungstruppen und auf Wiederherstellung seiner Selbständigkeit durch den Abschluss eines Staatsvertrages unterstuetzt wurde. Er er-
nennt eine Kommission, die Oesterreich in naechster Zukunft besuchen
und die Verhaeltnisse in diesem Lande pruefen wird, die sich durch das
Nichtzustandekommen eines Staatsvertrags ergeben haben.

Nach einer laengeren Aussprache ueber den vom Sekretariat ausge-
arbeiteten Bericht ueber Arbeitererziehung beschloss der Exekutivaus-
schuss, es dem Notfall-Ausschuss zu ueberlassen, das Datum fuer die
vorgeschlagene internationale Gewerkschaftskonferenz ueber Erziehungs-
fragen festzulegen. Ausserdem soll der Notfall-Ausschuss nach Erhalt
weiterer vom Sekretariat eingeholter Informationen entscheiden, ob
eine einzige weltweite Konferenz oder eine Reihe regionaler Konferen-
zen ueber Erziehungsfragen abgehalten werden sollen.

Weiter beschloss der Exekutivausschuss, dass der Internationale
Bund Freier Gewerkschaften auf der Konferenz der UNESCO in Florenz ver-
treten sein soll.

In bezug auf den Vorschlag, geeignete Ausbildungsmoeglichkeiten,
u.a. zwei Gewerkschaftsschulen im Fernen Osten zu schaffen, beauftragte
der Exekutivausschuss die Delegation des Internationalen Bundes Freier
Gewerkschaften fuer Asien und den Fernen Osten, genauer diese Moeglich-
keiten zu ueberpruefen und der naechsten Konferenz des Exekutivaus-
schusses einen endgueltigen Vorschlag zu unterbreiten.

Auf Ersuchen des Schwedischen Gewerkschaftsbundes befasste sich
der Exekutivausschuss mit der Frage der Organisation der freiberuflich
Taetigen und der Techniker. Man beschloss, einen Sonderausschuss zu
bilden, der sich aus Vertretern der nationalen Gewerkschaftszentren
und der betreffenden Berufssekretariate zusammensetzt, der dieses Pro-
blem studieren soll. In einem Bericht soll dieser Ausschuss seine
Feststellungen und Empfehlungen dem Exekutivausschuss in seiner naech-
sten Konferenz unterbreiten.

Der Exekutivausschuss kam ueberein, seine naechste Konferenz im
Oktober oder November 1950 abzuhalten. Nach einigen Diskussionen wurde
vereinbart, den angeschlossenen Organisationen vorzuschlagen, einen Voll-
kongress des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften im Sommer 1951
abzuhalten.

Information Bulletin des
Internationalen Bundes Freier
Gewerkschaften
VI/1950

CIO FORDERT MASSNAHMEN ZUR BEKAEMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Zu der Zeit, als dieses Programm des CIO verkuendet wurde, zeigte der
Bericht des US Statistischen Amtes von Mitte Mai, dass die Arbeits-
losenziffer seit Mitte April um 500.000 zurueckgegangen und damit
auf 3.057.000, der niedrigsten Zahl seit April 1949, gesunken war.
Die Zahl der Erwerbstaetigen stieg von Mitte April bis Mitte Mai um
1.060.000 auf schaezungsweise insgesamt 59.731.000 an. Dies ist
die hoechste Beschaeftigtenziffer seit August 1949. Sie liegt um
etwa 3.000.000 ueber dem saisonbedingten Tiefstand von Januar und
Februar. Die Zahl der nicht in der Landwirtschaft Beschaeftigten hat
den Stand aus dem Rekordjahr 1948 wieder erreicht; trotz der vermehr-
ten Beschaeftigungsmoeglichkeiten ist es jedoch noch nicht gelungen,
die dem Arbeitsmarkt neu hinzugekommenen jungen Arbeitskraefte rest-
los zu beschaeftigen.

Philip Murray, der Praesident des CIO, sandte vor einiger Zeit an
den US Vizepraesidenten Alben W. Barkley, den Vorsitzenden der Demokra-

tischen Partei im Senat, Scott Lucas, den Vorsitzenden der Demokratischen Partei im Repraesentantenhaus, John McCormick, und an den Sprecher des Repraesentantenhauses, Sam Rayburn, folgendes Schreiben:

"Der CIO stellt mit wachsender Besorgnis fest, dass die Arbeitslosigkeit in vielen Gebieten der Vereinigten Staaten beunruhigende Ausmasse angenommen hat. In ueber 40 Bezirken der Vereinigten Staaten zaehlen die Arbeitslosen mehr als 12% aller Beschaeftigten. In mehr als 80 Staedten hat die Arbeitslosenziffer 7 bis 12% der Beschaeftigtenzahl erreicht. Hierzu gehoeren die meisten groesseren Staedte der Vereinigten Staaten, wie Boston, New-York, Philadelphia, Pittsburgh, Detroit, St. Louis, Cincinnati, Cleveland, Baltimore, Los Angeles, San Franzisko und viele andere. In nahezu 120 Staedten der Vereinigten Staaten liegt das prozentuale Verhaeltnis der Arbeitslosenziffer zur Zahl der Beschaeftigten ueber dem durchschnittlichen Prozentsatz.

"Es muss etwas unternommen werden zur Unterstuetzung dieser Arbeiter, die zum grossen Teil schon lange arbeitslos sind. Der Praesident der Vereinigten Staaten hat bereits eine Botschaft ueber die Unterstuetzung der Arbeitslosen an den Kongress gesandt. Der CIO schliesst sich dem Inhalt dieser Botschaft an und fordert den Kongress auf, unverzueglich die Unterstuetzung der Arbeitslosen zu erhoehen sowie den Zeitraum, fuer die sie gezahlt werden, zu verlaengern. Darueberhinaus lege ich dem Kongress nahe, zur Unterstuetzung dieser in Not geratenen Bezirke folgende Massnahmen zu ergreifen:

"1. Verlaengerung des Zeitraums, fuer den Arbeitslosenunterstuetzungen gezahlt wird und zwar fuer Arbeiter jener Bezirke, in denen eine Arbeitslosigkeit von 9% ueber 26 Wochen angedauert hat. Dadurch koennen erwerbslose Arbeiter, denen es ohne eigenes Verschulden nicht moeglich war, eine geeignete Beschaeftigung zu finden, weiterhin Arbeitslosenunterstuetzung beziehen.

"2. Erlass einer Notverordnung zur Aufnahme oeffentlicher Arbeiten. Die eingebrachte Gesetzesvorlage sieht einen Reservefonds fuer Notfaelle in Hoehe von 1.800.000.000 Dollar vor, den der Praesident einmal verwenden koennte, um verschiedene Vorhaben fuer oeffentliche Arbeiten zu beschleunigen, zum andern, um Staaten und Gemeinden direkte Kredite zu geben, mit denen sie selbst Arbeiten zur Behebung der Erwerbslosigkeit einleiten koennten.

"3. Wiedererrichtung der zivilen Hilfsdienste (Civilian Conservation Corps), wie sie in der Gesetzesvorlage Nr. 7463 des Repraesentantenhauses und der Vorlage Nr. 3144 des Senats vorgeschlagen wurden.

"Mit diesen drei Massnahmen kann die Lage sofort verbessert werden, in der sich jene Bezirke befinden, wo die Arbeitslosigkeit 7 bis 9% ueberschritten hat. Ausser dem Erlass dieser Notverordnungen muss das gesamte Programm des Fair Deal verwirklicht werden, wenn allen unseren Arbeitern Beschaeftigungsmoeglichkeiten geboten werden sollen. Mit Ruecksicht auf die ernste gegenwaertige Lage in bestimmten Bezirken bitte ich Sie, diese Notmassnahmen sofort zu ergreifen.

"Wenn es uns nicht gelingt, den zahlreichen Bezirken mit hohen Arbeitslosenziffern sofort zu helfen, wird dieses Problem bis zum Sommer und fruehen Herbst bedenkliche Ausmasse angenommen haben.

"Bei einer groesseren Arbeitslosigkeit in unserem Lande wird es sehr schwer sein, unsere Aussenpolitik erfolgreich fortzusetzen und die Vorteile der technischen Entwicklung dem amerikanischen Volke zugutekommen zu lassen. Deshalb ist es dringend notwendig, etwas zur Unterstuetzung der 120 Bezirke zu tun, in denen die Arbeitslosigkeit einen Stand von mehr als 7% erreicht hat."

Mitteilung des CIO
IV/1950

AFL FORDERT STAERKUNG DEUTSCHLANDS

Der Exekutivrat des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL stellte die Forderung, dass den deutschen und den anderen europaeischen Gewerkschaften in der Union der westeuropaeischen Kohle- und Stahlindustrie, ueber die Aussenminister Acheson und die Aussenminister Frankreichs und Englands beraten, eine Stimme gewahrt wird.

Der Exekutivrat forderte ausserdem eine weitgehende Unterstuetzung und Staerkung der demokratischen Kraefte in Deutschland, um damit allen kommunistischen Versuchen, Westdeutschland propagandistisch zu erobern und es dann als Sprungbrett fuer die Beherrschung des uebrigen Europas zu benutzen, einen Riegel vorzuschieben.

In bezug auf andere aussenpolitische Massnahmen forderte der Exekutivrat die in London zusammenkommenden Aussenminister auf, geeignete Schritte zu unternehmen, um einen suedostasiatischen Verteidigungspakt, aehnlich dem Atlantikpakt, zustandezubringen; er billigte die wirtschaftliche Unterstuetzung Jugoslawiens unter dem Regime Marschall Titos.

Die Erklaerung zur "Krise in Europa - Programm fuer Deutschland" hat folgenden Wortlaut:

Oberste Voraussetzung fuer die Erhaltung des Friedens in Europa ist die endgueltige Abwehr aller kommunistischen Versuche, Westdeutschland in seinen Besitz zu bringen und damit die Sowjetherrschaft bis zu einem Punkte auszudehnen, von dem aus die russische Willkuerherrschaft Frankreich, Belgien, Holland und den uebrigen Kontinent erobern kann.

In diesem Zusammenhang ist es vor allem erforderlich, dass die Vereinigten Staaten und seine demokratischen Verbuedeten Deutschland gegenueber jegliche Politik fallen lassen, die eine Wiederholung des Zweiten Weltkrieges zur Folge haben koennte. Heute ist es nicht die deutsche Aggression, die die Sicherheit Westeuropas und den Frieden und Fortschritt der Welt bedroht, sondern es sind 175 bereitstehende russische Divisionen, von einer ungeheuren Luftwaffe und einem enormen Reservoir an Arbeitern unterstuetzt, die von einem totalitaeren Regime, das nach der Weltherrschaft strebt, ruecksichtslos ausgebeutet werden.

Der sowjetische Imperialismus verfolgt mit verdoppelter Energie seine Plaene, das gesamte Deutschland in seine Gewalt zu bringen. Er versucht, durch zeitweilige Blockaden, terroristische Demonstrationen und bewaffnete Invasionen Berlin zu erobern. Moskau hat eine intensive Propagandakampagne gestartet, die sich in erster Linie an alle antideokratischen Kraefte wendet - fruehere Nazi-größen, ehemalige Offiziere der Wehrmacht und die Kohlenmagnaten und Stahlbarone der Ruhr, die Hitlers Machtergreifung und sein Kriegsprogramm finanzierten. Diesen Feinden menschlicher Freiheit und Anstaendigkeit gaukeln die russischen Kriegslords nun grossartige Versprechen sogenannter nationaler Einheit und verlockender wirtschaftlicher Absatzmoeglichkeiten fuer die Erzeugnisse der westdeutschen Schwerindustrie vor.

Angesichts dieser verhaengnisvollen Entwicklung schlaegt der Exekutivrat vor, dass die demokratischen Nationen ihre Deutschlandpolitik einer eingehenden Ueberpruefung unterziehen, sie den neuen Verhaeltnissen anpassen und sie dann abaendern, wenn sie sich als nicht laenger vertretbar erwiesen hat. Wenn eine grundlegende Revision der Politik Westdeutschland gegenueber vorgeschlagen wird, sollen natuerlich nicht die grossen, bereits erzielten Erfolge, wie wirtschaftlicher Wiederaufbau, Wachsen der Gewerkschaftsbewegung und die Errichtung einer deutschen Bundesrepublik vergessen oder geschmaelert werden.

Der Exekutivrat bringt ausserdem dem Hohen Kommissar John J. McCloy gegenueber seine Anerkennung darueber zum Ausdruck, dass er die Suspendierung der Gesetze ueber das Mitbestimmungsrecht in Hessen und Wuerttemberg-Baden aufgehoben und das reaktionaere Beamtengesetz sowie die Steuerprogramme blockiert hat. Es muss jedoch noch viel getan werden, bevor die Demokratie in Deutschland gesichert ist.

In diesem Sinne sollte die Politik der Alliierten in Deutschland darauf ausgerichtet sein, die demokratischen Elemente - und besonders die Gewerkschaften - zu staerken und den gefaehrlichen Manifestationen des Chauvinismus, des Antisemitismus, des Nazismus und der totalitaeren Methoden ein Ende zu machen.

Den Interessen der europaeischen Demokratie und Sicherheit wird weit mehr gedient sein, wenn die Vorbedingungen zu diesen Uebeln beseitigt werden, nicht jedoch die Bonner Verfassung von Zeit zu Zeit dem Vetorecht der Alliierten Hohen Kommission unterstellt wird, um schwerwiegende Fehler wiedergutzumachen. Ausserdem schwaecht die Methode, sich mit unangenehmen Folgen zu befassen, anstatt ihre Ursachen zu beheben, die Entwicklung einer gesunden, unabhaengigen und demokratischen Autoritaet in Deutschland.

Angesichts dieser schweren internationalen Krise und der dringenden Notwendigkeit, die bereits erzielten Erfolge zu festigen und die Grundlagen der Demokratie in Deutschland zu staerken, damit sie ihren nicht unbedeutenden Beitrag zur Erhaltung der Freiheit und des Friedens leisten kann, schlaegt der Exekutivrat der US-Regierung folgendes vor:

1. Alle Demontagearbeiten muessen eingestellt werden. Alle Bestimmungen, die die Wirtschaftstaetigkeit einschraenken, wie die Beschraenkung der Stahlproduktion und des Schiffbaus, muessen aufgehoben werden. Dies ist umso dringlicher, als das Arbeitslosenproblem in Westdeutschland immer schwerwiegender wird.

2. Bis zu der Zeit, da das deutsche Volk selbst die volle Verantwortlichkeit und die Macht uebernehmen wird, muss das Kontrollratsgesetz Nr. 75 unveraendert in Kraft bleiben. Den deutschen Gewerkschaften muss eine Vertretung im Treuhaenderrat der Kohleindustrie gewahrt werden, wie es bereits im Treuhaenderrat der Stahlindustrie der Fall ist. Dieses Gesetz hat, obwohl es mit einigen Fehlern behaftet ist, den frueheren gigantischen Machteinfluss der Industrie- und Finanzmagnaten in Schach gehalten, die den Nazis zur Macht verhalfen und Hitlers Terror und Kriegsmaschinerie finanzierten. Dieses Gesetz darf nicht in einer Weise abgeaendert werden, die das Erreichte unterminieren oder zunichte machen koennte. Eine derartige Revision wuerde eine Gefahr fuer die Freiheit und Sicherheit nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch der anderen Nationen Europas bedeuten.

3. Das Ruhrstatut muss grundlegend geaendert werden, damit es seinen einseitigen Charakter verliert. Der Lebensstandard des deutschen Volkes muss von dessen eigenen Bemuehungen und Leistungen und nicht von den einschraenkenden Bestimmungen oder grosszuegigen Gaben und Unterstuetzungen anderer Maechte abhaengig sein. Ausserdem muss die Ruhrbehoerde offiziell und grundsaeztlich nur als ein erster Schritt zur Schaffung einer allgemeinen europaeischen Behoerde proklamiert werden, die befugt sein muss, eine aehnliche Kontrolle ueber die Kohle-, Eisen- und Stahlindustrien Nordwesteuropas auszuueben. Gemass den Vorschlaegen des Internationalen Gewerkschaftskomitees fuer die Ruhr muss den Gewerkschaften eine angemessene Vertretung in der Verwaltung des Ruhrstatuts und in allen anderen aehnlichen noch zu errichtenden Behoerden eingeraeumt werden.

4. Die Wirtschaft des deutschen Bundesgebietes muss in das westeuropaeische Wirtschaftsleben im Rahmen der OEEC oder anderer inter-

nationalen Organisationen, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebaut sind, eingegliedert werden.

5. Die Vielzahl der Sicherheitsbehörden in Westdeutschland, die sich in ihren Funktionen gegenwärtig überschneiden, müssen durch eine einzige Organisation ersetzt werden, die reine Sicherheitsfunktionen ausüben hat.

6. Durch ein Abkommen mit der deutschen Bundesregierung muss Frankreichs Versorgung mit Saarkohle gesichert werden, und zwar in einem Umfang wie Frankreich sie benötigt. Als der traditionellen Träger der Demokratie in Europa braucht und darf Frankreich nicht ein undemokratisches Regime an der Saar aufziehen, um auf diese Weise in den Besitz dieser Kohle zu kommen.

7. Die deutsche Bundesrepublik muss als souveräner Staat anerkannt und in die Gemeinschaft der freien Nationen aufgenommen werden. Dabei hat sie alle Verantwortlichkeiten und Pflichten zu teilen, aber sie muss auch in den Genuss der Rechte und Vorteile einer solchen Vereinigung kommen. Es gibt keinen anderen Weg, um dem deutschen Volk das Gefühl der Solidarität mit den westlichen Demokratien zu geben, und dafür zu sorgen, dass alle russischen Manöver und Machenschaften abgewiesen werden, die dieses Land zu einem sogenannten, neutralen oder einfach zu einem neuen Satelliten der sowjetischen Willkürherrschaft machen sollen.

8. Das jetzige Besatzungsstatut muss durch einen vorläufigen Friedensvertrag ersetzt werden.

9. Westberlin muss ein Teil der deutschen Bundesrepublik sein.

10. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten und ihrer demokratischen Verbündeten werden gemäß den Bestimmungen des oben erwähnten, von beiden Partnern gebilligten Friedensvertrages in Deutschland bleiben müssen, um dieses Land in seinem Abwehrkampf gegen die russische Aggression und die kommunistischen Quislingübergriffe auf seine Souveränität zu unterstützen.

"Weekly News Service" der AFL
4020/V/1950

CIO-SCHULUNGSKURSE FÜR SPITZENFUNKTIONÄRE

In diesem Sommer werden unter der Schirmherrschaft der CIO, Referat Bildung und Forschung, in Zusammenarbeit mit den CIO-Vorständen der einzelnen Staaten und den internationalen Gewerkschaften zwölf einwöchige Ausbildungskurse für solche Mitglieder des CIO abgehalten werden, die berufen sind, Spitzenpositionen in der Gewerkschaft zu bekleiden.

Das Programm dieses Jahres, das das vierte dieser Art ist, wird in der Rocky-Mountain-Schule (Estes Park, Colorado) im Juni beginnen und bis zum Monat Oktober laufen.

Der für den 9.-15. Juli in Kimmwick vorgesehene Schulungskurs für Fortgeschrittene, in dem die Ausbildung für das politische Aktionskomitee betont werden wird, stellt eine neue Entwicklung in dem erweiterten Programm des CIO für diesen Sommer dar. Zugelassen werden Mitglieder des CIO, die vorher an einem allgemeinen Funktionärsausbildungskurs teilgenommen haben. Die Zahl der Teilnehmer ist begrenzt, alle Schüler müssen als Delegierte ihrer Lokalgewerkschaften oder ihrer Vorstände kommen.

Das Sommerschulprogramm steht unter der Leitung des Direktors , des CIO-Referats fuer Erziehung, George Guernsey. Abgesehen von einigen Abweichungen, die durch die besonderen Verhaeltnisse in einzelnen Gewerkschaften in den verschiedenen Staaten bedingt sind, ist das Programm im grunde fuer alle Schulen gleich.

Es sieht fuer den Vormittag Diskussionen ueber Gewerkschaftsgeschichte, Vollbeschaeftigung, wirtschaftliche und oeffentliche Beziehungen und aehnliche Themen vor, fuer den Nachmittag steht auf dem Lehrplan "Studien an Hand praktischer Beispiele."

Waehrend dieser Zeit stellen die Schueler z.B. Umfragen bei Bauern an, kommen dann zusammen und diskutieren die Ergebnisse dieser Umfragen. Wichtig ist, dass die Lehrgangsteilnehmer ueber die Einzelheiten der Umfrage nicht zu den Bauern sprechen, sondern die Einstellung der Bauern zu bestimmten aufgeworfenen Fragen selbst herausfinden sollen.

Allabendlich finden dann Diskussionen ueber wichtige Programmpunkte und Resolutionsen des CIO statt, an denen im Dienste dieses Programms taetige CIO-Fuehrer teilnehmen.

Philipp Murray, der Praesident des CIO, forderte die Lokalgewerkschaften und Vorstaende des CIO auf, sich dieses Programm zunutze zu machen, und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass "die Lehrgangsteilnehmer der CIO-Kurse all das, was sie gelernt haetten, in ihre Lokalgewerkschaften mitnehmen moegen, um eine starke demokratische Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die notwendig ist, um ein starkes demokratisches Amerika zu schaffen."

The CIO News
V/1950

DER KAMPF GEGEN UNZUREICHENDE FRAUENLOHNE

Der CIO brachte in einer Erklaerung an den Kongress offen zum Ausdruck, dass weibliche Arbeitskraefte die gleiche Bezahlung wie maennliche Arbeiter verdienen, wenn sie die gleiche Arbeit leisten.

Frau Helen Blanchard vom Verband der Bekleidungsarbeiter (Amalgamated Clothing Workers) erklaerte vor dem Komitee fuer Arbeitsfragen des Repraesentantenhauses:

"Die erwerbstaetige Frau verlangt nicht, bevorzugt behandelt zu werden. Es ist lediglich ihr Wunsch, als wirklich gleichberechtigt anerkannt zu werden.

"Das geringste, was der Kongress tun kann, ist die Beseitigung der unhaltbaren Diskriminierungsmethoden gegen Frauen."

Frau Blanchard bezeichnete die Diskriminierung des Frauenlohnes als eine Methode, die sich in bedenklicher Weise gegen die uebrige Gesellschaft ausgewirkt habe.

Auch Praesident Joseph Beirne von der Gewerkschaft der Telefonarbeiter (CIO) forderte die Bewilligung der Gesetzesvorlage Nr. 1584 des Repraesentantenhauses, die den gleichen Lohn fuer weibliche wie fuer maennliche Arbeitskraefte bei gleicher Leistung vorsieht. Auch der Automobilarbeiterverband des CIO sprach sich fuer die Durchfuehrung dieser Gesetzesvorlage aus.

Beirne, dessen Gewerkschaft etwa 20.000 erwerbstaetige Frauen umfasst, berichtete, dass in der Telefonindustrie, bei voellig gleicher

Arbeit, Unterschiede bei den Lohnstarifen fuer Maenner und Frauen bis zu 30 Dollar fuer den Wochenlohn bestuenden.

In Baltimore z.B. zahle eine Telefongesellschaft fuer eine Arbeit, die mit Beschwerden der Teilnehmer und dem Einrichten neuer Telefonanschluesse zu tun habe, einen woechentlichen Hoechstlohn von 90 Dollar fuer Maenner und nur 59 Dollar fuer Frauen.

Der einzige Unterschied in der Arbeit der Maenner und Frauen, sagte Beirne, bestehe darin, dass sich die Gesellschaft weigere, Frauen in die Wohnungen oder Bueros zu schicken, um dort die Beschwerden der Teilnehmer entgegenzunehmen.

Der Praesident der Telefonarbeitergewerkschaft erklarte ausserdem, er koenne nicht verstehen, warum der Kongress trotz staendiger Fuersprache diese Gesetzesvorlage nicht bewillige. Die Vorlage sei in den Jahren 1945, 1947 und 1949 eingereicht worden. Beirne sagte, dass er fuenf Jahre lang ununterbrochen zu ihren Gunsten im Parlament plaediert habe und dieser oder der naechste Kongress die Vorlage bewilligen koennte, ohne noch einmal die Fuersprache anzuhoeeren.

Vorsitzender Tom Burke, ein Mitglied der Automobilarbeitergewerkschaft des CIO, und zugleich Abgeordneter, der ebenfalls diese Gesetzesvorlage befuerwortet, gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Vorlage bewilligt wuerde.

Nach dem vorgeschlagenen Gesetz waere es eine unmoegliche Praxis, wenn ein Unternehmer bei der Lohnzumessung Unterschiede auf Grund des Geschlechts machte - es sei denn, die Bezahlung richtet sich nach einem Berufsjahr - oder Verdienstsystern, in dem eine Diskriminierung des Frau- enlohnes nicht vorgesehen ist.

The CIO News
XIII/21/V/1950

PRAESIDENT TRUMAN SPRICHT DER BEKLEIDUNGSARBEITERGEWERKSCHAFT DES CIO SEINE ANERKENNUNG AUS

In einem Schreiben an die Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter (Amalgamated Clothing Workers) erklarte Praesident Truman:

"Ihre Organisation, in der sich Menschen zahlreicher Rassen zusammengefunden haben, hat bewiesen, dass Maenner und Frauen, die guten Willens sind, trotz der Verschiedenheit ihrer Herkunft und der kulturellen Stufe, auf der sie sich befinden, in gutem Einvernehmen miteinander leben koennen....

"Sie haben weit besser als viele andere Menschen und Organisationen erkannt, dass die sicherste Grundlage unserer demokratischen Lebensweise in einem hoeheren Lebensstandard, der Vollbeschaeftigung und in Sozialeinrichtungen zum Wohle des ganzen Volkes zu suchen ist."

The CIO News
22/V/1950

ARBEITERSCHAFT UND KALTER KRIEG

"Der Kampf um die Arbeiterschaft ist eine entscheidende Phase im Kalten Krieg," erklarte Philip M. Kaiser, der stellvertretende Arbeitsminister, der fuer internationale Arbeitsangelegenheiten zustaeendig ist, als er Amerika verliess, um an einer Reihe Konferenzen in Europa teilzunehmen.

"Die Kommunisten werfen alles in diesen Kampf, um die Arbeiter fuer sich zu gewinnen," sagte Kaiser. "Sie sind sich klar darueber, dass sie mit der Herrschaft ueber die Arbeiter eine strategische Position in die Hand bekaemen, mit der sie ohne Einsatz der Roten Armee ihre Ziele verwirklichen koennten. Die Tschechoslowakei ist hierfuer ein ausgezeichnetes Beispiel.

"Die Amerikaner sind ihren eigenen freien Gewerkschaften sehr viel Dank schuldig," fuegte Kaiser hinzu. "Sie haben ohne Propagandamassnahmen aus sich heraus ihren freien Willen kundgetan, als sie sich mit allen Mitteln fuer den Kalten Krieg zur Verfuegung stellten. Sie wissen, was Kommunismus fuer die Arbeiterschaft bedeutet, denn sie haben ihn hier in den Vereinigten Staaten selbst kennengelernt. Sie haben hervorragende Arbeit geleistet, indem sie sich mit der Mitgliedschaft der freien Gewerkschaftsbewegungen im Ausland verbuendeten. Die freie Arbeiterschaft der ganzen Welt ist sich trotz aller Luegen der Helfershelfer Moskaus einig."

Kaiser, der als Repraesentant der Regierung der Vereinigten Staaten an der Konferenz des Exekutivausschusses des Internationalen Arbeitsamtes in Genf teilnahm und Leiter der US-Delegation auf der Internationalen Arbeitskonferenz ist, die am 7. Juni in Genf begann, sprach dem Internationalen Arbeitsamt seine Anerkennung darueber aus, dass es ihm gelungen ist, Vertreter der Regierungen, der Unternehmer und der Gewerkschaften an dem Bestreben zu vereinigen, bessere Arbeitsbedingungen fuer die 60 Mitgliedsstaaten zu entwickeln. "Ich bin immer wieder beeindruckt, wenn ich Regierungsvertreter, Unternehmer und Arbeiter friedlich zusammensitzen sehe, um Plaene fuer ein besseres Leben der Maenner und Frauen der ganzen Welt zu entwerfen," sagte er.

An erster Stelle der Tagesordnung der 33. Jahreskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes stand eine Diskussion ueber die Bedeutung der Steigerung der Produktionsleistung fuer die Verbesserung der Lebensbedingungen auf der ganzen Welt. Die Tagesordnung fuehrte ausserdem zu Erweiterungen gewisser Probleme der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, ueber die Frage des gleichen Lohnes fuer die gleiche Arbeit fuer Maenner und Frauen gelangte man zu den Problemen der Festsetzung eines Mindestlohnes in der Landwirtschaft. Zu einer in Vorschlag gebrachten Empfehlung zur Berufsausbildung Erwachsener, wobei die Einreihung der Koerperbehinderten in den Arbeitsprozess ebenfalls besprochen wurde, wird noch endgueltig Stellung genommen werden. Wenn die von der Konferenz gebilligt wird, wird das Programm zur Berufsausbildung an die Mitgliederstaaten zur entsprechenden Durchfuehrung weitergeleitet werden.

Auf einer Konferenz in Paris traf Kaiser mit dem Stab der US-Berater fuer Arbeitsfragen mit den Beratern fuer Arbeitsfragen im Dienste des Marshall-Planes aus Oesterreich, Belgien, Daenemark, Aegypten, Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Griechenland, Israel, Italien, Holland, Spanien und Schweden zusammen. Hier wurde vor allem die wirtschaftliche Lage der europaeischen Arbeiterschaft und der Anteil der Gewerkschaften am Kampf gegen den Kommunismus besprochen.

Kaiser wurde von Arnold Zempel, dem Direktor des Bueros fuer Internationale Angelegenheiten im US-Arbeitsministerium, und von Edward B. Persons, dem Direktor der ILO-Abteilung dieses Bueros, begleitet. Cleon Swayzee, der Berater fuer Arbeitsfragen im Amt des stellvertretenden Wirtschaftsministers, und L. Wendell Hayes vom Aussenministerium, Amt fuer Wirtschafts- und Sozialangelegenheiten der Vereinten Nationen, werden Mr. Kaiser auf den ILO-Konferenzen in Genf beratend zur Seite stehen.

Weitere Teilnehmer an diesen Konferenzen sind: George Philip Delaney, der internationale Repraesentant der AFL und Mitglied des acht Mann starken Exekutivausschusses des ILO; Charles P. McCormick, der Praesident der McCormick-Gesellschaft in Baltimore (Maryland), einer der acht Unternehmervertreter in dem gleichen Ausschuss.

Mitteilung des US-Arbeitsministeriums
VI/1950

SPITZENGEHAELTER IN DER AMERIKANISCHEN STAHLINDUSTRIE

Berichte, die bei der "Securities and Exchange Commission" (Kommission der amerikanischen Regierung fuer Wertpapiere und Boersentaetigkeit) vorliegen, zeigen, dass sich die Gehaelter der drei obersten Vorstandsmitglieder der United States Steel Corporation im Jahre 1949 auf insgesamt 538.400 Dollar beliefen.

Praesident Benjamin Fairless bezog ein Gehalt von 211.000 Dollar, der Vorstandsvorsitzende Irving S. Olds 164.200 Dollar und der Vorsitzende des Finanzausschusses Enders M. Voorhees 163.200 Dollar.

Die Curtis Publishing Company zahlte ihrem Vorstandsvorsitzenden W. D. Fuller 101.938 Dollar und Ben Hibbs, dem Herausgeber der gewerkschaftsfeindlichen "Saturday Evening Post," 101.923 Dollar.

"Weekly News Service" der AFL
2040/V/1950

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 16

Frankfurt, 23. Juni 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|---|----|
| Arbeiterbildungsmassnahmen der amerikanischen Universitaeten - - - - - | 1 |
| Sozial-Attachés - - - - - | 7 |
| IAA-Vorschlaege zur Steigerung der Weltproduktivitaet - - - - - | 13 |
| IAA im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit - - - | 15 |
| Das Vermoegen der Gewerkschaft der Damenoberbekleidungsarbeiter (AFL) - - - - - | 15 |
| Weitere Verluste des Weltgewerkschaftsbundes - | 16 |
| Organisationserfolge der Textilarbeitergewerkschaft - - - - - | 16 |

Caroline F. Ware:

ARBEITERBILDUNGSMASSNAHMEN DER AMERIKANISCHEN UNIVERSITAETEN

Die Streitigkeiten ueber den Arbeiterbildungsdienst der Universitaet Michigan, die mit seiner Aufloesung endeten, haben die Frage in den Vordergrund gerueckt, welche Rolle die Universitaeten im Arbeiterbildungswesen zu spielen haben. Dieser Streitfall gibt daher Veranlassung, ueber das Problem nachzudenken, wie weit die Arbeiterbildungsprogramme der Universitaeten sich heute bereits durchgesetzt haben, und wie sie sich weiter entwickeln werden. Die Beschaeftigung mit diesen Fragen ist deshalb besonders wichtig, weil man mehr und mehr von einem staatlich unterstuetzten Arbeiterbildungsdienst der Universitaeten sprechen kann.

Der Amerikanische Arbeiterbildungsdienst (American Labor Education Service) hat, um sich einen Ueberblick ueber die neueste Entwicklung der Universitaetsprogramme in der Frage der Arbeiterbildung verschaffen zu koennen, im Sommer 1949 alle Universitaeten und hoeheren Schulen befragt, die in seiner Erhebung von 1946 ("Arbeiterbildung an Universitaeten", von Caroline F. Ware im Amerikanischen Arbeiterbildungsdienst) beruecksichtigt worden waren. Er hat sich ausserdem mit jenen Instituten in Verbindung gesetzt, von denen man wusste, dass sie in der Zwischenzeit solche Programme eingefuehrt hatten. Im Herbst 1948 wurde erneut statistisches Material von einigen anderen

Universitaeten und den verschiedenen Gewerkschaften beschafft. Aus dieser Studie und weiteren Untersuchungen ergibt sich ein Bild ueber den gegenwaertigen Stand der Arbeiterbildung an den US-Universitaeten.

Mit Ausnahme der Vorkommnisse an der Michigan-Universitaet und einem oder zwei weiteren unbedeutenden Programmen, die fallen gelassen wurden, sind die seit 1945-1946 bestehenden Bildungsprogramme ohne grosse Unterschiede staendig fortgesetzt worden. Jene Programme, die sich im Jahre 1945 noch im Versuchsstadium befanden, waren 1948 bereits fest verankert. An den meisten Universitaeten, ueber deren Arbeiterbildungsarbeit bereits in der ersten Erhebung berichtet wurde, laufen heute Programme aehnlicher Art, wobei diese entweder innerhalb oder ausserhalb der Universitaet durchgefuehrt werden, zum Teil auch in besonderen Instituten.

Eine Reihe Universitaeten, die schon frueher die Absicht hatten, Arbeiterbildungskurse einzufuehren, sind im Verlauf der letzten drei Jahre auf diesem Gebiet erstmals taetig geworden. Unter den Programmen, die geplant waren und nach und nach auch zur Ausfuehrung gelangten, sind besonders die des Roosevelt-College in Chicago sowie der Universitaeten in Illinois und Kalifornien hervorzuheben. Die Universitaeten Alabama, New Hampshire, Utah und das Marshall-College in Westvirginien haben kleinere Programme nach bereits festgelegten Plaenen in Angriff genommen. Andere Institute, wie Antioch, Colby und die Universitaeten in Colorado und Denver, sind noch nicht ueber das Planungsstadium hinausgekommen.

Jedoch sind einige neue Programme in Erscheinung getreten. New-Jersey gehoert seit 1947 zu den Staaten, die sich fuer eine Unterstuetzung der Kurse aus oeffentlichen Mitteln ausgesprochen haben. Dieser Staat hat in Rutgers das bekannte Institut fuer die Pflege der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern errichtet, zu dem im ganzen Staate Ergaenzungskurse laufen. Die hierfuer bereitgestellten Betraege belaufen sich auf 50.000 Dollar. Die Princeton-Universitaet, die jahrelang Seminare ueber Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern veranstaltet hat, uebergab ein besonderes Seminar zur Ausbildung von Gewerkschaftsfunktionaeren seiner Bestimmung. Auch die Universitaet in Kansas beteiligt sich jetzt an den Bildungsprogrammen der Stahlarbeiter und anderer Gewerkschaften. Die Universitaet in Washington hat ein Institut fuer Arbeit und Wirtschaft errichtet, das in Seattle Kurse gibt, die einen Teil seines Programms fuer die Schulungsarbeit in der Gemeindeverwaltung (Community Service) darstellen. Das Hobart-College fuehrte einen vierwoechigen, praktischen Lehrgang fuer eine kleine Gruppe Gewerkschafter durch.

Die Erhebung von 1946 hatte bereits gezeigt, dass die Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterbildung an den Universitaeten eine sehr umfassende ist, dass aber noch viele Moeglichkeiten einer weiteren Entwicklung bestehen. Die allgemeinen Bestrebungen der letzten drei Jahre gingen dahin, staendig neue Moeglichkeiten nach allen Richtungen zu erforschen und zugleich zahlreiche Probleme zu loesen, die sich mit dem Augenblick ergaben, als sich die Universitaeten staerker in die Arbeiterbildung einschalteten.

Waehrend alle Arten des Unterrichts, die schon 1945 eingefuehrt waren, auch im Jahre 1948 noch bestanden, hatten jedoch einige dieser Formen mehr Anklang gefunden als andere. Eine deutlich erkennbare Abkehr von langfristigen Programmen fuer kleine, ausgewaehlte Gruppen Gewerkschafter, die in Universitaetsinstituten durchgefuehrt wurden, wofuer die von der Harvard- und Yale-Universitaet durchgefuehrten Kurse als Beispiel gelten koennen, macht sich allgemein bemerkbar. Das Harvard-Programm wurde deshalb von neun Monaten auf dreizehn Wochen reduziert, weil sich fuer die Gewerkschafter Schwierigkeiten ergaben, wenn sie fuer ein ganzes Studienjahr sich kaum ihren Gewerkschafts-

pflichten widmen konnten. Harvard kuendigte jetzt an, dass das gleiche Pensum im wesentlichen auch in einer kuerzeren Zeit bewaeltigt werden koennte, obwohl die Rektoren noch im Jahre 1945 der Ansicht waren, dass volle neun Monate fuer eine wirkliche Schulung unumgaenglich seien, wie sie in dem Gewerkschaftsprogramm vorgesehen war. In Yale musste man auf oertlich festgelegte Institutslehrgaenge wegen der Unterbringungsschwierigkeiten verzichten, sodass die Kurse auf nicht oertlich gebundener Basis weitergefuehrt werden konnten.

Auf der anderen Seite ist man in zunehmendem Masse zu kurzfristigen oertlichen Schulungskursen uebergegangen. Diese finden fuer die Dauer von einer bis zu vier Wochen in den Universitaeten waehrend des Sommers statt. Die Kurse sind haeufig fuer bestimmte Gewerkschaften eingerichtet, wie es an dem Pennsylvanien State College, der Universitaet in Wisconsin und dem Rhode Island State College der Fall ist, manchmal sind sie es nicht, wie zum Beispiel an der Goddard College Vermont Labor School.

Auch die eigentlichen Volkshochschulkurse fuer Gewerkschafter haben eine betraechtliche Erweiterung erfahren. Waehrend der Arbeiterbildungsdienst der Universitaet in Michigan bis zu seiner Aufloesung das umfassendste aller Volkshochschulprogramme darstellte, sind diese an anderen Universitaeten erweitert worden, oder neu ins Leben gerufen worden. Einige kleinere Volkshochschulprogramme konnten wegen des Mangels an oertlichem Interesse nicht weitergefuehrt werden, so zum Beispiel am St. Michael's-College im Winooski Park, Vermont, oder sie wurden voruebergehend wegen des Fehlens eines geeigneten Lektors von der Universitaet eingestellt, wie es am State College in Westvirginien der Fall war. Durch neue Volkshochschulprogramme und Ergaenzungen zu den bestehenden sind diese Ausfaelle jedoch mehr als ersetzt worden.

An der Universitaet in Illinois und der New Yorker Staatsschule fuer industrielle und gewerkschaftliche Beziehungen in Cornell sind die Volkshochschuldienste mit der Einfuehrung einzelstaatlicher Programme - aehnlich den Kursen fuer den Verwaltungsdienst in den Gemeinden - ihrer Verwirklichung naehergekommen. Obwohl sich keines dieser beiden Volkshochschulprogramme so rasch entwickelte, wie es sich einige Referenten fuer Arbeiterbildung in den Gewerkschaften versprochen, hatten beide Institute mit ihren Kursen doch schnell festen Fuss gefasst. In etwa 20 Orten des Staates Illinois wurden Volkshochschulen begruendet. Die New Yorker Staatsschule hatte ausser den eigentlichen Schulungskursen und mehreren Vorlesungsserien 43 spezialisierte Lehrgaenge in 16 Staedten des Staates New York laufen. 29 dieser Projekte wurden in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften durchgefuehrt, zehn mit der Unterstuetzung der Unternehmer und vier fanden auf genereller Basis statt. Das State College in Pennsylvanien richtete innerhalb seiner Volkshochschulabteilung einen Arbeiterbildungsdienst ein und dehnte seinen erneuerten, aktivierten Volkshochschuldienst auf Gewerkschaftsgruppen aus. Zu den neuen Volkshochschulprogrammen fuer Arbeiter gehoeren die des Roosevelt-College in Chikago und des Instituts fuer wechselseitige Arbeitgeber-Arbeitnehmer Beziehungen in Rutgers, das auf Grund der Gesetzgebung des Staates New-Jersey errichtet wurde. An dem Programm des Roosevelt-College nahmen im Jahre 1948 etwa 1.100 Arbeiter teil, im Staate New Jersey wurden vom Rutgers Institut 65 Volkshochschulkurse fuer Arbeiter durchgefuehrt.

Viele der von den Universitaeten den Arbeitern gebotenen Hochschulkurse fanden an Orten statt, die fuer die Arbeiter bequem erreichbar waren. Allerdings wurden auch weiterhin Kurse in Universitaetsgebaeuden und an anderen zentral gelegenen Stellen abgehalten. Drei Jahre zuvor zoegerte noch eine Reihe Universitaeten, ihre Lehrraeume in Gewerkschaftshaeuser oder andere nichtakademische Gebaeude zu verlegen, weil sie sich nicht klar darueber waren, ob diese Methode mit dem Ansehen einer Universitaet zu vereinbaren sei. Eine Anzahl Uni-

versitaeten hat sich jedoch bereit erklart, eher mit den Kursen zu den Arbeitern zu gehen als die Arbeiter in die Universitaeten kommen zu lassen, und die Auffassung, dass diese Methode fuer die Universitaeten durchaus guenstig ist, scheint in den vergangenen drei Jahren einen weiten Anhaengerkreis gefunden zu haben.

Ausser den Volkshochschulen hat die oertliche Bildungsarbeit in Form von Filmforen, Diskussionsgruppen, Vorlesungen und Reden im Zusammenhang mit Gewerkschaftsversammlungen eine grosse Ausdehnung erfahren.

Auch kurze, ein- oder zweitaegige Kurse scheinen, gemessen an ihrem Fortbestand und ihrer Erweiterung, den Anspruechen der Arbeiter gerecht zu werden und zugleich fuer die Universitaeten finanziell tragbar zu sein. Gemeinsame Vereinbarungen, die derartige Kurse vorsehen, sind zwischen dem Buero fuer Arbeiterbildung und solchen Universitaeten verabredet worden, wo es keine anderen Programme gibt; aber auch viele Universitaeten mit Wohnort- und Volkshochschulkursen unterhalten in jedem Jahre ein oder mehrere solcher Kurzprogramme.

In allen Formen und Arten der Universitaetsprogramme zeigt sich sehr klar die Tendenz nach Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den Universitaeten im Planen, Organisieren und der Durchfuehrung der Programme. Sie muessen den Beduerfnissen der Arbeiter gerecht werden, damit sie Forschungen betreiben und Schulungsmaterial ausarbeiten koennen. Drei Jahre zuvor waren sich die Universitaeten selbst nicht im klaren ueber ihr Verhaeltnis zu den Gewerkschaften. Sie hatten keine Erfahrung, wie die traditionelle Kluft zwischen der Universitaet und der Gewerkschaftsbewegung ueberbrueckt werden koennte. Sie wussten nicht, wie man sich mit aussenstehenden Gruppen, vor allem mit den Gewerkschaften, in die Verantwortlichkeit teilen koennte. Gewisse Universitaetskreise, die sich ihrer Verantwortung fuer die Universitaet und der Grundsaezte akademischer Freiheit bewusst waren, befuerchteten, dass die Gewerkschaften nach einer Art von Herrschaft streben koennten, die diese Verantwortung beschneiden und sich gegen diese Grundsaezte wenden wuerde. Die Referenten fuer Arbeiterbildung in den Gewerkschaften ihrerseits waren der Auffassung, dass nur durch eine gemeinsame Planung die Universitaeten die Moeglichkeit haetten, die Beduerfnisse der Arbeiter auf erzieherischem Gebiet kennenzulernen; dass die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nur auf diese Weise herausfinden koennten, wie die Universitaeten ihnen dienen koennten, und dass nur so ein wirklich konstruktives Arbeiterbildungsprogramm entwickelt werden koennte. Wenn die Vorlesungsprogramme beurteilt werden, die diese Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften widerspiegeln und die eine Universitaet nach der anderen herausgibt und in der alle mitarbeitenden Gewerkschaften aufgefuehrt sind, dann ist klar erkennbar, dass die Furcht und Unsicherheit gaenzlich ueberwunden sind. Die bestehenden Programme sind das Ergebnis gemeinsamer Beratungen, gemeinsamen Planens und geteilter Verantwortung.

Die Gewerkschaften haben natuerlich die Bedeutung dieser erzieherischen Arbeit fuer das gesamte Gewerkschaftsprogramm mehr und mehr erkannt. Waehrend die Bekleidungs-, Textil und Automobilarbeiter auch weiterhin am staerksten daran interessiert sind, Programme zu entwickeln und Gelegenheiten der Schulung wahrzunehmen, haben andere Gewerkschaften, wie zum Beispiel die Stahlarbeiter, ihre erzieherische Taetigkeit intensiviert und danach gestrebt, mehrere Universitaeten fuer die Einrichtung von Instituten und Volkshochschulen zu gewinnen. Die New Yorker Staatsschule fuer wechselseitige Arbeitnehmer-Arbeitgeber Beziehungen organisierte Volkshochschulkurse fuer die Gewerkschaften der Chemiarbeiter, Metallarbeiter, Hausangestellte, kaufmaennische Angestellte, Telefonarbeiter, Hotel- und Restaurantarbeiter, Fahrer, Textil- und Bekleidungsarbeiter, Stahlarbeiter und fuer eine Reihe oertlicher

Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen in verschiedenen Staedten.

Der Grund fuer das zunehmende Interesse der Gewerkschaften an der Arbeiterbildung liegt in der wachsenden Verpflichtung und Verantwortlichkeit des einzelnen Gewerkschaftsmitglieds. Das Nationale Komitee fuer die Vertiefung der Arbeiterbildung hat in sieben groesseren Gewerkschaften (drei AFL, zwei CIO- und zwei unabhaengigen Organisationen) eine Erhebung durchgefuehrt, die gezeigt hat, dass von zehn Mitgliedern je ein Mitglied eine besondere, hohe Verantwortung erfordern- de Aufgabe in bezug auf Unternehmertum, die Gemeinde oder Arbeitskolle- gen zu erfuellen hat, die besondere Kenntnisse und Schulung erfordert.

Die von der Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) einberufene Konfe- renz fuer Fragen der Arbeiterbildung stellt eine neue Phase in der Ent- wicklung des Bildungswesens dar. An dieser Konferenz, die vom Exeku- tivausschuss der Automobilarbeitergewerkschaft (CIO), vom Bildungsaus- schuss dieser Gewerkschaft und von der Abteilung fuer Arbeiterbildung des CIO einberufen worden war, nahmen die Vorsitzenden der Bildungs- ausschuesse und die Referenten fuer Arbeiterbildung der UAW-Lokalgewerk- schaften des ganzen Landes teil. Man befasste sich vor allem damit, das Leitmotiv dieser Konferenz zu verwirklichen: "Wie koennen auf de- mokratischem Wege die Gewerkschaft und die politische Betaetigung in Eurem Betrieb und Eurer Gemeinde vorangetrieben werden."

Je mehr sich die Gewerkschaften ihrer Beduerfnisse auf dem Gebiete der Arbeiterbildung bewusst sind, umso besser wird es ihnen moeglich sein, die Universitaeten fuer solche Dienstleistungen zu gewinnen, die die Gewerkschaften verwenden und die Universitaeten geben koennen.

Die Universitaeten dagegen mussten in ihrem Verhaeltnis zu den Gewerkschaften darauf achten, nicht in interne Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung verwickelt zu werden und sich streng an den Grundsatz zu halten, allen in gleichem Masse ihre Dienste zur Verfuegung zu stellen. Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe dadurch erleichtert, dass sie sich bereit erklaeerten, Fragen der Arbeiterbildung in gegenseitiger Zusammenarbeit zu loesen. Den Beweis fuer diese Bereitwilligkeit liefert die Zugehoerigkeit der AFL, des CIO, der Eisenbahnergewerkschaft und anderer unabhaengiger Gewerkschaften zu dem Nationalen Komitee fuer die Vertiefung der Arbeiterbildung. Die drei Hauptzweige der Gewerk- schaftsbewegung in New Jersey beteiligen sich auf dieser Basis gemein- sam an der Errichtung eines staatlichen Komitees fuer die Vertiefung des Arbeiterbildungswesens. Dieses Komitee hat die Aufgabe, die Geset- zesvorlage fuer Arbeiterbildung zu unterstuetzen und mit allen Lehrin- stituten zusammenzuarbeiten, um die Arbeiterbildungsprogramme innerhalb des Staates zu foerdern.

Diese Programme leiden jedoch auch heute noch unter dem Mangel an geeignetem Material fuer den Gebrauch an den Arbeiterschulen. Einige Fortschritte auf diesem Gebiet konnten in den letzten drei Jahren im- merhin erzielt werden, da in einigen Instituten die Bestrebungen, Schu- lungsmaterial auszuarbeiten, mit zum Programm gehoeren. Das Gesetz von New Jersey, durch welches das Rutgers Institut zustandekam, bezeichnet die Entwicklung neuen Schulungsmaterials und fortschrittlicher Arbeits- methoden als eine der Funktionen dieser Schule, und die Dozenten des Rutgersinstitutes haben sich besonders mit den Anwendungsmoeglichkeiten und der Entwicklung von Schulungsmaterial befasst. Die Universitaet Chikago bearbeitet mit Hilfe des Carnegie-Fonds und der Gewerkschaften Material fuer solche Veroeffentlichungen. Der Arbeiterbildungsdienst der Universitaet in Michigan entwickelt Programmrichtlinien und Lehr- plaene. Ueberall besteht jedoch eine starke Nachfrage nach ausgespro- chenenem Schulungsmaterial, aber die Maschinerie zur Ausarbeitung, zum Austausch und zur Verteilung dieses Materials ist leider noch immer nicht genuegend entwickelt worden.

Die Ueberbrueckung der Kluft zwischen den Universitaeten und den Gewerkschaften hat jedoch bereits hervorragende Ergebnisse erbracht. Das Gewerkschaftswesen, die wechselseitigen Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen, die Verwaltung der Gewerkschaften und verwandte Probleme sind mehr und mehr zu anerkannten und bedeutenden Fortschritten der Forschung und des Lehrens geworden, die erzielten Fortschritte sind den Fonds der Universitaet sowie ihrem Dozentenstab zu verdanken. Die Arbeitererschaft als Gruppe ist allgemein als Bestandteil der Gesellschaft anerkannt worden, mit der die Universitaeten koennere Beziehungen unter gegenseitiger Verantwortlichkeit unterhalten koennen und sollen. Waehrend das Roosevelt-College in bezug auf die Auswahl von Gewerkschaftsfuehrern fuer seinen Treuhaenderrat vielleicht einzigartig unter den privaten Instituten dasteht, erscheinen nach und nach nun auch Gewerkschaftsmitglieder in den Erektiv-Ausschuessen staatlicher Anstalten, wie z.B. der Cornell Universitaet oder der Universitaet in Washington. Heute ist die Methode ganz selbstverstaendlich geworden, mit den Gewerkschaften an der Planung und der Durchfuehrung des Arbeiterbildungswesens zusammenzuarbeiten.

Seitens der Universitaeten ist eine allgemeine Bereitwilligkeit festzustellen, erweiterte Schulungsprogramme durchzufuehren, wenn die Gesetzesvorlage fuer die Durchfuehrung der Arbeiterbildung genehmigt ist und Genuegend Geldmittel zur Verfuegung gestellt werden. Eine Reihe Universitaeten, die in dieser Erhebung Bueruecksichtigung fanden, darunter die Texas A. und M., das West Virginia State-College und das Marshall-College in West Virginia, erklaeerten, dass sie zu einer Zusammenarbeit bereit seien und auf die Genehmigung dieser Vorlage warteten, um neue oder erweiterte Schulungsprogramme durchfuehren zu koennen. In der Erhebung des Nationalen Komitees fuer die Vertiefung des Arbeiterbildungswesens wurde festgestellt, dass 14 Universitaeten und Institute um die Mitarbeit am Arbeiterbildungsdienst ersucht hatten, sie jedoch nicht in der Lage waeren, diesen selbst zu finanzieren. Die gleiche Erhebung zeigte, dass sieben groessere Gewerkschaften die Bildungsbeduerfnisse ihrer Arbeiter nicht genuegend befriedigen konnten und bestrebt waren, ihre Taetigkeit auf diesem Gebiet mit Hilfe von Volkshochschulen auszu dehnen und zu vervollkommen.

Die Gewerkschaften wenden sich mehr und mehr den Universitaeten zu, um sich deren Mitarbeit bei der Erweiterung der Arbeiterbildungsprogramme zu sichern. Je groessere Verantwortlichkeiten die Gewerkschaften in den Betrieben uebernehmen, und je mehr sich die gewerkschaftliche Taetigkeit auch auf die Gebiete der sozialen Wohlfahrt, der politischen Betaetigung und der Lebenserstrekt, umso bedeutender wird die lokale und einzelstaatlichen im Programm der Gewerkschaften spielen muss. Einige groessere Gewerkschaften haben besondere, gut ausgestattete Abteilungen fuer Arbeiterbildung, wie zum Beispiel die Automobilarbeitergewerkschaft die ueber 400 Referenten und Dozenten fuer Arbeiterbildung verfuegt, die im Dienste der lokalen Organisationen und der Gesamtgewerkschaft stehen. Die Stahlarbeitergewerkschaft und die Verbaende der Textil- und Bekleidungsarbeiter haben in grossem Umfang Volkshochschulkurse und wohnortgebundene Institute eingerichtet; andere Gewerkschaften dagegen beteiligen sich in grosser Zahl an den bereits bestehenden Universitaetsprogrammen. Nicht weniger als 50 Gewerkschaften nahmen an dem Programm des Roosevelt-College im Jahre 1948 teil.

Es besteht durchaus Grund zu der Annahme, dass sich das Arbeiterbildungsprogramm auf das gesamte Erwachsenenbildungsprgramm der Universitaeten auswirkt und es veraedert, obwohl hierfuer noch kein eindeutiger Beweis gegeben ist und im uebrigen bisher auch nicht systematisch versucht worden ist, diesen Gesichtspunkt eingehend zu studieren. Wenn eine Universitaet einmal die Beduerfnisse einer besonderen Gruppe, naemlich der Arbeiterschaft, erkannt hat und ihr Programm derart umgestaltet hat, dass es diesen Beduerfnissen gerecht wird, kann dieses Verfahren auch auf andere Gruppen ausgedehnt werden. Dadurch kann das Programm noch naeher an jene Hoerer herangebracht werden, denen es dienen soll. Eine Universitaet hat berichtet, dass ihr allgemeines Schulungs-

programm fuer Erwachsene den Beduerfnissen besonderer Gruppen in dieser Gemeinschaft angepasst wurde, ohne an bestimmte Formen gebunden zu sein.

Trotz der hier erwachten Tendenzen, die in jedem Falle die Erweiterung, die Festlegung auf einer noch sichereren Basis und den erweiterten Gebrauch der Universitaetsprogramme im Arbeiterbildungswesen erhoffen lassen, und obwohl sich die gesamte Gewerkschaftsbewegung energisch fuer einen bundesstaatlich gestuetzten Arbeiterbildungsdienst unter Anwendung der Universitaets-Hilfsquellen einsetzt, sind sich die fuer die Arbeiterbildung verantwortlichen Gewerkschafter nicht sicher, ob die Universitaeten all das bieten koennen, was zu einer wirklichen und damit vollstaendigen Loesung der Arbeiterbildungsprobleme fuehren kann. Das traditionelle Misstrauen der "Intellektuellen" ist noch laengst nicht beseitigt, und das eingeschlaeferte Gefuehl der Universitaeten, dass "sie" es sind und nicht "wir", und dass derjenige, "der nicht mit uns ist, gegen uns ist," kann leicht wieder erweckt werden. Die Frage ist jedoch, inwieweit diese Zusammenarbeit zwischen den Universitaeten und der Gewerkschaftsbewegung die wertvolle Erkenntnis, das Verstaendnis und die Einsicht erzeugen kann, die fuer grosse Ziele der Gewerkschaften und ihre heutige Verantwortlichkeit in der Gemeinde, der Nation und der ganzen Welt unumgaenglich sind. Die gegenwaertige Situation erinnert deutlich an die fruehen Tage der landwirtschaftlichen Schulungsarbeit, als die Bauern solange misstrauisch blieben, bis sie endlich erkannt hatten, dass das "Lernen aus Buechern," wie es in den landwirtschaftlichen Schulungsprogrammen geboten wurde, fuer sie tatsaechlich von grossem Nutzen war.

Auch wenn die Universitaeten ihre Arbeiterbildungsprogramme staendig weiter entwickeln, muessen sie sich doch vergegenwaertigen und damit abfinden, dass ihr guter Wille und ihre Redlichkeit staendig beargwoehnt werden. Eine fruchtbringende Entwicklung haengt somig davon ab, dass Gewerkschaften und Universitaeten in einer Form zusammenarbeiten, dass jeder den Bereich, die Moeglichkeiten und die Arbeitsvoraussetzungen des andern kennt und versteht; dass die Universitaeten den Geist des freien Meinungs austausches aufrechterhalten und die Gewerkschaften ihn anerkennen; dass aber die Arbeiterschaft in zunehmendem Masse zusammen mit anderen Gruppen der Gesellschaft an der Formulierung der Richtlinien und Programme der Universitaeten beteiligt wird, um den Anforderungen von heute und von morgen besser gerecht werden zu koennen.

Industrial and Labor Relations Review
X/48

Henry Hauck, Berater fuer Arbeitsfragen an der franzoesischen Gesandtschaft in London:

SOZIAL-ATTACHES

Um sich ueber die Entwicklungen in der Sozialpolitik auf der ganzen Welt auf dem laufenden zu halten und sich eine Unterstuetzung fuer die Loesung jener Probleme zu sichern, die in Verbindung mit Arbeitsfragen in der diplomatischen Sphaere auftauchen koennen, haben viele Regierungen seit dem Kriege eine neue Art technischer Berater ernannt. Die Titel dieser Berater sind verschieden (Arbeits-Attaché, Sozial-Attaché, Arbeiter-Attaché, usw.), die Motive zu ihrer Ernennung sind im wesentlichen jedoch die gleichen.

Mr. Henry Hauck, der Vertreter der franzoesischen Regierung im Exekutiv Ausschuss des Internationalen Arbeitsamtes, der auf Grund seines Londoner Amtes besonders qualifiziert ist, die Bedeutung dieser neuen Phase der internationalen Zusammenarbeit ermessen zu koennen, legt in dem nachstehenden Artikel die Arbeitsweise dieser neu eingefuehrten Einrichtung auseinander.

Vor dem ersten Weltkrieg waren die Probleme der Sozialpolitik im wesentlichen noch nationale Probleme, deren Bedeutung nicht ueber die Grenzen des einzelnen Landes hinausging. Erst mit den Friedensvertraegen und der Errichtung der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf wurde die Sozialpolitik als ein Problem von internationaler Bedeutung angesehen. Obwohl jedoch in der Zeit von 1919 bis 1939 grosse und kleine Laender innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ihre diesbezuglichen Erfahrungen austauschten und gemeinsam an einem internationalen Arbeitsrechtssystem arbeiteten, waren sich nur wenige Menschen der Bedeutung der Arbeitsprobleme innerhalb der diplomatischen Beziehungen bewusst. Die wirtschaftliche Entwicklung, die durch den zweiten Weltkrieg ungeheuer forciert wurde, und das staendige Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung in den meisten Laendern der Welt haben aber diesen Problemen eine noch grossere Bedeutung gegeben, als sie ihnen von den Verfassern des Teiles 13 des Versailler Friedensvertrags beigemessen worden ist. Heute beruehren die Arbeitsprobleme unmittelbar das Herz jeder Nation; Loehne, Einsatz der Arbeitskraefte sowie Aus- und Einwanderung sind ueberall wesentliche Faktoren im wirtschaftlichen Leben. Die mit der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung aufgekommenen Fragen - wie Koalitionsfreiheit, die Bestrebungen der Gewerkschaften, ihre Forderungen gegenueber den Unternehmern durchzusetzen oder bestimmte politische Einfluesse auszuueben, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb und der Einfluss auf die Wirtschaftspolitik auf ueberbetrieblicher Ebene - alle diese Forderungen stehen mit der Gestaltung politischer Einrichtungen und selbst mit dem Verlauf der Aussenpolitik in engem Zusammenhang. Deshalb sind zahlreiche Regierungen der Auffassung, dass sie ueber die Entwicklung der Sozialpolitik in anderen Laendern - zumindest mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhalten - auf dem laufenden gehalten werden muessen. Diese Auffassung hat ihrerseits zu der Einfuehrung und Bewaehrung einer neuen Form des spezialisierten Diplomaten, des Sozial-Attachés, gefuehrt.

Eine grosse Forschungsarbeit wuerde notwendig sein, um die Ursprueng der Methode, Sozial-Attachés zu ernennen, festzustellen. Der erste positive Schritt auf diesem Gebiet ebenso wie auf anderen wurde von Albert Thomas unternommen, dem verstorbenen Leiter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Waehrend des ersten Weltkrieges war er sich als Kriegsminister Frankreichs der Notwendigkeit einer engen Koordinierung der Kriegsmaterialproduktion Grossbritanniens und Frankreichs bewusst; er sah ein, dass sich diese Koordinierung, wenn sie wirksam sein sollte, sowohl auf die persoenlichen Beziehungen als auch auf das technische Gebiet erstrecken musste. Albert Thomas ersuchte deshalb Paul Mantoux, seinen Schulkameraden an der Ecole Normale in Paris und Verfasser des Buches ueber die englische industrielle Revolution, nach London zu gehen und den Kontakt mit der britischen Gewerkschaftsbewegung aufzunehmen und aufrechtzuerhalten. Paul Mantoux war somit der erste Sozial-Attaché, obwohl er nicht diesen Titel trug.

Nach der Kriegserklaerung im Jahre 1939 erkannte die britische Regierung sofort die Bedeutung der Vorgaenge in der franzoesischen Gewerkschaftsbewegung. Um genauestens darueber informiert zu sein, wies das Auswaertige Amt den damaligen Pariser Korrespondenten der Gewerkschaftszeitung "Daily Herald", Jack Sandford, an, sich dem Stab der britischen Gesandtschaft in Paris als Sozial-Attaché zur Verfuegung zu stellen. Einige Monate spaeter wurde der Verfasser dieses Artikels auf Ersuchen des franzoesischen Gewerkschaftsbundes von dem franzoesischen Aussenminister nach London geschickt, um in aehnlicher Eigenschaft an der dortigen franzoesischen Botschaft taetig zu sein. Der Waffenstillstand machte dieser Arbeit ein Ende. Jack Sandford kehrte nach London zurueck, und der franzoesische Sozialreferent schloss sich der Bewegung "Freies Frankreich" an. Die britische Regierung, in der die Gewerkschaftsbewegung seit dem Mai 1940 stark vertreten war, hielt daran fest, den Sozial-

problemen die ihnen gebuehrende Bedeutung zuzuerkennen. Kurz nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde im Jahre 1942 ein Sozial-Attaché nach Washington geschickt - zuerst Professor Tawney von der Londoner Wirtschaftsschule, ein sozial eingestellter Intellektueller, der von Anfang an Fuehlung mit der Gewerkschaftsbewegung hatte, und dann Archibald Gordon, ein verdienter Sachbearbeiter im britischen Arbeitsministerium. Das Experiment erwies sich als zufriedenstellend, und unmittelbar nach der Befreiung Europas vervollstaendigte die britische Regierung ihre diplomatischen Missionen in den verschiedenen Laendern des Kontinents auf Veranlassung Ministers Ernest Bevin durch die Ernennung von Sozial-Attachés. Die Vereinigten Staaten taten das gleiche. Waehrend des Krieges war es dem Strategischen Bueru gelungen, eine ansehnliche Gruppe Spezialisten fuer Arbeitsfragen zu nominieren, die sofort mit den ueberall erstandenen, ueberaus populaeren Widerstandsbewegungen der besetzten Laender Verbindung aufnahmen und in der Lage waren, den Verlauf der militaerischen Operationen in Europa wesentlich zu unterstuetzen. Die Regierung der Vereinigten Staaten erkannte sofort, dass solche Verbindungen auch in Friedenszeiten nutzbringend sein muessen, und berief nach dem Beispiel der englischen Regierung Spezialisten fuer Arbeitsfragen in eine Reihe ihrer diplomatischen Missionen im Ausland.

Frankreich konnte vornehmlich aus finanziellen Gruenden auf diesem Gebiet nicht so schnell und so weit voranschreiten wie seine beiden Verbuendeten. Das Finanzgesetz vom 13. August 1947 sah jedoch ebenfalls die Errichtung von drei Sozial-Attaché-Stellungen in London, Washington und Moskau vor.

Andere Laender folgten. Zu den Laendern, die inzwischen in mehr oder weniger systematischer Weise Aemter fuer Sozial-Attachés einrichteten, gehoeren Argentinien, Oesterreich, Tschechoslowakei, Aegypten, Italien, Polen und die Schweiz und jetzt auch die deutsche Bundesrepublik.

Die Funktionen der Sozial-Attachés sind natuerlich in den einzelnen Laendern verschieden. Fuer den Sozial-Attaché solcher Staaten, in denen eine grosse Anzahl ihrer Staatsangehoerigen im Ausland leben, ergibt sich die Aufgabe, sich um seine Landsleute in dem Staate, fuer den er zustaendig ist, zu kuemmern. Andere Staaten, fuer die die Frage der Aus- und Einwanderung von besonderer Wichtigkeit ist, beauftragen ihre Sozial-Attachés, diesen Problemen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Staat wiederum, dessen Wirtschafts- und Sozialpolitik sich von der anderer Laender wesentlich unterscheidet, duerfte bestrebt sein, seine Sozial-Attachés zu ermuntern, den Arbeitern dieser Laender die Bedeutung und den Wert der in seinem Lande gemachten Erfahrungen zu erlaeuern. Obwohl jedoch die Einrichtung von Sozial-Attaché-Stellungen unter gaenzlich verschiedenen Voraussetzungen erfolgen kann, muss gesagt werden, dass die Funktionen der Sozial-Attachés in allen Laendern im wesentlichen darin bestehen, Informationen - genauer gesagt, Informationen nach beiden Seiten - zu geben. Ein Sozial-Attaché muss jedoch in erster Linie seine eigene Regierung ueber die Sozialpolitik des Landes, in das er geschickt wurde, informieren, sei es ueber seine Arbeits- und Sozialgesetzgebung, sei es ueber die Entwicklungen und Tendenzen innerhalb der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Gleichzeitig muss er mit Hilfe von Unterlagen und seinem eigenen Wissen sowie seinen Beziehungen, die er mit den Dienststellen der Regierung und anderer Organisationen des Landes, in das er delegiert wurde, aufnehmen konnte, seine Behoerde ueber die Sozialpolitik, die Sozialgesetzgebung und die Bewegungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen laufend unterrichten.

Um sich dieser doppelten Aufgabe entledigen zu koennen, werden die Sozial-Attachés dem Leiter der diplomatischen Mission, der sie angehoren,

auf der gleichen Stufe wie andere Spezialisten unterstellt, wie etwa den Militaer-, den Marine- oder den Luftwaffenattachés oder den Attachés fuer Handels-, Finanz- oder Kulturangelegenheiten. Es waere jedem spezialisierten Attaché unmoeglich, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, wenn er nicht in enger Zusammenarbeit und mit der Autoritaet des Gesandten oder Botschafters sich befaende, der seine Regierung in dem Lande vertritt.

Der Aufgabenbereich eines Sozial-Attachés ist von allen Regierungen, die die Errichtung solcher Stellungen als Notwendigkeit erachteten, in aehnlicher Form festgelegt worden. Loehne und Lebenshaltungskosten, Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen, Beschaeftigungsquote und Arbeitslosigkeit, Probleme der Arbeits- und Berufsausbildung, Wechselbeziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Streitigkeiten in der Industrie und der Abschluss von Tarifvertraegen, die Gesetzgebung zum Schutze weiblicher Arbeiter und Juendlicher, die Erhaltung der Gesundheit des Arbeiters und die Sozialversicherungsgesetzgebung, die Rechte der Gewerkschaften und die Taetigkeiten der Arbeitnehmerorganisationen - all dies sind wesentliche Faktoren, ueber die ein Sozial-Referent seine Regierung auf dem laufenden halten muss. Das Gebiet ist aeusserst umfangreich und kann nicht ohne Beruecksichtigung wirtschaftlicher und politischer Gesichtspunkte behandelt werden. Wenn der Sozial-Attaché jedoch in der Lage ist, mit den Mitgliedern der Botschaft oder Gesandtschaft, die fuer die letzten Fragen zustaendig sind, in kluger Weise zusammenzuarbeiten, kann er einen aeusserst wertvollen Beitrag zu der Gesamtarbeit seiner diplomatischen Mission leisten. Ein Sozial-Attaché, der mit den arbeitenden Maennern und Frauen in engerem Kontakt steht als irgends ein anderes Mitglied seiner Mission, kann seinem Vorgesetzten und seinem Kollegen ein besseres und brauchbareres Bild von der Lage in dem Lande, in dem er sich befindet, geben als ein anderer. Abgesehen von den Berichten an sein eigenes Land ermoelicht ihm sein Wissen um die Arbeiterpsychologie und um Probleme, die lange ausserhalb der Interessensphaere diplomatischer Organisationen geblieben sind, die Mitglieder seiner eigenen Mission mit wertvollen Informationen zu versorgen und ihnen dabei zu helfen, ein genaueres Urteil zu bilden.

Um diesen grossen Aufgaben gewachsen zu sein, muss ein Sozial-Attaché ueber eine Reihe bestimmter Eigenschaften verfuegen, ueber die sich praktisch alle Regierungen einig sind. Er muss vor allem gesunde Kenntnisse - sowohl theoretische als auch praktische - ueber Sozialprobleme und allgemeine Sozialpolitik besitzen. England hat in fast allen Faellen Angestellte des Arbeitsministeriums zu Sozial-Attachés ernannt. Die ersten franzoesischen Sozial-Attachés, die nach dem Gesetz von 1947 bestellt wurden, waren fuehrende Persoenlichkeiten des franzoesischen Arbeitsministeriums; einer der Sozial-Attachés in der Schweiz ist ein ehemaliger Sachbearbeiter des Internationalen Arbeitsamtes. Es koennten noch viele andere Beispiele gegeben werden.

Die Sozial-Attachés muessen ausserdem Leute sein, die auf Grund ihrer Persoenlichkeit und ihres Werdegangs das Vertrauen der Arbeiterorganisationen des Landes, in dem sie leben, besitzen. Wenn sie nicht selbst in der Gewerkschaftsbewegung taetig gewesen sind, muessen sie doch in freundschaftlichem Verhaeltnis zu den Gewerkschaften stehen und etwas mehr als nur theoretisch mit der Mentalitaet der Arbeiter vertraut sein, die sich in vieler Hinsicht in allen Laendern gleicht. Dies waren in England bei vielen Ernennungen grundlegende Bedingungen; zu diesem Zweck unterhaelt in den Vereinigten Staaten das Aussenministerium enge Beziehungen zu den amerikanischen Gewerkschaftsverbanden AFL und CIO; die Regierungen der Tschechoslowakei, Polens und der Schweiz haben verschiedentlich weltbekannte Gewerkschaftsfuehrer zu Sozial-Attachés ernannt. Das franzoesische Arbeitsministerium zog den Exekutivrat des Gewerkschaftsverbandes zu Rate, bevor es sich entschloss

den gegenwaertigen Sozial-Attaché nach London zu schicken; und die Regierung Argentiniens hat in jedem einzelnen Falle aktive Mitglieder der Gewerkschaftsorganisation auserwaehlt - sie nennt sie auch deshalb "Arbeiter-Attachés."

Da die Beziehungen des Sozial-Attachés zu den Maennern und Frauen aller Staende und die Probleme, denen er gegenuebersteht, in erster Linie menschlichen Charakters sind, ist es unerlaesslich, dass der Sozial-Attaché mit der nationalen Psychologie des Landes, in dem er sich befindet, vertraut ist. Wenn sich sein persoenlicher Kontakt nur auf eine kleine Gruppe hoeherer Amtstraeger erstrecken wuerde, waere seine Arbeit wertlos. Er muss nicht nur die Sprache des Volkes, in deren Mitte er lebt, beherrschen, sondern auch seine Sitten und Gebraeuche verstehen, und er muss instinktiv das Leben dieses Volkes sozusagen "fuehlen." Das ist eine sehr seltene Befaehigung, die jedoch nicht weniger wichtig als die uebrigen ist, und die Wahl, die die verschiedenen Regierungen getroffen haben, beweist, dass die Verantwortlichen dieses Leitmotiv immer im Sinn hatten, obwohl es nicht in jedem Falle verwirklicht werden konnte.

Weil die Aufgaben der Sozial-Attachés urspruenglich die gleichen waren, haben alle Laender die gleichen Anforderungen und Bedingungen an die Anwaerter fuer diese Positionen gestellt. Wie bereits erwaeht wurde, bestehen jedoch Unterschiede auf Grund der verschiedenen nationalen Auffassungen, diese muessen daher einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Sie entspringen in der Regel der internationalen Stellung, der wirtschaftlichen Struktur oder den speziellen Problemen jener Laender, die Sozial-Attachés entsenden.

Fuer Grossmaechte, die in Weltangelegenheiten eine bedeutende Rolle spielen, ist die politische Information und darueber hinaus die politische Aktion eine wesentliche Aufgabe ihrer Sozial-Attachés. Ein Blick auf bestimmte Laender wird genuegen, um zu zeigen, dass England und die Vereinigten Staaten ihre Sozial-Attachés in Positionen gestellt haben, die von grosser politischer Bedeutung fuer ihr Land sind. Die Vereinigten Staaten haben bereits solche Attachés in Deutschland, Argentinien, Australien, Daenemark, Belgien, Canada, Chile, Kuba, Mexiko, Aegypten, Indien, Frankreich, England, Indonesien, Griechenland, Spanien, Italien, Israel, Brasilien, Oesterreich, Holland, Schweden und beabsichtigen, auch nach Peru, Bolivien, Neu-Seeland, Panama, Columbien und Suedafrika Vollattachés zu entsenden, zur Zeit sind sie kommissarisch besetzt. Die Liste der Laender, in die England Sozial-Attachés entsandt hat, ist verblueffend aehnlich: Argentinien, Oesterreich, Belgien, Bolivien, Brasilien, China, Kuba, Porto Rico, Daenemark, Aegypten, Chile, Columbien, Finnland, Frankreich, El Savador, Griechenland, Guatemala, Indien, Ekuador, Iran, Indien, Italien, Haiti, Luxemburg, Libanon, Japan, Mexiko, Nikaragua, Paraguay, Panama, Syrien, St. Domingo, Uruguay, Holland, Pakistan, Peru, Polen, Schweden, Vereinigte Staaten von Nordamerika und Venezuela. Von den 28 Laendern in der Liste der Vereinigten Staaten (in 22 Laendern sind Sozial-Attachés bereits ernannt, fuer 6 sind sie noch zu ernennen) und den 38 Laendern in der britischen Liste sind 19 Laender fuer beide Staaten die gleichen. Zu diesen 19 gehoeren nicht nur grosse Laender wie Frankreich, Italien, Argentinien, Brasilien und Indien und industriell hochentwickelte Staaten wie Belgien und Schweden, sondern auch Aegypten, Griechenland und Mexiko. Dies ist ein Beweis dafuer, dass die Vereinigten Staaten und England erkannt haben, dass in jenen Teilen der Welt, wo Konflikte der Grossmaechte die internationale Lage schwierig gestalten koennen, die Arbeitsprobleme einen entscheidenden politischen Faktor darstellen, und dass die Regierungen wuenschen, ueber die dortigen Entwicklungen aus erster Hand informiert zu werden.

Die Sozial-Attachés Englands und der Vereinigten Staaten sind darueberhinaus angewiesen, in allen Gebieten, deren Bedeutung soeben auseinandergelegt wurde, eine aktive Rolle zu spielen. Das bemerkenswerteste Beispiel ist Griechenland, wo die akute Spannung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zwei Jahre lang zu den politischen Wirren des Landes beigetragen hat. Obwohl die Vereinigten Staaten und England bereits Attachés nach Griechenland entsandt hatten, betraute England seinen Sozial-Attaché in Rom, W. H. Braine, im Jahre 1946 in besonderer Mission damit, zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in Athen zu vermitteln, Sam Berger, der Sozial-Attaché der Vereinigten Staaten in London, begab sich gleichfalls nach der griechischen Hauptstadt.

Die Funktionen, die die Vereinigten Staaten und England ihren Sozial-Attachés uebertragen haben, spiegeln sich auch im Status der Sozial-Attachés im oeffentlichen Dienst wieder.

Die Sozial-Attachés der Vereinigten Staaten unterstehen direkt dem Aussenministerium, in dem eine Sonderabteilung fuer internationale Arbeits-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten verantwortlich ist; die Attachés senden ihre Berichte an das Aussenministerium. Das heisst nicht, dass das US-Arbeitsministerium die Arbeit der Sozial-Attachés nicht genau verfolgt und die von ihnen uebermittelten Informationen nicht auswertet; sie sind jedoch in erster Linie Beauftragte des Aussenministeriums, das sie ernennt, ihnen Instruktionen gibt und ihre Berichte bei der Formulierung der Aussenpolitik der Vereinigten Staaten verwendet. In England ist das Verhaeltnis der Sozial-Attachés zur Regierung dehnbarer gestaltet, das Arbeitsministerium steht mit ihnen in staendiger Verbindung. Sie bekleiden einen diplomatischen Rang, und ihre Arbeit wird vom Berater fuer Arbeitsfragen im Aussenministerium (einem fruerehen Angestellten des Aussenministeriums) koordiniert. Die Persoenlichkeit des gegenwaertigen Aussenministers Ernest Bevin, eines alten Gewerkschaftsfuehrers und ehemaligen Arbeitsministers, ist nicht nur fuer die Zusammenarbeit der beiden Ministerien verantwortlich, sondern es ist auch seine Aufgabe, zu bestimmen, welches Ministerium den groesseren Einfluss hat. Die englischen Sozial-Attachés bilden wie diejenigen der Vereinigten Staaten einen wichtigen Bestandteil der diplomatischen Maschinerie ihres Landes.

Andere Laender haben diese Frage von einem gaenzlich anderen Gesichtspunkt aus betrachtet. Italien, ein Land der Auswanderung, hat zum Beispiel mehrere Attachés fuer Auswanderung in diplomatische Aemter im Ausland berufen, und zwar in Washington, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Buenos Aires, Paris, Bern und Bruessel. Die italienische Regierung weiss jedoch auch, dass sie gruendliche und neueste Informationen ueber die Arbeitslage im Ausland benoetigt, und dass Wirtschafts- und Sozialprobleme bestimmter Laender von besonderen Beobachtern studiert werden muessen; eigentliche Sozial-Attachés sind deshalb in die italienischen Gesandtschaften in Argentinien, Belgien, Frankreich und England berufen worden.

Die Schweiz wuenscht ihrerseits, dass ihre Sozial-Attachés die wichtigsten Fragen der Sozialpolitik und Arbeitsgesetzgebung in den Laendern, in die sie geschickt sind - Frankreich, England und Vereinigte Staaten - studieren und stellt andererseits an sie die Forderung, ueber die Interessen der schweizerischen Staatsangehoerigen, die in diesen Laendern arbeiten, zu wachen und beim Abschluss von Aus- und Einwanderungsvertraegen sowie bei Abkommen ueber den Austausch von Experten mitzuwirken.

Diese Aufgaben gehoeren ebenfalls zu den Funktionen der franzoesischen Sozial-Attachés. Sie werden vom Arbeitsminister auf Grund entsprechender Vereinbarungen mit dem Aussenminister ernannt, sie sind dem

Arbeitsministerium unterstellt, sie stehen in direkter Korrespondenz mit ihm und werden im Namen dieses Ministeriums beauftragt, dem Leiter der diplomatischen Mission, unter dessen Autoritaet sie stehen, eine Kopie dieser Korrespondenz auszuhaendigen. Die franzoesische Regierung misst jedoch ebenso wie die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten den allgemeinen Informationen grosse Bedeutung zu, die sie unter Umstaenden von ihren Sozial-Attachés erhalten kann. Dieses Interesse spiegelt sich deutlich in der Tatsache wieder, dass, wie bereits erwaeht, franzoesische Sozial-Attachés in England, den Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union stationiert sind.

Aegyptische Sozial-Attachés sind fuer Washington, Paris und London ernannt, sie werden wie die franzoesischen Attachés vom Minister fuer Sozialangelegenheiten ernannt.

Dies sind die wesentlichen Grundzuege der neuen Einrichtung der Sozial-Attachés. Die Umstaende, unter denen sie entstanden ist und die Art und Weise, wie sie arbeitet, variieren von Land zu Land je nach den nationalen Traditionen und Gepflogenheiten. Es bestehen jedoch weniger Unterschiede als Aehnlichkeiten, die aeusserst zahlreich sind. Der Grund hierfuer liegt zweifellos darin, dass diese Einrichtung einer in unserem Zeitalter tief verwurzelten Notwendigkeit entsprungen ist, das von vielen als das Jahrhundert des "Mannes auf der Strasse" bezeichnet wurde und das selbst den neuesten Anforderungen der modernen Diplomatie gerecht wird, die die sozialen Probleme und die Bestrebungen der Massen nicht uebersehen darf. Die Sozial-Attachés koennen durch die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen der verschiedenen Laender in der Frage der Sozialpolitik die internationalen Institutionen in der Tat nur unterstuetzen und die Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation ausserordentlich ergaenzen und erleichtern.

International Labor Review
X/48

IAA-VORSCHLAEGE ZUR STEIGERUNG DER WELTPRODUKTIVITAET

Die erste offizielle, internationale Weltdebatte ueber die Steigerung der Produktionsleistung hat im Palais der Nationen in Genf begonnen.

Vertreter der Arbeiter, Unternehmer und Regierungen fast aller 60 Mitgliedstaaten des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) nehmen an diesen Besprechungen teil, die voraussichtlich mehrere Wochen dauern werden.

Technisch gesehen, liegt den Besprechungen der Delegierten der Jahresbericht des Generaldirektors David A. Morse zugrunde. Morse hat die Bedeutung einer gesteigerten Produktionsleistung hervorgehoben und zwar nicht nur in den wirtschaftlich unterentwickelten, sondern auch in den industriell fortgeschrittenen Gebieten der Welt.

Morse fuehrte in seinem Bericht zu der wirtschaftlichen Entwicklung waehrend des vergangenen Jahres folgendes aus:

"Das Anwachsen der Ueberschuesse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in einigen Laendern und der grosse Mangel an Nahrungsmitteln in anderen sind ein Problem, das auf internationaler Basis energisch in Angriff genommen werden muss; eine Loesung waeren zum Beispiel internationale Abkommen zum Austausch lebensnotwendiger Gueter, um Angebot und Nachfrage ausgleichen und die Preise auf angemessener Ebene stabilisieren zu koennen.

"Seit dem Kriege hat es noch keine Massenarbeitslosigkeit auf Grund eines allgemeinen Rueckgangs in allen wesentlichen Sektoren der Nachfrage gegeben, wie es in den dreissiger Jahren der Fall war. Sollte diese Struktur der Arbeitslosigkeit wieder auftreten, dann wird man besser als damals die Gruende dafuer kennen. Eine Regierung darf keine Massenarbeitslosigkeit zulassen, die auf einen langandauernden Mangel an Nachfrage zurueckzufuehren ist.

"Es bestehen ernsthafte Zweifel, ob der normale internationale Handel ausreichen wird, die Luecken zu schliessen, die sich nach Ablauf der finanziellen Hilfsprogramme der Vereinigten Staaten, vor allem des Europaeischen Hilfsprogramms, ergeben werden.

"Waehrend der Binnenhandel Lateinamerikas seit Kriegsende im Vergleich zu den Vorkriegsjahren sich erweitern konnte, ist er in Asien und Europa waehrend der gleichen Zeit erheblich zurueckgegangen. Diese beiden Kontinente sind dabei mehr und mehr auf Importe aus Laendern mit harter Waehrung angewiesen. Diesen Binnenhandel wiederzubeleben, ist eine Grundvoraussetzung fuer die Reduzierung des Dollardefizits in diesen Laendern.

"In Asien und dem Fernen Osten ist die Ausdehnung des Binnenhandels ebenso dringend erforderlich. Im Jahre 1938 war ~~OT~~ mit 46 % am gesamten Import und mit 43% am Export dieser Gebiete beteiligt. Seit dem Kriege ist der Binnenhandel im wesentlichen aus folgenden zwei Gruenden zurueckgegangen:

"Japan faellt als wichtigster Kaeufer und Verkaeufer dieses Gebietes aus. Die Reixexporte Suedostasiens nach anderen asiatischen Laendern, die keine Nahrungsmitteldefizite haben, wurden reduziert. Im Jahre 1948 betrug das Volumen des Handels zwischen Japan und den anderen Laendern des asiatischen Gebiets wenig mehr als ein Zehntel des Handels im Jahre 1934.

"Gemeinsame internationale Massnahmen werden notwendig sein, um erstens den Welthandel zu foerdern, der es den rueckstaendigen Gebieten ermoeglichen wird, mehr zu exportieren und Kapital zu erwerben; und um zweitens die technischen Erfahrungen und Errungenschaften allen Laendern zur Bekaeufung von Krankheiten und zur Steigerung ihrer Produktivitaet zur Verfuegung zu stellen."

Auf die Frage der Produktionsleistung eingehend, erklarte Morse:

"In neuerer Zeit macht sich seitens der Gewerkschaften die Tendenz bemerkbar, den Massnahmen zur Steigerung der Produktionsleistung im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der Arbeiter selbst groessere Bedeutung beizumessen.

"Hand in Hand hiermit geht die Tendenz einer staendig wachsenden Anzahl Laender, den Arbeitern Sicherheitsgarantien zu geben und den Gewerkschaften das Recht zuzusprechen, in der Handhabung der Massnahmen zur Steigerung der Produktionsleistung mitzuwirken.

"In diesem Zusammenhang ist in einer Reihe Laender eine Entwicklung hoechster Bedeutsamkeit festzustellen. Obwohl man nicht behaupten kann, dass die tiefverwurzelte Befuerchtung vieler Arbeiter, ihren eigenen Arbeitsplatz oder den ihrer Kollegen aufs Spiel zu setzen, ueberwunden waere, so bestehen doch Anzeichen dafuer, dass die Haltung der vorsichtigen Reserve, die die Gewerkschaften in der Vergangenheit gegeneuber den Massnahmen zur Steigerung der Produktionsleistung bezogen haben, einer neuen Einstellung der positiven Unterstuetzung und der Mitarbeit in solchen Lagen Raum gibt, vorausgesetzt, dass ausreichende Sicherheitsgarantien fuer den Arbeiter gegeben sind."

IAA IM KAMPF GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Im vierten Jahresbericht des Internationalen Arbeitsamtes an die Vereinten Nationen wird hervorgehoben, dass das Internationale Arbeitsamt die Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als ein Problem von entscheidender Bedeutung ansieht.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen wird sich waehrend seiner Konferenz in Genf im Juli mit diesem Bericht eingehend beschaeftigen.

Weil die Frage der Arbeitslosigkeit "das Leben derjenigen unmittelbar beruehrt, in deren Interesse das Internationale Arbeitsamt ins Leben gerufen wurde", wird in diesem Bericht ein besonderer Abschnitt der Untersuchung jener Massnahmen gewidmet, die das Internationale Arbeitsamt dreissig Jahre lang zur Loesung des Problems der Vollbeschaeftigung formuliert und vorgeschlagen hat.

Auf diesem Gebiet, heisst es in diesem Bericht, hat das Internationale Arbeitsamt bereits hervorragendes geleistet. Diese Organisation hat noch vor kurzem ein Programm zum Einsatz unbeschaeftigter Arbeitskraefte eingeleitet, dessen unmittelbarer Zweck die Aufrechterhaltung der Vollbeschaeftigung ist. In der Frage der Unterbringung dieser Arbeitskraefte ging die Politik des Internationalen Arbeitsamtes dahin, "durch den Austausch von Meinungen und technischen Erfahrungen in dieser Frage den Regierungen sowie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die grossten Dienste zu leisten."

Neben den Ausfuehrungen ueber die Taetigkeit des IAA auf dem Gebiet des Einsatzes der Arbeitskraefte und ihrer Beschaeftigung wird in dem Bericht vor allem die Arbeit im Bereich der Sozialversicherung und der Koalitionsfreiheit hervorgehoben. Ein umfassender Rueckblick wird auch auf andere Arbeitsbereiche der vergangenen Jahre geworfen, fuer die das Internationale Arbeitsamt mitverantwortlich ist.

ILO Labor News VI/50

DAS VERMOEGEN DER GEWERKSCHAFT DER DAMEN OBERBEKLEIDUNGSARBEITER (AFL)

Auf der Goldenen Jubilaeumskonvention der Internationalen Damenoberbekleidungsarbeitergewerkschaft (AFL) unterbreitete der Praesident David Dubinsky den Delegierten den Finanzbericht, aus dem sich ein Vermoegen an Kapitalien und Reservefonds in Hoehe von 110 Millionen Dollar ergibt. Diese Zahlen stehen in krassem Gegensatz zu den Verhaeltnissen, die vor zwei Jahrzehnten herrschten, als die Gewerkschaft praktisch vor dem Bankrott stand.

Der obengenannte Betrag setzt sich dem Bericht zufolge in grossen Zuegen wie folgt zusammen: Allgemeiner Verwaltungsfonds 13,2 Millionen, Gesundheits- und Wohlfahrtsfonds 44,8 Millionen, Pensionsfonds 27 Millionen und Kapitalien lokaler und vereinigter Gewerkschaftsvorstaende 19,4 Millionen Dollar. Die grossten Ausgabeposten der Gewerkschaften im vergangenen Jahre waren 3,7 Millionen Dollar fuer Organisationsarbeit und 3,9 Millionen fuer die Verwaltung.

Auf der Konvention wurde angekuendigt, dass die Gewerkschaft beabsichtigt, einen "Kampffonds" in Hoehe von mindestens 500.000 Dollar aufzustellen, der fuer die politische Agitation anlaesslich diesjaehriger Wahlen verwendet werden soll.

Weekly Labor News Digest V/31/50

WEITERE VERLUSTE DES WELTGEWERKSCHAFTSBUNDES

Die Gewerkschaftsverbande Israels, Jugoslawiens und Australiens haben beschlossen, aus dem kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund auszutreten. Die beiden erstgenannten Laender-Organisationen lehnten die Mitgliedschaft in der "Konkurrenzorganisation," dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, ab, waehrend sich der Gewerkschaftsvorstand der australischen Organisation zu dieser Frage noch nicht geaeussert hat.

Weekly Labor News Digest V/50/17

ORGANISATIONSERFOLGE DER TEXTILARBEITERGEWERKSCHAFT

"Die Textilarbeitergewerkschaft der AFL (United Textile Workers) hat es trotz des Taft-Hartley Gesetzes und anderer Schwierigkeiten fertiggebracht, im Sueden wesentliche Organisationserfolge zu erringen," erklarte Joseph Jacobs, der Organisationsleiter der Gewerkschaft. Die Suedstaaten wuerden in diesem Jahre dreimal soviel Delegierte zu der Jahreskonvention der Textilarbeitergewerkschaft entsenden wie im Jahre 1941.

Weekly Labor News Digest V/50/17

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 17

Frankfurt, 30. Juni 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Kampf gegen Betriebsunfaelle - - - - - | 1 |
| Die Genfer Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes - - - - - | 2 |
| Produktivitaetssteigerung in englischen Betrieben - - - - - | 3 |
| IAA stellt Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fest | 8 |
| Der Vertrag der Automobilarbeitergewerkschaft mit den General Motors-Werken - - - - - | 9 |
| Rutgers Institut feiert 20-jaehrigen Bestehen | 13 |
| Wie eine Gewerkschaft zu einer Eisenbahn auf Puerto Rico kam - - - - - | 14 |
| Keine geheimen Streikbefehle im Bergarbeiter- streik - - - - - | 16 |

KAMPF GEGEN BETRIEBSUNFAELLE

US-Arbeitsminister Tobin erklarte auf der Konferenz fuer industrielle Sicherheit, dass die Gewerkschaftsbewegung entscheidenden Anteil an den Erfolgen haette, die die Senkung der Zahl der Betriebsunfaelle erreicht hat. (Im Jahre 1948 waren diese bis auf zwei Millionen angestiegen). An dieser Konferenz nahmen mehr als 150 Gewerkschaftsvertreter der AFL und des CIO, Vertreter der Unternehmer sowie Sicherheitstechniker und Sachverständige der Regierung teil.

"Die organisierte Arbeiterschaft kann mit Stolz auf ihren langen Kampf fuer groessere Sicherheit und fuer wirksame Gesetze zum Schutze der Gesundheit zurueckblicken," sagte Tobin. Er erinnerte an die bahnbrechenden Bemuehungen von "Leuten wie William Green von der AFL, der in Ohio einen der ersten Siege in dem Kampf der Gewerkschaften fuer ein besseres Los der Arbeiter errang," und an Philip Murray, "unter dessen Fuehrung es dem CIO gelang, groessere Sicherheiten als bisher fuer die Arbeiter zu erwirken."

Zuvor hatte Praesident Truman auf der Konferenz erklart, die Zahl der Betriebsunfaelle muesse bis zum Jahre 1952 um 50% reduziert werden. Er hatte darauf hingewiesen, dass die Zahl saemtlicher Betriebsunfaelle 1949 um 7% gesunken sei, allein in den Fertigungsbetrieben betraegt der Rueckgang sogar 19%.

Daily News Service
Labor Press Association
VI/7/50

DIE GENFER KONFERENZ DES INTERNATIONALEN ARBEITSAMTES

Als die 33. Generalkonferenz des IAA im Palais der Nationen in Genf eroeffnet wurde, waren Vertreter der Arbeiterschaft, der Unternehmer und der Regierungen fast aller 60 Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation anwesend.

Obwohl die Delegierten nicht die Absicht hatten, irgendwelche neuen Arbeitskonventionen den Regierungen der Mitgliedstaaten in diesem Jahre zu unterbreiten, ergab sich doch durch die umfassende Tagesordnung eine Diskussion ueber die Massnahmen zur Bekampfung der Arbeitslosigkeit und ueber geeignete Mittel und Wege zur Steigerung der Produktionsleistung.

Im Verlauf der Sitzungen, die Anfang Juli beendet sein werden, befassen sich verschiedene Fachausschuesse mit den vom IAA durchgefuehrten Studien, die folgende Themen zum Gegenstand haben: Tarifvertraege zur Regelung der Lohne und Arbeitsbedingungen, Schiedssprechung und Schlichtung, Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Regierung, gleicher Lohn fuer Maenner und Frauen bei gleicher Leistung und Festsetzung von Mindestloehnen fuer die Landwirtschaft.

Trotz der Tatsache, dass in den diesjaehrigen Sitzungen keine neuen Konventionen bearbeitet werden sollen, ist vorgeschlagen worden, eine "Offizielle Empfehlung" zur Berufsausbildung Erwachsener und Koerperbehinderter zu bewilligen. Derartige Empfehlungen beduerfen nicht der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten, es wird jedoch von den einzelnen Regierungen erwartet, dass sie ihnen durch Akte der Gesetzgebung oder durch andere Massnahmen Rechtsguelteigkeit verleihen.

Die Wirtschaftsexperten des Internationalen Arbeitsamtes, die den Bericht ueber geeignete Massnahmen zur Bekampfung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet haben, machten die Delegierten warnend auf bestimmte Anzeichen aufmerksam, die zweifellos auf eine zu erwartende Zunahme der Arbeitslosigkeit hindeuten.

Die Experten erklarten jedoch in ihrem Bericht an die Konferenz, dass eine Krise durch sofortige und angemessene internationale und einzelstaatliche Massnahmen vermieden werden koennte. In dem Bericht heisst es woertlich:

"Die Erkenntnis, dass Arbeitslosigkeit und Unterbeschaeftigung soziale Uebel sind, die behoben werden koennen, stellt einen Meilenstein auf dem Wege zu modernem Denken dar. Das passive Sichabfinden mit der Unvermeidbarkeit von Arbeitslosigkeit und Armut hat damit ein Ende gefunden."

Die Wirtschaftsexperten des IAA stellten dabei die Tatsache heraus, dass die grossen Aufwendungen der Regierungen und Privatunternehmer in bestimmten Laendern, die der Erneuerung der waehrend des Krieges abgemutzten und zerstoerten Einrichtungen dienen sollen, in dem Grade zurueckgehen, in dem die Nachfrage nach diesen Guetern abnimmt. Vor einer solchen Wirtschaftspolitik muesse gewarnt werden.

Die Experten stellten weiter fest, dass einige Industriestaaten bis jetzt noch keine Arbeitslosenversicherungssysteme haben, in anderen gibt es fuer landwirtschaftliche Arbeiter und einige Angestelltengruppen keine besonderen Schutzmassnahmen gegen Erwerbslosigkeit.

Ausserdem unterstrichen sie die Bedeutung eines gut eingespielten Verwaltungsapparates, der vernuenftige Vorschlaege zur Beschaeftigungspolitik ausarbeiten und sofort die Voraussetzungen fuer deren Durchfuehrung schaffen soll.

Die Wirtschaftsexperten des IAA einigten sich auf folgende Vorschlaege:

"Bis jetzt waren die Einlagerungsprogramme der Regierungen in erster Linie auf lebenswichtige Gueter beschraenkt. Diese Ausgleichsmethode muesste jedoch auch auf Industrieprodukte ausgedehnt werden, um einer Arbeitslosigkeit vorzubeugen, die dann eintreten wird, wenn die Nachfrage der Hersteller und Grosshaendler nach Maschinen und Einrichtungsgegenstaenden nachlaesst."

Der Vorschlag der Experten enthaelt ausserdem folgende Forderungen:

- 1 - "Der Welthandel muss nicht nur stabilisiert, sondern auch ausgedehnt werden.
- 2 - Es muessen internationale Vereinbarungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Waehrungen der wichtigsten Staaten auf stabiler Grundlage zur Verfuegung stehen, gleichgueltig, ob diese Laender ihren ueblichen Bedarf an Importen gedeckt haben oder nicht.
- 3 - Grundbedingung zur Stabilisierung des Massenbedarfs der Welt ist die Errichtung internationaler Systeme zur Stabilisierung der Preise fuer die lebensnotwendigsten Gueter der Welt.

Die Wirtschaftsexperten erklarten ferner: "Wenn die Loesung des Arbeitslosenproblems in den rueckstaendigen Gebieten auf internationaler Basis unterstuetzt werden soll, muessen diesen Gebieten zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von den industriell gut entwickelten Laendern langfristige Kredite zur Verfuegung gestellt werden.

"Den industriell fortgeschrittenen Laendern bietet sich ausserdem eine Moeglichkeit der Unterstuetzung darin, dass sie den wirtschaftlich rueckstaendigen Gebieten ihr technisches Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfuegung stellen. Die internationale Taetigkeit auf diesem aeusserst wichtigen Gebiet nimmt allmaehlich konkrete Formen an, wie das Punkt-Vier-Programm des Praesidenten Truman und das erweiterte Programm der Vereinigten Staaten zur technischen Unterstuetzung wirtschaftlich unterentwickelter Laender beweist.

"Eine dritte Moeglichkeit liegt auf dem Gebiet der Foerderung internationaler Aus- und Einwanderung."

ILO News Service
VI/50

PRODUKTIVITAETSSTEIGERUNG IN ENGLISCHEN BETRIEBEN

Dieser Bericht entstammt dem in London erscheinenden "Target", dessen Aufgabe die Steigerung der Produktivitaet in der britischen Industrie ist. Dieses Ziel wird in gemeinsamem Zusammen-

wirken der Unternehmer und der Gewerkschaften erstrebt, da beide der Meinung sind, dass nur durch eine sehr erhebliche Steigerung der Leistung es Grossbritannien fuer die Dauer moeglich sein wird, seinen frueheren Platz im Export wiederzugewinnen.

Dem gleichen Ziele dienen auch Studienreisen fuehrender britischer Industrieller und Gewerkschafter in Spitzenbetriebe der US-Industrie. Den Besuchern wird hier in aller Offenheit gezeigt, wie die Produktivitaet auf ein Hoechstmass gesteigert werden konnte. Die auslaendischen Besucher sind insbesondere ueberrascht ueber das Arbeitstempo, das in den Vereinigten Staaten erreicht wird und das sich ausserordentlich von dem in Grossbritannien ueblichen Tempo abhebt. Aber es wurde immer wieder seitens der amerikanischen Arbeiter darauf hingewiesen, dass sie dieses Arbeitstempo keineswegs als ueberhoeht ansaeihen, sondern durchaus fuer die gestellten Anforderungen zu haben seien, zumal wenn in der Lohnfrage entsprechende Konzessionen gemacht wurden.

Bei einem Vergleich der britischen Loehne mit den amerikanischen und der Produktion selbst ergibt sich immer wieder, dass es fuer Unternehmer und Arbeiter zweckmaessiger ist, ein hoeheres Arbeitstempo in England einzufuehren. Dieser Bericht beschreibt zwei Faelle, wo es allein durch organisatorische Massnahmen gelungen ist, eine wesentliche Steigerung der Produktivitaet zu erreichen.

In den Leyland Motorenwerken wird durch die Einfuehrung neuer Produktionsmethoden, deren Erprobung fast beendet ist, die Produktion schaeztungsweise um ein Drittel erhoeht werden koennen.

Zu den wichtigsten Neuerungen, die vorgenommen wurden, gehoert die Neugliederung der Fabrikanlagen, die die FlieBbandarbeit ueberall da ermoeoglicht, wo sie durchfuehrbar ist. Ausserdem wendet man jetzt ein sogenanntes "Gruppensystem" der Bezahlung an, dem man die Produktionsleistung groesserer Produktionsgruppen innerhalb der Belegschaft von 10.000 Arbeitern zugrundelegt.

Es ist in den Leyland Werken Tradition geworden, dass man unentwegt darum bemueht ist, bessere Arbeitsmethoden zu ermitteln. Man ist sich darueber klar, dass das Herumliegen von Material in den Werkstaetten bedeutet, dass jemand bezahlt werden muss, der es aufnimmt; es ist deshalb besser, das Material, wenn nur irgend moeglich, in Bewegung zu halten. Die Auswertung allein dieser einfachen Erkenntnisse hat bereits zu leistungsfaeigeren Maschinenwerkstaetten gefuehrt, die, Sachverstaendigen zufolge, in der Welt ohne Konkurrenz dastehen.

Waehrend des Krieges mussten sich die Leylandwerke im grossen ganzen auf die Herstellung von Panzern, Flugzeugteilen, Bomben und aehnlicher Kriegsmaterialien konzentrieren. Im Jahre 1945 stellten sich die Werke auf die Produktion von Kraftfahrzeugen um, und es gelang ihnen innerhalb von 12 Monaten, die ungeheuren Schwierigkeiten einer solchen Umstellung zu ueberwinden und einen

gaenzlich neukonstruierten Nachkriegslastkraftwagen in Serien fuer den Verkauf im eigenen Lande und in einer besonderen Serie fuer den Export zu produzieren.

Ein anderes sichtbares Ergebnis der seit 1946 geleisteten Arbeit ist die Erhoehung der durchschnittlichen Wochenloehne jedes Arbeitnehmers bis zu etwa 22%. Die Preise fuer die Leyland-Fahrzeuge sind dagegen seit April 1947 unveraendert geblieben.

All dies ist das Ergebnis jener unentwegten Bemuehungen, den bestmoeglichen Gebrauch von Arbeitszeit, Material und Arbeitskraft durch eine weitgehende Mechanisierung des Produktionsvorgangs zu garantieren und gleichzeitig durch die Anwendung des Leistungsprinzips die guenstigste Arbeitsleistung fuer die Arbeitskraefte zu ermitteln.

Oberster Grundsatz bei der Verbesserung der Produktionsmethoden ist die Einfuehrung des Fließbandsystems ueberall dort, wo dies moeglich ist, und die gleichzeitige Beseitigung veralteter Methoden der Serienproduktion. Die Neuordnung der Betriebsanlagen und die Gruppierung der Maschinen zu Fließbandsystemen ermoeglichten eine Reduzierung der Einrichtungen und damit die Einsparung beträchtlicher Kapitalsummen. Dieses Kapital ist in erster Linie zur Planung und Neueinrichtung verwendet worden. Nach dem Kriege wurden jaehrlich etwa 150.000 Dollar fuer die Neueinrichtung der heute wirklich modernen Leyland-Betriebe aufgewendet.

Motoren, Transmissionen, Achsen, Karosserien, Steuerungen und andere Teile werden jetzt in Fließbandfertigung hergestellt. Maschinen und Foerderbaender sind so angeordnet, dass die Werkstuecke von einem Arbeitsplatz zum andern rollen. Alles Moegliche wird getan, um das Aufnehmen von Werkstuecken und jede sonstige unnoetig ermuedende Taetigkeit auf ein Mindestmass zu reduzieren.

Der verminderte Materialaufwand und die zweckmaessige Platzierung der Arbeitskraefte haben natuerlich ebenfalls zu Einsparungen gefuehrt. Ein Maschinenmeister kann jetzt zwei, drei und moeglicherweise auch vier Maschinen ueberwachen, unter dem alten System war dies gaenzlich unmoglich. Als logische Folge dieser Umstellung ist der individuelle Akkordlohn durch ein Gruppenbonus-system ersetzt worden. Das bedeutet gesteigerte Einkuenfte und zugleich hoehere Produktion. Die Betriebsleitung ist der Auffassung, dass die Arbeitsleistung des einzelnen zwar wichtig ist, das Hauptaugenmerk muss jedoch darauf gerichtet werden, die Arbeitskapazitaet einer Gruppe einzelner Kraefte, die Fertigwaren produzieren, aufeinander abzustimmen und dadurch einen Ausgleich zu erreichen.

Andrew J. Charnock, der Hauptbetriebsleiter der Leyland-Werke, ist der Meinung, dass dieses Gruppenbonussystem zu einem staerkeren Gemeinschaftsbewusstsein der Arbeiter und damit zu dem Bestreben fuehren kann, stets als geschlossenes Team zu arbeiten. Ausserdem werden dadurch kleine Unzulaenglichkeiten der Faehigkeiten des einzelnen wie auch Maengel des fachmaennischen Koennens ausgeglichen, weil ein Arbeiter den andern unterstuetzen muss.

Als weiteres positives Ergebnis der Leistungssteigerung der Lancashire-Werkstaetten dieses Unternehmens ist die vor kurzem durchgefuehrte Interessenausdehnung in Uebersee und die Geschaefterweiterung auf eine Reihe ausgesprochener Dollarmaerkte anzusehen.

In den Leyland-Werken ist man der Auffassung, dass kühne und zielbewusste Methoden zur Lösung der Produktionsprobleme notwendig sind, um der Weltkonkurrenz begegnen zu können; das es ausserdem besser ist, "Wunder" stattfinden zu lassen, als auf sie zu hoffen.

Ein weiterer Beweis fuer das Streben nach hoeherer Produktionsleistung ist der Bericht amerikanischer Experten ueber die Rylands-Werke in Warrington (Lancashire). In diesen Werken werden ausschliesslich Naegel hergestellt.

Auf Grund einer voelligen Neuorganisierung ihres Produktionssystems konnte diese Firma bei gleichzeitiger proportionaler Senkung der Gestehungskosten die Produktionsleistung um 100% steigern. Die Durchschnittsloehne fuer Maschinenarbeiter haben sich seit 1939 praktisch verdoppelt. Das ist umso bemerkenswerter, als diese Erfolge nicht durch Neuansruestung, sondern lediglich durch eine gaenzlich neue Anordnung sowie eine zweckmaessige Normierung und die Ausschaltung unnoetiger Materialbewegungen erzielt wurden.

Vom Rohdraht des Rohmaterials bis zum Verpacken und Versand der fertigen Naegel ist der Herstellungsprozess durch ein System elektrotechnischer und mechanischer Kontrollgeraete so verbessert worden, dass diese Fabrik, die die groesste dieser Art in Europa ist, die gebrauchlichen Naegel wahrscheinlich billiger als irgendein anderes Unternehmen in der Welt herstellen kann.

Plaene fuer die neue Fabrik, die bereits vor zehn Jahren entworfen wurden, mussten wegen des Krieges bis zum Jahre 1945 zurueckgestellt werden. Dann konzentrierte sich die Betriebsleitung jedoch sofort auf die Neubildung der Werksgruppierung und der inneren Organisation zur Erzielung einer optimalen Leistungsfahigkeit.

Da es unmoeglich war, mehr als eine sehr begrenzte Anzahl neuer Maschinen zu erhalten, wurde die Umgruppierung mit den noch vorhandenen Maschinen durchgefuehrt, die zum Teil sehr alt waren; es wurden jedoch Vorkehrungen getroffen, um diese alten Maschinen reibungslos durch neue ersetzen zu koennen, sobald diese verfuegbar wurden.

Als erstes wurde die "Eselsarbeit", die eine Inflation der Arbeitskraefte zur Folge hat, durch die Einfuehrung mechanischer Transportmittel in allen Stadien des Produktionsprozesses beseitigt.

Dies bedeutet nicht nur, dass Arbeitskraefte eingespart wurden und ermuedende Taetigkeiten wegfielen, sondern auch, dass die Werkstuecke mit den geeignetsten Transportmitteln befoerdert wurden und unproduktive Taetigkeiten, die bei dem alten System notwendig waren, wegfallen konnten. Das Gewicht der Drahtrollen, die die Maschinen verarbeiteten, wurde erhoehrt, um einen laengeren, ununterbrochenen Produktionsprozess zu ermoeglichen. Das Ergebnis waren Zeit- und Arbeitersparnisse sowie erhoehrte Produktion.

Die Maschinen, die die Naegel herstellen, sind je nach ihrer Type geordnet und in Reihen aufgestellt. Zwischen je zwei Reihen verlaeuft eine Rinne, die mit Stahlgittern bedeckt ist. In dieser Rinne befinden sich Behaelter mit einem Fassungsvermoegen von 1 Tonne zur Aufnahme der Naegel aus den beiden anliegenden Maschinen. Eingleisige Kraene befoerdern die Drahtrollen zu den Maschinen und transportieren die mit Naegeln gefuellten Behaelter ab. Ein ausgekluegeltes System elektrischer Kontroll- und Signalanlagen machen Zeit- und Arbeitsverlust nahezu unmoeglich. Jede Maschine

ist mit einer Kontrolltafel im Buero des Meisters gekoppelt. Wenn ein Behaelter zwischen zwei Maschinen voll ist, betaetigt der Maschinenmeister einen Knopf und loest damit eine Reihe mechanischer Vorgaenge zum Abtransport, Wiegen und Befoerdern des Behaelters zur Polierwerkstaette und zum Zurueckfuehren des leeren Behaelters aus. In der Zwischenzeit setzen die Maschinen jedoch nicht aus. In Gleitbahnen, die sich zwischen den Maschinen und den Behaeltern befinden, sammeln sich inzwischen die Naegel an, bis der Ersatzbehaelter wieder eingetroffen ist. Die Lichtsignale ermoeglichen es dem Werkmeister, den Verlauf der Arbeiten staendig zu verfolgen und mit einem Blick festzustellen, wann und wo eine Verzoegerung eintritt.

Die Kontrolle des vollautomatischen Polierprozesses ist noch weit vollkommener. Die Kontrollstelle ist ein kleiner, gegen Geraeusche gesicherter Raum durch dessen Fenster der Hauptraum der Werkstatt staendig beobachtet werden kann. Dem Maschinenmeister ist es moeglich durch die Bedienung dreier Schalter von beherrschenden Punkten aus sechs Paar Poliertrommeln gleichzeitig zu bedienen, aus denen die Naegel nach einer bestimmten Zeit in Transportkuebel geschuettet werden.

Die Kontrolle der Arbeits- und Pruefkarten der Behaelter geschieht durch eine aehnliche Kontrollanlage. Das Verpacken, das Stapeln und der Versand werden ebenfalls mit gleicher mechanischer Vollkommenheit und Arbeitersparnis durchgefuehrt. Der Gesamteindruck des Betriebes ist der einer reibungslosen und offensichtlich muhelosen Leistungsfahigkeit. Wo auch immer Maschinenkraft die Arbeit der Haende und Muskeln des Menschen uebernehmen kann, hat sie es getan.

In der Nagelfabrik bedienen vier Arbeiter und ein Ersatzmann je 48 Maschinen, waehrend es unter dem alten System nur zwei waren. Aufgabe des Ersatzmannes ist es, die anderen Werkmeister zu unterstuetzen und selbst als Meister einzuspringen, wenn dies erforderlich ist. Alle Arten Maschinen sind aufs sorgfaeltigste normiert, damit saemtliche Teile ausgewechselt werden koennen. Regelmassiges Ueberholen und Reparieren der Maschinen macht Ausfaelle fast unmoeglich. Wenn dieser Fall jedoch eintritt, so kann der Schaden auf jeden Fall binnen hoechstens zwei Stunden behoben werden.

Die 150 Maschinenmeister der Fabrik, die in zwei Schichten arbeiten, und die Vertreter ihrer Gewerkschaft (Gewerkschaft allgemeiner und oeffentlicher Betriebe) haben sich begeistert zu dem neuen Produktionsverfahren bekannt. Was bisher eine schmutzige und schwere Arbeit war, die viel physische Kraft erforderte, ist zu einem verhaeltnismaessig sauberen und einfachen Vorgang geworden.

Der tatsaechliche Erfolg der Bemuehungen der Rylands-Werke kann am besten durch die Gegenueberstellung der Produktionsleistungen in folgender Tabelle veranschaulicht werden:

Durchschnittliche Produktionsleistung je Arbeitskraft u. -stunde

| Nagelgroesse | Nach dem alten System | Nach dem neuen System | Steigerung der Produktionsleistung |
|--------------|-----------------------|-----------------------|------------------------------------|
| 6 Zoll | 7.244 cwts * | 11.906 cwts * | 64.36% |
| 4 Zoll | 3.658 " | 6.294 " | 72.06% |
| 2 Zoll | 5.412 " | 13.000 " | 140.00% |
| 1 Zoll | 1.122 " | 3.250 " | 189.66% |

*(1 cwts = 45 kg)

Die Produktionsleistung im gesamten Betrieb, einschliesslich des gesamten Personals, konnte pro Mann und Arbeitsstunde um 62% gesteigert werden!

"Target"
V/50

IAA STELLT VERBESSERUNG DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ARBEITGEBERN UND ARBEITNEHMERN FEST

Das IAA veroeffentlichte in Genf einen Bericht ueber wechselseitige Arbeitgeber-Arbeitnehmer Beziehungen, in dem eine Verbesserung dieser Beziehungen auf betrieblicher Ebene und eine zunehmende Verankerung der Schlichtungs- und der Schiedssprechungs-methoden festgestellt wird.

Dieser Bericht enthaelt Vorschlaege zu fuenf neuen, internationalen Abkommen, die 1.) Tarifvertraege zur Regelung der Loehne und Arbeitsbedingungen, 2.) Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf betrieblicher Ebene, 3.) freiwillige Schlichtung und Schiedssprechung, 4.) Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behoerden und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und 5.) eine aehnliche Zusammenarbeit auf einzelstaatlicher Basis zum Gegenstand haben.

Diese Abkommen sollen in Form offizieller Empfehlungen des IAA und nicht als internationale Konventionen betrachtet werden, da diese von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden muessen.

Ueber die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sagt der Bericht:

"In einer beträchtlichen Anzahl Laender wurden seit dem Kriege bei dem Aufbau der Zusammenarbeitsmassnahmen innerhalb der Betriebe beachtliche Fortschritte erzielt."

Eine Umfrage bei Betrieben in den Vereinigten Staaten hat ergeben, dass von 263 Unternehmen, die den Fragebogen beantworteten, in 226 die Zusammenarbeit in irgendeiner Form bereits seit mehreren Jahren besteht. Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist somit weiter verbreitet als allgemein angenommen wird. In Kanada gab es am 31. Maerz 1949 615 Ausschuesse, die die Interessen von 275.000 Arbeitern vertraten. Der Bericht faehrt fort:

"In neuerer Zeit macht sich seitens der Gewerkschaften die Tendenz bemerkbar, den Massnahmen zur Steigerung der Produktionsleistung im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der Arbeiter selbst groessere Bedeutung beizumessen.

"Auch die Arbeitgeberorganisationen sind in zahlreichen Laendern bestrebt, den Massnahmen zur Steigerung der Produktionsleistung und der Notwendigkeit, Bestimmungen zur Sicherung der Arbeiterinteressen zu erlassen, groessere Aufmerksamkeit zu schenken. Es kann gesagt werden, dass viele Hindernisse, die sich den gemeinsamen Bemuehungen zur Steigerung der Produktionsleistung in den Weg stellten, bereits ueberwunden sind oder noch ueberwunden werden koennen."

In wenigstens 48 Laendern sieht die Gesetzgebung Tarifvertraege in der einen oder anderen Form vor, zum Teil bestehen sie bereits auf Grund besonderer Vereinbarungen.

In dem Bericht heisst es weiter:

"Die Methode, Arbeits- und Einstellungsbedingungen in Tarifvertraegen festzulegen, setzt sich mehr und mehr durch. Nach den Worten des Praesidenten der Vereinigten Staaten muss das freie Tarifverhandlungswesen geschuetzt und gefoerdert werden. Das Recht zum Abschluss von Kollektivvertraegen ist nicht nur ein grundlegendes wirtschaftliches Fundament der Gewerkschaften, es uebt darueberhinaus einen nachdruecklichen Einfluss zur Staerkung und Stabilisierung der gesamten Wirtschaft aus.

"Drei Haupttendenzen haben sich in den letzten Jahren abgezeichnet: 1.) an dem freien Kollektivvertragswesen als Mittel zur Regelung der Loehne und uebrigen Arbeitsbedingungen festzuhalten, 2.) das gleiche Kollektivvertragswesen durch breit fundierte Lohnabkommen auf einen Bruchteil zu beschraenken oder 3.) das Kollektivvertragswesen als Teil eines allgemeinen staatlichen Systems zur Regelung der Loehne und Arbeitsbedingungen auszubauen wie es in den Planwirtschaften der Laender Osteuropas der Fall ist."

Hinsichtlich der Wirksamkeit bestehender Schlichtungs- und Schiedssprechungsmethoden heisst es in den Bericht:

"Die Tatsache, dass eine kuerzlich durchgefuehrte Erhebung zeigt, dass der auf Streiks zurueckzufuehrende gesamte Arbeitszeitverlust in 22 Laendern in einer Periode von 20 Jahren weniger als zwei Zehntel eines einzigen Prozents der gesamten Arbeitszeit in jenen Laendern betrug, kann als Beweis fuer den Grad der Wirksamkeit jener Methoden angesehen werden, die in diesen Laendern zur Verhueftung und Beilegung aller Streitigkeiten zwischen Industrie und Gewerkschaften angewendet werden."

ILO News Service
VI/50

DER VERTRAG DER AUTOMOBILARBEITERGEWERKSCHAFT MIT DEN GENERAL MOTORS-WERKEN

Der folgende Bericht ueber diesen Vertrag stammt nicht aus Veroeffentlichungen der amerikanischen Gewerkschaften, sondern hier wird woertlich der Text benutzt, den die Direktion der General Motors-Werke ueber die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Automobilarbeitergewerkschaft veroeffentlicht hat. Dies erschien deshalb von besonderer Bedeutung, als dieser Bericht fuer die deutsche Oeffentlichkeit objektiver erscheinen duerfte als der von den Gewerkschaften veroeffentlichte Schlussbericht.

Zwischen den General Motors-Werken und der Automobilarbeitergewerkschaft ist ein Fuenfjahresvertrag zustandegekommen, dem man das Lohnanpassungssystem zugrundegelegt hat, auf das sich beide Partner vor zwei Jahren bereits geeinigt hatten.

Dieses Abkommen erstreckt sich auf Löhne, Pensionen, Versicherungen und bestimmte Garantien an die Gewerkschaft und regelt alle wirtschaftlichen und vertraglichen Probleme bis zum 29. Mai 1955. Es kann vor diesem Datum von keinem der beiden Partner gekündigt werden.

"Dieser Fuenfjahresvertrag ist beispiellos in der Geschichte der Arbeitnehmer-Arbeitgeber Beziehungen," erklarte C. E. Wilson, der Praesident der General Motors-Werke. "Es ist zu erwarten, dass er einen stabilisierenden Einfluss nicht nur auf unser eigenes Unternehmen, sondern darueber hinaus auf die Wirtschaft des ganzen Landes ausueben wird. Wir sind der Auffassung, dass die Tatsache, die Furcht vor einem Streik fuer fuenf Jahre gebannt zu haben, einen ungeheuer konstruktiven Erfolg fuer unsere Arbeitnehmer, unser Geschaeft, unsere Kunden, unsere Lieferfirmen und somit fuer die Allgemeinheit darstellt. Der Abschluss des Vertrages duerfte bedeuten, dass alle daran Beteiligten der Zukunft mit groesserem Vertrauen entgegensehen.

"Was wir von dem Vertrag erhoffen, ist, dass alle Arbeitsplaetze bei General Motors gute Arbeitsplaetze sind. Wir wuenschen, dass unsere Arbeitnehmer gern fuer General Motors arbeiten. Nur so koennen wir auch in Zukunft so erfolgreich wie bisher arbeiten und Qualitaetserzeugnisse fuer unsere Kunden herstellen."

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages sind folgende:

- (1) Die Lebenshaltungskostenformel wird ohne Aenderung beibehalten. Sie trat in dem 1948 abgeschlossenen Vertrag das erstemal auf und sieht vor, dass die Löhne vierteljaehrlich ueberprueft und den Veraenderungen des Verbraucherpreisindex', den das Statistische Buero des US-Arbeitsministeriums feststellt, angeglichen werden.
- (2) Ab 29. Mai 1950 wird dem Grundtarif eine jaehrliche Aufbesserungspraemie von 4 Cents je Arbeitsstunde hinzugefuegt. Waehrend der gesamten Vertragsdauer wird dieser Tarif jaehrlich um vier weitere Cents erhoehrt werden. Hierin spiegelt sich die Erkenntnis der Automobilarbeitergewerkschaft und der General Motors-Werke wider, dass ein hoeherer Lebensstandard von den technologischen Fortschritten und der Zusammenarbeit der Arbeitnehmer abhaengt.
- (3) Allen Arbeitnehmern, die von diesem Vertrag erfasst werden und 25 Dienstjahre hinter sich haben, wird aus einer nicht beitragspflichtigen Pensionskasse eine Mindestpension in Hoehe von 100 Dollar, einschliesslich der Pension der Bundesstaatlichen Sozialversicherung, gezahlt. Wenn die eingereichten Vorschlaege zur Erhoehung der Bundesstaatlichen Sozialversicherungs-Unterstützungen Gesetz werden, wird die Pension der General Motors-Arbeiter sich in der Form erhoehen, dass die Teilpension der General Motors-Werke die gleiche wie bei dem Monatssatz von 100 Dollar bleibt, auch wenn durch diese Erhoehungen sich Betraege ergeben, die die Hundert Dollar Summe betraechtlich ueberschreiten. Die Werke werden auch weiterhin fuer jeden pensionsberechtigten Arbeitnehmer monatlich nicht weniger als 1.50 Dollar an Pensionsbeitraegen zahlen.
- (4) Die Lebens-, Kranken- und Unfallversicherungen werden nach dem neuen Versicherungsprogramm der General Motors verbessert, ohne dass den Arbeitnehmern zusaetzliche Kosten entstehen. Ausserdem werden die General Motors-Werke die Haelfte der Kosten fuer Krankenhausaufenthalte und fuer die aertzliche Behandlung des Arbeitnehmers und seiner Familie uebernehmen.

(5) Fuer den Schutz der Gewerkschaften tritt eine abgeaenderte Bestimmung in Kraft, fuer die sich eine grosse Mehrheit der von der Automobilarbeitergewerkschaft vertretenen Arbeitnehmer der General Motors-Werke im Februar dieses Jahres ausgesprochen hat. Nach den Bestimmungen des Taft-Hartley-Gesetzes hat die Regierung diese Abstimmung ueberwacht.

"Die Frage des Schutzes der gewerkschaftlichen Rechte", erklarte Praesident Wilson, "ist in praktischer und durchfuehrbarer Weise geloest worden. Die Gewerkschaft hat nach dem neuen Vertrag die Moeglichkeit, ihrer Verantwortung besser gerecht zu werden. Die zum Ausdruck gebrachten Wuensche der Mehrheit werden beruecksichtigt, aber zu gleicher Zeit wird auch der Entscheidung der Minderheit Rechnung getragen, die aus irgendwelchen Gruenden nicht Mitglied der Gewerkschaft sein wollen."

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages enthalten u.a. folgende Einzelheiten:

Die Loehne werden vierteljaehrlich den Lebenshaltungskosten angeglichen werden, denen der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bueros des US-Arbeitsministeriums zugrundeliegt. Der Stichtag-Index vom 15. April, der am 19. Mai veroeffentlicht wurde, machte keine Angleichung des gegenwaertigen Lebenshaltungskostenzuschusses erforderlich. Infolgedessen wird der bisherige Zuschuss von drei Cents je Stunde in den naechsten drei Monaten keine Aenderung erfahren. Die naechste Ueberpruefung des Lebenshaltungskostenzuschusses wird unter Zugrundelegung des Verbraucherpreisindex vom 15. Juli im September erfolgen.

Mit Wirkung vom 29. Mai 1950 wird der Grundtarif in Anbetracht technischer Verbesserungen um eine jaehrliche Aufbesserungspraemie von vier Cents je Stunde erhoert. Fuer die Gesamtdauer des Vertrages werden dem Tarif jaehrlich weitere vier Cents je Stunde hinzugefuegt werden. Die jaehrliche Aufbesserungspraemie betrug nach dem Vertrag von 1948 drei Cents je Stunde.

Beide Partner halten weiterhin an dem Grundsatz fest, dass der technische Fortschritt gefoerdert werden muss, um diese jaehrliche Aufbesserungspraemie zu ermoeeglichen. Der Vertrag enthaelt folgende Bestimmung zu dieser Frage:

"Die in diesem Vertrag vorgesehene Aufbesserungspraemie zeigt, dass eine staendige Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer von dem technischen Fortschritt, von besseren Werkzeugen, Arbeitsmethoden und Ausruestung sowie von der Zusammenarbeit der beiden Partner abhaengt. Dieser Methode liegt ausserdem der Grundsatz zugrunde, dass es ein gesundes wirtschaftliches und soziales Programm ist, mit dem gleichen Aufwand an Arbeitskraft mehr als bisher produzieren zu wollen."

Fuer bestimmte Fachberufe sind Lohnangleichungen vorgenommen worden, wodurch die Tarife fuer Werkzeugmacher, Former und gewisse andere Facharbeitergruppen ausser der Aufbesserungspraemie noch um fuenf Cents je Stunde erhoert werden.

Der neue Vertrag enthaelt ausserdem ein grosszuegig gestaltetes Programm der Urlaubsbezahlung. Arbeitnehmer mit einem Dienstjahr erhalten 40 Stunden, mit drei bis vier Dienstjahren 60 Stunden, mit fuenf bis 14 Dienstjahren 80 Stunden und mit mehr als 15 Dienstjahren 120 Stunden bezahlten Urlaubs.

Alle Arbeitnehmer im pensionsberechtigten Alter, die 25 Dienstjahre erreicht haben, erhalten eine Mindestpension von monatlich

100 Dollar, wobei in dieser Summe die Bezuege aus der Bundesstaatlichen Sozialversicherung eingeschlossen sind.

Fuer Arbeitnehmer mit weniger als 25, aber mit mehr als zehn Dienstjahren betragen die Pensionen einschliesslich der Bezuege aus der Bundesstaatlichen Sozialversicherung, monatlich mindestens vier Dollar fuer jedes zurueckgelegte Dienstjahr.

Nach dem gegenwaertigen oder irgendeinem zukuenftigen Bundesstaatlichen Sozialversicherungsgesetz wird der Anteil der General Motors-Werke an allen Pensionen fuer die Dauer dieses Vertrages mindestens monatlich 1.50 Dollar fuer jedes Dienstjahr betragen.

Das normale pensionsberechtigte Alter ist 65 Jahre. Jeder Arbeitnehmer kann jedoch auf eigenen Wunsch, vorausgesetzt, dass er dazu in der Lage ist, bis zum Alter von 68 Jahren weiterarbeiten, mit dem er dann automatisch pensioniert wird. Mit Genehmigung der Gesellschaft kann ein Arbeitnehmer mit ueberdurchschnittlichem fachlichem Koennen und guter Gesundheit auch nach dem 68. Lebensjahre noch weiter taetig bleiben.

Bis zum 1. Januar 1952 sollen, ausser auf eigenen Wunsch des Arbeitnehmers, keine Pensionierungen erfolgen. Fuer diejenigen, die nach dem 1. Januar 1950 pensioniert wurden, und denen nach dem Vertrag die Pensionsberechtigung zuerkannt ist, beginnen die Pensionszahlungen am 1. Oktober 1950.

Der Pensionsfonds steht unter Treuhaenderschaft und soll auf 30-jaehriger Basis finanziert werden. Ein gemeinsamer Ausschuss der General Motors-Werke und der Gewerkschaft wird gebildet, um ueber die Pensionsberechtigung jedes einzelnen Arbeitnehmers zu beraten.

Eine andere Bestimmung des Pensionsplanes sieht vor, dass jeder Arbeitnehmer, der mindestens 15 Dienstjahre zurueckgelegt hat und danach voellig und dauernd arbeitsunfaehig wird, nach Vollendung seines 50. Lebensjahres eine Invalidenrente von 50 bis 90 Dollar im Monat, je nach der Anzahl seiner Dienstjahre, bezieht. Diese Invalidenrente steht ihm zu, bis er 65 Jahre alt ist; von da ab faellt er unter die regulaeren Pensionsbestimmungen. Unabhaengig von dieser Invalidenrente kann der Arbeitnehmer nach den Bestimmungen ueber Arbeitsunfaehigkeit, wie sie der Versicherungsplan der General Motors-Werke enthaelt, eine Unterstuetzung von der Gesellschaft beziehen.

Die nach dem Gruppenversicherungsplan der General Motors-Werke jetzt gueltigen Lebens-, Kranken- und Unfallversicherungen bleiben bei einer Erhoehung der Lebensversicherungssumme um 500 Dollar und der woeentlichen Unterstuetzungen bei Krankheit und Unfall um 14 Dollar bestehen, ohne dass der Arbeitnehmer hoehere Praemien fuer diese Versicherungen zu zahlen hat. Nach dem neuen Vertrag wird sich somit die Lebensversicherungssumme auf 2.500 bis 5.000 Dollar und die woeentlichen Krankheits- und Unfallunterstuetzungen auf 28 bis 45.50 Dollar bis zu einer Dauer von 26 Wochen belaufen.

Die General Motors werden nach dem neuen Plan den in Krankenhausbehandlung befindlichen Arbeitnehmern fuer ihre aertzliche Behandlung einen Hoechstbetrag von 5 Dollar pro Tag gewaehren bis zu einer Hoechstdauer von 70 Tagen, fuer Krankenhausaufenthalt gilt das gleiche.

Die in dem Vertrag von 1948 enthaltene Klausel ueber den Schutz der gewerkschaftlichen Rechte, in der der Abzug der Gewerk-

schaftsbeitraege und sonstiger Abgaben auf freiwilliger Basis vorgesehen war, wird wie folgt abgeaendert:

1. Allen Arbeitnehmern, die bei Inkrafttreten dieses Vertrages nicht Mitglied der Gewerkschaft sind und keine Beiträege an die Gewerkschaft entrichten, wird der Beitritt zur Gewerkschaft nicht zur Bedingung ihrer Weiterbeschaeftigung gemacht. Fuer die Dauer dieses Vertrages sind sie nicht verpflichtet, irgendwelche Abgaben oder Beiträege an die Gewerkschaft zu entrichten.

2. Alle Arbeitnehmer, die gegenwaertig Mitglied der Automobilarbeitergewerkschaft (CIO) sind und Beiträege an die Gewerkschaft direkt oder indirekt auf dem Wege des Lohnabzugs zahlen, sind verpflichtet, ihre Mitgliedschaft in dieser Gewerkschaft fuer die Dauer des Vertrages insofern aufrechtzuerhalten, als es sich um die Zahlung von Beiträegen und sonstigen Abgaben handelt.

3. Nach Inkrafttreten dieses Vertrages muss ein neuangestellter Arbeitnehmer nach einer Probezeit von drei Monaten der Gewerkschaft beitreten und Beiträege sowie sonstige Abgaben entrichten. Der Arbeitnehmer ist jedoch berechtigt, binnen nicht weniger als zehn und nicht mehr als zwanzig Tage vor Ablauf seines ersten Arbeitsjahres, das mit der Beendigung der Probezeit beginnt, aus der Gewerkschaft auszutreten und die Zahlung weiterer Beiträege ohne Nachwirkungen auf sein Beschaeftigungsverhaeltnis einzustellen. Wenn er sich entschliesst, Mitglied zu bleiben, muss er als Beschaeftigungsbedingung seine Mitgliedschaft durch Entrichtung der Gewerkschaftsbeitraege und sonstiger Abgaben bis zum Ablauf dieses Vertrages aufrechterhalten.

Mitteilung der General Motors
Corporation
23/V/50

RUTGERS INSTITUT FEIERT 20-JAEHRIGES BESTEHEN

William Green, der Praesident der AFL, besuchte die Rutgers Universitaet, um dort anlaesslich des 20. Jahrestages der Gruendung dieses Gewerkschaftsinstituts zu sprechen.

Green hatte diese Universitaet bereits vor 20 Jahren besucht. Damals war er Zeuge eines voellig neuen Experiments, das darin bestand, dass sich Erzieher und Gewerkschaftler an den gleichen Tisch setzten, um sich vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ueber Arbeitslosigkeit zu unterhalten.

Green erklarte seinen Zuhoerern - Funktionaere des Gewerkschaftsbundes, Erzieher und fuehrende Persoenlichkeiten der Regierung - dass sie damals Geschichte gemacht haetten. Die verflossenen Jahre haetten die Richtigkeit dieses Experiments unter Beweis gestellt.

Dieser Gewerkschaftsfuehrer, der stets den Ausbau der Arbeiterbildung befuerwortete, war nicht der Einzige, der als Beobachter an der ersten regulaeren Konferenz amerikanischer Erzieher und Gewerkschaftler im Juni 1931 teilgenommen hatte. Selbst aus Michigan waren Vertreter der Universitaeten gekommen, um zu sehen, ob dieses Projekt durchfuehrbar sei.

Die massgeblichen Persoenlichkeiten der Universitaet Michigan waren von dem Wert zusammengefasster Arbeitsinformationen so ueberzeugt, dass bis zum Juni des folgendes Jahres ein aehnliches Institut in Ann Arbor gegruendet wurde. Heute arbeiten 75 Hochschulen und Universitaeten in 40 Staaten der USA nach dem Vorbild des Rutgers-Instituts.

Noch staerker war jedoch die Gewerkschaftsbewegung von dem Ergebnis jener Konferenz vor zwanzig Jahren beeindruckt. Noch vor dem Abschluss der fuenftaegigen Sitzungsperiode forderten die Delegierten einstimmig die Einberufung weiterer Konferenzen. Der Gewerkschaftsbund in New Jersey richtete auf seiner naechsten Jahreskonferenz an Rutgers die Bitte, diese Konferenzen alljaehrlich stattfinden zu lassen.

In Anerkennung der Verdienste, die sich das Institut auf dem Gebiet der wechselseitigen Arbeitnehmer-Arbeitgeber Beziehungen erworben hatte, wurde im Jahre 1947 durch eine gesetzgeberische Akte des Staates New Jersey das Rutgers Institut fuer Arbeitgeber-Arbeitnehmer Beziehungen gegruendet.

"Wekkly News Service" der AFL
VI/13/50

WIE EINE GEWERKSCHAFT ZU EINER EISENBAHN AUF PUERTO RICO KAM

Die ehemaligen Besitzer der Puerto Rico-Eisenbahn haben zu ihrem Bedauern feststellen muessen, dass die Weigerung, Mindestloehne zu zahlen, den Verlust einer Eisenbahn mit sich bringen kann. Und sie koennen in der Tat sehr betruebt sein, denn sie sind nicht mehr Besitzer der Eisenbahn.

Die Gesellschaft hatte sich behaerlich geweigert, Mindestloehne zu zahlen, das gesamte Eigentum der Eisenbahngesellschaft wird deshalb in kurzer Zeit in den Besitz der Arbeitnehmer uebergehen, die Mitglieder des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes von Puerto Rico (Confederacion General de Trabajadores) sind, waehrend die eigentlich zustaeendige Gewerkschaft die Eisenbahnergewerkschaft von Puerto Rico ist.

Die Eisenbahn-Gesellschaft hatte sich nie an das im Oktober 1938 auf Puerto Rico in Kraft getretene Lohn- und Arbeitszeitgesetz gehalten und missachtete es staendig. Dabei belief sich der Mindestlohn auf Puerto Rico und den Virgin-Inseln nur auf 25 Cents in der Stunde - die Eisenbahn-Gesellschaft zahlte drei Jahre lang einer ganzen Reihe ihrer Arbeitnehmer nur drei Cents pro Stunde!

Der von der Eisenbahnergewerkschaft angestrengte Prozess, der mit der Ueberfuehrung der Eisenbahn in den Besitz der Arbeiter endete, erstreckte sich bereits ueber neun Jahre.

Als die Prozessaussichten unguenstig wurden, hielt die Gesellschaft die Zeit fuer gekommen, ihren Arbeitern Einigungsvorschlaege zu unterbreiten. Die Unternehmer boten den Eisenbahnern an, die Foerdierungen auf rueckstaendige Loehne bis zu einem Betrag von 700.000 Dollar auszuzahlen, diese Summe haette jedoch nur 45% des geschuldeten Betrages ausgemacht.

Als Gegenleistung sollten die Arbeiter Verzichtserklaerungen unterschreiben, die die Unternehmer jeglicher weiterer Verpflichtungen enthoben haetten. Unter den Eisenbahnarbeitern gab es jedoch kluegere Koepfe. Sie baten Ernesto Ramos Antonini, den Sekretaer fuer auswaertige Beziehungen und Rechtsberater des Gewerkschaftsbundes von Puerto Rico, um einen Rat. Ramos Antonini ist ausserdem Sprecher im Repraesentantenhaus von Puerto Rico.

Der Rechtsberater des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes von Puerto Rico verklagte die Gesellschaft beim amerikanischen Bezirksgericht in Puerto Rico. Er bestand nicht nur auf der Annullierung der Abkommen, die zwischen der Gesellschaft und einzelnen Arbeitern zustande gekommen waren, sondern auch darauf, dass die Gesellschaft den Arbeitern eine Gesamtsumme von etwa drei Millionen Dollar schuldet, in der ueber die angebotenen 700.000 Dollar hinaus die restlichen 55% an rueckstaendigen Loehnen und eine Entschaedigung von 100% enthalten sind.

Das Gericht entschied jedoch zugunsten der Eisenbahn-Gesellschaft. Ramos Antonini, ein Mann, der nicht leicht etwas aufgibt, brachte den Fall vor das Bezirksappellationsgericht von Boston, das die Unternehmer verurteilte.

Aber die Gesellschaft wollte unter allen Umstaenden den Prozess gewinnen und wandte sich an den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, der jedoch das Urteil bestaetigte.

Die Gesellschaft machte jetzt Bankerott. Die Arbeiter sahen, wie ihnen die Fruechte ihres schweren Kampfes um ihr Recht regelrecht entglitten, es konnte ihnen passieren, dass sie in dem Konkursverfahren eine wesentlich geringere Summe erhielten, als ihnen durch das Gerichtsurteil zuerkannt war.

Auf Veranlassung Ramos Antoninis und der Fuehrer der Eisenbahnergewerkschaft ueberpruefte der Gouverneur von Puerto Rico, Luis Munos Marin die Moeglichkeiten, die Eisenbahngesellschaft in den Besitz der Arbeiter uebergehen zu lassen.

Es war ein gluecklicher Tag fuer die Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft von Puerto Rico, als die Dokumente ueber die Uebergabe der Eisenbahngesellschaft an die Arbeiter unterzeichnet wurden.

Die Arbeiter haben 40 Jahre Zeit, um den endgueltigen Kauf der Eisenbahngesellschaft durchzufuehren. Sie werden die Verwaltung der Eisenbahn einer Genossenschaft uebergeben, die sie bereits gebildet haben. In wenigen Wochen wird sich das gesamte Eigentum der Eisenbahngesellschaft in ihrem Besitz befinden.

Kurze Zeit spaeter gab es einen anderen grossen Tag in der Geschichte der Eisenbahnergewerkschaft. 712714 Dollar wurden in Form von Schecks oder Genossenschaftsaktien in San Juan, Ponce und Mayaguez an die Gewerkschaftsmitglieder verteilt.

Ramos Antonini sprach waehrend der Feier, auf der die ersten Schecks und Aktien ausgehaendigt wurden. An dieser Feier nahmen teil: George De Nucci, der Vertreter des CIO in Puerto Rico, Ernest Schwarz, der Sekretaer des AFL-Komitees fuer latein-amerikanische Angelegenheiten sowie Fernando Zegri, der Konkurs-

Verwalter der Eisenbahngesellschaft nach dem Bankerott.

Wenn Sie also einmal in Puerto Rico reisen sollten, dann wird Ihr Zug von Arbeitern bedient werden, die gleichzeitig Besitzer der Eisenbahn sind.

The CIO News
VI/12/50

KEINE GEHEIMEN STREIKBEFEHLE IM BERGARBEITERSTREIK

John L. Lewis, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, erklarte in einem Schreiben an einen Unterausschuss des Komitees des Repraesentantenhauses fuer Erziehung und Gewerkschaften, der sich mit Gewerkschaftsdemokratie beschaeftigt, dass waehrend des Bergarbeiterstreiks im letzten Winter keine geheimen Streikbefehle an die Arbeiter ergangen seien. Diese Frage wurde eroert, weil ein Gewerkschaftsfunktionaer, der wegen einer Strafe von 50.000 Dollar seiner Funktionen enthoben worden war, der Gewerkschaft vorgeworfen hatte, geheime Instruktionen zur Einstellung der Arbeit an die Arbeiter gegeben zu haben.

Weekly Labor News Digest
V/50/17

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale

ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 18

Frankfurt, 7. Juli 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Kolumbianischer Gewerkschaftsbund tritt aus dem Weltgewerkschaftsbund aus - - - - - | 1 |
| Die Havanna-Konferenz gründet interamerikanische Vereinigung fuer Demokratie und Freiheit - - - - - | 2 |
| AFL protestiert gegen die Aufloesung der Erdoelarbeitergewerkschaften in Venezuela - - - - - | 4 |
| Juan A. Acuna: Die Montevideo-Konferenz des Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbundes - - - - - | 5 |
| Pere F. Seward: Oeffentliche Arbeiten - Schluessel zum Fortschritt - - - - - | 6 |
| Arbeitsmoeglichkeiten und Umsiedlung - - - - - | 9 |
| Arbeitsminister Tobin zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zum Gesetz fuer gerechte Arbeitsnormen | 11 |
| Internationaler Verband der Vereinigungen fuer Arbeiterbildung - - - - - | 12 |
| Perons Antwort an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften - - - - - | 15 |

KOLUMBIANISCHER GEWERKSCHAFTSBUND TRITT AUS DEM WELTGEWERKSCHAFTSBUND AUS.

Dem Beispiel des mexikanischen Gewerkschaftsbundes folgend, hat sich der Kolumbianische Gewerkschaftsbund auf seiner letzten Konferenz in Bogota entschlossen, aus dem Welt- und dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund auszutreten. Der Vorschlag, die kommunistisch gefuehrte Weltgewerkschaftsorganisation zu verlassen, wurde von den Kommunisten und einer kleinen Gruppe irrefuehrter "Liberaler" heftig angefochten. Es gelang ihnen jedoch nicht, die notwendigen Stimmen zur Ablehnung des Vorschlags sich zu sichern. Spaeter verliessen sie die Konferenz und bildeten eine eigene Organisation. Sie griffen damit zu der typisch kommunistischen Taktik, die all das zerstoeren wollen, was sie nicht beherrschen koennen.

Die Mehrzahl der Delegierten des Kolumbianischen Gewerkschaftsbundes bekraeftigte daraufhin ihren Entschluss, aus dem Weltgewerkschaftsbund und dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund auszutreten, indem sie sich eindeutig fuer den Anschluss an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften aussprachen, dessen Zentrale sich in Bruessel befindet. Die regionalen Organisationen fuer die westliche Hemisphaere soll in Kuerze gebildet werden.

Inter-American Labor News
VI/50

DIE HAVANNA-KONFERENZ GRUENDET INTERAMERIKANISCHE VEREINIGUNG FUER DEMOKRATIE UND FREIHEIT

Die freie Gewerkschaftsbewegung hat mit der Interamerikanischen Konferenz fuer Demokratie und Freiheit, die in Havanna abgehalten wurde und vom Interamerikanischen Gewerkschaftsbund auf seiner zweiten Konvention in Havanna im September vorigen Jahres befuerwortet worden war, einen weiteren Sieg im Kampf um die Erhaltung der zivilen Rechte der Hemisphaere zwischen Atlantik und Stilleem Ozean errungen. Die Konferenz stand unter der Schirmherrschaft eines ausgezeichneten Komitees massgeblicher politischer Persoenlichkeiten, Intellektueller und Gewerkschaftsfuehrer und bot zum erstenmal den wahrhaft demokratischen Kraefte Nord-, Mittel- und Suedamerikas eine Gelegenheit, zusammenzukommen. Frei von jedem Druck seitens der Regierungen und frei von jeden diplomatischen Beschraenkungen eroeuerte und plante die Konferenz, was die amerikanischen Voelker zur Abwehr des Totalitarismus und zur Staerkung der Demokratie und Freiheit gemeinsam tun koennen.

Obwohl nur wenige Monate zur Vorbereitung dieser Konferenz zur Verfuegung standen, und obwohl die Kommunisten und ein halbes Dutzend Militaerdiktaturen oder ultrareaktionaere Regierungen Lateinamerikas von Anfang an offen gegen die Einberufung dieser Konferenz kaempften, waren doch nahezu 150 Delegierte im Kapitol von Havanna zu diesem historischen Treffen versammelt. Sie kamen aus Argentinien, Uruguay, Chile, Peru, Kolumbien, Panama, Venezuela, Honduras, Costa Rica, Nicaragua, Guatemala, Mexiko, Puerto Rico, der Dominikanischen Republik, Kuba und den Vereinigten Staaten. Einige von ihnen waren beruehmte Intellektuelle, andere politische Fuehrer und Gewerkschafter, die im Exil leben; ausserdem waren Kongressmitglieder, Senatoren, Kabinettsminister, Journalisten, Universitaetsprofessoren und Gewerkschaftsfuehrer jener Laender zugegen, in denen die Demokratie stark und gesichert ist.

Als Delegierte der Gewerkschaftsbewegung waren anwesend: George P. Delaney, Charles Zimmermann und Serafino Romualdi von der AFL; Dr. Ernst Schwarz vom CIO; Senator Eusebio Mujal und Pablo Balbuena vom kubanischen Gewerkschaftsbund; Franzisco Aguirre, Generalsekretaer des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes; Augusto Malave Villalba vom Gewerkschaftsbund Venezuelas; Oscar Zuniga vom Gewerkschaftsbund "Rerum Novarum" von Costa Rica; Andres Townsend vom peruanischen Gewerkschaftsbund und Bernoardo Ibanez, der chilenische Praesident des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes und Vizepraesident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften.

Der doppelte Zweck dieser Konferenz bestand in der Demonstration der interamerikanischen, demokratischen Solidaritaet gegen jegliche Form des Totalitarismus und in der Begrueudung einer staendigen Organisation, deren zukuenftige Taetigkeit sich nicht nur in der westlichen Hemisphaere erschoepfen soll, sondern auch mit aehnlichen Organisationen in anderen Teilen der Welt zusammenarbeiten soll, falls die Notwendigkeit dafuer gegeben ist. Beide Aufgaben wurden geloest.

In der Havanna-Deklaration wurde die demokratische Solidaritaet der Voelker Amerikas in hervorragender Weise zum Ausdruck gebracht und proklamiert. In dieser Deklaration wurde der Chapultepecer-Grundsatz erneut feierlich bestaetigt, in dem es heisst: "Amerika kann nicht ohne Gerechtigkeit und ohne Freiheit leben."

Die Havanna-Deklaration verurteilt aufs schärfste jede Form von Kommunismus, Faschismus, Falangismus und Nazismus; sie proklamiert die Notwendigkeit, den Lebensstandard der Völker zu heben, um die Demokratie Wirklichkeit werden zu lassen; sie befürwortet die uneingeschränkte Garantie politischer, gewerkschaftlicher, bürgerlicher und religiöser Freiheiten; sie bestätigt erneut die Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. In ihr wird jedoch auch die Forderung erhoben, jene Regierungen, die das Ergebnis einer militärischen Erhebung gegen ein verfassungsgemäßes Regime darstellen, anzuerkennen.

In anderen von der Konferenz gebilligten Resolutionen wird jedoch gefordert, dass jenen Regierungen wirtschaftliche und finanzielle Hilfe versagt werden müsse, die die bürgerlichen und gewerkschaftlichen Freiheiten missachten; es wird vor Waffenlieferungen an die Militär-Diktaturen Lateinamerikas gewarnt, die zur Bekämpfung der demokratischen Opposition und nicht zur Verteidigung der Hemisphäre verwendet werden könnten; es wird proklamiert, dass die Amerikaner zu der demokratischen Familie der Welt gehören, und dass sich die Neue Welt bereit erklärt hat, gemeinsam gegen jegliche Form totalitärer Durchdringung und Aggression zu kämpfen.

Um diese Ziele verwirklichen zu können, beschloss die Konferenz einstimmig, die Interamerikanische Vereinigung für Demokratie und Freiheit zu gründen. Der Hauptsitz dieser Vereinigung wird Montevideo, die Hauptstadt Uruguays sein. Eine ständige Delegation wird ihren Sitz in den Vereinigten Staaten haben, wo sie in Washington und New York Büros bezieht. Dieser Delegation fällt die bedeutungsvolle Aufgabe zu, Beziehungen zu der Organisation der Vereinten Nationen und ihren verschiedenen Kommissionen zu unterhalten, die sich mit Menschen- und Bürgerrechten befassen. Die Delegation wird in ständigem Kontakt bleiben mit den amerikanischen Staaten, mit dem US-Arbeitsministerium und anderen Regierungsbehörden, die sich mit lateinamerikanischen Fragen beschäftigen, mit dem Kongress, der Presse, den Lehranstalten, den Gewerkschaften und anderen Sektoren der amerikanischen öffentlichen Meinung.

Die Delegation hat weiterhin die Aufgabe, die Tätigkeiten der ihr angeschlossenen Organisationen in der gesamten westlichen Hemisphäre auf einen Nenner zu bringen, sodass die Einheitlichkeit der Aktion im Hinblick auf grundlegende Probleme der Demokratie gefördert wird. Sie wird ausserdem von Zeit zu Zeit genaue Informationsberichte über den Stand der Demokratie und der Sicherung bürgerlicher Rechte in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern veröffentlichen, die von unparteiischen und unbeeinflussten Persönlichkeiten zusammengetragen und ausgewertet werden; diese Informanten müssen sich von jeder Partei-ergreifung fernhalten, da diese oft das Urteil eines Einzelnen oder ganzer Gruppen beeinflussen könnten, dass diese Grundrechte der Verfolgung oder gesetzeswidriger Handlungsweisen einer Regierung ausgesetzt seien.

Obwohl in dieser Konferenz die Gewerkschaftsvertreter in der Minderheit waren, muss gesagt werden, dass die Schlüsselstellung des Gewerkschaftswesens in dem weltumfassenden Kampf um die Erhaltung bürgerlicher Freiheiten anerkannt wurde. George P. Delaney von der AFL wurde beauftragt, die Gewerkschaften in dem siebenköpfigen Ehrenpräsidium der Gründungs-

sitzung dieser Konferenz zu vertreten. Serafino Romualdi (AFL) und Dr. Ernst Schwarz (CIO) wurden als Gewerkschaftsvertreter in den neun Mitglieder umfassenden Exekutivausschuss der neugegründeten interamerikanischen Organisationen gewählt.

Die uebrigen Mitglieder des Exekutivausschusses sind Roger N. Baldwin und Frau Frances Grant (US), Dr. Emilio Frugoni und Senator Juan Guichon (Uruguay), Victor Raul Hava de la Torre (Peru), den Senator Manuel Seoane zeitweilig vertreten wird, Dr. Aureliano Sanchez (Kuba) und Professor German Arciniegas (Kolumbien). Stellvertretende Mitglieder sind Walter White (USA), Dr. Ernesto Sarmartino (Argentinien), Dr. Manuel Galich (Guatemala), Dr. Manuel Fazio (Costa Rica) und Senator Eduardo Rodriguez (Uruguay).

Labor News des Interamerikanischen
Gewerkschaftsbundes
VI/50

AFL PROTESTIERT GEGEN DIE AUFLÖSUNG DER ERDOELARBEITERGEWERKSCHAFTEN IN VENEZUELA

Die Militaerregierung Venezuelas schrieb im vorigen Monat ein weiteres schwarzes Kapitel in ihr Tagebuch antigewerkschaftlicher Massnahmen. Sie loeste 46 Lokalgewerkschaften der Erdoelarbeiter auf, die in Streik getreten waren, um die Unternehmer zu zwingen, Verhandlungen ueber einen neuen Lohnstarif in die Wege zu leiten.

Sobald es offenbar wurde, dass durch den Streik die Erdoelproduktion fast 100-prozentig stillgelegt wurde, erklarte die Regierung den Streik als illegal. Sie loeste sofort alle daran beteiligten Gewerkschaften auf und erliess den Befehl, die Wohnungen der Streikenden vom Wasser-, Strom- und Gasversorgungsnetz zu trennen. An vielen Stellen verwehrte man ihnen sogar den Zutritt zu den Verkaufslaeden, die Eigentum der Unternehmer sind, man entzog den Streikenden somit buchstaeblich die Nahrung. In Telegrammen an den Vorsitzenden der UNO-Komission fuer Menschenrechte und den Generalsekretaer des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften wurden diese unmenschlichen Methoden durch Augusto Malave Villalba, dem Generalsekretaer des Gewerkschaftsbundes Venezuelas, angeprangert. Villalba haelt sich zur Zeit im Exil in Kuba auf.

Sobald der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AFL) von diesen neuesten Entwicklungen in Venezuela Kenntnis erhielt, beauftragte er das Komitee fuer Internationale Arbeitsbeziehungen durch seinen internationalen Vertreter Georg P. Delaney, das Internationale Arbeitsamt ueber diese Methoden der Streikbekaempfung zu informieren. Am Tage darauf richtete Delaney an David Morse, den Generaldirektor des IAA, folgendes Telegramm:

"DAS KOMITEE DER MILITAERREGIERUNG VENEZUELAS HAT 46 LOKALGEWERKSCHAFTEN DER ERDOELARBEITER AUFGELOEST UND DIE EINZIEHUNG DES GESAMTEN BESITZES UND VERMOEGENS DIESER ORGANISATIONEN ANGEORDNET. IN DIESEN LOKALGEWERKSCHAFTEN SIND SAEMTLICHE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER DIESES INDUSTRIEZWEIGES ORGANISIERT. DIESE MASSNAHME WURDE ERGRIFFEN, WEIL DIE ERDOELARBEITER NACH ABLAUF IHRES TARIFVERTRAGES IN STREIK GETRETEN WAREN, UM SICH BESSERE BEDINGUNGEN ZU ERKAEMPFEIN. ANGESICHTS DIESER NEUEN OFFENKUNDIGEN VERLETZUNG GEWERKSCHAFTLICHER RECHTE DURCH DIE REGIERUNG VENEZUELAS FORDERT DER AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTSBUND AFL, DASS DIESER FALL DEM "IAA - UNTERSUCHUNGS- UND SCHLICHTUNGS-AUSSCHUSS WEGEN DER VERLETZUNG GEWERKSCHAFTLICHER RECHTE" UEBERGEHEN WIRD."

Inter-American Labor News
VI/50

Juan A. Acuna:

DIE MONTEVIDEO-KONFERENZ DES LATEINAMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTS-
BUNDES.

Lombardo Toledanos Lateinamerikanischer Gewerkschaftsbund und der Weltgewerkschaftsbund beriefen eine sogenannte Suedamerikanische Gewerkschaftskonferenz nach Montevideo ein. Obwohl diese Konferenz fuer die Arbeiter sozusagen wertlos war, hatte sie doch vom politischen Standpunkt gesehen grosse Bedeutung. Den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Arbeiter wurde wenig Beachtung geschenkt; umso staerker waren die gesamten Besprechungen politischen Problemen von Weltbedeutung und ihren lokalen Zusammenhaengen gewidmet. Hauptzweck dieser Konferenz war somit, den dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund und dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften die politischen Anweisungen der kommunistischen Internationale zu uebermitteln, die im Grunde nichts anderes als Verpflichtungen fuer die Verteidigung der Interessen und Massnahmen Sowjetrusslands und eine Kampfansage an den sogenannten "Yankee-Imperialismus" enthalten. Dieses Thema stand waehrend der gesamten Konferenz zur Debatte, um dieses Thema drehten sich alle Manifestationen und Resolutionen.

Tonangebend war Lombardo Toledano auf dieser Konferenz, der in einer Analyse der Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten den USA alle moeglichen aggressiven Absichten andichtete und schliesslich erklarte: "Sollten die Vereinigten Staaten verrueckt genug sein, einen neuen Krieg zu entfachen, so wuerden sie diesen Kampf verlieren, denn alle Voelker der Erde werden sich gegen den Angreifer erheben. Dieser grausame und verbrecherische Angreifer ist und wird der Yankee-Imperialismus sein; ihm gilt der Kampf des Kommunismus, mit dem Sie alle so sehr verwachsen sind. Damit soll jedoch nicht das Volk der Vereinigten Staaten und auch nicht die Gewerkschaftsbewegung dieses Landes getadelt werden, das unter dem wirtschaftlichen und politischen Druck des Imperialismus zu leiden hatten und auch heute noch darunter leiden."

Lombardo Toledano und seine Freunde vermieden es wohlweislich, ueber jenen anderen Imperialismus zu sprechen, der seine despotische Diktatur ueber die halbe Welt ausgebreitet hat. Toledano vergass den sowjetischen Imperialismus, der seine Opfer der elementarsten Menschenrechte beraubt. Unter diesem Imperialismus waere eine derartige Konferenz sicherlich nicht erlaubt worden, und sie haette nicht unter solch friedlichen Umstaenden wie in Uruguay stattfinden koennen. Diese Konferenz demonstriert erneut die Rolle, die Lombardo als kommunistischer Koeder in der organisierten Arbeiterschaft spielen soll.

Die suedamerikanische Gewerkschaftskonferenz versuchte also, die angeschlossenen Gewerkschaften in die Kampffront des Internationalen Kommunismus gegen die Vereinigten Staaten einzureihen, den sie als Kampf gegen den "Yankee-Imperialismus" bezeichnet. Konkret gesprochen, hatte die Konferenz die folgenden Ziele:

1. Die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges mit Russland von den grossen Hilfsquellen des wirtschaftlich entwickelten Lateinamerikas abzuschliessen;

2. Die wirtschaftliche und soziale Lage Lateinamerikas durch eine ununterbrochene Streikwelle zu zerruetten und damit die Arbeiter und Bauern dieses Gebietes vom Versagen der politischen Demokratie zu ueberzeugen.

Dieser doppelte Zweck, den die Kommunisten in Lateinamerika verfolgen, ist deshalb besonders gefaehrlich, weil der Kampf frueh ge-

gen den Imperialismus auf begierige Ohren jener Bauern und Arbeiter trifft, die in der Vergangenheit unter dem amerikanischen Imperialismus zu leiden hatten. Die Kommunisten haben sich eingehend mit diesen Beschwerden befasst und mit ihrer Hilfe versucht, einen Propagandafeldzug einzuleiten, der die Voraussetzungen schafft, um in einem eventuellen Krieg, in den Russland verwickelt wird, sowohl die politische Demokratie als auch die Unterstützung der Vereinigten Staaten zu sabotieren.

Um sich diese äussere günstige Situation zunutze zu machen und diesen kommunistischen Sabotagefeldzug besser zu organisieren, wurde die "Suedamerikanische Gewerkschaftskonferenz" abgehalten. In dieser Frage dürften keine Unklarheiten bestehen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die den Arbeitern am Herzen liegen, wurden zugunsten weltkommunistischer Interessen völlig beiseitegedrängt. So sehen die Tatsachen hinter den heuchlerischen Schlagworten der Kommunisten von "gewerkschaftlicher Einheit" und "patriotischem Kampf" aus. Die Arbeiter wissen sehr gut, dass die Kommunisten an gewerkschaftlicher Einheit oder an Patriotismus sehr wenig Interesse haben, es sei denn, diese dienen den Interessen Sowjetrusslands.

Labor News - Interamerikanischer Gewerkschaftsbund
VI/50

Pere F. Seward:

OEFFENTLICHE ARBEITEN - SCHLUESSEL ZUM FORTSCHRITT

In Amerika hat die Bautätigkeit in der Nachkriegszeit einen mächtigen Aufschwung erfahren. 1949 beliefen sich die Kosten fuer Neubauten auf insgesamt 19,3 Billionen Dollar, den hoechsten Dollarbetrag in der Geschichte, und es ist anzunehmen, dass diese Spitzensumme im Jahre 1950 wieder erreicht wird. Bei der gegenwaertigen Abnahme der privaten Bautätigkeit bedeutet dies jedoch, dass das Mass des oeffentlichen Bauens staendig gesteigert werden muss, um diesen Hoechststand halten zu koennen.

Es ist hierbei zu beruecksichtigen, dass dieser Epoche Jahre vorausgingen, in denen das Bauen und alle oeffentlichen Arbeiten, die nicht unbedingt erforderlich waren, zurueckgestellt wurden; Jahre, in denen man ausbesserte und reparierte oder das Fehlende provisorisch ersetzte; der heutige Bedarf geht somit auf zwei Jahrzehnte zurueck. Heute ist aber weiter zu beruecksichtigen, dass die Bevoelkerungsziffer staendig zunimmt, Industrie und Handel die Moeglichkeit haben, mehr Beschaeftigungsplaetze als bisher zu bieten, und dass sich der Lebensstandard staendig verbessert.

Dabei muss die Frage auftauchen und untersucht werden, ob das gegenwaertige private und oeffentliche Bauvolumen der US- Wirtschaft mit ihren hohen Beschaeftigungsziffern, die sich staendig steigern, ueberhaupt noch genuegt. Vergleiche auf der Basis des Preisniveaus ergeben, dass die 19.3 Billionen von 1949 erheblich unter den Betraegen der Jahre 1925 bis 1929 und 1941 und 1942 liegen, obwohl das Jahr 1942 bereits ein Kriegsjahr war.

Sicherlich wuerden alle Gebaeude, Strassen, Eisenbahnen und andere oeffentliche, in den spaeten zwanziger Jahren erbauten Einrichtungen den Anforderungen der 150 Millionen Amerikaner von heute oder einer Wirtschaft mit einem nationalen Einkommen von 225 Billionen Dollar bei weitem nicht genuegen. Sie wuerden dem staendigen Zuwachs der Bevoelkerung und damit derjenigen, die eines Tages beschaeftigt werden muessen, nicht gewachsen sein.

Allein auf der lokalen Ebene befinden sich die notwendigen oeffentlichen Arbeiten in einem Rueckstand, dessen Ausgleich nahezu 100 Billionen Dollar kosten duerfte. Es wird Jahre dauern, bis das Versaeumte nachgeholt werden kann; es muss jedoch schleunigst nachgeholt werden, wenn der jetzige amerikanische Standard der allgemeinen Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung aufrechterhalten werden soll. In der Bekaempfung oertlicher Arbeitslosigkeit und gesunkener Kaufkraft koennen oeffentliche Arbeiten zum ausschlaggebenden Werkzeug der nationalen Wirtschaft werden.

Durch das Bauen ist Amerika reich und wohnlich geworden. Oeffentliche Arbeiten zum Wohle des Volkes stellen einen Gradmesser fuer den Fortschritt dar. Es wird gebaut, um den jetzigen Anspruechen der Menschen gemuegen zu koennen, aber es wird auch fuer die Kinder und die spaeteren Generationen gebaut. Ueberall fehlt es an Gebaeuden zur Steigerung der Produktion, des Handels und zur Unterbringung der oeffentlichen Dienste.

Wenn die gegenwaertige Wirtschaftslage den vollen Einsatz des oeffentlichen Baupotentials unmoeglich macht, muss trotzdem heute bereits geplant werden, wie den Anforderungen der Zukunft am besten entsprochen werden kann, um auf diese Weise nicht nur wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorzubeugen, sondern auch fuer das organische Anwachsen der Staedte und Doerfer durch eine der Dringlichkeit entsprechenden Bauplanung Sorge zu tragen.

Planung? Ein ausgezeichnetes Wort, solange es nicht den bitteren Beigeschmack der "staatlichen Unterstuetzung" erhaelt. Planen heisst an die Arbeit gehen, um bestimmte Anforderungen zu erfuellen.

Die Idee, oeffentliche Arbeiten zur Bekaempfung der Arbeitslosigkeit durchzufuehren, ist keineswegs neu. Die roemischen Kaiser kannten sie bereits vor 2000 Jahren, als die unvergleichlichen Strassen und grossen Wasserleitungen gebaut wurden. Die Annahme waere erfreulich, dass seit jener Zeit die Menschen viel gelernt haetten, aber ist es tatsaechlich so? Die Erinnerung an die Zeit nach dem ersten Weltkrieg, als die Regierung zu sehr den wiederaufkommenden Kraefte der Privatindustrie vertraute, um die heimkehrenden Soldaten und die entlassenen Ruestungsarbeiter wiederaufzunehmen, ist nicht vergessen. Sehr viele werden sich noch jener Tage der Verwirrung erinnern.

Mit gutem Grund kann angenommen werden, dass die Wirtschaft durch oeffentliche Arbeiten bereits vor einer Depression bewahrt wurde. Als Beispiel sei die Verwaltung fuer Oeffentliche Arbeiten angefuehrt. Zwar konnten ihre Programme niemals schnelle Ergebnisse und Erfolge zeitigen, weil es an durchgeplanten und vorbereiteten Projekten fehlte. Letzten Endes fuehrte es jedoch trotzdem zur Wiederbeschaeftigung, wenn auch 18 lange und schwere Monate noetig waren, um fuer 100.000 Arbeiter Beschaeftigungsmoeglichkeiten zu schaffen. Geld war vorhanden, aber - keine Plaene.

Diese Erfahrungen liessen es wohl angebracht erscheinen, eine Reserve an fertig geplanten, oertlich gebundenen oeffentlichen Arbeiten bereitzuhalten, ueber die nach dem zweiten Weltkrieg Vertraege geschlossen werden konnten. Dieser Nachkriegsbedarf schien zu jener Zeit realistisch und angemessen zu sein.

Im Fruehjahr 1945 genehmigte der Kongress das erste Vorplanungsprogramm, durch das die Beschaeftigungsluecke ueberbrueckt werden sollte, die sich nach dem Kriege mit der Rueckkehr der Soldaten und der Stilllegung der Ruestungsbetriebe oeffnen konnte. Wenn hierueber offen geredet wird, ergibt sich, dass ein Programm fuer oeffentliche

Arbeiten allein das Land niemals aus einer tiefen wirtschaftlichen Depression haette herausreissen koennen, ein bis zum Anlaufen vorbereitetes Programm fuer oeffentliche Arbeiten haette aber die Bauindustrie und die ihr verwandten Industriezweige stabilisieren koennen, d.h. den ausser der Landwirtschaft umfangreichsten Sektor der Wirtschaft.

Dieses Planungsprogramm endete mit dem Kriegsmobilmachungs- und dem Umstellungsgesetz von 1944 am 30. Juni 1947. Nachdem die erwartete Rueckwaertsbewegung des wirtschaftlichen Potentials nicht eintrat, wurden die fuer das Programm bereitgestellten Gelder vom Kongress zurueckgezogen, aber erst dann, als eines der interessantesten Experimente in der gesamten Geschichte der amerikanischen Bauindustrie begonnen war.

Das Programm konnte nicht voellig ausgewertet werden, jedoch sind es immerhin 6.764 oeffentliche Arbeitsprojekte, deren Kosten sich schaezungsweise auf 2,7 Billionen belaufen werden, die auf dem Papier durchkonstruiert und endgueltig verplant wurden. Hierzu gehoeren Schulen, Krankenhaeuser und Erholungsheime, Be- und Entwaesserungssysteme, Klaeranlagen und andere sanitaere Einrichtungen, Ueberfuehrungen, Bruecken, Strassen, Bahmuebergangsanlagen, Flughafenprojekte, oeffentliche Bauten, Gebaeude des oeffentlichen Dienstes und Erholungsheime. Alle diese Einrichtungen werden dringend benoetigt.

Die Tatsache, dass eine bis ins Einzelne gehende Planung der Projekte rechtzeitig vor Baubeginn niedergelegt wurde, kann als die bedeutendste Entwicklung auf dem Gebiet der oeffentlichen Arbeiten in der Jetztzeit bezeichnet werden.

Der 81. Kongress bewilligte erneut das zweite Vorplanungsprogramm, genehmigte 100 Millionen Dollar fuer zwei Jahre und stellte sofort 25 Millionen Dollar zur Verfuegung. Administrator Jess Larson von der Verwaltung fuer Allgemeine Dienste wurde mit der Verwaltung dieses Programms beauftragt, und dieser uebermittelte es der Abteilung fuer Oeffentliche Einrichtungen zur Ausfuehrung. 139 Antraege fuer oeffentliche Arbeitsprojekte, deren Gesamtkosten sich schaezungsweise auf 90.365.846 Dollar belaufen werden, sind bereits genehmigt worden. Hunderte weiterer Antraege werden noch von den Sachverstaendigen des Bueros in Washington oder der Abteilung fuer Oeffentliche Einrichtungen ueberprueft. Die gesamte Lage wird von dem grossen Rueckstand an oeffentlichen Arbeiten beherrscht, deren Durchfuehrung die fast astronomische Summe von 100 Billionen Dollar erfordern wuerde.

Wenn in wirtschaftlich guenstigen Zeiten aus privaten Mitteln neue Fabriken, Wohnhaeuser und Geschaeftsgebaeude gebaut werden, fuer die neue Wasser- und Kanalverbindungen, neue Strassen, neue Feuerwehrstationen, neue Schulen und aehnliche Einrichtungen notwendig sind, dann muessen Moeglichkeiten zur Durchfuehrung oeffentlicher Arbeiten geschaffen werden. Waehrend Einzelprojekte zurueckgestellt werden koennen, darf mit dem Bau von Hauptstrassen und schwierigen Konstruktionsarbeiten nicht bis zum Eintritt einer Krise gewartet werden. Hier gibt es jedoch eine wichtige Ausnahme: Der Bau von oeffentlichen Gebaeuden.

Das Tempo der privaten Bautaetigkeit entspricht praktisch dem der staatlichen, obwohl der Bedarf der Bundesregierung an Neubauten sehr gross ist und ihr Fehlen sich oft recht kostspielig auswirkt. Im vorigen Jahre uebermittelte die Abteilung fuer Oeffentliche Bauten in der Verwaltung fuer Allgemeine Dienste dem Kongress eine Liste von mehr als 4.000 Projekten aus allen Teilen des Landes, deren voraussichtliche Kosten sich auf mehrere Billionen Dollar belaufen

werden. In den zehn Jahren seit 1940 sind praktisch keine staatlichen Gebaueude errichtet worden.

Der Kongress hat der Verwaltung fuer Allgemeine Dienste die Ausgabe von 40 Millionen Dollar fuer die Erwerbung von Grundstuecken und den Entwurf von 575 Bauprojekten genehmigt. Das bedeutet keineswegs, dass eine Depression zu erwarten waere, weil fuer das Bauen selbst mit einigen unbedeutenden Ausnahmen keine Geldmittel zur Verfuegung gestellt wurden.

Wenn man die Vorplanung oeffentlicher Arbeiten als vorbeugende Massnahme gegen einen Rueckgang der Bauindustrie oder der gesamten Industrie dienen soll, dann ist dies nur umso besser. Und nur Wenige koennen genau voraussagen, was die Zukunft bringen wird. Niemand sollte sich jedoch darauf festlegen, dass sich die wirtschaftlichen Verhaeltnisse aendern muessen. Der fuer lange Zeit bestehende Bedarf an oeffentlichen Arbeiten muss jedoch staendig vor Augen gehalten werden.

Die Durchfuehrung oertlicher oeffentlicher Arbeiten ist so dringlich, dass mit ernstlichen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gerechnet werden muss, wenn nichts unternommen wird. Das bedeutet nicht, dass Hals ueber Kopf an die Arbeit gegangen werden soll und alles, was erwuenscht und sogar benoetigt ist, gebaut werden soll.

Fuer eine Stadt, eine Provinz oder einen Staat ist es ebenso vorsorglich und klug, ein bestimmtes Quantum an noch auszufuehrenden oeffentlichen Arbeiten fuer gewisse wirtschaftliche Situationen in Reserve zu halten, wie es fuer den einzelnen ratsam ist, sein Haus zu versichern.

Die Depression, der Krieg und die Nachkriegsjahre haben in unmissverstaendlicher Weise gezeigt, dass die oertlichen Einheiten einer Wirtschaft immer mehr zu Bestandteilen eines in sich geschlossenen nationalen Systems werden. Die Zeit, als die oertlichen Verwaltungen der Regierung sowohl in schlechten als auch in guten Zeiten voellig unabhaengig voneinander waren, ist laengst vorueber. Das Bauwesen hat eine fuer die US-Wirtschaft und fuer die amerikanische Lebensweise unerlaessliche Funktion zu erfuellen.

"The Laborer"
V/50

ARBEITSMOEGlichkeiten UND UMSIEDLUNG

Zwei einflussreiche, internationale Organisationen haben in den letzten Wochen angekuendigt, dass sie sich mit den Problemen eingehend befassen werden, die sich aus der Umsiedlung von Arbeitern und "ueberzaehligem" Einwohnern ergeben. Im Anschluss an eine vorlaeufige Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes, die in Genf stattfand und sich mit Umsiedlungsfragen beschaeftigte, gaben die Aussenminister der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Englands bekannt, dass sie Sachverstaendige ernennen, die dieses Problem studieren und mit den daran interessierten Regierungen Verhandlungen aufnehmen sollen.

Die Aussenminister trafen sich erneut in London und erliessen eine Deklaration zu der Frage der Aus- und Einwanderung. In dieser Erklaerung wird die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, dass eine

groessere Beweglichkeit der Bevoelkerung entscheidend zu der Loesung des Problems der "ueberzaehlichen" Bevoelkerung in einigen westeuropaeischen Staaten beitragen koennte. Dem Internationalen Arbeitsamt, das gerade die vorlaeufige Konferenz ueber diese Fragen beendet und die Einberufung einer Vollkonferenz mit dem gleichen Thema gefordert hatte, sowie den Vereinten Nationen und ihren Fachabteilungen und schliesslich der Organisation fuer die Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas wurden in dieser Erklaerung besondere Anerkennung fuer ihre Bemuehungen und ihre Arbeiten auf dem Gebiet der Umsiedlung von Arbeitskraefte[n] gezollt.

Die Aussenminister forderten eine "allgemeine Ueberpruefung der verschiedenen Arbeiten auf diesem Gebiet unter Beruecksichtigung moeglicher zusaetzlicher Massnahmen, die noch ergriffen werden koennten." In der Deklaration heisst es weiter: "Zu diesem Zwecke sind die Aussenminister uebereingekommen, Sachverstaendige zu bestellen, die nach Beendigung der Londoner Konferenzen miteinander und mit den Sachverstaendigen anderer Laender, besonders Italiens und Deutschlands, unter Beruecksichtigung der Hauptinteressen dieser Laender ueber dieses Problem beraten sollen."

Delegierte der vorlaeufigen Umsiedlungskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hatten vor kurzem empfohlen, eine formelle Konferenz ausgesprochener Aus- und Einwanderungslaender einzuberufen und im besonderen jene einschraenkenden Bestimmungen zur Sprache zu bringen, die die Umsiedlung ueberzaehlicher Arbeitskraefte in Laendern, in denen ein Mangel an Arbeitskraefte[n] herrscht, verbietet oder behindert.

Australien kuendigte auf dieser Konferenz an, dass es beabsichtige, in den naechsten zehn Jahren zwei Millionen Einwanderer aufzunehmen, von denen ein grosser Teil Europaeer sein koennte, wenn die Auswanderungsschwierigkeiten dort beseitigt wuerden. In einer Ansprache, die der australische Minister fuer Einwanderung, Harold Holt, in Canberra hielt, erklarte er, dass sein Land ernsthaft die Moeglichkeit in Erwaegung ziehe, die ueberzaehlige Bevoelkerung in Italien und Deutschland in grossem Umfang aufzunehmen. Er wies darauf hin, dass sich Australien nach anderen europaeischen Umsiedlern umsehen muesse, sobald die Verschleppten Europas aufgenommen seien, wenn es seine Einwanderungsquoten beizubehalten wuensche.

Den Delegierten der 31 Nationen, die an der zweiwoechigen vorbereitenden Genfer Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes teilnahmen, wurde berichtet, dass in Westdeutschland und Italien allein ueber drei Millionen Menschen lebten, die fuer eine Auswanderung in Frage kaemen, wenn die damit verbundenen verwaltungstechnischen, finanziellen und sozialen Schwierigkeiten ueberwunden werden koennen.

Die Delegierten hoerten noch einen Bericht, in dem der Vorschlag unterbreitet wird, dass das Internationale Arbeitsamt und andere Organisationen der Vereinten Nationen den Mitgliedernationen eine groessere technische Unterstuetzung bei der Umsiedlung zukommen lassen moechten. Die Regierungen der Ein- als auch der Auswanderungslaender sollten Informationsprogramme aufstellen, damit die Umsiedlung erleichtert werden kann, ebenso waere es erwuenscht, wenn die Regierungen den Umsiedlern, die sich auf dem Wege in ihre neue Heimat befinden, aertzliche Betreuung und einige andere Dienste zur Verfuegung stellen.

Frau Clara M. Beyer vom Arbeitsministerium, Irwin Tobin vom Aussenministerium und Boris Shishkin, der Direktor der ECA-Abteilung fuer Arbeitsangelegenheiten in Europa, nahmen als Vertreter der Vereinigten Staaten an dieser Konferenz teil.

Clara Beyer erklarte vor den Delegierten des Internationalen

Arbeitsamtes: "Nicht nur ueber diese Ziele, sondern auch ueber bestimmte Programme muss Einigkeit erzielt werden. Und es muss dafuer gesorgt werden, dass alle Beschluesse und Vereinbarungen den Beduerfnissen der Menschen angepasst werden, und dass diese dem Alltag im Leben von Millionen Menschen Rechnung tragen."

ECA Labor Information
V/26/50

ARBEITSMINISTER TOBIN ZUR ENTSCHEIDUNG DES OBERSTEN GERICHTSHOFES ZUM GESETZ FUER GERECHTE ARBEITSNORMEN.

"Die Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, nach der das Gesetz fuer gerechte Arbeitsnormen auch auf Arbeitnehmer jener Arbeitgeber anzuwenden ist, deren Unternehmen einen Ausschreibungsvertrag (Kosten zuzueglich feste Gebuehren) mit der Bundesregierung abgeschlossen haben, ist ein glaenzender Erfolg sowohl fuer das private Unternehmertum als auch fuer die Arbeiter und die Regierung.

"Waehrend des Krieges hielt sich die Regierung bewusst an den Grundsatz, ihr umfassendes Programm zur Produktion an Kriegsmaterial soweit wie moeglich von privaten Unternehmern ausfuehren zu lassen, um nicht von dem System des freien Unternehmertums abzuweichen. Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass es zwar einfacher und billiger fuer die Regierung gewesen waere, wenn diese Produktion unter staatlicher Aufsicht und als Eigentum der Regierung haette laufen koennen, dass aber damit das System des freien Unternehmertums geschwaecht worden sei. Die USA haben sich auf dieses System als die Grundbedingung fuer die allgemeine industrielle Ueberlegenheit verlassen, von der der endgueltige Sieg abhing." Ich kann sagen, dass dieser Grundsatz und die festgelegten Arbeitsnormen in nicht geringem Masse zu dem bewunderungswuerdigen Funktionieren der Produktionsmaschinerie fuer Kriegsmaterialien beigetragen hat.

"Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes enthielt ausserdem eine Aufforderung an drei Ruestungsbetriebe der Kriegszeit, die nach dem Gesetz fuer gerechte Arbeitsnormen faellig gewordenen rueckstaendigen Loehne an ihre Arbeitnehmer zu zahlen, die einen Prozess gegen sie angestrengt hatten. Es handelt sich um die United States Patronen-Gesellschaft; Ford, Bakon and Davis und die Lone Star Defense Company. Fuer alle, die an dem Erfolg des Gesetzes fuer gerechte Arbeitsnormen interessiert sind, - und es scheint heute kein Zweifel mehr darueber zu bestehen, dass dieses Gesetz fuer das laufende Funktionieren des Privatunternehmenssystems von groesster Bedeutung ist, - duerfte diese Einstellung des Obersten Gerichtshofes eine grosse Genugtuung bedeuten. Sie bestaetigt die Auffassung des Arbeitsministeriums und anderer Dienststellen der Regierung, die an der Frage der Kriegsmaterialproduktion interessiert sind, dass die Sicherstellung unserer grossen, sozialen Erfolge fuer die Verteidigung unserer Nation ebenso wichtig ist wie die materielle Bewaffung selbst.

Justice Burton erklarte und gab damit der Meinung der Mehrheit des Gerichtes Ausdruck: "Dieses Gesetz wuerde seinen materiellen Zweck verfehlen, wenn es nicht die Erzeuger des riesigen Volumens an Kriegsmaterial umfasste. In den Jahren 1941 bis 1945 stellte die Munitionsherstellung eine Hauptbeschaeftigungsquelle dar. Loehne und Arbeitszeit in dieser Industrie uebten einen massgeblichen Einfluss auf den Lebensstandard der amerikanischen Arbei-

terschaft aus."

"Das Gericht verkannte nicht die Tatsache, dass diese Einstellung einen finanziellen Verlust fuer die Regierung bedeuten koenne. Auch massgebliche Personenlichkeiten des Arbeitsministeriums sind sich dessen bewusst. Kurz gesagt, die Regierung erwartet gar nicht, fuer die Kosten zur Beibehaltung dieser Arbeitsnormen entschaedigt zu werden. Die Einhaltung dieser Normen wurde von allen privaten Unternehmern, aber auch jenen, die einen Ausschreibungsvertrag der Regierung erfuehlen, gefordert. Und die Arbeitgeber hielten sich zum groessten Teil an die Vereinbarungen."

"Die Vermutung, dass hierdurch grosse finanzielle Verpflichtungen entstanden seien, ist nach allen Informationen und Unterlagen stark uebertrieben. Die Schaetzung der Verpflichtungen wurde im Jahre 1946 vor dem Inkrafttreten des "Fabrikeingang bis Arbeitsplatz" Gesetzes durchgefuehrt, das ausser der Begrenzung der Lohnforderungen auf zwei Jahre andere weitgehende Bestimmungen zum Schutze der Unternehmer vorsieht. Tatsaechlich wurden weit ueber 100 Klagen bei den Gerichten, die die Forderungen Tausender von Arbeitnehmern enthielten, auf Grund dieser Schutzbestimmungen des "Fabrikeingang bis Arbeitsplatz" Gesetzes abgewiesen, da hier auch der "gute Glauben" fehlte. Es gibt noch weitere Schutzbestimmungen gegen besondere Forderungen, wie zum Beispiel die staatlichen Statute ueber Begrenzungen der Ansprueche und den Mangel an Beweisen fuer die Anwendbarkeit irgendwelcher Ausnahmeregeln."

"Man kann feststellen, dass in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes keiner einzigen individuellen Forderung die Richtigkeit oder Gueltigkeit zugesprochen wird. Die Forderungen einzelner Arbeitnehmer muessen in diesen und in anderen noch offenstehenden Faellen immer noch gegen Schutzbestimmungen unterstuetzt werden."

"Es ist von besonderer Bedeutung, dass ein Unternehmer, der Vertragspartner der Regierung ist, nicht mehr bezahlen muss, als von jedem anderen Privatunternehmer gefordert wird. Und die Tatsache, dass die Regierung Vertraege geschlossen hat, um die Kosten der Forderungen zu zahlen, ist kaum ein zu rechtfertigender Grund, gerechten Forderungen nicht stattzugeben."

US Arbeitsministerium
V/12/50

INTERNATIONALER VERBAND DER VEREINIGUNGEN FUER ARBEITERBILDUNG

Der Internationale Verband der Vereinigungen fuer Arbeiterbildung (IVVA) hielt seine Generalkonferenz im Gebaeude der UNESCO in Paris ab. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften war durch seinen Sachbearbeiter fuer Arbeiterbildungsfragen vertreten, der ebenfalls zu der Konferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften eingeladen war, die das Thema "Plaene zur Entwicklung der Arbeiterbildung" behandelte.

Der IVVA ist ein Verband unabhaengiger Organisationen, die sich der Arbeiterbildung widmen. Seine Gruendung ist auf die Initiative der britischen Arbeiterbildungsvereinigung im Jahre 1943 zurueckzufuehren. Nach einer vorlaeufigen Konferenz im Jahre 1945 wurde die Organisation 1947 endgueltig gegrundet. Mitglied des Verbandes koennen die Arbeiterbildungsorganisationen der verschiedenen Laender werden, wobei jedoch normalerweise nur eine einzige Organisation jedes Landes zugelassen wird. Das Ziel des IVVA ist, "das gegenseitige Verstaendnis und die Zusammenarbeit durch Sommer-schulen, Konferenzen, Austausch von Literatur und Informationen zu foerdern." Er soll weiterhin "die Interessen der Arbeiterbildung in

der UNESCO und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften vertreten." Austausch von Studenten und Lehrern und die Schaffung von Schulungsmöglichkeiten fuer Arbeiterstudenten gehoeren zu den wichtigsten Funktionen des IVVA.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen ist die Feststellung interessant, dass die Arbeiterbildungsvereinigungen Belgiens, Daenemarks, Norwegens, Schwedens und der Schweiz, die alle Mitglieder des IVVA sind, die Arbeiterbildungsorgane der Gewerkschaftsbewegungen dieser Laender sind. Weitere Mitgliedsorganisationen des IVVA sind die Vereinigungen fuer Arbeiterbildung in Irland, Finnland und Italien, die zwar einen gewissen Kontakt mit den Gewerkschaftsbewegungen haben, aber dennoch nicht deren offizielle Vertretungen sind. Die Britische Arbeiterbildungsvereinigung als eine der einflussreichsten Mitgliedsorganisationen gehoert der britischen Gewerkschaftsbewegung an, sie findet aber auch darueberhinaus den Zuspruch einer beträchtlichen Anzahl Studenten der mittleren Klasse. (Die andere bedeutende britische Arbeiterbildungsorganisation, der Nationalvorstand der Arbeiterschulen, ist nicht dem IVVA angeschlossen, sie gehoert aber ebenfalls der britischen Gewerkschaftsbewegung an.) Die Referate fuer Arbeiterbildung in den nationalen Gewerkschaftsorganisationen Frankreichs (Force Ouvriere), Luxemburgs und Hollands sind dagegen Mitgliedorganisationen des IVVA. Sogenannte "assoziierte" Mitglieder sind die Bildungsorganisationen in Kanada, Neu-Sued-Wales, Neuseeland, Suedafrika (Transvaal), Tasmanien, Afrika (Goldkueste), eine Organisation in Indien ("Rajendra Vidya-pith") sowie der Amerikanische Arbeiterbildungsdienst und das Arbeiterbildungsbuero der AFL.

Die Lage in Oesterreich und Deutschland muss hinsichtlich der Bildung von Arbeiterbildungsorganisationen noch geklaert werden. Bis jetzt ist in diesen Laendern eine gewisse Abneigung der Gewerkschaften festzustellen, mit anderen Ausbildungsinstitutionen in Verbindung zu treten, zumal diese in einigen Faellen alles andere als fortschrittlich sind. Beobachter aus beiden Laendern nahmen jedoch an der Konferenz teil.

Der Sachbearbeiter fuer Bildungsfragen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften erklarte in seiner Ansprache an die Konferenz, dass der Internationale Bund Freier Gewerkschaften gern mit diesen Arbeiterbildungsvereinigungen zusammenarbeiten wolle, vorausgesetzt, dass sie von ihren nationalen Gewerkschaftsbewegungen anerkannt werden. Der IVVA, sagte er, sei in erster Linie ein Verband der Arbeiterbildungsvereinigungen jener Laender, die ein gut entwickeltes Bildungssystem besaessen. Arbeiterbildungsvereinigungen stehen im Dienste der Gewerkschaften und sind in einigen Laendern die einzigen Einrichtungen, die eine Ausbildung und Erziehung ermöglichen. Die meisten dieser Institute dienen jedoch auch den uebrigen Schichten des Volkes und finden in manchen Faellen sogar mehr Zuspruch seitens der Buerger als der Arbeiterschaft.

Die Art und Weise, in der man das Erwachsenen- und Arbeiterbildungsproblem zu loesen versucht, ist ueberall verschieden: Die Organisationen des IVVA sehen zum Beispiel in einer engen Zusammenarbeit mit den Universitaeten den besten Weg. Andere Organisationen lehnen diesen Weg grundsuetzlich ab. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften will in diesen Fragen kein Urteil faellen, er wird sich vielmehr mit den Anschauungen seiner Mitgliedsorganisationen einverstanden erklaren muessen, und diese koennen und werden von Land zu Land verschieden sein. Eine Gewerkschaftsinternationale muss in solchen Angelegenheiten vorsichtig sein und wird sich nicht

ausschliesslich zu einem der beiden Systeme bekennen koennen. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften wird alles tun, was man von ihm verlangt, und was in seiner Macht steht, soweit es sich um die Unterstuetzung der Bildungsarbeit in bestimmten Laendern oder um irgendwelche gemeinsame Arbeitsmassnahmen handelt. Er wird sich mit besonderem Interesse der Unterstuetzung rueckstaendiger Gebiete widmen, und er erwartet von seinen Mitgliedern in traditionell fortgeschrittenen Laendern, dass sie anderen, weniger gluecklichen nationalen Gewerkschaftsorganisationen dadurch helfen, indem sie ihnen eigene Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfuegung stellen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, fuhr der Sprecher fort, befuerchte nicht, dass seine Arbeit den Interessen des IVVA, oder umgekehrt, zum Nachteil sei. Es muesse noch derart viel auf dem Gebiet der Arbeiterbildung getan werden, dass die doppelte Durchfuehrung bestimmter Taetigkeiten, wie z.B. auf dem Gebiet der Sommerschulen, praktisch nur bedeuten wuerde, dass einige Moeglichkeiten mehr vorhanden sind. Wenn jedoch die Gefahr bestehe, dass sich Arbeiten ueberschneiden, dann bleibe immer noch die Moeglichkeit der freundschaftlichen Aussprache, die sicherlich zu fruchtbarer Zusammenarbeit fuehren wuerde. Der Vertreter des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften schloss mit der Erklaemung, dass die Gewerkschaften eine eigene Arbeiterbildungsarbeit durchfuehren muesse, um die Gewerkschafter mit jenen Kenntnissen ausstatten zu koennen, die sie in ihren verschiedenen Funktionen dringend benoetigen. Sie seien jedoch zu gleicher Zeit fuer die Arbeit dankbar, die andere Organisationen, wie zum Beispiel die Arbeiterbildungsvereinigungen, leisteten.

Die UNESCO war auf dieser Konferenz durch eine starke Delegation vertreten, der auch ihr Generaldirektor angehoerte, der einige Worte an die Konferenz richtete. Der Sachbearbeiter fuer Fragen wechselseitiger Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen, Jules Dekock, sprach ueber das Thema "UNESCO und der 'Mann auf der Strasse'." Es waere weiterhin zu erwaehnen, dass Lionel Elvin, der ehemalige Leiter des Ruskin-College in Oxford, gerade zum Leiter der Abteilung fuer Erziehung in der UNESCO ernannt ist. Die UNESCO war von dem Praesidenten des IVVA scharf kritisiert worden, weil sie "der Dringlichkeit der Probleme, vor die die ganze Welt gestellt sei, fast teilnahmslos gegenueberstehe," und weil "sie von der Gewerkschaftsbewegung getrennt zu sein scheine und ihr Programm nicht den Beifall der Arbeiter gefunden habe." Man war sich im allgemeinen ueber die Notwendigkeit einer Organisation wie der UNESCO einig, aber ebenso einig war man sich darueber, dass es hoechste Zeit sei, von den Moeglichkeiten und Mitteln der UNESCO mehr als bisher zur Foerderung jener Bildungsprogramme Gebrauch zu machen, an denen die Arbeiter tatsaechlich interessiert sind. Es kann gesagt werden, dass die Angestellten der UNESCO diese Auffassung teilten und die Delegierten aufforderten, ihren Einfluss in ihren Heimatlaendern dahingehend geltend zu machen, dass ihre Vertreter in der UNESCO diesen Grundsuetzen gemaess handelten.

Earnest Green und Harry Nutt von der britischen Arbeiterbildungsvereinigung wurden einstimmig zum Praesidenten und Sekretaer des Verbandes wiedergewaehlt. Die uebrigen Mitglieder des Exekutivausschusses sind Oluf Bertolt (Daenemark), H. Neumann (Schweiz) und Frau Denyse Wurmser (Frankreich).

Information Bulletin des Internationalen
Bundes Freier Gewerkschaften
VI/1/50

PERONS ANTWORT AN DEN INTERNATIONALEN BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN

Man wird sich erinnern, dass der Notfallausschuss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften auf einer seiner letzten Konferenzen eine Resolution ueber Argentinien angenommen hatte. Die Entschliessung protestierte gegen die Verfolgung argentinischer Arbeiter, die Unterdrueckung der Gewerkschaften, den Inhaftierungsbefehl gegen den Gewerkschaftsfuehrer Candido Gregorio und schliesslich gegen die Restriktionen, die das Peron-Regime der unabhaengigen und demokratischen Presse auferlegt hat.

Im Anschluss an diesen Beschluss des Notfallausschusses uebersandte J. H. Oldenbroek, der Generalsekretaer des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, der argentinischen Regierung den Text dieser Resolution.

Die Peron-Regierung, die zwar die elementarsten demokratischen Grundsaeetze missachtet, aber dafuer in gesellschaftlichen Formen busserst bewandert ist, - hat sich dazu herabgelassen, dem Generalsekretaer zu antworten. Die Antwort kam von dem Ministerium fuer "Auswaertige Angelegenheiten und Religion."

In der Antwortnote versucht Anselmo Malvicini, der Leiter der Abteilung fuer Internationale Gewerkschaftsorganisation in diesem Ministerium, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften eine Anstandslehre zu erteilen, indem er die Feststellung trifft, dass diese Organisation die elementarsten Regeln der Hoeflichkeit nicht kenne.

Oldenbroeks Brief an die argentinische Regierung war nicht unhoeflich. Er war lediglich bestimmt und streng. Um gegen die gewalttaetigen Methoden der Peron-Regierung zu protestieren, mit der sie argentinische Arbeiter und die freien Gewerkschaften behandelt, hielt der Internationale Bund Freier Gewerkschaften es natuerlich nicht fuer angebracht, sich literarischer Redekuenste und Feinheiten zu bedienen.

Ausser diesen Bemerkungen wird in der Antwort der Peron-Regierung all das bestritten, was die ganze Welt nur zu gut weiss: Der diktatorische Charakter des Regimes. In dem Schreiben besteht man auf der Behauptung, dass in Argentinien die Gewerkschaften frei bestehen koennten. Die Wahrheit ist jedoch, dass die Gewerkschaftsorganisationen, die nicht der "Arbeitsfront" Perons angeh hoeren, verfolgt werden, und dass sich ihre Fuehrer augenblicklich im Exil in Uruguay, Chile und anderen demokratischen Laendern Lateinamerikas befinden. Malvicini bezeichnet den vor kurzem an Carlos' Antonio Aguirre in Tucuman veruebten Mord als eine "Polizeiaktion." Auch versucht er, die gegen die unabhaengige Presse ergriffenen Massnahmen durch mildernde und fadenscheinige Argumente zu rechtfertigen. So waren zum Beispiel die staedtischen Behoerden von Buenos Aires der Ansicht, dass das Gebaeude einer in der Opposition stehenden Zeitung den sanitaeren Anforderungen nicht genuege und das sichere Funktionieren des Betriebes in Frage stelle Eine andere Zeitung, heisst es in dem Schreiben weiter, wurde verboten und des "Verrats an der Nation" beschuldigt, weil sie versaeumt hatte, die fuer diesen Tag angeordnete Schlagzeile "Das Jahr des Befreiers General San Martin" drucken zu lassen.

Candido Gregorio, der Fuehrer der Gewerkschaftsbewegung Argentinens, lebt heute im Exil, nachdem er an der ersten Konferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in London teilgenommen hatte. Malvicini versichert allen Ernstes, dass "dieser Buerger auf argentinischem Boden leben koenne." Es soll nicht abgestritten werden, dass Gregorio in Argentinien leben koennte, wenn er den Ent-

schluss fasste, dorthin zurueckzukehren. Leben die politischen Gefangenen in der Lubianka, dem NKWD-Gefaengnis in Moskau, nicht auch auf russischem Boden? Ebenso kann nicht bestritten werden, dass jene Spanier, die sich auf Grund ihrer Franco-feindlichen Einstellung im Gefaengnis befinden, auch in Spanien leben. Die Freundlichkeit muss anerkannt werden, die der Sprecher Perons an den Tag legte, als er Gregorio einlud, in sein Land zurueckzukehren

Trotz der "guten Absichten" Malvicinis bleibt jedoch der Eindruck bestehen, dass Gregorio im Augenblick den argentinischen Arbeitern einen groesseren Dienst erweist, wenn er in Uruguay bleibt, anstatt in sein Heimatland zurueckzukehren.

Information Bulletin des Internationalen
Bundes Freier Gewerkschaften
V/3/50

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 19

Frankfurt, 14. Juli 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

| | |
|--|----|
| Keine gewerkschaftliche Freiheit in Spanien - - | 1 |
| Lohnentwicklungen in Schweden - - - - - | 2 |
| Zwangsarbeit in Rumaenien als legal erklart - | 2 |
| Pensionsvertraege fuer Tausende amerikanischer Arbeiter abgeschlossen - - - - - | 3 |
| AFL fuer funktionelle Einheit mit CIO - - - - - | 5 |
| U.S. Senat fuer Verbesserung der Sozialversi- cherung - - - - - | 6 |
| Betrachtungen zum "Wohlfahrtsstaat" - - - - - | 7 |
| Samuel Gompers Werk - - - - - | 12 |
| Das Arbeitslosenproblem wird in Amerika nicht vernachlaessigt - - - - - | 14 |
| Spendet fuer den Kampf gegen arbeiterfeindliche Senatoren! - - - - - | 15 |

KEINE GEWERKSCHAFTLICHE FREIHEIT IN SPANIEN

In einem Schreiben an die Mitglieder der vom Internationalen Arbeitsamt gegruendeten Internationalen Kommission fuer Gewerkschaftliche Freiheit weist die Exilgewerkschaft Spanischer Arbeiter darauf hin, dass es seit dem Maerz 1939, der endgueltigen Machtergreifung der Franco-Diktatur, in Spanien keine gewerkschaftliche Freiheit mehr gibt.

In Franco-Spanien existieren keine freien Arbeiterorganisationen. Auf der anderen Seite hat der Staat sogenannte "vertikale Gewerkschaften" geschaffen, denen alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber eines bestimmten Industriezweiges angehoren muessen. So besagt zum Beispiel ein Erlass der Regierung fuer die Bauindustrie vom 29. September 1948: "Die Mitgliedschaft ist fuer alle Personen Pflicht, die von den nationalen Arbeitsbestimmungen fuer das Baugewerbe betroffen werden."

Loehne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen werden in allen Industriezweigen von den Behoerden festgelegt, ohne dass die Arbeiter hierzu ihre freie Meinung aeussern koennen. In dem Schreiben

wurde ein bestimmtes Unternehmen erwaeht, dessen Arbeitsbestimmungen besagen, dass jeder Beschaeftigte mit dem Verlust des Verdienstes zweier Arbeitstage bestraft wird, wenn er sich durch "Pfeifen, Summen oder Singen eines Vergehens schuldig macht, selbst wenn der Wortlaut des Liedes die Moral oder die Religion, den Staat, die Staatsoberhaeupter oder die Vorgesetzten im Betrieb nicht angreift." In der Tat sind die spanischen Arbeiter gezwungen, ihre Arbeitskraft irgendjemandem zu verkaufen, der sie dafuer bezahlen will, ohne dass sie irgendwelche eigenen Rechte haben. Allen in Franco-Spanien gueltigen Arbeitsbestimmungen liegen diese Prinzipien zugrunde.

Die offizielle Darlegung der Funktionen dieser "vertikalen Gewerkschaften" geschieht wie folgt: "Die Idee des totalitaeren Staates setzt voraus, dass alle Arbeiter in jedem Sektor der Produktion vom obersten Leiter eines Betriebes bis zum juengsten Lehrling Mitglied der entsprechenden Gewerkschaft sein muessen. Diese Idee, die dem Einzelnen keine freie Wahl zu lassen scheint, ist ebensc gerechtfertigt, wie die Militaerdienstpflicht aller gesunden Buerger in einer einzigen nationalen Armee."

Das Schreiben an die Internationale Kommission fuer Gewerkschaftliche Freiheit schliesst mit dem Aufruf an die zivilisierte Welt, die Tatsache anzuerkennen und zu verkuenden, dass es in Spanien keine gewerkschaftliche Freiheit gibt und das diktatorische Falangistenregime deshalb als eine Gefahr fuer die Freiheit und eine Bedrohung des Friedens angeprangert werden muss.

Information Bulletin des Internationalen
Bundes Freier Gewerkschaften
VI/14/50

LOHNENTWICKLUNGEN IN SCHWEDEN

Der dominierende Faktor des schwedischen Arbeitsmarktes war waehrend der vergangenen Jahre ein deutlicher Mangel an Arbeitskraeften und zwar besonders an gelernten Arbeitskraeften. Die Arbeitslosigkeit, die vor dem Kriege etwa 9 bis 10% der arbeitenden Bevoelkerung erreichte, hat im vorigen Jahre mit 2,6% einen neuen Rekordtiefstand erreicht.

Auf Grund des allgemeinen Grundsatzes der Gewerkschaften, Tarifvertraege zu verlaengern, sind keine Kollektiverhoehungen der Grundloehne vorgenommen worden. Das Gesamteinkommen je Stunde stieg trotzdem im vorigen Jahre um 3.5% an, was auf die Eigeninitiative zurueckzufuehren ist, eine bei Vollbeschaeftigung normale Begleiterscheinung.

Gemessen am Realeinkommen steht sich der maennliche schwedische Industriearbeiter heute um 25% besser als im Jahre 1945. Die entsprechende Verbesserung betraegt fuer weibliche Industriearbeiter 35%, fuer Verkaufspersonal 20%, fuer Staatsangestellte, wie z.B. Eisenbahner, Angestellte der Post etc. 11% und fuer hoehere Beamte 9%.

Information Bulletin des Internationalen
Bundes Freier Gewerkschaften
V/3/50

ZWANGSARBEIT IN RUMAENIEN ALS LEGAL ERKLAERT

Premierminister Groza unterbreitete der rumaenischen Nationalversammlung eine neue Gesetzesvorlage ueber Arbeitsdisziplin. Diese

Vorlage sieht fuer besondere Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin Zwangsarbeit vor.

Der Vorsitzende des "Gewerkschaftsbundes", Apostol, bezeichnete dieses Gesetz als den Grundstein fuer den Sozialismus in Rumänien. Dabei enthaelt das Gesetz die Bestimmung, dass die Arbeit nach genau festgesetzten Normen verrichtet werden muss, die nur von der Regierung abgeändert werden koennen. Alle Arbeiter, die diese Normen nicht erreichen, erhalten nur fuer die geleistete Teilarbeit ihren Lohn.

Angestellte sind fuer alle Verluste und Schaeden verantwortlich, die sie verursachen. Maenner und Frauen erhalten gleiche Loehne fuer die gleiche Arbeit. Bei einem freien Tag in jeder Woche betraegt die Arbeitszeit in der Tagschicht acht Stunden und in der Nachtschicht sieben Stunden. In der Gesetzesvorlage ist ein Streikrecht nicht vorgesehen.

Information Bulletin des Internationalen
Bundes Freier Gewerkschaften
VI/14/50

PENSIONSVERTRAEGE FUER TAUSENDE AMERIKANISCHER ARBEITER ABGESCHLOSSEN

Durch den Abschluss von Vertragen zwischen zwei Gewerkschaften und fuenf Unternehmungen erhalten mehrere Tausend Mitglieder des CIO Anspruch auf Pensionen.

Allein durch den Vertrag der Textilarbeitergewerkschaft mit drei grossen Teppichfabriken (Bigelow Sanford, Thompsonville (Connecticut) und Amsterdam im Staate New York; Alexander Smith & Sons, Yonkers (New York); und A. M. Karagheusian, Inc., Freehold und Roselle (New Jersey) werden fuenfzehntausend Arbeiter pensionsberechtigt.

Im Prinzip war die Gewerkschaft sich schon seit Monaten mit den Gesellschaften einig geworden, ein formelles Abkommen wurde jedoch erst jetzt geschlossen.

Auch durch die Vertraege zwischen der Gewerkschaft der Vereinigten Gummiarbeiter und der Republic Rubber Company in Youngstown, Ohio, und der Dunlop Rubber Company in Buffalo (New York) erhalten mehrere Tausend Arbeiter Anspruch auf Pensionen.

Nach den Bestimmungen der Vertraege, die die Textilarbeitergewerkschaft abschloss, werden die Unternehmer am 1. Januar 1951 mit der Zahlung der Pensionen beginnen. Die Unterstuetzungssaetze der Sozialversicherung werden von den Unternehmern auf 100 Dollar monatlich ergaenzt werden, und zwar fuer alle Arbeiter, die mit 65 Jahren freiwillig in den Ruhestand treten und 30 Jahre lang in dem Unternehmen taetig waren.

Die Unternehmer uebernehmen saemtliche Versicherungskosten. Bis zum Alter von 72 Jahren kann kein Arbeiter gezwungen werden, sich pensionieren zu lassen. Der Unternehmer kann jedoch einen Arbeiter mit 68 Jahren pensionieren, wenn die Gewerkschaft hierzu ihre Zustimmung gibt.

Die Vertraege sehen vor, dass den Arbeitern die gesamte Zeit, waehrend der sie gearbeitet haben, ohne Beruecksichtigung der Unterbrechungen als Dienstzeit angerechnet wird. Die Gewerkschaft erhaelt bei der Verwaltung des Pensionsprogramms Stimmrecht, in Streitfaellen ist eine schiedsrichterliche Entscheidung vorgesehen.

Nach den Bestimmungen des Dunlop-Vertrages, der von dem Vorsitzenden der Gummiarbeitergewerkschaft, L. S. Buckmaster, als "eines der grosszueigigsten Versicherungs- und Wohlfahrtsprogramme, die je zustandekamen," bezeichnet wird, erhaelt jeder Arbeiter mit 25 Dienstjahren, wenn er mit 65 Jahren pensioniert wird, von dem Unternehmer eine monatliche Pension von 100 Dollar, einschliesslich der Unterstuetzungen aus der staatlichen Sozialversicherung.

Der Vertrag enthaelt eine besondere Klausel fuer die Pensionierung vor dem 65. Lebensjahr. Danach wird einem 60 Jahre alten Arbeiter mit 15 Dienstjahren bis zu seinem 65. Lebensjahre eine Mindestpension von 50 Dollar im Monat gezahlt. Sobald er das 65. Lebensjahr erreicht hat, steht ihm die normale Pension zu.

Fuer den Fall, dass die Unterstuetzungssaetze der staatlichen Sozialversicherung erhoert wuerden, erklarte Buckmaster, werden die Pensionen um die Haelfte des von der Regierung gezahlten Zuschusses erhoert werden.

Die Unternehmer haben sich bereit erklart, Lebensversicherungen fuer die Arbeiter abzuschliessen, deren Saetze sich mit den Dienstjahren erhoerten und auch nach der Pensionierung weiterlaufen.

Fuer jeden neueingestellten Arbeitnehmer betraegt die Versicherungssumme 1000 Dollar, nach drei Dienstjahren erhoert sich dieser Betrag auf 2000 und nach 6 Dienstjahren auf 4000 Dollar.

Buckmaster sagte, dass dieses Pensionsprogramm von einem Treuhaenderrat verwaltet wird, dem Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaft angehoren.

Das Versicherungs- und Wohlfahrtsabkommen bleibt fuef Jahre in Kraft.

Der Vertrag mit der Republic Rubber Company enthaelt Bestimmungen, nach denen Arbeitnehmer mit 15 Dienstjahren im Alter von 65 Jahren unter gewissen Bedingungen in den Ruhestand treten koennen. Der Zuschuss des Unternehmers zu der staatlichen Altersversorgung ist so hoch, dass der Arbeiter 100 Dollar im Monat zur Verfuegung hat. Wie in dem Dunlop-Vertrag heisst es auch in diesem Abkommen, dass bei einer Erhoehung der staatlichen Sozialversicherung die von dem Unternehmer gewaehrten Pensionen um die Haelfte dieses Mehrbetrages heraufgesetzt werden.

Ein Arbeiter, der nach 15 Dienstjahren in den Ruhestand tritt, erhaelt auch hier eine monatliche Pension von 50 Dollar. Dieser Betrag erhoert sich fuer jedes zusaetzliche Dienstjahr um einen Dollar. Die Mindestpension von 50 Dollar mit dem Ein-Dollar-Zuschlag fuer jedes geleistete Dienstjahr ueber 15 Jahre hinaus wird auch fuer alle jene Arbeiter gewaehrt, die arbeitsunfaehig sind und in den Ruhestand treten muessen.

Nach dem Vertrag ist das Unternehmen verpflichtet, Unfall- und Invalidenversicherungen in Hoehe von 1000 Dollar fuer ihre Arbeitnehmer abzuschliessen. Bei Krankheit und Unfall werden dem Arbeiter 13 Wochen lang woeentlich Unterstuetzungen in Hoehe von 25 Dollar gezahlt, fuer die aertzliche Behandlung werden ihm bis zu 200 Dollar verguetet. Fuer 70 Tage Krankenhausaufenthalt erhaelt er bis zu 9 Dollar je Tag zuzueglich eines Hoechstbetrages von 90 Dollar fuer besondere Ausgaben, wie Operationen usw.

Eine andere Klausel des Vertrags sieht vor, dass Abkehrge-
der bei Kuendigungen seitens des Arbeitgebers oder des Arbeitneh-
mers gezahlt werden. Sie betragen nach fuenf Dienstjahren einen
Wochenlohn, bei mehr als zehn Dienstjahren fuer jedes weitere
Jahr 1 1/2 Wochenloehne und fuer jedes Dienstjahr nach dem 20.
Jahr zwei Wochenloehne.

The CIO News
VI/12/50

AFL FUER FUNKTIONELLE EINHEIT MIT CIO

Der Exekutivausschuss des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL), der in Philadelphia zusammentrat, teilte dem CIO mit, dass die AFL bereit sei, "aehnlich wie der CIO ein Komitee zu bilden, dessen Aufgabe die baldige und erfolgreiche Verwirklichung des Einheitsgedankens auf einer dauerhaften und sicheren Grundlage sein soll."

In einem vom Vorsitzenden der AFL William Green unterzeich-
neten Schreiben an den Vorsitzenden des CIO, Philip Murray, er-
klaert der Exekutivausschuss, die Vorstandsmitglieder der AFL sei-
en "nicht nur an einer versuchsweisen oder kooperativen Einheit,
sondern an einer dauernden und organischen Verschmelzung" interes-
siert. Der CIO-Vorsitzende hatte der organisierten Arbeiterschaft
vorgeschlagen, ein Vorstandskomitee zu bilden, dessen Aufgabe die
Verwirklichung der "funktionellen" Einheit sein soll.

Diese Mitteilung an den CIO, dass die AFL schon immer bereit
sei, sich um eine wirkliche Einheit ernstlich zu bemuehen, folgte
die Ernennung eines Dreier-Komitees, das mit dem von dem CIO ge-
bildeten Komitee Besprechungen aufnehmen soll. Zu Vertretern der
AFL wurden ernannt: die Vizevorsitzenden Daniel J. Tobin, Vor-
sitzender der Internationalen Gewerkschaft der Fahrer, Charles J.
MacGowan, Vorsitzenden der Internationalen Gewerkschaft der Kessel-
schmiede, und Daniel W. Tracy, Vorsitzender der Internationalen
Gewerkschaft der Elektroarbeiter.

Auf der Konferenz in Philadelphia, die gleichzeitig mit der
Industrieausstellung der Gewerkschaften abgehalten wurde, ist
eine Reihe wichtiger Beschluesse gefasst worden.

Natuerlich bildete das Taft-Hartley Gesetz einen der wichtig-
sten Diskussionspunkte des Exekutivausschusses. Es wurde beraten,
wie dieses ungerechte Gesetz so schnell wie moeglich rueckgaengig
gemacht werden koenne. Das Ergebnis der Besprechungen war, dass
dieses Ziel nur zu erreichen sei, wenn im November nicht noch mehr
Taft-Hartley-freundliche Abgeordnete in den Senat und das Repraes-
entantenhaus gewaehlt werden, sondern diese durch Gegner ersetzt
werden muessen.

Ein weiterer Beschluss sieht vor, ein Komitee des Exekutiv-
ausschusses zu bilden, das die verschiedenen Pensionsplaene studie-
ren soll. William Green berief in dieses Komitee den Finanzsekretaer
George Meany, den Vizevorsitzenden George M. Harrison, den Vorsit-
zenden der Gewerkschaft der Eisenbahnbueroangestellten, und Vize-
vorsitzenden Matthew Woll, den Vorsitzenden der Abteilung fuer ge-
werkschaftlich gefoerderte Gewerbe.

Der Exekutivausschuss ist durch das Ansteigen der Erwerbslo-
sigkeit in einigen Gegenden beunruhigt, er fordert deshalb die Aus-
weitung der amerikanischen Wirtschaft, um allen Arbeitswilligen
eine Beschaeftigung geben zu koennen. Der Ausschuss wies darauf

hin, dass die vielbesprochenen 60 Millionen Arbeitsplaetze, die man sich zum Ziel gesetzt hatte, nicht mehr ausreichen, da sich die Zahl der Arbeitssuchenden in jedem Jahre vermehre.

Der Exekutivausschuss beschloss ausserdem, jede einzelstaatliche und jede internationale Gewerkschaft anzuweisen, ab sofort einen Beitrag von 10 Cents je Mitglied an den Erziehungsfonds der Gewerkschaftlichen Vereinigung fuer Politische Erziehung zu entrichten. In den kommenden Monaten wird noch intensiver um eine freiwillige Zwei-Dollar-Spende der Gewerkschaftsmitglieder fuer einen Fonds geworben werden, mit dem eine politische Kampagne dieser Vereinigung finanziert werden soll.

"The American Federationist"
Offizielle Monatszeitschrift
der AFL, VI/50

U.S. SENAT FUER VERBESSERUNG DER SOZIALVERSICHERUNG

Mit einer ueberwaeltigenden Mehrheit von 81 gegen 2 Stimmen hat der Senat eine Gesetzesvorlage gebilligt, die die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten fuer die Sozialversicherung und deren Unterstuetzungseinrichtungen vorsieht.

Durch diese Massnahmen werden die Unterstuetzungen fuer 2.900.000 pensionierte Arbeiter verdoppelt und etwa 10 Millionen Menschen neu in das Sozialversicherungsprogramm einbezogen. Die Verhandlungen dauerten eine Woche und fanden nur wenig Widerspruch. Die Unterschiede zwischen dieser Vorlage und der des Repraesentantenhauses, die Ende vorigen Jahres bewilligt wurde, muessen in einer gemeinsamen Konferenz des Senats und des Repraesentantenhauses ausgeglichen werden.

Die wichtigsten Punkte der Gesetzesvorlage sind folgende:

1. Die Sozialversicherung wird auf weitere 10 Millionen Personen ausgedehnt, von denen etwa die Haelfte selbstaendige Arbeiter sind.

2. Die Unterstuetzungssaetze werden bei einem Hoechstbetrag von 80 Dollar ungefaehr verdoppelt.

3. Die Lohnlistensteuer, die in Hoehe von 1 1/2% des zu versteuernden Betrages sowohl vom Arbeitgeber als auch vom Arbeitnehmer erhoben wird, bleibt bis 1956 unveraendert. Dann wird sie auf 2%, im Jahre 1960 auf 2 1/2%, 1965 auf 3% und im Jahre 1970 schliesslich auf 3 1/4% erhoehrt werden.

4. Der selbstaendige Arbeiter zahlt um 50% hoehere Versicherungsbeitraege als der Arbeitnehmer, weil hier kein Arbeitgeberbeitrag entrichtet wird. Die Unterstuetzungssaetze fuer selbstaendige Arbeiter sind jedoch die gleichen wie fuer andere Unterstuetzungsberechtigte.

5. Ein Versicherter hat Anspruch auf Unterstuetzung, wenn er laenger als die Haelfte aller Vierteljahre seit dem 1. Januar 1950 der Versicherung angehoert. Er muss jedoch mindestens sechs Vierteljahre Versicherungsbeitraege gezahlt haben. Dadurch sollen aeltere Leute schneller in den Genuss der Unterstuetzung kommen, die oeffentlichen Fuersorgekosten koennen dadurch gekuerzt werden.

6. Die Zuschuesse des Bundesstaates an die einzelnen Staaten, die eine zusaetzliche Altersversorgung und eine Unterstuetzung be-

duerftiger Kinder und Blinder ermoglichen, sollen erhoecht werden.

Weekly Labor News Digest
Statistisches Buero des US Arbeitsamtes
VI/21/50

Ralph Wright, stellvertretender US-Arbeitsminister:

BETRACHTUNGEN ZUM "WOHLFAHRTSSTAAT"

Immer wieder gefaellt es einigen Leuten, gegen das "Uebel" des sogenannten "Wohlfahrtsstaates" Front zu machen. Dieses imaginaere Uebel, das Monstrum dieser Zeit, gegen das bestimmte Leute so laut schimpfen und Alarm schlagen, muss deshalb einmal etwas naeher untersucht werden.

Es war keine Rede von einem "Wohlfahrtsstaat" und niemand schlug Alarm, als die Regierung Millionen aufwendete, um den Bau der Eisenbahnlinien quer durch den amerikanischen Kontinent zu unterstuetzen. Kein Unternehmer tobte ueber den "Wohlfahrtsstaat" und niemand hielt es fuer ein Uebel in Amerika, als die Regierung den amerikanischen Schiffsbau mit hohen Schenkungen unterstuetzte, um Schifffahrtslinien in die Lage zu versetzen, jeder auslaendischen Konkurrenz gewachsen zu sein. Oder wurde von einem "Wohlfahrtsstaat" gesprochen, als die Regierung die zivile Luftfahrt mit hohen Summen finanzieren half? Wird ein "Wohlfahrtsstaat" verwirklicht, wenn die US-Regierung heute Zeitungen und Zeitschriften auf indirektem Wege unterstuetzt?

Zu keiner Zeit haben sich die Zeitungen oder die Sprecher des Kapitals ueber die Grosszuegigkeit der Regierung beschwert, wenn das Grosskapital der direkte Nutzniesser dieser Grosszuegigkeit war.

Diese Beispiele sind nicht deshalb hier angefuehrt, weil der Regierung ein Vorwurf gemacht werden soll, dass sie Unternehmer unterstuetzt, die um Hilfe bitten. Auffaellig bleibt jedoch, dass jene reaktionaeren Kritiker des sogenannten "Wohlfahrtsstaates" diese Tatsachen niemals erwaehnen. Kuenstlich geschuerte Aufregung entsteht immer nur dann, wenn die Regierung irgendetwas unternimmt, um dem Durchschnittsbuerger zu helfen - in diesen Augenblicken er gibt sich bei den Kritikern ein uebersteigertes Blutdruck.

Die Entwicklung des "Wohlfahrtsstaates," an dem so viel Kritik geuebt wird, kann in den Vereinigten Staaten bis zu der Depression des Jahres 1929 zurueckverfolgt werden. Die mehr und mehr veraltenden Theorien ueber die Beziehungen der Regierung zu Privatunternehmen erhielten damals besondere Bedeutung. Schliesslich kann irgendjemand nach unzuehligen Hin- und Hergereden auf den Gedanken, die Verfassung der Vereinigten Staaten naeher zu untersuchen, und er stellte in der Praeambel und wiederum in Artikel 1, Absatz 9, fest, dass eines der Ziele der freien und demokratischen Regierung, wie es die Verfassungsvaeter niedergelegt haben, die Foerderung der allgemeinen Wohlfahrt ist.

In jenen Tagen der Depression existierte eine Regierung, die unter dem starken Einfluss des Grosskapitals stand. Es war deshalb nur allzu natuerlich, dass diese "allgemeine Wohlfahrt" entsprechend den Wuenschen und Beduerfnissen dieses Kapitals "gefoerdert" werden sollte. Das erste Werk der Gesetzgebung jener Zeit zur Begrueundung einer "allgemeinen Wohlfahrt" war das Gesetz zur Errichtung einer Wiederaufbaufinanzierungsgesellschaft. Die republikanische Regierung erklaerte damals, als dieses Gesetz erlassen wurde: "Die Regierung wird nicht untaetig bleiben und zusehen, wie die

Untaetigkeit der Unternehmer dem Volke schadet. Wenn die Privatunternehmerschaft nicht in der Lage ist, die Wirtschaft in Gang zu halten, dann muss die Regierung versuchen, sie durch Finanzkredite an bestimmte Unternehmungszweige wieder in Gang zu bringen."

Die politische Opposition jener Zeit nahm zu diesem Problem eine durchaus konstruktive Haltung ein. Dieser "Wohlfahrtsstaat" zugunsten der Unternehmer wurde von der demokratischen Opposition keineswegs verdonnert. Sie dehnte diese Gedanken vielmehr auf das ganze Volk aus, als sie im Jahre 1933 das Ruder in die Hand nahm. Damit verlieh sie dem bisherigen Knochengeruest eines "Wohlfahrtsstaates" wirkliche Gestalt und Form.

So schufen Praesident Roosevelts Neuer Plan und Praesident Trumans Fairer Plan diesen verhassten "Wohlfahrtsstaat." Dieser furchtbare "Wohlfahrtsstaat," dessen Gesetzgebung das Rahmengebilde des Neuen Plans und des Fairen Plans darstellt, hat Massnahmen fuer die folgenden Punkte getroffen:

Soziale Sicherheit
Arbeitslosenversicherung
Spareinlagenversicherung
Mindestlohngesetzgebung
Gesetzgebung zur Foerderung des Wohnungsbaus und Beseitigung der Elendsviertel
Verbot der Kinderarbeit
Freies Tarifverhandlungswesen
Preissubventionen fuer landwirtschaftliche Erzeugnisse
Bodenverbesserungsarbeiten
Versorgung laendlicher Gebiete mit Strom und Fernsprechern
Landwirtschaftliche Forschung
Guenstige Kredite an Landwirte zur Vergroesserung der Farmen
Regulierung des Aktienmarktes
Fluss- und Talsperrenausbauten
Erforschung der Herz-, Krebs- und Gemuetskrankheiten

und viele andere Massnahmen, die dem amerikanischen Volk schon sehr nuetzlich geworden sind.

Diese Gesetzgebung hob den Lebensstandard und verbesserte zugleich die sozialen und wirtschaftlichen Verhaeltnisse in einem Grade, wie es nie zuvor der Fall gewesen ist.

Das Niveau des Umsatzes wurde weit ueber alles bisher Dagewesene hinaus gesteigert. Die Gesamtproduktion wurde von 55,8 Milliarden Dollar im Jahre 1933 auf 257,8 Milliarden im Jahre 1949 gesteigert. Im ersten Vierteljahr 1950 lag sie bei 263,9 Milliarden Dollar. Das Einkommen des amerikanischen Volkes hat einen Rekordstand erreicht, die Vermoegen der Banken und Versicherungen sind groesser als je zuvor. Die Geschaefteinnahmen brechen alle bisherigen Rekorde.

All dies wurde erreicht, ohne dass die persoenliche Freiheit in Mitleidenschaft gezogen worden waere. Ja, die Freiheit ist sogar noch staerker fundiert als bisher, Millionen und Abermillionen Amerikaner kennen weder Not noch Hunger und Furcht. Die freien Vereinigungen der Industriearbeiter, der Farmer und der Unternehmer gewinnen staendig an Staerke. Das Erziehungswesen und der allgemeine Gesundheitszustand des Volkes sind besser geworden, aber auch der Gesundheitszustand in der Industrie ist ausgezeichnet. Die Jugendlichonprobleme gehen ihrer Loesung entgegen. Es war ein langer Weg, der seit 1933 zurueckgelegt wurde. Mit dem Taft-Hartley Gesetz ist jedoch ein Rueckschlag eingetreten, dieses Gesetz wird jedoch wieder beseitigt werden.

"Aber," so sagt die reaktionäre Kritik, "die Politik des Fairen Plans stellt eine Einmischung in Unternehmer-Angelegenheiten dar."

Dabei ist es sehr interessant, einmal zu erfahren, was eine ausgesprochen kapitalfreundliche Zeitung zur Lage sagt. Am 12. Mai hiess es in den "U.S. News," einem durch und durch gegen Truman eingestellten Magazin: "Die Unternehmerkreise geben es zwar nicht gern zu, aber die Geschäfte gehen zum grössten Teil sehr gut. Die Automobilproduktion bricht alle bisherigen Rekorde. Ebenso die Stahlgewinnung. Die Bautätigkeit hat ihren höchsten Stand in der Geschichte erreicht und ist noch im Steigen begriffen."

Einige Wochen zuvor hiess es in der gleichen Zeitschrift:

"Die amerikanischen Geschäftsunternehmen, als ganzes betrachtet, schwimmen im Geld. Nie zuvor war die finanzielle Lage des amerikanischen Unternehmertums eine so starke."

Vor einiger Zeit berichteten die Zeitungen des Landes, dass die Bankvermögen die nie dagewesene Höhe von 180 Milliarden Dollar zu Beginn dieses Jahres erreicht hätten.

"Schön und gut," geben die Industriebarone zu, "aber wir verlieren dabei unsere Freiheit." Welche Freiheit?

Etwa die Freiheit des Grosskapitals, die Macht lediglich um der Macht willen auszuüben?

Oder die Freiheit, alle Kredite und Wucherzinssätze ohne jede Einschränkung kontrollieren zu können?

Oder meinen sie die Freiheit, eine Wirtschaft gänzlich in ihrer Hand zu haben, ein paar Millionen zur Erwerbslosigkeit zu verdammen, die Gewerkschaften machtlos und die Arbeiter untertänig werden zu lassen?

Eine Freiheit, die hilflose Arbeiter zum Unterschreiben von "Kuli"-verträgen und zur Arbeit für Hundelöhne zwingt?

Etwa die Freiheit, Kinder in "Knochenmøhlen" 12 und 14 Stunden tæglich arbeiten zu lassen?

Denken sie an die Freiheit, Werkpolizei und Rowdies, Werkspione und "ausgehaltene" Richter zu engagieren und Telefongespræche zu ueberwachen?

Die Freiheit, keine Zuschüsse zur Sozialversicherung, zur Arbeitslosenversicherung und zur Arbeiterunfallversicherung zu zahlen?

Die Freiheit, die Grossbanken so arbeiten zu lassen, dass das Volk regelmæssig seine Ersparnisse verlieren muss und die Aktienbörsen durch Spekulationen so zu steuern, dass der Kleinaktionær systematisch und erbarmungslos ausgeplündert wird?

Halten sie jene Form der Freiheit fuer die beste, einen Kongress zu haben, der nur diesen wenigen Grosskapitalisten gegenueber verantwortlich ist?

Kurz gesagt, hier wird jene Freiheit ersehnt, das Privatunternehmenssystem restlos nach den Wuenschen des Grosskapitals zu dirigieren und der grossen Masse den Weg nach oben zu versperren.

Einige engstirnige und habgierige Kraefte in den Vereinigten Staaten koennen nicht verstehen, dass es ausser den Geschaeftsleuten auch Arbeitern und Bauern gut gehen muss, es kann nicht nur einer in Wohlstand leben.

Was sagen die Kritiker nun zu den besonderen Bestimmungen, die zur Wohlfahrt des Volkes in den letzten 17 Jahren erlassen wurden? Unbelehrbare Reaktionaere sagten natuerlich, wenn eine dieser Bestimmungen in Vorschlag gebracht wurde, jedesmal voraus, dass die Folgen furchtbare sein wuerden. Ihre Vorgaenger aus der Kolonialzeit hatten schon damals hohe Loehne mit der Begrue ndung abgelehnt, dass diese nur "die Traegheit des Menschen" foerderten und zugleich "fuer das Laster in Schenken, Gastwirtschaften und anderen suendhaften Einrichtungen Zeit gewonnen wuerde." Mit aehnlichen Argumenten widersetzten sich spaeter reaktionaere Kraefte der Einfuehrung des Zehn-Stunden-Tages. Ein Gelehrter unserer Tage berichtet darueber folgendes:

"Der Vorschlag, den Zehn-Stunden-Tag einzufuehren," erklarte eine Zeitung im Jahre 1835, "trifft die Industrie und zugleich die echte Moral an ihren Lebensadern, wenn die Arbeitszeit gesetzlich geregelt werden soll Wenn ein Arbeiter mehrere der nuetzlichsten Stunden des Morgens und des Abends untaetig bleibt, so fuehrt dies bestimmt zur Unmaessigkeit und zum Ruin." In einer im "Boston Courier" veroeffentlichten Erklae rung einer Gruppe Kaufleute und Reeder wird betont, dass die Gemeinschaft durch jegliche Verkuerzung des Arbeitstages schwere Verluste erleiden muesse, man beklagt sich zugleich ueber die Folgen, die eine Dueldung der Untaetigkeit zwangslaeufig mit sich bringen muss. Der wirkliche Grund fuer die Ablehnung der kuerzeren Arbeitszeit war natuerlich die Befuerchtung, dass die Geschaefstgewinne dadurch geschmaelert wuerden. Aber immer, wenn irgendeine Aenderung des "von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang" Arbeits-Systems vorgenommen werden sollte, erklarte die konservative Opposition, dass sie den Aenderungsvorschlag deshalb ablehne, weil sie um die Moral der Arbeiter besorgt sei."

In aehnlicher Weise kaempften vor mehr als 100 Jahren die Industriebarone gegen die Errichtung freier oeffentlicher Schulen.

Die modernen Reaktionaere, die den Kampf gegen die fortschrittliche Gesetzgebung jetzt verloren haben, bedienen sich, genau so wie frueher, noch weiter der Abschreckmethode, um jeden neuen Fortschritt zu verhindern. "Wir schaffen einen Wohlfahrtsstaat," sagen sie. Aber was meinen sie damit? Sind sie gegen eine kuerzere Arbeitszeit, weil sie fuerchten, dass der amerikanische Arbeiter dadurch noch mehr Zeit zum Trinken haben wird? Sind sie gegen einen Mindestlohn? Wuenschen sie, die Sozialversicherung, die Arbeitslosenversicherung, die Spareinlagenversicherung und die Mindestlohngesetzgebung oder die uebrigen Massnahmen des Neuen Planes und des Fairen Planes zu beseitigen, die fuer das Volk so ungeheuer wertvoll sind? Welche Einrichtungen des "Wohlfahrtsstaates" moechten sie eigentlich verschwinden lassen?

Die Gegner sind in ihren Aeusserungen sehr vorsichtig. Sie sprechen staendig in nichtssagenden und ausweichenden Worten hierueber. Und trotzdem fuehren sie einen erbitterten Kampf gegen den Fairen Plan, den sie abschlachten wollen, indem sie dem Staatsbudget mit voller Wucht tiefe und verborgene Wunden schlagen.

Ist man sich dessen bewusst, dass zwei Drittel - genau gesagt, 71% - des fuer 1951 vorgeschlagenen Budgets Kriegs- und Verteidigungs-

kosten decken sollen? Natuerlich hat das Volk nichts dagegen, wenn die Kosten der vergangenen Kriege bezahlt werden und versucht wird, unser Land gegen neuerliche Angriffe in Zukunft zu schuetzen. Heute werden 71% des Budgets hierfuer verwendet.

Wenn also Leute von ungeheuren Einsparungen sprechen und grosse Kuerzungen des Staatsbudgets befuerworten, dann muessen sie auch im einzelnen angeben, was sie kuerzen wollen, wieviel sie sparen wollen, wann, wie und warum sie diese Kuerzungen durchfuehren wollen.

Die verbesserte Sozialversicherungsgesetzgebung, die Gesetze zur Festlegung der Mindestloehne, die Krankenversicherung und alle anderen Errungenschaften der Politik des Neuen Planes und des Fairen Planes werden heute mit dem Geschrei ueber die falsche Sparsamkeit und dem scheinheiligen Geschrei ueber den "Wohlfahrtsstaat" bekaempft.

Worin bestehen denn nun eigentlich die Sunden einer demokratischen Regierung, die aufrichtig um das Wohl des Volkes besorgt ist? Richtet sie sich nicht staendig nach dem bewaehrten Motto des Praesidenten Lincolns, in dem es heisst: "Regierung des Volkes, Regierung durch das Volk und Regierung fuer das Volk?"

Diejenigen, die sich heute gegen den "Wohlfahrtsstaat" scharf ins Zeug legen, behaupten einfach, das Volk verloere seine Freiheit. Ist es noch niemandem aufgefallen, dass gerade jene Schreier, die den grossten Laerm ueber den "Wohlfahrtsstaat" schlagen, die schlankwegs erklaren, der "Wohlfahrtsstaat" raube jedem die personliche Freiheit, genau die gleichen Leutchen sind, die durch das Taft-Hartley-Gesetz den Gewerkschaften ihre Freiheit raubten?

Jeder Buerger X oder Ypsilon, der eine Rente von der Sozialversicherung bezieht, hat deshalb nicht mehr oder nicht weniger Freiheit als andere. Wenn seine Taschen leer waeren, waere er dann etwa freier gewesen?

Die gleiche Frage muss all denen gestellt werden, die Vorteile durch die Bestimmungen des Gesetzes ueber Mindestloehne haben. Oder jenen, die vielleicht einmal Gelegenheit hatten, Unterstuetzungen aus der Erwerbslosen- oder Unfallversicherung zu beziehen.

Ist eine Familie - Erwachsene und Kinder zugleich - freier oder ist sie es nicht, wenn sie ueber genuegend Geld verfuegt, um Lebensmittel, Kinderschuhe und andere Notwendigkeiten einzukaufen?

Das amerikanische Volk laesst sich nicht zum Narren halten. Es verlangt diese Programme der Wohlfahrtsgesetzgebung, die ihm dienen und helfen. Es wuenscht eine angemessene Sozialversicherung, ebenso die Arbeitslosenversicherung, eine Unterstuetzung der Landwirtschaft und freies Tarifverhandlungswesen. Es fordert, dass die Regierung sich fuer die Befriedigung der Beduerfnisse und Bestrebungen einsetzt und dafuer verantwortlich gemacht wird. Das amerikanische Volk laesst sich nicht durch Schreck- und Drohworte einschuechtern. Es geht seinen Weg des Fortschritts unbeirrt weiter.

Praesident Truman unterstuetzt die Forderungen des Volkes, er vertraut dem Volk und seinen politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen. Er weiss, dass die Nation nur so stark wie das Volk sein kann. Er kaempft mit zaehem Eifer, unerschuetterlichem Mut und echter Tuechtigkeit fuer eine Politik, die dem Wohl des Volkes dient. Sein Werk ist der Foerderung der allgemeinen Wohlfahrt gewidmet.

Die Opposition gegen eine solche Politik ist nicht neu. Sie geht bis auf die ersten Anfaenge der Geschichte zurueck.

Kurz und klar zusammengefasst, heisst diese Frage: Soll die politische und wirtschaftliche Einstellung den Wuenschen und Interessen des Volkes angepasst werden, oder soll die Politik sich nach den Wuenschen der Grosskapitalisten und einiger anderer "hoeherer Intellektueller" richten?

US Arbeitsministerium
VI/15/50

D. G. Garland, Organisator der AFL in den Suedstaaten:

SAMUEL GOMPERS WERK

Was liegt naeher, als in diesem Jahre den 100. Geburtstag Samuel Gompers, dieses beruehmten Apostels und Gruenders des grossen Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) zu ehren? Kein Geschichtswerk ueber die Vereinigten Staaten und ueber den Werdegang der Gewerkschaften waere vollstaendig, wenn nicht ein Bericht ueber Leben und Werk Samuel Gompers und seine hervorragenden Leistungen fuer die Sache der Gewerkschaften in ihnen enthalten waere.

Wer ist dieser Mann, den wir ehren? Es ist keiner jener listigen und schlaunen Politiker, die man Staatsmaenner nennt. Er gehoert auch nicht zu jenen Figuren mit prunkvollen und teuren Kronen, die man Koenige nennt. Nein, nichts von alledem.

Der Mann, dessen Andenken in diesem Jahre geehrt wird, ist der vornehme, menschliche Samuel Gompers, der die ersten Schlaege gegen Uneinigkeit und Vorurteil, Unwissenheit, Zank und Streit in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung fuehrte.

Seine Welt war gross und maechtig. Sein Blick war allein auf die Beduerfnisse des arbeitenden Volkes gerichtet. Sein Leben war rein, seine Ziele erhaben, seine Kenntnisse umfassend und gruendlich und seine Erfolge gross.

Wir ehren ihn, weil er der Gruender und erste Praesident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) war. Er adelte die Organisation des arbeitenden Volkes. Samuel Gompers trug mehr als je ein anderer zum wirklichen Fortschritt, zur Wohlfahrt und zum Glueck der arbeitenden Menschen bei. Wir ehren ihn, weil er die Wuerde des arbeitenden Menschen anerkannte, weil er jeden Ichgedanken beiseiteschob und fuer andere arbeitete, und weil er ein erhabenes Vermaechtnis des Ruhmes fuer jedes arbeitende menschliche Wesen hinterliess.

Samuel Gompers schrieb einst:

"Es ist leichter, nach den Sternen emporzublicken, wenn Euer Magen nicht leer ist."

Niemand kann grosse Erfolge erzielen oder gluecklich sein, wenn sein Magen leer, die Bloessen des Rueckens unbedeckt, der Kopf ungeschuetzt ist und seine Taschen voellig leer sind. Dieser Mensch koennte auch niemals ein idealer amerikanischer Buerger sein.

Nicht ein einziges Mal strauchelte Samuel Gompers auf seinem Wege des Fortschritts, den er im Dienste der Arbeiterschaft beschritt. Er verlor niemals das Ziel aus dem Auge, das er sich gesteckt hatte. Er schmiedete seine Plaene, er wusste genau, was getan werden musste und ging mit eiserner Entschlossenheit an die Verwirklichung seiner Plaene. In ueberzeugender Weise appellierte er an den gesunden Menschenverstand der Arbeiter. Tagsueber schien er ihnen einer Wolke aehnlich zu sein und nachts einer Feuersaeule, die den Weg zu Freiheit, Ehre und Ruhm wies.

Unter dem ehrwuerdigen Banner des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) und unter der Fuehrung seines Gruenders und ersten Praesidenten und seiner tapferen und selbstlosen Kampfgefuehrten, die ihm folgten, rangen sich die Arbeiter zur Freiheit durch.

Dieser grosse Kaempfer fuer das Wohl der Menschheit und fuer die Befreiung aus der Unternehmerknechtschaft siegte ohne Panzer und Kanonen, er arbeitete ohne Beifall und litt, ohne bemitleidet zu werden. Die Arbeiterschaft schuldet ihm Dank fuer die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Freiheit, die sie heute geniesst. Alle Energie seiner grossen Seele setzte er fuer die Erhaltung des Freiheitsgeistes ein. Jahr auf Jahr klangen seine tapferen, gesunden und ueberzeugenden Worte durchs Land. Ueberdruessige und muede gewordene Arbeiter lasen seine aufmunternden Worte, die sie wieder aufruettelten.

"Was will die Arbeiterschaft? Sie wuenscht die Erde und ihre Schaetze. Es gibt nichts, was zu erhaben, zu wertvoll, zu schoen oder zu edel waere, als dass es nicht im Bereich der Wuensche und Bestrebungen der Arbeiterschaft liegen koenne. Wir wuenschen mehr Schulhaeuser, jedoch weniger Gefaengnisse, mehr Buecher und weniger Maschinengewehre, mehr Lerneifer und weniger Laster, mehr Freizeit und weniger Geldgier, mehr Gerechtigkeit und weniger Hass. Wir wuenschen mehr von all diesen Guetern, um unsere bessere Natur pflegen zu koennen, damit die Maenner edler, die Frauen schoener und die Kinder gluecklicher und freudvoller seien."

In jener verhaengnisvollen Nacht des 13. Dezember 1924 verschied der groesste Geist, der aus der amerikanischen Arbeiterschaft hervorgegangen war. Sein Geist sollte nicht mehr fuer die arbeitende Menschheit denken, fuer immer war Samuel Gompers friedlich eingeschlafen. Ein unermesslicher Verlust fuer die arbeitende Menschheit der Welt bedeutete sein Tod, aber sein Name und sein Werk werden die Jahrhunderte ueberdauern.

Dieser Held, dieser Apostel, dieser Erzvater der Arbeiterschaft starb fuer die Freiheit der Arbeiter. Er lebte und starb fuer alle. Und obwohl er die Grenze ueberschritten hat, ueber die niemand wieder zurueckkehrt, wird sein adelnder Einfluss doch niemals zu bestehen aufhoeren. Sein Licht leuchtet so hell wie immer, und die gesamte Arbeiterschaft verehrt Samuel Gompers, der einmal sagte: "Es ist leichter, zu den Sternen emporzublicken, wenn Euer Magen nicht leer ist."

"Schreibe Deinen Namen in den Sand, und die Wellen werden ihn ausloeschen. Schnitze ihn in eine starke Eiche, und der Blitz wird sie zerschmettern. Meissle ihn tief in Marmor, er wird zerbroeckeln. Wenn Dein Name jedoch unvergaenglich sein soll, dann schreibe ihn durch bescheidene Taten der Liebe und Entsagung in die Herzen der Menschen, wie Samuel Gompers es tat."

Schwer haengt die Schoepfung in tiefer Nacht
Licht bricht herein, das Leben erwacht
Graeser spriessen und Blumen und Baeume
Sterne erstrahlen, das Meer wogt Schaeume
Wunder auf Wunder, die Schoepfung erschafft
Samuel Gompers, als Sinnbild des Waltens,
Kaempfer der Arbeit, Ursprung der Kraft.

Samuel Gompers war der Gottheit groesster Arbeitergeneral.

The American Federationist
Offizielles monatliches Magazin
der AFL, VI/50

Paul Porter:

DAS ARBEITSLOSENPROBLEM WIRD IN AMERIKA NICHT VERNACHLAESSIGT

Amerika sieht wie alle anderen Laender in der Arbeitslosigkeit ein Uebel und ist deshalb bemueht, es zu verhindern.

Dies erklarte Paul R. Porter, der Chef der Mission fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit in Griechenland, der zugleich Mitglied der amerikanischen Delegation auf der Konferenz des Europaeischen Wirtschaftsausschusses der Vereinten Nationen in Genf war. Vor diesem Ausschuss nahm er zu der Haltung Amerikas zum Arbeitslosenproblem Stellung und widerlegte dabei die sowjetischen Vorwuerfe, dass in den Laendern des Westens und besonders in Amerika die Arbeitslosigkeit entweder unbeachtet bliebe oder sogar befuerwortet wuerde.

Paul Porter, der ebenfalls Chef der Marshall-Plan-Mission fuer Griechenland ist, erinnerte den Europaeischen Wirtschaftsausschuss der Vereinten Nationen an die schweren Depressionstage, die Amerika zu Anfang der Dreissiger Jahre zu ueberwinden hatte. Das amerikanische Volk setzt sich mit aller Energie dafuer ein, dass ein solches Elend sich nicht wiederholt, sagte er, denn es ist sich voellig dessen bewusst, was Arbeitslosigkeit bedeutet.

Die Amerikaner bekennen sich zum Prinzip der wirtschaftlichen Planung, sie ist eine der Hauptwaffen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. "Wir im Amerika von heute zoegern nicht; die wirtschaftliche Planung als ein Mittel zur Erweiterung und zur Erhaltung eines hohen und stabilen Beschaeftigungsstandes anzuwenden und oeffentliche Investierungen und die Kreditpolitik so zu lenken, dass sie diesen hohen Stand unterstuetzen."

Ausserdem sind die Amerikaner der Auffassung, dass der Arbeiter, der den hoechsten Grad persoenlicher Freiheit besitzt, zugleich der erfolgreichste und leistungsfaeigste Arbeiter ist und auch dadurch am besten in der Lage ist, sich eine angemessene und lohnende Beschaeftigung zu sichern. Dieser Glaube an die persoenliche Freiheit ist die andere entscheidende Waffe Amerikas im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

In einer freien Gesellschaft, fuehrte Porter weiterhin aus, steht es den Arbeitern frei, sich in beliebigen Gewerkschaften zusammenzuschliessen und mit den Unternehmern ueber beliebige Forderungen zu verhandeln und, wenn noetig, zu streiken. "Diese Freiheit der amerikanischen Arbeiter hat zu dem hohen Lohnstand gefuehrt, und dieses hohe Lohnniveau ist ein staendiger Ansporn fuer den amerikanischen Unternehmer, die Produktionsleistung seines Betriebes zu verbessern, die Arbeiter anzuregen, ihm bei der Steigerung der Produktionsleistung zu helfen und mit geringerer koerperlicher Anstrengung mehr zu produzieren. Dieser Druck, den die Politik des hohen Lohnes ausuebt, muss eine staendige Erweiterung unserer Wirtschaft zur Folge haben.

Den amerikanischen Arbeitern stuende es ausserdem frei, jederzeit zu kuendigen und sich nach einem besseren Arbeitsplatz umzusehen. Der Arbeiter benoetigt keine Erlaubnis der Regierung, der Polizei oder einer sonstigen Behoerde, wenn er auf der Suche nach besseren Moeglichkeiten seinen Wohnsitz von einer Stadt in die andere oder von einem Staat zum andern verlegen will. Dadurch wird ein hoeheres Beschaeftigungsniveau gesichert, denn wenn die Bedingungen an der einen Stelle unguenstig werden, fuehlen sich die Arbeiter nicht an diesen Ort gebunden.

Eine dritte Freiheit besteht fuer den amerikanischen Arbeiter darin, dass er durch gruendliches Selbststudium vorwaertskommen und eine bessere Stellung uebernehmen kann. Trotz gegenteiliger Behauptungen der Sowjets hat diese Freiheit Aufstiegsmoeglichkeiten innerhalb der amerikanischen Gesellschaft geschaffen, wodurch eine scharfe Spaltung des amerikanischen Volkes in Klassen vermieden werden konnte. In einer Klassengesellschaft dagegen kann kein Mensch erwarten, aus einer Klasse in die andere zu gelangen. Diese Freiheit hat zu einem staendigen Aufstieg der Maenner in den Betrieben in die Reihen des Unternehmertums und in den oeffentlichen Dienst gefuehrt.

Amerika hat keinen Grund, selbstzufrieden zu sein, oder etwa zu glauben, das Arbeitslosenproblem geloest zu haben. Mit der Unterstuetzung der Mehrzahl des Volkes befindet es sich jedoch auf dem richtigen Weg und hat seit den dunklen Tagen der dreissiger Jahre grosse Erfolge erzielt. Wir beschaeftigen heute in den Vereinigten Staaten 60 Millionen Menschen. Der Prozentsatz an verborgener oder unsichtbarer Arbeitslosigkeit ist jedoch voellig unbedeutend. Es koennen aber noch mehr Beschaeftigungsmoeglichkeiten geschaffen werden, wenn wir an der Politik der klugen wirtschaftlichen Planung und des Schutzes der persoenlichen Freiheit festhalten.

Auf die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland eingehend erklarte Paul Porter, dass die Besatzungsmaechte an diesem Problem hoechst interessiert seien. Ein Grund hierfuer sei zumindest der grosse Zustrom an Fluechtlingen aus Osteuropa, deren Zahl in einem einzigen Monat 30.000 und mehr betragen habe.

Wenn die Verhaeltnisse fuer den Arbeiter in Osteuropa wirklich so zufriedenstellend sind, warum stehen dann die Grenzen der Tschechoslowakei und Ungarns unter starker polizeilicher Bewachung und sind mit Stacheldrahtverhaeuern verbarrikiert? Soll dadurch vielleicht ein Zustrom von Arbeitslosen aus dem Westen verhindert werden? Oder sollen dadurch nicht vielmehr Menschen ausserhalb oder innerhalb der Grenzen gehalten werden?

Wir erkennen an, dass die Laender Osteuropas ernstlich bemueht sind, ihre Menschen von der Not zu befreien. Wir billigen diese Bemuehungen. Wir wuenschen ihnen Erfolg. Aber ich denke, dass wir mit der Frage der Arbeitslosigkeit Probleme beruehren, die ueber die Arbeitslosigkeit als solche hinausgehen. Die Sehnsucht nach der Befreiung von Not und Elend ist nur einer der vielen Wuensche in den Herzen der Menschen. Paul Porter wandte sich jetzt direkt an die Delegierten der sowjetischen Satellitenstaaten und erklarte: "Ich moechte Ihre Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Befreiung von Furcht lenken."

"Beschaeftigung allein ist keine Loesung; sie stellt nur ein Mittel dar, nur ein Mittel der persoenlichen wirtschaftlichen Sicherheit; menschliche Wuerde, Selbstachtung und Freiheit fuer jeden einzelnen sind die wirklichen Ziele der Vereinigten Staaten. Es gibt so viele Dinge, die die Menschen aller Laender gemeinsam erstreben, dass diese gemeinsamen Ziele uns in unseren Bemuehungen vereinigen sollten. Sie sollten nicht dazu benutzt werden, sich gegenseitig zu beschuldigen und die Arbeit anderer herabzusetzen."

Arbeitsmitteilungen der ECA
VI/6/50

SPENDET FUER DEN KAMPF GEGEN ARBEITERFEINDLICHE SENATOREN!

Die Politische Abteilung der Eisenbahnergewerkschaft setzt sich dafuer ein, dass konservative Senatoren, wie "Bob" Taft und Senator

Donnell aus Missouri, nicht wieder in den Kongress gewaehlt werden. An ihre Stelle sollen wirklich fortschrittlich gesinnte Senatoren treten.

Zu diesem Zweck benoetigt die Gewerkschaft Geld.

Sie bittet deshalb ihre Mitglieder, einen oder zwei Dollar zu spenden und auf ihrer naechsten oertlichen Gewerkschaftsversammlung den "Hut herumgehen zu lassen." Wenn dies nicht moeglich ist, soll unter den Arbeitskollegen eine Sammlung veranstaltet werden.

"Die Spenden sind natuerlich freiwillig," heisst es in dem Aufruf der Gewerkschaft," aber wir wissen, dass jeder daran beteiligt sein moechte, wenn die Feinde der Arbeiterschaft geschlagen werden muessen. Spendet deshalb einen oder zwei Dollar."

Labor
VII/1/50

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL